

China: Das große Roll-back Seite 41

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 202 25.5.81 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 3 Förderpreis DM 5,–

C 21734 D

Kirchentag am 20. Juni

Aufruf zu einer Friedensdemonstration

Weit mehr als 100.000 Menschen werden zum evangelischen Kirchentag erwartet, der in diesem Jahr vom 17. bis 21. Juni in Hamburg stattfindet. Zum großen Teil werden es junge, fortschrittliche Menschen sein, die dieses Forum zur Diskussion der für sie brennenden, aktuellen Fragen nutzen wollen.

Heiß wird diesmal über die Ursachen der bedrohlich anwachsenden Kriegsgefahr und eine wirkungsvolle Friedenspolitik gestritten werden, nachdem die Kirchenoberen und diverse bürgerliche Politiker gegen den „naiven Pazifismus" vieler Christen zu Felde gezogen sind. Bundesminister Apel wurde von der Kirchenleitung eigens zum Hamburger Kirchentag als Referent eingeladen, war eine Herausforderung aller Friedenskräfte ist.

Um ihrer Politik gegen die forcierte Kriegspolitik, ihre Betreiber und Propagandisten auch praktisch auszudrücken, haben nahezu alle bedeutenden kirchlichen Friedensinitiativen dazu aufgerufen, am 20. Juni in Hamburg vom Kirchentag aus einer große Friedensdemonstration durchzuführen. Diesen Aufruf, der von bisher über 60 Organisationen unterstützt wird, zitieren wir im Folgenden auszugsweise:

Selig sind die Frieden schaffen. Mit dieser Verheißung muß Kirche Lobby für den Frieden sein.

Die Verantwortlichen des Kirchentags haben sich dieser Herausforderung nicht gestellt, sondern stattdessen unter dem Motto „Fürchte dich nicht" das evangelische Kirchenvolk nach Hamburg eingeladen. Vor dem Hintergrund der immer bedrohlicheren Kriegspolitik des Westens sowie der inner- und außerkirchlich anwachsenden Friedensbewegung können wir die kirchenoffizielle Losung nur als Beschwichtigung begründeter Kriegsängste verstehen.

Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle! (...)
Wehrt Euch!

Doch überall – auch in den Kirchen – regt sich Widerstand. Die Friedensbewegung erhebt sich in einer Stärke, die mit ihren Inhalten und Ausmaßen an die Atomtod-Bewegung der 50er und 60er Jahre anschließt. Unter der Bedrohung durch den Atomtod finden sich Atomkraft- und Atomwaffengegner zusammen.

50er und 60er Jahre anschließt. Unter der Bedrohung durch den Atomtod finden sich Atomkraft- und Atomwaffengegner zusammen.

Viele Christen begnügen sich nicht mehr mit ausgewogenen Apellen, sondern engagieren sich unter den Losungen „Frieden schaffen – ohne Waffen", „Ohne Rüstung leben", „Christen für Abrüstung" und „Nie wieder Krieg" für unmittelbare und einseitige Abrüstungsschritte.

Zahlreiche Friedengruppen sind entstanden; sie veranstalten lokale, regionale und bundesweite Friedenswochen; Gemeinden machen 'Frieden' zu ihrem Thema, die Westberliner Synode fordert einseitige Abrüstungschritte und warnt vor der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen, die – so der stellvertretende Vorsitzende der EKD Hild – „Europa dem Untergang ein Stück näherbringen".

Dieses christliche Friedensengagement ist in letzter Zeit heftig angegriffen worden: Verteidigungsminister Apel drohte der Kirche, sie dürfe nicht pazifistisch werden, sonst würden sie sich aus der Geschichte „ausklinken"; Bundeskanzler Schmidt warnte vor einer „naiven Gesinnungsetik, die auf den Gebrauch der Vernunft und der Erfahrung verzichtet"; Bundespräsident Carstens hält es für „besonders bedenklich", wenn Christen mit der Bergpredigt das Gleichgewicht des Schreckens infrage stellen.

Diese Attacken weisen darauf hin, daß die Regierenden fürchten, die Kirchen könnten nicht länger ihre Militärpolitik stützen. In ihrer Geschichte haben Kirchen immer wieder staatliche Kriegsvorhaben gerechtfertigt und Soldaten mit beruhigtem Gewissen zum Töten in den Tod geschickt. Damit leistete sie den Kriegführenden einen unverzichtbaren Beitrag zu ihrer Politik. Wenn diese Einspannung der Kirchen heute nicht funktioniert, wird die Bereitschaft zum Kriegsdienst in der Bevölkerung gestört werden. Die Institution Kirche gefährdet ihre Macht als Volkskirche mit den vielen staatlichen Privilegien, wenn sie die gesellschaftlichen Werte und Zielvorstellungen des Staates nicht mitträgt und moralisch unterstützt.

Das hat ein Großteil der Kirchenrepräsentanten wohl erkannt: viele von ihnen nehmen deshalb die Angriffe der Politiker gegen die Friedensbewegung auf, wenn z.B. gesagt wird, es „diene unter den heutigen Bedingungen dem Frieden mehr, wenn man Soldat in der Bundeswehr ist", oder: man könne den 'Nach'rüstungsbeschluß „wirklich gutheißen" oder: wenn das Motto „Frieden schaffen – ohne Waffen" als „politisch naiv" diffamiert wird. Anstatt vom christlichen Friedensgebot wird somit der Friedensbegriff von politisch-strategischen Überlegungen führender Militärs abgeleitet.

Der Kampf um die Kirche als Lobby für den Frieden liegt also im Interesse der ganzen Friedensbewegung.

Wir erklären hiermit: Als Christen und Nichtchristen sind wir dem Leben verpflichtet. Deshalb werden wir mit Nachdruck vor dem drohenden Atomtod – sei es durch Atomwaffen oder Atomkraftwerke – und der zunehmenden Militarisierung warnen. Der Widerstand gegen den atomaren Wahnsinn wird zur Überlebensbedingung für die ganze Menschheit. Darum erklären wir, daß wir nach allen Kräften dazu beitragen werden, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in unserem Land zu verhindern. Über diesen ersten Schritt hinaus werden wir uns für weitere Abrüstungsschritte einsetzen auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen.

WIR RUFEN ALLE AUF, AN DER FRIEDENSDEMONSTRATION AM 20. JUNI 1981 TEILZUNEHMEN.



Irland: Der Kampf um den »politischen Status« geht weiter!

Am 12.5., 20.5. und in der Nacht vom 21. zum 22.5. erlagen mit Francis Hughes, Raymond Creesh und Patrick O'Hara drei weitere republikanische Gefangene im KZ „Long Kesh" dem Hungertod. Ein weiterer Häftling, Brendan McLaughlin, leidet sein nunmehr acht Tagen an inneren Blutungen als Folge des Hungerstreiks. Das Statement der britischen Nordirlandadministration hatte in beiden Fällen denselben zynisch lapidaren Wortlaut, wie bereits anläßlich des Todes von Babby Sands: „Er hat sich selbst getötet, indem er ... Nahrung und medizinische Behandlung verweigerte".

Der Tod der gefangenen Genossen wurde von der Bevölkerung mit Trauer und Wut aufgenommen: Die Auseinandersetzungen mit der britischen Besatzungsarmee und den nordirischen Polizeikräften werden zunehmend entschlossener und militanter geführt.

Forts. Seite 4

Die BRD ist ein Paradies für Nazi-Terroristen

In der Rubrik „Kurz vor Schluß" berichtete der ‚Stern' vom 21. Mai: Bei der Fahndung nach den Mördern des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Ehefrau gibt es eine heiße Spur. Eine am Tatort in Erlangen gefundene Sonnenbrille gehörte einer Frau Franziska Birkmann – der langjährigen Freundin des Nazi-Terroristen Karl-Heinz H o f f m a n n. Am Tatort festgestellte Fußspuren stimmen mit der Schuhgröße von Frau Birkmann überein. Acht am Tatort gefundene Patronen aus der Mordwaffe passen zu einer bei Hoffmann gefundenen Pistole.

Die zuständigen Justizbehörden bestritten nur die Angaben über die Patronen, bestätigten aber im wesentlichen den Rest der Meldung. Was die Sonnenbrille angeht, hat Frau Birkmann zugegeben, daß diese ihr gehört habe; sie habe sie jedoch später verloren. Das reichte der Justiz: die Verdachtsmomente sind nicht ausreichend, Haftgrund besteht nicht. So großzügig ist die Staatsanwaltschaft Nürnberg bekanntlich nur, wenn es um Nazi-Terroristen geht. So auch bei Hoffmann selbst, der nach dem Massaker vom Münchner Oktoberfest nur ein paar Stunden eingesperrt und noch am selben Tag wieder freigelassen wurde, obwohl schwerwiegende Verdachtsmomente gegen ihn und seine Bande ...

Was sich auch an Nazi-Terror hierzulande ereignet – Polizei und Justiz wissen von gar nichts, phantasieren von „Einzeltätern", stellen sich gegenüber offensichtlichsten Verbindungen und Komplizenschaften blind, lassen die „Ermittlungen" im Sande verlaufen, halten die demokratische Öffentlichkeit zum Narren.

Wie dumm sich die Zuständigen stellen möchten, zeigt die jüngste Behauptung des „Verfassungsschutzes", der harte Kern des militanten Neonazismus bestehe aus nur 150 Personen. Allein die Hoffmann-Bande hat bekanntermaßen mehr Mitglieder. Wie lächerlich die Zahlenangabe des VS ist, zeigt sich auch an der gleichzeitigen Mitteilung, im Jahre 1980 seien bei Neonazis 500 Schußwaffen (darunter 43 Maschinenpistolen) – also gut und gern drei Schußwaffen pro amtlich eingestandenen militanten Neonazi! – sowie 27.000 Schuß Munition, 1,5 Tonnen Schwarzpulver und 20 Kilo Sprengstoff gefunden worden. – Daß diese Funde für die betreffenden Nazis keine juristischen Folgen haben, ist selbstverständlich. Ein Nazi-Terrorist darf hierzulande auch Tellerminen, Rohrbomben und Handgranaten en masse in seiner Wohnung haben, ohne deshalb in den Knast zu müssen.

Dieses milde Klima der BRD wissen auch ausländische Faschisten sehr zu schätzen. Daß die Spuren des türkischen Faschisten Ali Agca, der den Papst erschießen wollte, in die BRD führen, wundert niemanden. Schließlich können die „Grauen Wölfe" hier auch ganz legal ihre Büros unterhalten und sich sogar noch auf Polizeischutz verlassen.

Hier finden auch Rechts-Terroristen aus Jugoslawien ideale Bedingungen vor. Man erinnere sich an den Aufschrei des Entsetzens, als die jugoslawische Regierung vor ein paar Jahren die Auslieferung einiger dieser Leute forderte ... Die Liste ließe sich fortsetzen.

Wenn sich nach dem Mord am hessischen Minister Karry – der übrigens aus einer jüdischen Familie kommt, was in den Medien wenig Erwähnung fand – Nazis telefonisch zu der Tat bekennen, ist das für die Polizei und Justiz natürlich sofort „nicht ernst zu nehmen". Dafür werden massiert Phantasie-Meldungen über Hinweise auf eine linke Spur in die Welt gesetzt, von denen einer dümmer ist als der vorige.

Von dieser Polizei und dieser Justiz ist wirklich das Schlimmste zu befürchten.

Artikel zum Karry-Attentat und zur Erlanger Hoffmann-Spur auf Seite 2.

Westberlin nach den Wahlen

Gibt es in Westberlin zum zweiten Mal Neuwahlen? Oder fallen ein paar FDP-Abgeordnete trotz anderslautendem Parteitagsbeschluß um und ermöglichen einen CDU-Senat? Für die SPD hat jedenfalls Jochen Vogel noch in der Wahlnacht erklärt, daß man in die Opposition gehen wolle. Die SPD drängt also ihren bisherigen Koalitionspartner FDP direkt dazu, der CDU in den Sattel zu helfen.

Die Alternative für Vogel wäre gewesen, in Gesprächen mit der FDP und der AL Kompromisse zu suchen, mit denen vielleicht die Übernahme der Regierung durch die CDU noch zu verhindern gewesen wäre. Da gab es offensichtlich für die SPD nicht lange zu überlegen: Lieber ein CDU-Senat als Kompromisse mit der AL. Denn daß mit den Hausbesetzungen Schluß gemacht wird, will auch die SPD. Und diese Drecksarbeit überläßt man gern der CDU. Wenn das Gröbste dann erledigt ist, wäre der Zeitpunkt vielleicht günstig für nochmalige Neuwahlen – mit einer SPD, die sich als Oppositionspartei profiliert hat und auf Rückgewinne aus der AL-Wählerschaft spekuliert.

In der AL ist vor der Wahl kontrovers über die Möglichkeit diskutiert worden, unter genau definierten Bedingungen eine Fortführung der sozialliberalen Senatskoalition zu ermöglichen. Diese Frage konnte damals nicht konsensfähig entschieden werden und wurde offengelassen. Jetzt, nach der klaren Stellungnahme Vogels und der erklärten Bereitschaft der Mehrheit der FDP-Abgeordneten zur Unterstützung der CDU, ist dieses Problem offensichtlich g e g e n s t a n d s l o s geworden. Das hindert aber einige Kräfte innerhalb

Problem offensichtlich g e g e n s t a n d s l o s geworden. Das hindert aber einige Kräfte innerhalb

der AL nicht, diesen Streit fortzuführen und damit das Risiko von Brüchen im bisherigen Spektrum der AL zu provozieren.

Das Wahlergebnis ...

Die CDU ging mit 47,9 % der Stimmen als stärkste Partei hervor. Sie gewann gegenüber den letzten Wahlen von 1979 lediglich 3,5 % oder rund 35.000 Stimmen hinzu und verfehlte damit die erwünschte absolute Mehrheit. Von den 75 Direktmandaten entfielen auf die CDU 58, die SPD nur noch 17. Dies kommt einem Erdrutsch gleich, denn noch 1979 kam die SPD mit 42 gegenüber 33 der CDU direkt ins Abgeordnetenhaus.

Die SPD kam auf 38,4 % der Stimmen und verlor 4,3 % bzw. 63.000 Wählerstimmen im Vergleich zu 1979. Sie hat damit ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis erzielt.

Noch schlimmer hat es die FDP getroffen: Mit 5,6 % der Stimmen verlor und rund 30 % ihrer Stimmen und mußte sogar noch um das Erreichen der 5 %-Klausel bangen.

Mit 90.523 Stimmen (7,2 %) zog die AL mit neun Parlamentariern ins Abgeordnetenhaus ein. Das sind 43.000 Stimmen mehr als 1979, fast eine Verdoppelung. Nach einer Analyse des Infas-Meinungsforschungsinstituts ist interessant, woher die AL ihre Stimmen bekam: 22.000 Stimmen holte die AL von der SPD, 12.500 Erstwähler – das sind 25 %! – gaben den Igeln ebenso die Stimme wie rund 5.500 Linke, die an sich für Wahlboykott eintreten. Auch rund 3.000 FDP-Wähler gaben ihre Stimme diesmal der AL.

Fortsetzung Seite 8

Neues zum »Deutschlandtreffen« der NPD am 17. Juni 1981

Trotz aller Versuche der NPD, den Ort ihres diesjährigen „Deutschlandtreffens" geheimzuhalten, sind in den letzten Tagen doch einige neue Informationen bekanntgeworden:

– So wurde der NPD eine in Philippstal (dem Ort ihrer letzjährigen Schlappe) angemeldete Kundgebung verboten. Die NPD hatte diese Kundgebung im letzten Jahr angemeldet. Gegen dieses – wie auch bei weiteren – Verbot gibt es für die NPD noch juristische Einspruchsmöglichkeiten.

– Nicht genehmigt wurde der NPD eine Kundgebung am 17. Juni in Hamburg, mit der sinnigen Begründung, daß angesichts des Kirchentags in Hamburg kein geeigneter Platz mehr für die Nazis zur Verfügung stünde.

– Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, bestehen weitere Anmeldungen der NPD für eine Burg auf einer Rheininsel bei Koblenz sowie für Friedland bei Göttingen. Insbesondere Friedland würde wegen seines revanchistischen Mahnmals und des dortigen „Auffanglagers" für die RGW-Flüchtlinge und Umsiedler den angemessenen Rahmen für ein „Deutschlandtreffen" der NPD abgeben.

Für alle Fälle hat „Rock gegen Rechts"-Kassel sowohl für Philippstal wie auch für Friedland eine Gegenkundgebung angemeldet. Weitere Informationen zum aktuellen Stand in Nordhessen/Südniedersachsen können über die Telefonnummer 0561/77698 erfragt werden.

Die NPD selbst hat zur Durchführung ihrer Pläne für den 17. Juni einen „Einsatzstab" beim Bundesvorstand gebildet und bereitet ihre Mitglieder in internen Rundschreiben darauf vor, am 17. Juni eventuell sehr lange unterwegs zu sein, um irgendwo vielleicht doch noch ein Plätzchen für ihre Kundgebung zu finden.

Jetzt auch gegen den ARBEITERKAMPF: Ermittlungen nach § 129a!

Gegen den Arbeiterkampf bzw. gegen den presserechtlich Verantwortlichen hat die Hamburger Politische Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung" eingeleitet. Anlaß dafür ist die Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung der RAF-Gefangenen im AK 196 (wir hatten damals die Erklärung im Faksimile abgedruckt). Näheres ist über die Ermittlungen noch nicht bekannt, auch nicht, worauf sich die Vorwürfe im Einzelnen beziehen.

Wir zeigen uns

Unter dieser Parole führten am 2. Mai in Westberlin einige schwule Schüler, lesbische Schülerinnen und ein kleiner Sympathiesantenkreis eine Demo durch, die u.a. auch die Forderung nach Gleichstellung der Homosexualität mit der Heterosexualität aufgriff.

Die Demo an sich war vielleicht nicht so erfolgreich, aber was mir wesentlich wichtiger erscheint, ist, daß in einer Zeit der zunehmenden Repression gegenüber allem, was sich bewegt und anderer Meinung ist als die staatlich Herrschenden, eine weitere „Randgruppe" der Schwulenbewegung den Mut findet, sich öffentlich zu zeigen und für ihre Rechte zu demonstrieren. Sind Schüler und Schülerinnen doch noch besonders dem Lern- und Erfolgsstreß in der Schule ausgesetzt, so müssen sie sich noch Unverschämtheiten von seiten der Kultusministerien bieten lassen, was die Darstellung z.B. der Homosexualität im „Aufklärungsunterricht" angeht. Gegen unsachgemäße Darstellungen und Hetzkampagnen wehren sie sich und machen durch ihr öffentliches Auftreten aufmerksam auf sich. Das ist gut so, denn wir wissen, wie mit Schülern Hamburger Schulen, die in ihren Zeitungen über sich berichtet haben, umgegangen worden ist.

Hier in W.-Berlin ist eine schwul/lesbische Schüler/innengruppe Ende 1978 gegründet worden, die sich zunächst auch den Forderungen schwuler Lehrer in der GEW nach Gleichstellung von Homosexualität mit Heterosexualität und der Abschaffung eines diskriminierenden Filmes über den „homosexuellen Triebtäter" anschloß. Im Westberliner Lehrplan sind diese Forderungen bereits erfüllt worden. Ein ziemlich großer Erfolg also. In der nachfolgenden Zeit war die Arbeit der Gruppe vielleicht nicht so von „Erfolgen" bestimmt, als mehr durch Arbeit einzelner und der Gruppe untereinander zu persönlichen und nicht sachlichen Themen. So wurde das Verhalten der Gruppe bei Schülern diskutiert, die im „Coming out" standen und den Rat der Gruppe brauchten, was sicherlich für manche/n sehr hilfreich gewesen war. Im Moment stellt sich die Situation in der Gruppe so dar: Es gibt zaghafte Ansätze einer Politisierung, die von einigen Mitgliedern vorangetrieben wird, wobei in der Gruppe aber wiederum sehr schnell an das alte Problem der Schwulenbewegung gestoßen wird, daß es eine Aufteilung in zwei verschiedene „Fraktionen" gibt: „Lustfraktion" und „Politfreaks"; ob dieser Widerspruch so sein muß, sei dahingestellt. Dennoch werden andere Aktionsformen in der Gruppe diskutiert und besprochen als Demonstration/Flugblatt. So treten Vertreter der Gruppe in verschiedenen politischen Gruppierungen auf und beteiligen sich an Aktionsbündnissen hier in Westberlin; das reicht von der Beteiligung als schwul/lesbische Schüler/innengruppe an der 1. Mai-Demonstration über Beteiligung an Protestaktionen der GEW gegen diskriminierendes Verhalten gegenüber schwulen Schülern oder Lehrern in Form von Berufsverboten und Beteiligung an der großen Friedensdemonstration am 8. Mai hier in W.-Berlin. Geplant sind weiter Aktionen mit der GEW-Lehrergruppe an Berliner Schulen.

Wir sollten aber vielleicht nicht die Gruppe an ihren „Erfolgen" messen, sondern darauf bedacht sein, daß noch mehr solcher Schülergruppen auch auf nationaler Ebene entstehen, weil es ungemein wichtig ist, daß der Widerstand gegenüber der Repression des Staates früh genug beginnt, und Schwule/Lesben sind da nur eine Gruppe, die dieses zu spüren bekommen.

St., Westberlin
Schwulengruppe des KB

Wir zeigen uns

Unter dieser Parole führten am 2. Mai in Westberlin einige einander zu persönlichen und nicht sachlichen Themen. So

Wie viele Morde hat Faschistenführer Hoffmann auf dem Gewissen???

Eine äußerst interessante Enthüllung machte der „Stern" in dieser Woche: Bei der Fahndung nach den Mördern des jüdischen Verlegers Lewin/Erlangen, der im vergangenen Dezember zusammen mit seiner Lebensgefährtin in seinem Haus ermordet worden war, seien die Ermittlungsbehörden „auf einer Spur": Sie stellten fest, daß die am Tatort gefundene Brille der Freundin des Wehrsportgruppen-Chefs, Hoffmann, Franziska Birkmann, gehört! Die Identifizierung der Brille war leicht möglich, da bei dem leicht getönten Glas der Brille wegen eines Fabrikfehlers der sogenannte Endschliff fehlte. Franziska Birkmann sei hierzu bereits vernommen worden; sie gab an, diese Brille geschenkt bekommen zu haben, sie aber später irgendwo verloren zu haben. Wo sie sie verloren habe, daran konnte sie sich jedoch nicht mehr erinnern. Zwei weitere Indizien deuten auf eine direkte oder indirekte Beteiligung von Hoffmann an diesen Morden hin: Die Fußabdrücke am Tatort stimmen mit der Schugröße von Franziska Birkmann überein. Und die 8 aus der Mordwaffe abgefeuerten Patronenhülsen passen zu einer Pistole, die in Hoffmanns Wohnung sichergestellt worden war! (alle Informationen nach „stern", 21.5.81). Die „Nürnberger Nachrichten" griffen diese Information auf und befragten den zuständigen Oberstaatsanwalt Horn; dieser meinte, er könne zu dem Bericht des „stern" nichts sagen – er könne die Schilderungen bezüglich der Brille, der Pistole und der Fußabdrücke nicht bestätigen – aber auch nicht dementieren. Zur Frage des Haftbefehls meinte er: *„Wenn konkret etwas wäre, hätte ich Haftbefehl beantragt – egal gegen wen"*. Horn, der mit Forderungen nach Knaststrafen gegen Antifaschisten in Nürnberg nicht gerade zimperlich ist, reichen wohl diese ‚heißen Spuren' immer noch nicht aus – ja, die Staatsanwaltschaft scheint sich noch nicht einmal für den derzeitigen Aufenthaltsort Hoffmanns zu interessieren: Wie Franziska Birkmann gegenüber den „Nürnberger Nachrichten" bestätigte, sei ‚unbekannt', wo sich Hoffmann derzeit aufhalte („NN", 21.5.). Im Gegensatz zu Oberstaatsanwalt Horn, der wieder einmal nichts gewußt haben will, soll Oberstaatsanwalt Prantl vom Landgericht Nürnberg-Fürth den „stern"-Bericht „vorsichtig bestätigt" haben („FR", 22.5.).

Einen Tag nach der Veröffentlichung im „stern" jedoch war bei der Staatsanwaltschaft in Nürnberg wieder alles „klar" und widerspruchsfrei: In einer Presseerklärung wies die Staatsanwaltschaft darauf hin, daß sich die am Tatort aufgefundene Brille durchaus einmal früher im Besitz von Franziska Birkmann befunden haben könnte. Es sei aber nicht geklärt, wer sie zuletzt besessen hat. Auch die Fußabdrücke am Tatort habe man bisher keiner bestimmten Person zuordnen können. Zur Frage der Patronenhülsen, die zu einer bei Hoffmann gefundenen Pistole passen sollen, wurde lapidar festgestellt: *„Eine als Tatwerkzeug in Betracht kommende Waffe ist nicht gefunden worden."* Insbesondere sei bislang weder bei Hoffmann, noch bei jemand anders eine Waffe sichergestellt worden („NN", 22.5.)!

Da es keinen dringenden Tatverdacht gegen bestimmte Personen gebe, so die Staatsanwaltschaft, sei auch kein Haftbefehl beantragt worden. Die Tragweite des ganzen Skandals wird durch 2 weitere Fakten erst in seinem ganzen Umfang deutlich: Zum einen wird jetzt geprüft, inwieweit es möglicherweise Zusammenhänge zwischen dem Mord an Lewin und dem an Karry gibt – auch über bestimmte Parallelen beim Mord an dem Wiener Stadtrat Nittel wird in der Presse bereits gemunkelt („FAZ", 22.5.).

Noch erschreckender aber ist, daß es auch im Falle des Münchener Bombenanschlags, außer der erwiesenen Mitgliedschaft des Täters Köhler zur Wehrsportgruppe Hoffmann, inzwischen handfeste Hinweise auf die Beteiligung von Hoffmann an diesem Massaker gibt: Ohne daß es sonst von der Presse, geschweige denn von der Staatsanwaltschaft aufgegriffen oder verfolgt worden wäre, veröffentlichte der „stern" vor einigen Wochen auf der letzten Seite folgenden kleinen Hinweis: *„Nach Informationen Bonner Sicherheits-Experten hat sich vor kurzem ein Palästinenser in der Botschaft der Bundesrepublik gemeldet und von zwei Deutschen berichtet, die sich zu dem Bombenattentat auf das Münchener Oktoberfest bekannt haben wollen: ‚Das waren wir!' Der Araber, der zeitweise als Barkeeper arbeitete, hatte die beiden Westdeutschen im Oktober vergangenen Jahres in einem Hotel in Syrien kennengelernt. Als man ihm Fotos von Mitgliedern der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann vorlegte, soll der Palästinenser die Hotel-Gäste als Gruppenleiter Karl-Heinz Hoffmann und einen anderen Wehrsportgruppen-Angehörigen identifiziert haben ..."* („stern", 30.4.81).

Eine solche Fülle von Hinweisen hätte bei einem ‚linken Terroristen' mit Sicherheit schon für eine ‚einstweilige Erschießung' ausgereicht!

Wie viele Menschen müssen noch sterben, bevor Hoffmann und seine Bande endlich hinter Gitter kommen?

KB/Gruppe Nürnberg

aber auch nicht dementieren. Zur Frage des Haftbefehls meinte er: „Wenn konkret etwas wäre, hätte ich Haftbefehl beantragt – egal gegen wen". Horn, der mit Forderungen nach Knaststrafen gegen Antifaschisten in Nürnberg nicht

auch kein Haftbefehl beantragt worden. Die Tragweite des ganzen Skandals wird durch 2 weitere Fakten erst in seinem ganzen Umfang deutlich: Zum einen wird jetzt geprüft, inwieweit es möglicherweise Zusammenhänge zwischen dem

Wie viele Menschen müssen noch sterben, bevor Hoffmann und seine Bande endlich hinter Gitter kommen?

KB/Gruppe Nürnberg

Zu Karrys Tod

Am 11. Mai wurde der hessische Wirtschaftsminister und Bundesschatzmeister der FDP, Heinz Herbert Karry (61), erschossen. Er starb auf eine Weise, wie man sie nicht einmal seinen schlimmsten Feinden wünschen mag. Vier von sechs Kugeln, durch's offene Schlafzimmerfenster abgefeuert, trafen den noch Schlafenden um 5 Uhr morgens in den Unterleib.

Karry hatte in den letzten Jahren durch eine rabiate umweltfeindliche Wirtschaftspolitik bundesweite Bekanntheit erlangt. Seinem Ansehen war auch nicht dienlich, daß er, wie es das Amt des Bundesschatzmeisters der FDP mit sich bringt, immer wieder in Spenden- und andere Affairen verwickelt war.

Die Nachrufe in der bürgerlichen Presse haben sich sehr bemüht, Karrys Image als „Bernemer Bub" herauszukehren (Bornheim ist ein Stadtteil Frankfurts). Motto: ‚Er trank den Äbbelwoi wie wir alle'. Richtig daran ist, daß Karry keine profillose und leblose Maske war, wie sie das Kapital heute gewöhnlich hervorbringt. Die von ihm vertretene Politik wird dadurch allerdings nicht besser.

Karrys Mutter war Jüdin. Er und seine Familie unterscheiden sich von den Schmidts, Kohls und Straußens dadurch, daß sie im Nationalsozialismus verfolgt waren. In der Öffentlichkeit war dies eine kaum bekannte Tatsache (aber eben eine Tatsache) im Vergleich zu der breiten Debatte um die ‚weißen Westen' der beiden Kanzlerkandidaten des letzten Bundestagswahlkampfes (wobei es sich um Meinungen handelt). Andere Familien, die ebenfalls vom Naziregime verfolgt worden waren, bezeugen, daß es mitunter im Stillen Hilfe von den Karrys gegeben haben soll.

Sofort nach Karrys Tod gab und gibt es Versuche der Herrschenden, Kapital aus diesem Ereignis zu schlagen. „Bild" und „Welt" verdächtigten umgehend Startbahngegner, AKW- und WAA-Gegner oder „Palästinenser", den Mord begangen zu haben. „FR" und „Spiegel" spekulierten, die Tatwaffe führe zu Kreisen der RAF oder RZ. Das Hessische Landeskriminalamt nutzte die Gelegenheit, um per Flugblatt zu einer groß angelegten Bespitzelung der Bevölkerung aufzurufen: *„Erbeten werden auch Hinweise auf Personen, die aufgrund ihrer besonders feindseligen Einstellung gegen Minister Karry aus extremen politischen oder anderen Gründen verdächtigt werden können, die Tat begangen zu haben".*

So offen ist noch selten zur Gesinnungsschnüffelei aufgerufen worden. Nach den der Öffentlichkeit zugänglichen Informationen haben die Ermittlungen bislang noch keinen konkreten Verdacht gegen irgendeinen Täterkreis zutage gefördert. Stattdessen wird immer mehr Seltsames und Ungereimtes bekannt, z. B., daß anscheinend ständig Polizei in der besagten Nacht in der Straße gewesen sein muß, an der Karrys Villa liegt. Noch kurz vor der Tatzeit soll nach Angaben des „stern" (21.5.) in unmittelbarer Nähe eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden sein.

Allerdings wurde bekannt, daß es seit langem Morddrohungen gegen den Minister gegeben haben soll. Karry soll einen verstärkten Polizeischutz abgelehnt haben, da er sich eine solche Tat gegen ihn selbst *„nicht vorstellen konnte"*. In letzter Zeit müssen ihn diese Drohungen jedoch stärker beeindruckt haben. Entsprechende Äußerungen soll er Journalisten gegenüber während einer Spanienreise gemacht haben, die er unmittelbar vor seinem Tod unternahm. **Zumindest eine, sehr ernst zu nehmende Drohung gegen das Leben des Ministers war seit geraumer Zeit bekannt. Karry stand auf einer Liste von Namen jüdischer Bürger (neben Emil Carlebach und anderen), die in Nazikreisen kursierte, und mit der der Faschist Roeder in Verbindung gebracht wurde.** Angesichts dieser Tatsache ist es sehr seltsam, daß die Polizei einen Anruf bei der „Bildzeitung", in dem sich eine „Bewegung Drittes Reich" zu dem Mord bekannte, schon Stunden später als „makabren Scherz" beiseite legte.

In Westdeutschland gibt es zwei Kategorien von Attentaten. Die erste Kategorie wird gewöhnlich als „Linksextremismus" oder „Terrorismus" bezeichnet. In diesem Fall ist der Täterkreis sogleich bekannt, es gibt eine Fülle von Spuren, von Festnahmen, Hausdurchsuchungen, es gibt den Fall, daß mutmaßliche Täter von der Polizei in Notwehr kurzerhand erschossen werden müssen, es gibt ein beachtliches „Sympathisantenumfeld", das zerschlagen werden muß, und zuguterletzt auch reichlich Verurteilte, die die Hochsicherheitstrakte füllen. Die zweite Kategorie umfaßt Attentate, die entweder „unpolitisch" sind, von „verrückten Einzeltätern" begangen werden oder schlicht „nicht aufgeklärt werden können". Die Ermordung Karrys scheint in die zweite Kategorie zu fallen.

Als Kommunisten lehnen wir den individuellen Terror nicht nur abstrakt ab. Daß Karry, der als einer der wenigen Juden den Nationalsozialismus überleben konnte, nun von der Geschichte eingeholt worden ist, macht uns betroffen, so entschieden wir seine Politik auch bekämpft haben. Wir hätten lieber weiter mit ihm gestritten – ggf. auch beim Äbbelwoi.

KB/Gruppe Frankfurt

Wirbel um SSR-Artikel

Gegen die staatlich verordneten Pflichtübungen, die den Tod eines Politikers hierzulande begleiten und die mit allem Möglichen, am wenigsten aber mit Trauer zu tun haben, gab es hier und da ein spontanes Aufbegehren in Hessen. Beispielsweise wagten es einige Schüler, in einem Artikel der „Opstan" (Zeitung des Stadtschülerrats Frankfurt), „Gleichgültigkeit" zu bekunden und kritisch an die von dem Minister betriebene Politik zu erinnern. Sofort leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen „Verunglimpfung Verstorbener" ein, der Kultusminister distanzierte sich von der „Geschmacklosigkeit", der CDU war diese Distanzierung noch zu „lasch", Wallmann drohte mit dem Entzug der Gelder, falls sich der SSR nicht deutlich genug distanziere, und die Presse hatte ihr Fressen gefunden. Ob das kurze Statement in der „Opstan" wirklich überdacht war, mag dahingestellt bleiben – juristisch dürften die wenigen Sätze kaum anfechtbar sein.

Eine Anzeige wegen „Verunglimpfung Verstorbener" können allerdings nur die Familienangehörigen stellen. Karrys Familie hat sich entschieden, dies nicht zu tun. Gegenüber der Presse erklärte der Sohn des ehemaligen Wirtschaftsministers: *„Laßt die Bube doch mache"*, hätte sein Vater dazu gemeint.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.000.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Papst Attentat:

CDU und Staatsschutz decken die Mörderbande

Unversehens gerieten nach dem Papst-Attentat auch die bundesdeutschen Staatsschutzbehörden ins Zwielicht. Der den „Grauen Wölfen" zuzurechnende Attentäter Mehmet Ali Agca hatte sich nämlich monatelang in der BRD aufhalten können, obwohl mehrere Auslieferungsersuche und Fahndungshinweise seitens der türkischen Sicherheitsbehörden vorlagen. Auch wenn aus Bonn sogleich verlautete, man habe seinerzeit alles Menschenmögliche unternommen, um Agca zu ergreifen, ist der Fall einfach s y m p t o m a t i s c h für die Behandlung türkischer Faschisten in der BRD: Nach wie vor können die in der „Türk-Föderation" mit Sitz in Frankfurt zusammengefaßten Anhänger der faschistischen MHP völlig unangefochten ihre in der BRD lebenden Landsleute terrorisieren; nach wie vor können sich hierzulande türkische Rechtsextremisten aufhalten, die in der Türkei Gewalttaten und Morde begangen haben bzw. als Mörder gesucht werden. Letztere brauchen sich z.T. noch nicht einmal zu verbergen, sondern können – wie Serdar Celebi und Ali Batman – in aller Öffentlichkeit ihrer Vorstandstätigkeit für die „Türk-Föderation" nachgehen. Angesichts dieser Fakten sind massive Zweifel daran angebracht, ob der Staatsschutz tatsächlich das beteuerte Interesse daran gehabt hat, Leute wie Agca hinter Schloß und Riegel zu bringen.



Wer ist Mehmet Ali Agca?

Wer ist Mehmet Ali Agca?

Schon lange vor dem Papst-Attentat war Agca in der Türkei als einer der skrupellosesten MHP-Terroristen bekannt. Auf sein Konto gehen mehrere Morde an politischen Gegnern. Sein bekanntestes Opfer war der jüdische Jornalist *Abdi Ipekci*, damals Chefredakteur der liberalen türkischen Tageszeitung „Milliyet". Er wurde von Agca am 1. Februar 1979 in Istanbul auf offener Straße erschossen. Agca verschwand nach dem Anschlag in ein MHP-Lokal und wurde erst am 25.6.79 in einem von Faschisten kontrollierten Cafehaus in Istanbul festgenommen. Auf sein Bank-Konto waren übrigens kurz vor dem Mord 360.000 türkische Lira – damals über 10.000 DM – überwiesen worden. *„Am 11.10.79 wurde er dem Gericht vorgeführt. Das Militärgericht in Istanbul ordnete ein psychiatrisches Gutachten für den Terroristen Ali Agca an. Während der ärztlichen Untersuchung unternahm der Terrorist Agca – bewaffnet mit einer Pistole ungeklärter Herkunft – einen Fluchtversuch, der allerdings durch das Wachpersonal vereitelt wurde. Die Untersuchung ergab, daß sein psychischer Zustand normal war. Auf eigenen Wunsch wurde der Terrorist Agca in das Militärgefängnis Kartal-Maltepe in Istanbul verlegt. Von dort gelang ihm am 25./26.11.79 die Flucht"* (WDR, türkisches Programm v. 14.5.81). Die Flucht ging übrigens mit aktiver Hilfe der faschistisch infiltrierten Sicherheitskräfte vonstatten – Agca verließ das Gefängnis in Militäruniform. In einem Brief an „Milliyet" begründete er seinen Ausbruch damit, daß er den Papst, dessen Besuch in der Türkei unmittelbar bevorstand, ermorden wolle.

Aus bislang unbekannten Gründen wurde das Attentat damals nicht durchgeführt; Agca tauchte danach im europäischen Ausland unter, darunter auch in der Bundesrepublik, wo er nach Angaben türkischer Kreise eine deutsche Frau heiratete, um nicht an die Türkei ausgeliefert zu werden. Zwischendurch soll er sich auch wieder in Istanbul aufgehalten haben, wo er am 3.2.80 – so berichtet die „Quick" – von einem Mann namens Ramazan Guenduez identifiziert wurde. *„Guenduez soll Agca in der Gaststätte ‚Marmara' erkannt und die Polizei verständigt haben. Der Gesuchte konnte jedoch entkommen. Wenig später soll Agca mit vier Komplizen zurückgekehrt sein, Guenduez entführt und ihn am Stadtrand von Istanbul erschossen haben"* („Quick" v. 21.5.81).

In der BRD wird der Papst-Attentäter bislang mit zwei Anschlägen in Verbindung gebracht:

– Am 3. Mai 1980 war der ehemalige Vorsitzende des „Türkischen Idealistenvereins" in Reutlingen, *Halil Tireli*, in seinem Büro unter seiner Wohnung erstochen aufgefunden worden. Er galt seit Jahren als Koordinator der „Grauen Wölfe" im süddeutschen Raum und betätigte sich als Korrespondent für die rechte türkische Tageszeitung „Hürriyet".

– Am 25.11.80 wurde der langjährige Vorsitzende des türkischen „Kulturvereins" in Kempten, *Necati Uygur*, in seinem Lebensmittelgeschäft mit einer Schußwaffe niedergestreckt. Er starb einige Tage später im Kemptener Krankenhaus. Uygur hatte für die MHP zweimal für einen Sitz im türkischen Parlament kandidiert und gehörte zumindest Anfang bis Mitte der 70er Jahre zu den wichtigsten MHP-Kadern in der BRD. Er war es, der im

70er Jahre zu den wichtigsten MHP-Kadern in der BRD. Er war es, der im

Mai 1973 die MHP beim Kemptener Vereinsregister anmeldete (die Partei wurde dort – auf Veranlassung des türkischen Verfassungsgerichtes – 1976 wieder abgemeldet).

Während die „Welt am Sonntag" vom 17.5. die Version verbreitete, Uygur sei erschossen worden, weil er seinem Mörder nicht den Aufenthaltsort von Agca habe verraten wollen, berichten die meisten anderen Presseorgane, Agca selbst sei mit hoher Wahrscheinlichkeit der Mörder gewesen. Uygur habe der Polizei kurz vor seinem Tod den Namen Agcas genannt und *„fühlte sich bedroht, weil er sich aus der rechtsextremen ‚Nationalen Bewegungspartei' zurückziehen wollte"* („FR", 18.5.81). Konkretere Hinweise scheint es auch zum Tireli-Mord zu geben. Nach Angaben der Münchener Boulevard-Zeitung „tz" *„soll Agca nach dem Mord an Tireli mit einem Komplizen in einem Ford Consul nach München gefahren und dort nach Angaben des ‚tz'-Informanten in einem Türkenviertel Unterschlupf gefunden haben"* (ebenda). In der Tat ist der Verdacht, daß der Papst-Attentäter mit der Liquidierung abtrünniger MHP-Kader beauftragt worden sein könnte, keinesfalls abwegig. Derartige Praktiken waren und sind bei den „Grauen Wölfen" an der Tagesordnung und wurden von höchster Stelle, nämlich von MHP-Chef Alparslan Türkes persönlich, offen propagiert. So äußerte Türkes auf einer Parteiveranstaltung: *„Ich werde unbekümmert meinen Weg gehen. Folgt mir... Wenn ich umkehre, erschießt mich... Erschießt auch den, der von diesem Weg abgeht..."* („devlet", Organ der MHP, 1.10.73).

Von Seiten der „Türk-Förderation" waren für die Morde an Tireli und Uygur die „türkischen Linksextremisten in der Bundesrepublik" verantwortlich gemacht worden. In Hamburg führten „Graue Wölfe" nach Tirelis Tod sogar eine öffentliche Protestkundgebung durch, auf der sie ihre Anhängerschaft auf „Rache für unsere Märtyrer" eingeschworen...

„Schwierigkeiten" bei der „Suche" nach türkischen Nazi-Terroristen

Bis heute bestreitet die Bundesregierung hartnäckig, daß es Belege dafür gebe, wonach Agca sich in der BRD aufgehalten hat. Sie befindet sich damit in bemerkenswerter Übereinstimmung zu dem Papst-Attentäter selbst, der ebenfalls überall gewesen sein will, eben nur nicht in der Bundesrepublik. Dagegen spricht freilich neben zahlreichen Hinweisen von in der BRD lebenden Türken der Umstand, daß Agca bei seiner Festnahme westdeutsches Geld bei sich hatte. *„Überdies wird aus Rom gemeldet, daß es in dem von Agca benutzten falschen Paß einen Stempel deutscher Grenzkontrollstellen geben solle"* („WamS", 17.5.81). Außerdem wurde von der niedersächsischen Polizei jetzt festgestellt, daß der Attentäter einen Tag vor dem Anschlag auf den Papst mit einem in Westdeutschland lebenden Türken telefoniert hat („FAZ", 23.5.81).

Bereits 1979 war gegen Agca eine internationale Fahndung eingeleitet worden. Das BKA registrierte den türkischen Nazi am 15. Januar 1980 in seinem INPOL-System. Außerdem gingen dem Auswärtigen Amt am 3.10.80, am 2. und 11. November sowie am 29. Dezember Fahndungshinweise sowie Auslieferungsersuchen der türkischen Sicherheitsorgane zu, die auch Angaben über Agcas vermuteten Aufenthaltsort enthielten. Der Staatsschutz behauptet heute, diesen Hinweisen stets nachgegangen zu sein, freilich ohne greifbaren Erfolg. Bei den türkischen Behörden wird das Eingreifen westdeutscher Organe allerdings anders bewertet. Anfang Dezember letzten Jahres kamen Spezialeinheiten des Polizeipräsidiums Ankara in die BRD, um die Auslieferung politischer Gegner, darunter auch die Festnahme rechtsextremer Terroristen, speziell des in Abwesenheit zum Tode verurteilten Papst-Attentäters, zu erwirken. *„Die große Ernüchterung und Enttäuschung bei den höchsten Polizeikreisen in Ankara über die Haltung der bundesdeutschen Behörden beschreibt die angesehene Tageszei-*

Polizeikreisen in Ankara über die Haltung der bundesdeutschen Behörden beschreibt die angesehene Tageszei-

tung Cumhuriyet am 5. Januar 1981 auf ihrer ersten Seite: 'Es wird gemeldet, daß die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik den von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Ankara entsandten Detektiven keinerlei Unterstützung gewährten und sie allein ließen, indem sie ihnen die notwendigen Informationen über die Terroristen vorenthielten' " („Türkei-Informationen" Nr. 2/81). Ergänzend wurde in der erwähnten „Cumhuriyet"-Meldung hervorgehoben: *„Es ist aber festgestellt worden, daß die gesuchten Terroristen den Schutz rechtsstehender deutscher Organisationen genießen".*

Bezeichnend ist auch die Aussage eines Türken, der dabei war, als die Westberliner Polizei im Februar 1980 nach Agca „fahndete". *„Die Razzia erstreckte sich auf die türkischen Lokale an der Potsdamer Straße im Bezirk Schöneberg. Danach wurde die Fahndung wieder abgebrochen. 'Leider haben einige deutsche Behörden ganz schwach gearbeitet', sagte gestern einer der an der Suche beteiligten Türken. In dem Viertel an der Potsdamer Straße in Berlin-Schöneberg gebe es allein 30 bis 40 türkische Lokale. Aber nur in einem (!!) Restaurant sei nach Agca gesucht worden"* („Welt", 15.5.81).

Schließlich ist auch interessant, wie mit Hinweisen umgegangen wurde, die aus Kreisen antifaschistischer Türken kamen. Die revisionistische FIDEF hatte in ihren „Türkei-Informationen" vom November '80 sogar ein Foto von Agca veröffentlicht und darauf hingewiesen, daß er sich im Raum Frankfurt aufhalte. Hierzu – laut „WamS" – das BKA: *„Es wird darauf verwiesen, daß die Hinweise ausschließlich von linksextremistischen Türken kamen, die mit rechtsextremistischen Türkengruppen auf deutschem Boden eine zunehmend blutige Fehde führen"* („WamS", 17.5.81).

Tatsächlich ist mit derartigen Schutzbehauptungen die Ausrichtung der Staatsschutzbehörden exakt umrissen: Bis heute bestreiten nahezu alle Stellen des „Verfassungsschutzes", daß es für *„den in der Öffentlichkeit weiterhin erhobenen Vorwurf, die 'Grauen Wölfe' terrorisierten ihre Gegner"*, überhaupt Beweise gebe (vgl. NRW-VS-Bericht '79). Daß allein im letzten Jahr mindestens drei Türken von MHP-Anhängern auf westdeutschem Boden ermordet wurden, wird dabei nicht einmal mehr registriert.

Den Vogel schoß im Sommer letzten Jahres der niedersächsische VS ab, als er an ausgewählte Politiker eine „Sonderinformation" zum Thema „Graue Wölfe" verbreitete, in der den türkischen Faschisten eine zwar antikommunistische, *„dabei aber westlich orientierte und gemäßigt islamisch ausgerichtete nationalistische Politik"* bescheinigt wurde („FR", 6.8.80). Dagegen wurde in dieser „Sonderinformation" ganz ausdrücklich vor einer „von Kommunisten betriebenen Kampagne" gegen die „Grauen Wölfe" gewarnt: Die *„eigentliche Gefahr für den inneren Frieden der Bundesrepublik gehe nicht von den türkischen Rechtsextremisten aus, sondern von linken Protesten gegen das Treiben der 'Grauen Wölfe' ..."* (ebenda). In einem weiteren vom stellvertretenden Leiter des niedersächsischen VS, *Günter Döring*, verfaßten Papier, wurde zum „besseren Verständnis der Symbolfigur Grauer Wolf" wohlwollend eine längere Passage aus dem türkischen Blatt „Anadolu" zitiert, in der es u.a. hieß: *„Die Grauen Wölfe, die die Kommunisten als Geheimorganisation darstellen, sind nichts anderes als die gesetzestreuen, disziplinierten, demokratischen, idealistischen türkischen Jugendlichen"* (ebenda). *„Grauwolf"* – so Döring – sei in *„türkischen Ohren ein schmeichelhafter Ehrenname"*. Die von ihm zitierte Zeitung „Anadolu" bezeichnet er als „konservativ", obwohl es sich hierbei bekanntermaßen um das Organ der rechtsextremen „Süleyman-Sekte" handelt, die als „Islamisches Kulturzentrum" mit Hauptsitz in Köln den Großteil der ultrareaktionären „Koran-Schulen" in der BRD betreibt und eng mit den „Grauen Wölfen" zusammenarbeitet.

Angesichts einer derart eindeutigen Sachlage dürften die jetzt geäußerten dumm-frechen Behauptungen bundesdeutscher Staatsschutzorgane,

Sachlage dürften die jetzt geäußerten dumm-frechen Behauptungen bundesdeutscher Staatsschutzorgane,

man habe hinsichtlich der Fahndung nach rechtsextremen türkischen Terroristen alles getan, was zu tun sei, kaum noch überzeugen. Ohnedies gab es und gibt es neben Agca eine Reihe weiterer faschistischer Mörder aus der Türkei, die sich nach wie vor in der BRD aufhalten. Im November letzten Jahres hatte der antifaschistisch engagierte SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing im Rahmen einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, daß *„mindestens acht faschistische Terroristen, unter ihnen auch der Mörder Feridun Akkuzu und der im Zusammenhang mit der Ermordung von Dr. B. Cömert gesuchte Rifat Yildirim, sich gegenwärtig in der BRD befinden"* („Türkei-Informationen", November '80). Weitere Namen von türkischen Nazi-Terroristen in der BRD:

– *Isa Armagan*, wegen mehrerer Morde an politischen Gegnern rechtskräftig zum Tode verurteilt;

– *Mehmet Sehner*, enger Kumpane von Agca, gilt als eigentlicher Drahtzieher der Ermordung des „Milliyet"-Chefredakteurs Abdi Ipekci. Wie die „FR" am 18.5. meldet, wird nach Sehner jetzt n a c h dem Papst-Attentat in der BRD gefahndet. Dabei hatte „Milliyet" bereits am 5. September letzten Jahres gemeldet, daß Sehner unmittelbar nach dem Ipekci-Mord am 14.12.79 bei der Ausländerpolizei in Ludwigsburg mit dem türkischen Reisepaß Nr. TR-D 813456 eine Aufenthaltserlaubnis beantragte und um politisches Asyl ersuchte. Auch diese Information war den westdeutschen Staatsschutzbehörden allerspätestens durch die Veröffentlichung der „Türkei-Informationen" vom November 1980 bekannt!

– *Enver Altayli*, seit 1975 Chef der europäischen MHP-Organisationen. Gegen den in Köln lebenden Altayli besteht in der Türkei Haftbefehl;

– *Serdar Celebi*, derzeit Vorsitzender der „Türk-Föderation". Auch gegen Celebi besteht ein Haftbefehl. Er ist als ehemaliger MHP-Chef in Sisle, einem Stadtteil von Istanbul, indirekt oder direkt an Terroraktionen und Morden beteiligt gewesen;

– *Ali Batman*, seit 1980 ebenfalls Vorstandsmitglied der „Türk-Föderation". B. hatte schon 1970 einen Mediziner der Universität Ankara ermordet. Seit 1977 war er verantwortlich für alle Terroraktionen der „Grauen Wölfe" in der Südtürkei. Als ihm dort der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, setzte er sich in die BRD ab. Gegen ihn wurde seitens türkischer Sicherheitsorgane ebenfalls Haftbefehl erlassen.

Ein „christlicher" Schutzschirm für türkische Faschisten

Ausgerechnet in der CSU-nahen „Deutschen Tagespost", die in der BRD als Hausblatt der rechtskatholischen und extrem papsttreuen Kreise fungiert, war am 3./4. April 1980 folgendes zu lesen: *„Der Parteivorsitzende Türkesch* (Chef der MHP – Anm. AK) *wird seit Jahren von der türkischen Linken und ihren Bundesgenossen im Westen heftig attackiert. Die Behauptung, daß Türkesch 'faschistische' Ideen verbreite, ist jedoch ebenso irreführend wie ähnliche Vorwürfe, die in Wahlkampfzeiten in Deutschland die Linke gegenüber dem konservativen Flügel der Unionsparteien erhebt. Türkesch tritt für eine 'türkische Renaissance' und für islamische Werte ein. Gleichzeitig bekennt er sich jedoch zur modernen parlamentarischen Demokratie".*

Was das westdeutsche „Kampfblatt des Papstes" über den Parteivorsitzenden des späteren Papst-Attentäters verbreitete, beruht keineswegs auf Unkenntnis, sondern geschah in überlegter politischer Absicht. Autor dieser Zeilen war nämlich der Journalist *Harald Vocke*, der ansonsten für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" tätig ist. Vocke kennt Türkes persönlich und organisierte in der BRD auch schon Pressekonferenzen für den MHP-Chef. Er ist auch einer Einladung der MHP zu einem Türkei-Besuch gefolgt. Seine Beiträge in der „FAZ" über die „Grauen Wölfe" sind derart profaschistisch orientiert, daß sie sogar von den türkischen Faschisten selbst – so. z.B. in Hamburg – auf Flugblättern verbreitet wurden. Selbstverständlich ist Vocke nicht das einzige „braune Schaf" der „FAZ": *„Der*

verständlich ist Vocke nicht das einzige „braune Schaf" der „FAZ": „Der

Geschäftsführer dieser Zeitung, Herr Hans-Wolfgang Pfeifer ist Mitinhaber des Rechtsanwaltsbüros Spring und Lange in Frankfurt am Main. Dieses Büro wiederum vertritt den MHP-Führer Türkes vor bundesdeutschen Gerichten, so zum Beispiel in dem Prozeß, den Türkes 1979 gegen die IG-Metall führte ..." („Türkei-Informationen", Dezember '80).

Die bislang offenkundigste Demonstration „christlichen" Zuspruchs für die „Grauen Wölfe" hat allerdings am 1. Mai 1978 in München stattgefunden: Damals traf sich MHP-Chef Türkes, begleitet von Gün Sazak und *Murat Bayrak*, mit dem CSU-Vorsitzenden und späteren Kanzler-Kandidaten *Franz-Josef Strauß*. Die Zusammenkunft hatte Murat Bayrak arrangiert, damals faschistischer Kader in Demirels „Gerechtigkeitspartei", der als Fabrikbesitzer auf seinem Gelände Killerkommandos militärisch ausbilden ließ. In dem – so Bayrak – „sehr herzlichen Gespräch", sagte Strauß *„den MHP-Politikern zu, daß in Zukunft für die MHP und die 'Grauen Wölfe' ein günstiges psychologisches Klima"* in der Bundesrepublik geschaffen werden solle: *„Bayern soll der Anfang sein"* („Metall", Nr. 18/78). W i e günstig das „Klima" für die „Grauen Wölfe" in Bayern bis heute geblieben ist, mag man an einer Stellungnahme ablesen, die der bayerische Innenminister Tandler noch im November 1980 abgab: *„Die MHP und die Türk-Föderation setzen sich für die Interessen der türkischen Republik und Nation im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland ein"* (Roth/Taylan, „Die Türkei", S. 140).

Noch nach dem von MHP-Terroristen angerichteten Massaker in der osttürkischen Stadt Kahramanmaras (111 Tote) traf sich ein weiterer Politiker der CDU/CSU mit Türkes in Bonn: Gemeint ist der ehemalige rheinland-pfälzische Innenminister und heutige CDU-MdB *Heinz Schwarz*. Auch

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 3

Schwarz's Kontakte in die Türkei sind nicht zufälliger Natur. Rheinland-Pfalz fungiert nämlich als Patenland für Polizei-Kontakte zur Türkei. *„Seit Jahren findet ein regelmäßiger Polizeiaustausch zwischen der Türkei und Rheinland-Pfalz statt. Noch im letzten Jahr war Rheinland-Pfalz der Türkei mit einer Computer-Anlage behilflich ..."* („taz", 22.5.81).

Wichtigster CDU-Verbindungsmann der MHP war freilich Schwarzens mittlerweile verstorbener Parteifreund *Hans-Eckhard Kannapin*, seines Zeichens „Historiker" und CDU-Stadtrat in Treysa bei Kassel. Über ein nichtexistentes sogenanntes Türkei-Institut beschaffte Kannapin führenden MHP-Kadern Aufenthaltsgenehmigungen für die BRD, so z.B. dem Vorsitzenden der „Türk-Föderation" Serdar Celebi sowie seinem Vorgänger Lokman Kundakci, der mittlerweile bei den „Grauen Wölfen" ausgestiegen ist. Kannapin war es auch, der für den ersten Jahres-Kongreß der „Türk-Föderation" am 4.2.79 die Kulturhalle in Schwarzenborn (Hessen) anmietete. Weitere Hilfsdienste des CDU-Stadtrates für die türkischen Faschisten sind Briefen zu entnehmen, die der europäische MHP-Chef Enver Altayli an Türkes schrieb. Diese Schreiben sind in der Anklageschrift gegen die MHP dokumentiert, die kürzlich in Ankara veröffentlicht wurde. In einem Brief vom 28.4.76 heißt es beispielsweise: *„Am 4. Mai 1976 wird Dr. Kannapin nach Köln kommen. Dort wird er mich mit dem Leiter der Türkei-Abteilung des Deutschen Verfassungsschutzes bekannt machen. Dr. Kannapin teilte mir mit, daß diese Person der CDU angehöre und ein ehemaliger deutscher Offizier wäre. Er soll ein bewußter Antikommunist sein ... Ich fragte Dr. Kannapin, wie es möglich sei, daß über uns so negativ berichtet wird. Ich werde seine Antwort wörtlich wiedergeben: 'Unsere Leute* (VS) *bekommen in der Sache die Informationen von MIT* (türkischer Geheimdienst). *In dieser Angelegenheit muß man nicht unseren Leuten, sondern der MIT die Ohren lang ziehen. Wenn MIT richtige Informationen weitergibt und sagt, daß alles nicht so ist, werden unsere*
ser Angelegenheit muß man nicht unseren Leuten, sondern der MIT die Ohren lang ziehen. Wenn MIT richtige Informationen weitergibt und sagt, daß alles nicht so ist, werden unsere
Leute auch richtig schreiben ...'

Die antikommunistischen Aktivitäten unter den Türken in Europa werden von uns, also der MHP, geführt. Die CDU/CSU wird bestimmt ihre Arme nach der MHP strecken müssen..." (zit. nach „taz" v. 22.5.81).

In der Tat gibt es neben den bereits genannten noch zahlreiche weitere Nahtstellen zwischen CDU/CSU und türkischen Rechtsextremisten. So z.B. in Westberlin, wo CDU-Abgeordnete an einer Propaganda-Veranstaltung mit Türkes teilnahmen und wo es besonders intensive Kontakte zwischen den „Grauen Wölfen" und dem *„Christlichen Gewerkschaftsbund"* (CGB) gibt. So auch in Nürnberg, wo der dortige CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Holzbauer die Stadt aufforderte, Mittel und Räume für den türkischen jugendlichen „Idealistenverein" zur Verfügung zu stellen. Holzbauer bezeichnete den Faschistenverein in diesem Zusammenhang als der „Jungen Union" nahestehend! Und von Bonn aus agiert der CDU-Bundestagsabgeordnete und Ausländer-„Experte" *Hasinger*, der sich insbesondere für das mit den „Grauen Wölfen" kooperierende „Islamische Kulturzentrum" (IKZ) einsetzt. Zusammen mit IKZ-Generalsekretär *Abdulkadir Polat* und CDU-MdB *George* sitzt Hasinger auch im Vorstand eines „Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereins" („Hür-Türk").

Angesichts derartig enger, langjähriger Kontakte und Beziehungen zwischen westdeutschen Politikern, Staatsschutzbeamten und türkischen Rechtsextremisten sind trotz Papst-Attentat auch für die Zukunft keine wesentlichen Änderungen der bisher geübten staatlichen Praxis systematischer Verharmlosung und Begünstigung türkischer Nazis zu erwarten. Nach wie vor gilt hier, was der Informationsdienst der Westberliner CDU am 8.8.79 als „Erkenntnis" verbreitete:

„Die eindeutige Beurteilung der Sicherheitslage, nicht nur durch die sozialdemokratischen Innenminister und -senatoren, sondern auch durch das Bundesinnenministerium lautet: Nicht von den Grauen Wölfen, sondern von den linksextremistischen Türken und den sie unterstützenden Gruppen gehen die großen Gefahren aus" (Roth/Taylan, S. 148).

AG Ausländer

Fortsetzung von Seite 1

Irland: Der Kampf um den »politischen Status« geht weiter!

Francis Hughes starb genau eine Woche nach seinem IRA-Kampfgefährten Bobby Sands. 59 Tage lang hatte er jegliche Nahrungsaufnahme verweigert. Um seinen physischen Zustand war es aufgrund einer Schußverletzung, die er anläßlich seiner im März 1978 erfolgten Verhaftung erlitten hatte, von vornherein schlechter bestellt als bei den anderen Hungerstreikern. Hughes war von einem Sondergericht („diplock-court") wegen „Mordes" an einem britischen S.A.S.-Soldaten zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Seine Taten ließen ihn in republikanischen Kreisen zum „Volkshelden" avancieren („Guardian", 13.5.81). Die IRA bezeichnete Hughes in einer ersten Erklärung als einen ihrer „tapfersten Soldaten". Dem südirischen Premier Haughey attestierte das IRA-Statement Mitschuld am Tode Hughes. Sein Schweigen habe die britische Regierung zur Legitimierung ihrer unnachgiebigen Haltung benutzt („Guardian", 13.5.81).

In den republikanischen/katholischen Ghettos von Belfast und Derry löste die Nachricht vom Tode Hughes' erneut schwere Unruhen aus. *„Nachdem der Rundfunk sein Programm unterbrochen und den Tod von Hughes gemeldet hatte, strömte in den Katholikenvierteln der nordirischen Hauptstadt die Bevölkerung auf die Straßen. Nach Mitteilung der Polizei deckten Jugendliche Polizeifahrzeuge mit einem Steinhagel ein und schleuderten Benzinbomben. Auf den Straßen wuchsen Barrikaden, mit denen die Bewohner der katholischen Stadtteile die Sicherheitsorgane fernzuhalten suchten. Frauen machten ihrem hilflosen (?) Zorn dadurch lautstark Luft, daß sie Mülleimerdeckel auf das Straßenpflaster stießen und Trillerpfeifen betätigten. Die Sprecherin eines Bürgerausschusses im katholischen Falls-Road-Viertel sagte: 'Die*
ihrem hilflosen (?) Zorn dadurch laut-stark Luft, daß sie Mülleimerdeckel auf das Straßenpflaster stießen und Trillerpfeifen betätigten. Die Sprecherin eines Bürgerausschusses im katholischen Falls-Road-Viertel sagte: 'Die
Leute sind sehr, sehr aufgebracht. Wir bemühen uns, die Lage friedlich zu erhalten. Aber wie sehr hat sich denn die britische Regierung bemüht, Francis Hughes am Leben zu halten' " („FR" am Abend, 13.5.81). In Derry kaperten jugendliche Demonstranten Lastwagen und Busse der staatlichen Verkehrsgesellschaft und setzten sie in Brand.

Am 15.5 wurde Hughes in seinem Heimatort Bellaghy im Beisein von Zehntausenden beigesetzt. Wie Bobby Sands wurde auch Francis Hughes die übliche militärische Zeremonie der IRA zuteil. Im Schutze von aufgespannten Regenschirmen konnten die uniformierten und bewaffneten „Volunteers" unerkannt entkommen. Royalistische Politiker hatten zuvor an die nordirischen Sicherheitskräfte und die britische Armee appelliert, derartige öffentliche Auftritte der IRA zukünftig zu unterbinden. In England hatten die Aufnahmen der britischen Fernsehanstalten von der Beerdigung Sands heftige Diskussionen provoziert. Die britische Regierung fühlte sich offensichtlich gegenüber der Weltöffentlichkeit blamiert.

In der Nacht zum 21. Mai verstarb nach 61 Tagen Hungerstreik Raymond McCreesh. Wiederum kam es nach Bekanntwerden der Todesnachricht zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern der republikanischen/katholischen Ghettos und den Sicherheitskräften. *„Gruppen von jungen Katholiken, von denen viele maskiert waren, stahlen nach Angaben der Polizei Dutzende von Personenwagen und Lastwagen und steckten sie in Brand. Andere Fahrzeuge wurden zum Bau von Straßenbarrikaden verwendet. Polizeistreifen und Patrouillen der britischen Streitkräfte wurden mit Benzinbomben angegriffen. Die schwersten Zusammenstöße ereigneten sich in einem stark befestigten Stützpunkt der Polizei in dem Stadtviertel New Barnsley, das nach Angaben der Polizei von über 300 Menschen angegriffen und regelrecht belagert wurde. Mindestens 50 Brandbomben wurden auf den Stützpunkt geschleudert"* („FR am Abend", 21.5.1981).

Nur einen Tag später, in der Nacht auf den 22.5. verstarb der 24jährige Patrick O'Hara nach 62 Tagen Hungerstreik im „Maze-Prison".

Bereits am 9.5. hatte mit Joe McDonnell ein weiterer Gefangener im „Maze-Prison" den unbefristeten Hungerstreik auf Leben und Tod aufgenommen. Damit hatten die republikanischen Gefangenen ihre Ankündigung wahr gemacht, an die Stelle jedes toten Genossen einen neuen Hungerstreiker treten zu lassen, solange bis die fünf Forderungen erfüllt worden sind.

Die Haltung der britischen Regierung

Ungeachtet weiterer Hungerstreikopfer und des breiten internationalen Druckes hält die Thatcher/Atkins Administration bis zur Stunde an ihrer unnachgiebigen Haltung fest. Dabei kann sie sich innenpolitisch der Unterstützung durch die Labour-Führung erfreuen. Gegenüber der Öffentlichkeit sieht sich die Tory-Regierung immer wieder genötigt zu betonen, daß es niemals einen „Political Status" für „Kriminelle" und „Terroristen" geben werde. Die Gewährung des „Political Status" für I.R.A./I.N.L.A.-Häftlinge käme einem *„Freibrief zum Töten"* gleich („Guardian", 6.5.81).

Während einer Unterhausdebatte zum Thema „Nordirland" pries Thatcher die Gefängnisordnung des „Maze-Prison" als eine der „liberalsten" und „humanitärsten" („Guardian", 6.5.81). Es ist aber denkbar, daß sich London durch ein „Festbeißen" am Begriff des „Political Status" letztendlich die Option einer „Gefängnisreform" (= partielle Erfüllung der fünf Forderungen der Gefangenen) offen hält, eventuell in Abstimmung mit der südirischen Regierung.

Labour, S.D.L.P., südirische Regierung und Kirche

Labour, S.D.L.P., südirische Regierung und Kirche

Am 12.5. sprach sich der profilierte Labour-Linke Tony Benn gegenüber dem BBC für einen Abzug der britischen Truppen aus Ulster aus („Guardian", 13.5.81). Des weiteren plädierte Benn für die Einsetzung einer UN-Kommission zur Behandlung des Nordirland-Konfliktes sowie für die Entsendung einer internationalen UN-Friedenstruppe (als Ablösung für die britischen Truppen) in die sechs Grafschaften („Guardian", 13.5.81). Benn, Unterzeichner der H-Block-Petition, zählt zu den wenigen innerparteilichen Opponenten gegen die seitens der Labourführung um Foot praktizierte Unterstützung der Haltung der Tory-Regierung in der Frage des „Political Status". Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß es eine Labour-Regierung war, die 1976 den „special Category Status" abschaffte.

Die innerparteiliche Opposition gegen die Nordirlandpolitik der Labourführung soll allerdings in den letzten Wochen Zuwachs bekommen haben.

Benn äußerte im besagten BBC-Interview des weiteren die Meinung, daß eine sich auf militärische Präsenz stützende Nordirlandpolitik keine Zukunft habe („Guardian", 13.5.81). Eine Erkenntnis, die allerdings vor Benn bereits andere Kreise gewonnen haben; wie sonst wären die verschiedenen, in den letzten Jahren seitens britischer Regierungen ergriffenen „politischen Initiativen" zu erklären?

Von Michael Foot handelte sich Benn für seine Äußerungen eine Rüge ein. Der Abzug britischer Truppen würde zwangsläufig in gegenseitige Massaker der verfeindeten „Bürgerkriegsparteien" enden („Guardian", 15.5.81). Gleichzeitig sprach sich Foot für eine „neue" britische Nordirlandpolitik aus, ohne dies allerdings inhaltlich näher zu konkretisieren („Guardian", 15.5.81).

Thatcher selbst erteilte Benns Plänen eine glatte Absage. Es handele sich beim Nordirlandkonflikt um eine i n t e r n e Angelegenheit des „United Kingdom". Zudem verwies sie auf das Versagen der UN im Libanon, im Mittleren Osten, in Namibia etc. („Guardian", 15.5.81). Der Führer der „Official Unionist Party", Molyneaux, erklärte, die Stationierung einer UN-Friedenstruppe sei kein akzeptabler Ersatz für die britische Militärpräsenz, da sie nicht in der Lage sei, die R.U.C. in der Bekämpfung des „Terrorismus" zu unterstützen („Guardian", 14.5.81). Inwieweit Benns Vorschlag in US-Kreisen auf positive Resonanz stößt, ist nicht bekannt.

Bemüht um eine „friedliche" Beilegung des Konfliktes zeigte sich einmal mehr der S.D.L.P. Führer und Europaparlamentsabgeordnete John Hume. Die katholisch integrationistische S.D.L.P. wirbt seit Jahren vergeblich um breitere Unterstützung in der katholisch/republikanischen Minorität des Nordens.

Am 14.5. empfing Thatcher Hume in der Downing Street zu einer mit Spannung erwarteten Unterredung. Die integrationistischen Kräfte im Norden sowie die südirische Regierung dürften von diesem Treffen Signale für ein partielles Einlenken Londons erhofft haben. Humes Vorschlag, zwei der fünf Forderungen zu erfüllen (eigene Kleidung, freier Umschluß), wurde von der „eisernen Lady" verworfen („taz", 15.5.81). Humes Visite in London erfolgte in Absprache mit dem südirischen Premier Charles Haughey.

Die auch als „irische Lobby" firmierenden prominenten US-Politiker Edward Kennedy, Patrick Moynihan, Thomas O'Neill und Hugh Carey kritisierten in einem an Thatcher adressierten Telegramm *„die unbewegliche Haltung der britischen Regierung gegenüber Nordirland, die zu weiterer sinnloser Gewalt und unnötigem Töten in der britischen Provinz führen müsse"* („FR am Abend", 7.5.81).

Die „big Four" sprachen sich des weiteren für die Beilegung der „tragischen und unnötigen Krise" auf Basis eine „Kompromisses" aus („Guardian", 15.5.81). In ihrer sehr ausführlich ausgefallenen Antwort betonte Thatcher zum wiederholten Male, daß weder an Kompromisse noch etwa an die Gewährung des „Political Status" zu denken sei. Die britische Regierung habe zudem in der Vergangenheit zur Genüge ihre flexible Haltung in Sachen Haftbedingungen unter Beweis ge-
weder an Kompromisse noch etwa an die Gewährung des „Political Status" zu denken sei. Die britische Regierung habe zudem in der Vergangenheit zur Genüge ihre flexible Haltung in Sachen Haftbedingungen unter Beweis ge-
stellt.

Der südirische Premier Haughey forderte in einem Statement, die Suche nach „politischen Lösungen" mit mehr Nachdruck zu verfolgen. Er erklärte, daß keine irische Regierung angesichts der Aussicht auf weitere Hungerstreiktote in Gleichgültigkeit verharren könne. Eine „humanitäre Lösung" des Problems sei „möglich" und „notwendig". Die augenblicklich gespannte Lage verdeutliche die Notwendigkeit, das g e s a m t e Nordirlandproblem einer umfassenden Lösung zuzuführen. Eine umfassende politische Lösung sei die einzige Möglichkeit, den Zyklus von *„Gewalt, Zerstörung und Tod"* zu beenden („Guardian", 13.5.81). Die harte Haltung Londons hat sowohl die integrationistischen Kräfte im Norden als auch die Regierung der südlichen Republik in eine mißliche Lage gebracht. Der Spielraum für eine Politik der Kollaboration mit dem Imperialismus hat in den letzten Wochen eine objektive Verengung erfahren.

Die südirische Regierung hat erneut bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg vorgesprochen. Sie bat diese um baldige Intervention im „H-Block-Konflikt". Sie erhofft sich hiervon eine „Reform", die einerseits für die Briten gerade noch erträglich ist, und die andererseits der radikal-republikanischen Bewegung im Norden wie im Süden den Boden für ihre Agitation entziehen würde.

Die I.R.A. und der Hungerstreik

Anläßlich der traditionellen Feierlichkeiten zum Jahrestag des „easterrising" von 1916, die in diesem Jahr ganz im Zeichen des Hungerstreiks der republikanischen Gefangenen standen, kündigte die Belfaster I.R.A.-Brigade für den Fall des Todes von Sand's eine *„beispiellose Welle von Gewalt"* an, gegen die sich alle bisherigen militärischen Aktionen der I.R.A. wie *„Tee-Parties im Buckingham-Palast"* ausnehmen würden („Spiegel" 18/81, „Guardian", 20.4.81).

Als es in Derry, angesichts des unmittelbar bevorstehenden Todes von Sand's zu ersten s p o n t a n e n Ausschreitungen kam, warnte die örtliche I.R.A.-Einheit vor *„Aktionen, die sich nicht auszahlen werden"* („Guardian", 22.4.81).

Die militanten Aktionen, getragen von den „kids" aus den rupublikanischen/katholischen Ghettos, hatten teilweise diffuse Formen angenommen. So waren nicht nur britische Soldaten und nordirische Sicherheitskräfte sondern auch Bewohner und Einrichtungen der eigenen Wohnbezirke zu Schaden gekommen. Das I.R.A. Statement endete mit den Worten: *„Wir brauchen die Unterstützung der Leute. Wir haben die Unterstützung der Leute und wir dürfen nichts unternehmen, was sie gegen uns aufbringt"* („Guardian", 22.4.81).

Von der Erschießung eines Soldaten des „Ulster Defence Regiment" in Armagh distanzierte sich die lokale I.R.A.-Einheit nachträglich („Guardian", 24.4.81). Für die Erschießung eines R.U.C. Angehörigen in Belfast übernahm die I.N.L.A. die Verantwortung, die Widersprüche zur militärischen Abstinenz der „Provos" während des Hungerstreiks hegt („Guardian", 28.4.81).

Es sind in der Zeit v o r dem Tod von Bobby Sands nur wenige Anschläge auszumachen, für die sich die I.R.A. explizit verantwortlich eklärte. Spektakuläre Aktionen sind überhaupt nicht zu registrieren.

Ein analoges Verhalten, was die Ebene der militärischen Auseinandersetzung anbetrifft, war bereits während des letzten Hungerstreikes zu konstatieren, wo die I.R.A. primär den militärischen Schutz der „Anti-H-Block-Märsche" im Norden übernahm.

Die seitens der „Belfast Brigade" angekündigte und von den britischen Medien tagtäglich heraufbeschworene „Welle der Gewalt" blieb auch nach Bekanntwerden der Nachricht vom Tode Sands aus.

Die militanten Unruhen, die unmit-
tischen Medien tagtäglich heraufbeschworene „Welle der Gewalt" blieb auch nach Bekanntwerden der Nachricht vom Tode Sands aus.

Die militanten Unruhen, die unmit-
telbar folgten, waren eindeutig spontanen Charakters. Die I.R.A. hielt sich weiterhin zurück und erklärte vielmehr die folgenden Tage zu „nationalen Trauertagen". An die republikanische/katholische Minorität (und wohl auch an die diversen lokalen Brigaden) erging der Appell, mit eventuellen Vergeltungsmaßnahmen bis n a c h der Beisetzung Sand's zu warten („FR AM Abend", 5.5.81). Bereits Tage zuvor hatte Bernadette McAliskey als Sprecherin des „National H-Block/Armagh Committees" geäußert, daß man im Falle des Todes von Bobby Sand's *„keinen einzigen Tumult, keinen einzigen Steinwurfhagel, keine einzige Benzinbombe"* „FAZ", 5.5.81) wolle. Stattdessen propagierte sie *„politische Maßnahmen"*, wie den Boykott britischer Waren sowie einen eintägigen Generalstreik zu Ehren des toten I.R.A.-Häftlings.

Die „kids" in den Ghettos von Belfast und Derry zeigten sich von Bernadettes Appell allerdings offensichtlich wenig beeindruckt.

Ob das von I.R.A.-Volunteers am 6.5. in der Nähe von Crossmaglan auf britische Soldaten eröffnete Feuer bereits die Einläutung einer Wende im Verhalten der „Provos" bedeutete (wie es die bürgerliche Presse z.T. darstellte), muß angezweifelt werden. Diese, auch als „befreites Gebiet" bezeichnete Region nahe der Grenze zur Republik, hat ihre „eigenen Gesetze". Direkte Feuergefechte zwischen britischen Patrouillen und der I.R.A. sind hier die Regel. Die Briten ziehen es hier vor, sich per Hubschrauber zu bewegen. Für die I.R.A. ist die Grenzregion hinsichtlich des militärischen Nachschubs aus dem „Süden" von enormer Bedeutung. In den letzten Jahren bedienen sich die Briten zunehmend der Hilfe der kollaborationswilligen südirischen „Free State Army", um der Lage Herr zu werden. Auch nach der Beisetzung Sands war zunächst keine Änderung im Verhalten der I.R.A. zu registrieren. Gerry Adams, Vizepräsident der SINN FEIN und ehemaliger Kommandant der „Belfast-Brigade", erklärte am Grabe Sand's, daß man s e l b s t den Zeitpunkt für Vergeltungsmaßnahmen bestimmen würde, was nicht gerade auf unmittelbar folgende militärische Attacken hindeutet. Ungeklärt blieb auch die Herkunft jener Briefbomben, die an einigen für ihre be-

sondere I.R.A.-Feindschaft bekannte Parlamentarier adressiert waren, die jedoch abgefangen wurden. Die I.R.A. bestreitet jede Verantwortung für diese Bomben („An Phoblacht").

In den Tagen nach der Beerdigung kam es dennoch in Belfast wiederholt zu Schießereien in den republikanischen/katholischen Ghettos. In der „hochaufgerüsteten" nordirischen Gesellschaft (dies betrifft den loyalistisch wie auch den republikanisch gesinnten Bevölkerungsteil) ist allerdings nicht jede Auseinandersetzung unter Verwendung von Schußwaffen auf das Konto der organisiert operierenden I.R.A./I.N.L.A. Guerillias oder der loyalistischen/protestantischen U.D.A./U.V.F.-Banden zu verbuchen.

Für die verhaltene Strategie der I.R.A. dürfte es verschiedene Gründe geben:

Wiederholt hatten SINN FEIN- und I.R.A.-Führung eine Absage an spektakuläre Aktionen erteilt, die vom Hungerstreik und den Forderungen der Gefangenen ablenken könnten.

Die seitens der republikanischen Führung gewählte Strategie lautete, die Aufmerksamkeit auf die unmenschlichen Bedingungen in den Knästen des britischen Imperialismus zu konzentrieren, um darüber die Problematik britischer Besatzungspolitik in Ulster international bewußt zu machen. Zweifellos ist der „irischen Frage" schon lange nicht mehr so große Aufmerksamkeit entgegengebracht worden, wie in den letzten Wochen. Dies gilt natürlich in noch größerem Maße für die längst international geächteten „H-Blocks". „*Wie keiner vor ihm hatte Sands, der im April als erster I.R.A.-Mann sogar zum Parlamentsmitglied gewählt wurde, im Ausland auf die Sache seiner Kampfgenossen aufmerksam gemacht*" („Spiegel", 20/81). Und der „Stern" orakelte: „*Was die I.R.A. mit Bomben nicht schaffte, das gelingt ihr mit der Selbstaufopferung ihrer Aktivisten. Sie drängt London in die Defensive, sie bekommt weltweit Publicity, und sie schart erstmal seit Jahren Nordirlands Katholiken in Massen um sich*" („Stern", 21/81). Selten ist der britischen Regierung ein derartiger internationaler Renommee-Verlust beigebracht worden. Und umgekehrt: Niemals konnte die I.R.A. seit ihrer „Wiedergeburt" einen derartigen Gewinn an internationalem Renommee für sich verbuchen. Der Versuch Londons, den irischen Widerstand mit dem Etikett „kriminell" zu versehen, muß vorerst als gescheitert betrachtet werden. Daran ändert auch die Haltung der britischen Regierung hinsichtlich der Gewährung des „political status" nichts.

Voraussetzung für das Zustandekommen der „H-Block Committees" und der „Anti-H-Block Kampagne" in ihrer heutigen Breite war, daß SINN FEIN als bei weitem stärkste radikal republikanische Gruppierung Abschied von ehemals geltenden bündnispolitischen Prämissen nahm. Bis 1978/79 machte SINN FEIN die bedingungslose Unterstützung der „Provos" zur Voraussetzung für das Eingehen von Bündnissen mit anderen politischen Kräften.

In den „H-Block-Committees", die im gewissen Sinne die Nachfolge der Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre angetreten haben, findet sich heute ein Spektrum von politischen Auffassungen ein, das über den Rand von SINN FEIN bis weit in bürgerlich-liberale und bisweilen auch klerikale Kreise hineinreicht.

Ausgehend davon, daß für SINN FEIN/I.R.A die „H-Block Kampagne" aktuell absolute P r i o r i t ä t genießt, ergeben sich hieraus für den militärischen Arm der republikanischen Bewegung gewisse bündnispolitisch bedingte Zwänge. Eine militärische Offensive seitens der I.R.A. könnte das Bündnis zusammenschmelzen lassen (wobei allerdings noch immer eine Verbreiterung der radikalrepublikanischen Basis herauskommen dürfte).

Bereits seit einiger Zeit bewegen sich die militärischen Aktionen der I.R.A. auf keinem besonders hohen Level (was technische „Meisterstücke" wie etwa das Mountbatten-Attentat oder die erst kürzlich erfolgte Versenkung eines britischen Frachters nicht ausschließt).

Dies entspricht einer Patt-Situation zwischen I.R.A. und britischer Armee auf militärischer Ebene, die momentan weder seitens der I.R.A. noch seitens der Briten aufzubrechen ist, und von daher für beide Parteien jede „Materialschlacht" als sinnlos erscheinen läßt.

Im zunehmenden Maße haben in den letzten Jahren I.R.A.-Volunteers sogenannte „ökonomische Einrichtungen" zum Ziel ihrer militärischen Attacken erkoren. Dadurch wurde den Briten und dem ausländischen Kapital z.T. erheblicher Schaden zugefügt. Ulster kostet heute London genausoviel wie seine Einzahlungen in den EG-Topf betragen, nämlich ca. 6 Milliarden DM jährlich („Irland-Info" Nr. 14).

Diese Tatsachen, sowie die bereits erwähnte Patt-Situation auf militärischer Ebene haben die Imperialisten u.a. dazu veranlaßt, verstärkt über p o l i t i s c h e Lösungen zu reflektieren. Die I.R.A. ist mit ihrer Strategie des militärischen Agierens auf niedrigem, aber umso stetigerem Level bisher gut gefahren. Eine militärische Offensive birgt die Gefahr des Verschleißes in sich, zumal sie keine Aussicht auf Erfolg (in dem Sinne etwa, daß die Briten fluchtartig das Land verlassen) besitzt.

In diesem Zusammenhang ist auch denkbar, daß Teile der SINN FEIN/I.R.A.-Führung mit der durch die „H-Block-Kampagne" erlangten internationalen Anerkennung im Rücken auf eine Einbeziehung in Gespräche zur Findung einer p o l i t i s c h e n Lösung (wie sie bereits heute, jedoch unter ausdrücklicher Ausgrenzung von S.F./I.R.A. stattfinden) spekulieren.

Anläßlich der Beendigung des „1. Hungerstreiks" hatte Gerry Adams, bekannt als Repräsentant des „linken Flügels" der SINN FEIN, auf einer Pressekonferenz erklärt, S.F./I.R.A. beabsichtige zukünftig eine Reduzierung des militärischen Kampfes zugunsten einer stärker durch „politische" und „ökonomische" Strategien („Daily Telegraph", 22.12.80). Ob das Verhalten der I.R.A. vor dem Tod Sands bzw. unmittelbar danach bereits Ausdruck eines derartigen Kurswechsels ist, dürfte allerdings vorerst nur schwerlich auszumachen sein.

Eine Änderung in der I.R.A.-Strategie signalisierte der (beabsichtigt?) mißglückte Anschlag auf die Queen, anläßlich deren Visite in Norwegen. Die I.R.A. hatte bereits vor dem „Attentat" verkündet, sie sei in der Lage, die eigens vor den Queen-Besuch errichtete Sicherheitszone zu durchbrechen. In einem später vom republikanischen Pressezentrum in Belfast herausgegebenen I.R.A.-Statement bekannten sich die „Provos" zum Anschlag („Guardian", 12.5.81). Es spricht jedoch einiges dafür, daß der Anschlag lediglich als D e m o n s t r a t i o n der objektiven militärischen Möglichkeiten seitens der „Provos" gedacht war und nicht tatsächlich die Tötung der Queen zum Ziel hatte. Das ist ein bereits in der Vergangenheit von den „Provos" praktiziertes Spiel, daß dem Gegner die Grenzen aufzeigt.

Kurz darauf, am 14.5., wurde dann ein R.U.C.-Beamter in seinem Wagen durch einen Raketenangriff (!) der I.R.A. in der Belfaster „Fall Road" getötet.

Am 19.5. folgte dann der bis dahin spektakulärste militärische Gegenschlag: fünf britische Soldaten wurden in der Nähe von Newry, nahe der Grenze zum Süden, Opfer einer in Milchkannen deponierten „Provo"-Bombe. Das Attentat bedeutete den schwersten Verlust für die britische Armee in Ulster seit langem.

Die Tatsache, daß die britische Regierung sich bisher in ihrer unnachgiebigen Haltung gegenüber den Forderungen der Gefangenen weder durch die breite internationale Solidarität noch durch den Tod von Hungerstreikern beirren ließ, und der immer lauter werdende Ruf nach militärischer Vergeltung aus den republikanischen/-katholischen Ghettos sowie die Notwendigkeit, den Briten zu signalisieren, daß die einseitig erklärte Waffenruhe nicht bedingungslos und unbegrenzt von Gültigkeit sein kann, sondern auch ein entsprechendes Entgegenkommen Londons erfordert, dürfte die I.R.A.-Führung zu dieser gezielten spektakulären Attacke bewogen haben. Die I.R.A. erklärte, „*der Anschlag sei die Antwort auf die Weigerung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, inhaftierten I.R.A. Mitgliedern den Status politischer Gefangener zu gewähren. Ein I.R.A.-Führer sagte in Belfast, dies sei eine Warnung an Frau Thatcher, weil sie hungerstreikende I.R.A.-Häftlinge habe sterben lassen*" („FR am Abend", 20.5.81). Es wäre allerdings verfehlt, den Anschlag von Newry als Auftakt einer militärischen Offensive der I.R.A. zu interpretieren.

KB-Gruppe Frankfurt

Polens ungeduldige Freunde

Was in Polen vorgeht, geht seine Nachbarn womöglich mehr an als die Polen selbst. Als gute Nachbarn und Freunde sparen die Sowjetunion, die CSSR und die DDR nicht mit Kommentaren und Mahnungen – und dahinter steht immer die kaum verhohlene Drohung, daß die Nachbarn eines Tages hilfreich zuschlagen könnten, um die wahren Interessen des polnischen Volkes mit Waffengewalt gegen eben dieses Volk durchzusetzen.

Einiges Aufsehen hat dieser Tage ein langer Kommentar des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" (21.5.) gemacht, der „**Besorgnis über antisozialistische Umtriebe**" in Polen zum Ausdruck brachte. Da die DDR sich bekanntlich nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischt, wurde die gesamte große Besorgnis anonym bleibenden Personen und Gruppen i n P o l e n zugeschrieben. U.a. war in dem Kommentar zu lesen, daß sich in der Gewerkschaft Solidarnosc „immer deutlicher" die „Stoßrichtung gegen die sozialistischen Errungenschaften" und „gegen die sozialistische Staatsmacht" zeige; daß „an dem, was seit August 1980 in Polen passiert, ‚Solidarnosc' und die hinter ihr stehenden Kräfte schuld sind"; daß die Solidarnosc systematisch die Lähmung des Wirtschaftslebens und die Schwächung des Staatsapparates betreibe; daß die Solidarnosc „zügellose Hetze gegen die Sicherheitsorgane" betreibe, insbesondere „nach dem von ‚Solidarnosc' selbst provozierten Konflikt in Bydgoszsc"; daß die Solidarnosc „rigoros gegen Arbeiter" vorgehe; daß sie die Regierung zur offiziellen Zulassung der „antisozialistisch" orientierten Bauerngewerkschaft „erpreßt" habe.

Besonders interessant sind in dem Kommentar die Attacken gegen die Partei- und Staatsführung Polens, der vorgeworfen wird, sie „leugne" die Zuspitzung der Krise. Solidarnosc-Vertretern werde es sogar gestattet, auf Parteikonferenzen „das große Wort zu führen". Parteisekretäre, „die standhaft den Sozialismus und die Volksmacht verteidigen" und die „sich schützend vor die Milizorgane stellen", würden in den Massenmedien diffamiert. „Standhafte Kommunisten, die sich der bedrohlichen Entwicklung entgegenzustemmen versuchen, sind zunehmender Hetze und Verleumdungsattacken ausgesetzt". „**Offensichtlich wird das Leben schon mehr bestimmt von ‚Solidarnosc' und dem Klerus als von der hierzu berufenen Kraft, da in der PVAP (kommunistische Regierungspartei Polens – Anm. AK) verschiedene Fraktionen tätig sind**".

Diesem nach brüderlicher Hilfe förmlich schreienden Schreckensgemälde wurde zum Abschluß die einem anonymen „Brigadier in einem Warschauer Betrieb" zugeschriebene Meinung beigegeben, es sei „**an der Zeit, dieser besorgniserregenden Lage ein Ende zu setzen**". Dazu müßten sich „die Kommunisten" Polens „mit allen aufrechten Patrioten zusammentun".

Der Kommentar beschreibt das bekannte Szenario: Eine wild wuchernde Konterrevolution, eine weithin zurückweichlerisch taktierende Partei- und Staatsführung, Zerfall der Partei, der Staatsorgane und der gesellschaftlichen Disziplin. Zugleich weist er aber auch auf die seit Prag 1968 bekannten „standhaften Kommunisten" hin, die dem Vormarsch der Konterrevolution endlich Einhalt gebieten wollen und dabei der brüderlichen Hilfe des Warschauer Paktes sicher sein dürfen.

Ganz so neu und sensationell, wie es hiesige Medien und Politiker z.T. servieren wollten, ist dieser zweifellos als offiziell zu verstehende ND-Kommentar aber nicht. Ein kleiner Überblick soll darstellen, wie Polens Nachbarn seit Ende 1980 ihrer zunehmenden brüderlichen Sorge öffentlichen Ausdruck gegeben haben:

+ **Dezember 1980.** Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, das „Neue Deutschland" und die ihnen angeschlossenen Medien („UZ" etc.) melden „tiefe Besorgnis über die Lage im Land". Hervorgehoben wird die Resolution einer „unabhängigen Gewerkschaft der Beschäftigten der Glasindustrie in Jaworzno", die zwar überhaupt nicht repräsentativ für die Meinung der polnischen Arbeiterklasse, wohl aber für die Ängste und Wünsche der KPdSU, SED, DKP etc. ist: Man sei „gegen Anarchie", wolle „ehrlich und ruhig arbeiten", sei „besorgt über die Zukunft des Volkes und des Staates" und fordere „wirksame Maßnahmen" gegen die „Spannungen", insbesondere gegen „die Eskalation der Forderungen durch das Ausrufen von Streiks". (ND, 1.12.80).

+ **Februar 81.** Die TASS meldet, daß „große Teile der polnischen Arbeiterklasse" endlich „Maßnahmen für die Zurückschlagung der Konterrevolution" fordern (zit. nach „Frankfurter Rundschau", 4.2.).

Ein in sämtlichen DDR-Medien verbreiteter Kommentar der Nachrichtenagentur ADN empört sich, daß „Leute vom Schlage Kurons" (Sprecher des KOR) in Polen ganz legal „Vorlesungen halten" dürfen. Wer sich „*der organisierten Verbreitung des Chaos und der Anarchie*" durch Solidarnosc in den Weg zu stellen versuche, „*wird in immer brutalerer Weise bedroht*". „*Verantwortungsbewußte Arbeiter, die ihre Pflicht tun wollen, werden in Listen erfaßt und beschimpft, mitunter sogar mit Gewalt an der Arbeit gehindert*". „*Partei- und Staatsfunktionäre, die das Schlimmste verhüten wollen*", würden „*unter massiver Druckanwendung aus ihren Funktionen gedrängt*". (zit. nach „FR", 4.2.).

Die TASS klagt, „**daß die konterrevolutionären Kräfte im Grunde genommen zu einem Frontalangriff auf die Partei und die Volksmacht übergehen**" („UZ", 10.2.).

Die DKP-Zeitung „UZ" meldet: „*Die große Sorge wegen der anwachsenden Aktivitäten konterrevolutionärer Kräfte in Polen durchzieht seit Tagen verstärkt die Arbeit der PVAP*". Zitiert wird ein PVAP-Funktionär aus Katowice, der sich über „defätistische (zurückweichlerische – Anm. AK) Positionen" der Partei im Umgang mit den „konterrevolutionären Kräften" beschwert habe. „**Angesichts der frontalen Konterrevolution dürfen sich Partei und Volksbehörden nicht länger zurückziehen**". („UZ", 13.2.).

+ **März 81.** Die TASS weist darauf hin, daß es für Polen allerhöchste Zeit sei, „Anarchie und Unstimmigkeiten zu überwinden". Die „Verteidigung des Sozialismus" sei „**nicht nur Sache jedes Staates, sondern des ganzen sozialistischen Lagers**" (zit. nach „Welt", 6.3.).

Unter dem Titel „Widerstand gegen Chaos" berichtet die „UZ" von einer Tagung eines regionalen PVAP-Gremiums. Dieses Gremium habe seine „tiefe Unruhe" angesichts der „*ständigen Versuche der Demontage des Volksstaates*" zum Ausdruck gebracht und die bisherigen Maßnahmen des Staates und der PVAP gegen diese „gefährlichen Aktivitäten" als „u n z u r e i c h e n d" kritisiert („UZ", 25.3.).

+ **April 81.** Die „UZ" kommentiert unter dem Titel „*In Sorge um Polen*": „*Die DKP sieht mit großer Sorge, wie antisozialistische Kräfte in Polen, unterstützt von der weltweiten Reaktion, ihre zerstörerischen Aktivitäten verstärken... Wir teilen die Sorgen der polnischen Kommunisten, aller vernünftigen, weiterblickenden Menschen des Landes, und wir teilen die Sorgen der Kommunisten in den anderen sozialistischen Staaten ...*". („UZ", 1.4.).

Das KPdSU-Zentralorgan „Prawda" kritisiert die Warschauer Parteiorganisation PVAP, die nichts gegen eine „antisozialistische" Diskussionsveranstaltung in der dortigen Universität unternommen habe. Die Solidarnosc stehe unter starkem Einfluß des KOR, das Polen „**aus der sozialistischen Staatengemeinschaft reißen**" wolle. Das „polnische Volk" äußere auf Versammlungen und in Briefen an die PVAP seine „tiefe Besorgnis" und verlange „energische Maßnahmen". Ein Hinweis auf „*die brüderliche Hilfe der Sowjetunion und anderer Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft bei der Lösung der schwierigen Probleme*" schloß den Kommentar (zit. nach „Welt", 3.4. und 4.4.).

Auf dem Parteitag der KP der CSSR erinnerte Parteichef Husak, Experte für Normalisierung, daran, daß die „*Verteidigung des Sozialismus*" auch „*eine gemeinsame Sache der Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft*" sei. („Welt", 8.4.).

Die „Prawda" warnt vor „Abtrünnigen" innerhalb der PVAP, die in die PVAP Ansichten einzubringen versuchten, „die einer marxistisch-leninistischen Partei fremd sind", wie beispielsweise die Parole des ‚ideologischen Pluralismus und die Partnerschaft verschiedener politischer Kräfte' (nach „Welt", 14.4.). Ein ADN-Kommentar meldet: „Mit großer Sorge bewerten marxistisch-leninistische Kräfte in der Volksrepublik Polen einige Ereignisse und Entwicklungen der jüngsten Zeit". Genannt wird insbesondere ein fraktionelles Treffen von PVAP-Mitgliedern in Torun, das der „Untergrabung der PVAP als führende Kraft" gedient habe und „den konterrevolutionären Kräften" einen „noch größeren Spielraum" verschafft habe. Es sei „bezeichnend", daß an dieser Konferenz auch „prominente Solidanosc-Führer" teilnahmen. Der Hauptfeind der von Solidarnosc organisierten Streiks sei „der sozialistische Staat". In der von ihnen erpreßten Zulassung der Bauerngewerkschaft würden „die antisozialistischen Kräfte ... ein weiteres Feld für ihre Aktivitäten" sehen („UZ", 23.4.).

In eine Wiedergabe westlicher Pressemeldungen verpackt die „UZ" ihre Kritik an der allzu nachgiebigen Haltung der polnischen Führung: „*Die Springerzeitung 'Welt am Sonntag' hat das Zugeständnis der polnischen Regierung an die in scharfer Opposition zur sozialistischen Landwirtschaft stehenden konservativen Kräfte als einen 'großen Sieg der Bauern in Polen' gefeiert. dpa berichtet, daß sich die Position von Parteiführung und Regierung zur Einzelbauern-Gewerkschaft innerhalb von wenigen Wochen vollständig geändert habe*" („UZ", 21.4.).

Die TASS greift „**revisionistische Elemente**" innerhalb der PVAP an, die die Strukturen der Partei ändern, den Demokratischen Zentralismus beseitigen und „statutenwidrige Foren" schaffen wollten (nach „Welt", 27.4.). Die „UZ" berichtet, das Revier der Bahnpolizei von Otwock sei „von Anhängern des 'Solidarnosc'-Verbandes niedergebrannt" worden, unter denen sich der „konterrevolutionäre Oppositionelle Kuron" befunden habe.

An dieser Stelle ist anzumerken, daß die offiziellen polnischen Stellen die p o s i t i v e Rolle der Solidarnosc, insbesondere auch von Kuron, bei der Dämpfung und Beilegung der Zwischenfälle von Otwock betont hatten!

Die „UZ" behauptet außerdem, es habe „in Warschau Unverständnis ausgelöst", daß die polnischen Medien die Möglichkeit andeuteten, die Zwischenfälle von Otwock seien möglicherweise durch „unkorrektes Verhalten der Polizei" entstanden („UZ", 12.5.). Gemeint ist wahrscheinlich das „Unverständnis" des Warschauer „UZ"-Korrespondenten.

Einen Tag später meldet die „UZ" noch tiefer besorgt: „*Mit neuen Provokationen gegen Staat und Partei versuchen konterrevolutionäre Kräfte in Polen die Spannungen anzuheizen*". Diesmal geht es darum, daß in der Technischen Hochschule Warschaus ganz öffentlich und legal „konterrevolutionäre Bücher ausgestellt" würden. Die „UZ" zitiert außerdem den portugiesischen KP-Chef Cunhal mit einer scharfen Kritik an der PVAP: Zur „Verschärfung der Krise" in Polen hätten „neue Fehler und Irrtümer" beigetragen, vor allem „**unbedachte, von konterrevolutionären Elementen ins Spiel gebrachte Zugeständnisse**" („UZ", 13.5.).

Soweit die bisherige Bilanz wachsender brüderlicher Sorge und Ungeduld. Aus den Äußerungen geht klar hervor, daß Polens Nachbarn einen galoppierenden Verfall der staatlichen Ordnung in Polen und die Einbeziehung von Teilen der PVAP in den ‚konterrevolutionären' Prozeß fürchten. Für Polens Nachbarn ist es ein ganz unerträglicher Gedanke, daß die polnische Führung – wie jüngst in Otwock geschehen – sich der Solidarnosc als Beschwichtigerin und Vermittlerin gegenüber der empörten Bevölkerung bedienen muß. Noch schlimmer finden Polens Nachbarn es, daß – ebenfalls in Otwock – die Solidarnosc teilweise schon Funktionen des Staatsapparates zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der ‚Ordnung' übernimmt und zugestanden bekommt.

Die brüderliche Ungeduld und die zunehmenden Lobeshymnen auf Polens verbliebene „standhafte Marxisten–Leninisten" lassen darauf schließen, daß putschistische Kräfte in Polen (Teile der PVAP-Führung um Olszowski, Teile der Armeeführung, der Geheimdienst-Apparat) dazu ermutigt werden sollen, im Alleingang oder im Bündnis mit anderen Teilen der Partei- und Staatsführung die Bereinigung der Krise mit diktatorischen, massiv repressiven Mitteln zu versuchen. Ein Zeitpunkt noch v o r dem für Mitte Juli angesetzten PVAP-Parteitag bietet sich für einen solchen Versuch an, denn der Parteitag – falls er stattfinden sollte – kann schwerlich etwas anderes bringen als einen Triumph der ‚defätistischen' und ‚revisionistischen' Kräfte und damit neuen Auftrieb für die Opposition. Andererseits: Ein derartiger Versuch, die breite polnische Opposition frontal anzugreifen und zu zerschlagen, würde mit größter Wahrscheinlichkeit in kurzer Zeit t a t s ä c h l i c h jene Zustände des Chaos, des militanten Widerstands und der totalen Isolierung der Partei- und Staatsführung vom Volk provozieren, die dann den zwingenden Grund für den Einsatz „brüderlicher Hilfe" des Warschauer Paktes geben würden.

Adieu, Giscard!

Um Punkt 20 Uhr, am Abend des 10. Mai, bestand kein Zweifel mehr: Giscard war entlassen, Mitterand Präsident.

Gescheitert war der erste an der doppelten Crux seiner Affairen (zum Beispiel die hochkarätigen Geschenke von Kannibalenkaiser Bokassa) und seiner maßlosen Arroganz gegenüber den Massen (O-Ton VGE: *„Ich habe nie ungefällige Wörter über die Arbeiterklasse gebraucht"*) sowie an der Konkurrenz im eigenen Lager (Chirac).

Eine enorme Freudenwelle erfaßte Frankreich an diesem Abend: Im Süden, im Norden, im Westen, im Osten — ob in Dörfern oder Städten: überall wurde getanzt, gefeiert, gesungen und demonstriert.

Die Grenobler Stadtverwaltung organisierte ein Volksfest mit einem riesigen kostenlosen Buffet. In einem Vorort von Grenoble, wo Mitterand fast 80% der Stimmen erhalten hatte, skandierten die Bewohner einer Trabantenstadt im Rhythmus der Kasserollen die Parole des Abends: „ON A GAGNE" (wir haben gewonnen). In Nantes wurde ein Ball improvisiert, für das Buffet sorgten alle Besucher: jeder brachte was mit.

In Rouen rief „Einheit im Kampf" (ein Zusammenschluß von KPFlern, PSlern, Gewerkschaftern, LCRlern und anderen) zu einer spontanen Siegesfeier auf, an der sich 10.000 Menschen beteiligten. In etlichen Gemeinden spendierten die Stadtverwaltungen Feuerwerke. In Straßburg kam es laut Pressebericht zu einer Stimmung, wie sie seit dem Sieg des Straßburger Fußballclubs im Frankreich-Pokal (1978) nicht mehr da gewesen war. In Lille erklärte der Ex-Bürgermeister: *„Die Franzosen haben eine historische Tat vollbracht: sie haben dem Volk die Republik zurückgegeben!"*. Auf der Pariser „Place de la Bastille" waren in der Nacht laut Pressemeldungen mindestens 200.000 Menschen anwesend. Der Hit des Abends war die „Internationale", gefolgt von der „Marseillaise". Auf dem „Arc de Triomphe" wurde eine rote Fahne gehißt. In der ersten Ausgabe von „Le Monde" nach der Wahl (12. Mai) schrieb R. Escarpit in seinem täglich auf der ersten Seite erscheinenden Bulletin: *„Es ist morgen passiert. Ich habe vor meinen Augen eine auf Montag, den 11. Mai, datierte Zeitung. Eine dicke Schlagzeile: ‚Die sozialistische Partei fordert die Regierungsführung'. Sie zieht die Konsequenzen aus dem Wahlsieg der Linken. Die Zeitung ist gelb und staubig, denn wenn der Tag schon Montag, 11. Mai, heißt, so ist das Jahr das Jahr 1936. Diese Ausgabe fiel mir gestern in die Hände in einem Karton, wo ich kostbare*

ist gelb und staubig, denn wenn der Tag schon Montag, 11. Mai, heißt, so ist das Jahr das Jahr 1936. Diese Ausgabe fiel mir gestern in die Hände in einem Karton, wo ich kostbare

Erinnerungen aufbewahre.

Ich habe dieses Zeichen wahrgenommen.

Worauf ich 45 Jahre gewartet habe, ist eingetreten.

Wie in dem Film von Rene Clair ‚Es ist morgen passiert' "!

Seinen Einzug ins Elyseum feierte Mitterand mit „befreundeten Persönlichkeiten" (Willy Brandt, Pasok-Chef Papaandreou, die Witwe des ermordeten chilenischen Präsidenten Allende, Shimon Peres, Gunar Myrdal, Kreisky usw.).

Bis zum Zeitpunkt der vorgezogenen Parlamentswahlen (21. und 28. Juni) wird eine Interimregierung gebildet.

Zur Bildung der endgültigen Regierung werden derzeit von der PS-Führung Gespräche mit Linksgaullisten, Unabhängigen, und mit Mitgliedern der Partei „Radicaux de Gauche" (Radikale der Linken, die während der Linksunion neben PS und KPF das „Gemeinsame Regierungsprogramm" unterzeichnet hatten) geführt. Verhandlungen mit der KPF sollen allerdings erst nach dem 1. Wahlgang (21. Juni) zur Neukonstituierung der Nationalversammlung stattfinden.

Die rechte politische Familie ist währenddessen von der Krise erfaßt. Während Giscard sich mit Plänen einer neuen „liberalen" Sammlungsbewegung tragen soll, hat sein Rivale Chirac (RPR) mit Lecanuet (Präsident der „UDF", „Union für die französische Demokratie", ein anläßlich der Parlamentswahlen 1978 gebildetes Wahlbündnis, bestehend u.a. aus der Giscard-Partei „PR") bereits am 13. Mai ein Wahlabkommen getroffen. Der Name dieses Bündnisses: „UNM" („Union für eine neue Mehrheit").

Hauptbestandteil des Abkommens „UDF"-„RPR" ist der automatische Verzicht des Unterlegenen („desistement") beim 2. Wahlgang zugunsten des bestplazierten Kandidaten. Weder für Chirac noch für Lecanuet empfinden allerdings die in zahlreiche Grüppchen zersplitterten Linksgaulisten große Sympathien.

Die KPF indessen erklärt, sie würde keine Regierung unterstützen, in der sie nicht mit Ministern vertreten sei.

Die Unternehmerverbände üben sich bislang in verbaler Zurückhaltung, die der KPF nahestehende Gewerkschaft CGT wartet ab, und die CFDT-Gewerkschaft gab schon am 13. Mai einen ersten Forderungskatalog bekannt.

Die Rechten: „Ohne uns das Chaos!"

Eine Wahrheit, die öfter schon blutig unter Beweis gestellt wurde: Wahlergebnisse treffen bei den Rechten nur solange auf Wohlwollen, wie sie ihnen in den Kram passen. „Wut, Traurigkeit und Betroffenheit" kennzeichnen die ersten Reaktionen der bisherigen Inhaber der Regierungsmacht in Frankreich. Zu sehr dachten sie doch, ihnen würde der Staat, samt aller Annehmlichkeiten, quasi per Erbrecht gehören.

Inhaber der Regierungsmacht in Frankreich. Zu sehr dachten sie doch, ihnen würde der Staat, samt aller Annehmlichkeiten, quasi per Erbrecht gehören.

Und schon beginnt die leidige Erpressungsmusik, Hauptmotiv: „Frankreichs drohender Untergang", untermalt von sonoren und gewichtigen Appellen: *„Französinnen! Franzosen!"*. Weniger würdevoll entpuppt sich der Haienkampf dieser selbsternannten Retter Frankreichs um die Führung des eigenen Lagers. Unabhängig von der tatsächlichen „revolutionären" Tragweite eines Mitterands als solchen (nicht die Präsidenten machen die Geschichte, sondern die Massen ...) — es ist doch köstlich, die langen Mienen der gestrigen Herren zu sehen. „ ... *Wir nehmen die Entscheidung der Franzosen mit Respekt, Trauer und Hoffnung zur Kenntnis ... Mit Trauer, denn uns bedrückt es, die Anstrengungen von 23 Jahren im Dienst der V. Republik kompromittiert zu sehen"* (Alain Peyrefitte, oberster Gesetzeshüter Frankreichs).

Jean Lecaneut, Bürgermeister von Rouen, wo er gleichwohl einen Sieg von Mitterand hinnehmen mußte: *„Ich werde die Trauer, die wir empfinden, nicht verbergen wollen"*. Prinz Poniatowski, Ex-Innenminister unter Ex-Giscard und Freund der „Neuen Rechten":

„Ich habe die Pflicht, den Franzosen mitzuteilen, daß sie bei den nächsten Parlamentswahlen Gelegenheit haben werden, sich wieder zu fangen" (!). Giscard selber, nur bitterlakonisch: *„Ich glaube, alles in meiner Macht Stehende getan zu haben, um die Franzosen über die Bedeutung und die Tragweite ihrer Entscheidung aufzuklären"* (alles „LM", 12.5.81).

Die oben zitierte „UDF" ist ein Wahlbündnis, das aus folgenden Parteien besteht: „CDS" (Zentrum der sozialen Demokraten", Lecanuet), „PR" („Radikale Partei"), „PR" ("Republikanische Partei", Giscard), „Clubs Perspectives et Realites" („Perspektiven und Realitäten-Clubs") und „MDS" („Sozialistische-demokratische Bewegung").

1978 sahen die Wahlergebnisse zur Nationalversammlung wie folgt aus:
Gaullisten (Chirac, RPR):
22,6% (23,9% 1973),
Giscardisten (bzw. UDF):
21,9% (24,3% 1973),
KPF:
20,6% (21,4% 1973),
PS:
22,6% (19,2% 1973).

Thankmar von Münchhausen, Chirac-Fan bei der „FAZ" schrieb erbost: *„Wer es für selbstverständlich hielt, daß sich Giscard nach seiner Abfuhr ins Privatleben zurückziehen oder doch eine Pause in seiner politischen Aktivität einlegen würde, wird eines anderen belehrt. ... Dabei scheint es für ihn wichtiger zu sein, seinem Rivalen Chirac das Terrain streitig zu machen, als einen massiven Sieg der Linken bei den Neuwahlen im Juni zu verhindern"* („FAZ", 13.5.81).

Indessen hat die „Union für eine neue Mehrheit" bereits eine Plattform, bestehend aus zehn Prinzipien.

neue Mehrheit" bereits eine Plattform, bestehend aus zehn Prinzipien.

„1. Frankreich muß seine Unabhängigkeit bewahren ... Die nationale Unabhängigkeit verlangt materielle Mittel, insbesondere eine starke Verteidigung, eine mächtige Wirtschaft und die Verfolgung einer Energiepolitik, die uns rasch von äußeren Zwängen befreit.
2. Die nationale Verteidigung muß ausgebaut werden. ... Insbesondere muß die atomare Rüstung modernisiert werden. ... Der Stellenwert der Armee innerhalb der Nation muß voll anerkannt werden. ... Der Wehrgeist bei unseren Landsleuten muß gefördert werden. ...
3. Der Aufbau Europas muß verstärkt werden. ...
4. Die Solidarität mit den armen Ländern Europas soll die Form eines großen Bündnisses für die Entwicklung annehmen (?).
5. Die Freiheit und der Verantwortungsgeist müssen die Motoren einer Fortschrittswirtschaft sein. ...
6. Der soziale Dialog ist die Bedingung des nationalen Aufschwungs. ...
7. Die französische Gesellschaft soll brüderlicher und menschlicher werden. ... Die Solidarität zwischen den verschiedenen Kategorien von Franzosen muß verstärkt werden. ...
8. Die Steuergesetzgebung wird reformiert. ... Die Steuerlasten sollen reduziert werden. ...
9. Die Machtbefugnis der öffentlichen Gewalt sollen neu zugunsten der Regionen, Departements und Gemeinden verteilt werden. ...
10. Die Familie muß eine neue Anstrengung der Solidarität erfahren.

Die Familie, manchmal von dem Wandel der Sitten und der Welt erschüttert, ist die solideste Säule sowohl für das Individuum als auch für die gesamte Gesellschaft. Die Französinnen und Franzosen hängen stark am Familienleben. Alles muß also getan werden, um sie [die Familie] zu schützen und zur Entfaltung zu bringen. ..." („LM", 17./18.5.81).

Die „Solidarität mit den verschiedenen Franzosen-Kategorien" (?) stellt sich Chirac so vor, daß er gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnminderung ist. Den „sozialen Dialog" meint er so, daß er für einen Ausländerstopp ist, die „Fortschrittswirtschaft" ist bei ihm synonym mit dem Ausbau der Schnellen Brüter, und schließlich ist bei ihm die „Entfaltung der Familie" (der französischen, versteht sich!) mit Abtreibungsverbot gleichzusetzen. Lecanuet und Chirac wollen den Hauptakzent ihrer Kampagne auf das alte Schreckgespenst der KPF legen. Ob sie dabei besser fahren werden als Kollege Giscard, dürfte ungewiß sein.

Auch Giscard trat an, dem *„Marxismus und Kollektivismus"* den *„Weg zu sperren"* — denn: *„die marxistische Gesellschaft läßt eine Minderheit über das Schicksal aller bestimmen. Sie beschlagnahmt objektiv die Freiheit. Sie beschlagnahmt die Demokratie. Das marxistische Modell ist heute überholt, überrannt, überschwemmt von den hohen Wogen der Freiheit und der individuellen Verantwortung"* (Giscard, „LM", 25.4.81).

Nach den jüngsten Umfragen sollen 57% der französischen Bevölkerung mit ihrem neuen Präsidenten zufrieden sein, 52% würden die Linke bei den Juni-Wahlen wieder wählen.

Die KPF fordert Ministerien — Die PS schweigt

Die KPF fordert Ministerien — Die PS schweigt

Marchais hat Klartext gesprochen: *„Ich war stets deutlich in allen meinen Reden. Ich habe erklärt, daß wir keine Regierung unterstützen werden, in der keine kommunistischen Minister dabei sind"* („LM", 30.4.81).

Auch nach der Wahl hieß es gleich: die Kommunisten sind *„unmittelbar bereit, alle ihre Verantwortungen, auf welcher Ebene auch immer, zu übernehmen, insbesondere sofort in die Regierung zu gehen"* („LM", 17.5.81). Mittlerweile scheint sich die KPF damit arrangiert zu haben, bei der ersten Interim-Regierung nicht mit von der Partie zu sein. Unabhängig von den Ergebnissen dieser Wahlen fordert die KPF dazu auf, sofort die Mindestlöhne, die Renten, die Wohnzuschüsse zu erhöhen bzw. einen Entlassungsstop in den Betrieben zu erklären. Die KPF betont ihren Verhandlungswillen (*„Das bedeutet nicht, daß wir bei diesen Verhandlungen von den Sozialisten verlangen, sie sollten auf ihre Ideen, auf ihr Programm, kurz auf ihre sozialistische Identität verzichten, genauso wenig, wie man von uns verlangen kann, nicht mehr das zu sein, was wir sind. Das, was auf der Tagesordnung steht, ist nicht die Fusion unserer beiden Parteien"*, „LM", 17.5.81).

Die Aussicht auf Durchsetzung der KPF-Forderungen dürfte von verschiedenen Faktoren abhängig sein:

Zweifellos existiert sowohl innerhalb der KPF als auch innerhalb der PS und bei den entsprechenden Gewerkschaften CFDT und CGT ein starker Wille zur Einheit der Linken.

Dies kam sowohl bei den Wahlen zum Ausdruck, als auch bei der Gründung von „Einheit im Kampf", bei den diversen KPF-internen Parteioppositionen und bei den meisten revolutionären Organisationen.

Mitterand selber wurde innerhalb seiner Partei zum Präsidentschaftskandidaten nur dank der Unterstützung des linken „CERES"-Flügels gewählt, der sich besonders stark gemacht hat für eine Rückkehr zum „Linksbündnis" (KPF/PS). Bislang wurde die Nichtexistenz der Einheit meistens einseitig der KPF angelastet, nach dem Motto „Wir würden schon, aber sie wollen nicht". Dafür fehlt nun die Voraussetzung: Die KPF will ...

Zwar war die KPF am 26. April nicht gerade in Höchstform. Dennoch verdankt Mitterrand seinen Sieg immerhin knapp fünf Millionen kommunistischen Wählern. Gemessen werden sollte die Möglichkeit von KP-Ministern in der zukünftigen Regierung auch an Erfahrungen der Geschichte:



(Dessin de PLANTU.)
(aus: Le Monde)

Als die KPF sich in unvergleichbar stärkerer Position als heute befand, nämlich zur Zeit der Volksfront (1936) und zur Zeit der Befreiung von der Nazi-Besetzung (1945), wurde sie im ersten Fall von der PS-Vorläufer-Organisation SFIO gar nicht beteiligt, im zweiten Fall nach ein paar Monaten wieder rausgeschmissen.

Die damalige Eliminierung der kommunistischen Minister am 5. Mai 1947 lief fast zeitgleich mit derjenigen ihrer Kollegen in der belgischen Regierung (10. März 1947) und in der italienischen Regierung (13. Mai 1947) — nicht ohne Betreiben der USA, die für ihre brüderliche Marshall-Hilfe Gegenleistungen erwarteten.

Daß sich heute die Situation in diesem Zusammenhang nicht geändert hat, dürfte bekannt sein:

Für Dollars bzw. DM wird auch heute einiges verlangt. Da sind sich

Daß sich heute die Situation in diesem Zusammenhang nicht geändert hat, dürfte bekannt sein:

Für Dollars bzw. DM wird auch heute einiges verlangt. Da sind sich

übrigens auch Schmidt und Brandt vollkommen einig, ganz zu schweigen von Mitterrand selber: *„Die sozialistische Demokratie muß sich, um ihren Führungsanspruch innerhalb der neuen Mehrheit zu erfüllen, links verbreitern [durch die Rigorosität ihres ökonomischen Programms] und rechts verbreitern [durch ihren politischen Liberalismus].*

Daher die Bedeutung, die ich der Formierung einer politischen Bewegung gebe, die fähig ist, zunächstmal ein Gleichgewicht mit der KPF herzustellen, sie dann zu beherrschen, um schließlich selber eine Mehrheitsbestimmung zu erhalten" (F.M., „Ma part de vérité", S. 61).

Der Katalog von Punkten, den die PS für die Verhandlungen mit der KPF benannt hat, läßt nichts Gutes ahnen:
— Rhythmus der sozialen Veränderungen. — Zahl der zu nationalisierenden Betriebe, — SS 20 und Pershing II-Raketen, — NATO bzw. atlantisches Bündnis.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Schon am 13. Mai präsentierte die CFDT-Führung einen Forderungskatalog, wobei sie gleichzeitig daran erinnerte, daß *„Politik nicht allmächtig"* bzw. eine *„bewußte und realistische Mobilisierung"* nötig sei.

Die hauptsächlichen Forderungen der CFDT-Führung sind: progressive (innerhalb von fünf Jahren) Einführung der 35-Stunden-Woche, Erhöhung des Mindestlohnes im Juni bzw. Juli um 10% (im Laufe der nächsten drei Jahre um 30%), erste Erhöhung von Kindergeldern um 25%, Aufhebung jeder Ausweisung von Ausländern, strikte Anwendung des Abtreibungsgesetzes, Verbot der „Bullen-

Präsidentschaftswahlen 1981	1. Wahlgang (%)	2. Wahlgang (%)
Chirac (RPR)	18,0	
Giscard (PR)	28,3	48,25
Marchais (KPF)	15,3	
Mitterrand (PS)	25,8	51,75
Lalonde (Ökologen)	3,9	
Laguiller (LC, Trotzkisten)	2,3	
Crépeau (MRG, „Radikale der Linken")	2,2	
Debré (Gaullist)	1,7	
Garraud (Gaullistin)	1,3	
Bouchardeau (PSU)	1,1	
Präsidentschaftswahlen 1974 (nach Pompidous Tod)		
Chaban-Delmas (Gaullist)	15,1	
Giscard (PR)	32,6	50,8
Mitterrand (Kandidat der Linksunion)	43,2	49,2
Präsidentschaftswahl 1969 (nach De Gaulles Rücktritt)		
Pompidou (Gaullist)	44,5	58,2
Poher (Zentrist)	23,3	41,8
Duclos (KPF)	21,3	
Deferre (PS)	5,1	
Präsidentschaftswahlen 1965		
De Gaulle	44,7	55,2
Lecanuet (Zentrist)	15,6	
Mitterrand (Gem. Kandidat der Linken)	31,7	44,8

Mitterrands Versprechen

Institutionelle Ebene

Das Präsidentschaftsmandat soll auf fünf Jahre begrenzt und dann verlängert werden können. Sieben Jahre sollen definitiv (ohne Verlängerungsmöglichkeit) die Höchstdauer sein. Die parlamentarische Opposition soll mehr Kontrollmöglichkeiten über die Regierungspolitik erhalten. Die Bedingungen zur Durchführung von Volksabstimmungen sollen erweitert werden. Sämtliche Ausnahme-Gesetzgebungen und-Verfahren sollen aufgehoben werden (Staatssicherheitshof, Militärgerichte in Friedenszeiten, Gesetz ,,Anti-Cassurs'', Gesetz ,,Peyrefitte''). Minister, Präsident, Senatoren, Abgeordnete werden Einkommenserklärungen machen müssen.



Dezentralisierung

Die Präfekte werden abgeschafft. Stattdessen werden Regionalversammlungen mittels des allgemeinen Wahlrechts eingesetzt, nach dem Prinzip der Verhältnisvertretung. Die Präfekte werden hohe Kommissare.

Eine Neuaufteilung der Steuern

zip der Verhältnisvertretung. Die Präfekte werden hohe Kommissare.

Eine Neuaufteilung der Steuern

zwischen Staat und Gemeinden wird eingeführt: die Gemeinden werden schrittweise 25 bis 30 % der Steuereinnahmen behalten (gegenüber 19 % heute).

Ein neues Departement des ,,baskischen Landes'' wird geschaffen, Korsika erhält einen ,,Sonderstatus''.

Zu den ,,vom Neokolonialismus geerbten Praktiken'' soll eine ,,klare und definitive'' Trennungslinie gezogen werden. Die spezifischen Interessen der Überseevölker sollen verteidigt werden. Wenn diese den ,,Wunsch nach ihrer Unabhängigkeit'' ausdrükken, wird ihnen der Präsident der Repubik dies ermöglichen im Rahmen der Bedingungen, die die Überseebevölkerung selber gewählt hat.

Wirtschaftliche Ebene

Wachstum von 3 % jährlich zwischen 1981 und 1982, dann höher.

Die unteren Einkommen sollen erhöht werden. Insbesondere Wohnungsbauprogramm.

Neun Industriegruppen werden nationalisiert (Stahlindustrie, AKW-Industrie, Rüstungssektor u.a.). Banken und große Versicherungsgesellschaften sollen ebenfalls nationalisiert werden.

Die höheren Einkommen werden künftig auch höher versteuert werden (zwischen 0,5 % und 8 % mehr).

Die jetzt in Bau befindlichen AKWs werden weiter gebaut. Die anderen Projekte werden sofort gestoppt. Die Frage der ,,Notwendigkeit'' eines Schnellen Brüters (Creys-Malville) wird ,,geprüft''.

Eine breite Volksdebatte über Atomenergie wird initiiert sowie ein Referendum hierzu durchgeführt. Die nationale Kohleförderung soll innerhalb von zehn Jahren ihren Produktionsstand von 1973 wieder erreichen (30 Mio t), neue Energiequellen sollen entwickelt werden. Den finanzschwachen Ländern der ,,Dritten Welt'' wird ein Schuldenaufschub bewilligt sowie neue Zuschüsse. Ein Forschungsministerium wird gegründet. Ein permanenter ,,Nationaler Rat der Kultur und der Forschung'' wird eingeführt, der mit dem Präsidenten der Republik in direkter Verbindung steht. Das Bodenvorverkaufsrecht soll verallgemeinert und eine Erklärungs-Bodensteuer eingeführt werden. Der ,,Orden der Architekten'' wird abgeschafft. In den Gemeinden sollen öffentliche Architektur- und Stadtplanungswerkstätten, mit Beteiligung der Bürger/innen, aufgebaut werden. Die Rechte der Mieter werden ausgebaut, die Wohnzuschüsse um 50 % erhöht. Den Sozialbehörden werden sofort 300 Millionen Francs zugunsten der am meisten Benachteiligten unter den Mietern bewilligt, diese erhalten auch Zahlungsaufschub für ihre unbezahlten Sozialwohnungsmieten.

210.000 Arbeitsplätze, davon 150.000 im öffentlichen Sektor und 60.000 gemeinnützige, werden geschaffen.

Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren wird während des Übergangs Schule/Beruf ein Mindestlohn ausgezahlt.

Die Arbeitszeit wird schrittweise auf 35 Stunden pro Woche verkürzt, ohne Lohnminderung bei gleichzeitiger Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das Recht auf Pensionierung mit 60 Jahren wird eingeführt. Der Mindestlohn wird erhöht, die Lohnhierarchie reduziert, die 5. Urlaubswoche eingeführt. Ab 1.

erhöht, die Lohnhierarchie reduziert, die 5. Urlaubswoche eingeführt. Ab 1.

Juni 1981 wird die Mindestrente auf 1700 F./monatlich erhöht, am 1. Januar 1982 auf 2000 Francs, Ziel ist die Gleichsetzung der Mindestrente mit dem Mindestlohn.

Sowohl das Kindergeld als auch die Wohnzuschüsse werden in zwei Etappen um 50 % erhöht.

Der ,,Orden der Mediziner'' wird abgeschafft. 3 Gruppen der pharmazeutischen Industrie werden nationalisiert. Der Privatsektor in den Krankenhäusern wird abgeschafft. Krankenhauspflegedienste sollen kostenlos sein. In den Gemeinden sollen ,,Gesundheitszentren'' gegründet werden.

In den Betrieben soll es Mitbestimmungsrechte der Belegschaften bei Entlassungen und bei Einstellungen geben.

Außenpolitik

Europapolitik:

,,Das Europa des Gemeinsamen Marktes ist ein Europa aus 10 gleichberechtigten Partnern... Dem aktuellen Europa fehlt es an Seele, Idealen und Überzeugung'' (F.M., 26.3.81, ,,LM'').

,,Es ist Unfug, von europäischer Verteidigung beim aktuellen Stand Europas zu reden'' (5.4.81, ,,LM'').

,,Es ist notwendig, die Beziehungen zwischen Frankreich und der BRD enger zu gestalten, aber eine Achse Paris-Bonn kommt nicht in Frage'' (26.3.81, ,,LM'').

,,Ich wünsche mir ein gutes Auskommen mit den USA. Ich akzeptiere nicht, daß die USA den Gemeinsamen Markt zerstören wollen. Ich lehne es ab, die Kosten der amerikanischen Politik in Salvador und Nicaragua zu zahlen, indem ich diese beiden Länder fallen lassen soll'' (21.4.81, ,,LM'').

Ost-West

,,Ich bin den beiden Militärblöcken feindlich gesinnt. Ich möchte gerne da rauskommen. Wenn ich mich vom atlantischen Bündnis befreien wollte, würde ich es so tun, wie es die Polen gegenüber dem Warschauer Pakt tun. Wenn man sich aber von dieser Allianz trennt, findet man sich innerhalb einer feindlichen Welt entblößt wieder. Deswegen hänge ich an dieser Allianz'' (21.4.81, ,,LM'').

,,... Die SU wird mit mir und ich mit ihr ohne die geringste Schwierigkeit verhandeln, da ich daran interessiert bin, das Gleichgewicht in Europa zu erhalten'' (16.3.81, ,,LM''). Zu Polen: *,,Es ist Sache der polnischen Arbeiter, selber darüber zu entscheiden, was ihrer Sache dient.'' ,,Im Falle einer Intervention wissen die Polen, daß sie keine militärische Hilfe fremder Länder erwarten können... Frankreich müßte dann eine Serie von Verträgen mit der SU aufkündigen, weil die SU wissen muß, daß sie nicht mir nichts dir nichts alle 6 Monate Gendarmerieoperationen in der Welt durchführen kann''* (31.3. 81 und 5.4.81, ,,LM'').

Zu Afghanistan: *,,Es ist das erste Mal, daß das sowjetische Rußland das Risiko eines solchen Konfliktes imperialistischen Charakters gegenüber einem Land der III. Welt auf sich nimmt. Es handelt sich mehr um ein Problem, das sich künftig der kommunistischen Nord-Süd-Welt stellt, als um ein Ost-West-Problem''* (9.2.81, ,,LM'').

Zur VR China: *,,Unsere Außenpolitik hat nicht zwischen China und SU*

Zur VR China: *,,Unsere Außenpolitik hat nicht zwischen China und SU*

zu wählen, auch wenn die chinesischen Führer oft entschlossene Positionen gegenüber der SU und den Willen zu einem stärkeren Europa gewünscht haben...'' ,,Die SU ist expansionistisch, wie die Chinesen sagen... Die Vereinigten Staaten, China und Europa sind nicht zuviel, um gegen diese Macht Stellung zu beziehen'' (9.2.81 und 20.2.81, ,,LM'').

Rüstung und Verteidigung

,,Frankreich muß eine Unabhängigkeitspolitik ... entwickeln. Die Organisation der kollektiven Sicherheit ist eine Notwendigkeit: sie sollte sich aus Diskussionen, aus breiten Debatten zwischen den europäischen und den östlichen Ländern entwickeln, statt sich in ein Schweigen zu hüllen, das nur zum Krieg führen würde'' (22.4.81, ,,LM''). *,,Die Strategie der nuklearen nationalen Abschreckung ist die einzige, die heute in der Lage ist, Konfliktgefahren abzuwenden. Unsere strategischen und taktischen Kräfte müssen weiter modernisiert werden. Diese Modernisierung soll prioritär, gemessen am aktuellen technischen Stand, im Marinebereich durchgeführt werden... Ich befürworte keineswegs, daß eine Supermacht in allen Diktaturen der Welt die Pulverfässe addiert — die Supermächte wären besser beraten, schnell die Abrüstung vorzunehmen, statt unzählige Anlässe für lokale Kriege zu schaffen, denen sie ohnehin bloß zugucken und die sie anheizen werden''* (5.4.81).

Zum Thema Waffenexporte

,,Der Export von Rüstungsmaterialien wird neuen Kriterien, die in Übereinstimmung mit unserer Außenpolitik stehen, untergeordnet, insbesondere gegenüber der III. Welt.

Wir werden jede Waffenlieferung an faschistische und rassistische Regierungen ablehnen. Frankreich soll Lebensmittel statt Waffen verkaufen'' (5.4.81, ,,LM'').



Paris: Siegesfeier der Linken an der Bastille

Bildungswesen

An den Schulen sollen für die benachteiligten Kinder mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Antidemokratische und willkürliche Maßnahmen an den Universitäten (Verschulung des Unibetriebes durch Serien von Vor- und Nach-Prüfungen etc.) werden abgeschafft wie auch die Erlasse, die die ausländischen Studenten treffen.

Polizei

Ein Resolutionstext soll abgestimmt werden, wonach Polizisten die Möglichkeit zur Befehlsverweigerung erhalten im Fall von Folterungen und anderen unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlungen. Ebenso soll in diesem neuen ,,Polizeikodex'' eine Gewissensklausel für Polizisten enthalten sein, denen man ,,rassistische Aktionen'' befehlen würde.

Todesstrafe

Die Todesstrafe (immer noch die Guillotine...) soll abgeschafft werden, Mitterrand will die derzeit zum Tode verurteilen Gefangenen amnestieren.

Homosexualität

Dazu eine Erklärung von F.M.: *,,Die Homosexualität muß aufhören, als Delikt betrachtet zu werden. ... Es ist nicht unsere Aufgabe, die Sitten anderer zu beurteilen''* (28.4.81, ,,LM'').

Medien

Die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen soll durch die Schaffung eines Kontrollrates mit pluralistischer Besetzung garantiert werden. Freie Radiosender werden gestattet.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Ärzte'' (im Dienste der Unternehmer).

Ohne daß sie ihre eigenen Forderungen bislang benannte (abgesehen von der Forderung nach Erhöhung des Mindestlohnes auf 3.500 Francs) erklärte die CGT diese zu *,,minimalistischen Forderungen''*. Weiter heißt es von der CGT-Führung: *,,Wir werden nicht die Prediger einer sogenannten linken Sparpolitik sein. ... Wir haben nicht gesagt, daß wir alles sofort haben wollen, wir gehören aber nicht zu denjenigen, die nichts verlangen oder die sich mit wenig begnügen. ... Wir sind weder Maximalisten noch Minimalisten''* (,,LM'', 16.5.81).

Die ersten angekündigten Schritte der neuen Regierung betreffen die Außenpolitik. So hat die PS angekündigt: *,,Handelsstop auf jeder Ebene mit Namibia''*, Stop der Uranimporte, *,,totales Waffenembargo''* gegenüber dem südafrikanischen Apartheid-Regime, *,,Beendigung jeder öffentlichen Investition und jeder Unterstützung von Privatinvestitionen in Südafrika''*. Die Linksregierung soll *,,den Flüchtlingen und den Militanten der südafrikanischen und namibischen Befreiungsbewegungen politisch, diplomatisch und humanitär Unterstützung geben''* (L. Jospin, erster Sekretär der PS, ,,LM'', 21.5.81).

Eine andere, bereits in Kraft getretene Maßnahme ist die Aufhebung des Einreiseverbots von RA Croissant, der bereits 1977 den Status eines politischen Flüchtlings in Frankreich beantragt hatte.

Giscard battu, le combat continue!
(Giscard geschlagen – der Kampf geht weiter!).

Frankreich-Kommission

Einige Bon Mots von Giscard

,,Einige finden mich zu liberal. Das ist ein Vorwurf, den ich akzeptiere, denn ich werde mich niemals schämen, der Freiheit zu dienen'' (,,LM'', 25.4.81). *,,Alle Kandidaten, oder fast alle, sind Anti-Giscard-Kandidaten... Ich habe nur die Französinnen und die Franzosen mit mir. Ich bin der Einzige, ...den die Franzosen immer wieder an die Spitze setzen''* (in Umfragen; ,,LM'', 11.4.81).

Ich bin der Einzige, der alle politischen Familien des Regenbogens der Freiheit vereinigen kann'' (,,LM'', 8.5. 81). *,,Auch ich habe meine Rose''* (Anspielung auf das Emblem der PS), *,,es ist aber keine Rose mit Stacheln, sondern die Windrose''* (ebda). *,,Mein Problem ist, daß ich eine zu stark ausgeprägte Sensibilität habe. Man ist gezwungen, sie zu verbergen. Wenn man die Funktionen innehat, die ich habe, kann man seine Emotionalität nicht zeigen. Das ist mein Problem''* (,,LM'', 9.5.81).

,,Wir haben einen AKW-Typus gewählt, der laut Erfahrungen in der Welt, der Beste ist... Ich habe mich persönlich um die Ausbildung derjenigen gekümmert, die für die Sicherheit in den AKWs verantwortlich sind'' (,,Paris-Match'', 15. Mai 81).

,,Das politische Gewicht und das moralische Gewicht Frankreichs ist in Afrika sehr hoch. Dies haben mir fast sämtliche afrikanischen Staatsmänner bewiesen. Ich wollte das bloß nicht in meiner Kampagne erwähnen. Es schien mir deplaziert'' (1). *,,Innerhalb von sieben Jahren, 'Herr Mitterrand, habe ich nie ein einziges ungefälliges Wort über die französische Arbeiterklasse verloren. Ich respektiere sie in ihrer Arbeit, in ihrer Aktivität und sogar in ihren politischen Meinungsäußerungen''* (VGE, ,,Fernsehduell'', 6. Mai 81).

(1) In einem Interview mit der ,,Washington Post'' (8.5.81) bestätigte Ex-Kannibalenkaiser Bokassa, mehrfach 10- bis 20-karätige Diamanten Madame Giscard d'Estaing geschenkt zu haben (Giscard hatte dazu erklärt, es wäre nur ,,kleine Steine'' gewesen). Er behauptete, der gesamten Giscard-Familie mehr Diamanten als irgend jemandem anders geschenkt zu haben. Außerdem schenkte Bokassa Giscards Cousin ein Jagdrevier.

Ein Hoch auf die deutsche Presse

Während der ,,Spiegel'' (18.5.81) zu berichten weiß! *,,Frankreichs Sozialisten sind keine deutschen Sozialdemokraten, und noch weniger ist ihr Chef ein französischer Helmut Schmidt. Sie hängen programmatisch-idealistischen Zielen viel stärker an als ihre deutschen Genossen von heute und träumen noch davon, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat wahrhaft umzukrempeln. Marxistische Terminologie geht ihnen dabei flink von den Lippen''* — siedelt der ,,stern'' die Unterschiede woanders an: *,,Gewiß ist, daß die beiden Politiker [Schmidt und Mitterrand], wenn auch von der Statur her ähnlich untersetzt, im Wesen sehr verschieden sind. Anders als der rote* (uff!) *Hamburger Schmidt ist Sozialistenführer Mitterrand, wie er sagt, 'nicht links geboren' ''* (aus der roten Hamburger Illustrierten vom 14.5.81).

Dem ,,Spiegel'' näher steht wiederum die ,,FAZ'': *,,Das Utopische, Emotionale des Politikers Mitterrand mag wohltuend für die vermeintliche Volksseele sein, aber es ist wenig geneigt für das Wohl des Ganzen — und den Ruf Mitterrands als Staatsmann''* (13.5.81). Politik ist 'ne zu ernste Sache, als daß man sie den Massen überlassen könnte!

Westberlin nach den Wahlen: Wie geht es weiter?



Fortsetzung von Seite 1

Im Unterschied zu den Grünen in Bremen und Baden-Württemberg, wo diese Partei Proteststimmen etwa gleichermaßen von allen drei bürgerlichen Parteien erhielten, bezog die AL ihre Stimmen eindeutig aus dem 'linken' Spektrum der SPD und – in geringerem Maße – der FDP. Dies macht deutlich, daß eine klar l i n k e , radikaldemokratische Liste wie die AL Anziehungskraft bei linken Sozialdemokraten besitzt und hier auch ein wichtiger Ansatz für die künftige Politik der Al liegen muß.

Auffallend ist weiterhin, daß die AL überdurchschnittlich in d e n Wahlbezirken abschnitt, wo die kommunalen Probleme besonders groß sind: in Sanierungsgebieten, insbesondere in den Innenstadtbezirken und in Kreuzberg. In letzterem Bezirk kam die AL in 5 der 6 Wahlkreise auf 17 - 18 % der Stimmen.

Ein weiteres Moment des Wahlerfolgs der AL ist, daß bundespolitische Themen kaum zogen. Kommunalpolitische Probleme, vor allem die Wohnungsbaupolitik, standen ganz eindeutig im Mittelpunkt des Wahlkampfes.

Der Wahlbetrug der SPD

Nach den Wahlen besteht die erwartete „Pattsituation“. Die CDU erhielt 65 Abgeordnetenhausmandate, die SPD nur noch 52 – nach der endgültigen Auszählung wurde der SPD noch ein Überhangmandat aberkannt, womit sie nun also auf 51 Sitze kommt (Anm. – AK) – , die AL 9 und die FDP 7. SPD, FDP und AL zusammengenommen könnten also einen Weizsäcker-Senat verhindern. Trotzdem legte sich SPD-Vogel schon zwei Stunden nach der ersten Hochrechnung klipp und klar darauf fest, daß für ihn keine SPD/FDP-Minderheitsregierung unter Duldung der AL in Frage komme. Die SPD werde in die Opposition gehen – bevor überhaupt irgendwelche Koalitionsgespräche versucht worden waren. Die demagogischen Parolen der SPD und ihrer Wahlhelfer wie Klaus Staeck, wer AL wähle, wählt schwarz, entpuppten sich als Wahlbetrug. Niemand anders als die SPD selbst war sofort bereit, der CDU die Macht auf dem Silbertablett zu servieren. Damit drängte Vogel zudem die FDP direkt zum „Umfallen“, entweder einen Weizsäcker-Senat zu dulden oder gleich eine Koalition zu bilden. Das drängte Vogel zudem die FDP direkt zum „Umfallen“, entweder einen Weizsäcker-Senat zu dulden oder gleich eine Koalition zu bilden. Das politische Kalkül der SPD ist klar: Die Auseinandersetzungen in Westberlin vornehmlich im Bereich der Wohnungsbaupolitik und der Hausbesetzungen werden an Schärfe unter einer CDU-Regierung zunehmen und die SPD möchte in der Oppositionsrolle abwarten, bis die Dreckarbeit (vor allem: Räumung der besetzten Häuser) getan ist und eine CDU-Senatskrise ins Haus steht. So orakelte der SPD-„Vorwärts“: *„Die Frage ist nur, wie lange Vogel und seine Genossen die Oppositionsbänke drücken werden“* („Vorwärts“, 14.5.81).

Ziel der SPD ist es, bei unter solchen Bedingungen angesetzten Neuwahlen verlorene „Denkzettel“-Stimmen von der CDU zurückzuholen und die AL wieder aus dem Parlament zu drängen. Den Schwarzen Peter kriegt dabei die FDP zugeschoben, die einen CDU-Minderheitssenat zumindest durch Duldung ermöglichen müßte.

Die Westberliner FDP ist in ihrer Mehrheit gegen eine Koalition mit der CDU und befürwortet eine Opposition im Sinne der politischen „Glaubwürdigkeit“ vor den Wählern, denen die FDP vor der Wahl versprochen hatte, keine Koalition mit der CDU einzugehen. Einem CDU-Senat t r o t z dieser Ausgangslage den nötigen Rückhalt durch die FDP zu verschaffen, gestaltet sich recht problematisch: Zwar nahm der Landesvorstand der FDP mit 8 : 1 einen Beschluß an, die FDP-Fraktion solle die Wahl Weizsäckers und seines Senats unterstützen. Zwar schaltete sich auch Genscher persönlich ein, um die Westberliner FDP auf diesen Kurs zu verpflichten. Aber der Parteitag der Westberliner FDP am 22.Mai kümmerte sich wenig um diese Aufforderungen, sondern nahm mit 134 gegen 93 und unter Riesenjubel eine Resolution an, die sich deutlich g e g e n Unterstützung oder Duldung eines CDU-Senats ausspricht.

Drei Vorstandsmitglieder traten daraufhin zurück. Möglich ist in Westberlin nunmehr zweierlei: Entweder unterstützen Teile der FDP-Fraktion trotz des Parteitagsbeschlusses, nur ihrem Gewissen (ähem!) verantwortlich, die Wahl Weizsäckers. Tatsächlich sollen 5 der 7 FDP-Abgeordneten diese Absicht schon vor dem Parteitagsentscheid erklärt haben („Welt“, 22.5.). Dies könnte schließlich zu einer de-facto-Koalition führen. Die andere Möglichkeit, zur Zeit drohend beschworen, wären Neuwahlen, bei denen die FDP sehr alt aussehen könnte und bei denen die SPD sich Hoffnung macht, der AL ein paar verschreckte Wähler mit Hinweis auf das „kleinere Übel“ wieder abnehmen zu können.

Bundespolitisch betrachtet liegt der Gedanke nahe, daß ein faktischer Koalitionswechsel in Westberlin (in welcher Form auch immer) auch die Bonner Regierungskoalition ihrem Ende näher bringen dürfte. Andererseits ist festzustellen, daß Vogel selbst sehr bereitwillig grünes Licht für den Koalitionswechsel gegeben hat (mit seiner Festlegung in der Wahlnacht), und daß er offensichtlich in Absprache mit der SPD-Spitze handelte, da von dieser keinerlei Widerspruch kam. Auch die



Einmischung Genschers zugunsten eines Weizsäcker-Senats blieb ohne Proteste der SPD-Spitze. Demnach ist die Tatsache schwer zu widerlegen, daß die SPD sich auf einen CDU-Senat bzw. CDU/FDP-Senat in Westberlin einstellt, ungeachtet denkbarer negativer bundespolitischer Konsequenzen.

Möglich ist, daß sich eine erhebliche Umordnung des Parteien-Spektrums anbahnt: Mit einer FDP, die nach links hin Potential an die SPD abgibt, dafür aber Zugewinne beim rechten Teil der SPD-Anhängerschaft macht, und mit einer insgesamt nach 'links' verschobenen SPD, die sich in der Opposition zu regenerieren hätte.

Allparteien-Front gegen die AL

Alle drei bürgerlichen Parteien haben schon vor und erst recht nach den Wahlen erklärt, mit der AL nichts zu tun haben zu wollen.

Speziell die SPD nahm damit der AL das Problem einer eventuellen Tolerierung eines sozialliberalen Minderheitssenats von vornherein ab. Alle drei Parteien verhängten eine Art Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der AL. Schon in den ersten Interviews im Fernsehen bekam die AL die Statistenrolle zugewiesen; die politischen Machtkonstellationen sollen Monopol der drei etablierten Parteien bleiben.

Während CDU und FDP die AL am Rande der „Verfassungsmäßigkeit“ oder gar außerhalb derselben stehend sehen, fährt die SPD noch eine „Doppelstrategie“ . Sie wirft der AL gern „Politikunfähigkeit“ vor, schließt aber eine „Zusammenarbeit in Sachfragen“ nicht gänzlich und ausdrücklich aus. Die SPD läßt sich also ein winziges Türchen gegenüber der AL offen. Hauptsächlich jedoch verfolgen alle drei Parteien das Ziel, die AL konsequent zu i s o l i e r e n . Die bürgerlichen Medien, vor allem die Springerpresse, diffamieren die AL als „Chaoten“. 14 Kommunisten will die „Berliner Morgenpost“ ausgemacht haben, die für die AL im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksparlamenten sitzen. Und die „Bild“ zeterte, daß erstmals in der Geschichte der BRD und Westberlins „ein Terrorist“ im Tiergartener Bezirksparlament als Abgeordneter sitzt. Gemeint ist der nicht rechtskräftig verurteilte Gerald Klöpper, dem Beteiligung an der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz vorgeworfen wird. In einem Leitartikel schrieb die „Berliner Morgenpost“, daß die AL ein *„klassisches Sicherheitsrisiko“* darstelle. Die bürgerlichen Parteien, die selbst Schuld an dem Erfolg der AL trügen, seien zur *„Wiedergutmachung“* aufgerufen (13.5.).

Und die etablierten Parteien stellen schon konkrete Überlegungen an, wie sie der AL im Abgeordnetenhaus das Leben schwer machen können. Mit Hinweis auf das „Sicherheitsrisiko“ wollen sie die AL in den Parlamentsausschüssen für „Sicherheit und Ordnung“, für „Bundesangelegenheiten“ und für „Grundstücksverwaltung“ gar nicht erst dabei haben; zu diesem Zweck soll die Zahl der Sitze in den Ausschüssen reduziert werden. Zwar wäre auch die FDP von diesen Maßnahmen betroffen, aber hier herrscht der Grundsatz: safety first.

Der Gefahr der Isolierung auf parlamentarischer Ebene zu entgehen, sie zu durchbrechen, wird für die künftige Orientierung der Parlamentsarbeit der AL von Bedeutung sein. Doch dazu noch weiter unten.

Erdrutsch in den Bezirken

Gleichzeitig zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus wurden auch die jeweils 45 Bezirksverordneten in den 12 Westberliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV's) gewählt. Hier war die AL bisher schon in vier Bezirken mit insgesamt 10 Abgeordneten vertreten.

Nach bisheriger Auszählung und Auswertung dieser Wahlen erreichte die AL in den Bezirken 107 000 Stimmen (8,5%). Das heißt, daß rund 17 000 Wähler ihre Stimmen splitteten, um den etablierten Parteien auf Bezirksebene einen Denkzettel zu verpassen.

Die AL zog damit in 10 der 12 BVV's mit insgesamt 44 Parlamentariern ein und konnte ihre Stimmen mehr als verdoppeln.

Besonders erfolgreich war die AL in den vier Bezirken, wo sie schon parlamentarisch vertreten war:

– Im Bezirk Kreuzberg bekam die AL 15,7% (1979: 7,8%) und voraussichtlich 7 Abgeordnete. In den Sanierungsgebieten konnte die AL in vielen Stimmbezirken zwischen 20 und 30 % der Stimmen erzielen.

– Im Bezirk Schöneberg bekam die AL 14,3% der Stimmen. In einem der dortigen Stimmbezirke erreichte die AL ihr höchstes Wahlergebnis: rund 41%! Damit ziehen 6 Igel ins Bezirksparlament ein.

– Im Bezirk Tiergarten bekam die AL 12,7% (1979: 6,0%) und stellt 6 Abgeordnete; 5 davon sind Frauen und der einzige Mann wird Gerald Klöpper sein. Im Moabiter Knast erreichte die AL ein Rekord-Ergebnis: 85,3% der Gefangenen, die das Wahlrecht haben, wählten AL!

– Im Bezirk Wilmersdorf steigerte sich die AL von 5,0% auf 11 % und zieht mit 5 Abgeordneten ein.

In diesen vier Bezirken stellt die AL auch jeweils einen Stadtrat.

Eine Verdoppelung der Stimmen erreichte die AL auch in den großen Bezirken Charlottenburg (11% = 5 Bezirksverordnete), in Steglitz (8,5% = 4). Im Wedding und Neukölln bekam die AL zwischen 6,8 und 7,5% der Stimmen und schickt jeweils 3 BVV'ler ins Parlament.

Im Bezirk Tempelhof kam die AL auf Anhieb auf 5,6% der Stimmen (= 2 BVV'ler). Das ist deshalb bemerkenswert, weil es erst seit ca. drei Monaten eine AL-Bezirksgruppe gibt und bis dato kaum Bezirkspolitik seitens der AL geleistet wurde.

Im Bezirk Zehlendorf kandidierten die AL und die „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“ (WUB) neben- aber nicht gegeneinander, weil es zu keiner vorherigen Einigung über eine gemeinsame bezirkliche Kandidatur kam. Die WUB rutschte von 13,8% auf ca 9,1% ab, und verlor damit ihren Stadtratssitz. 4 statt 6 Abgeordnete ziehen in die BVV ein. Die AL bekam auf Anhieb 6,8% der Stimmen und damit 3 Sitze.

In den zwei übrigen Bezirken, in Reinickendorf und Spandau, scheiterte die AL nur knapp an der 5%-Hürde. In Reinickendorf fehlen der AL ganze 4 Stimmen, in Spandau sind es deren 12. Hierbei ist ein Schmu bei der Auszählung nicht ganz von der Hand zu weisen.

Der Erdrutsch in den Bezirken zeichnet sich noch durch zwei weitere Besonderheiten aus: die FDP flog aus 9 der 12 BVV's raus und stellt insgesamt nur noch 6 Abgeordnete: soviel wie die AL im Bezirk Schöneberg oder Tiergarten allein. Gerade dort, wo die FDP in den Bezirken als 'links' galt, insbesondere in Tiergarten, wo die FDP ihr 'linkes' Paradepferd Harald Loch gegen die AL antreten ließ, fiel die FDP mit Pauken und Trompeten durch. Es hat sich somit für diese Partei als denkbar schlecht erwiesen, den Hauptstoß im Wahlkampf gegen die AL zu führen! Die Wahlschlappen gerade der 'linkeren' FDP in den Bezirken dürfte den Rechten innerhalb der FDP zusätzliche Argumente liefern, es lieber mit der CDU zu treiben als von der AL deutlich ausgepunktet zu werden!

Die zweite Besonderheit besteht darin, daß die SPD als einzige Partei unfreiwillig eine AL-Forderung erfüllte: 50% ihrer Bezirksbürgermeister sind Frauen. Dies liegt allerdings weniger an der Fortschrittlichkeit der SPD, sondern ihrer deutlichen Wahlschlappe in den Bezirken. Die SPD verlor insgesamt 4 Bezirksbürgermeister und ist nur noch in den Bezirken Wedding und Spandau stärkste Partei geblieben – und dies denkbar knapp. In Kreuzberg, Neukölln, Reinickendorf und Tiergarten gab die SPD ihren Bürgermeister an die CDU ab, sodaß diese nunmehr 10 der 12 Bezirksbürgermeister stellt.

Die „Welt“ bezeichnet die Wahlergebnisse in den Bezirken als *„eigentliches Erdbeben“* der Wahlen, weil die SPD hier tiefe Einbrüche in ihre Stammwählerschaft, den Arbeitern verzeichnete.

Die AL hat allen Grund zum Feiern ...

Am Wahlabend des 10.Mai veranstaltete die AL eine Wahlfete unter dem Motto "Berlin flippt aus". Über 3000 Menschen besuchten den hoffnungslos überfüllten Saal in der Hasenheide und feierten ihren großen Triumph. Als gleichzeitig noch die Niederlage von Giscard d'Estaing bekannt wurde, reckten sich die Fäuste und es erschallte im Überschwang "Hoch die internationale Solidarität". Selbst die undogmatische "TAZ" erschreckte, als diese alte Kampfparole aus "ML-Zeiten" zu neuer Blüte kam. Auf ihrer ersten Pressekonferenz nach den Wahlen erntete die AL in den Medien nur Erschrecken und Kopfschütteln. Der inzwischen zurückgetretene Pressebetreuer der AL, Ernst Hoplischek, erklärte, daß die AL auf gar keinen Fall einen CDU-geführten Senat unterstützen werde. Er warnte überdies die etablierten Parteien davor, die AL im Abgeordnetenhaus "über die Geerklärte, daß die AL auf gar keinen Fall einen CDU-geführten Senat unterstützen werde. Er warnte überdies die etablierten Parteien davor, die AL im Abgeordnetenhaus "über die Geschäftsordnung austricksen" zu wollen; dies würde die AL mit "unkonventionellen Methoden" beantworten. Die AL lehnte sogleich auch einen schwarzen Dienstmercedes mit Chauffeur für ihren Fraktionsvorsitzenden ab und erklärte, sich nicht an die Geheimhaltung von Materialien, die in den Ausschüssen kursieren, zu halten. Die AL betonte erneut ihr politisches Selbstverständnis, wonach der außerparlamentarische Kampf das Standbein, der parlamentarische jedoch nur das Spielbein sei. Insbesondere die Ankündigung der AL, gegebenenfalls auch Geheimakten zu veröffentlichen, rief große Entrüstung der etablierten Parteien hervor. Weiterhin legte die AL ein erstes Programm für die künftige Parlamentsarbeit vor. Die AL wird u.a. Amnestie und Straffreiheit für alle im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen Inhaftierten und Kriminalisierten fordern, die Rücknahme der Tariferhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln ab 1.8., den Verzicht auf den Bau der Autobahn Westtangente und durch den Tegeler Forst, die Abschaffung der Hochsicherheitstrakte und den Verzicht auf den Bau eines Kraftwerks auf den Ruhlebener Wiesen. Die AL fordert desweiteren den Bau eines dritten Frauenhauses und Nachbetreuungsläden in allen 12 Westberliner Bezirken. Die neun parlamentarischen Igel werden auch mit der üblichen Praxis brechen, jedes Bundesgesetz automatisch für Westberlin zu übernehmen.

Die Abgeordnetenhausdiäten, die derzeit bei rund 5000 DM monatlich liegen, möchte die AL um die Hälfte kürzen. In diesem ersten Programm kommen also die populärsten Forderungen ins Parlament, die auch im Wahlkampf eine zentrale Rolle gespielt haben.

Fortsetzung nächste Seite

WAHLBEWEGUNG

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die Qual der AL nach der Wahl

Innerhalb der AL ist es nach der Wahl zu einer heftigen Kontroverse über die nun einzuschlagende Politik gekommen. Vor den Wahlen hatte die AL öffentlich erklärt, auf keinen Fall den Weizäcker-Senat zu unterstützen, lehnte aber auch die 'Tolerierung' eines SPD/FDP-Minderheitssenats ab, wenngleich letztere Aussage umstritten blieb und kein ausdiskutiertes Konsens-Ergebnis war. So distanzierte sich die Berlin-AG der AL nachträglich von dieser Stellungnahme.

Nach den Wahlen brach der Konflikt wieder auf, nachdem er während des Wahlkampfes mehr oder weniger ausgeklammert wurde. Ernst Hoplischek machte zunächst von sich reden, als er in einem Interview in der "TAZ" vom 11.5. einen "Oppositionsblock" der AL mit der SPD propagierte. Er schwächte diese Position jedoch wieder ab, da ein solches Ansinnen sicher von der Mehrheit der AL abgelehnt worden wäre.

So gelangte eine Diskussionsvorlage in den Delegiertenrat der AL, wo Ernst Hoplischek, Wolfgang Kaiser (Ex-"KPD") und Dieter Kunzelmann ihre Vorschläge zur künftigen Politik der AL unterbreiteten. Teile der 'radikaleren' AL-Mitglieder werden in dem Papier zunächst beschwichtigt, daß *"eine Diskussion über Tolerierung oder gar Koalition ... außerhalb des aktuellen Horizonts"* liege. Schon im nächsten Absatz fordern sie jedoch, mit der SPD und FDP Gespräche aufzunehmen *"über eine Neuorientierung der Inhalte der Politik und über die Verhinderung eines gegen die Mehrheit der Bevölkerung regierenden Weizsäcker-Senats"*, was ja praktisch nur über die Tolerierung eines SPD/FDP-Minderheitssenats möglich wäre. Recht windig wird in diesem Papier, wie auch in einem von der Gruppe Z unterstützten Kreuz-

lich wäre. Recht windig wird in diesem Papier, wie auch in einem von der Gruppe Z unterstützten Kreuz-

berger Vorschlag, ganz nach Art der Etablierten mit einem angeblichen "Wählerwillen" argumentiert, der Verhandlungen mit der SPD/FDP gebiete.

Auch die andere Strömung der AL beruft sich allerdings auf den "Wählerwillen" und zudem auf die Aussage der AL vor der Wahl, keinen Minderheitssenat zu unterstützen. Auf einen "Wählerwillen" kann sich jedoch keine der beiden Strömungen mit Grund berufen, da die AL ihre endgültige Entscheidung vor der Wahl ausdrücklich offengelassen hatte bis zu einer Mitgliederversammlung, die am 25.5. stattfinden soll. Einen "Wählerwillen", auf den man sich beziehen könnte, gibt es nicht, zumal klar ist, daß sich unter den AL-Wählern Befürworter der Kooperation mit der SPD ebenso befinden wie radikale Befürworter der Gegenposition. Streitpunkt in der AL ist das Gesprächsangebot an SPD und FDP. SPD und FDP mit den populären Forderungen der AL öffentlich zu konfrontieren, im Sinne eines "Prüfsteins" wie Hoplischek u.a. schreiben, ist eine durchaus richtige Taktik, wenn damit für jeden Bürger überprüfbar wird, ob SPD und FDP lieber einen CDU-Senat in den Sattel heben, statt zu versuchen, bestimmte Forderungen der AL aufzunehmen. Diese Gesprächsangebote koppeln die Verfasser allerdings mit der Verhinderung eines Weizsäcker-Senats, an dem die AL *"vorrangig interessiert"* sei. Genau diese Koppelung ist es, die die 'radikaleren' AL-Mitglieder auf den Plan ruft: Sie argumentieren, daß dies doch auf die 'Tolerierung' eines SPD/FDP-Minderheitssenats hinauslaufen würde. Sie argwöhnen – und dies ist nur zu einem kleinen Teil berechtigt – daß über die "Spitzengespräche " mit SPD/FDP durch die Hintertür ein AL-geduldeter Minderheitssenat ermöglicht werden soll.

Dieser Konflikt geht allerdings von einer wenig realistischen Einschätzung der Lage aus: **Klar dürfte doch wohl sein, daß es nicht die AL ist, die einen Weizsäcker-Senat verhindern kann. Sie könnte allenfalls durch ihre Stimme dazu beitragen. Die Verhinderung eines Weizsäcker-Senats ist daher in erster Linie an SPD und FDP zu richten. Der Streit innerhalb der AL geht deshalb von einer unrealistischen Analyse der Lage aus, weil die SPD einen Weizsäcker-Senat gar nicht verhindern will. In dem Hoplischek-Papier wird zurecht von einem "Wahlbetrug" gesprochen; insgesamt wird die SPD aber in den bisherigen Stellungnahmen der AL ehergeschont. Vornehmlich wird die FDP angeschossen. Es wird dabei außer Acht gelassen, daß Vogels Festlegung noch in der Wahlnacht, in die Opposition zu gehen und Weizsäcker freiwillig das Regierungsgeschäft zu überlassen, die FDP direkt zur CDU gedrängt hat. Die Auseinandersetzungen innerhalb der AL über die Verhinderung eines CDU-Senats entbehren daher jeder realen Grundlage. Dies zumal deswegen, weil die Westberliner SPD nicht in den Geruch kommen will, eine Art „Volksfront"-Politik mit den Stimmen der AL zu betreiben. Eine von der AL tolerierte SPD/FDP-Minderheitsregierung ist nach Lage der Dinge also eine Unmöglichkeit. In der konkreten Situation ist ein Streit in der AL um diese Frage – der auch zum Anlaß von Spaltungen und weiteren Querelen werden könnte – völlig absurd. Es wäre, wenn man so sagen darf, "ein Streit um des Kaisers Bart".** Es kann unter den konkreten Bedingungen realistischerweise nur um die Frage gehen, ob die SPD auf entsprechende Forderungen und Angebote der AL über eine gemeinsame oder punktuelle Oppositionsführung eingehen wird – bzw., ob und wie die AL zu solchem Kontakt auffordern soll. Auch in den neueren Stellungnahmen aus dem letz-

bzw., ob und wie die AL zu solchem Kontakt auffordern soll. Auch in den neueren Stellungnahmen aus dem letz-

ten Delegiertenrat (20.5.) schlägt sich die unrealistische Sichtweise in verschiedenen Papieren nieder. So heißt es im Resolutionsvorschlag eines Wilmersdorfer AL-Mitglieds für die bevorstehenden MV, daß die AL *"in der augenblicklichen politischen Situation keinen SPD/FDP-Senat unterstützen oder tolerieren"* dürfe, ebenso in einem Text des Bereichs Demokratische Rechte. Einige Bezirke und Bereiche der AL haben jedoch inzwischen klargestellt, daß sich die Tolerierungsfrage für die AL erübrigt habe und eine rein "akademische Frage" geworden sei (so die Bereiche Naturschutz und Schule wie auch Betrieb/Gewerkschaft).

Von diesen Fragen abgesehen bleibt noch die Auseinandersetzung darüber, ob die AL öffentliche "Spitzengespräche" mit der SPD (und FDP) führen sollte. Nach den Diskussionen in den Bereichen und Bezirken spricht sich nur eine Minderheit für diesen Vorschlag aus. Einigkeit herrscht allerdings darüber, sowohl außerparlamentarisch an verschiedenen Fragen mit der SPD zusammenzugehen als auch in einzelnen Sachfragen in der künftigen parlamentarischen Arbeit mit der SPD zu stimmen, wenn Übereinstimmung besteht.

Das Problem der Stadträte

Eine zweite wichtige Kontroverse ist in der AL darüber entbrannt, ob sie in den vier Bezirken Kreuzberg, Tiergarten, Wilmersdorf und Schöneberg den Posten eines Stadtrats annehmen soll oder nicht. Die bezirklichen Parlamente selbst sind reine Verwaltungsorgane, die die allgemeinen Senatsrichtlinien, Verordnungen und Beschlüsse durchzuführen haben. 6 Bezirksstadträte und ein Bezirksbürgermeister haben diese Senatsbeschlüsse auf kommunaler Ebene auszuführen und zu überwachen, während die bezirklichen Parlamentarier die Arbeit der Stadträte und des Bezirksamtes kontrollieren sollen – so die gesetzlichen Vorschriften.

Alle Bereiche und Bezirke der AL, die über die Annahme oder Ablehnung eines Stadtratsposten diskutiert haben, plädieren für Annahme dieses Postens. In den vier "betroffenen" Bezirken gab es eindeutige Mehrheiten für Annahme, während eine Minderheit dies wegen der Beteiligung an der Macht ablehnt. Die Zustimmung zum Stadtrat erfolgte überwiegend unter Vorbehalt, die Stadtratstätigkeit als Experiment, als Probe zu betrachten und gegebenenfalls wieder auszusteigen.

Für die Annahme eines Stadtrats spricht – nach Auswertung der Verwaltungsvorschriften und bisherigen Erfahrungen – vor allem eine frühzeitige Information über Planungen und Maßnahmen im kommunalen Bereich, an die Stadträte viel früher herankommen können. Zwar besteht darüber eine Geheimhaltungspflicht des Stadtrats, allerdings ist dies schon gar kein Grund, den hochdotierten Posten (Jahresgehalt bis zu 100.000 DM) abzuschlagen, wenn die AL mit dieser "Schweigepflicht" sinnvoll umgeht. Verwegen sind allerdings Argumente aus der Kreuzberger Bezirksgruppe, die für die Annahme des Stadtrats plädieren: in einer Presseerklärung, die von Mitgliedern der Gruppe Z unterstützt wird, heißt es, daß *"für die Übernahme eines Stadtrats ... die großen Erwartungen und Hoffnungen von über 10 000 Kreuzberger AL-Wählern"* sprechen, daß *"sich durch die Beteiligung der AL an den Entscheidungen auch im Bezirksamt an ihrer Wohn- und Lebenssituation etwas verbessert".* Die Kreuzberger AL fordert deshalb den Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen. Hier wird sich wieder einmal auf den berühmten "Wählerwillen" ("grosse Hoffnungen"...) zu unrecht be-

sen. Hier wird sich wieder einmal auf den berühmten "Wählerwillen" ("grosse Hoffnungen"...) zu unrecht be-

rufen, denn keineswegs hat die AL irgendwann einmal im Wahlkampf den Wählern in dieser Hinsicht (Annahme eines Stadtratspostens) etwas "versprochen". Ebenso gut könnte die AL unter Berufung auf den "Wählerwillen" den Stadtratsposten ablehnen. In einem weiteren Kreuzberger Thesenpapier (Delegiertenratsunterlagen vom 20.5.) heißt es gar, daß sich die *"große Mehrheit unserer Wähler ... verarscht vorkommen"* würden, wenn die AL den Posten nicht übernimmt. Unter ständiger Berufung auf den wehrlosen "Wählerwillen" die eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen, ist schon ziehmlich unlauter. Außerdem werden insbesondere in den Kreuzberger Stellungnahmen Illusionen geweckt, als ob die AL mit einem Stadtrat – gegen über 6 Stadträten der CDU und SPD – die Lebensverhältnisse verbessern könnte. Die bürgerlichen Parteien haben bereits erklärt, daß sie den AL-Stadträten viele Knüppel zwischen die Beine werfen werden. Auch ein AL-Stadtrat ist – mag er noch so alternativ sein, wie er will – ein Verwaltungsbeamter, ausführendes Organ der Senatsrichtlinien. Allzu hohe Erwartungen an dieses Amt zu knüpfen, ist deshalb fehl am Platze.

Morddrohungen gegen AL-Abgeordnete

Ein paar Tage nach der Wahl schon bekam die AL die Kehrseite ihres Erfolges zu spüren: Neofaschisten richteten öffentliche Morddrohungen an vier der neun Igel-Parlamentarier im Abgeordnetenhaus. Daß die ausser- und parlamentarische Tätigkeit der AL diese rechtsradikalen Kräfte auf den Plan ruft, sollte durchaus ernst genommen werden.

D., Westberlin

Reaktionen aus der »linken« SPD

Während die Westberliner SPD unter Vogel die AL lieber zu ignorieren pflegt und jedes Koalitions- oder Tolerierungstechtelmechtel mit der AL schroff ablehnte, forderten die Westberliner Jusos die SPD und AL auf, eine Regierung zu bilden. Besonders interessant ist, was der Glotz-Intimus Rudi Steinke (ehemals "Langer Marsch") zum besten gibt. Der Mitinitiator der Veranstaltung "Berlin am Tropf", mit der Steinke nebst Juso-Bundesvorstand in den Dialog mit der AL treten wollten, hat sich nach den Wahlen in einem Schreiben an die Teilnehmer dieses Kongresses gewandt. Er meint, daß "Berlin am Tropf" eine *"Brückenfunktion"* einer sich *"erneuernden Sozialdemokratie"* und dem *"alternativen Milieu und der Alternativen Liste"* erfüllen müsse. Der AL will Steinke diese Brükkenfunktion u.a. damit schmackhaft machen, daß sich unter Vogel ein *"dynamisches Zentrum"* in der SPD herauszuschälen beginne und es daher der *"Schaffung konstruktiver Beziehungen"* bedürfe.

Die Stützung eines Vogel/Brunner-Minderheitssenats durch die AL schätzt Steinke allerdings als für die SPD *"nicht verkraftbar"* ein. Steinke stellt sich vor, ein neues *"historisches Bündnis zwischen sich erneuernder Berliner Sozialdemokratie ... und einer stark außerparlamentarisch orientierten Alternativen Liste"* zu bilden, wobei "Berlin am Tropf" das *"Dach"* abgeben soll. So möchte es Herr Steinke gerne sehen: die AL als außerparlamentarische Kraft für die SPD nutzbar machen, die parlamentarische Tätigkeit der AL herunterspielen – ganz wie es auch Glotz beabsichtigt. Besonders übel ist, daß Steinke die Westberliner Jusos heftig angreift, weil dieses *"in sektiererischer Denunziation der mühseligen Erneuerungsbestrebungen der Berliner Sozialdemokratie"* schwelgen würden. Steinke vergleicht diese Jusos explizit mit der *"Phase der Vorherrschaft der ML-Gruppen in der Nachfolge-APO"*, die *"leider hunderte von Jungsozialisten aus der Organisation getrieben"* habe.

Für wie blöd mögen Steinke und Glotz die Linke, speziell die AL, eigentlich halten? ... Es ist schon kaum zu glauben, in welcher Regelmäßigkeit die alte Leier einer "Selbsterneuerung der SPD" immer wieder von einem freiwillig oder unfreiwillig zurückgetretenen SPD-Senat aufgetischt wird. Schon nach dem Abtritt des ehemaligen Bürgermeisters Schütz wurde Stobbe als der große "Messias" gefeiert, mit dem endlich die große Wende kommt. Bekanntlich ist gerade in Westberlin noch jeder Messias über den Abgrund des Filzes und neuerdings über die katastrophale Wohnungsbaupolitik gestolpert ...

D., Westberlin

Schildbürgerstreiche der GIM

1.Akt: Als einzige linke Gruppe außerhalb der SPD ruft die „trotzkistische" GIM bei den Westberliner Neuwahlen dazu auf, für die SPD zu stimmen. In ihrer Begründung für diesen Wahlaufruf leistet sich die GIM ein paar bemerkenswerte Blüten. So kontert sie beispielsweise die Programmforderung der AL nach Blockfreiheit der BRD und Westberlins eiskalt:„ *Die Parole der Blockfreiheit hilft hier kaum weiter,denn in Wirklichkeit gibt es gar keine Blockfreiheit. Zu welchem Lager ein Staat gehört, wird letztlich durch die Frage entschieden, welche Klasse die herrschende ist."* Die GIM behauptet damit, daß heute zwangsläufig jedes Land einem bestimmten „Lager", einem bestimmten „Block" angehören müsse. Im konkreten Fall würde das heißen, daß die BRD und Westberlin nur zwischen der Mitgliedschaft in der NATO oder im Warschauer Pakt zu wählen haben. Die Frage wäre: Welchen „Block", welches „Lager" würde die GIM bevorzugen...?

An anderer Stelle ihres Wahlaufrufes spricht die GIM stellvertretend für Westberlins Sozialisten:„*Auch für Sozialisten, die nicht bereit sind, anläßlich von Wahlen auf ihren Sozialismus zu verzichten, ist die AL keine Alternative.*" Nun stand ja die Entscheidung, ob Westberlin sozialistisch werden soll oder nicht, bei dieser Wahl noch gar nicht an. Und der Wähler einer nicht-sozialistischen Partei „verzichtet" mit seiner Stimmabgabe selbstverständlich nicht auf den Sozialismus.

– Man könnte der GIM ihr Argument allenfalls als „rrradikale" Dummheit anrechnen, ... wenn da nicht zugleich ihr Aufruf zur Wahl der SPD wäre. Wieso ein Sozialist zwar nicht die AL, wohl aber die SPD wählen kann, müßte die GIM erst einmal erklären können.

2.Akt: Die GIM hat das Unvermeidliche nicht verhindern können – die AL ist im Rathaus. Nun muß sich die AL die Ratschläge der GIM gefallen lassen. Und die lauten klipp und klar: *„Es reicht nicht aus, nur Weizäcker die Stimme zu verweigern. Die AL muß erklären, daß sie eine SPD-Minderheitsregierung (unter Ausschluß der FDP) unterstützen würde."* Von inhaltlichen Bedingungen will die GIM eine solche Unterstützung anscheinend nicht abhängig machen, jedenfalls erwähnt sie in ihrer Stellungnahme nichts dergleichen, obwohl ihr die Diskussion hierzu in der AL zweifelsohne bekannt sind. Statt inhaltlicher Kriterien nennt die GIM nur ein formales – die FDP darf nicht wieder in den Senat! Jede Achtjährige könnte der GIM vorrechnen, **daß das schon rein mathematisch betrachtet eine Schnapsidee ist: 61 Sitze hat die CDU, 7 Sitze hat die FDP. Selbst unter der Voraussetzung, daß die FDP einen solchen Minderheitssenat durch Stimmenthaltung tolerieren würde, könnte die Stimmenzahl einfach nicht ausreichen.**

Die scheinbare Unfähigkeit der GIM, eine so simple Rechenoperation zu vollziehen, geht auf ein politisches Motiv zurück: In der Gedankenwelt der GIM ist die SPD immer noch „die Arbeiterpartei", während die FDP im Gegensatz dazu eine „bürgerliche Partei" ist. Daher wiederholt die GIM seit nunmehr über 10 Jahren, daß die SPD gefälligst eine „Alleinregierung" ohne die FDP bilden müsse. Diese Weisheit der GIM hat auf Probleme der technischen Durchführbarkeit (Sitzverteilung in den Parlamenten) noch niemals Rücksicht genommen, tut es folglich auch in Westberlin jetzt nicht. Da müßte die SPD schon die Parlamente auflösen und die Arbeiterklasse bewaffnen.

3.Akt: Die GIM kritisiert den Krefelder Aufruf - diesmal wieder gaanz „rrradikal". Der Krefelder Aufruf sei ein *„Appell an die Bundesregierung".* Das sei aber überhaupt nicht sinnvoll, denn gerade diese Bundesregierung habe doch die NATO- „Nachrüstungsbeschlüsse" überhaupt erst durchgesetzt. *„An diese Bundesregierung appellieren, heißt nicht Illusionen zerstören, sondern Illusionen schaffen!".* Witzig ist das schon: Schließlich hat die GIM selbst im letzten Jahr zur Wahl eben dieses Bundeskanzlers , eben dieser SPD aufgerufen – im Gegensatz wohl zur Mehrheit der Unterzeichner des Krefelder Aufrufs. Die Kritik der GIM in diesem Punkt ist zudem ganz kleinkariert, weil das Wort „appellieren" in dem Aufruf zwar vorkommt, aber es dem Sinn nach einfach darum geht, die Regierung zu einer Änderung ihrer verbrecherischen Politik aufzufordern. Ob solche Aufforderungen sinnvoll sind, mag unter Revolutionären umstritten sein, aber solange wir offensichtlich zum revolutionären Sturz dieser Regierung nicht in der Lage sind, gehören solche Aufforderungen an die real existierendende Regierung wohl zum politischen Handwerk. Sozialdemokratische Politik mit „rrradikalen" Sprüchen garnieren - dabei macht sich jeder zum Affen. Ob das nun die Jusos sind oder die GIM.

(Zitate aus „was tun" vom 30.4.und 14.5.1981).

SEW nimmt Antikommunismus nicht übel

Auffallend gnädig und entgegenkommend zeigte sich die SEW in ihrer ersten Stellungnahme nach den Wahlen gegenüber der AL: „Viele von ihnen sind – wir sagen das ohne jeden Vorwurf – noch tief verstrickt in antikommunistische Vorbehalte" (Stellungnahme des SEW-Parteivorstands, nach „UZ", 12.5.). Man erklärt also wie gehabt die Probleme der SEW mit Alternativen, Neuer Linker usw. als Produkt antikommunistischer Verblendung – aber man nimmt den Verblendeten ihre Blindheit wirklich nicht übel, ehrlich. Wenn das kein Fortschritt ist ?! ... Ansonsten wertet die SEW das Ergebnis für die AL als Ausdruck von *„Unmut über die herrschenden Verhältnisse"* und von *„spontanem Aufbegehren".* Das eigene Ergebnis hält der SEW-Vorstand für *„unbefriedigend". „Es steht in keinem Verhältnis zu unserem bisherigen Kampf"* und zu den konstruktiven Vorschlägen der SEW. Scharfsinnige Schlußfolgerung des Parteivorstands: Es bedarf einer *„zielstrebigen und systematischen Massenarbeit aller Mitglieder".* So schlau war der Parteivorstand nach den letzten Wahlen allerdings auch schon gewesen. („UZ", 12.5.).

Auf dem 6. Parteitag der SEW, eine Woche nach der Wahl, kündigte der Parteivorsitzende Schmitt an, man wolle sich *„stärker der Jugend zuwenden"* und *„entschieden mehr Aufgeschlossenheit für die Jugend und ihre Probleme"* aufbringen; auch *„Berührungsängste"* möchte man überwinden. (nach „Neue", 19.5.).

Das könnte signalisieren, daß nun auch die SEW – dem Vorbild der bundesdeutschen DKP folgend – stärker auf „Öffnung" gegenüber den realen Bewegungen und der Neuen Linken setzt.

Vielleicht wird es dann wirklich weniger Billigpolemiken von der Sorte geben, mit der die SEW noch im Wahlkampf gegen die AL antrat: Die AL stimme zwar *„in verschiedenen Kritikpunkten mit der SEW überein"*; sie sage aber nur, wogegen sie ist, während sie über ihre positiven Ziele *„kaum"* Aussagen mache. Im Übrigen stünde die AL in vielen Fragen (genannt wurden die Haltung zur DDR, zur Sowjetunion und zum Berlin-Abkommen) „in nächster Nähe von CDU, SPD und FDP". (nach „UZ", 8.5.).

Westberliner Häuserkampf:

Die Kriminalisierungswelle rollt und rollt ...

Fast täglich finden zur Zeit vor dem Moabiter Amtsgericht Prozesse im Zusammenhang mit Hausbesetzungen statt. Wir wollen hier versuchen, einen Überblick über das Ausmaß der Kriminalisierung Westberliner Häuserkämpfer zu geben.

Noch am 2.12.80 fand der erste Prozeß im Zusammenhang mit der Besetzung und Räumung des Hauses Chamissoplatz 3 statt, der mit der vergleichsweise lächerlichen Geldstrafe von 400 DM endete.

Auch damals – im Juni '80 – war es bei der Räumung zu Auseinandersetzungen, freilich kleineren Ausmaßes, zwischen Sympathisanten der festgenommenen Besetzer und der Polizei gekommen. Trotzdem wurden unseres Wissens dreizehn weitere Verfahren in diesem Zusammenhang eingestellt – zugunsten der anlaufenden Prozeßwelle um die „Kreuzberger Festspiele" vom 12.12.80.

Die „Kreuzberger Festspiele" ...

Eindeutig wurden die Auseinandersetzungen vom 12.12.80 von der Polizei provoziert:
Das Haus Fränkelufer 48 wurde geräumt, andere besetzte Häuser durch massiv vorfahrende „Wannen" bedroht.



Der neueste „Gag" der Westberliner Polizei: Bei einer Durchsuchung eines besetzten Hauses waren die Bullen maskiert, in Zivil, mit Holzknüppeln bewaffnet, Armbinden „Schutzpolizei" gekennzeichnet, aufgetreten. Passanten wurden dadurch verunsichert und eingeschüchtert. Selbst sonst polizeifreundliche Zeitungen waren empört, Bürger hatten dafür kein Verständnis.

Nach durchaus glaubhaften Gerüchten war der Polizeieinsatz vom

Nach durchaus glaubhaften Gerüchten war der Polizeieinsatz vom Dezember '80 mit dem ehemaligen Senat nicht abgesprochen worden, sondern von der mittleren Polizeiebene in Szene gesetzt worden, die in Westberlin stark CDU-durchdrungen ist, um die damals sehr weit gediehenen Verhandlungen zwischen Besetzer und Senat zu torpedieren, wie dies auch von Anwälten in Prozessen um den 12.12. immer wieder betont wurde.

Nichts desto weniger verhalf die Militanz in den Straßen Kreuzbergs (etliche eingeworfene Fensterscheiben, Plünderungen von drei Geschäften, Straßenschlacht bis um 4.00 Uhr morgens) sowohl dem „Wohnungsproblem", als auch der Instandbesetzerbewegung zum Durchbruch.

In der Folgezeit wurden weitere ca. 160 Häuser besetzt. Ebenso verschärfte sich danach die Senatskrise (auch wegen der Garski-Affäre) soweit, daß der Stobbe-Senat abdanken mußte, und Neuwahlen angesetzt wurden.

Entgegen allem Gerede davon, daß „Gewalt nix bringt", war hier der lebendige Gegenbeweis erbracht worden, nämlich daß Gegengewalt, zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt, durchaus ein produktives Mittel linker Politik sein kann.

Nun war die Justiz am Zuge, diesen Erfolg zunichte zu machen:
Von Anfang an setzte die Staatsanwaltschaft und Teile der Richter voll auf Haftstrafe ohne Bewährung.

So waren trotz großen öffentlichen Drucks Weihnachten immer noch 5 Leute im Knast, danach wurden es wieder mehr: Haftverschonungen wurden aufgehoben, obwohl den Auflagen nachgekommen worden war. Die Bewegung wurde auf Trab gehalten, Justiz, Polizei und Senat ließen den Konflikt mit den Instandbesetzern eskalieren. Gerade im Januar und Februar gab es Auseinandersetzungen nach Urteilen, die die vom 12.12. weit in den Schatten stellten.

... und die Prozesse

Bereits am 29.1. war der erste Prozeß abgeschlossen. Mit abgesprochenen Aussagen – ein Beamter gab dies zu – wurden gleich vierzehn Monate ohne Bewährung verhängt, wegen „schwerem Landfriedensbruch", „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „gefährlicher Körperverletzung". Klar war, daß der Spielraum für die Richter in den folgenden Prozessen damit vorgegeben war: Haftstrafen ohne Bewährung waren angesagt! „Nachgewiesen" wurde in diesem Prozeß nichts anderes als zwei Steinwürfe, davon einer an ein Polizeifahrzeug, der andere soll einen Beamten an der Schulter getroffen haben (TSP, 30.1.81). Staatsanwalt Möllenbrock – bekannt aus Verfahren insbesondere im Zusammenhang mit der „Bewegung 2. Juni", ist auch in diesem Verfahren tätig. Für ihn sind die polizeilichen Belastungszeugen „ruhig, sachlich, vorurteilslos", die „Entlastungszeugen" aber einfach „schwach". Er fordert 21 Monate ohne Bewährung!

Schon im ersten Prozeß betonte die Staatsanwaltschaft, um was es geht: „Der Angeklagte habe die bewaffnete Auseinandersetzung ge-

sucht" (TSP, 30.1.81). Logisch, daß dieser und alle folgenden Prozesse

sucht" (TSP, 30.1.81). Logisch, daß dieser und alle folgenden Prozesse dann im „Sicherheitsbereich" des Moabiter Gerichts stattfinden (widerliche Kontrollen, Kopieren des Ausweises), der einmal eigens wegen in Westberlin anstehender „Terroristen-Prozesse" zur Festung ausgebaut wurde. Logisch dann, daß der nächste Schritt die Anwendung des § 129 auf Hausbesetzer ist, logisch, daß da „hart zugegriffen" werden muß. – Und prompt endet der zweite Prozeß mit 18 Monaten ohne Bewährung, obwohl hier der Schuldnachweis erheblich geringer ist: Eine Körperverletzung konnte nicht nachgewiesen werden. Tenor der Urteilsbegründung: „Nicht gut, dem Mob der Straße nachzugeben" (TSP, 5.2.81). Im dritten Prozeß gab es dann schon fest so etwas wie eine Sensation: ein Jahr zur Bewährung.

Gefordert waren erneut 18 Monate ohne Bewährung. Angesichts der Tatsache, daß ein Polizeibeamter lediglich eine „Wurfbewegung" der Angeklagten durch Tränengasschwaden hindurch gesehen haben will, hätte von Rechts wegen eigentlich freigesprochen werden müssen.

Doch bei jedem Urteil „zur Bewährung" müssen die „liberalen" Richter nun ihrerseits politisch argumentieren: „Man solle die ganze Angelegenheit nicht emotional hochputschen ... Die Politiker hätten ja seltsamerweise auch erst dann größere Anstrengungen in der Wohnungspolitik unternommen, als ‚das Kind schon in den Brunnen gefallen war' " („taz", 11.2.81).

In der Folgezeit endeten mehrere Prozesse mit Bewährungsstrafen von 9 - 12 Monaten. Die Staatsanwaltschaft hatte in allen Fällen Haftstrafen ohne Bewährung bis zu zwei Jahren gefordert.

Für die Beteiligung an derselben Demonstration wurde mal wegen schweren Landfriedensbruch verurteilt, mal wurde es gelassen. Ein Demonstrant wurde explizit lediglich wegen „schwerem Landfriedensbruch" zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt. Nach der Räumung des Fränkelufers Anfang April wurde dann ein absolutes Terrorurteil gegen Alfred gesprochen: 2 1/2 Jahre (selbstverständlich ohne Bewährung). Gefordert waren gar drei Jahre, für dieselben „Delikte", die im ersten Prozeß noch mit 14 Monaten bestraft, in anderen Prozessen zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Alfred hatte bereits acht Jahre seines Lebens im Knast verbracht, und so sah ihn die Justiz als geeignetes Opfer. Seit 1 1/2 Jahren war er „strafrechtlich nicht mehr in Erscheinung getreten", und obwohl er seine Knaststrafen wegen Eigentumsdelikten erhalten hatte, wurde im Prozeß mit seiner „Neigung zur Gewalt" argumentiert.

Die Abschreckungs- und Spaltungsstrategie mußte nach der Räumung der drei Häuser am Fränkelufer halt mal wieder herhalten.

Insgesamt wurden alleine bislang wegen der Dezemberunruhen sechs Jahre Haft ohne Bewährung ausgesprochen, und etwa noch einmal soviele zur Bewährung ausgesetzt. Dabei schwanken die Bewährungsstrafen zwischen neun und zwölf Monaten, und in keinem der zwölf uns bekannten Prozesse – wovon lediglich zwei mit Freispruch endeten – wurde eine ebenso mögliche Geldstrafe verhängt: Dem Ziel der Einschüchterung ist auch mit Bewährungsstrafen gedient. Bei einer erneuten Festnahme gibt es dann totsicher Knast.

Daß die Kriminalisierungswelle erst die Anfangsmarke der staatlichen Auseinandersetzung mit den Instandbesetzern bedeutet, wird daran deutlich, daß der „Joker" der Justiz, der § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung), zum Zeitpunkt der Kreuzberger Dezemberunruhen noch gar nicht ausgespielt war.

Der wurde Anfang Februar '81 wieder ausgegraben und seitdem wird fleißiger als je zuvor „ermittelt". Die ersten Haftbefehle nach § 129 sind bereits bei der Räumung des Herrenhuther Weges ausgesprochen worden.

Innensenator Dahrendorf (SPD) gab mittlerweile die ersten Zahlen zum Westberliner Kriminalisierungstango bekannt.

Stolz verkündete Dahrendorf Zahlen, die Nürnberg weit in den Schatten stellen: Danach seien insgesamt 367 Personen aus besetzten Häusern vorübergehend festgenommen worden. Gegen alle 367 Personen sei ein Ermittlungsverfahren nach § 129 eingeleitet worden. Weitere 110 Personen aus besetzten Häusern seien „überprüft" worden.

289 Personen seien im Zusammenhang mit Häuserkampf-Demonstra-

Personen aus besetzten Häusern seien „überprüft" worden.

289 Personen seien im Zusammenhang mit Häuserkampf-Demonstra-tionen auf der Straße festgenommen worden. Es ist davon auszugehen, daß gegen alle ein Verfahren wegen „Landfriedensbruch" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" eingeleitet ist.

35 Haftbefehle mit Haftverschonung seien ausgestellt, 30 Personen seien im Zusammenhang mit dem Häuserkampf im Knast (nach Angaben des Ermittlungsausschusses dürften die Zahlen eher zu niedrig als zu hoch liegen).

Da – ebenfalls laut Dahrendorf – von den mittlerweile 165 besetzten Häusern „erst" 22 durchsucht und 13 geräumt, sechs von Besetzern „freiwillig" verlassen wurden, als die Polizei davor stand, kann man sich leicht ausrechnen, welches Ausmaß an Kriminalisierung erst in Zukunft ansteht, wenn der CDU-Senat im Sattel sitzt, was ohne Zweifel Polizei und Justiz weiteren Auftrieb verschaffen wird.

Angesichts der Tatsache, daß niemand anderes als die Kapitalisten, der Senat und die Justiz die Verantwortung für die Zuspitzung der Situation in Westberlin tragen, halten wir die Forderung nach Amnestie und Einstellung aller Strafverfahren, wie sie bis hinein in Gewerkschafts-, Kirchen- und Professorenkreise vertreten wird, für die einzige Möglichkeit, gegen die Kriminalisierung etwas anzusetzen. Einen solchen Gesetzesvorschlag wird die AL im Westberliner Abgeordneten-Haus einbringen. Dazu allerdings ist es unbedingt notwendig, daß auch außerhalb des Parlaments neue Aktivitäten gegen die Kriminalisierung entfaltet werden.
- **Hände weg von besetzten Häusern**
- **Amnestie für alle Häuserkämpfer**
- **Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren**
- **Keine Kriminalisierung der Hausbesetzer nach § 129**

Antirepressionskommission
KB Westberlin

Polizeikrawalle in Göttingen

Am Mittwoch, den 6. Mai 81, wurden in Göttingen um die Mittagszeit zwei Häuser besetzt. Das eine, Weender Landstr. 15, gehörte bis vor kurzem der Stadt, die es an eine Motorradfirma verkaufte.

Die Besetzung sollte den drohenden Abriß des Hauses verhindern.

Das andere, Goßlerstr. 17/17a, im Besitz der Universität, wurde vom Senat der Uni bereits im Januar 1978 dem Studentenwerk als Wohnraum versprochen. Die Besetzung sollte das seitdem laufende Bewilligungsverfahren für die Renovierungsgelder beschleunigen.

Das Studentenwerk stellte gleichlautende Interessen mit den Besetzern der Goßlerstr. fest, die Häuser wurden aufgeräumt, vom Schutt befreit, erste Renovierungsarbeiten von den Instandbesetzern bereits aufgenommen.

Gegen 15 Uhr stand die geballte Ordnungsmacht vor den Türen der Weender Landstr. Die Besetzer hatten in weiser Voraussicht das Haus vor Anrücken der Streitkräfte verlassen. Trotz des eindeutig friedlichen Verhaltens der Demonstranten starteten die Bullen einige Ausfälle. Eine Frau wurde festgenommen, eine andere von einem aufgehetzten Bullenköter gebissen. Einige Demonstranten (darunter der Megaphon-Sprecher) wurden mehrere hundert Meter von Greiftrupps über das angrenzende Campusgebiet verfolgt.

Gleichzeitig mit dem Polizeieinsatz begann die sofortige Unbewohnbarmachung des Hauses, obwohl noch keine Abrißgenehmigung erteilt worden ist! Die letzten noch heilen sanitären Anlagen wurden zerstört und die Fenster zerschlagen: Das Haus wurde „geschützt" vor neuerlicher Besetzung.

Nach einer VV in der Goßlerstr. standen auch dort die Bullen vor der Tür. Sich auf dem Uniparkplatz sammelnde Demonstranten wurden augenblicklich mit Tränengasgranaten auseinandergetrieben. Das Haus wurde geräumt, die offizielle Version lautet Durchsuchung, da „Gefahr im Verzug" sei.

Doch damit nicht genug. Die Bullen begannen danach mit einer Großrazzia in der ehemaligen Inneren Medizin, die seit Monaten teilweise illegal, teilweise mit Duldung der Universität bewohnt bzw. besetzt ist. Dies geschah ohne Durchsuchungsbefehl, ebenfalls mit der Begründung einer „Gefahr im Verzuge".

Das Gelände um die Innere wurde großflächig abgesperrt. Es waren mittlerweile ca. 300 – 400 Leute versammelt. Drinnen wurden Türen eingeschlagen, Schlösser ausgesägt, das Haus verwüstet.

Kriminalisierungsversuche

Welchen Zweck verfolgte dieses schaurige Bullenspektakel? Schon seit einiger Zeit versuchen maßgebliche Kreise aus Hausbesetzern eine „kriminelle Vereinigung" zu machen. Nichts eignet sich dazu besser als schröckliche „Waffenfunde", wobei es völlig egal ist, ob und welche „Waffen" tatsächlich gefunden werden. Der Erfolg einer solchen Aktion steht von vornherein fest, zumal wenn sie ohne Öffentlichkeit und ohne Rechtsanwalt stattfindet. Sozusagen „nebenbei" erhielt die Staatsanwaltschaft alle Personalien der „illegalen" Bewohner der Inneren Medizin. Die Presse berichtet über solche Aktionen jeweils so, wie es ihr befohlen wird. Die Lokalgazette „Göttinger Tageblatt" wußte am anderen Tag von *„schweren Auseinandersetzungen"* zu berichten, die nachweislich nicht stattgefunden haben. Da ist die Rede von „Stahlkugeln und Knappkörpern", die auf Bullen abgeschossen worden wären. Und am nächsten Tag führte Mogwitz, der Göttinger Polizeichef im „GT" seine kleine „Modenschau" der erbeuteten „Waffen" vor. „Schlagwaffen" aus Holz, Metall und Kabelenden, Radios, Zimmermannshämmer, Feuerlöscher, Fahrradketten und andere Haushaltsgegenstände wurden vorgeführt. Nach Oberstaatsanwalt Kutzer *„alles unmißverständliche Hinweise, daß aus der besetzten Klinik Straftaten erfolgt sein müssen"*.

Jetzt ist schon die Rede von neuen verletzten Bullen. Auch die offizielle Version der „Gefahr im Verzuge" ist durchaus unglaubwürdig. Genau kalkuliert liegt diese als „spontan" ausgegebene Großaktion im Vorfeld der zu erwartenden Auseinandersetzungen Ende Mai, wenn die Mietverträge für die „legalen" Bewohner der Inneren auslaufen. Die Uni hat ihren festen Willen bekundet, das Gebäude räumen und für Institutszwecke umbauen zu lassen. Ministerpräsident Albrecht hatte laut „Neue" vom 6.5.81 auf einer Pressekonferenz in Westberlin angekündigt, *„daß er die baldige Räumung der letzten beiden in Niedersachsen besetzten Häuser – eine Fabrik in Oldenburg und ein Wohnhaus in Göttingen – veranlaßt habe."* Das einzige zu dieser Zeit besetzte Haus in Göttingen war die Innere Medizin.

KB-Gruppe Göttingen

Großrazzia gegen »Hausbesetzerzentrale«

Freiburg: 150 Bullen stürmten am Morgen des 14.5. den Buchladen Jos Fritz, das Büro der „TAZ" (im selben Haus), vier Wohnungen der Buchhändler und zwei weitere Wohnungen. Beschlagnahmt wurden säckeweise Papier (Bücher, Broschüren, vor allem aber Adress- und Tagebücher, Briefe und persönliche Aufzeichnungen), ein Farbei, ein Hammer („Schlagwerkzeug, das sich zum Einschlagen von Scheiben eignet" – Originalton „Badische Zeitung") und zwei abgesägte Parkuhren, von denen keiner weiß, wie sie in den Buchladen gekommen sein könnten (die Bullen waren dort gut eine Stunde lang ohne Zeugen tätig...).

Grundlage für die Aktion, an der Mitglieder der „Sonderkommission Schwarzwaldhof" des LKA und der Staatsschutz-Staatsanwalt Griesbaum aus Karlsruhe beteiligt waren, war ein Durchsuchungsbefehl im Ermittlungsverfahren gegen die „kriminelle Vereinigung" Schwarzwaldhof. Darin hieß es: *„Die ‚Politische Buchhandlung' ist für die Freiburger Hausbesetzerszene Informations- und Kommunikationszentrale. Als Schaltstelle des ‚Häuserrats' werden Einsätze, Aktionen und Gewalttätigkeiten geplant und koordiniert, wobei dort tätige Personen in Arbeitsteilung maßgeblich mitwirken."* Hinzugefügt werden muß, daß von den Durchsuchungen auch alle Mitbewohner betroffen waren, und dies alles vor dem Hintergrund, daß weder gegen den Buchladen noch gegen die einzelnen Leute auch nur ein Ermittlungsverfahren läuft. Offenbar ging es bei der ganzen Aktion weniger darum, „Unterlagen über strafbare Betätigungen der Hausbesetzerszene" (Durchsuchungsbefehl) zu finden (in dieser Hinsicht war die Aktion ja auch ein Schlag ins Wasser), als vielmehr um die Zerstörung einer Kommunikationsstelle der Freiburger Initiativen.

Gleichzeitig gehen die „Ermittlungen" mit großem technischen Einsatz (großangelegte Observationen, Richtmikrofone und Nachtsichtgeräte, breite Telefonüberwachung) weiter. Ein Ergebnis war die Verhaftung von Günter, der auf einem Waldspaziergang von 20-30 Zivilbullen eingekreist und festgenommen wurde. Seitdem sitzt er ebenfalls in U-Haft in Karlsruhe und soll offenbar als „Anführer" der „kriminellen Vereinigung" aufgebaut werden.

Schwarzwaldhof abgerissen

Nachdem er über zwei Monate von Bullen besetzt worden war, und nachdem die letzten (legalen) Altmieter vertrieben worden waren, wurde der größte Teil des Schwarzwaldhofes in einer Nacht- und Nebelaktion dem Erdboden gleichgemacht und die übriggebliebenen Gebäude(-teile) zugemauert.

Noch am selben Abend demonstrierten 3 - 4 000 Menschen, begleitet von einem riesigen Polizeiaufgebot. Für den in Münster beschlossenen bundesweiten Aktionstag am 26. Mai ist eine Demonstration geplant, die sich allgemeiner mit Mieterproblemen befaßt.

Ein Genosse aus Freiburg

Erstes Haus in Lüneburg besetzt



Am 15.5. wurden nun auch in Lüneburg Hausbesetzer aktiv. Ein zum Abriß freigegebenes Altstadthaus, das einem profitträchtigen Appartementbau weichen soll, wurde für vier Tage instandbesetzt, bis die kleinen grünen Männchen diesem Treiben ein Ende machten.

Lünebürgs Innenstadt wird mit Billigung der Politiker systematisch entvölkert: Wohnten 1960 noch 16.000 Menschen in der Innenstadt, so waren es 1979 nur noch 5.700, weil billiger Wohnraum zugunsten von Gewerbe- und Verkehrsflächen verspekuliert wird. Infolgedessen ist die Wohnungsnot bei sozial Schwachen enorm groß!

Vor diesem Hintergrund wurde die erste Instandtbesetzung in Lüneburg natürlich zum

Stadtgespräch Nr.1

Lüneburger Landeszeitung, die "Blätter" aus dem Landkreis, zwei Schülerzeitungen, DPA, "Hamburger Morgenpost", "Bild", "Welt", "TAZ" veröffentlichten jeweils längere oder kürzere Artikel mit z.T. recht wohlwollendem Inhalt. Während einer zufällig live aus Lüneburg gesendeten "NDR von 9 bis halb 1"-Sendung konnten wir von der Instandbesetzung berichten. Befragte Passanten äußerten sich zustimmend bis euphorisch ("Nächstes Mal bin ich auch dabei, mein Haus soll auch abgerissen werden", "Es müßten auch alte Leute mitbesetzen, die haben allen Grund dazu").

Die Grünen ließen sich entgegen ihrem kommunalpolitischen Anspruch während der Besetzung weder hören noch sehen. DKP und SDAJ solidarisierten sich mit drei eigenen Flugblättern.

Schwerpunkt aber war unsere Öffentlichkeitsarbeit in der Lüneburger Bevölkerung. In drei Flugblättern und zwei Petitionen mit ca. 4.700 Auflage, die jeweils in Minutenschnelle verteilt waren, machten wir auf die Situation aufmerksam. Eine Unterschriftenliste zur Solidarisierung mit der Besetzung brachte 580 Unterzeichner, eine Spendensammlung konnten wir erfolgreich durchführen.

Was uns am meisten freute, war die zustimmende Reaktion der Nachbarn. Es fanden nicht nur Farben, Leitern, Bettzeug, ja sogar Backbleche mit ofenfrischer Pizza ihren Weg zu uns, sondern auch ein nicht abreißender Besucherstrom: Nachbarn, drei Baby- und Kindergruppen, eine Hauptschulklasse nebst Lehrern, Freaks, besorgte Eltern usw. wollten sich selbst davon überzeugen, was Instandbesetzen heißt.

Politiker bleibt Politiker ...

Am 4.Besetzungstag besuchten wir die Herren Politiker. Wir zogen in eine öffentliche Stadtratssitzung und legten eine Petition vor, u.a. mit den Forderungen nach Zurücknahme der Abrißgenehmigung und für die Gewährung von Mietverträgen.

Bürgermeister und Oberstadtdirektor lehnten eine Stellungnahme in der Ratssitzung ab, sicherten ihre Diskussionsbereitschaft zu und wollten die Sache angeblich drei Tage später auf einer weiteren Ratssitzung erörtern. Sie sprachen sich "gegen eine Lösung mit dem Polizeiknüppel" aus. Daß dies nur ein taktisches Verständnis sein konnte, hätte uns gerade bei dieser Sitzung auffallen müssen, in der die Vernichtung von 32 Wohnungen in der Innenstadt zugunsten eines Riesenkaufhauses durchgesetzt werden sollte.

... Bulle bleibt Bulle

Aufgrund der Zusicherung der 'Bürgerväter' glaubten wir an eine Galgenfrist für die nächsten Tage, einige wollten nachts nicht einmal mehr Wachen aufstellen ...

Wie falsch wir mit dieser Einschätzung lagen, bekamen wir im Morgengrauen zu spüren: Gegen 5 Uhr versammelten sich ca. 60 grüne Männchen und Zivile mit Knüppeln, Hunden, ED-Wagen und Kameras, um die Räumung vorzunehmen. Unsere Verhandlungsdelegation erreichte zwar einen halbstündigen Aufschub, aber der Einsatzleiter bestand auf Feststellung der Personalien. Die ca. 40 Besetzer einigten sich darauf, nach der letzten Aufforderung geschlossen zu gehen, mit Personalienabgabe. Nachdem durch lautstarken Gesang und Pfeifenkonzert die Nachbarn geweckt worden waren, zogen wir auf den Hof. Hier wurden wir mit einer ED-Behandlung überrascht, bei der auch die Fingerabdrücke abgenommen wurden. Passanten mußten sich ausweisen, ihre Papiere wurden fotokopiert, Nachbarn wurden überprüft. Die Hauseigentümer hatten Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung gegen uns gestellt.

Nach der Räumung zogen wir zum Marktplatz, errichteten Zelte als Symbol für fehlenden Wohnraum und informierten die anwesenden Lüneburger. Empörung über die Räumung und Zustimmung zur Instandbesetzung kennzeichneten auch hier wieder die Stimmung großer Teile der Bevölkerung.

Nächstes Mal sind wir noch klüger

Unser erklärtes Ziel, mit der Besetzung die Öffentlichkeit auf die Wohnungsmisere in Lüneburg aufmerksam zu machen, haben wir weitgehend erreicht. Das solidarische Verhalten unter den Besetzern, die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn und die breite Zustimmung bei der Bevölkerung waren weitere Erfolge.

Selbstkritisch muß gesagt werden, daß es eine rechtzeitige Diskussion über mögliche Widerstandsformen im Falle der Räumung nicht gegeben hat. So standen wir zur Stunde der Räumung der Polizeigewalt recht hilflos gegenüber und ließen auch die ED-Behandlung mehr oder weniger ohne Protest über uns ergehen.

Auch war es ein Fehler, der Doppelzüngigkeit von Bürgermeister und Stadtdirektor auf den Leim zu gehen, die sich auf der einen Seite zwar angeblich für eine friedliche Lösung einsetzten – für den "Dialog mit der Jugend" – sich aber für die Schritte der Polizei nicht verantwortlich erklärten und wenig unternahmen, die Räumung zu verhindern.

Sowas wird nicht nochmal passieren, die Herren haben uns die Illusionen genommen.

G., KB-Lüneburg & B., freischwebender Sympatisant

Aktuell – Meldung aus Lüneburg

Auf einer öffentlichen Ratssitzung lösten zwei Powerauftritte der Instandbesetzer tumultartige Szenen und eine Sitzungsunterbrechung aus.

Verstörte, beschwichtigende oder wütende Ratsherren und -frauen sowie schwitzende Bürgermeister lehnten in ihrer uneinsichtigen Art eine Verlesung und Diskussion unserer Petition ab. Die Verlesung nahmen wir per Megafon selber vor!

Dabei fanden unsere Forderungen in der Lüneburger Landeszeitung Gehör und wurden kommentarlos abgedruckt.

G. & B.

"Marmor, Stein und Eisen bricht,
aber unser Widerstand nicht!
Alles, alles geht vorbei,
doch wir besetzen neu!"

Aktion »schneller Wohnen« oder »2 Jahre Schimpf und Schande«

In der Nacht zum 6. Mai besetzten ca. zwei- bis dreihundert Jugendliche das Schimpfeck. Sie wurden von einer zeitweise 400 köpfigen Menschenmenge unterstützt, die sich auf der Straße vor dem Haus versammelte und für die notwendige öffentliche Sicherheit sorgte. Kurz nachdem die ersten Transparente wie „Stoppt die Zweckentfremdung hier und jetzt", „Schneller Wohnen", „Immer heiter, der Häuserkampf geht weiter" das Schimpfgebäude schmückten, kam die erste Solidaritätsbekundung von Bewohnern des gegenüberliegenden Hauses: Sie hängten ein Bettlaken mit der Aufschrift „So isch's recht!" zum Fenster raus. In einer vorgefertigten Presseerklärung wurde die Aktion begründet: *„Der Schimpf wurde von der Stadt aufgekauft, um für eine mörderische Stadtautobahn abgerissen zu werden. Nachdem der Abriß durch Bürgerprotest verhindert werden konnte, stand der sofortigen Nutzung des Schimpf als Wohnraum nichts im Wege. Nichtsdestotrotz steht er seit etwa 2 Jahren leer. Ein geplanter Umbau in ein Studentenwohnheim scheiterte aus finanziellen Gründen. Um eine weitere Zweckentfremdung oder ein Leerstehen des Gebäudes zu verhindern, haben wir den Schimpf besetzt."*

Die Besetzer/innen forderten, so schnell wie möglich und direkt mit dem OB über Mietverträge sprechen zu können. Doch Verhandlungen gab es diesmal nicht (mehr). Bereits unmittelbar nach der Besetzung ordnete der OB unter Umgehung des Gemeinderats die Räumung an; Vermittlungsversuche eines SPD'lers stießen auf taube Ohren.

Im Morgengrauen schließlich wird der Schimpf von 2 Hundertschaften Polizei unter Anwendung von Gewalt geräumt. Auf einer VV hatten sich die Besetzer geeinigt, dem Räumkommandos gegenüber passiven Widerstand zu leisten. Was dann geschah, hat mit einer „friedlichen Räumung" allerdings nichts zu tun. Auf brutale Weise wurden Besetzer mit Fußtritten und Knüppelhieben angegriffen, an den Haaren hochgerissen und zur Personalienfeststellung geschleift. Einzelne wurden in leere Zimmer gezerrt und von Polizisten verprügelt.



Auch das Vorgehen gegenüber den vor dem Haus versammelten Leuten war von Provokationen der Polizei geprägt. Der Verkehr wurde gesperrt, der ganze Platz umstellt. Ein Beleuchtungswagen tauchte den Platz in gleißendes Licht, von überall her wurde geblitzt, Kameras surrten, 2 Videoteams der Polizei filmten jede Einzelheit. Eine Bullenkette versuchte, die vor dem Eingang Versammelten zurückzudrängen. Diese jedoch hatten auch Ketten gebildet und wichen nicht zurück. Schließlich wurden an ein paar Stellen Polizeiknüppel geschwungen und mit Schildern auf die Menge eingeschlagen. Die Besetzer, die sich im Haus befunden hatten, mußten einzeln durch ein Polizeispalier laufen, bei 26 von ihnen wurden die Personalien festgestellt, 4 wurden vorübergehend festgenommen.

Zu denken an der ganzen Aktion gibt einem die Tatsache, daß bei der Schimpfräumung friedliche Lösungen, wie sie sicherlich möglich gewesen wären, nicht einmal mehr angestrebt wurden. Die Eskalation der Gewalt von staatlicher Seite aus wurde hier bewußt betrieben. Die Vermutung, daß die Aktion der Kriminalisierung der Tübinger Häuserkampfbewegung dienen sollte, wird auch gestützt von den wirklich extrem auffallenden Filmaufnahmen der Videoteams und der taghellen Beleuchtung vor Ort. Selbst wenn die Stadt keine Strafanzeigen gegen die 26 ED-Behandelten stellt, hat man bei dieser Aktion sicherlich reichhaltiges Material zusammen, mit dem sich – etwa gemeinsam mit Material aus zuvor stattgefundenen Besetzungsaktionen – auch Konstruktionen im Sinn des § 129 basteln lassen.

Lange Nächte in Tübingen

Eine wichtige Rolle in der Häuserkampfbewegung spielt der „Kommunale AK Schöner Wohnen", in dem verschiedene Gruppen anläßlich der katastrophalen Wohnungsnot zusammenarbeiten. So wurde die Schimpfbesetzung über die linke Szene hinaus von der AL und DKP, die 7 bzw. 3 Sitze im Gemeinderat haben, unterstützt. In den folgenden Tagen bot sich in Tübingen das Bild einer belagerten Stadt: Auch am hellichten Tage patroullieren Polizeistreifen in der ganzen Stadt, zogen SEK'ler in voller Kampfmontur zwischen spielenden Kindern auf dem Marktplatz ihre Runden. Wenn aber im Gemeinderat von *„Terrorismus die Rede war, war damit keineswegs dieser Terror in grün gemeint; nein, gemeint waren die Aktionen der Hausbesetzer, über die ein Abgeordneter öffentlich sagte, daß der Nazi-Studentenbund 1933 harmlos gewesen sei im Vergleich zu diesem ‚Terrorismus'"* (Karrer, UFW, nach einem Flugblatt der AL).

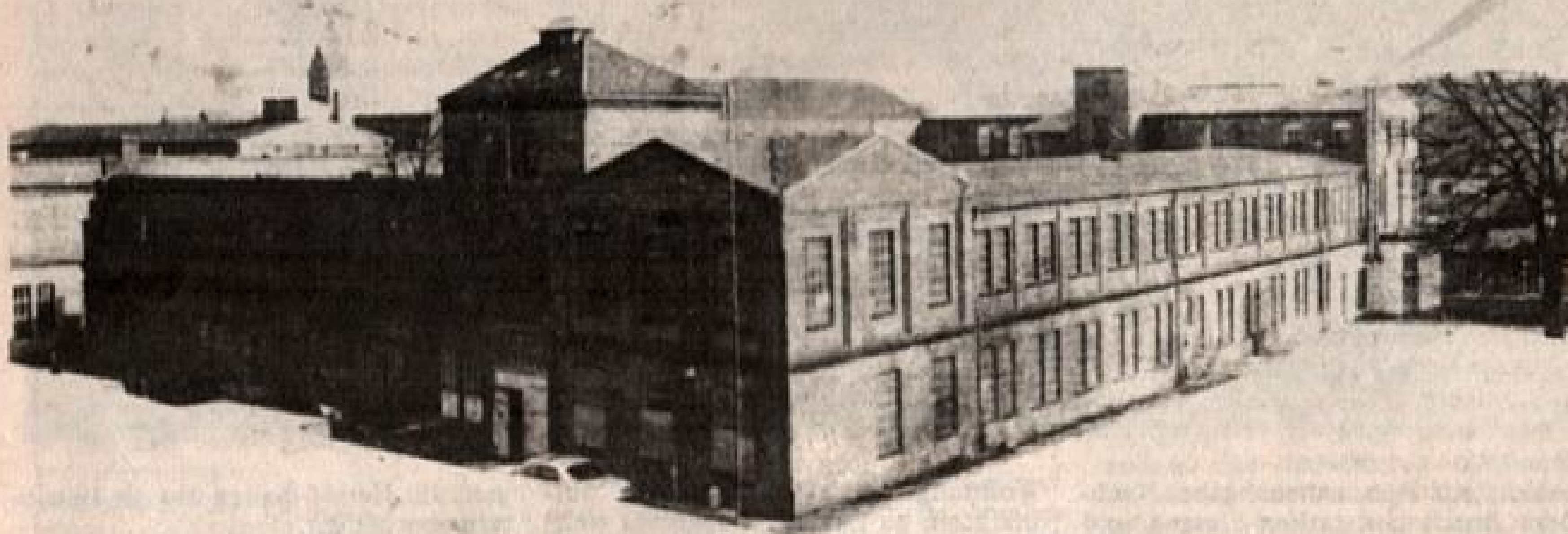
Wie sah dieser „Terrorismus" aus? Am Tag der Räumung noch fand eine Demo mit 800 Teilnehmern statt. Obwohl es just an diesem Nachmittag in Strömen regnete, rissen Sprechchöre wie „OB Schmidt, wir kommen; wenns sein muß, auch geschwommen" auch die letzten Wasserscheuen mit. Die Demonstranten zogen zum Rathaus und forderten den OB Schmidt auf, sich dem Dialog mit der Jugend zu stellen. Nachdem dies seinerseits abgelehnt worden war, zog man mit den Rufen „Schimpf für uns – Schande für Schmidt" und „Wir kommen wieder" weiter. Noch in derselben Nacht fand ein Treffen auf dem Hozmarkt statt, auf dem über die Räumung berichtet wurde. Es wurde die Parole ausgegeben: „Beschäftigt die Polizei"! An den darauffolgenden „Spaziergängen durch die Stadt" beteiligten sich erstaunlich viele; überall in der Stadt stürmten plötzlich Gruppen von Leuten lärmend durch die Gassen, warfen Mülleimer um, spielten mit Blechdosen Fußball ... Später fand noch eine Verkehrsblockade statt. Ähnliches am nächsten Abend: Eine spontane Demo legte wiederum den Verkehr lahm.

Gen. aus Tübingen

Eröffnung der »Kulturfabrik Hemelingen« und weitere Besetzungen

Nach den zwei Erfolgen vom April (Bremen-Nord und Frankfurter Str.) gelang im Arbeiterbezirk Hemelingen am Samstag, den 9.5., der große Wurf: Im Anschluß an einen Kulturumzug durch das Viertel, an dem sich 300 Leute bunt und phantasievoll unter dem Motto „Hemelingen lebt" sowie dem Grünen Bürgerschaftsabgeordneten Peter Willers schälte sich ein interessanter politischer Hintergrund heraus: Die Kultur- und Freizeit-Arbeitsgemeinschaft Hemelingen (KUFAG), aus der ein Teil der Besetzer stammt, bemüht sich seit über einem Jahr vergebens um ein Kultur- öffentlichen Mitteln bezahlen lassen. Dafür verspricht man den Erhalt von 600 Arbeitsplätzen. Ein fadenscheiniges Argument, wo doch ganz klar Rationalisierung angesagt ist!

Momentan ist mit einer Räumung also wohl nicht zu rechnen. Wenn allerdings die benachbarte Silberwaren-



beteiligten, drangen 70 Beherzte in die ehemalige Maschinenfabrik Cordes & Sluiter in der Hemelinger Bahnhofstraße ein und begannen sofort mit der Renovierung.

Die Bullen waren noch kurz zuvor, während die Demo an dem Gebäude vorbeizog, massiv aufgefahren und hatten bereits innerhalb der Fabrik Nebeltöpfe oder Tränengaspatronen gezündet, was als beißender Qualm nach draußen drang! Sie zogen dann aber ganz plötzlich ab und tauchten erst kurz nach der Besetzung wieder auf, wobei sie eine drohenden Haltung einnahmen. Erst als sie sich davon überzeugt hatten, daß der besetzte Teil des Fabrikgeländes ausschließlich dem städtischen Liegenschaftsamt gehört, erklärten sie die ganze Sache als Angelegenheit, die zwischen der Stadt und den Besetzern zu regeln sei und zogen vorläufig ab.

Nach einigen Vollversammlungen, einem politischen Frühschoppen und einer öffentlichen Einwohnerversammlung mit Kommunalpolitikern und Bürgerhaus in diesem am stärksten industrialisierten Stadtteil Bremens. 1979 stimmte der Senat der Erweiterung von Daimler-Benz in Hemelingen zu, die er bis heute mit ca. 425 Mio DM subventioniert hat.

Der Beirat des Stadtteils Hemelingen stimmte der Erweiterung nur zu unter dem Vorbehalt einer gewissen „Wiedergutmachung" zu: mehr Grün, mehr soziale Einrichtungen, Verkehrsberuhigung wurden gefordert und auch die Forderung nach einem Bürgerhaus wurde erhoben.

Die Stadt stellte daraufhin für einen Teil dieser Forderungen auch Mittel zur Verfügung, die aber im Laufe der Zeit ausgerechnet für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zweckentfremdet ausgegeben wurden!

Z.Zt. verhandelt die Stadt mit der Silberwarenfabrik Wilkens über den Ankauf des gesamten Areals, auf dem auch die Kulturfabrik liegt. Wilkens will sich einen Neubau und die Modernisierung seiner veralteten Produktionsanlagen mit 8 Mio DM aus fabrik sich zum Kauf entschließt, wird es kritisch. Dann wird eine Räumungsklage auf die Besetzer zukommen. Mittlerweile haben sich auch SPD/CDU/FDP unter dem Stichwort „Arbeitsplätze sichern" für die weitere Industrialisierung Hemelingens ausgesprochen.

Die Besetzer haben jedoch vorgebeugt: Inzwischen gibt es mehrere feste Gruppen im Haus (Schwule, Fotofreunde, Eltern...), fast täglich finden kleine Veranstaltungen statt, immer mehr Solidaritätsadressen trudeln ein, jeden Abend sind 200 bis 300 Leute da. Am Samstag, den 30. Mai, wird eine Solidaritätsdemo in der Innenstadt durchgeführt, anschließend organisiert die Elterngruppe unter dem Motto „Der Kinder wegen" ein großes Kinderfest zum Mitmachen. Und für den 5. Juni hat sich Bürgermeister Koschnik zu einer Diskussion in der besetzten Fabrik angesagt!

Ehe die KUltur-FABrik-Hemelingen (KUFAB) zu einem Anziehungspunkt sowohl für die linke und alternative Bewegung als auch für die anwohnende Bevölkerung wird, sind noch einige Hürden zu nehmen. Dabei spielen insbesondere die noch nicht vergessenen schlechten Erfahrungen mit dem Kampf um den ehemaligen „Schlachthof" eine Rolle. Ein Teil der damaligen Besetzer aus dem DKP-Spektrum hatte nach und nach die Führung an sich gebracht und sich dem Senat als honoriger Verhandlungspartner angeboten. Schließlich kam es zu einem Kuhhandel: Der Rest der Besetzer, organisiert im „KUlturzentrum SCHlachthof e.V." (Eingeweihte sprechen seitdem nur noch von der KUSCH e.V.), ließ sich mit einer kleinen Ecke des gesamten Komplexes abspeisen und errichtete dort ihre staatlich subventionierte Spielwiese. Die große Fleischmarkthalle, um die jahrelang gekämpft worden war, wurde in einer Nacht- und Nebel-Aktion dem Erdboden gleichgemacht. Ausführlich sind die Geschichte des Kampfes und die Abriß-Aktion nachzulesen in AK 181 und 183.

Damit der KUFAB nicht ein ähnliches Schicksal droht, finden neben den öffentlichen Aktionen intensive Diskussionen auf den VV's statt: Soll die KUFAG, die in der Vergangenheit unbestreitbar eine vorwärtstreibende Rolle gespielt hat, nun auch in der Kulturfabrik „die Zügel demokratisch in der Hand halten", wie es schon gefordert wurde? Bisher sieht es allerdings praktisch so aus, daß die Vollversammlung der aktiven Besetzer die Entscheidungen trifft.

Was noch aussteht, ist ein groß angelegtes Besetzerfest zur Einweihung und weiteren Bekanntmachung der laufenden Arbeit und vor allem der ungeheuren Möglichkeiten, die die KUFAB für aktive Gruppen bietet (sie hat insgesamt ca. 4.000 m^2 Nutzfläche plus Innenhof, davon allein vier Hallen zwischen 300 und 1.700 m^2 (!) sowie ca. 800 m^2 bezugsfertige(!) Räume).

Ermutigt durch den vorläufigen Erfolg in Hemelingen fanden ein paar Tage daraufhin mindestens zwei weitere Besetzungen im Ostertor-Viertel statt, und zwar Am Schwarzen Meer 19 sowie Fedelhören 51 (inzwischen allerdings wieder geräumt).

Ein Genosse aus Bremen

Straßenfest von Polizei auseinandergeprügelt

Schon seit längerem fehlt in Heidelberg ein Kultur- und Begegnungszentrum, besonders nach der Räumung und Schließung des Collegium Academicum (CA), in dem früher ein reges kulturelles Leben herrschte und das für viele Anlauf- und Treffpunkt war.

Seitdem hat sich die Raum- und Materialsituation in Heidelberg ständig verschlechtert, was vielen Gruppen die Arbeit schwierig macht.

Um die Forderung nach einem Kommunikationszentrum zu unterstützen und zu verbreiten, wurde am Freitag, den 15. Mai, auf dem Uni-Platz an der Idiotenrennbahn (= Fußgängerzone) Heidelbergs ein (nicht genehmigtes) Fest veranstaltet.

Ab 20 Uhr versammelten sich mehrere hundert Leute auf dem Uniplatz. Bongos, Gitarren etc. wurden gespielt, obwohl laut Polizeiverordnung Straßenmusik ab 19 Uhr verboten ist. Dies war dann auch der Grund dafür, daß die Polizei sogleich zahlreich erschien, sich aber nach einigen Drohungen wieder zurückzog. (Es waren wohl noch zuviel Menschen, darunter harmlose Kneipengänger, die bei einer Räumung hätten verprügelt werden müssen.) Aber vor ihrem Abzug riß die Polizei provokativ alle aufgehängten Transparente runter.

Das Fest ging weiter bis ungefähr 23.30. Einige Leute machten zu diesem Zeitpunkt ein kleines Feuer aus herumliegenden Papier an, was augenscheinlich die Polizei so ärgerte, daß sie gleich mit drei Hundertschaften anrückte. Die Menschen zogen sich verängstigt zurück, die Musik verstummte. Nach einer Warnung der Polizeiführung schlugen die Beamten mit den Langstöcken rythmisch auf die Schilder und liefen los. Bei der folgenden Flucht stürzten einige, etwa 20 Menschen wurden durch den brutalen Polizeiüberfall verletzt. Es gab unter den Festteilnehmern einige Handgreiflichkeiten, als Flaschenwerfer in ihrer Tätigkeit behindert wurden.

Die folgenden Geplänkel zogen sich über zwei Stunden hin, wobei einige Scheiben zerstört sowie Polizeiwagen und Polizisten farblich aufgelockert wurden. Die massiv vertretenen Spitzel und Zivilen versuchten, in einem für Heidelberg außergewöhnlichem Maß zu provozieren (Pflastersteinverteilung) und machten mit Greiftrupps die meisten der 7 vorläufigen Festnahmen.

Der brutale Polizeieinsatz wurde am Montag von der Lokalpresse abgesegnet (wie üblich).

St. aus Heidelberg

verprügelt werden müssen.) Aber vor ihrem Abzug riß die Polizei provokativ alle aufgehängten Transparente runter.

am Montag von der Lokalpresse abgesegnet (wie üblich).

St. aus Heidelberg

Häuserkampf in Düsseldorf

Häuserkampf in Düsseldorf

Die Instandbesetzerbewegung in Düsseldorf hat seit der Besetzung des autonomen Stadtteilzentrum Volmerswertherstr. 41 im Februar einen enormen Aufschwung erlebt. Seitdem fanden elf Instandbesetzungen statt, zwei Häuser wurden wieder geräumt. Im folgenden ein Überblick über die Ereignisse der letzten Wochen.

Am 6.5. besetzten Studenten das seit vier Jahren leerstehende Haus Christophstr. 4. Die Kirchengemeinde St. Suitbertus wollte das Haus an einen Privatmann verkaufen. Die Stadt machte jedoch ihr Vorkaufsrecht geltend, weil ihr plötzlich einfiel, daß sie hier die Wendeschleife einer Straßenbahnlinie verlegen will und dazu müßte das Haus abgerissen werden. Seit 1979 streiten sich Stadt und Kirchengemeinde vor dem Verwaltungsgericht, während das Haus zu verfallen drohte („WZ", 7.6.).

* * *

Einen Monat, nachdem Instandbesetzer/innen die Forderung der BI „Rettet Bilk" nach Zwangsbelegung der vom Abriß bedrohten Häuser Neußer Str. 71 - 81 teilweise in die Tat umgesetzt hatten, wurden weitere Wohnungen zwangsbelegt. Nach dem Haus Nr. 77 dessen Anbau sowie die bereits entmieteten Wohnungen des Hauses Nr. 75. Anfang Mai hat der Besitzer, der Architekt Brune, Strafanzeige gestellt.

* * *

Ende März wurde das seit drei Jahren leerstehende Bankgebäude Benrather Schloßallee 97 instandbesetzt. Die Dresdner Bank wollte unbedingt ein Bürohaus hinklotzen, obwohl der Bebauungsplan nur Wohnhäuser zuläßt. In zwei Gesprächen mit den Instandbesetzer/innen, zu denen jeweils ein Vertreter der Frankfurter Hauptverwaltung anreiste, war die Dresdner Bank zu keiner Einigung bereit. Ein angeblicher Kaufinteressent teilte den Instandbesetzer/innen auf Nachfrage mit, daß er das Gebäude nicht kaufen wolle.

Die Dresdner Bank erwirkte beim Verwaltungsgericht eine Räumungsverfügung. Am 12.5. erschien der Gerichtsvollzieher in Begleitung einer Hundertschaft Bullizei, die ihm „Amtshilfe" leistete. Mit Äxten zerschlugen sie die Panzerglasscheiben und drangen in das Haus ein. Angesichts der bereits eingedrungenen Bullizisten leisteten die 21 Instandbesetzer/innen keinen Widerstand. Der Gerichtsvollzieher gab ihnen eine Stunde Zeit, ihr persönliches Hab und Gut aus dem Haus zu bringen. Dann mauerte ein Bautrupp den Eingang zu, um das Gelände wurde ein hoher Bauzaun errichtet.

Am Nachmittag statteten rund 20 Instandbesetzer/innen der Dresdner Bank einen Besuch ab und verteilten Flugblätter an die Kunden. In der Nacht gingen an sieben Filialen der Dresdner Bank Scheiben zu Bruch. Die Bullizei nahm einen 20jährigen, den sie verdächtigt, freier Mitarbeiter der Glaserinnung zu sein, vorläufig fest.

Am Nachmittag des 13.5. demonstrierten rund 700 Menschen in der Innenstadt gegen die Räumung. An einer Demo in Benrath beteiligten sich rund 300. In Berath waren mehrere Hundertschaften Bullizei aufgefahren. Vor dem geräumten Haus standen u.a. zwei Wasserwerfer. Trotz dieser massiven Präsenz gelang es, die Bullizei auszutricksen. Scheinbar bog die Demonstration in eine Straße ein, um dann aber im Laufschritt in die entgegengesetzte Richtung loszurennen und das Haus Benrather Rathausstr. 10 zu besetzen. Die Bullizeiführung entschloß sich, vorläufig nicht zu räumen.

* * *

Zunächst einmal einen Teilerfolg konnten die Besetzer/innen von „Gut Kothenhoven" in Düsseldorf-Hubbelrath verzeichnen. Die Stadt wollte das Fachwerkhaus für die Erweiterung einer Mülldeponie abreißen, obwohl seit längerem ein Antrag auf Denkmalschutz gestellt worden war und es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handelt. Mitte Februar verhinderten die Besetzer/innen den „versehentlichen" Abriß. In der Zwischenzeit haben sich über 1.500 Unterschriften gegen den Abriß und die Erweiterung der Mülldeponie gesammelt. Nun will die Stadtverwaltung auf die Erweiterung der Mülldeponie verzichten, das Gut jedoch wegen der angeblich zu hohen Renovierungskosten abreißen. Der zuständige Ratsausschuß beschloß jedoch, daß zunächst einmal geprüft werden soll, ob „Gut Kothenhoven" in Selbsthilfe wiederhergestellt werden kann („RP", 14.5.).

Detlef/Düsseldorf

Erste Hausbesetzung in Wolfsburg

In der Nacht zum 13.5. wurde in Wolfsburg von ca. 15 Leuten ein seit 9 Monaten leerstehendes Haus besetzt. Teile der Hausbesetzer hatten vorher versucht, das Haus anzumieten. Dazu war die Stadt allerdings nicht bereit, da das Haus später zwei Familien aus der Obdachlosensiedlung zur Verfügung gestellt werden sollte. Praktische Schritte in dieser Richtung wurden allerdings nicht getan. Die Besetzer erklärten deshalb beim Einzug, daß sie das Haus freiwillig verlassen würden, sobald mit der Renovierung begonnen würde oder die Familien aus der Siedlung einziehen würden. Die Stadt, mit derlei Situation nicht sehr vertraut, gab gleich zu erkennen, daß sie den harten Kurs „ im Kampf gegen die Anarchie" (Stadtdirektor Schwering)fahren würde. Den Besetzern wurde für das Verlassen des Hauses eine Frist bis 18.00 Uhr (13.5.) gesetzt, die jedoch ohne folgende Taten verstrich. Dafür kam am nächsten Morgen um 4.30 Uhr die Polizei, zu einer Zeit also, zu der auf den Straßen nichts los ist, die Bullen also ungestört waren und keine Angst vor „Publikum" zu haben brauchten. Mit Schlagstökken und Äxten bewaffnet drangen sie in das Haus ein , zerschlugen Türen und zerrten die passiv Widerstand leistenden Besetzer aus dem Haus. 34 Leute wurden zum Bullenrevier gebracht, erkennungsdienstlich mißhandelt und nach mehreren Stunden freigelassen... Noch am selben Tag bezog eine der Familien das Haus, was die Räumungsaktion absolut überflüssig machte, da für diesen Fall das freiwillige Verlassen des Hauses durch die Besetzer angekündigt worden war.

Für einen Teil der an der Aktion Beteiligten kamen die Folgen ihrer Besetzung noch am selben Tag. Drei bei VW arbeitenden Leuten wurde die fristlose Kündigung in die Hand gedrückt und alle bekamen eine Anzeige von der Stadt. Am darauffolgenden Sonnabend wurde in der Wolfsburger Innenstadt eine Kundgebung zu den Ereignissen abgehalten, an der ca. 200 Leute teilnahmen und die reges Interesse bei den Passanten fand. Hier wurde die Forderung nach konsequenter Nutzung von Wohnraum unterstrichen und es wurde gegen die Kriminalisierung von Hausbesetzern protestiert. Anschließend kam es zu einer spontanen Demo durch die Innenstadt. Es tut sich was im Wohnungskampf – auch in der Provinz!

Ein Wolfsburger Genosse

Stadt Dortmund schlägt zu!

Um weiteren Hausbesetzungen zuvorzukommen, hat die Stadt Dortmund am Donnerstag, dem 7.5., zu einem unerwarteten Schlag ausgeholt.

Unter starkem Bullenschutz (mehr als 120) rückte gegen 6 Uhr morgens ein Abbruchunternehmen in das Sanierungsgebiet Dorstfeld. Unter dem Motto des „vorbeugenden Abrisses" machten sie sich daran, leerstehenden Häusern in der Nachbarschaft der bisher besetzten Häuser Helmutstr. 35 und Wörtstr. 22, den Garaus zu machen.

Ca. 50 – 100 Freunde und Freundinnen der leerstehenden Häuser versuchten, diese Vorhaben zu verhindern, indem sie ein Haus besetzten und sich vor den anrückenden Bagger stellten.

Sowohl das Abbruchunternehmen wie auch die Bullen gingen brutal gegen die Häuserschützer vor. Einem wurde durch den Bagger ein Bein eingequetscht, so daß er stationär behandelt werden mußte. Andere wurden von den Bullen zusammengeschlagen. Ein Sondereinsatzkommando holte die Besetzer vom Hausdach herunter. 20 Personen wurden festgenommen.

Durch die Abriegelung ganzer Straßenzüge (nur sich ausweisende Anwohner durften die Bullensperren passieren) gelang es dann den „Stadtsanierern", 5 Häuser abzureißen.

Am Nachmittag protestierten dann 1000 Menschen in der Dortmunder Innenstadt gegen diese Art von Wohnungspolitik. Sie forderten sofortigen Abrißstop und keine Strafverfolgung von Instandbesetzern und Häuserschützern. Darüber hinaus kündigten sie an, daß der Häuserkampf weitergehen würde. Zwischenzeitlich protestierten Mitarbeiter der sozialen Dienste des Diakonischen Werkes gegen den Abriß. Die Jungdemokraten erklärten sich solidarisch mit den Besetzern in Dorstfeld.

Derweil wurden weitere Häuser abgerissen (diesmal im Auftrag von HOESCH). Die Stadt kündigte an, in Kürze das Haus Jacobstr. 1 zu zerstören.

Wie lange die Häuser Helmutstr. 35 und Wörtstr. 22 besetzt bleiben, ist nach wie vor unklar.

Gen. aus Dortmund

Volksbegehren und Volksentscheid »Keine Startbahn West«: Jetzt geht's los!

Am 15.5. fiel die endgültige Entscheidung in Sachen Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen. Das Gesamt-Plenum der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung beschloß – bei 250 Anwesenden lediglich zwölf Gegenstimmen – die bisher größte Kampagne in Sachen Umweltschutz, die es in Hessen gegeben hat, einzuleiten.

Der offizielle Startschuß fällt am 30. Mai, wenn in der Rüsselsheimer Stadthallte die **,,Arbeitgemeinschaft Volkbegehren und Volksentscheid »Keine Startbahn West«''** gegründet wird. Ihr werden neben der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung der hessische ,,Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands'' (BUND), der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die ,,Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz'' (HGON) und der ,,Deutsche Bund für Vogelschutz'' (DBV) angehören.

Daneben existiert ein breigefächerter Unterstützerkreis, dem neben etlichen Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen politische, gewerkschaftliche und andere gesellschaftliche Gruppen und Organisationen aus ganz Hessen angehören. Dieser Unterstützerkreis hat sich in den letzten Wochen noch verbreitern können, nachdem insbesondere Jusos, DKP und Teile der SPD in der betroffenen Region ihre anfängliche Skepsis gegenüber dem Projekt überwinden konnten und inzwischen ihre Unterstützung erklärt haben.

Abgelehnt wird der Volksentscheid innerhalb der Startbahngegnerschaft von einigen Jusos, Anarchos des ,,Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden'', einigen ,,undogmatischen'' BI:ern aus Frankfurt und vom KBW. Nach den langen und ausführlichen Diskussionen über dieses Vorgehen befinden sie sich in der BI klar in der Minderheit.

sich in der BI klar in der Minderheit.

Die SPD und der Volksentscheid

Mehr als ein Jahr vor den nächsten hessischen Landtagswahlen im Oktober 1982 ist heute schon klar, daß der weitere Verlauf der Auseinandersetzung um die Startbahn West deren Ergebnis entscheidend mitbeeinflussen wird. Diese hessenweite Massenkampagne wird aller Voraussicht nach zu einer erneuten Zerreißprobe innerhalb der SPD führen.

Unter diesen Voraussetzungen konnte es eigentlich nicht verwundern, daß der SPD-Vorstand des Unterbezirks Groß-Gerau und die SPD-Fraktion im Kreistag Volksbegehren und Volksentscheid ablehnend gegenüberstanden. Unter dem politischen Druck der starken BI-Bewegung und der alternativen und grünen Listen in der Region hat der SPD-Unterbezirksparteitag am 16.5. – einen Tag nach dem Beschluß der BI – mit überwältigender Mehrheit für eine Unterstützung des Volksentscheides votiert.

Die FR schreibt am 18.5. über dieses Ergebnis: *,,Kalte Dusche für den Vorstand: Zwischen 80 und 90 Prozent der Delegierten auf dem SPD-Unterbezirksparteitag stimmten am Samstag in Stockstadt für eine Unterstützung des Volksbegehrens/Volksentscheids gegen die Startbahn West''.*

Denn die Delegierten hatten mit großer Mehrheit den Antrag des Vorstands abgelehnt, in dem sich zwar verbal gegen die Startbahn ausgesprochen wurde, in dem es aber schließlich hieß: *,,Er rät den Mitgliedern der SPD und ihren Untergliederungen, sich an dessen (Volksbegehren) Vorbereitung und Durchführung nicht zu beteiligen''.* Der Gegenantrag der Jusos und der SPD Mörfelden-Walldorf bekam anschließend 80 - 90 % der Stimmen. Daß sich zu der kleinen Vorstandsminderheit ausgerechnet die ehemalige Juso-Chefin H. Wieczorek-Zeul gesellte, wirft nur noch einmal ein unangenehmes Schlaglicht auf die Karsten Voigt-Generation. Am 19.5. erklärte die SPD-Kreistagsfraktion aufgrund des Parteitagsbeschlusses ebenfalls ihre Unterstützung, obwohl sie bislang dagegen gewesen war.

Skandalös verhielten sich hingegen die meisten SPD-Abgeordneten der Frankfurter Stadtverordnetenfraktion, die am gleichen Tag bekanntgaben, daß sie f ü r den Bau der Startbahn West seien. Begründung: Man müsse sich ins Unvermeidliche fügen. Dies, obwohl der Unterbezirksparteitag der Frankfurter SPD am 10.5. mit Zweidrittelmehrheit folgenden Beschluß faßte: *,,Der Unterbezirksparteitag kann dem Bau der Startbahn nicht zustimmen und fordert die Landesregierung auf, ihren Beschluß zu revidieren.''* Kompromißanträge auf Nichtbefassung (so der gescheiterte OB-Kandidat Martin Berg) oder für ein zweijähriges Moratorium in der Flughafenfrage wurden abgelehnt.

... und die CDU

Die CDU im Kreis Groß-Gerau, ebenfalls ,,Gegner'' (ähm, ähm) der Startbahn West, verhält sich zur Zeit noch zurückhaltend und zweifelnd zum Volksentscheid. Abschließend dürfte das Thema beim Kreisparteitag der CDU am 12.6. behandelt werden. Nach einer ersten Diskussion des Kreisvorstands und der Kreistagsfraktion will die CDU erst die juristische Prüfung des Gesetzentwurfes und die Stellungnahme des Landrates Blodt abwarten. Nachdem schon vor Wochen die nicht mehr im Kreistag vertretene FDP des Kreises ihre Unterstützung für Volksbegehren und Volksentscheid zugesagt hat, ist die CDU die letzte Partei, die sich noch nicht dafür entscheiden konnte.

Aber auch ohne die CDU hat das Projekt Volksbegehren und Volksentscheid ,,Keine Startbahn West'' im Kreis Groß-Gerau, der am meisten betroffenen Region, die denkbar breiteste Unterstützung der Bevölkerung!

Räumung des Hüttendorfs?

In diesen Tagen gibt es Anzeichen dafür, daß die Landesregierung s c h o n j e t z t das inzwischen rund 100 Hütten umfassende Dorf im besetzten Waldgelände räumen lassen will.

Auf jeden Fall wird ein entsprechendes Klima der Nervosität verbreitet. So wurde beispielsweise am Tag nach der Ermordung Karrys in der FAZ die krasse Falschmeldung gebracht, es habe eine ,,Freudenfeier'' im Dorf gegeben (was vom hessischen Innenminister persönlich dementiert werden mußte). Ständig wird das Dorf observiert – von Hubschraubern ebenso wie von ,,Zivilbeamten''. Andererseits gibt es auch Überlegungen, die gegen eine Räumung in allernächster Zeit sprechen. Demnach stünde Anfang Juni der Bau einer monströsen Betonmauer um das bereits abgeholzte Gelände herum an, damit dahinter mit der Untertunnelung der Okriftelerstr. begonnen werden kann. Für beide Fälle hat **die Bürgerinitiative dazu aufgerufen, massenhaft in den Wald zu kommen.**

Die Landesregierung steht wieder einmal vor der Entscheidung zwischen Brutalität und Klugheit. Sicher ist, daß jeder Akt der Brutalität, jeder Versuch, mit dem Startbahnbau zu beginnen (und dazu gehört auch die Untertunnelung!) oder vollendete Tatsachen zu schaffen, die Bevölkerung scharenweise dazu veranlassen wird, sich in die Listen für das Volksbegehren einzutragen.

KB/Gruppe Frankfurt

Spendet zur Unterstützung des Volksbegehrens und Volksentscheids!

Alle Spenden sind steuerabzugsfähig, wenn sie auf das Konto Nr. 19085007, Volksbank Groß-Gerau, BLZ 50892500 zugunsten des Vereins zur Förderung des Volksbegehrens ,,Keine Startbahn West'' gezahlt werden. Spendenquittungen werden auf Verlangen zugestellt.

Bisherige Unterstützer von Volksbegehren und Volksentscheid »Keine Startbahn West«

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands, Landesverband Hessen (BUND); HGON; Deutscher Bund für Vogelschutz Hessen (DBV); BBU; Die Grünen Hessen; DKP Hessen; Arbeitskreis Leben Hessen (AKL); SJD „die Falken''; Bund deutscher Pfadfinder (BDP) Hessen; SDAJ Hessen; Jusos Hessen-Süd; die Synode des ev. Dekanats Rüsselsheim; die Asten der Fachhochschulen bzw. Universitäten von Kassel, Marburg, Gießen, Fulda, Frankfurt; SPD Kreis Groß-Gerau, SPD-Kreistagsfraktion; FDP Kreis Groß-Gerau; SPD Mörfelden-Walldorf, ca. 300 evangelische Pfarrer, Jagdclub Offenbach; Naturfreunde Hessen; Gorleben Initiative Bensheim; Grüne Liste Hessen (GLH) Bensheim; Arbeitskreis Umwelt Warburg/Wf.; Bürgerinitiative für Umweltschutz Eddersheim e.V. und Ortsgruppe Okriftel; Anti-Atom-Büro Diemelstadt/Wethen; Arbeitskreis Umweltschutz Hersfeld-Rotenburg; Bürgerinitiative Umweltschutz Fulda (BUF); Interessengemeinschaft gegen Planungswillkür Kassel; BI Schwalmstadt; BI Limburg; AGU Südliches Ried Bieblis; BI gegen AKWs Frankfurt; BI gegen AKWs Marburg; Stadtschülerrat Frankfurt; BI für Umweltschutz Rödermark-Rodgau; Spielgässer Lädche e.V. Dieburg/Münster; ASH Oberursel; Kommunistischer Bund (KB); Fachschaftsvertretung Biologie der Universität Frankfurt; Gemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie (GUD) Zwingenberg; Andere Liste Rödermark; BI gegen AKWs Lampertheim; BI gegen die Westtangente im Gallus, Frankfurt; Höchster Schnüffler und Moagucker, Frankfurt-Hoechst; DGB-Ortskartell Nauheim; AGU Darmstadt; BBU-Initiative „Kein Atommüll in Würgassen"; BI Lich; Wählergemeinschaft Darmstädter (WGD); Grüne Alternative Liste (GAL) Hanau; Wanderjugend aus Kreuzthal; Jugendhaus Dietzenbach; Grüne Bürgerliste für Demokratie und Umweltschutz Mörfelden-Walldorf; FDP-Ortsverband Mörfelden; Wählerinitiative Kelsterbach (WIK); Freie Wählergemeinschaft (FWG) Rüsselsheim; Grüne Liste Büttelborn (GLB); Alternative Liste Flörsheim; Grübis Dreieich; Allgemeiner Deutscher Fahrradclub (ADFC) Frankfurt.

Öffentliche Gründungsversammlung

Für den 30.5. laden die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung, der BUND Hessen, die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz und der BBU zur *,,Öffentlichen Gründungsversammlung der 'Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid Keine Startbahn West', ihres Unterstützerkreises und zu den Beschlußfassungen über die Einleitung des Volksbegehrens''* ein. Zur Veranstaltung, die ab 10 Uhr in der Stadthalle Rüsselsheim stattfindet, sind alle Interessierten eingeladen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch der erste Schwung von Werbe- und Informationsmaterialien für das Volksbegehren fertig sein. Unmittelbar nach diesem offiziellen Startschuß werden die Unterschriftenlisten für den 'ersten Durchgang' gedruckt, so daß mit dem Sammeln begonnen werden kann.

DKP dafür — KBW dagegen

Die DKP hat ihre anfängliche Skepsis gegenüber dem Volksbegehren gegen die Startbahn West inzwischen überwunden. In einer Stellungnahme des Bezirksvorstands Hessen (,,UZ'', 4.5.81) heißt es, *,,auch diese Kampfform''* müsse genutzt werden, *,,um die Protest- und Ablehnungsfront ganz entscheidend zu verbreitern''.* Ebenso wie die BI bekräftigt auch die DKP, daß es bei dieser Volksabstimmung auch um die Zurückweisung der anderen umweltfeindlichen Planungen in Hessen (Block C des AKW Biblis, Giftmülldeponien und Wiederaufarbeitungsanlage) gehen müsse.

Nicht zuletzt die breite Unterstützung des Volksbegehrens durch Initiativen und Organisationen in ganz Hessen sowie die erhebliche Publizität, die inzwischen in den Medien erreicht worden ist, dürften die DKP zu diesem Schritt bewogen haben. Noch vor vier Wochen sah es nämlich etwas anders aus. Die DKP hatte auf dem ersten landesweiten Treffen zu diesem Thema am 4.4. nicht teilgenommen. Einen Tag später hielt sie ihre eigene Bezirksdelegiertenkonferenz ab, auf der der Widerstand gegen die Startbahn erneut bekräftigt und insbesondere auf die Nato-Pläne hingewiesen wurde, die mit der Flughafenerweiterung verbunden sind. Zum Volksbegehren vermieden die Delegierten jedoch damals noch jede Stellungnahme in ihrer Entschließung.

Der KBW hingegen hat trotz Unsicherheiten bei einzelnen Mitgliedern eine deutliche Ablehnung formuliert (,,KVZ'', 4.5.). Der Volksentscheid könne möglicherweise der *,,Anfang vom Ende sein''.* Die ,,KVZ'' hält eine Niederlage für *,,absehbar''*, befürchtet, daß dies der Bewegung *,,das Rückgrat brechen''* könnte, und daß es möglicherweise *,,negative Rückwirkungen auf die gesamte Umweltschutzbewegung''* geben könnte. Man muß der ,,KVZ'' jedoch bescheinigen, daß in dieser Frage ernsthaft und frei von überflüssiger Polemik argumentiert wird.

Einige der sachlichen Einwände sind nicht ganz richtig oder aber duch die Entwicklung der letzten Wochen bereits überholt. So vermerkt die ,,KVZ'', daß die Anhänger des Volksbegehrens durch die Ergebnisse für grüne und alternative Listen bei den zurückliegenden Kommunalwahlen Auftrieb erhalten hätten. Dies seien aber nur 5 % im Durchschnitt gewesen, während für die zweite Etappe des Volksbegehrens 20 % benötigt würden. Richtig ist, daß Die Grünen als Partei landesweit etwa 5 % erhalten haben. Berücksichtigt man jedoch die Stimmen der verschiedensten grün/alternativen Bündnislisten (die in ihren Gemeinden z.T. erheblich die grünen Kreistagsstimmen überflügelten), so kommt man schon dadurch auf ein höheres Ergebnis. Hinzu kommt, daß vielerorts Gegner der Startbahn (im Kreis Groß Gerau) wie auch Gegner der WAA (in Nordhessen) trotz allem für bürgerliche Parteien gestimmt haben. Auch aus den Reihen der Nichtwähler dürfte es eine erhebliche Mobilisierung zur Unterstützung des Volksbegehrens geben. Der KBW wird uns z.B. sicher beipflichten, wenn wir behaupten, daß es allein in Frankfurt und in der Flughafenregion möglich sein wird, weitaus mehr Unterschriften gegen die Startbahn West zu bekommen als Die Grünen bei den Kommunalwahlen in ganz Hessen erreicht haben. Dies ist keine ,,Garantie'' für 20 %. Es zeigt jedoch, daß die oben zitierte Aussage der ,,KVZ'' die angebliche Aussichtslosigkeit des Volksbegehrens nicht beweist.

Weiter verweist die ,,KVZ'' auf die *,,Absetzungsversuche''* aus den Reihen der bürgerlichen Parteien, die in der betroffenen Region bislang den Widerstand unterstützt hatten. Richtig wird der SPD-Vorsitzende von Hessen-Süd, Görlach, mit seiner Forderung zitiert, die SPD solle Börner mit Blick auf die Landtagswahlen unterstützen. Görlach freilich gehörte n i e zu den Gegnern der Flughafenerweiterung. Bislang hat er sich mit seiner nach den Kommunalwahlen ausgegebenen Linie auch nirgendwo (!) durchsetzen können. Unterbezirksparteitage in Offenbach, Frankfurt, Kassel und im Kreis Groß Gerau waren vielmehr überraschenderweise von beachtlicher ,,Konfliktbereitschaft'' mit der Landesregierung geprägt. Im Kreis Groß Gerau hat sich sogar die (allerdings stark geschwächte) FDP hinter das Volksbegehren gestellt.

Verbale Unterstützungserklärungen bedeuten natürlich nicht viel, solange nicht auch eine handfeste, praktische Teilnahme an dieser Kampagne erfolgt. Doch es liegt nicht zuletzt an der BI und ihren Aktivisten, auch in dieser Beziehung noch einiges zu erreichen. So muß beispielsweise darum gekämpft werden, daß die Abgeordneten-Mehrheiten von SPD, Grünen (und z.T. auch DKP) im Kreis Groß Gerau und verschiedenen Gemeinden auch tatsächlich eine finanzielle Unterstützung des Volksbegehrens beschließen.

Ein weiterer Einwand der ,,KVZ'' bezieht sich auf das Fehlen einer *,,breiten Unterstützung aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung''.* Dieses Argument ist so allgemein wie richtig. Gerade hierzu hätte man jedoch eine differenziertere Überlegung von Kommunisten erwartet. Das Besondere an diesem Konflikt ist ja, daß es im Unterschied zu anderen Umweltschutzbewegungen ü b e r h a u p t eine Unterstützung aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung g i b t. Unvergessen bleibt, wie dem schwergewichtigen Holger Börner im letzten Herbst die Knie weich wurden, als eine tausendköpfige Funktionärsversammlung der IG Metall bei Darmstadt die Aussetzung des Startbahnbaus von der Landesregierung verlangte. Nur wenig später ging der Ministerpräsident auf die Forderung nach einer ,,Denkpause'' ein und versprach, daß bis zum Herbst 1981 kein weiterer Baum gefällt werden würde. Es gibt also konkrete Ansatzmöglichkeiten für eine Mobilisierung in diesem (entscheidenden) Bereich. Dabei wird es zunächst einmal leichter fallen, für eine Unterschrift unter den Antrag auf Volksbegehren zu werben, als den Streik bei Opel Rüsselsheim zu organisieren, wenn das Hüttendorf geräumt wird, oder?

Wenn wir uns nicht in die fatale Situation begeben wollen, darauf zu warten, daß der V o r s t a n d des DGB Hessen seine Haltung ändert, dann gilt es, mit aller Kraft die Initiative des Arbeitskreis Leben zu unterstützen, der innerhalb der Gewerkschaften für das Volksbegehren eintritt.

Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, als ob Volksbegehren und Volksentscheid die einzig verbliebene Widerstandsmöglichkeit gegen den Bau der Startbahn West wären. Aber es muß gesagt werden, daß diese Initiative bislang die in sie gesetzten Erwartungen durchaus erfüllt hat:

- Abfangen der Resignation nach dem Landtagshearing, das mit einem zeitweisen Rückschlag für den Widerstand zuende gegangen war (der KBW hatte recht kritiklos eine Beteiligung an dieser Farce empfohlen)
- Verbreiterung des Widerstands durch Einbeziehung weiterer Kräfte
- Aufbau einer landesweiten Kampagne gegen die Umweltpolitik wie auch das ,,Demokratieverständnis'' der Landesregierung.

Freilich: Die wirkliche Arbeit fängt gerade erst an. Da aber jede(r) gebraucht wird, wäre es nützlich, wenn der KBW seine ablehnende Haltung noch einmal überdenkt.

2. Juni: Auf nach Rüsselsheim

An einem für APO-Nachkömmlinge historischen Datum wird sich die hessische BI-Szene versammeln, werden Grüne, Bunte, Sozialisten und Gewerkschafter nach Rüsselsheim im Kreis Groß Gerau kommen. Am 2. Juni findet dort in der Stadthalle die öffentliche Auftaktveranstaltung der Volksentscheid-Kampagne statt. Vom Kulturprogramm her könnte es tatsächlich so etwas wie ein Aufeinandertreffen zwischen dem, was früher im weitesten Sinne als APO bezeichnet wurde, und der Bürgerbewegung in den Flughafengemeinden geben. Angekündigt sind Lerryn, die Gebrüder Engel und die Bots, alles einschlägige Aktivisten von ,,Rock gegen Rechts''. Man darf gespannt sein, wie die Lieder gegen Rassismus und männlichen Chauvinismus, gegen die Bild-Zeitung, für Frieden und für eine andere Art des Zusammenlebens bei denjenigen ankommen werden, die zunächst einmal ,,nur'' gegen die Startbahn West angekämpft haben, aber im Laufe der Jahre Erfahrungen mit diesem System gesammelt haben.

1 Jahr nach 1004: 2 Tage Bürgerdialog in Lüchow-Dannenberg

Der Experte des Bundesforschungsministeriums in Sachen Bürgerdialog, Ziegler, war rundum zufrieden: „Die Veranstaltung war als Testfall geplant. Der Testfall ist gelungen, sie hat vertrauensbildend gewirkt. Auch in Zukunft wünsche ich mir ein bißchen mehr Vertrauen in die Wissenschaftler und die Verantwortlichen wie mich" („taz", 18.5.81). Gemeint ist die gemeinsam vom Bundesforschungsministerium und anderen Atomsäcken sowie dem BBU und der BI Lüchow-Dannenberg vorbereitete 2-tägige Informationsveranstaltung über die Ergebnisse der Salzstock-Tiefbohrung. Regie: Das BMFT. Diskussionsleitung: Fernsehprofessor Haber (AKW-Befürworter). Kein Wunder also, daß das Ergebnis dieser Veranstaltung von vornherein feststand: Der Gorleben-Salzstock sei trotz einiger unleugbarer Mängel nach wie vor „eignungshöffig" für ein radioaktives Endlager und müsse deswegen weiter erkundet werden. Diesem vorgegebenen Ziel folgend ist im unterschiedlich zusammengesetzten Vorbereitungskreis als Schlußreferat ein Ausblick der Endlagerbetreiber „über das weitere Programm der Erkundung (Themenkreis 6)" vereinbart worden.

Die Vorgeschichte

Die erste als Bürgerdialog angesetzte Informationsveranstaltung des BMFT über Endlagerfragen scheiterte im September '79 am Widerstand der kritischen Wissenschaftler, denen der Einblick in die Bohrprotokolle verweigert worden war.

Diese führten daraufhin eigene tektonische Untersuchungen in Gorleben durch und gaben die Ergebnisse ihrer Untersuchungen auf einer BI-Veranstaltung bekannt. 1980 lautete die zentrale Forderung der 1004-Besetzer: Beendigung der Salzstockerkundung, bis die gesamte Entsorgungsproblematik auf einem großen Hearing (unter gleichberechtigter Teilnahme der Atomgegner) erörtert worden ist. Baum lehnte dies seinerzeit strikt ab und versprach, *„um zu einer friedlichen Konfliktlösung beizutragen"*, den 1004-Besetzern die Durchführung einer öffentlichen Pro-Kontra-Anhörung über die Ergebnisse der Tiefbohrungen. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß es nun *„ein unausweichliches Gebot der Logik"* sei, weitere Tiefbohrungen durchzuführen.



Auf dem Podium (von links)

Wilhelm Kulke, Prof. Dr. Heinz Haber, Dr. Alois Ziegler und Jörg Jannings

Nach der brutalen Räumung von 1004 wurde die Zusage, nunmehr auch kritische Wissenschaftler an die Bohrergebnisse heranzulassen, seitens der Bürgerdialogsstrategen im BMFT als Vehikel eingesetzt, um den laut Baum durch 1004 „außerordentlich erschwerten Dialog" wieder aufzunehmen.

In die Vorbereitung der versprochenen Informationsveranstaltung wurden neben einer Reihe von Befürwortungsgremien die „Bäuerliche Notgemeinschaft", der Ausschuß „Kirche und Gorleben", die BI sowie Jörg Janning als BBU-Vertreter einbezogen.

Der genaue zeitliche Ablauf der Veranstaltung wurde in einem Siebener-Ausschuß (5 Befürworter, 2 Gegner) ausgehandelt. Die zugesagte „konstruktive Mitarbeit" von BBU, BI etc. wurde indes nicht belohnt. Im Gegenteil:

– Der ohnehin lächerliche Etat für die kritischen Gutachten in Höhe von zugesagten 10.000 DM wurde seitens des BMFT auf 5.000 DM gekürzt, so daß neben den millionenschweren Zuwendungen für die Betreiber jeder der kritischen Wissenschaftler mit einem „Forschungsetat" von 500 DM auskommen mußte!

– Eine Koordinierung der Kritiker durch Helmut Hirsch (der diese Aufgabe beim Gorleben-Hearing im März '79 wahrgenommen hatte), wurde seitens des BMFT abgelehnt.

– Als Diskussionsleiter wurde seitens des BMFT entgegen anderen Absprachen eigenmächtig Atomfreund Hans Haber eingesetzt.

Trotz dieser Verarschungen versprach Jörg Janning zu Beginn der Veranstaltung im Namen der BI Lüchow-Dannenberg, „hier und heute Disziplin zu halten" – schließlich sei den Atomgegnern bereits bei der Vorbereitung der Anhörung „viel Disziplin abverlangt" worden. Diese Zusage war in der Vergangenheit insbesondere nach der völlig aus den Fugen geratenen und schließlich gesprengten Anhörungs-Farce der PTB zur Zwischenlagerfrage (wir berichteten davon) wiederholt von den örtlichen Kommunalpolitikern gefordert worden!

... und das Resultat

Daß es in Anbetracht der provokativen Darbietungen der Endlagerbetreiber tatsächlich zu keinen Tumulten kam, dürfte nicht nur auf das Stillhalteabkommen der BI, sondern auch auf die äußerst geringe Beteiligung der Widerstandsaktivisten an der Veranstaltung zurückzuführen sein.

Die „Einhaltung der Spielregeln" und „Sachlichkeit" der Auseinandersetzung veranlaßte allerdings nicht nur Ziegler vom BMFT zu „Worten des Dankes und der Anerkennung". Der erhoffte Dialog sei zustandegekommen, schrieb die „FAZ", und Prof. Haber sprach sogar davon, daß hiermit die BI Lüchow-Dannenberg *„deutlich gemacht (habe), daß solche Überlegungen in den Saal, nicht auf die Straße gehören"* („EJZ", 18.5.).

Trotz miserabelster Voraussetzungen konnten die kritischen Geologen unzählige Beweise für die völlige Untauglichkeit des Gorlebener Salzstocks anführen: Das von einer tiefen Rinne durchzogene Deckgebirge des Gorlebener Salzstocks ist in einem Zustand, *„wie er schwächer kaum sein kann"*; das Schlimmste, was überhaupt nur passieren kann, direkter Grundwasserkontakt zum Salzstock, ist bereits nachgewiesen, zudem ragt ein „steiler Zahn" des Salzstocks bis 130 Meter unter die Erdoberfläche. Das Salzstockinnere ist mit Spalten und Klüften sowie mit unzähligen nicht genau lokalisierbaren Carnallitkörpern durchzogen, die sich bereits bei Temperaturen ab 70 Grad in Kristallwasser aufzulösen beginnen und das umgebende Salzgestein ablaugen.

Einige der kritischen Wissenschaftler wiesen darüberhinaus darauf hin, daß die Einbeziehung kritischer Geologen sowie die gesamte Veranstaltung einen Alibi-Charakter habe, da die Geologen lediglich im Nachhinein politisch motivierte Entscheidungen (z.B. bezüglich der Standortwahl) abzusegnen hätten. Andere hingegen folgerten aus ihrer kritischen Analyse die Notwendigkeit, noch genauere Untersuchungen in Gorleben anzustellen.

Die detaillierte Auflistung derartiger nicht bestreitbarer Salzstockmängel hätte den sofortigen Abbruch der Erkundungsarbeiten zur Folge haben müssen. Nicht jedoch in Lüchow!

Die Verantwortlichen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) wiederholten wie eine Schallplatte mit Knacks, daß man den Salzstock noch nicht insgesamt kenne und somit die Nichteignung noch keineswegs nachgewiesen sei.

Auf den Hinweis, daß zahlreiche im Ausland für die Salzstockeignung erstellte Sicherheitskriterien in Gorleben nicht erfüllt sind, konterte Venzlaff (Chef der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe), daß diese Kriterien, da sie hierzulande nicht gültig seien, auch nicht gebrochen werden könnten. Die PTB gab zu, daß ein Ergebnis der Salzstockerkundung, welches die Nichteignung belege, gar nicht denkbar sei, da von einer generellen Eignung oder Nichteignung nicht gesprochen werden könne. Aufgrund der hohen finanziellen Investitionen müsse bei Nichteignung für hochradioaktiven Müll immer noch davon ausgegangen werden, daß der Salzstock für schwach- und mittelaktive Abfälle (diese müssen für mindestens 900 Jahre sicher verstaut werden) nutzbar sei.

Am Rande wurde mitgeteilt, daß die tägliche Einleitung von 50 Kubikmetern konzentrierten Salzwassers in die Elbe bereits genehmigt sei und in Kürze als Folge eines dreiwöchigen Testprogramms 100 Kubikmeter stündlich (!) in die Elbe zu leiten seien, was innerhalb der drei Wochen einer Menge von 800 t Salz entspräche! Ein in Auftrag gegebenes Gutachten habe jedoch gezeigt, daß ökologische Folgeschäden nicht zu erwarten seien ...

Die Beschwichtigungspolitik soll fortgesetzt werden!

Nach geologischen Sicherheitskriterien zu urteilen, war die Pro-Contra-Veranstaltung für die Landes- und Bundesregierung ein Fiasko. Realistisch sind insofern auch die unter der Hand bekanntgegebenen Pläne, vorsichtshalber noch einen zweiten Salzstock anzuzapfen (s. Kasten).

Die offizielle Beurteilung der Pro-Contra-Veranstaltung durch das BMFT beweist hingegen, daß die Baum'schen Strategen den Erfolg derartiger Projekte ausschließlich danach messen, inwieweit ihr Konzept „Bürgerdialog Kernenergie" greift und ob sich (bei einem Aufwand von kaum mehr als 5.000 DM) die Atomgegner Lüchow-Dannenbergs beschwichtigen lassen.

Ein wissenschaftliches Pro-Contra-Gespräch ohne vorherige sofortige Einstellung der Salzstockerkundung kann nur die Funktion haben, dem laufenden Projekt in laufenden Abständen den Siegel „geprüft" zu verpassen, um dem Widerstand gegen die Tiefbohrungen den letzten Wind aus den Segeln zu nehmen. Das Angebot Baums, nach diesem „gelungenen" Testfall bereits in 7-8 Monaten eine weitere kritische Anhörung durchführen zu lassen, spricht für sich.

Bereits im April dieses Jahres hat der BBU über sein Vorstandsmitglied Janning beteuert, er werde *„an einem weiteren Hearing vor einer Entscheidung über einen eventuellen Schachtanlagenbau konstruktiv mitarbeiten"* („EJZ", 14.4.).

Sollte Baum hier einen festen Verbündeten gefunden haben?

Ein Genosse aus Lüneburg

Tiefbohrungen für eine Atommüllendlager bei Lingen

„Die Bundesregierung muß möglicherweise neben dem Standort Gorleben auch andere Salzstöcke auf ihre Eignung als Endlager für radioaktive Abfallstoffe untersuchen lassen. Nach Abschluß der Gorlebener Tiefbohrungen, die keine endgültige Klärung über die Eignung erbracht haben, sind nach Informationen der WELT auch Befürworter der Endlagertechnologie im Salz der Meinung, der Bund solle neben Gorleben auch andere Standorte ins Auge fassen. Im Gespräch sind zum Beispiel die großen Salzstöcke bei Lingen in Westniedersachsen ... Sollte sich der Standort Gorleben als ungeeignet herausstellen, so verlautete aus Kreisen der mit dem Projekt Endlagerung befaßten Experten, würde eine Verzögerung von zehn bis fünfzehn Jahren eintreten. Deshalb müsse die Bundesregierung schon jetzt Ausweichstandorte nennen und untersuchen lassen."

Dies meldete die „Welt" am 16.5.81 zeitgleich zur in Lüchow stattfindenden Anhörung über die Zwischenergebnisse der 4 Tiefbohrungen im Gorlebener Salzstock. Entgegen den offiziellen Meldungen scheinen sich also die Experten auf der Betreiberseite über den katastrophalen Zustand des Gorlebener Salzstocks vollauf im Klaren zu sein. Als Antwort auf diesen „Welt"-Artikel verfaßte der Sprecher des BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) noch am gleichen Tag in Lüchow eine Pressemitteilung. Darin werden die Vermutungen der „Welt" indirekt bestätigt, indem anstelle eines Dementis die Bundesregierung sich (völlig unberechtigt!) aus der Verantwortung für das auf Gorleben beschränkte Tiefbohrprogramm davonstiehlt:

„Erhebliche Zeitverluste bei der Erkundung für ein geeignetes Endlager für radioaktive Abfälle auch aus Kernkraftwerken können möglicherweise deshalb entstehen, weil die Niedersächsische Landesregierung seinerzeit nur einen einzigen, möglicherweise geeigneten Salzstock bei Gorleben zur Untersuchung durch die zuständigen Stellen des Bundes freigegeben hatte ... 1974 hatte die Bundesregierung ihr Standorterkundungsprogramm bereits präsentiert. Sie hatte darin vorgeschlagen, 3 unterschiedliche Standorte gleichzeitig zu untersuchen, um mögliche Zeitverluste bei der Nichteignung eines Standortes zu vermeiden, und durch die Prüfung mehrerer Standorte den optimalen auszuwählen ... Im Februar 1977 hat die Nieders. Landesregierung dann von sich aus den Salzstock von Gorleben, der sich nicht unter den von der Bundesregierung vorgeschlagenen befunden hatte, zur Erkundung durch die zuständigen Stellen des Bundes freigegeben. Sollte sich – was zu keinem Zeitpunkt ausschließbar war – herausstellen, daß der Salzstock von Gorleben nicht geeignet wäre, so würden erhebliche Zeitverluste eintreten, weil man dann mit der Erkundung eines anderen Salzstockes von vorne anfangen müßte. Es müßten dann längere Verzögerungen in Kauf genommen werden."

Die Gorleben-Standortentscheidung war bekanntlich eine rein politische Entscheidung, da sich bis 1976 an den drei voruntersuchten Standorten (Unterlüß, Lichtenmoor, Aschendorf-Hümmeling bei Lingen) erheblicher Widerstand geregt hatte und Albrecht mehr als einen Unruheherd durch Tiefbohrungen auf jeden Fall vermeiden wollte.

1981 dürfte ihm eine solche Perspektive noch sehr viel weniger Freude bereiten. Über die zitierten Äußerungen herrscht bisher in der niedersächsischen (wie auch in der übrigen überregionalen) Presse absolutes Stillschweigen, was gewiß kein Zufall ist. Grund genug für Niedersächsische BI'ler(innen), auf gegebenenfalls gut getarnte Tiefbohrungen Obacht zu geben und den Sachverhalt an die Öffentlichkeit zu bringen.

Ein Genosse aus Lüneburg

Getarntes Zwischenlager?

Die Atomlobby kommt in Schwierigkeiten, denn die abgebrannten Brennelemente, die angeblich zur „Aufbereitung" nach La Hague geschickt wurden, sollen zurückkommen.

Viele AKWs (z.B. Biblis A, Ohu II, Stade) sind nur deshalb genehmigt worden, weil Verträge mit Frankreich über die Abnahme der abgebrannten Brennelemente abgeschlossen wurden. Aber vor längerer Zeit ist schon herausgekommen, daß die Verträge nur bis 1980 Gültigkeit haben und dann die abgebrannten Brennelemente von der BRD wieder zurückgenommen werden müssen. Diese Vorgehensweise war und ist eine Verarschung der Bevölkerung und ein Bruch des Atomgesetzes.

Die Schwierigkeiten will die Bundesregierung lösen, indem sie eine *„staatliche Verwahrung von Uran und Plutonium in einem Lagerbunker auf dem Gelände der Firma Alkem bei Hanau (Hessen) als einzigen Ausweg zur Unterbringung der Materialien"* anordnete („Frankfurter Rundschau", 6.5.81).

In dem Artikel wird nur von „aufgearbeiteten"Brennelementen gesprochen. Von „aufgearbeiteten" Brennstäben kann aber absolut nicht die Rede sein, denn die Anlage ist gar nicht in der Lage, die hochabgebrannten Brennstäbe aus den Leichtwasserreaktoren der BRD aufzubereiten. Dieser Teil der Anlage in La Hague wurde nach 3 Wochen Probebetrieb 1976 stillgelegt, und bei dieser Probe wurden auch weniger abgebrannte Elemente aus der Schweiz „aufgearbeitet".

Bis Ende 1982 sollen *„rund 2 Tonnen Plutonium und Uran, ... in den Bunker bei Hanau eingelagert werden ..."* („FR", 6.5.).

Es kann sich bei dieser „staatlichen Aufbewahrung" (Atomgesetz § 5) nur um eine Zwischenlagerung, wenn nicht gar Endlagerung, handeln.

KB/Gruppe Lübeck

Sofortiger Baustopp in Krümmel

Der 26. Juni 1981 – ein Termin, den sich die norddeutschen Bürgerinitiativen merken sollten. Gegen den Weiterbau und die Inbetriebnahme des AKW Krümmel an der Elbe bei Geesthacht findet eine Demonstration statt. Ein breites Spektrum aus ca. 30 Bürgerinitiativen vor Ort, aus Hamburg, Pinneberg, Elmshorn, der Aktionkreis Leben, der KB, die DKP und die Grünen Bergedorf, erfreulicherweise auch die Jusos Schleswig-Holstein haben bisher auf zwei Treffen diese Demonstration gemeinsam vorbereitet. Dem Entwurf des Aufrufes konnten auf dem letzten Treffen im Reinbeker Jugendzentrum alle Teilnehmer zustimmen. Dem Wunsch eines „Gewaltfreien", seine Widerstandsform müsse dort propagiert werden, wurde einhellig widersprochen zugunsten der „schlichten Formulierung: eine Demonstration findet statt, das langt! – Die Versuche einiger, am Schluß des Aufrufs nun ihrerseits die Sprengung eines Strommastes in Esenshamm unterzubringen, wurde allerdings ebenfalls abgelehnt – ohne daß dies als Mißbilligung verstanden wurde.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß diese Demonstration den Auftakt für einen stärkeren Widerstand gegen das AKW Krümmel darstellen und weitere Aktionen folgen sollen.

Das nächste Vorbereitungstreffen findet am Mittwoch, dem 27.5., im Reinbeker Jugendzentrum (5 Minuten vom S-Bahnhof Reinbek) statt. Kontakt über die BI Bergedorf; Tel. 04101/4952 (Joachim) oder 040/7242388 (Klaus)

BO Bergedorf

»Energie-Wende«

Konzept zur Bewältigung der kapitalistischen »Energie-Probleme«?

In den letzten Jahren sind in verschiedenen Staaten Europas (Dänemark, Schweden, Frankreich) sowie in den USA und in Kanada Studien veröffentlicht worden, die an Hand technischer Möglichkeiten alternative Energieversorgungsstrukturen für die jeweiligen Länder vorschlagen. Wesentliche Aussage dieser Studien ist die, daß bei Ausschöpfung des großen Reservoirs an Einsparungsmöglichkeiten sowie einer stärkeren Nutzung alternativer Energietechnologien der Energieverbrauch selbst bei steigendem Wohlstand gesenkt werden kann.

In der BRD hat vor allem das Öko-Institut in Freiburg Untersuchungen über die zukünftige Energiesituation der BRD durchgeführt. Im letzten Jahr veröffentlichten dann drei Mitarbeiter des Öko-Instituts das Buch „Energie-Wende", einen Alternativ-Bericht zur Energieversorgung der BRD. Dieses Buch hat inzwischen breitere Beachtung erlangt:

- Diese Studie bildete z.B. die Grundlage für das alternative Energiekonzept der Bunten Liste für Bielefeld.
- Der Aktionskreis Leben gab 1979 eine Kurzfassung der Studie zusammen mit Epplers Alternativ-Szenario heraus (Eppler ist selbst Mitglied des wissenschaftlichen Kuratoriums).
- Eine während der Bremer Bundeskonferenz der Anti-AKW-Gruppen gebildete Arbeitsgruppe bereitet eine „Bundesweite Flugschrift" vor, die eine ähnliche Alternativkonzeption enthalten soll.

Weg vom Öl und weg vom Uran

Mit ihrem Energie-Szenario (Drehbuch-Form) stellen die Autoren einen Energiepfad dar, der den Weg aus dem Atom- und Ölstaat weisen soll. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran wollen die Vertreter des Öko-Instituts durch verstärkte Energieeinsparung („Löcher stopfen") und Deckung des restlichen Energiebedarfs durch Kohle und regenerative Energiequellen realisieren.

Wie das im Einzelnen erfolgen soll, wird im Buch für die verschiedenen Verbrauchssektoren (Haushalte und Kleinverbrauch, Verkehr und Industrie) recht anschaulich und detailliert beschrieben. Die Vorschläge zeigen sehr überzeugend, daß es technologisch möglich wäre, in einem so hoch
schrieben. Die Vorschläge zeigen sehr überzeugend, daß es technologisch möglich wäre, in einem so hoch
industrialisierten aber rohstoffarmen Land (ausgenommen Kohle) wie der BRD, die Energie und Rohstoffimporte auf einen Bruchteil des heutigen Volumens zu reduzieren, ohne auch nur den geringsten Abstrich am Lebensstandard machen zu müssen.

Ein ‚alternatives' Konzept auf der Basis staatlicher Interessen

Der politische Rahmen, in dem die Autoren ihre Konzepte darstellen, ist dagegen erschreckend wenig „alternativ" und fast identisch mit der staatlichen Energiekrisen-Ideologie. Er erschöpft sich in der Übernahme der allseits bekannten Ölkrisen- und Abhängigkeitsparolen. Dazu einige Beispiele:

„*Während man bis vor wenigen Jahren noch glaubte, für den Übergang von Erdöl auf eine andere Basis der Energieversorgung genügend Zeit zu haben, hat uns die Wirklichkeit durch die zwei sogenannten Ölkrisen eines anderen belehrt. Inzwischen ist es den meisten Bundesbürgern deutlich geworden, daß das wirtschaftliche Wohlergehen ihres Landes, bei fünfzigprozentiger Abhängigkeit vom Öl in der Energieversorgung, nicht lange aufrecht erhalten werden kann ... Im Gegenteil, es kommt darauf an, eine Energiestrategie zu finden, die uns so rasch wie möglich von unserer selbstgeschaffenen Ölabhängigkeit wieder befreit*" (S. 14/16). Außerdem macht „uns", so die Autoren, „*die hohe Abhängigkeit von Ölzufuhren aus dem Ausland erpressbar, zwingt zu Zugeständnissen, engt den außenpolitischen Handlungsspielraum ein*" (S. 207). Brunner hätt's nicht schöner formulieren können, und weiter heißt es: Hinzu kommt noch die „... *wachsende Härte im Kampf um knapper werdende Rohstoffe und Energievorräte*". Um Konflikte zu umgehen, „*sollten wir unsere internationale Energieabhängigkeit so schnell wie möglich vermindern*" (S. 213).

Aber die Rettung ist möglich, denn „wir" können uns ja, „*bei besserer Energienutzung zur Not sogar ohne Ausnutzung ‚neuer' regenerativer Energie in diesem Zeitraum völlig von unserer Erdölabhängigkeit befreien*" (S. 161).

In dieser kurzen und knappen Form wird dem Leser der „politische Hintergrund" präsentiert. Begründet oder erklärt werden diese Behauptungen nicht weiter.

Völlig unkritisch und ohne sie zu hinterfragen übernehmen die Autoren also selbst die national-chauvinistischen „Argumente" der staatlichen Energieplaner. Was die Grundlagen der Energieversorgung bzw. die ‚Abhängigkeit' von Ländern der 3. Welt angeht, sitzen „WIR" — laut Studie — mit den imperialistischen Energieplanern in einem Boot. In diesem Sinne ist das Konzept der „Energie-Wende"—Autoren auch in erster Linie als ein Vorschlag an die Kapitalisten zur Lösung der Energie- und Umweltprobleme zu verstehen.

Die Frage, die sich nun hieran anschließt, ist die, ob die Problemstellung der Freiburger Ökologen ebenfalls identisch mit den „Energie"-Problemen der Kapitalisten ist.

Die ‚Ölknappheit'

Die Kapitalisten behaupten, ebens wie die „Energie-Wende"-Autoren, daß die Rohstoffe, hier das Öl, knapper werden. Daß dem n i c h t so ist, — zumindest auf die nächste Zeit und auf die derzeitigen Fördermengen bezogen — kann selbst von ernsthaften bürgerlichen Wissenschaftlern nicht bestritten werden. So schreibt z.B. der Fischer Welt-Almanach: „*Das Rohstoffproblem der Gegenwart ist weniger ein Problem etwaiger Erschöpfung der Reserven als vielmehr ein Problem des Zugangs zu den Reserven und der Kosten ihrer Erschließung*" (Ausgabe 81, S. 812).

Nicht das Problem kurzfristig versiegender Ölquellen steht im Vordergrund, sondern die Profitrealisierung und ihre Bedingungen auf dem Energiesektor haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert.

Die Ursachen der Ölabhängigkeit

Die Ursachen der Ölabhängigkeit

Wesentlicher Hintergrund der hohen Ölabhängigkeit der westlichen Staaten ist die Tatsache, daß die Ausbeutung der Ölreserven im Nahen Osten den am Ölgeschäft beteiligten Konzernen und den westlichen Staaten (über die Ölsteuer) eine geradezu gigantische Profitrealisierung ermöglichte. Angesichts dieser Tatsache verstärkten die Ölkonzerne ihre Ölsuche und die erschlossenen Ölressourcen mußten nun möglichst schnell in „marktwirksames Angebot" verwandelt werden. Dabei galt ihr besonderes Interesse dem bis Mitte der 50er Jahre relativ unberührten westeuropäischen Markt.

Um die bis dato dominierende Steinkohle vom Markt zu verdrängen, traten die Öl-Multis in der zweiten Hälfte der 50er Jahre mit Dumping-Preisen in den Konkurrenzkampf um den Wärmemarkt, und von da an konnten die Ölkonzerne ihren Marktanteil auf dem Energiesektor kontinuierlich ausbauen.

In gleichem Maße vergrößerten sich auch die Profite. 1955 betrugen sie noch 1,5 Mrd. Dollar, 1970 bereits 7,2 Mrd. Dollar (M.Massarrat, Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, S. 194).

Unter den 10 größten Industrieunternehmen der westlichen Welt sind heute allein 7 Ölkonzerne vertreten, die berüchtigten sieben Schwestern. An der Spitze steht der Ölgigant Exxon mit einem Jahresumsatz von weit über 100 Mrd. DM (1978: 121,18 Mrd DM, 1979 betrug der Umsatz schon rund 150 Mrd DM). Damit übertraf der Konzern das Bruttosozialprodukt Schwedens. 1979 konnten die Öl-Multis geradezu gigantische Gewinnsteigerungen vermelden. Z.B.:
Exxon steigerte seinen Gewinn in den ersten drei Quartalen um 120 %.
BP erhöhte seinen Gewinn von 830 Mill. auf 2,5 Mrd. DM (erstes Halbjahr 79 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, siehe „Atomexpress 18/80, S. 22). Insgesamt erwirtschafteten die amerikanischen Ölkonzerne 1979 einen Reingewinn von 36 Mrd. DM („stern" 7/80).

Doch nicht nur den Öl-Multis hat die Ausbeutung des Nahost-Öls Milliarden-Gewinne eingebracht. Auch der BRD-Staatsapparat hat einen ganz beträchtlichen Teil des Öl-Kuchens für sich beansprucht: „*1971 beispielsweise ... sind in der BRD für alle Produkte, die aus einer Tonne Rohöl gewonnen werden konnten, etwa 260 DM erlöst worden. Genau die Hälfte dieses Erlöses (nämlich 130 DM) hat an das Finanzamt abgeführt werden müssen und zwar 104 DM Mineralölsteuer und 26 DM MWSt. ... Dabei haben die effektiven Aufwendungen für die Förderung je Tonne Rohöl etwa 8 DM betragen, für fiskalische Abgaben an die Ölländer etwa 40 DM...*" („FAZ", 20.10.73). Demnach erhielt die Bundesregierung etwa das Dreifache des Betrages, den die Förderländer für ihr Öl erzielen konnten. So kassierte der Bund 1969 10,6 Mrd. DM Mineralölsteuer, 1979 bereits 21,5 Mrd. DM und 1980 21,35 Mrd. „*Das ergibt für den Zeitraum von 1961 bis 1980 etwa 250 Mrd. DM. Die Mineralölsteuer ist heute die mit Abstand höchste Verbrauchssteuer*" (siehe „Atomexpress" 24/81, S. 40).

Demgegenüber konnten alle OPEC-Staaten zusammen 1970 gerade 7,343 Mrd. Dollar an Einnahmen verbuchen. Die OECD-Staaten (ohne USA und Kanada) und die Ölkonzerne erzielten dagegen Einnahmen in Höhe von 30,546 Mrd. Dollar (M.Massarrat, a.a.O., S. 194). Das ist imperialistische Ausbeutung in krassester Form!

Angesichts dieser Zahlen ist es dann auch nicht mehr so schwer zu verstehen, warum die Bundesregierung dem Streben der Mineralölkonzerne, die Kohle vom Markt zu verdrängen, wenig entgegensetzte, trotz der drohenden Ölabhängigkeit.

Der Handlungsspielraum

Wenn die Autoren der „Energie-Wende" vom eingeschränkten Handlungsspielraum schreiben, berücksichtigen sie nicht, daß es hier vorwiegend um den Handlungsspielraum ganz bestimmter Kreise geht. Genauer gesagt ist es der Ausbeutungsspielraum, der sich in den letzten Jahren ungünstig für die Kapitalisten entwickelt hat. Der Ölpreis ist heute keine rein „koloniale Größe" mehr. Die Öllieferländer lassen sich heute nicht mehr mit einem
Größe" mehr. Die Öllieferländer lassen sich heute nicht mehr mit einem
geringen Obulus abspeisen. Indem sie ihre Interessen gegen die der Ölkonzerne und der westlichen Staaten, nach einem langen politischen Entwicklungsprozeß (verschiedene nationale Revolutionen, OPEC-Gründung, Sturz des Schah-Regimes) durchsetzen konnten, realisierten sie eine Umverteilung des Ölwertes von etwa 100-150 Mrd. Dollar jährlich zu ihren Gunsten (vgl. Massarrat, a.a.O. und „links" III/80).

Diese Umverteilung bewirkt natürlich eine Belastung der Außenhandelsbilanzen der Ölverbraucherstaaten und eine Schmälerung der Extraprofite. Angesichts dieser Tatsache fangen dann die Politiker an zu klagen: „*Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit ist ähnlicher Reichtum innerhalb von wenigen Jahren gewaltlos umverteilt worden*" (Brunner, „Umschau" 20/79).

Oder wie es Clifton J.Garvin, Topmanager des Exxon-Konzerns, ausdrückte: „*Früher hatten wir die Spanne zwischen den Produktionskosten und dem Marktpreis für Rohöl. Die Araber beanspruchten einen immer größeren Anteil davon und wollen möglichst hundert Prozent*" („Zeit", 21.11.74, in Massarrat, a.a.O., S. 199). Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind die multinationalen Ölkonzerne zur Verlagerung der Ölproduktion „*von den Ländern der ‚Dritten Welt' in die Hoheitsgebiete der entwickelten kapitalistischen Länder (Nordsee, Alaska) übergegangen. Denn ohne zusätzliche Surplusprofite* (zusätzliche Extraprofite — Anm. AK) *würde den Kapitalien auf dem Weltenergiesektor ... der besondere Anreiz fehlen, gerade in den Ländern der ‚Dritten Welt' zu produzieren*" (ebenda). Auf Weltenergiekonferenzen diskutierten dann die westlichen Politiker die Weltenergieproblematik und beschlossen eine koordinierte Umrüstung der imperialistischen Energieversorgung. Wie diese im Einzelnen aussieht — speziell auch in der BRD — und wie teuer sie dem Verbraucher zu stehen kommt, wurde bereits in dem Artikel „500 Mrd. Dollar für die Umrüstung der imperialistischen Energieversorgung" (AK 185) beschrieben.

Verringerung der Kriegsgefahr?

Bei der Frage der Kriegsgefahr wirkt sich dann der Erklärungsversuch der Autoren besonders fatal aus. Rohstoffe und Energievorräte werden knapp, und das bedeutet eine wachsende Härte im Kampf um die letzten Tropfen. Darum „*sollten wir unsere internationale Energieabhängigkeit so schnell wie möglich vermindern, und das leistet der harte Weg* (Energieversorgung mit möglichst viel Atomkraft — Anm. AK) *gerade nicht*" („Energie-Wende", S. 213).

Folglich müssen „wir" so schnell wie möglich Einsparungs- und Substitutionsmaßnahmen ergreifen, also die Ölabhängigkeit auf ein Minimum senken, und schon wäre die Gefahr eines Krieges gebannt.

Dieser Logik zufolge hätten die Nazis eigentlich recht friedliebende Menschen sein müssen. Denn vor und während des 2. Weltkrieges gab es auf mehreren, für die Kriegspolitik der Nazis bedeutenden Ebene eine recht intensive Autarkie- bzw. ‚ökologische Kreislaufwirtschaft'. Um z.B. die hohe


Kampf dem Verderb!

Wir müssen mit dem auskommen, was wir haben. Das ist das Kennwort des Vierjahresplanes. Kein Apfel darf verfaulen, kein Maschinenteil verrosten, keine leere Zahnpasta-Tube verlorengehen. Nichts darf umkommen! Hausfrauen und Pimpfe führen den Zweifrontenkrieg gegen den Verderb. Wir wollen ihnen helfen!

Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, die Mitte der 30er Jahre bestand — welche jede militärische Planung ad
die Mitte der 30er Jahre bestand — welche jede militärische Planung ad
absurdum geführt hätte — zu verringern, erarbeiteten die Faschisten einen „Vierjahresplan" (Autarkieplan). Dieser „Vierjahresplan" sollte die für die Kriegsführung besonders wichtige Versorgungssicherheit bei der Rüstungsindustrie garantieren. Wesentliche Sektoren dieses Plans waren somit: Pulver und Sprengstoffe, Treibstoffe, Aluminium und Buna (Kunstkautschuk zur Reifenherstellung)(nach D.Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich).

Für die Versorgung mit Treibstoffen und mit Kunstkautschuk bauten die Nazis zahlreiche Kohleveredelungsanlagen (u.a. die Leuna-Werke). Diese Anlagen lieferten dann das Buna für die Reifen der Militärfahrzeuge und den Treibstoff für Panzer und für die Luftwaffe. Während des 2. Weltkrieges produzierten mehr als 14 Kohleveredelungsanlagen 4 Millionen Tonnen Sprit und 96000 Tonnen Kunstkautschuk (ebenda und W.M.Larsen, Das Ende der Ölzeit, Heyne 79).

In diesen Fall hat also die Verringerung der Ölabhängigkeit die Kriegsgefahr nicht vermindert, sondern sie war eine V o r a u s s e t z u n g für die Kriegsführung.

Auch heute wäre es äußerst naiv zu glauben, daß durch die Verringerung der Ölabhängigkeit automatisch die Gefahr eines Krieges vermindert würde.

Wer droht hier wem?

Mit ihrer abstrakten und aus dem konkreten politischen Zusammenhang gerissenen These einer allgemein drohenden Kriegsgefahr verwässern die Freiburger Ökologen in ziemlich fataler Weise die Zusammenhänge der r e a l ablaufenden Kriegsvorbereitungen. Erstens war es nicht die PLO, die mit der Verminung der Elbe oder der Bombardierung des Rotterdamer Hafens gedroht hat, sondern es waren die westlichen Staaten, die ganz unverhüllt Kriegsdrohungen ausgesprochen haben. Und zweitens ist es nicht der Iran, der gegenwärtig eine größere Eingreiftruppe zur Wahrung seiner Interessen in den USA aufbaut, sondern das genaue Gegenteil ist der Fall. Die USA drohten 1973, mit ihrem Militär einzugreifen, um den persischen Golf freizubomben, damit „unser" Öl fließt. Die USA sind es, die gegenwärtig eine Eingreiftruppe aufbauen, um im „Bedarfsfall" dafür zu sorgen, daß die Interessen des amerikanischen Kapitals im Nahost-Raum gewahrt bleiben. Westdeutsche „Volksvertreter" sind es, die ihrerseits ähnliches erwägen:

- Die geographische Begrenzung des Nato-Tätigkeitsfeldes müsse fallen, „*Die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung eine ihrer zentralen Aufgaben werden*" (CDU-Verteidigungsexperte M.Wörner nach „SZ", 12.1.80).
- So wurde auch schon in Bonn diskutiert, ob die Bundeswehr bei einer Unterbrechung der Rohstoffzufuhr eingreifen dürfe (siehe „Spiegel" II/81).

Andere europäische Politiker/innen wurden noch deutlicher:

- 15 französische Schiffe im Indischen Ozean, so verkündete der seinerzeitige Außenminister Jean Francois-Poncet seien „*Beweis, daß wir zum Schutz der freien Durchfahrt durch die Meeresenge von Hormus bereit sind*". Die Europäer sollten nicht die USA als „*Schutzschild sehen,*
bereit sind". Die Europäer sollten nicht die USA als „*Schutzschild sehen,*
hinter dem sie ihre Verantwortungslast ablegen können" („Spiegel" II/81, S. 20).
- Die englische Staatschefin Thatcher versprach ohne Umschweife: „*Ihre Regierung sei bereit, sich an einem internationalen Flottenverband im Golf zu beteiligen und Truppen für die US-Eingreifreserve abzukommandieren*" (ebenda).

Hinter der staatlichen Energiespar- und Ölkrisenpropaganda verbirgt sich also nicht das Interesse der Verringerung der Kriegsgefahr sowie der Bewältigung der ökologischen Probleme, sondern das imperialistische Streben um die Macht über Rohstoffe, Märkte und Erdteile. Hinter dem Mantel der reaktionären Sparparolen wälzen die Kapitalisten die entstehenden Kosten auf die Bevölkerung ab und bereiten sich auf einen zukünftigen imperialistischen Raub- bzw. Verteilungskrieg vor, wie ihn Strauß schon voraussieht: „*Entweder wird um die Ölquellen und Rohstofflager mit subversiven Mitteln oder in offenen Auseinandersetzungen Krieg geführt, und der Stärkere holt sich, was er braucht — oder aber wir leben mit dem Mangel und werden miterleben müssen, daß innerstaatliche Ordnungen zerbrechen und in der Revolution der Unzufriedenheit untergehen werden*" (Strauß auf der Weltenergiekonferenz in München).

Im Rahmen dieser Kriegsvorbereitungen verringern die Kapitalisten gegenwärtig ihre Rohstoffabhängigkeit, legen Rohstoffvorräte an, streuen ihre Energiebezüge und vermindern lediglich die e i n s e i t i g e Ölabhängigkeit. Für uns kann das nur heißen, den Kapitalisten nicht auch noch ökologischen Flankenschutz zu geben, indem wir deren reaktionäre Propaganda aufgreifen und somit selbst dazu beitragen, die realen Hintergründe zu verdecken. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, die wirklichen Klassengegensätze aus dieser Problematik herauszuarbeiten.

E., KB/Gruppe Heidelberg

SS-Massenmörder Strippel muß endlich vor Gericht gestellt werden!



Es bedurfte der Schüler des Gymnasiums Billstedt, die in ihrem Werkunterricht ein Straßenschild gebaut hatten, das dem Platz jenen von den Hinterbliebenen gewünschten Namen gab. Allein, das Straßenschild verschwand in der Nacht. Wer es entfernte? Sicherlich wird der Senat hier keine Nachforschungen eingeleitet haben.

SS-Massenmörder, die in den Konzentrationslagern Menschen aus Lust und Laune, wegen der nichtigsten Anlässe quälten, folterten, erniedrigten und auf kaum vorstellbare Weise Hunderte, Tausende mordeten, gibt es viele. Und viele laufen heute noch frei herum. Einer von diesen ist der SS-Massenmörder A. Strippel. Seine blutige Spur zieht sich durch viele Konzentrationslager. Sich mit diesem Massenmörder ausführlich zu beschäftigen, hat einen besonderen Grund: Die Behandlung dieses Falles und der Hinterbliebenen seiner Opfer durch den Hamburger Senat und die Justiz. Denn in Hamburg war SS-Strippel Komandant aller Außenlager, so auch der Schule am Bullenhuser Damm (jetzt Janusz-Korczak-Schule getauft, ein Beitrag des Hamburger Senats zur Vergangenheitsbewältigung). Und in dieser Schule wurden am 20. April 1945 20 jüdische Kinder, ihre Betreuer – die holländischen Pfleger Anton Hölzel und Dirk Deutekom –, zwei französische Ärzte – die Professoren Florence und Quenoville – sowie 24 russische Kriegsgefangene im Heizungskeller durch Erhängen am Heizungsrohr ermordet. Strippel beteiligte sich eigenhändig an dem bestialischen Verbrechen. Außer Strippel, der sich seiner Verurteilung vor dem Britischen Militärgericht durch Flucht entziehen konnte, wurden alle anderen, die an dieser Mordtat beteiligt waren, zum Tode verurteilt. Strippel lebt heute als wohlangesehener Bürger in Frankfurt-Calbach.

Und der Hamburger Senat weigert sich bis heute, die Hinterbliebenen der Ermordeten moralisch – geschweige denn finanziell – zu unterstützen. Ihre Forderung z. B., den Platz an der Schule in einen Gedenkplatz umzuwandeln und ihn in „Platz der Kinder vom Bullenhuser Damm“ umzubenennen, wird vom Senat abgelehnt. (Wir berichteten darüber im AK 198).

Mit dem Namen S. Strippel verbindet sich aber auch ein in der bundesdeutschen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet gebliebener Justizskandal, der in Frankfurt 1949 seinen Anfang nahm und in mehreren Stufen bis zu Strippels Haftentlassung und zur „Wiedereingliederung“ in die Gesellschaft führte. In Hamburg wurde 1963 eine Strafanzeige gegen Strippel vom heute noch tätigen, jetzigen Oberstaatsanwalt, Münzberg bereits in den Voruntersuchungen zur Eröffnung des Ermittlungsverfahrens gestoppt. In der Be-
gen, jetzigen Oberstaatsanwalt, Münzberg bereits in den Voruntersuchungen zur Eröffnung des Ermittlungsverfahrens gestoppt. In der Be-
gründung hieß es u. a.: „ ... *Ihnen* (den Kindern) *ist also über die Vernichtung des Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden ...* “

Diese zynische Ansicht des Herrn Münzberg hat sich anscheinend auch im Hamburger Senat breit gemacht: Bis heute lehnt der Senat erneute Ermittlungen mit Hinweis auf die „Untersuchungen“ des Herrn Münzberg ab.

Ein Justizskandal auch, weil die Hamburger Justiz verpflichtet gewesen wäre, alle von den Alliierten festgestellten Straftaten, die sich aus der Akte ergaben, strafrechtlich zu verfolgen, bzw. die Akten auf strafrechtliche Vergehen durchzusehen und Ermittlungen einzuleiten. Vom Hamburger Senat muß gefordert werden, Strippel umgehend vor Gericht zu stellen und darüber Rechenschaft abzulegen, ob er einen Oberstaatsanwalt für tragbar hält, der gewiß mit Unterstützung seiner Vorgesetzen, im Falle des Nazi-Mörders Strippel konkret „Strafvereitelung“ betrieben hat.

Zur Vorgeschichte ...

Wo heute Bürohäuser stehen, ein Stadtautobahnzubringer, die S-Bahn längsführt, befand sich 1944/45 das von Strippel geleitete Außenlager Spaldingstraße. Ein Hinweisschild oder ähnliches Erinnernde sucht man vergeblich. In diesem „kleinen“ KZ waren etwa 2.000 männliche Häftlinge, „Bombenräumer“ – Polen, Russen – untergebracht. Am 20. April 1945 hielt dort ein aus dem KZ Neuengamme kommender Wagen mit den 20 Kindern, zwei französischen Ärzten, zwei holländischen Pflegern und 24 russischen Kriegsgefangenen. Die Kinder kamen aus der Menschenversuchs-Baracke des SS-„Arztes“ Dr. Heißmeyer und waren aus Geheimhaltungsgründen von Birkenau nach Neuengamme verlegt worden.

Wann Heißmeyer in seiner „Sonderabteilung“ die Versuche an den Kindern aufnahm, ist nicht mehr feststellbar. Alle Kinder erhielten Hauteinschnitte, in die Tuberkelbazillen eingerieben wurden, und bei allen begann nach zwei bis drei Tagen das Fieber. Der gesundheitliche Zustand der KInder verschlechterte sich rapide. Einige – sonst fröhliche, aufgeweckte Kinder – konnten bald kaum noch gehen und ihre Umwelt wahrnehmen.

Gepflegt wurden sie von dem 60 jährigen Professor Rene Quenoville und seinem 58 jährigen Kollegen Gabriel Florence. Sie blieben, ebenso wie die beiden holländischen Pfleger Deutekom und Hölzel, bis zum Tode bei den Kindern. Mitte Januar 1945 wurden den Kindern die Axillardrüsen herausoperiert, damit Heißmeyer die Reaktion der Kinder auf die Tbc-Infektion überprüfen konnte. Die Präparate wurden nach Hohenlychen an den heute noch in Heidelberg tä-
die Reaktion der Kinder auf die Tbc-Infektion überprüfen konnte. Die Präparate wurden nach Hohenlychen an den heute noch in Heidelberg tä-
tigen Pathologen Dr. Hans Klein geschickt, der sie untersuchte und die Befunde unterschrieb.

Beim Nahen der Alliierten Truppen soll ein Befehl vom 20. April 1945 aus Berlin vorgelegen haben, die Kinder mit Gift oder Gas zu „beseitigen“.

Strippel, der den Transport schon erwartete, fuhr dem LKW in das naheliegende KZ Bullenhuser Damm voraus. An der Schule nahmen Strippel, SS-Oberscharführer Jauch und SS-Unterscharführer Frahm den Wagen in Empfang. Die russischen Kriegsgefangenen und die Pfleger wurden im Heizungskeller ermordet, die Kinder wurden in den Luftschutzraum der Schule geführt. Dort erhielten sie vom SS-„Arzt“ Dr. Trzebinski eine mit Wasser verdünnte Morphiumspritze, manchmal auch zwei, und wurden dann halbbetäubt gleichfalls an den Heizungsrohren erhängt.

Am 18. März 1946 begann der erste Prozeß (Curio-Haus-Prozeß) gegen die 14 Hauptangeklagten des KZ Neuengamme und der verschiedenen Außenlager: Pauly, Thuman, Dreimann, Speck und Trzebinski wurden zum Tode verurteilt. –

Am 31. Mai 1946 wurde vor dem Militärgericht im Curio-Haus Anklage gegen Strippel, Frahm und Jauch und Speck wegen „killing of 20 children at the Bullenhuser Damm“ erhoben. Frahm, Jauch und Speck wurden zum Tode verurteilt, Strippel entzog sich durch Flucht. Aufgrund von Zeugenaussagen war für das britische Militärgericht Strippels Mitschuld und Mittäterschaft eindeutig erwiesen.

Am 13. Dezember 1948 wurde Strippel in Frankfurt von einem ehemaligen Buchenwald-Häftling erkannt und von der Polizei festgenommen. Er war nach seiner Flucht aus Hamburg bei einem SS-Kumpan untergetaucht, dann als Landarbeiter in Hessen tätig. 1948, als für die SS-Verbrecher wieder sichere Zeiten in Westdeutschland begannen, stellte er sich unter seinem richtigen Namen im amerikanischen Internierungslager Darmstadt, wo er ordentliche Papiere bekam und entlassen wurde.

Strippels flotte Resozialisierung durch Justizskandale

Am 1. Juli 1949 begann vor einem Frankfurter Schwurgericht der Prozeß gegen Strippel. Er wird dort angeklagt wegen der gemeinschaftlichen Ermordung von 21 jüdischen Häftlingen im KZ Buchenwald und zu 21 mal lebenslangem Zuchthaus und wegen einer unbestimmten Anzahl von Fällen gefährlicher Körperverletzung zu weiteren 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. – Nach dem Prozeß kam Strippel in die Haftanstalt Butzbach, wo er ein relativ angenehmes Leben führte: Er hatte dort nicht etwa die zermürbende Untätigkeit oder tagtägliches Tütenkle-
genehmes Leben führte: Er hatte dort nicht etwa die zermürbende Untätigkeit oder tagtägliches Türenkle-
ben, womit sonst „Kriminelle“ in der Regel ihr Leben im Knast fristen müssen – nein, SS-Massenmörder Strippel „*war als Kalfaktor beim Anstaltsarzt, hatte eine große Stube mit Fenstern bis nach unten. Die Lazarettbeamten verkehrten mit ihm kameradschaftlich per Du. Er hat im KZ nur seine Pflicht getan, hat er gesagt ...*“

Häftlinge aus Butzbach berichteten, daß die Nazi-Verbrecher, die dort zusammenlebten, jedes Jahr „Führers Geburtstag“ feiern konnten.

Die Verurteilung Strippels wurde später vom Oberlandesgericht aufgehoben und an das Landgericht Frankfurt zurückverwiesen. Das bestätigt allerdings am 16. Februar 1950 das alte Urteil.

Strippel stellte erneut Gnadengesuche, die zum Teilerfolg führten: Das Urteil des LG Frankfurt wurde aufgehoben und eine neue Gesamtstrafe gebildet.

1967 erreicht Strippel die erneute Wiederaufnahme seines Verfahrens vor dem Frankfurter Schwurgericht. Am 23. November wurde seine 10 jährige Zuchthausstrafe wegen schwerer Körperverletzung in eine 5 jährige Haftstrafe umgewandelt.

Der Hintergrund: Einer der damaligen Zeugen, der Strippel wegen Körperverletzung belastet hatte, war in einem anderen Verfahren „*als allgemein unglaubwürdig*“ bezeichnet worden. Der Zeuge war zwar bereits gestorben, aber die Justiz honorierte Strippel diese späte Erkenntnis.

Jetzt mußte Strippel nur noch das Urteil wegen der Ermordung der 21 jüdischen Häftlinge in Buchenwald zu Fall bringen. Auch in diesem Punkt erreichte Strippel die Wiederaufnahme des Verfahrens. Das Gericht hob den Haftbefehl gegen Strippel auf, weil „*Strippel beim Mord im Steinbruch möglicherweise nicht als fanatischer Nationalsozialist gehandelt habe, wie das Gericht bisher immer unterstellte ... Mörder der Juden seien nicht die SS-Leute gewesen, die ihnen die Kugeln in den Kopf schossen, sondern der Lagerkommandant Karl Koch*“. So wurde aus dem Massenmörder und Mordschützen Strippel ein einfacher „Gehilfe“. Weiterhin berücksichtigten die Richter, *daß die Rechtsprechung mit einem immer größeren zeitlichen Abstand zu den Untaten unter der nationalsozialistischen Herrschaft sich mildernd gewandelt habe*“.

Strippel wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, die durch die Haft verbüßt waren. Strippel wurde aus der Haft entlassen und wegen „unschuldig erlittener Haft“ von 11 Jahren bekam er eine Haftentschädigung in Höhe von 150.000 DM; pro Monat also 1.136 Mark.

Opfer der Nazi-Verbrechen hingegen erhalten pro Monat ihrer Gefangenschaft nur 150 Mark Entschädigung, vorausgesetzt, sie können auch nachweisen, daß ihre Schä-
fangenschaft nur 150 Mark Entschädigung, vorausgesetzt, sie können auch nachweisen, daß ihre Schä-
den tatsächlich in den KZ's erlitten wurden und auch tatsächlich keine „normalen“ Strafen im gängigen Strafanstaltsalltag darstellten, bzw. nicht „selbst verschuldet“ waren. Und selbst das nur, „*wenn man sich nach 1945 politisch konform verhalten hat*“.

Der ehemalige Staatssekretär Hermsdorf auf eine Anfrage im Bundestag: „*Die Entschädigung des KZ-Wächters Strippel bezog sich demgemäß nur auf materielle Schäden wie Verdienstausfall, Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge sowie Auslagen im Strafverfahren*“, obwohl er „*persönlich das Urteil für skandalös*“ halte. Tja, so geht das eben ...!

Am 13. Februar 1973 erstattete das Präsidium der VVN bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt Strafanzeige gegen Strippel, da er in Hamburg den d i r e k t e n Befehl für die Ermordung der Kinder, Pfleger und Kriegsgefangenen durch ihm Untergebene gegeben habe. Das wurde von der Staatsanwaltschaft mit Hinweis auf die alte Einstellungsbegründung (1963) des Oberstaatsanwalts Münzberg abgelehnt. Die Voruntersuchungen dieses Herrn Münzberg haben also entscheidenden Einfluß auf die Einstellung aller weiteren Strafanzeigen gegen Strippel gehabt. Deshalb wollen wir ausführlicher die Argumentation von Münzberg, die einem Plädoyer f ü r Strippel gleichkommt, betrachten, zuvor aber die Beweisergebnisse des „Curio-Haus-Prozesses“ 1946 vor dem britischen Militärgericht dagegen stellen. Alle Aussagen der dort gehörten Zeugen belegen nämlich die Mitschuld und Mittäterschaft Strippels.

Strippel ist eindeutig schuldig ...

Am 31. Mai 1946 fand der Prozeß gegen Frahm, Speck und Strippel wegen „killing of 20 children at the Bullenhuser Damm“ statt.

Eine Reihe von Aussagen belegen Strippels Verantwortlichkeit und persönliche Aktivitäten. So sagte z. B. der SS-Unterscharführer Frahm auf die Frage, wer den Befehl gegeben habe, in den Heizungskeller zu gehen, und wer der Verantwortliche der Arbeitsgruppe gewesen sei: „*Jauch. Oberscharführer Jauch ... Jauch sei zwar der Verantwortliche für das Kommando, aber über ihm sei Obersturmführer Strippel verantwortlich*“. (s. o.) (Soweit nicht anders angegeben stammen alle Zitate aus „Kindermord am Bullenhuser Damm ...“).

SS-Standortarzt Dr. Trzebinski, der Strippel schon von Majdanek kannte: „*Wir kamen nach einer Stunde dort an* (in der Spaldingstraße, – Anm. AK). *Oben schien uns Strippel schon zu erwarten. Zuerst verhandelten Dreimann und Wiedemann mit Strippel. Wie ich später erfuhr – zunächst über die Exekution von 20 Männern ... Dann bat ich Strippel, in ein Extrazimmer zu kommen. Ich sagte: ,Die in Berlin sind total verrückt, jetzt ist ein Befehl gekommen, die Abteilung Heißmeyer soll verschwinden ... Strippel sagte ,Wenn Pauly* (Lagerkommandant vom KZ Neuengamme – Anm. AK) *dir das befohlen hat, dann mußt du es auch tun.*“

„ *... Die in Berlin werden schon ihre Gründe dafür haben, und wenn ein Befehl da ist, müssen wir ihn ausführen ... Wenn du dazu zu feige bist*“, so Strippel zu Trzebinski, „*muß ich die Sache eben in die Hand nehmen*“. Strippel fuhr mit dem Wagen zum Bullenhuser Damm. Mit Jauch und Frahm besprach er den Ablauf, sie „*prüften ... die im Heizungs- bzw. Maschinenraum der Schule entlanglaufenden Rohre, Dreimann befestigte daran mitgebrachte Stricke.*“ Trzebinski weiter: „*Als wir ankamen ..., kamen Strippel, Jauch und Frahm gerade aus der Tür raus, Strippel ... sagte im Vorbeigehen: Die Sache geht in Ordnung.*“

Vor der „Ermittlungskommission für Kriegsverbrechen“ sagte Frahm aus: „*Es wurde ihnen ein Strick um den Hals gelegt, und sie wurden dann an Haken wie Bilder an der Wand aufgehängt. Dies wurde von ... ausgeführt. Strippel war zeitweise auch dabei ... Um Mitternacht kam ein anderer Schub von Gefangenen aus Neuengamme ... 20 erwachsene Russen ... wurden von uns vieren ... und teilweise Strippel aufgehängt.*“

Und so sieht Münzberg die Sache ...

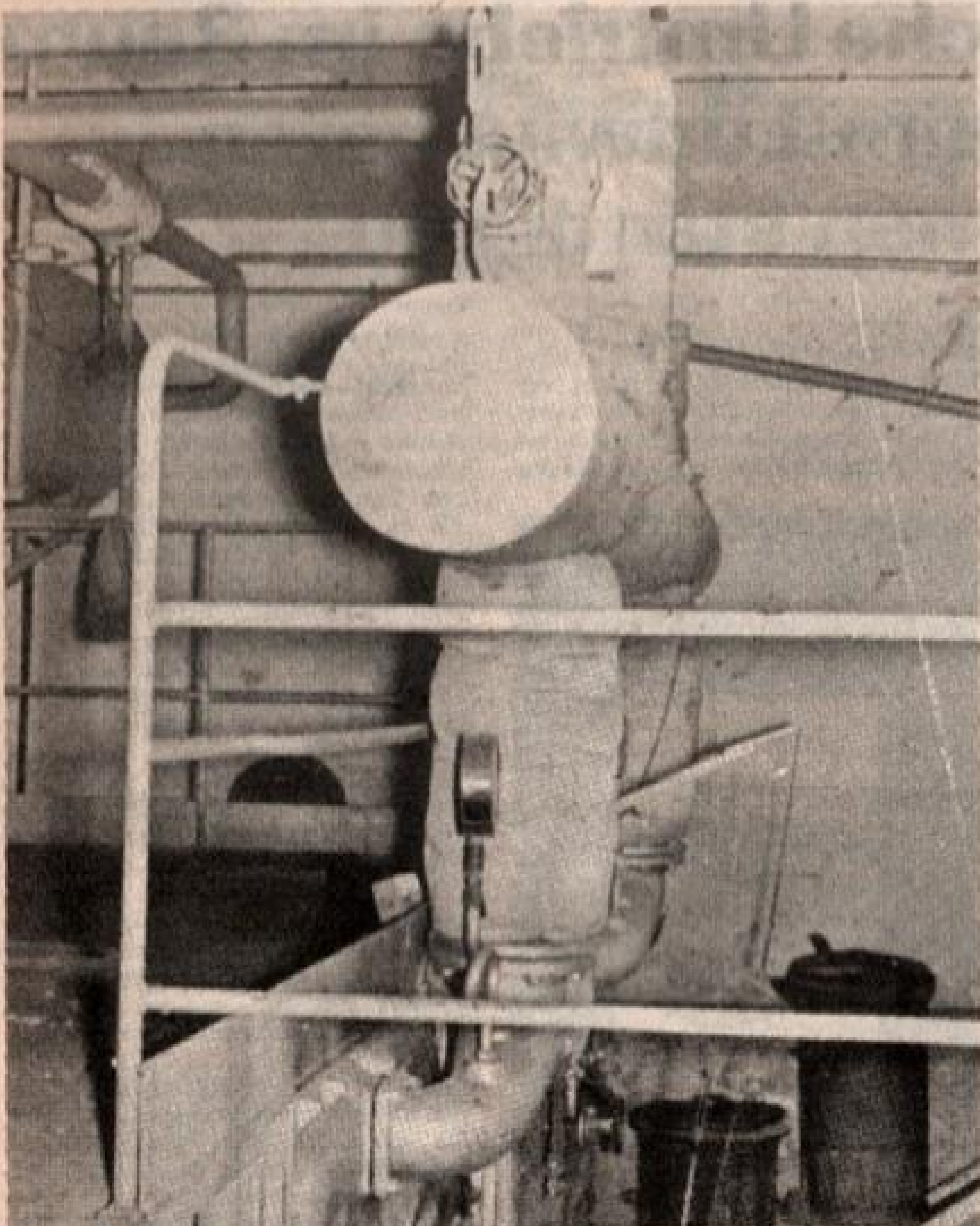
Und so sieht Münzberg die Sache ...

Obwohl an bedeutender Stelle im Dezernat für Nazi-Verbrechen tätig, will Münzberg erst in den Kellern der britischen Botschaft in Bad Godesberg ein unvollständiges Protokoll des Curio-Haus-Prozesses gefunden haben. Er befragte daraufhin SS-Strippel in dessen damaliger Haftanstalt Butzbach. Dort behauptete Strippel: „*Von der Tatsache, daß im Keller der Schule Erhängungen stattgefunden haben, speziell von der Erhängungsaktion in der Nacht vom 20. zum 21.4.45, habe er erst nach dem Kriege erfahren.*“ Die Aussagen der anderen seien lediglich Schutzbehauptungen, da er bei dem Militärprozeß nicht anwesend gewesen sei.

Diese Behauptung machte sich Münzberg ohne Prüfung zu eigen. Er stellte das Verfahren gegen Strippel ein und erklärte am 30. Juni 1967:

„*Lebende Zeugen des Massenmordes gebe es nicht mehr. Das Wortprotokoll des Curio-Haus-Prozesses mit den Aussagen von Trzebinski, Frahm, Jauch und Dreimann sei zwar das Hauptbeweismittel, könne aber nur mit äußerster Vorsicht gewertet werden. Diese Protokolle bestehen nämlich, jedenfalls was die Vorgänge im Keller der Schule anbelangt, ausschließlich aus den Aussagen der inzwischen hingerichteten, an der Tat beteiligten SS-Angehörigen, die sich ... alle nach Kräften bemüht haben, den Sachverhalt in einem für sie möglichst günstigen Licht darzustellen und den eigenen Tatbeitrag so klein wie möglich zu halten.*“

Der Autor des Buches „Der SS-Arzt und die Kinder“, Günter Schwarberg, kommt nach Untersuchungen des Materials zum Schluß: „*Den Beweis dafür ist Münzberg schuldig geblieben. Im Gegenteil zeigt ein Vergleich des Protokolls mit den persönlichen Aufzeichnungen von Trzebinski, Dreimann, Pauly und ihren Verteidigern, mit den zahlreichen Protokollen der Verhöre in den Vorermittlungen, mit den Gnadengesuchen und den Abschiedsbriefen der*


„Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden ..." (Staatsanwalt Dr. Münzberg)
Heizungskeller, in dem die Morde verübt wurden

zum Tode Verurteilten, daß die Vorgänge beim Kindermord im Prozeß korrekt geschildert wurden."

Münzberg hielt es u. a. auch nicht für nötig, in die Magdeburger Prozeß-Akten „Heißmeyer" Einsicht zu fordern, obwohl er zumindest durch eine Notiz in der „Welt" von diesem Prozeß wußte.

In den Prozeßakten hätte er Originalunterlagen über die „Experimente" an den Kindern und die Aussage über den Exekutionsbefehl gefunden. Auch die anschließende Tötung der Kinder wurde vom Magdeburger Gericht ausführlich untersucht. Zusätzlich „fahrlässig" handelte Münzberg, indem er darauf verzichtete, den neben Strippel noch einzig mitbeteiligten lebenden Zeugen, SS-„Arzt" Heißmeyer, zu verhören. Münzberg war offensichtlich mehr nach Entlastungsargumenten für den Massenmörder Strippel unterwegs. So zog er die SS-Befehlsstruktur heran, um Strippel als unschuldiges Opfer einer Diffamierungskampagne seiner Mittäter darzustellen. Strippel könne ja gar nicht verantwortlich sein, da *„die Tötung der Kinder, der Ärzte und Pfleger von den dem Lager vorgesetzten Dienststellen in Berlin ... angeordnet worden sei und ... ihre Durchführung dem SS-Standortarzt Dr. Trzebinski oblag."* (s. o.).

Aber gerade Münzberg dürfte es, zumal als Oberstaatsanwalt im ‚Dezernat für Nazi-Verbrechen', aus diversen anderen Prozessen bekannt sein, daß bei Exekutionen der Lagerführer oder der nächste ranghöhere Offizier anwesend sein mußte. Ein Arzt durfte eine Exekution nie leiten. Das aber wurde von Münzberg bestritten, der Strippel höchstens als Befehlsempfänger Trzebinski's sieht.

Geradezu zynisch ist, wie Münzberg die Verbrechen an den Kindern herunterspielt, und hier stellt sich umsomehr die Frage nach dem menschlichen Charakter dieses Oberstaatsanwaltes. *„Aus niederen Beweggründen"* seien die Kinder zwar ermordet worden, aber nicht *„grausam"*.

„Die Ermittlungen haben nicht mit der erforderlichen Sicherheit ergeben, daß sich die Kinder ü b e r G e b ü h r (gesperrt von uns – Anm. AK) *lange quälen mußten, bevor sie starben. Im Gegenteil spricht manches dafür, daß sämtliche Kinder gleich nach Empfang der ersten Spritze das Bewußtsein verloren und aus diesem Grund alles weitere, was mit ihnen geschah, nicht wahrgenommen haben.* **Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus k e i n w e i t e r e s Ü b e l zugefügt worden,** *sie hatten insbesondere nicht besonders lange seelisch oder körperlich zu leiden."*

In einem späteren Gespräch mit Autor G. Schwarberg schwächte Dr. Münzberg diese Aussage ab: *„Die Formulierung lasse sich nur aus der eingeengten Betrachtungsweise des Juristen, der ein Tatbestandsmerkmal exakt herausarbeiten wolle, verstehen"*; er werde sein ganzes Leben lang nie mehr einen solchen Satz schreiben.

Aber, Herr Dr. Münzberg, das gesamte Einstellungsverfahren ist im Geiste dieses Satzes formuliert! Warum wurde bis heute von Ihnen das damalige Ermittlungsverfahren nicht wieder selbst aufgenommen, und warum haben Sie diese Argumentation nicht ö f f e n t l i c h zurückgenommen?

Nach den Ausführungen Münzbergs in der Ablehnung der Einleitung eines Verfahrens sind die Pfleger und Ärzte ebenfalls ganz „human" ermordet worden: *„Die von Dreimann angewendete Erhängungsmethode, ihnen die Beine vom Boden wegzuziehen, hat ihnen, so ungewöhnlich sie ist, keine über die Vernichtung des Lebens hinausgehenden Qualen bereitet und ist auch aus sonstigen Gesichtspunkten* (welchen? – Anm. AK) *heraus nicht unmenschlich gewesen. Insbesondere haben die Ermittlungen* (fragt sich, wie denn ermittelt wurde; etwa durch Befragung Strippels? – Anm. AK) *nicht ergeben, daß bei der von Dreimann gewählten Hinrichtungsmethode der Tod langsamer eingetreten ist als bei dem später angewendeten Verfahren, die Opfer auf Kisten zu stellen und die Kisten dann wegzustoßen. Auch der Umstand, daß die Opfer sich vor ihrer Exekutierung haben ausziehen müssen, reicht weder für sich alleine noch in Verbindung mit der Methode des Beinewegziehens zur Bejahung des Merkmals der ‚Grausamkeit' aus."*

Die Morde an den sowjetischen Kriegsgefangenen, die gegen jede völkerrechtliche Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen verstoßen, findet der so exakte, lediglich „Tatbestandsmerkmale" herausarbeitende Jurist Münzberg überhaupt nicht strafwürdig. Klar! Waren ja auch Kommunisten! Sie waren weder *„heimtückisch"* noch *„grausam"*: *„Alle diese Häftlinge mußten stündlich damit rechnen, von der SS liquidiert zu werden ... Alle diese Menschen konnten, als sie in den Keller gebracht wurden, unmöglich arglos gewesen sein ... Hatten die Russen jedoch ... irgendein Verbrechen begangen, für das seinerzeit auch jeder Nichtrusse mit dem Tode bestraft worden wäre, und lagen den Exekutionsbefehlen ...* r e c h t m ä ß i g e (gesperrt von uns – Anm. AK) *Todesurteile zugrunde"* war's kein Mord und *„die an der Vollstreckung dieser Urteile Beteiligten (hätten) nicht rechtswidrig gehandelt."*

Münzberg weist vorbeugend auch gleich alle weiteren in Zukunft möglicherweise gestellten Strafanzeigen gegen Strippel zurück, indem er darauf verweist, *„daß sich auch weiteres Beweismaterial über den Kindermord ... nicht mehr beschaffen lasse, weil sämtliche aktiv und passiv an den Geschehnissen Beteiligten tot sind"*. Außer Strippel!

Auch daß alle anderen Zeugen tot seien, ist eine weitere Fehleinschätzung Münzbergs: Es leben noch Zeugen aus dem KZ Spaldingstraße, Verteidiger und Ankläger, Angehörige des britischen Militärs aus den Curio-Haus-Prozessen, – der Vernehmungsbeamte Major Freud, Staatsanwalt Stewart. Es lebte Heißmeyer, es lebte Petersen, der die Kinder zur Schule Bullenhuser Damm fuhr. Es lebte auch der Hausmeister der Schule, Wedel, der als letzter den Heizungskeller betrat und dort noch herumliegendes Spielzeug der Kinder sah.

Strippel muß vor Gericht! Der Justizskandal muß sein Nachspiel haben!

Es wird an allen Demokraten und Antifaschisten, vor allem in Hamburg, liegen, ob sie sich damit abfinden, daß der Hamburger Senat mittels seiner Justiz diesen Massenmörder deckt und die Hinterbliebenen Jahr für Jahr kalt abspeist. Zwei Tage nach der diesjährigen Gedenkfeier trafen die Sterbeurkunden der Kinder vom Suchdienst des Roten Kreuzes aus Arolsen ein. Keinesfalls Produkt einer Senats-Aktivität, eher Zufall. Für die Hinterbliebenen liegt die Bedeutung dieser traurigen Dokumente darin, daß ihnen zum ersten Mal behördenoffiziell bestätigt wurde, daß ihre Kinder tot sind. Erst jetzt können sie amtlich Entschädigungsansprüche stellen. Formal gesehen sind sie allerdings schlecht dran, denn die Rechte auf Entschädigung sind d a n k der schleppenden Behandlung seitens der offiziellen Stellen bereits verjährt. Und der Senat mochte sich bisher nicht verbindlich äußern, ob er den Hinterbliebenen in Form eines Sonderfalles ein „großzügiges" finanzielles Angebot als materielle Entschädigung macht. Fällig gewesen wäre sie schon längst! Aber das ist sehr unwahrscheinlich.

Kinderkommission
KB Hamburg

Literaturhinweise: „Der SS-Arzt und die Kinder", Günter Schwarberg, Hrsg. Stern-Buch, ISBN 3-570-02940-9 – „Kindermord am Bullenhuser Damm", Fritz Bringmann, Röderberg-Verlag ISBN 3-87682-591-1 – „Der SS-Staat", Eugen Kogon, Vlg. Kindler, ISBN 3-463-005859.


Strippels Haus in Frankfurt/Kalbach, Talstraße 10

Trotz Bullenschutz-Schlappe für Neonazis in Pinneberg

Wenig Glück hatten Mitglieder der neofaschistischen Vereinigung „Freiheit für Rudolf Heß", die sich ausgerechnet den Aktionstag mehrerer Friedensinitiativen aus dem Kreis Pinneberg aussuchten, um in der Pinneberger Innenstadt Unterschriften für die Freilassung des Kriegsverbrechers und Obernazis Rudolf Heß zu sammeln.

Der Aktionstag der Friedensinitiativen stand schon seit mehreren Wochen fest, die Infostände waren lange vorher angemeldet. Trotzdem genehmigte die Stadt den Nazi-Stand, der außerdem von Anfang an Polizeischutz (drei stramme Wachtmeister) erhielt.

Aber nicht nur durch die Stadtverwaltung, auch durch die reaktionäre Heimatzeitung „Pinneberger Tageblatt" (PT) erhielten die Nazis eifrige Unterstützung. So erschien am selben Tag ein 3/4 Seiten langer Artikel über den „einsamsten und teuersten Gefangenen der Welt", dessen Bewachung den „deutschen" Steuerzahler jährlich 800.000 Mark koste.

Auch der Hinweis auf den schlechten Gesundheitszustand des Gefangenen und auf die Hartherzigkeit der Sowjetunion fehlte nicht.

Kein Wunder, daß sowohl Stadtverwaltung als auch Heimatpresse den Nazis gegenüber so freundlich waren, denn Initiator des Nazi-Standes war das Pinneberger Vorstandsmitglied der CDU (lt. „UZ") **Klaus Kurnoth**, Beamter und gleichzeitig Mitglied der „Hilfsgemeinschaft Rudolf Heß". Er ist den Pinneberger Antifaschisten kein Unbekannter mehr. So empfahl er nach der Dönitz-Beerdigung in einem Leserbrief an das „PT" der Jugend, sich in der neofaschistischen Zeitschrift „Mut" über den Großadmiral Dönitz zu informieren. Außerdem beteiligt war Fritz Schramm, der sich besonders als Verfasser rassistischer Leserbriefe im „PT" hervorgetan hat.


Der Büchertisch der Kreis-Pinneberger Arbeitsgemeinschaft „Laßt Hess frei!": Polizist Juhncke versucht, Fotografen bei der Arbeit zu behindern. In der Mitte Fritz Schramm, rechts am Bildrand Klaus Kurnoth.

Aber auch einer der zur Bewachung des Standes abgestellten Polizisten, namens **Juhncke**, tat einiges mehr als nur den Stand zu schützen: er regte u.a. die Bürger an, sich das Nazi-Material anzuschauen.

Doch trotz dieser großzügigen Unterstützung hatten sich die Nazis einen denkbar schlechten Tag für ihre Provokation ausgesucht.

Bis zu 200 Antifaschisten, Mitglieder der anwesenden Friedensinitiativen, Unorganisierte, DKP'ler, Jusos, Jungdemokraten, Grüne, KB'ler und die Genossinnen eines Frauen-Büchertisches sammelten sich um den Nazi-Stand. Mit Sprechchören „Nazis raus aus Pinneberg" und „Nieder mit der braunen Pest" sowie Transparenten wie „Die Mörder sind unter uns" und „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" machten sie ihrer Wut und Empörung Luft.

Gelang es den Bullen anfangs noch, einen Antifaschisten, der die Nazis treffend „Nazi-Schweine" nannte, zur Personalienfeststellung auf die Wache zu schleppen, so konnten sie nicht verhindern, daß trotz verstärkter Bewachung (es wurden fünf zusätzliche Bullen angefordert) Unterschriftenlisten der Nazis zerrissen bzw. Unterschriften durchgestrichen wurden. Als nächstes flog hier und da ein Stapel Fascho-Zeitungen durch die Luft, bis irgendwann, niemand weiß wie, plötzlich der ganze Infotisch umfiel. Vereinzelte Bemühungen der Nazis, ihr Material zusammenzusammeln und den Tisch wieder aufzurichten, hatten nur zur Folge, daß er wenig später wieder umkippte, sodaß die Herren mit verbissener Miene unter den Augen der hilflosen Polizei ihren Plunder einpacken mußten.

Alles in allem eine Aktion, die allen Anwesenden, mit Ausnahme der Nazis und der Polizei, nicht nur sehr viel Spaß gemacht, sondern auch gezeigt hat, daß wir bei gemeinsamen, entschlossenem Vorgehen durchaus in der Lage sind, das Auftreten solcher Nazigruppen zu verhindern. Es bleibt zu hoffen, daß Kurnoth, Schramm und ähnliche Vögel aus dieser Aktion auch ihre Lehren gezogen haben und sich nicht wieder in der Pinneberger Innenstadt sehen lassen.

Christa und Fritz aus Quickborn

Kieler Uni-Leitung ehrt Nazi-Mörder

Am 1. Mai fand sich in den „Kieler Nachrichten" die Anzeige der Kieler Uni–Leitung zum Tode von Professor Werner Catel, dem Direktor der Uni–Kinderklinik von 1954 bis 1960.

Catel, von dem Präsident und Dekan in „Hochachtung und Dankbarkeit Abschied" nehmen, war ab 1939 Leiter des dreiköpfigen „Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung erb– und anlagenbedingter schwerer Leiden". Dieser Ausschuß hatte darüber zu befinden, welche Kinder im „Euthanasie" –Programm ermordet werden sollten. Obwohl er bis 1945 als Chef „gutachter" tätig war, wurde er 1947 als „Entlasteter" entnazifiziert und konnte 1954 seinen Job an der Uni übernehmen. Erst 1960 mußte er ihn auf Druck der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland wieder abgeben.

Erscheint die Ernennung eines „Euthanasie"–Spezialisten zum Leiter einer Kinderklinik schon als Gipfel des Zynismus, so zeigt die Todesanzeige der Uni–Leitung, daß es doch noch stärker geht. Da schreiben Präsident und Dekan tatsächlich: *„Durch seine wissenschaftlichen..... Aktivitäten hat er weit über den engeren Wirkungsbereich der Klinik hinaus in vielfältiger Weise* zum Wohle kranker Kinder (Hervorhebung -AK) *beigetragen"*. Der AStA forderte das Präsidium deswegen zur öffentlichen Rechtfertigung auf. Der AStA Vorsitzende meinte, der Präsident müsse sich schämen. Einzige öffentliche Reaktion des Präsidenten: „Ich brauche mich nicht zu schämen". Eine verständliche Reaktion, hatte doch vor kurzem erst Schleswig–Holsteins Innenminister Barschel an der Beerdigung des Hitler–Nachfolgers Dönitz teilgenommen. Der Präsident bewegt sich mit seiner Todesanzeige durchaus im Rahmen dessen, was unter Schleswig–Holsteins führenden Beamten üblich ist.

Ein Kieler Genosse

Europa-Tage der »Paneuropaunion« in Kiel: SPD-Stadtvertreter wünschen »erfolgreichen Ablauf«

Vom 30.4. bis zum 3.5. veranstaltete Otto Habsburgs Paneuropaunion in Kiel ihre „Europa-Tage". Die „Europa-Tage" finden einmal im Jahr in der Landeshauptstadt eines CDU/CSU-regierten Bundeslandes statt. Der jeweilige Ministerpräsident übernimmt dann die Schirmherrschaft. Auf den „Europa-Tagen" tummelte sich in den letzten Jahren von italienischen Neofaschisten über Anhänger der griechischen Junta-Obristen bis zu britischen Konservativen und osteuropäischen Emigranten rechter Couleur alles, was von einem militanten antikommunistischen „Europa bis zum Ural" (Paneuropa-Standardformulierung) träumt. Kernstück der „Europa-Tage" bildet regelmäßig die Riege um Strauß, Filbinger (Vizepräsident der Paneuropaunion in der BRD), Goppel (Präsident in der BRD) Bossle u. ä.

Diese Garde bestimmte auch in Kiel das Geschehen. Filbinger, CSU-EG-Parlamentarier Aigner und Strauß Intimus General a. D. Heinz Karst hatten die Leitung der Arbeitskreise übernommen; „Witikone" Wollner leitete die Plenarsitzung. Schirmherr Stoltenberg prahlte noch kurz vor den „Europa-Tagen" mit den 50.000 DM, die im letzten Jahr aus den Kassen des Kultusministeriums der Paneuropaunion zugeflossen sind.

Auch was das Inhaltliche angeht, blieb die Paneuropaunion im Rahmen des Gewohnten: Hauptthema war die Schaffung einer „Großmacht Europa" mit eigener Außen- und „Verteidigungs"-Politik, aus der „kein Land ausbrechen" dürfe (Goppel). Generalmajor a.D. Birnstiel forderte eine „Europäische Verteidigungsunion" unter einem EG-Oberkommando, damit „die Überleitung für einen Krisenfall leichter ist". Unter starkem Beifall forderte er außerdem die Schaffung einer EG-Atomstreitmacht, bei der „die Europäer selbst den Finger am Abzug haben müßten. Schuld an dem wachsenden Interesse für Friedensfragen habe die Sowjetunion mit ihrer „Desinformationspolitik". – Heinz Karst ging noch einen Schritt weiter: Die Sowjetunion führe bereits einen „subversiven Krieg" gegen den Westen. Immer mehr dränge sich die Frage auf, wie weit die Ereignisse auf den Straßen von Zürich, Berlin und Frankfurt von außen gesteuert seien.

Für Aufsehen sorgte die Kieler SPD: Axel Wernitz, SPD-MdB und im Bundestag Vorsitzender des Innenausschusses, bezeichnete Otto Habsburg vor 2 Jahren als Rechtsradikalen. Otto Habsburg seinerseits bezeichnete vor zwei Jahren den SPD-Vorsitzenden Willi Brandt als „wandelndes Symbol all dessen, was faul in unserem Staate ist". Trotzdem: Kiels Oberbürgermeister und der ehrenamtliche Stadtpräsident, beides Mitglieder der SPD, wünschten in der Zeitung „Paneuropa-Deutschland" 1/81 „allen Kongreßteilnehmern einen erfolgreichen Ablauf ihrer Arbeit". Darüber hinaus ließ der Oberbürgermeister noch ein Grußwort auf dem Kongreß verkünden. Das führte zu einer Reihe von Protesten. Die Kieler Jusos schrieben: *„Wir sind der Meinung, daß es nicht zu verantworten ist, daß Genossen eine solche Veranstaltung in Kiel für begrüßenswert halten."* Der „Arbeitskreis Asche-Prozeß" war empört, *„daß auch SPD-Stadtpräsident Johanning, der erst kürzlich eine antifaschistische Veranstaltung und zwei ebensolche Ausstellungen eröffnete, dieser Organisation Erfolg wünscht für ihren Kongreß"*. Dieser Arbeitskreis hat sich vor etwa einem halben Jahr zum Prozeß gegen den Nazi-Verbrecher Asche gebildet und leistet eine recht umfangreiche Informationsarbeit zum Prozeß.

Während sich der Oberbürgermeister bisher ausschwieg, nahm der Stadtpräsident noch einmal Stellung: Er teile die Auffassung seiner Kritiker; die Paneuropaunion sei rechtsradikal, aber er habe sich dem Wunsch der Paneuropäer, offiziell begrüßt zu werden, nicht verschließen wollen. Wie soll man das nun charakterisieren? Ausgewogenheit oder Schizophrenie? Oder typisch SPD?

Ein Kieler Genosse

Jubeldemonstration

Jubeldemonstration für Militärjunta vorläufig abgesetzt

Rechtsradikale und nationalistische türkische Organisationen planten für den 23.Mai einen Aufmarsch der "Treue zum Staat und zur türkischen Armee" in Frankfurt. Wie aus einem internen Rundschreiben der Veranstalter, das an die Öffentlichkeit geriet, zu entnehmen ist, laufen die Vorbereitungen für diese Aktion schon seit geraumer Zeit. Aus dem Brief geht auch das Spektrum der tragenden Gruppen hervor: Dieses reicht offenbar von den Faschisten (einer der Unterzeichner gehört den "Grauen Wölfen" an) bis zum türkischen Generalkonsulat (in dessen Vereinsräumen ein Treffen angekündigt wird).Die überregionale Demonstration, für die bereits 15000 Teilnehmer angemeldet gewesen sein sollen, wurde angesichts der durch das Papst-Attentat entstandenen Situation klugerweise wieder abgesagt. *"Damit gestehen sie (die Veranstalter) indirekt ein, daß zu ihrer Demonstration die Anhänger derselben Partei (MHP) erwartet werden, deren Mitglieder Mehmet Ali Agca die Schüsse auf den Papst abgegeben hat:Die 'Grauen Wölfe'!"*– heißt es in einem von Frankfurter Antifaschisten herausgegebenen Flugblatt.

Mit ihrem vorläufigen Rückzug haben die türkischen Rechten OB Wallmann einer peinlichen Entscheidung enthoben. Bislang hatte der Frankfurter OB die Türk-Föderation, deren Zentrum im Bahnhofsviertel (Gutleutstr.137) liegt, nach Belieben schalten und walten lassen, wie er ja auch dem Treiben der VSBD-Neofaschisten in Bornheim nach wie vor ebenso großzügig wie untätig zusieht. Schlimmer noch: Als am 11.4. türkische Antifaschisten gegen eine rechtsradikale Versammlung im Büro der Türk-Föderation protestieren wollten, provozierte die Frankfurter Polizei eine schwere Schlägerei, bei der mehrere Menschen verletzt wurden. Noch von seinem Urlaubsort aus wies Wallmann seine Behörden an, die Ausweisung festgenommener Antifaschisten in ihr Heimatland zu betreiben.

Im Moment dagegen ist die Situation etwas anders. Alle Zeitungen sind voll von Informationen darüber, daß die Türk-Föderation nichts als ein Aushängeschild für die MHP ist, daß Frankfurt das Zentrum der MHP-Auslandsgruppen ist, daß militante „Graue Wölfe" über den Frankfurter Flughafen in die BRD eingeschleust werden usw. Selbst der hessische Verfassungsschutz rückt mit Nachweisen für die Verbindungen zwischen Türk-Föderation und MHP heraus. Eine Genehmigung dieser Pro-Junta-Demonstration hätte daher das Augenmerk der Öffentlichkeit noch viel stärker auf die Türk-Föderation/MHP und die sonderbare Zurückhaltung der Behörden ihr gegenüber gerichtet. In dem Frankfurter Flugblatt heißt es hierzu: *"In bitterer Weise hat die Entwicklung der letzten Tage denjenigen recht gegeben, die ihren Protest gegen die MHP-Zentrale in der Gutleutstr.137 auf die Straße getragen haben. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Ausweisungsverfahren und die volle Rehabilitierung der beschuldigten türkischen Antifaschisten!*

Wir warnen OB Wallmann: Wer jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt in Frankfurt, dem Zentrum der MHP-Auslandsgruppen, einen derartigen Aufmarsch genehmigt, wie er für den 23. Mai geplant war, wer nicht sofort die Schließung dieses Zentrums in der Gutleutstrasse veranlaßt, und wer es für überflüssig hält, sich von Beziehungen zu den 'Grauen Wölfen' zu distanzieren, wie sie (nicht nur) von Strauß unterhalten wurden (werden?) – den wird man wohl mit Recht beschuldigen können, die Helfershelfer des Papst-Attentäters zu decken".

KB/Gruppe Frankfurt

Neonazistische Umtriebe im Raum Mannheim-Ludwigshafen nehmen ständig zu

Die Aktivitäten von Neonazis, nicht nur der NPD/JN, im Rhein-Neckar-Raum steigen in den letzten Monaten sprunghaft an.

Angefangen hat alles mit dem Austritt des Mannheimer NPD-Funktionärs **Fritz Hüttinger** im Jahre 1979 aus der Neonazi-Partei. Danach gründete Hüttinger in Mannheim einen **„Verein zur Förderung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands e.V."**, kurz VDR. Aufsehen erregte die Gruppe um Hüttinger erstmals Ende 79, als sie in der Mannheimer Fußgängerzone eine symbolische „Berliner Mauer" errichtete. Dem gleichen Verein gelang es 1980, als sog. **„Freie Liste"** zu den Kommunalwahlen in Mannheim zu kandidieren. Die FL brachte es auf die Höchstzahl an zulässigen Kandidaten, nämlich 48. Die NPD mußte sich damals mit 15 Kandidaten begnügen. Die Stoßrichtung war dann allerdings zum großen Teil die gleiche. Auch bei der FL waren „Ausländer raus" und „Deutschland den Deutschen" zentrale Forderungen.

Mitte 80 stieg aus der Gruppe um Hüttinger ein Neonazi namens **Ernst Tag** aus und gründete bald darauf mit einigen Kumpanen in Ludwigshafen ebenfalls einen Verein mit gleichem Namen. Während seit den Kommunalwahlen Stille um die Hüttinger-Gruppe herrscht, beglückt der Ludwigshafner VDR unter Führung von Tag die Bevölkerung in 4-Wochen-Abständen mit üblen Flugschriften. Inhalt ist meist Hetze gegen Ausländer, aber auch Gewerkschaften und bürgerliche Parteien bekommen ihr Fett ab.

Eine in Ludwigshafen erscheinende Werbezeitung, das „Wochenblatt", nahm sich des VDR und seiner offen neonazistischen Propaganda an und berichtete mit großen Aufmachern über die Nazis. Ergebnis: Der verantwortliche Journalist Reiner M. erhielt mehrere Morddrohungen zu später Stunde am Telefon. Strafanträge, die Reiner M. und die VVN gegen den VDR gestellt haben, wurden von der Staatsanwaltschaft in Frankenthal nicht weiterverfolgt.

Die treibende Kraft in dem Nazi-Verein ist augenscheinlich der Vorsitzende Ernst Tag, der in der BASF beschäftigt ist. Auch an seinem Arbeitsplatz hat er bereits Schwierigkeiten wegen seiner Aktivitäten; so hat Tag schäftigt ist. Auch an seinem Arbeitsplatz hat er bereits Schwierigkeiten wegen seiner Aktivitäten; so hat Tag mehrmals Flugblätter seines Vereins am „schwarzen Brett" ausgehängt, so provozierte er am 20. April („Führers Geburtstag") beim Betreten des Werksgeländes mit dem „Hitlergruß". Am Arbeitsplatz stellte Tag aus Pappe Hakenkreuze her. Wie inzwischen bekannt wurde, hat Tag bis vor kurzem auch einen Waffenschein besessen und war im Besitz einer größeren Waffensammlung. Waffenschein und Waffen wurden ihm inzwischen auf Antrag der Staatsanwaltschaft abgenommen.

Der VDR und insbesondere auch Tag leugnen immer wieder Kontakte zur NPD. In Wahrheit bestehen insbesondere zur Mannheimer NPD/JN-Szene sehr gute Verbindungen. VDR-Mitglieder werden immer wieder zusammen mit NPD-lern an deren Infoständen gesehen. Auch zur Gruppe um den Neonazi Hüttinger bestehen rege Verbindungen.

Der Ludwigshafner VDR hat sich inzwischen einen neuen Namen gegeben: er nennt sich nunmehr DVR, was „Deutsches Vereinigtes Reich" bedeutet. Ferner sucht der DVR in der Innenstadt Geschäftsräume.

Es darf vermutet werden, daß in Ludwigshafen ein Zentrum, wie es bislang der Nazi-Buchladen in Frankfurt war, entstehen soll. Aber nicht nur NPD-Ableger verstärken ihre Aktivitäten, auch die NPD/JN selbst versucht durch vielfältige Aktionen Tritt zu fassen. Sie arbeitet dabei mit Tarnorganisationen, wie **BAF/Jahn-Jugend (Bürger für aktive Freizeit)**, eine NPD-Gründung, die durch die Ausrichtung von sog. „nationalen" Volksläufen aufgefallen ist, oder durch die **„Freunde des besonderen Films"**, auf deren Veranstaltungen in erster Linie Filme aus dem 3. Reich gezeigt werden.

NEUE ANTHROPOLOGIE

Nazi Rieger: Anwalt des neuen Rassismus

SERIE KZ-GEDENKSTÄTTEN 1.Teil

Am 28.3.81 fand in Mannheim der **„1. Kurpfälzer Überfremdungskongreß"** statt. Bei dieser Gelegenheit haben sich 4 bisher allein agierende „Ausländer-Stopp-Initiativen" zusammengeschlossen. Eine am selben Tag stattfindende Kundgebung, die zu 90% von der NPD/JN getragen wurde, mußte nach wenigen Augenblicken abgebrochen werden: 200 Antifaschisten/innen jagten die Nazis bis in ihr Versammlungslokal. Die NPD hat inzwischen auf Flugblättern und in Leserbriefen weitere Provokationen für die nächsten Monate angekündigt. Gegen den DGB-Vorsitzenden Karg und gegen den Mannheimer Stadtjugendring haben die Nazis Strafanzeige gestellt; beide hatten zur Verhinderung der Provokation aufgefordert.

Als Antifaschistische Gruppe fordern wir schon heute alle Nazi-Gegner im Rhein-Neckar-Raum auf: verhindert mit uns weitere Auftritte, der NPD/JN und anderer Neonazis.

Falls es Antifaschisten/innen im Raum Mannheim/Ludwigshafen gibt, die gern in einer Antifa-Gruppe mitarbeiten wollen, hier unser wöchentlicher Treffpunkt:
Die Antifaschistische Gruppe Ludwigshafen trifft sich immer Dienstags um 19 Uhr im „Treff International" in Ludwigshafen-Hemshof, Rohrlochstraße, im Postgebäude.

Antifa-Gruppe Ludwigshafen

VERBOT ALLER NEONAZISTISCHEN ORGANISATIONEN

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAFVERFAHREN GEGEN DIE GÖPPINGER GEGEN DIE GÖPPINGER ANTIFASCHISTEN!

Weg mit den Urteilen!

DOKUMENTATION

Zu den Prozessen gegen Göppinger Antifaschisten 1980/81 !!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

DM 3.–

Bezugsadresse:
Reinhard Basler
Oberhovenstr. 7
7320 Göppingen

Hamburger Nachrichtenmagazin sagt, wie's ist

„Der Israeli vergangene Woche: Der Deutsche habe' nie seinen Fahneneid gebrochen'.

Hätte er es, wie auch immer, getan, wäre Schmidt, so ist zu vermuten, heute nicht Kanzler der Bundesrepublik" (Spiegel, 11.5.81).

Der Israeli ist Ministerpräsident Menachem Begin, durch undankbare Attacken gegen die nazistische Militärvergangenheit unseres Bundeskanzlers in letzter Zeit wiederholt dumm aufgefallen.

Der Kommentar des „Spiegel" zu Menachem Begins gehässigen Bemerkungen über Schmidts Fahneneid läßt wenig Raum für Mißverständnisse : Fahneneidbrüchige haben in der BRD keine Chance aufs höchste Staatsamt– ob's nun ein Eid auf Kaiser Wilhelm ist oder einer auf „den Führer".

Da es zu diesem Kommentar des „Spiegel" bislang keine distanzierende Stellungnahme des Bundeskanzleramts gibt (Stichwort: „Schwere Entgleisung", „bedauerliche Geschmacklosigkeit" o. ä.) ist die Annahme wohl berechtigt, daß zumindest in dieser Angelegenheit der „Spiegel" die Wahrheit schrieb.

Damit betrachten wir unsere Anfrage an Herrn Schmidt(AK 200, S.2) als erledigt und danken dem „Spiegel" für die schnelle Antwort.

Eine Frankfurter Genossin

Die Sorgen der Kapitalisten

„Weiche Knie vor Moskau?" Unter diesem Titel ließ sich am 30.5.80 der Verleger der „Zeit", Bucerius, über die Lage in der BRD aus. Er beklagte im Zusammenhang mit der Geiselnahme im Iran und der sowjetischen Intervention in Afghanistan die geringe „Bereitschaft, sich im äußersten Fall mit der Waffe zu verteidigen", und die mangelnde Unterstützung amerikanischer Maßnahmen auf beide Ereignisse. Sein Fazit lautete: „Die Deutschen sehnen sich danach, aus den Händeln der Welt entlassen zu werden". Kurze Zeit später druckte der arbeitgeber, das Organ des Kapitalistenverbandes BDA, diesen Artikel unter dem Titel: „Die Nation will nicht gestört werden" nach. In einem redaktionellen Vorspann hieß es: „Diese Bilanz ist bedrückend, aber sie könnte richtiger nicht sein ... vor allem aber, was die besorgniserregende Darstellung der um sich greifenden 'Ohne-mich'-Stimmung einer Art Kanapee-Mentalität angeht, zu der sich binnen kürzester Frist eine Bevölkerung gewandelt hat, die sich um alles in der Welt nicht aus ihrer Ruhe bringen lassen will" (arbeitgeber 12/32 – 1980, S. 632).
Man macht sich also auf Kapitalistenseite Sorgen: Mit der Bevölkerung der BRD ist (noch) kein Staat zu machen, vor allem kein Krieg. Solche und andere Äußerungen finden sich in Kapitalistenorganen seit gut einem Jahr vermehrt. Diesen Äußerungen soll daher im folgenden Artikel nachgegangen werden, unter den Fragen: Wie sehen die Kapitalisten die ökonomische und politische Entwicklung in der BRD, an welcher Stelle sehen sie Gefahren für ihre Herrschaft und was schlagen sie vor?

„Der geschichtliche Weg der Gewerkschaften spricht dafür"

Man/frau könnte meinen, die größten Gedanken würden sich die Kapitalisten um die ökonomische Entwicklung der BRD machen. Aber das ist nicht direkt der Fall. Zwar finden sich zahlreiche Klagen über gestiegene Rohstoff- und Energiepreise, Forderungen nach niedrigen Tarifabschlüssen und nach der „Bereitschaft in allen Bevölkerungsgruppen", den angeblichen *„Wachstums- und Einkommensverlust anteilmäßig mitzutragen und sich dementsprechend mit geringeren Realeinkommenserhöhungen zufriedenzugeben"* (arbeitgeber 9/32 – 1980, S. 422). Aber auf diesem Sektor ist man auf der Kapitalistenseite relativ unbesorgt, denn hier kann man sich noch weitgehend darauf verlassen, daß die Interessen des Kapitals von der Regierung und speziell von den Gewerkschaftsführern ohne großen Widerstand durchgesetzt werden. So fehlt es denn auch nicht an zuversichtlichen Aussagen. Zu Beginn des Jahres 1980 etwa und auch zu Beginn des Jahres 1981 äußert sich Otto Esser über die wirtschaftlichen Aussichten: *„Ich habe eingangs gesagt, daß wir uns um den sozialen Frieden in unserem Land nicht zu sorgen brauchen, und ich bleiben bei dieser Zuversicht, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die vor uns liegen"* (arbeitgeber 1/33 – 1981, S. 5).

eingangs gesagt, daß wir uns um den sozialen Frieden in unserem Land nicht zu sorgen brauchen, und ich bleiben bei dieser Zuversicht, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die vor uns liegen" (arbeitgeber 1/33 – 1981, S. 5).

Begleitet wird das Ganze von Hinweisen auf die gute Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem Kapital, wie z.B. in der ZAG in der Weimarer Republik, und mit gezielten Drohungen: *„Klassenkampfparolen werden nicht hingenommen"* (arbeitgeber 1/32 – 1980, S. 14). Es gibt Ausnahmen von dieser Einschätzung, etwa was die Einführung der Mikroelektronik, der Kernenergie und die Brüchigkeit der Sozialversicherung betrifft. Bei diesen Punkten geht es aber weniger um die direkten ökonomischen Auswirkungen, sondern um die Gefahren, die sich damit in politischer Hinsicht verbinden. So fürchten die Kapitalisten bei der Einführung der Mikroelektronik eine *„Akzeptanzkrise des Strukturwandels und des technischen Fortschritts"* (arbeitgeber 8/32 – 1980, S. 402), wie sie bei der Kernenergie schon da ist. Besonders gefährlich ist dies bei der Mikroelektronik, weil sie direkt im Produktionsprozeß eingesetzt wird. Sie betrifft also die Produzenten direkt. So lamentiert ein Prof. Staudt im arbeitgeber 23/32 – 1980: *„Arbeiter und Angestellte empfinden die Chancen der sich anbietenden technischen und ökonomischen Potentiale subjektiv als Bedrohung"*. Er fordert diese und ihre Interessenvertreter auf, *„die soziale Herausforderung des technischen Wandels konstruktiv zu bewältigen"*. Was er darunter versteht, macht er kurz darauf klar: *„Die soziale Akzeptanz der neuen Technik wird schließlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, irrationale Technikängste abzubauen."*

Das heißt nichts anderes, als daß die Gefahr besteht, daß sich weitere Teile der Bevölkerung nicht mehr blind der Rationalität des Kapitals fügen, nicht mehr jede Produktionsveränderung im Sinne der Kapitalisten als Fortschritt der Menschheit abfeiern und soziale, politische oder (wie bei der Kernenergie) ökologische Folgen hinnehmen. Gerade bei der Mikroelektronik sind die erwarteten Folgen besonders deutlich. Im erwähnten Artikel heißt es dazu, daß *„sich die Arbeitslosenproblematik in den achtziger Jahren erheblich verschärfen wird ... daß die Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren über erhebliche Arbeitskraftreserven verfügen wird, mit denen man nichts anzufangen weiß"*.

Das Potential derjenigen, die diese mörderische Logik nicht mehr mitmachen wollen, könnte sich so vergrößern. Die Loyalität der Bevölkerung, die sich ohnedies nicht begeistert für politische Absichten des Kapitals einsetzen läßt („Ohne-mich-Stimmung"), könnte noch mehr bröckeln.



„Staatsbürger – Nein danke?"

Einen breiten Raum in den Kapitalisten-Publikationen nehmen Themen ein, die sich auf kulturelle, politische und ideologische Entwicklungen beziehen. Hier kommen die Kapitalisten zu dem Schluß, daß die Lage für sie recht bedrohlich ist, wenn auch das Konfliktpotential noch teils latent bleibt und sich noch nicht in direktem Widerstand äußert.

So diagnostizierte zu Beginn des Jahres 1980 (also noch vor dem Aufbrechen der neuen Jugendbewegung) der BDA in einer offiziellen Stellungnahme eine „gefährliche" Entwicklung bei Jugendlichen. Es wird festgestellt, daß in der Jugend heute eine eigene Teilgesellschaft entstanden sei, die *„ihre Orientierung zu den Erwachsenen und zur Autorität abbaut ... Eine Auseinanderentwicklung der Generationen kann aber gefährlich werden"* (arbeitgeber 2/32 – 1980, S. 63). Den Erwachsenen wird vorgeworfen, die Jugendlichen enttäuscht zu haben, ihnen das Gefühl vermittelt zu haben, nicht gebraucht zu werden, sie in ihrem Pessimismus bestätigt zu haben und selber den „Dienst an der Gemeinschaft" nur „verbal" dargestellt zu haben. Fazit: *„Trotz grundsätzlich positiver Grundeinstellung der Jugendlichen zum demokratischen Staatswesen besteht kein Grund zur Sorglosigkeit, denn angesichts der derzeit krisenhaften Verhältnisse im Bildungs- und Beschäftigungssystem sind die Auswirkungen der unvermeidbar gewordenen Enttäuschungen nur schwer einzuschätzen"*. Mit anderen Worten: hier könnte demnächst ein Unruheherd entstehen.

Die Haltung, die sich bei der Jugend findet (eigene Teilgesellschaft, die sich von der Gesellschaft entfernt), ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Nach Ansicht der Kapitalisten macht sich in der Gesellschaft insgesamt eine bdrohliche Aussteigermentalität breit. Vor allem in bezug auf die Bundeswehr wird dies diskutiert. So schreibt Bucerius in dem erwähnten Artikel über die „Bremer Krawalle": *„Da konnten doch ein paar hundert Chaoten nur deshalb um sich schlagen, weil sie auf einer dumpfen, aber breiten Stimmung ritten. Heute ist die Bundeswehr eine lästige Erinnerung an Gefahren, die (zu) viele nicht wahrhaben wollen"*. Ein Vierteljahr später setzt sich ein Dr. Juraschek von der Bundesvereinigung in Köln mit dem Problem auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß die Bevölkerung der BRD nicht im mindesten kriegsbereit sei: Nur ein Viertel fühlt sich überhaupt bedroht, zwei Drittel lehnen im Falle eines Atomwaffeneinsatzes auf eigenem Geibet eine militärische Verteidigung sogar ab, und nur 9,9 % wollen eine finanzielle Sonderabgabe zahlen, wenn dadurch die „Verteidigungsbereitschaft" erhalten würde.

Da lacht das Herz eines jeden Pazifisten, die Kapitalisten aber sind aufgeschreckt und suchen nach Ursachen. Da heißt es denn, daß der Mangel an „realistischen" Informationen über die Bundeswehr, das Wohlstandsdenken, das zur Bewußtseinsverdrändung von „Pflichten und Opfern" führt, und *„mangelndes Geschichtsbewußtsein, verschüttetes oder nicht mehr vorhandenes Traditionsbewußtsein"* an der Misere schuld seien. Erschreckendes (für die Kapitalisten) Resümee: *„Mangelnder Bürgersinn und fehlende Indentifizierung mit dem Staat"* (arbeitgeber 18/32 – 1980, S. 938). Der ganze Artikel hat die Überschrift: *„Staatsbürger – Nein Danke?"*

Wer nun meint, das sei alles schon schlimm genug für die Kapitalisten, der kriegt's noch dicker. Nicht nur Generationskonflikte, Pazifismus und Staatsdesertation sind ausgebrochen, sondern das gesamte *„kulturelle Selbstverständnis unserer Gesellschaft"* (arbeitgeber 6/32 – 1980) ist in der Krise. Zur Diskussion dieses Problems versammelte die Walter-Raymond-Stiftung (die mit dem BDA zusammenarbeitet) einen illustren Kreis von altgedienten (d.h. schon bei den Faschisten aktiven Professoren wie Lübbe, Hennis, Tenbruck. Interessanterweise beteiligt sich an dieser Diskussion auch der Publizist Carl Amery, der Mitglied bei den „Grünen" ist. Die Diskussionsergebnisse finden sich im arbeitgeber 6/32 – 1980, S. 252 - 255, und sind hochinteressant. Das Problem wurde anhand des Begriffs der Arbeit diskutiert (das liegt den Kapitalisten ja auch besonders am Herzen). Dabei wurden sämtliche Probleme, die den Kapitalisten Sorgen machen, berührt.

An erster Stelle wird die mangelnde Begeisterung fürs Arbeiten aufgegriffen: *„Für immer mehr Menschen außerhalb der materiellen Produktion, vor allem für große Teile der nachwachsenden Generation, ..., verbindet sich mit dem Begriff Arbeit nicht mehr die Evidenz des physisch Notwendigen. Ihre Erfahrung ist vielmehr die der Freiheit, der Beliebigkeit, des Auslebens von Subjektivität in Aktionen und nicht in Arbeit"*. Dies gelte beileibe nicht nur für Jugendliche, die in der Schule nach dieser verqueren Theorie zur *„Meidung von Arbeit und zu Realitätsverlust"* herangezogen würden, sondern auch für Erwachsene: *„Auch unter Erwachsenen verstärkt sich die Flucht aus der Arbeitswelt ins Exil: Ferien und 'schönes Wochenende'"*. In der abstrusen Logik dieser faschistoiden Theoretiker werden Protest-Reaktionen auf entfremdete und ausbeuterische Verhältnisse zu irrationalen Forderungen (Ausleben von Subjektivität) und zu pathologischem Verhalten: Realitätsverlust und Flucht. Statt die Ursachen in den Verhältnissen zu suchen, wird der Schule die Schuld gegeben und von ihr durch verstärkte Indoktrination Abhilfe erwartet. Letztlich wird in dieser Sicht der Protest durch die „fehlbar-unvollkommene Natur des Menschen" erklärt. Diese Natur stehe im Widerspruch zur *„planerischen Vollkommenheit der Systeme"* (d.h. des Kapitalismus). Dieser Widerspruch *„äußert sich in vielfältigen Formen, etwa als irrationaler Protest gegen Großtechnologien, als Technikfeindlichkeit überhaupt, im politischen Widerstand gegen repräsentative Demokratie (Bürgerinitiativen), im Kampf um Datenschutz oder Umweltschutz"* (arbeitgeber 6/32 – 1980, S. 254). Man muß schon genau hinören, um unter diesem Wust von pseudo-philosophischen Wortgeklingel die politische Stoßrichtung herauszuhören. Auf die irrationale Natur des Menschen beriefen sich schon immer faschistische Theoretiker.

Daß diese Berufung auch zu den Forderungen der Kapitalisten insgesamt paßt, soll noch dargelegt werden. Zuerst soll aber noch auf eine Bilanz der Kapitalisten hingewiesen werden, die sich pünktlich zum Jahresende im arbeitgeber fand. Dort werden die kommenden Entwicklungen prognostiziert, und es heißt in Hinblick auf die achtziger Jahre:

„Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden sich tendenziell weiter verschärfen... Die soziale Marktwirtschaft wird schicksalhaft in Frage gestellt werden... Damit kann das wirtschaftliche und soziale Ordnungssystem der Bundesrepublik ernsthaft gefährdet werden"

(arbeitgeber 24/32 – 1980, S. 1521). Dies vor allem wegen des schwindenden Grundkonsenses der gesellschaftlichen Gruppen: *„Dem Erreichen dieses Grundkonsens, einer im Prinzipiellen herzustellenden, zu pflegenden und zu erhaltenden Übereinstimmung in der Gesellschaft, steht die verbreitete Orientierungslosigkeit unserer Gesellschaft entgegen. Die Orientierungslosigkeit, ..., gehört ... zu den großen Herausforderungen, vor denen wir stehen."* Das kann man nur hoffen!

Die „solidarische Gesellschaft"

Die Furcht der Kapitalisten geht also kurz gesagt dahin, daß die Loyalität der Bevölkerung mit dem Ausbeutersystem sich weiter verringert, daß die breite „Ohne-mich-Stimmung", die vorerst noch politisch richtungslos ist, in eine bewußte antikapitalistische Haltung umschlägt, daß alle Widerstände, die sich ihren Plänen in den Weg stellen und die sich aus den Entwicklungen des Kapitalismus selbst ergeben, sich zu einem Generalwiderstand vereinigen. Entwicklungen wie z.B. in der Hausbesetzerbewegung könnten dabei die Rolle eines Funken übernehmen, der „einen Steppenbrand auslöst". So jedenfalls äußern sich die Kapitalisten in bezug auf die Vorgänge in Westberlin. Sie fordern, daß *„der Schwelbrand des Unrechts gelöscht und ein weiteres Übergreifen auf das Fachwerk unseres demokratischen Rechtsstaats verhindert"* wird (arbeitgeber 6/33 – 1981, S. 290). Gerade die Hinwegsetzung über die bürgerlichen Rechtsnormen erscheint ihnen dabei besonders gefährlich: *„Den Bürgern soll die Verwerflichkeit und die zunehmende Ohnmacht des herrschenden Systems und seiner Repräsentanten vorgeführt werden"*. Deswegen müsse die Demokratie „entschieden und wehrhaft" reagieren. Das ist aber natürlich nur eine Seite der Medaille Spaltung und Integration. Auf der anderen Seite soll ein neuer „Grundkon-

Systems und seiner Repräsentanten vorgeführt werden". Deswegen müsse die Demokratie „entschieden und wehrhaft" reagieren. Das ist aber natürlich nur eine Seite der Medaille Spaltung und Integration. Auf der anderen Seite soll ein neuer „Grundkon-

sens" her, der sich glaubhaft verkaufen läßt: es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die das Unbehagen, das sich in der Gesellschaft breit macht, auffangen könnten.

Was schlagen die Kapitalisten in dieser Richtung vor? Schon in den Artikeln zur Situation der Jugendlichen wird die Forderung erhoben, vor allem wieder verstärkt auf „immaterielle Werte" zu bauen, diese „überzeugender als bisher zu verdeutlichen" (arbeitgeber 2/32 – 1980, S. 63). Konkret heißt das nichts anderes, als die Proteste zu kanalisieren. Das wird denn auch ohne Umschweife ausgedrückt: *„Bei der Mehrzahl der Jugendlichen sieht man Anzeichen eines neuen Idealismus und ausgeprägte moralische Vorstellungen, ein Verlangen nach menschenwürdiger Gesellschaft sowie ein Bestreben, Kommunikation, Solidarität und Humanität zu verbessern. Diese Strömungen mit einem Blick auf die Realitäten in die richtigen Bahnen zu lenken, ist eine Aufgabe unternehmerischer Jugendarbeit"* (arbeitgeber 2/32 – 1980, S. 59). Was unter richtigen Bahnen zu verstehen ist, wird etwas später verdeutlicht:

„Leistung und Pflicht sowie Dienst an der Gemeinschaft müssen als Kennzeichen einer freiheitlichen Gesellschaft bewußt gemacht werden."

Den Jugendlichen soll wieder beigebracht werden, *„über die persönlichen Interessen und Vorteile hinaus auch dem Gemeinwesen zu dienen"*. Ähnliche Töne klingen auch im Zusammenhang mit der „dumpfen pazifistischen Strömung" an. Zur Rettung der Bundeswehr wird ebenfalls das Gemeinwesen beschworen, *„soll dieser Staat nicht in einen Haufen von Individuen zerfallen, die nur noch sich selbst und ihre Interessen kennen und nicht mehr wissen wollen, was Gemeinschaft ist und was Volk, welchen Wert Freiheit und Frieden bedeutet, und daß dies alles nur durch ständige persönliche Opferbereitschaft zu erhalten ist"* (arbeitgeber 18/32 – 1980, S. 938).

„Volk" und „Gemeinschaft", wer fühlt sich da nicht an „Volksgemeinschaft" erinnert. Weil dies Wort aber

Fortsetzung nächste Seite

Offener Brief an amnesty international

Betreff: Die Forderungen der Gefangenen aus der RAF nach Zusammenlegung und nach Freilassung von Verena Becker und Günther Sonnenberg

Fast 10 Wochen befanden sich 25 Gefangene aus der RAF in Hungerstreik und einige zuletzt in Durststreik. Sigurd Debus starb an den Folgen seiner Zwangsernährung.

Die Gefangenen betrachten den Hungerstreik als letztes Mittel gegen ihre Vernichtung Widerstand zu leisten. Sie forderten – und fordern immer noch – die Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen, d.h. in Gruppen zu ca. 15 Personen. Die Gruppengröße lehnt sich an seit 1972 immer wieder veröffentlichte ärztliche und psychiatrische Gutachten an, in denen dies als Mindestbedingung für menschliches Überleben gilt. Diese Mindestbedingung wird den Gefangenen aus der RAF seit Jahren verweigert. Sie werden größtenteils in völliger Isolation, einige in Kleingruppenisolation gehalten, in neonbeleuchteten und schallgedämpften Räumen, wodurch die meisten bereits unter erheblichen Sehstörungen und sog. „Deprivationserscheinungen" leiden. Erhalten sie Hofgang, geschieht dies in einem engen Innenhof, allein, unter Aufsicht mehrerer Wärter. Kommen sie in ihre Zellen zurück, müssen sie sich jedesmal vor den Wärtern völlig nackt ausziehen und eine sog. „Körperuntersuchung" über sich ergehen lassen. Angehörige und Freunde dürfen nur hinter einer Trennscheibe und in Anwesenheit mehrerer Aufsichtspersonen mit ihnen reden, obwohl vorher jeder Besucher durch ein Metallprüfgerät untersucht worden ist, sich diese Maßnahmen also nicht aus „Sicherheitsinteressen des Staates" erklären lassen. Umarmungen sind nur in Ausnahmefällen und unter strenger Aufsicht gestattet, wonach sich der/die Umarmte erneut nackt ausziehen muß. Auch gegen physische Übergriffe der Wärter sind die Gefangenen ungeschützt – wo dies passiert, wird es vertuscht, den Gefangenen und Angehörigen glaubt niemand und internationale Kontrolle besteht nicht. Die Liste der menschenzerstörenden und identitätszerstörenden Maßnahmen ließe sich noch verlängern.

Um all das wird eine Mauer des Schweigens gezogen. Angehörige der Gefangenen mußten erst die SPIEGEL-Kantine besetzen, um in der bürgerlichen Presse wenigstens einige Informationen über die Verhältnisse in den Hochsicherheitstrakten und den Hungerstreik zu erzwingen.

Ebenfalls Angehörige der Gefangenen ketteten sich auf dem Bonner Münsterplatz an Lastwagen an – sie wurden mit Polizeigewalt weggeräumt und selbst wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" § 129a angeklagt.

Weitere ca. 55 Personen, die während des Hungerstreiks auf die menschenzerstörenden Haftbedingungen aufmerksam machen und die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF unterstützen wollten, wurden inhaftiert.

Die Gefangenen haben den Hungerstreik abgebrochen, nachdem amnesty international zweimal interveniert hatte, Justizminister Schmude Verhandlungen zusagte und eine Komission von ai-Vertretern und Justiz-Vertretern darüber beraten wollte. Zur gleichen Zeit starb Sigurd Debus an den Folgen der Zwangsernährung, wie aus dem Obduktionsbericht zu ersehen ist.

Die Forderungen der Gefangenen sind nach wie vor:

- Zusammenlegung zu Gruppen zu 15 Personen
- Haftverschonung für Verena Becker, die an offener Tuberkulose erkrankt ist, und für Günther Sonnenberg, der, seit einem Streifschuß am Kopf bei seiner Festnahme, unter Konzentrations- und Kommunikationsschwierigkeiten leidet und dessen Genesung nur unter den Bedingungen normaler menschlicher Kommunikation, d.h. Freilassung, möglich ist, und
- internationale Kontrolle der Haftbedingungen.

Seit dem Abbruch des Hungerstreiks und dem Tod von Sigurd Debus sind inzwischen 2 Wochen vergangen, und es ist noch nichts an Verhandlungen passiert.

Als Christen setzen wir uns für menschenwürdige Behandlung jedes Gefangenen ein. Deshalb bitten wir amnesty , ihren Einfluß bei der Bundesregierung und den Justizministern geltend zu machen, durch Erfüllung der Forderungen der Gefangenen eine menschenwürdige Behandlung der Gefangenen aus der RAF zu erreichen, die ihnen das Bewahren ihrer menschlichen und politischen Identität erlaubt.

Darüber hinaus bitten wir amnesty, für die Freilassung derjenigen Verhafteten einzutreten, denen nur wegen ihrer Unterstützung der Hungerstreikforderungen die Unterstützung oder Werbung für eine terroristische Vereinigung (§ 129 a) vorgeworfen wird.

Es ist ein schlimmer Fehler, daß der Protest gegen Haftbedingungen in der BRD, die mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren sind, erst dann laut wird nach einem langen Hungerstreik der RAF-Gefangenen. Die Lähmung der demokratischen Öffentlichkeit, von der auch die CfS erfaßt worden sind, liegt darin, daß in diesem Land kaum jemand für menschenwürdige Behandlung der RAF-Gefangenen eintreten kann, ohne zum RAF-Sympathisanten abgestempelt zu werden. Um eine weitere Passivität angesichts der identitätszerstörenden Isolation der Gefangenen in der Zukunft zu vermeiden, wollen wir folgendes tun: Analyse und Aktionen der RAF kritisieren und einen Strafvollzug für RAF-Gefangene fordern, der wenigstens die Mindestbedingungen für menschliches Überleben erfüllt – und beides nicht miteinander vermischen.

Mit freundlichen Grüßen

die Delegierten-Konferenz der Christen für den Sozialismus in der BRD und Westberlin
Freiburg, den 2. Mai 1981

Ein Prozeß gegen die Marburger Linke

Seit dem 5. Mai läuft in Marburg ein Prozeß vor der großen Strafkammer des Landgerichts gegen fünf Studenten. Vorgeworfen wird ihnen u.a. Landfriedensbruch, Nötigung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Raub. Hintergrund des Prozesses ist ein Go-in zum Uni-Präsidenten und anschließende Durchführung einer „verbotenen Veranstaltung" im Wintersemester 1979.

Der Uni-Präsident Kröll war bei seiner Wahl angetreten mit der Absicht, das „Ansehen" der angeblich „linken" Marburger Uni zu fördern – was in der Logik Rechter noch immer massives Vorgehen gegen jegliche linke und demokratische Politik bedeutet. So ging er dann ans Werk: allein in den ersten sechs Semesterwochen zu Beginn des Wintersemesters 1979/80 verbot Kröll sieben Veranstaltungen und Vollversammlungen, vornehmlich wegen „Wahrnahme des allgemeinpolitischen Mandats" durch die Studentenschaft. Eine dieser Veranstaltungen war die vom AStA (damals noch MSB/SHB/Jusos) geplante Solidaritätsveranstaltung für den mit einem Berufsverbot bedrohten Postbeamten und Marburger DKP-Stadtverordneten H. Bastian. Da es ja bekanntlich keine Berufsverbote gibt, verbot Kröll auch diese Veranstaltung.

Das wollten sich nun die Studenten nicht ohne weiteres gefallen lassen: auf einer Studentenvollversammlung mit ca. 1.300 Anwesenden wurde eine Protestresolution verabschiedet und ein Go-in zu Kröll beschlossen, das am Tag der geplanten Veranstaltung stattfinden sollte.

Am 26.11.1979 begaben sich also ca. 200 bis 300 Studenten zum Verwaltungsgebäude der Uni – und standen dort vor verschlossenen Türen. Trotz der gleichzeitig stattfindenden öffentlichen Sitzung des Uni-Senats hatte die Uni-Spitze ihre Leute angewiesen, das Gebäude zu verrammeln.

Eine von den Studenten aufgebaute Mauer, die das Groteske der Situation symbolisieren sollte, wurde später zu einem Nötigungsakt. Als eine Tür geöffnet wurde, um Leute rauszulassen, gingen die „Demonstranten" hinein – das ist natürlich Hausfriedensbruch, wie jeder ‚rechte' Bürger weiß.

Nachdem eine Diskussion mit dem Vize-Präsidenten erfolglos verlaufen war (der Präsident selbst war angeblich nicht da), zogen die Kommilitonen ins Hörsaalgebäude, um die geplante Veranstaltung durchzuziehen. Dabei fühlte sich ein Prof. durch die Anwesenheit ungewöhnlich vieler Zuhörer bei seiner sonst eher spärlich besuchten Veranstaltung so beeindruckt, daß er sich genötigt sah, die Veranstaltung abzubrechen. Daraufhin trat der persönliche Referent des Präsidenten in Aktion: er erschien mit einer Kamera und begann, alle Anwesenden zu fotografieren. Daß ihm dabei der Fotoapparat abhanden kam und sich später ohne Film auf dem Klo wiederfand, ist nach der Logik des Staatsanwaltes Raub. Außerdem fühlten er und der Uni-Kanzler sich von den Studenten ungebührlich behandelt – Körperverletzung heißt das in der Anklageschrift.

Sieben Kommilitonen wurden schließlich vor den Kadi gezerrt – alle sieben Mitglieder von AStA oder Studentenparlament und Mitglieder des MSB bzw. SHB.

Vorgeplänkel ...

Mittlerweile sind zwei Prozesse bereits gelaufen, der dritte hat am 5. Mai begonnen.

In dem ersten Prozeß stand ein Kommilitone vor Gericht, der während der Abschließaktion der Uni-Bediensteten im Verwaltungsgebäude war und diese angeblich daran hindern wollte, die Türen zu verschließen. Nach Aussage der Belastungszeugen hätte er jedoch gleichsam artistische Fähigkeiten haben müssen: wie er gleichzeitig die Tür festhalten, einen Typen von hinten umfassen und von vorn treten konnte, blieb Geheimnis dieser „Zeugen".

Der fällige Freispruch blieb dennoch aus. Immerhin stellte das Gericht das Verfahren gegen eine Geldbuße ein. Im zweiten Verfahren hatte ein Kommilitone das „Verbrechen" begangen, für ein Flugblatt presserechtlich verantwortlich zu zeichnen, das zu besagtem Go-in aufrief. Daß dieses ein öffentlicher Aufruf zu Straftaten sei, wie der Staatsanwalt behauptete, überzeugte auch das Gericht nicht: es sprach den Kommilitonen frei.

Einschüchterung ...

Zu Anfang des jetzt laufenden Prozessses wurde versucht, eine für eine Vorverurteilung günstige Stimmung zu schaffen:

- die Räumung der zur Unterstützung der Angeklagten besetzten Alten Uni war bereits geplant, eine Hundertschaft angefordert;
- zur Demo am ersten Prozeßtag waren zwei Hundertschaften und zwei Wasserwerfer angekarrt worden; das hat es hier seit 'zig Jahren nicht gegeben. Aber auch Anlage und Durchführung des Prozesses seitens Gericht und Staatsanwaltschaft machen deutlich, daß eine massenwirksame, einschüchternde Verurteilung anvisiert wird:
- der Prozeß findet vor der großen Strafkammer des Landgerichts statt, d.h. Berufung ist nicht möglich, lediglich Revision (nur aufgrund formaler Fehler des Gerichts einlegbar),
- am ersten Prozeßtag mußten die Besucher sich durch 30 Bullen zwängen, wobei sie mit Metallsonden nach „Waffen" abgesucht wurden (die Ausweise mußten abgegeben werden und wurden erst bei Verlassen des Gerichts wieder ausgehändigt);
- der Saal faßte nur 30 Leute, von diesen wenigen Plätzen waren zwei für Zivilbullen für den Fall von „Ausschreitungen" reserviert;
- Angeklagte und ihre Anwälte sitzen z.T. so, daß sie sich nur schwer untereinander verständigen können, was eine effektive Verteidigung erschwert;
- Anträge der Verteidigung auf Behebung derartiger und anderer Mißstände und Schikanen werden durchweg abgelehnt.

Die Prozesse sind Teil des Versuchs von Uni-Leitung und Staatsanwaltschaft, die Marburger Uni zu einer rechten „Musteruni" zu machen. So verweigerte Kröll z.B. dem DGB für seine Veranstaltung am 1. Mai Uni-Räume. Der Personalrat wird mit der „Notverordnungs-Klausel" des Hessischen Personalratsgesetzes systematisch ausgeschaltet. Berufsverbote werden unter dem Deckmantel der Mittelknappheit und der mangelnden „Qualifikation" vorbereitet.

Auch der neue AStA (getragen von Grün-Bunt-Alternativer-Liste und Jusos) wurde mit dem Verbotsknüppel bedroht: eine VV zum Hungerstreik der politischen Gefangenen wurde verboten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in mehreren Verfahren wegen Flugblättern und Demo zum Hungerstreik nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung).

Hieraus wird deutlich, daß der Prozeß gegen die „Fünfer-Bande" ein Prozeß gegen die gesamte fortschrittliche Studentenschaft ist.

Wenn die fünf Angeklagten zu Haft verurteilt werden sollten, (was keineswegs abwegig ist), verschwindet ein Stück politischer Freiheit der Studenten mit hinter Gittern.

Solidarität entwickelt sich

Es hat sich eine Strafangezeigten-Initiative gegründet. Diese besteht fast ausschließlich aus MSB- und SHB-MItgliedern sowie einigen Unorganisierten. Jusos und Grün-Bunt-Alternative lassen sich eher sporadisch blicken. Die Ini hat inzwischen ca. 3.000 Unterschriften gegen die Prozesse gesammelt und u. a. eine Demo mit ca. 2.500 Leuten am ersten Prozeßtag organisiert. Hierzu waren Studenten aus Wiesbaden, Kassel, Hamburg, Münster, Essen, Bochum usw. teilweise mit Bussen gekommen. 110 Solidaritäts-Resolutionen und -Adressen trafen bisher ein, darunter von ASten aus der gesamten BRD, der VVN, einzelnen Gewerkschaftsgruppen und den Bundesvorständen von Jusos, MSB und SHB.

Desweiteren gründete sich ein Solidaritäts-Komitee aus ca. 40 Marburger „Persönlichkeiten", v.a. Professoren, Stadtverordneten, Personalräten, Gewerkschaftern, Konvents-Mitgliedern. Außerdem wurde einige Tage vor Prozeßbeginn ein Teil der Alten Marburger Uni besetzt, um gegen die rechte Offensive zu protestieren. Diese Besetzungsaktion wurde nach einer Studentenvollversammlung von ca. 400 bis 500 Leuten unterstützt. Die Presseberichterstattung war mit Artikeln in FR, die NEUE sowie Meldungen im Hessischen Rundfunk und im Regionalfernsehen recht gut. Nach drei Tagen wurde die Besetzung beendet.

Wir werden im AK weiter über den Verlauf des Prozesses und die Solidaritätsarbeit berichten.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die Sorgen der Kapitalisten

schon zu arg belastet ist, wird das Ganze etwas anders genannt. In einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Gesellschaftlicher Wandel. Untergang, Krise, Widersprüche" macht sich Ottheinrich Freiherr von Weltershausen (er heißt tatsächlich so!) Gedanken über den *„großen geistigen, kulturellen und politischen Wandlungsprozeß, in dem sich die westlichen Industrieländer befinden"* (arbeitgeber 22/32 – 1980, S. 1373). Er diskutiert über den Grundkonsens der Gesellschaft und schreibt, *„daß der sozialdemokratische Konsens"* („*Wirtschaftswachstum, Staatsbürgergleichheit, politische Teilnahme und Wissenschaftsglaube*") *„in jedem einzelnen seiner Hauptelemente notleidend geworden ist. Seine allmähliche Ablösung erscheint daher notwendig zu werden"*. Abgelöst werden wird er seiner Meinung nach durch die Einsicht, *„daß eine Gesellschaft ohne Reste von Bindungen und Ungleichheit nicht existieren kann"*. Diese Gesellschaft nennt er *„solidarische Gesellschaft"* und kennzeichnet sie als System, in dem jeder einzelne gefordert wird und nicht mehr der Staat (vielleicht in der Altersversorgung?), in dem von der „Anspruchsmentalität" zu „Hilfs- und Leistungsbereitschaft" gewechselt wird (vielleicht nicht immer fordern, sondern für Volk und Gemeinschaft Leistung bringen?), in dem Wissenschaft endlich wieder was gilt (Schluß mit der irrationalen Angst vor Kernenergie und neuen Technologien). Kurz gesagt:

„Gesellschaftlich würde ein solcher Akzentwechsel bedeuten, daß die Fragen nach mehr Gleichheit zurücktreten würde hinter die über alle verbleibende Ungleichheit greifende Solidarität der Menschen im verstärkten Schutz ihrer natürlichen Umwelt: Umweltschutz vor Gleichheit, Solidarität vor Verteilungskampf" (S. 1375).

Endlich Schluß mit der Gleichheitsduselei und den ewigen Konflikten ums Eigentum, stattdessen Betonung der Ungleichheit nach dem Motto „Führen und geführt werden" (jedem wie's gebührt) und Vernebelung der Klassengegensätze durch diffuse Solidarität der Menschen. Witzigerweise wird das alles begründet mit der Gefahr eines ökologischen Zusammenbruchs. Das Ganze ist sozusagen der Versuch der Kapitalisten, in Anlehnung an rechte Grüne, die „Gattungsfrage" vor die „Klassenfrage" zu stellen, mit der Absicht, die Ängste der Menschen vor der Katastrophe (egal ob ökologisch oder militärisch) für ihre Ideen von einem neuen Konsens, der als zumindest antidemokratisch zu bezeichnen ist, zu instrumentalisieren. Zu bedenken ist dabei allerdings, daß es sich vorerst noch um Spekulationen handelt. Noch ist auch keine Kraft in Sicht, die den neuen Konsens durchsetzen könnte. Auf jeden Fall aber gibt es Überlegungen in dieser Richtung, und es gibt Versuche in dieser Richtung, z.B. bei der CDU, die von Kapitalistenseite genau beobachtet werden. So findet sich im arbeitgeber 6/33 – 1981 ein Artikel zum CDU-Bundesparteitag, in dem der CDU attestiert wird, daß sie vielleicht die Partei sein könnte, die den neuen politischen Konsens durchsetzen könnte. Im Artikel wird begeistert die Bereitschaft der CDU zu „geistiger Führung" herausgestellt. Gemeint sind damit die Versuche, sich ein scheinbar seriöses, theoretisch fundiertes Programm zu schaffen, will heißen, sich eine Ideologie zu schaffen, die bei Teilen des Protestpotentials ankommen könnte. So lobt der Artikel die „mutige Sensibilität der Konservativen", und es heißt weiter: *„Kohls und Geißlers Jugendkapital in den jeweiligen Reden suchen bisher ihresgleichen"*.

Zerschlagung der Massenbewegungen und Propagierung eines neuen (faschistoiden) ideologischen „Grundkonsens" dürften so gemeinsam vorangetrieben werden. Vorbild für die Kapitalisten könnte dabei die Entwicklung in den USA seit der Kandidatur Reagans werden. Selbiger wird in arbeitgeber 21/32 – 1980 als Retter der Zivilisation angepriesen: *„Große Zivilisationen, die vom Niedergang bedroht sind, können sich regenerieren, wenn sie zu den Quellen ihrer Vitalität, zu den Grundüberzeugungen zurückkehren, denen sie ihren Aufstieg verdanken. Dies ist eine Lehre der Geschichte. Reagan hat sie begriffen, denn er ist frei von den psychischen Störungen eines dekadenten Establishments, er besitzt ein erstaunlich tiefes Geschichtsbewußtsein, und er weiß vor allem, daß die richtigen Antworten auf komplizierte Herausforderungen nie kompliziert sein dürfen"* (S. 1276).

So ein Mann wird gesucht, und – könnte man fast hinzusetzen – die BRD ist gerettet ...

In Sicht scheint er noch nicht zu sein. Das hindert allerdings reaktionäre Kreise in der BRD nicht, sich schon mal Gedanken über die Möglichkeit der Übertragung des „Reaganismus" auf die BRD oder auf Europa zu machen.

So lud das Würzburger Institut für Demokratieforschung (Leiter: Prof. Lothar Bossle, aufmerksamen Linken schon früher als eine der Verbindungsstellen in der bundesdeutschen Rechten aufgefallen) am 17.5.81 zu einem Symposium unter dem Thema: „Neokonservativismus – die Leitidee der 80er Jahre?" (Frankfurter Rundschau, 18.5.81). Neben Bossle selbst waren zugegen: Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin), Paul-Wilhelm Wenger (Rheinischer Merkur), Günther Zehm (Welt), Ludwig Martin (Generalbundesanwalt a.D.) und etliche ausländische Rechte.

Zwar war man sich in diesem Kreise allgemein bewußt, daß sich so leicht die Reagan-Ideologie (verschämt mit „Neokonservativismus" umschrieben) nicht übertragen lassen wird; auch ließ sich nur schwer Einigkeit herstellen, was dieses – gelegentlich auf politische Philosophie genannte – Gedankengut denn nun genau ausmacht. Aber einig war man sich darüber, welchem Zweck seine Propagierung dienen soll: An erster Stelle der Abwehr des „Ungeist" des Sozialismus, der das 20. Jahrhundert bedroht. Löwenthal sprach dann dankenswerterweise aus, daß es nicht nur um einen außenpolitischen „Neokonservativismus" geht, sprich um einen härteren Kurs gegen die SU und Befreiungsbewegungen, sondern auch um einen ideologischen, indem er die „feige schweigende Mehrheit" (Originalton) ins Spiel brachte, durch die die Freiheit auch bedroht sei. Es handelt sich hierbei augenscheinlich um die Mehrheit, die nicht kriegsbereit ist, die am liebsten den ganzen Tag auf dem Kanapee läge. Diese Mehrheit muß mobilisiert werden, dazu braucht man eine zugkräftige Ideologie. Wenn von Reagan dabei zu lernen ist, werden die Kapitalisten und ihre Freunde es tun.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schmückerprozeß: Haftverschonung für Ilse Schwipper »medizinisch zweifellos indiziert«

Bald sieben Jahre sitzt Ilse Schwipper schon in Untersuchungshaft, etwa dreieinhalb davon in Total- oder Kleinstgruppenisolation (s. AK 200). Ihr Gesundheitszustand hat sich in den letzten Jahren ständig und drastisch verschlechtert.

Obwohl der vom Gericht bestellte Gutachter Ilses Haftverschonung für erforderlich hält, wurde ein entsprechender Antrag der Verteidiger zu Beginn des dritten Schmücker-Prozesses abgelehnt. Trotz offensichtlicher Verhandlungsunfähigkeit hatte auch ein Aussetzungsantrag keinen Erfolg.

Im August 1974 wurden Ilse und ihre Mitbewohner einer Wolfsburger Wohngemeinschaft verhaftet, da sie die Erschießung des Verfassungsschutz-Spitzels Ulrich Schmücker geplant und durchgeführt haben sollen. Knapp zwei Jahre später wurde Ilse zu lebenslanger Haft, ihre Mitangeklagten zu Jugendstrafen zwischen vier und acht Jahren verurteilt. Nachdem der Bundesgerichtshof (BGH) die Urteile 1977 aufgehoben hatte, wurden sie im Revisionsprozeß vor zwei Jahren bestätigt. Nach der erneuten Aufhebung der Urteile durch den BGH im letzten Herbst begann am 7. Mai die dritte Runde im Schmücker-Prozeß.

Ilse ist inzwischen die einzige noch inhaftierte Angeklagte. 81 Monate U-Haft und jahrelange Isolation haben ihren psychischen und physischen Gesundheitszustand so schwer angegriffen, daß ihr Überleben im Knast – geschweige denn eine gesundheitliche Besserung – kaum erwartet werden kann.

Von der Wortwahl vorsichtig-„neutral", im Inhalt aber eindeutig stellte der psychiatrische Gutachter Prof. Cabanis in einem Gutachten vor einem Monat fest: *„Vom medizinischen Standpunkt erscheint die umgehende Einleitung einer von der Untersuchten akzeptierten psychotherapeutischen Betreuung notwendig, wobei ein durchschlagender Erfolg in und durch die Haftsituation kaum zu erwarten ist." „Vom ärztlichen Standpunkt"* erscheine eine Haftverschonung *„zweifellos indiziert".*

In den letzten Jahren hatten verschiedene Ärzte eine lange Liste von Haftschäden feststellen müssen, die immer wieder auftreten: Herzstiche, Kreislaufschwäche, heftige Kopfschmerzen, starke Magenschmerzen, starke Schmerzen im Nacken, Schwindelzustände und Schwarzwerden vor den Augen, ausgepräg-

schmerzen, starke Magenschmerzen, starke Schmerzen im Nacken, Schwindelzustände und Schwarzwerden vor den Augen, ausgepräg-

te Konzentrationsstörungen, Gedächtnisstörungen und 1979 sogar ein kurzfristiger Bewußtseinsverlust mit Hirnstürzen, Nervosität, Appetitlosigkeit, Müdigkeit einerseits und Schlaflosigkeit andererseits, Platzangst, Beklemmungsempfindungen beim Atemholen und ein tief depressiver Zustand (aus dem schriftlichen Gutachten von Prof. Cabanis vom 29.4.81).

Als sachverständiger Zeuge wiederholte Prof. Cabanis am 2. Verhandlungstag im Schmücker-Prozeß seine Überzeugung, daß Hoffnung auf Erfolg einer dringend notwendigen medizinischen Behandlung allenfalls bei langfristiger Therapie in Freiheit bestünde. Dennoch wurde der Haftverschonungsantrag und der Antrag auf Aussetzung des Prozesses für sechs Monate abgelehnt und stattdessen eine „Gesprächstherapie" im Knast „angeboten", deren Erfolglosigkeit allerdings vorprogrammiert wäre.

Als Prof. Cabanis am zweiten Prozeßtag vernommen wurde, hielt er Ilse zum Zeitpunkt seiner Vernehmung für verhandlungsfähig, betonte aber gleichzeitig, daß er keinerlei Ausführungen und Vorhersagen über die Dauer dieser Verhandlungsfähigkeit machen könne, auch nicht für die nächste Viertelstunde; der extrem labile Gesundheitszustand von Ilse sei zu starken Schwankungen unterworfen.

Wer Ilse im Prozeß erlebt, weiß auch ohne Gutachter und Professor, daß von einer Verhandlungsfähigkeit nicht die Rede sein kann. Ilse ist weder in der Lage, sich auf ihre Verteidigung mit ihren Anwälten vorzubereiten, noch dem Prozeßgeschehen im Nachhinein zu folgen.

– Nach dem ersten Verhandlungstag (nur zwei oder drei Stunden lang) brach Ilse in der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße zusammen und konnte erst nach mehreren Stunden wieder beruhigt werden.

– Etwa eine Stunde nach der Vernehmung von Prof. Cabanis am zweiten Verhandlungstag verlangte Ilse ihre Zurückbringung in die Lehrter Straße, da sie den Fortgang der Verhandlung nicht mehr ertragen könne. Da ein Arzt, der ihre Verhandlungsunfähigkeit hätte feststellen können, nicht aufzutreiben war, wurde der Prozeß erst nach der Verlesung der Anklageschrift unterbrochen.

– Trotz eines etwa 90minütigen Besuchs ihrer Anwälte war Ilse nicht in der Lage, die für den dritten Verhandlungstag vorgesehene Vernehmung der Tatort-Zeugen zu besprechen und sich auf die Verteidigung vorzubereiten. Nicht deshalb, sondern wegen der Nichterstellung eines (Zeugen-)Ladungsplanes wurde der Eintritt in die Beweisaufnahme vom dritten auf den vierten Verhandlungstag verschoben.

– Doch auch am vierten Prozeßtag mußten die Zeugen wieder ungehört nach Hause geschickt werden, da Ilse schon nach einer knappen Stunde während der Verlesung eines Verteidigerantrages nicht einmal mehr zum bloßen Stillsitzen in der Lage war. Zum Glück war diesmal eine vom Gericht bestellte Ärztin anwesend, die Ilses Verhandlungsunfähigkeit auch sofort feststellte und ihr eine *„psychogene Ausnahmestimmung"* attestierte.

Nachdem die Staatsanwaltschaft zuvor noch jede Regung von Ilse als „Beweis" für ihre Verhandlungsfähigkeit ins Feld geführt hatte, nahm diesmal selbst sie die schnelle Unterbrechung der Verhandlung schweigend hin.

Der Prozeß ist vorerst bis Dezember terminiert, wird aber mit Sicherheit sehr viel länger dauern, zumal sich die Prozeß-Entwicklung bezüglich der Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker noch gar nicht absehen läßt.

Nach vier Verhandlungstagen sollte eigentlich auch Richter Sachs mitbekommen haben, daß er diesen Prozeß nicht durchziehen kann, ohne der Verhandlungsfähigkeit von Ilse durch Haftverschonung und eine Aussetzung des Prozesses für mindestens sechs Monate wenigstens eine Chance zu geben.

Antirepressionskommission des KB/Westberlin

Prozeßtage: jeweils Dienstag und Donnerstag um 9.15 Uhr im Saal 501 des Kriminalgerichts Moabit.

Donnerstag um 9.15 Uhr im Saal 501 des Kriminalgerichts Moabit.

5. Strafverteidigertag in Westberlin vom 1. - 3. Mai 1981

Vom 1. - 3. Mai 1981 fand in Westberlin der 5. Strafverteidigertag statt, der von den als linksliberal anzusehenden Strafverteidigervereinigungen aus Hamburg, Westberlin, Niedersachsen und Bayern veranstaltet worden war.

Es gab vier Arbeitsgruppen zu aktuellen rechtspolitischen Fragen und zwei kontrovers geführte Podiumsdiskussionen zu den Themen „Problematische Verteidigungen", bei der insbesondere die Verteidigung in Vergewaltigerprozessen diskutiert wurde (siehe dazu Bericht auf den Frauenseiten) und zu Reformplänen und Notwendigkeiten von Veränderungen im Strafprozeßrecht (Kontrahenten: RA Hannover und der Bonner Ministerialbürokrat Rieß). Das Eröffnungsreferat hielt der Verteidiger Dietrich Güstrow, der über seine Erfahrungen als Anwalt in der Zeit von 1935 - 1945 berichtete. Klar geworden ist jedenfalls, daß es auch im Faschismus nicht nötig war, sich total anzupassen; klar geworden ist auch, in welcher Tradition die westdeutsche Strafjustiz steht und daß die Strafverteidiger von heute daraus eine Menge von Schlußfolgerungen ziehen können.

Haftbedingungen – Positionswandel von Prof. Rasch

Wegen des zuvor beendeten Hungerstreiks von politischen Gefangenen fand am ersten Abend eine Filmvorführung und eine Diskussion über die Haftbedingungen politischer Gefangener statt.

Am interessantesten war der Diskussionsbeitrag von Prof. Rasch, der 1975 nach einer Untersuchung der Stammheimer Gefangenen zuerst die gesundheitszerstörerische Wirkung der Isolationshaft feststellte und der daraufhin den Vorschlag machte, die Gefangenen zu „interaktionsfähigen Gruppen" zusammenzulegen.

Rasch berichtete, daß das, was die staatlichen Stellen heute als Verwirklichung des „Wohngruppenvollzugs" und als „Zusammenlegung" ausgeben, mit den seinerzeit von ihm erhobenen Forderungen nicht viel zu tun hat: es mögen zwar mehrere Gefangene Umschluß haben oder auch im Besitz eines Fernsehers sein. Diese rein äußerlichen, kosmetischen Korrekturen am Haftstatut wären aber nicht der Rede wert gegenüber der mit vollkommener Kontrolle in den Trakts und der damit verbundenen Zerstörung jeglichen Privatbereiches und jedweder Intimsphäre.

Außerdem sei eine Gruppe von 4

ches und jedweder Intimsphäre.
Außerdem sei eine Gruppe von 4

oder maximal 5 Gefangenen nicht geeignet, wirklich „Interaktion" zu ermöglichen. Stattdessen könnte es in solchen Gruppen eher sehr schnell „zu eng" werden, so daß kein Ausgleich unterschiedlicher Meinungen, sondern eher deren Unterdrückung stattfinde. Rasch hält deshalb unter den derzeitigen Bedingungen die Integration der Gefangenen in den „Normalvollzug" für die bessere Lösung, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Vollzug durch die Einbeziehung politischer Gefangener in gewachsene Strukturen der Gefängnisse den sozialen Gefangenen den „Normalvollzug" kaputtmacht und die „Politischen" damit zu unliebsamen Störenfrieden isoliert.

Da Rasch der Meinung ist, daß sich auch dieses Problem unter den gegenwärtigen Knastbedingungen nicht wird lösen lassen, kam konsequent seine Forderung nach einer Haftentlassung, sprich A m n e s t i e, da sich nur so das Problem mit der Wurzel lösen lassen werde.

Eine recht mutige, und wie wir meinen auch richtige Forderung, ebenso wie die nach „Normalvollzug".

Prinzipiell kann es nämlich nicht so ein, daß sich die politischen Gefangenen als die ihrem Selbstverständnis nach fortschrittlichsten Teile der Bevölkerung von den Teilen des Volkes absondern, die ebenfalls Opfer der Klassenjustiz und des Strafvollzugs geworden sind. Die Perspektive muß in Richtung „Aufhebung jeder Sonderbehandlung" gehen, nicht auf Schaffung eines Sonderstatus.

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik wurde schließlich noch eine Resolution verabschiedet, die sich gegen eine Kriminalisierung von Personen richtet, die wegen Solidaritätsaktionen für den Hungerstreik festgenommen oder gar inhaftiert worden sind.

Weg mit dem Verbot der Mehrfachverteidigung!

In letzter Zeit, insbesondere im Zusammenhang mit der von den Staatsanwaltschaften angezettelten Flut von „Terroristen-Unterstützer-Prozessen" – insbesondere in Westberlin, wo inzwischen fast jeder Flugblattverteiler ein Verfahren wegen § 129a StGB bekommt – mit den Massenverhaftungen in Nürnberg und anderswo ist das Verbot der Mehrfachverteidigung verstärkt ins Gerede gekommen.

Die Vorschrift ist 1975 geschaffen worden, um die Verteidigung in Stammheim zu zerschlagen (was Herr Rieß heute vehement in Abrede stellt) und hat sich heute für die Justiz als Hemmschuh entpuppt.

In Nürnberg beispielsweise halst sich die Strafjustiz bei der Verfolgung der 141 Festgenommenen 141 Verteidiger auf, bei jeder Massenverhaftung wird die Justiz mit einem sehr schnell eintretenden Anwaltsmangel zu tun haben.

D i e s, nämlich die Behinderung „effektiver" Strafverfolgung, ist der eigentliche Grund für Überlegungen auch im Bonner Justizministerium, das Verbot der Mehrfachverteidigung lockern zu wollen. Es ist mal wieder ein untauglicher Roßtäuscher-Versuch, der Öffentlichkeit weismachen zu wollen, man habe öffentlicher Kritik, auch aus liberalen Anwaltskreisen, Rechnung tragen wollen. Das gleiche Täuschungsmanöver wie bei der Abschaffunf des viel kritisierten § 88a, Strafgesetzbuch: der derzeitige Justizminister spielte den reumütigen und einsichtigen Sozialdemokraten, abgeschafft wurde der Paragraph aber, weil er von seiner „Effektivität" her ein Schuß in den Ofen war.

Anwälte warnen vor Prozeßsteuerung durch die Exekutive

Eine Arbeitsgruppe befaßte sich mit dem Spitzelunwesen und seiner Billigung durch die Justiz, ja seine ausgesprochene Förderung durch die Gerichte in der letzten Zeit (siehe Artikel zum Schmücker-Prozeß in diesem AK).

Es setzen sich nicht mehr nur die Interessen der Polizei an der Geheimhaltung ihrer Spitzel, sondern auch die Interessen der Geheimdienste an der Anonymität ihrer Agenten gegen rechtsstaatliche Grundsätze des Strafverfahrens durch.

Wegen einer in der letzten Woche ergangenen neuen Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes zu diesem Thema, in der die staatliche Anstiftung zur Drogenkriminalität gebilligt wurde, haben wir den Bericht über diesen Punkt verschoben und werden nach Vorliegen der Entscheidungsgründe des BGH hierüber berichten.

IKAH

Der § 129a geht um: Münster: Linker Buchladen durchsucht

Am 15.5. wurde der „ROSTA", linker Buchladen in Münster, von der politischen Polizei durchsucht.

Ziel der Aktion war eine Broschüre mit dem Titel „Wenn wir zusammen kämpfen", die man nach Informationen der Polizei im Buchladen kaufen konnte.

In dieser Broschüre geht es um den Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD sowie den Kampf von IRA und INLA in Irland.

Zwar wurde die Broschüre nicht gefunden, dafür nahmen die eifrigen Beamten einiges mit, was ihnen verdächtig erschien: linke Zeitungen, darunter den „Arbeiterkampf" des KB und „Express" vom SB sowie einige Flugblätter zum Hungerstreik und eins mit dem Titel „Solidarität mit der Solidarnosc"(!).

Dem Durchsuchungsbeschluß des OLG Düsseldorf kann man entnehmen, daß dem Buchladenkollektiv ein Verfahren „wegen des Verdachts des Werbens für eine terroristische Vereinigung" ins Haus steht, *„deren Zwecke oder deren Tätigkeit auf Mord, Totschlag und Völkermord (!) gerichtet ist".*

Neben dem Protest gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD soll damit wohl auch die Solidarität mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes kriminalisiert werden! Aus dem Kampf des irischen Volkes gegen die britische Besatzung wird der Vorwurf des „Völkermords" abgeleitet.

Das gleiche OLG hat es allerdings noch nicht fertig gebracht, die Angeklagten im Majdanek-Prozeß in den Knast zu bringen.

KB/Gruppe Münster

Frauen im US-Knast

Ein weißer Fleck im weltweit bekannten Dschungel der US-Knäste sind die Frauen. San Quentin, Attica und Sing-Sing sind jedem geläufig, doch wie geht es den Frauen, die in US-Bundesgefängnissen sitzen müssen? Vier Prozent der US-Häftlinge stellen die Frauen (das sind 13.000). 53 % von ihnen sind schwarz. Nahezu die Hälfte kommt aus den Südstaaten.

Das Statistische Bundesamt gibt folgende Charakteristik von Frauen in US-Knästen: *„Jung, arm, aus einer rassischen oder ethnischen Minderheit, unausgebildet, verheiratet, Mutter ... (die) ein Verbrechen ohne Opfer bzw. Eigentumsdelikt begangen hat."*

Nur drei Bundesgefängnisse nehmen Frauen und Männer auf, und ein einziges Haus ist ausschließlich für Frauen. Dieses, Alderson in West Virginia (300 km von Washington), liegt völlig abgeschieden in den Bergen. 25 % der Frauen kommen aus Washington, der Rest stammt aus 41 Bundesstaaten von Kalifornien bis New York und sogar aus Puerto Rico. Die Mehrheit sind Schwarze.

Frauen in US-Knästen wird eine berufliche Aus/Fortbildung verweigert, ernsthafte medizinische Versorgung vorenthalten und Kontakte zu ihren Familien unmöglich gemacht. Allein die Entfernungen zerstören jede Basis einer anhaltenden Beziehung; doch noch grausamer ist die umgehende Trennung von Mutter und Kind, wenn eine Frau im Knast ihr Kind zur Welt bringen muß. Darüberhinaus haben sie unsagbare Probleme nach der Haftentlassung, um ihre Kinder aus den Bewahranstalten des Staates zurückzuholen (aus Workers World, 17.4.81).

USA-Kommission

Anzeige

Mord und Totschlag in der Bundeswehr?

— Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten —

„Meine Überprüfungsergebnisse aus Vorfällen, in denen Soldaten unter Androhung oder Anwendung von Gewalt die Gesundheit und körperliche Integrität, die Würde oder andere zu schützende Rechtsgüter ihrer Kameraden verletzten, erlauben nicht, auf eine in den Streitkräften generell bestehende informelle Hierarchie zu schließen, in der der dienstältere Soldat sich Rechte gegenüber dem dienstjüngeren anmaßt und in rechtsverletzender Weise versucht durchzusetzen. ...sind aber Alkoholeinfluß, die Neigung einzelner zur Gewalttätigkeit, angebliche persönliche Schwächen der Opfer und deren vermeintliche Wehrlosigkeit für derartige Rechtsverletzungen ursächlich. Hinzu kommt auch fehlerhaftes Verhalten von Vorgesetzten" (S.4). Zu diesem Ergebnis kommt der Wehrbeauftragte des Bundestages, Berkhan, in seinem Jahresbericht über die Zustände in den Bundeswehrkasernen; also alles Ausnahmen, Einzelfälle, nicht repräsentativ usw.. Wer auch nur annähernd die Berichterstattung in „Stern" und „Spiegel" verfolgt hat („Saufschule der Nation", u.a.), kann beim Lesen dieses Berichtes nur noch mit dem Kopf schütteln. Das Ganze gipfelt in der Aufforderung Berkhans an die Offiziere, doch bitteschön mehr *„Gespür für Krisen- und Konfliktsituationen ihrer Soldaten zu entwickeln"* (S.25).

Welch durchaus „feines Gespür für Krisen- und Konfliktsituationen" derzeit in den Kasernen vorherrschend ist, wird schon an den wenigen „ausgewählten" Beispielen deutlich, die Berkhan unter dem Punkt „Mißhandlungen" abhandelt:

– Ein Soldat wurde von „Kameraden" geweckt und zur Teilnahme an einer „Zecherei" gezwungen. Als er gehen wollte, *„wurde er daran gehindert und gezwungen, mit den anderen Soldaten in den Durschraum zu gehen. Hier mußte er den Schlafanzug ausziehen und sich unter die Dusche stellen. Dabei wurde das Wasser des öfteren abwechselnd von warm auf kalt gestellt. Einer der vor der Dusche stehenden Soldaten cremte wiederholt Rücken, Gesäß und Genitalbereich des Mißhandelten mit schwarzer Schuhcreme ein. Bei der anschließend geforderten Reinigung hatte er sich der Klosettbürste zu bedienen und war weiteren Mißhandlungen ausgesetzt"* (S.5). Was hier als Einzelfall beschrieben wird, ist in der Bundeswehr nun bekanntermaßen alltägliche Praxis und wird in den meisten Fällen weder gemeldet noch unter Mißhandlung geführt. *„Die meisten Praktiken bewegen sich auf der Ebene mehr oder minder grober ‚Scherze' (zwangsweises Duschen, Eincremen)"*(Heeresinspekteur Poeppel, „FR", 5.3.81).

– Zwei besoffene Wehrpflichtige, kurz vor Ende ihrer Dienstzeit stehend, drangen in die Schlafstuben von Rekruten ein. *„In allen drei Stuben wurden schlafende Soldaten mit Fäusten geschlagen und mit Stiefeln getreten. Infolge dieser Schläge mußten einem Soldaten Platzwunden genäht werden, einem Soldaten wurde ein Zeh gebrochen, ein anderer trug eine Gerhirnerschütterung davon, andere Soldaten erlitten Faustschläge in das Gesicht und Prellungen an anderen Körperteilen; ingesamt mußten zwei Soldaten eine Woche bzw. drei Wochen stationär (!) behandelt werden. Die mißhandelten Soldaten verblieben bis zum Dienstbeginn am nächsten Morgen in ihren Stuben und brachten den Vorfall erst dann ihren Vorgesetzten zur Kenntnis"* (S.5).

– Vier Wehrpflichtige forderten einen Tag vor ihrer Entlassung ihre „Kameraden" auf, sich zu duschen. Gegenüber einem Soldaten, der sich weigerte, wurden sie handgreiflich, die anderen gingen „freiwillig".

„Diese Vorgänge...lassen darauf schließen, daß von Kameraden mißhandelte Soldaten aus Furcht schweigend Unrecht ertragen"(!!), aber von Hierarchie kann ja bekanntlich keine Rede sein, genausowenig wie diese „Einzelfälle" verallgemeinert werden dürfen!

Doch, oh Schreck: Berkhan mußte *„auch Vorfälle zur Kenntnis nehmen, in denen unter den Augen, mit Wissen und unter offensichtlicher Duldung und Billigung von Vorgesetzten"* Soldaten terrorisiert wurden:

– *„Ein Stabsunteroffizier, der um die Situation eines seiner ihm unterstellten Soldaten – dieser galt als etwas gehemmt, körperlich schwächlich und nicht besonders reinlich – wußte, äußerte sich gegenüber Kameraden...in dem Sinn, daß sie alles mit diesem machen könnten, sie dürften ihn nur nicht ‚umbringen'"*.

Ergebnis:*„...fesselten sie ihn an Armen und Beinen an das Bett, zogen ihm die Hose herab, beschmierten ihn mit Schuhcreme und Ketchup und mißhandelten ihn in schamverletzender Weise"*. Ein Vorgestzter, der den Raum betrat, meinte nur, sie sollten es nicht zu toll treiben und ging wieder. Die weitere Behandlung: *„...tropften ihm Haarwaschmittel und Kerzenwachs auf Kopf und Kleidung, gossen ihm Kakao in den Nakken und urinierten in seine Turnschuhe."* Der Höhepunkt war, daß ein besoffener „Kamerad" *„ein Klappmesser in die Matratze des Bettes stieß, auf dem der Soldat bereits zur Nachtruhe lag – angeblich nur, um diesem Angst einzujagen..."*

– Wegen angeblicher *„Ungeschicklichkeiten und mangelnden Erfolges in der praktischen Ausbildung"* wurde ein Matrose mit Wissen und Billigung des Vorgesetzten immer wieder *„körperlich mißhandelt. In einem Fall wurde er auch vom Gruppenführer selber mit einem Werkzeug auf den Stahlhelm geschlagen"* (S.6). Erst Monate später war er zu einer Meldung bereit, da er Angst vor der Rache seiner Kameraden hatte.

– *„In der Meinung, daß an einem der Panzer , die befohlenen Arbeiten nicht durchgeführt würden"* und weil der Fahrer sich nicht meldete, klopfte ein Hauptfeldwebel mit einem „faustgroßen Stein" gegen die Luke.*„Als sich der Fahrer immer noch nicht bemerkbar machte, ließ er den Stein durch die geöffnete Tür in den Panzer fallen. Der Fahrer...wurde am Hinterkopf getroffen."* Mit dem ihm eigenen feinen „Gespür" bescheinigte Berkhan dem Offizier das Fehlen der „notwendigen Sensibilität"!

Damit ist die Aufzählung der „Einzelfälle" schon beendet, Angaben über die Häufigkeit derartiger Fälle „fehlender Sensibilität" fehlen völlig. Lediglich aus der angehängten Statistik ergibt sich, daß von insgesamt 6943 behandelten „Vorgängen" immerhin 434 aus dem Bereich der sog. „Grundrechte" kommen, wobei man getrost von einer weit höheren Dunkelziffer ausgehen kann, da ein Großteil derartiger Schikanen erst gar nicht zur Anzeige kommt. *„Meist fügen sich die Mißhandelten schweigend in die Hackordnung und warten ihre Zeit ab, um es den neuen ‚Rotärschen' heimzuzahlen"*(„Stern" 14.8.80). Allein 188 dieser 434 Fälle betreffen Wehrpflichtige, 125 Zeitsoldaten, 57 Berufssoldaten. Eine „Hierarchie" ist hierin natürlich nicht erkennbar. 213 mal waren Mannschaftsdienstgrade betroffen, 89 mal Unteroffiziere. Von diesen 434 Anträgen wurde 168 „nicht entsprochen", lediglich in 76 Fällen wurden „Maßnahmen ausgelöst".

Wie sorgfältig Berkhans Nachforschungen waren, verdeutlicht das Ergebnis einer Umfrage, die Heeresinspekteur Poeppel im Herbst 1980 in Auftrag gegeben hatte, nachdem sich die nagariven Schlagzeilen über die Zustände in den Kasernen gehäuft hatten. Die Befragung von 3000 Vertrauensleuten ergab, daß „Schikanen und Gewalt im Heer die Ausnahme" seien, daß aber *„ in 30 bis 50 Prozent aller Heereseinheiten ‚manchmal' Fälle von Schikanen und Gewalt"* auftreten („FR", 5.3.81).

Konsequenzen hat der Jahresbericht natürlich nicht, Berkhan schlägt lediglich vor, das Vorleben der neuen Rekruten genauer zu untersuchen, damit die Vorgesetzten rechtzeitig über eventuelle Vorstrafen informiert sind. Damit wird natürlich die ganz einfache Erkenntnis umgangen, daß dieses Militär die Gewalt produziert. Da Gewalt, Hierarchie, Unterordnung. Schleifen mit diesem Militär untrennbar zusammenhängen, macht Berkhan auch gar nicht den Versuch, den genannten Erscheinungsformen entgegenzutreten.

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Wildeshausen: Mannschaftsvertrauensmann verleumdet, abgesetzt und eingesperrt!

Vorwurf: Er soll die Regimentsfahne beschmutzt haben

Seit Donnerstag, den 14.5. sitzt Jürgen F. auf Befehl des Bataillonskommandanten Oberstleutnant Kuhli in der Arrestzelle der Wittekind-Kaserne in Wildeshausen. Er wird dort die nächsten drei Wochen „sitzen".

Vorher wurde er aus der 3/Luftlandekompanie 272, wo seine Kameraden ihn als Vertrauensmann gewählt hatten, in eine andere Kompanie versetzt (1./272), genau eine Stunde nachdem ihm sein Kompaniechef nahegelegt hatte, „freiwillig" zurückzutreten. Obendrein verbot man Jürgen noch jeglichen Kontakt zu seinen Kameraden.

Der Anlaß des Ganzen:

Beim Fahnenappell am Donnerstag, dem 7. Mai abends, stellte der wachhabende Offizier fest, daß auf der Fahne mit rotem Filzstift „Soldaten sagen nee zur Bürgerkriegsarmee" geschrieben worden war. Sofort wurden sämtliche Soldaten, die seit Montag hatten Wache schieben müssen, verhört. Speziell auf Jürgen, der in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch als stellvertretender Wachhabender eingeteilt gewesen war, schoß man sich ein. Ein Verhör jagte das andere – Kompaniechef, Kommandeur, Kripo Militärischer Abschirmdienst.

Beweise?

Das Ergebnis dieser Verhöre war dürftig, war aber für Herrn Kuhli genug, um Jürgen einsperren zu lassen:

– Während seiner Wachzeit soll er den Soldaten Zeichen gegeben haben!

– Bei der Wachablösung soll er dem Soldaten, der die Fahne hochzog, aufgefordert haben, sich zu beeilen, sie sei in den Dreck gefallen.

– Er sei mit einem roten Filzstift, dem vermutlichen Tatwerkzeug gesehen worden!!!!?

Warum aber ausgerechnet Jürgen F.?

Jürgen hat sich nie den Mund verbieten lassen, er hat seine Kameraden konsequent über ihre Rechte aufgeklärt, er hat dafür gesorgt, daß das Singen faschistischer Lieder unterblieb (was einen Kompaniefeldwebel, der befohlen hatte, ein Nazi-Lied zu singen, eine Versetzung kostete!). Jürgen genoß das Vertrauen seiner Kameraden.

Unterstützt Jürgen!

Jürgen ist allein in der Zelle und freut sich über jedes Zeichen der Unterstützung. Zeigen wir Jürgen, daß er nicht allein ist.

Schickt Blumen, Briefe, Päckchen an Jürgen!

Protestiert gegen seine Inhaftierung beim Bataillonskommandeur Kuhli, 272 Luftlandebataillon, Wittekindkaserne, 2878 Wildeshausen!

Protestiert beim Wehrbeauftragten des deutschen Bundestages Wilhelm Berkhahn, 5300 Bonn 2, Basteistr.70

Wendet euch an die GRUPPE DELMENHORSTER ANTIMILITARIST (INN)EN, im „Zentrum" Orthstraße 8, Delmenhorst, Tel. 04221/16208, Treffen: Montags um 20 Uhr!

(aus einem Flugblatt der Delmenhorster Antimilitaristen)

Keine Werbung für den Krieg!

„Unsere Bundeswehr" gastierte vom 30.4. bis 4.5.81 mit ihrer Show „Unsere Luftwaffe" in Leonberg. Mit dieser Ausstellung wurde eine Tournee eröffnet, die durch elf kleinere Städte in Baden-Württemberg und Bayern führt. Wochen vorher wurde in der lokalen Presse kräftig die Werbetrommel gerührt.

Dort stand dann zu bewundern: ein F 104 Starfighter-Überschallkampfflugzeug, ein NIKE Herkules-Flugabwehrsystem, ein Hubschrauber, eine Radaranlage und eine Flugzeugabwehrkanone. Dazu waren im großen Informationszelt eine Infothek, ein Computerspiel und die Wehrdienstberatung für „unsere zukünftigen Soldaten" untergebracht.

Den Besuchern, die zum großen Teil ihre Kinder mitgebracht hatten, sollte hier mit Hilfe der faszinierenden Technik die Bundeswehr schmackhaft gemacht werden. Unter den Gerüchen der selbstgemachten Erbsensuppe wurde den Kindern die Funktion der ihnen fremden Maschinen erklärt. Ganz Neugierige durften sogar an den vielen Knöpfen und Schaltern spielen. Wann, warum und gegen wen die Waffen eingesetzt werden – also der tatsächliche Zweck der Kriegsgeräte, nämlich Leben und dadurch Menschen zu vernichten –, wurde den Kindern ganz bewußt nicht erklärt.

Sinn der Ausstellung ist, auf dem flachen Land und in garnisonsarmen Gegenden für die Bundeswehr Nachwuchswerbung zu betreiben und bei den Bürgern Sympathie für die Soldaten zu erwecken. Hintergründig und somit natürlich auch nicht ausgesprochen, reiht sich dieses militärische Spektakel ein in die Strategie des langsamen Gewöhnens der Bevölkerung an Kriegsgeräte und ihre Bediener.

Zum Glück gibt es noch Leute, die dieser Entwicklung und damit der Manipulation der Bevölkerung entgegenwirken. So entstand auch in Leonberg ein Aktionsbündnis gegen die Bundeswehrschau, an dem sich verschiedene Gruppen und eine Menge einzelner Personen beteiligten.

Alle Gruppen wollten am Eingang Info-Stände aufbauen. Diese wurden aber nur auf einem weiter entfernten Gelände genehmigt. Dadurch sollte bezweckt werden, daß so wenig wie möglich Gegeninformationen an die Besucher gelangen würden.

Manche Lehrer drohten sogar ihren Schülern mit Repressalien, falls sich nachher bei ihnen Flugblätter der Demonstranten fänden. Hierbei zeigt sich wohl deutlich genug, mit welchem Demokratieverständnis an unseren Schulen gelehrt wird.

Auf dem Gelände selbst waren immer Leute vom Aktionsbündnis, die laufend mit Uniformierten, Schülern und anderen Besuchern diskutierten. So konnte wenigstens ein kleiner Teil der Besucher auf die drohende Gefahr der todbringenden Waffen hingewiesen werden.

Am Samstag, dem 2. Mai, fand dann eine Demonstration gegen die Bundeswehrschau und den allgemein ansteigenden Militarismus in der Welt statt. In der Lokalpresse wurde versucht, die Demonstranten zu kriminalisieren; durch das Ausstreuen des Gerüchts, es käme zu Ausschreitungen, wurde versucht, möglichst viele Leute von der Demo abzuhalten.

Aber an diesem Tag brauchte sich kein Leonberger Bürger um seine Sicherheit zu sorgen, denn an Polizisten und ihren Einsatzgeräten mangelte es mal wieder nicht. Parallel zur Bundeswehrshow hätte eine Polizeishow stattfinden können. Die vier Wasserwerfer und eine Menge Bullen waren gut in der Stadt verteilt. Falls es zu nicht gewaltfreien Aktionen gekommen wäre, hätte es nicht lange gedauert, bis die bereitstehenden Hundertschaften aus der Umgebung am „Einsatzort" gewesen wären. Selbst im Leonberger Krankenhaus wurde für diesen Tag zusätzliches Personal bereitgestellt, und es wurden Betten für verletzte Demonstranten frei gehalten.

Wie man/frau hinterher erfuhr, schleuste die Polizei mit Pistolen bewaffnete Spitzel in den Demonstrationszug ein. Bei Zwischenfällen hätten sie sich durch mitgeführte Mützen und Armbinden zu erkennen gegeben, damit sie nicht von ihren eigenen Kollegen verdroschen worden wären. Nicht auszudenken, was sie wohl mit ihren Knarren bei einem Zwischenfall gemacht hätten! Zu Bullen und Sanitätern gesellten sich der MAD und die allgegenwärtigen Kollegen vom Verfassungsschutz, die aus einer nahe dem Ausstellungsgelände gelegenen Wohung die Demonstranten aus sicherer Entfernung und ohne Angst, entdeckt zu werden, fotografieren konnten.

Nach der Abschlußkundgebung, die neben dem Bundeswehrgelände stattfand, ging ein großer Teil der Demonstranten zum Ort des Geschehens rüber, wo sich dann rege Diskussionen entwickelten.

Um zurückzukommen auf die sich in der Bevölkerung breitmachende Befürwortung des Militärs und auf das Argument, den Frieden durch stetig steigende Aufrüstung sichern zu müssen:

Gab es nicht nach 1945 in Deutschland eine Parole „NIE WIEDER KRIEG", die von der gesamten Bevölkerung getragen wurde? „Unsere Söhne dürfen, nach alldem was geschehen ist, nie wieder Soldaten werden", hieß es damals. Was ist davon heute noch übrig geblieben? Die Toten, die es ja fast in jeder Familie gab – sind sie vergessen? Darf der Anblick gräßlich verstümmelter Menschenleiber einfach verdrängt werden?

Es sind unsere Väter und Mütter, die wir überzeugen müssen und denen wir diese gefährliche Entwicklung, die ja geradezu auf einen neuen, durchaus führbaren Krieg hinausläuft, verständlich machen müssen. Denn nur, wenn ein großer Teil der Bevölkerung mobilisiert werden kann, ist der Rüstungswahnsinn noch aufzuhalten.

AK-Leser aus Weissach

(redaktionell gekürzt)

Parallel zu „unserer Luftwaffe" ging auch „unser Heer" auf Horror-Show-Tournee, hier die Termine:
(s. auch die „Neue", vom 13.5. 81)
„Unser Heer" am:
13.5.–17.5. in Michelstadt/Odenwald
20.5.–24.5. Dillenburg/Hessen
27.5.–31.5. Wächtersbach/Hessen
24.6.–28.6. Warburg/Hessen
1.7.–5.7. Meschede/Westfalen
8.7.–12.7. Radevormwald/Berg.-Land
15.7.–19.7. Gladbeck

Totalverweigerer im Hungerstreik

Seit dem 21. April befindet sich der 33-jährige Diplompädagoge Peter Rath in einem unbefristeten Hungerstreik!

Schon 1967 war Peter als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden. Allerdings führte ihn die weitergehende Beschäftigung mit der Kriegs-Friedens-Problematik zu der Erkenntnis, daß er *„weder die selbstmörderische Soldatenspielerei eines surrogathaften Militärdienstes noch den doppelt surrogathaften Ersatzdienst ... für ein geeignetes Mittel halten (kann), die militärische Katastrophe zu verhindern ... Den Frieden militärisch sichern zu wollen, ist gleichbedeutend mit zivilem Versagen, ziviler Resignation und ziviler Verzweiflung ... So sozial wertvoll die Arbeit des Zivildienstleistenden im Einzelfall auch sein mag, sie neutralisiert einerseits die Gewissensentscheidung des Kriegsdienstverweigerers, indem sie den Kriegsdienst als Normalität unterstreicht, und sie bedeutet gleichzeitig ein Alibi, durch institutionalisierten und zeitlich begrenzten Einsatz sei ein ausreichender Beitrag zum Frieden geleistet worden"* (aus der Erklärung Peters zum Dienstantritt). Aufgrund seiner daraufhin vollzogenen Zivildienstverweigerung begann ein Verfahren durch mehrere Instanzen, das 1977 mit einer Verurteilung zu 8 Monaten Knast auf Bewährung wegen „Dienstflucht" endete. Kurz vor Auslaufen seiner Bewährungsfrist ist er nun zum 21.4. vom Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) in den in Kennerkreisen bereits als Zivildienstkaserne bekannten „Vinckehof" bei Castrop-Rauxel einberufen worden. Um sich in Wahrnehmung seiner Gewissensentscheidung nicht weiter kriminalisieren zu lassen, hat er, da auch Widerspruch und Klage keine aufschiebende Wirkung haben, unter Protest den Dienst angetreten und zugleich einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Er fordert in seiner Erklärung die Behörden auf, die Dienstantrittsforderung und den ihr zugrundeliegenden Einberufungsbescheid zu annulieren und bittet um Unterstützung und Solidarität (sich ans BAZ/Köln wenden etc.).

Seine Adresse: Peter Rath, z.Zt.
4620 Castrop-Rauxel
Zivildienstzentrum
Vinckehof 2-11
Tel. 02305/73044

Antimil-Kommision/KB Göttingen

»Atomkraft ist Schietkram!«

Demo gegen Atomraketen in Ostwestfalen mit 8.000 Menschen



Fast 8000 Menschen nahmen am 16. Mai an einem von der Bielefelder Friedensinitiative organisierten Friedensmarsch nach Borgholzhausen bei Bielefeld teil.

In Borgholzhausen lagern NIKE-Ajax Atomraketen, die eine Reichweite von 100 Km haben, also bei Abschuß das treffen, was angeblich verteidigt werden soll.

Die Demo begann in Bielefeld, von wo aus die Leute, teils zu Fuß, teils mit dem Fahrrad, zum 20 Km entfernten Borgholzhausen zogen.

Bei den drei Kundgebungen (in Bielefeld, Werther und Borgholzhausen) sprachen 10 Redner, darunter einige „Prominenz", so z.B. Roland Vogt (BBU-Vorstand), Axel Horstmann (stellvertr. Bundesvorsitzender der Jusos), Gerhard Kade von den Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Daniel Ellsberg und Petra Kelly (Bundesvorstand „die Grünen")

Im Mittelpunkt der sehr bürgernah gestalteten Demo (die Veranstalter verbaten sich zu allem Überfluß auch rote Transparente) stand der Protest gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß sowie der Protest gegen die in Borgholzhausen stationierten Atomraketen. Zu einer Kundgebung vor dem Atomwaffenlager kam es jedoch nicht: die Demo ging 300 Meter an der Abschußrampe vorbei, einige SDAJ-Ordner paßten auf, daß niemand weiter ging.

Die Polizei hielt sich dezent im Hintergrund. Ein anderes Bild bot sich einer Gruppe von 15 Antimilitarist/inn/en, die das Atomwaffenlager eine Stunde vorher erreichten. Als einige von ihnen mit Transparenten und Flugblättern vor das Lagertor zogen, erschienen sogleich drei Mannschaftswagen, vier Streifenwagen und ein Hubschrauber, der sie in niedriger Höhe umkreiste. Ein herbeigeeilter Polizist erklärte, die Demonstranten vor den Militärs schützen zu müssen: „Ihr seid wohl lebensmüde, die haben Schießbefehl!"

Besonders hervorgetan hat sich dabei der ostwestfälische Bundestagsabgeordnete Otfried Henning (CDU), der ein „zweites Brokdorf" witterte und drohte, das Militär müsse „von der Schußwaffe Gebrauch machen".

KB/Gruppe Münster



Polizeiaufgebot am Boden und in der Luft
Friedensmarschierer in Borgholzhausen

Einschüchterung im Vorfeld der Demo „Neue Westfälische" (NW, 10.4.81)

Antimilitarist/inn/en besetzen Rathaus von Warendorf!



Am 16. Mai besetzten einige Antimilitarist/inn/en das Warendorfer Rathaus. Warendorf liegt etwa 30 km vom Atomwaffenlager Borgholzhausen entfernt. Mit ihrer Aktion wollten die Antimilitarist/inn/en eine am gleichen Tag stattfindende Demo in Borgholzhausen unterstützen und die Bevölkerung auf die in ihrer unmittelbaren Umgebung stationierten Atomwaffen aufmerksam machen. Bevor es zur Konfrontation mit der Polizei kam, räumten sie das Rathaus und zogen weiter zur Demo nach Borgholzhausen.

Ein AK-Leser aus dem Raum Münster-Warendorf

4. Bamberger Friedenswoche

Vom 7. – 24. Mai fand in Bamberg die vierte Friedenswoche statt. Getragen wurde sie von einem breiten pazifistischen und antimilitaristischen Spektrum, das über christliche Kreise, Jusos, Falken, DKP und Nebenorganisationen, den Grünen, der Fraueninitiative sowie verschiedenen Buchläden, Initiativen und Arbeitsgemeinschaften bis hin zum KB reichte.

Begonnen hatte die Friedenswoche mit einer Veranstaltung der katholischen Hochschulgemeinde und einem Referat des Pax-Christi Vertreters mit etwa 80 meist christlichen Zuhörern. Am folgenden Tag fand eine recht gut besuchte Kundgebung des Bündnisses in der Fußgängerzone statt, mit der auf die wachsende Kriegsgefahr hingewiesen wurde bzw. die Ablehnung der Nachrüstungsbeschlüsse deutlich gemacht wurde. Es folgte eine Veranstaltung der DFG/VK; die BI gegen Atomanlagen zeigte vor 60 Besuchern den Film „Atomkraft – Ende der Zukunft" und wies in anschließenden Referaten auf die Zusammenhänge zwischen der Existenz von AKWs und der Möglichkeit, Atombomben herzustellen, hin.

DKP, MSB und SDAJ machten eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema der „Bedrohungslüge oder wer verdient am Krieg?" mit 50 Leuten. „Frauen in die Bundeswehr?" war das Thema einer DFI-Veranstaltung mit Renate Janssen; die Friedensrevue und der Feuerbachbuchladen führten eine Lesung mit antimilitaristischen Texten durch; die VVN/BdA führte eine Fahrt zum KZ Dachau durch, die Fraueninitiative lud zu einem Film „Prozeß wegen Vergewaltigung" ein, zu der über 150 Leute erschienen. Obwohl die Friedenswoche noch nicht beendet ist, kann frau schon jetzt sagen, daß sie ein politischer Erfolg war.

Noch ein Wort zur "M"G: Auch in Bamberg haben diese Vögel versucht, den Veranstaltungen ihren Stempel aufzudrücken bzw. sie zu torpedieren, was ihnen auch teilweise gelungen ist. Auch in dieser Richtung müssen Überlegungen für die nächste Friedenswoche, die im Oktober stattfindet, gemacht werden.

Ein (leicht gekürzter) Bericht eines Genossen aus Bamberg

8. Mai – Theaterzug der Delmenhorster Antimilitarist/inn/en



Vielleicht als reine Meldung nicht mehr ganz aktuell, aber trotzdem für Antimilitarist(inn)en interessant sein dürfte der folgende Aktionsbericht über den Theaterzug anläßlich des 8. Mai in Delmenhorst: Ein bißchen inspiriert von Brechts "Anachronistischem Zug" veranstalteten wir aus Anlaß des 31. Jahrestages des Sieges über den Faschismus und des Endes des 2. Weltkrieges einen Marsch zur Warnung vor den neuen Kriegsplänen der NATO. Über eine Stunde lang zog ein seltsamer Haufen von 20 Leuten durch die Fußgängerzone. Voran zwei totenkopfmaskierte Trommler, die monoton immer denselben langsamen Rhythmus schlugen, rechts und links davon zwei Leute mit Sandwiches. Dahinter 6 Soldaten in Kampfanzügen und Stahlhelmen, die Gesichter rußgeschwärzt, und in ihrer Mitte ein totenköpfiger General.

Daran schloßen sich allerlei Verletzte, Krüppel, zwei davon mit einer Leiche auf einer Bahre, und Flüchtlingsfrauen mit ihrem Holzwagen und einem Kind an. Ganz am Ende ging - weiß geschminkt und mit einem breiten Grinsen - ein Kapitalist, der permanent einen Haufen Scheine durchblätterte. Der ganze schweigende Zug hielt nur einmal, um vor 1oo-2oo Zuhörern das Gedicht "Dann gibt es nur eins" von Wolfgang Borchert vorzutragen. Der Zug war ein voller Erfolg. Wir hatten damit gerechnet, daß wir ein eher lächerliches Bild abgeben könnten. Die Reaktion des Publikums überzeugte uns nachhaltig vom Gegeteil: überall blieben die Leute stehen, vor allem ältere Leute waren sichtlich beeindruckt und geschockt. Fast alle Leute waren betroffen, einigen blieb einfach die Sprache weg, andere äußerten Zustimmung, spontan wiederholte die Hälfte der Zuhörer laut im Chor das immer wiederkehrende "Nein!". Aber es gab auch Leute, die ihre Betroffenheit in Agressivität gegen uns zu verarbeiten versuchten. Anmachen, wie wir sie selten bei früheren Aktionen so vehement gehört hatten. Spontan entwickelten sich später hitzige Diskussionen von über 4o Leuten. Auch wenn die bürgerliche Lokalpresse das Ereignis totschwieg: alles in allem war der Zug eine gute Grundlage für die weitere Öffentlichkeitsarbeit!

Text redaktionell leicht gekürzt)

Totalverweigerer: »Überzeugungs- und Gewissenstäter«

Hannover: Die Berufungsverhandlung gegen den Totalverweigerer Götz Perle endete mit einem Teilerfolg für Götz.

Die erste Instanz hatte ihn zu 6 Monaten Knast, auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt, und einer Geldstrafe (5oo,-) verurteilt; zusätzlich bekam er die Verpflichtung zum Antritt des Zivildienstes (s. AK 2oo). Die Richter der 12. Großen Strafkammmer beim Landgericht Hannover hielten Götz im gegensatz zur Richterin in der ersten Instanz für einen „Überzeugungs- und Gewissenstäter" ("HAZ", 4.5.81). Für das Strafmaß hatte das die Konsequenz, daß die 6 Monate zur Bewährung bestehen bleiben, jedoch - und das ist für Götz selbst sehr wichtig, - wurde die Auflage „Antritt des Zivildienstes" fallengelassen. Die Richter folgten einem Spruch des Bundesgerichtshofes, der besagt, daß es bei „überzeugender "Verweigerung des Zivildienstes bei einer einmaligen Bestrafung bleiben müsse (ansonsten könnte ein „Überzeugungstäter" sein Leben im Knast verbringen). Interessanterweise „überzeugte" Götz in seiner überarbeiteten, ca. zweistündigen Prozeßerklärung die Richter teilweise.

„Der Beweggrund für Perles Totalverweigerung, daß nämlich Zivildienst Kriegsdienst ohne Waffen und folglich für ihn unannehmbar sei, billigte die Hannoversche Strafkammer teilweise. Ein Teil dieser Dienste habe objektiv einen Zusammenhang mit den Bemühungen der Streitkräfte. Es gebe aber Dienste, die nur in losem oder in gar keinem Zusammenhang mit dem Militär stünden. Es sei dem Angeklagten daher zuzumuten gewesen, sich die mildeste Möglichkeit auszusuchen" ("HAZ", 4.5.81).

Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig.
Freiheit für alle Totalverweigerer!

12.000 gegen Atomraketen

Zu der Demonstration gegen die beabsichtigte Stationierung von Mittelstreckenraketen bei Mönchengladbach kamen aus dem Bereich Köln, Achen, Niederrhein und westliches Ruhrgebiet etwa 12.ooo Menschen. Trotz starker Regenfälle war die Stimmung ausgezeichnet. "No Reagen" und „Lieber heute ein bißchen naß, als morgen auf dem Pulverfaß" waren die beliebtesten Antiraketen- und Antiregensprüche. Nach dem 6 km langen Marsch in die City von Mönchengladbach verfolgten nur etwa 1000 Leute die Kundgebund, der Rest wärmte sich in den umliegenden Kneipen auf. Auch das angekündigte Friedensfest fiel leider ins Wasser. Politisch dominierend waren die DKP-nahen Kräfte. Auch die „Grünen" waren mit sehr starken Kontingenten vertreten. Von der Linken gab es geschlossene Blöcke nur vom KBW und der „KPD"/Volksfront.

Ƒ. Köln

Kampf dem Atomtod!

Friedensdemonstration auf dem Kirchentag

Auf dem diesjährigen Kirchentag, der vom 17. bis 21. Juni in Hamburg stattfindet, wird es eine große und bunte Friedensdemonstration geben.

Auf einen ersten Aufruf hin, der von der kirchenoppositionellen Gruppe „Christen in der Verantwortung – CiV" und der Hamburger „Friedenskoordination" vorgelegt wurde, kamen 65 verschiedene Gruppen und Organisationen zu Gesprächen über die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung einer solchen Demonstration: von den Jusos, BBU, DFG/VK, DFU, SO, SB, KB über „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste", diverse Friedenswerkstätten und -initiativen, 3. Welt-Initiativen bis zu Anti-AKW-BIs, dem Hamburger Schwulen- und Lesbenverband und einer Ärzteinitiative war alles dabei. Dazu erklärten die Bundesvorstände der Grünen und des BBU ihre Unterstützung.

Neben dieser beachtenswerten Breite des Bündnisses ist besonders noch das solidarische Klima zu erwähnen, in dem die z.T. kontroversen Verhandlungen über den Aufruf und die Demo stattfanden.

Umstritten war zum Einen, wie die sich in letzter Zeit häufenden Äußerungen von Kirchenführern zu bewerten sind, die die Friedensbewegung denunzieren und diffamieren und sich eindeutig auf die Seite der Herrschenden schlagen (s. z.B. AK 200). Als letzte „Blüte" ist da die Äußerung des EKD-Vorsitzenden Bischof Lohse zu beachten, er könne den NATO-Doppelbeschluß *„wirklich gutheißen"*. Das Selbstverständnis fast aller kirchlichen Friedens-

lich gutheißen". Das Selbstverständ-nis fast aller kirchlichen Friedensgruppen aber geht dahin, radikal und unausgewogen für sich und ihre Aktivitäten das „Firmenschild" Kirche in Anspruch zu nehmen. Von diesem Selbstverständnis und von der enorm erstarkenden Friedensbewegung her gesehen wäre dann eine – an dem Klerus orientierte – Stoßrichtung „Die Kirche segnet wieder Waffen" falsch und fällt – von deren Selbstverständnis her gedacht – den Friedensgruppen in den Rücken.

Einig waren sich dann alle in der historischen Betrachtung, daß nämlich stets die Zustimmung der Kirchen zu der jeweils herrschenden Kriegspolitik von kaum zu überschätzender Bedeutung für die Kriegsführer gewesen ist, und daß auch heute wieder ein Teil der Klerikalen die Kirche in diese Rolle führen will. Gegen diese den Kampf um die Kirche zu führen, das war und ist gemeinsames Ziel aller in der Kirche arbeitenden fortschrittlichen Kräfte.

Zum anderen gab es den Vorschlag v.a. aus den Reihen des „Hamburger Forums", den Aufruf-Text auf eine schon weit verbreitete und vereinheitlichte Forderung zu reduzieren, nämlich die Rücknahme des NATO-Aufrüstungsbeschlusses für die BRD. Andere Gruppen verwiesen dazu auf die zur Zeit in erschreckendem Ausmaß erkennbare Breite der Militarisierung, die im Schul- und Medizinbereich anfängt und sicherlich in der geplanten Stationierung neuer atomarer Angriffswaffen ihren offensichtlichsten lebensbedrohenden Auswuchs hat. Doch liegt die Gefährlichkeit der Kriegspolitik eben nicht nur in direkt militärstrategischen Beschlüssen sondern auch in der Breite, die kaum einen gesellschaftlichen Bereich ausläßt, damit – im Sinne der Herrschenden – die gefaßten Beschlüsse auch möglichst reibungslos u m g e s e t z t werden können. Darum muß in und um alle gesellschaftlichen Bereiche gekämpft werden. Und eben das sollte dieser Demonstrationsaufruf auch deutlich erkennen lassen.

Dann wurde noch vorgeschlagen, die Aspekte des Rüstungsexports v.a. in 3.-Welt-Länder und der militärischen Bedeutung der sog. zivilen Nutzung der Atomenergie – also die Frage der AKWs und deren Export – mit in den Aufruf einzubeziehen.

Einstimmig verabschiedet wurde schließlich ein Konzept, nach dem ein Redaktionskollektiv dann den endgültigen Aufruf verfaßte.

Zustimmungserklärungen können bis zum 29. 5. 81 an „Christen in der Verantwortung" c/o ESG Hamburg, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13 geschickt werden.

Angesichts der zu erwartenden hohen Mobilisierung wurde dann eben-

Angesichts der zu erwartenden hohen Mobilisierung wurde dann ebenfalls einstimmig beschlossen, die Abschlußkundgebung durch kulturelle Beiträge aufzulockern und zu ergänzen. Die Kundgebung selbst soll aus zwei Blöcken bestehen: Zu Beginn sollen 4 Vertreter/innen aus der internationalen Friedensbewegung reden, anschließend werden Vertreter/innen aus westdeutschen Basisbewegungen zu Wort kommen. Einen Redebeitrag im ersten Block erhält noch ein Vertreter der Schwulenbewegung. Diese hat schon seit langem national für den selben Tag zu einer Demonstration mobilisiert. Nach einem zunächst eigenständigen Zug werden beide Demonstrationen aufeinandertreffen und gemeinsam zur Abschlußkundgebung gehen.

Die SPD Strategen wollen die Brechstange ansetzen

Alles in allem bahnt sich dort also eine recht machtvolle Aktion an; so machtvoll, daß es einigen schon Kopfschmerzen bereitet. Allen voran denkt z.Zt. die SPD über den „Parlamentarisch-Politischen-Pressedienst PPP" offen über Einflußnahme auf die Friedensbewegung nach. Es wird eine *„Volksfront"* diagnostiziert, getragen von *„Bevölkerungskreisen mit hoher ethischer Motivation"*. Der Ansatzpunkt für die sozialdemokratische Brechstange soll darin liegen, daß für die kirchliche Friedensbewegung *„eine Herausforderung besonderer Art"* bestehe, wenn sie mit *„kommunistisch orientierten Gruppierungen"* zusammenarbeite. *„Den längst überfälligen Differenzierungsprozeß"* voranzutreiben, das soll die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die sich dann – nach der Trennung der Spreu vom Weizen – *„ähnlichen Anforderungen der Integrationsbemühung"* gegenüber sieht *„wie es Ende der 60er Jahre bei der antiautoritären Bewegung der Fall war"* (Glotz im SPD-Pressedienst, nach „FR" v. 23.4.81). PPP sieht das größte Problem für die SPD darin, daß in der Friedensfrage *„vor ihr schon andere auf dem Plan"* waren, *„verlorener Boden"* müsse nun gutgemacht werden. Bis zum Herbst – wo Glotz den Höhepunkt der Friedenskampagne erwartet – will er seine Partei *„inhaltlich und organisatorisch vorbereiten"*, zum Dialog versteht sich. Nur wird das wohl ein Dialog g e g e n die Friedensbewegung sein. Daß das ein gefährliches Spiel ist, sieht die SPD-Führung selbst: Sie könnte einen *„einzigartigen Multiplikationsbereich für sozialdemokratische Politik"* (PPP) endgültig verlieren.

Für die Jusos beinhaltet diese SPD-Politik gegen die Bewegung schon jetzt einen Loyalitätskonflikt: mit verbalem Strohfeuer wird sie in der Friedensfrage nicht viele Freunde/innen gewinnen können. Lassen sich die Jusos jedoch ernsthaft auf die – mit antisozialdemokratischen Erfahrungen durchdrungene – Mobilisierung gegen die Kriegspolitik ein, riskieren sie u.U. schwere Schäden am Image ihrer Partei.
Da liegt viel Zündstoff drin ... wir sollten das Feuer schüren.

Kirchenkommission

Unterstützeraufruf des „Hamburger Schwulen- und Lesbenverbandes"

Gleichzeitig mit der Friedensdemonstration findet in Hamburg im Rahmen der internationalen Aktionen für homosexuelle Rechte eine Demonstration von Schwulen und Lesben statt.
Beide sozialen Bewegungen sind miteinander verknüpft, denn mit der Vorbereitung einer Kriegsstimmung seitens der Herrschenden geht eine moralische Aufrüstung einher. Es wird gegen alle Menschen gehetzt, die nicht in das Schema vom „anständigen Deutschen" passen: Ausländer, Linke, Homosexuelle und viele andere.
Zudem steht die Bundeswehr vor dem Dilemma, nicht genügend Soldaten zur Verfügung zu haben. Die Geburtenzahlen müßten ansteigen, das tun sie aber nur sehr langsam - zu langsam für manche. Vor diesem Hintergrund erhält gerade im sexuellen Bereich das Recht auf sich selbst zunehmende Brisanz. Gerade deswegen fordern wir jetzt die Streichung von § 218 und § 175, verbunden mit der Forderung nach einem fortschrittlichen Sexualkundeunterricht.
Die Demonstration des „Hamburger Schwulen- und Lesbenverbands" beginnt am Bahnhof Sternschanze um 1o.oo Uhr. Sie wird sich später der Friedensdemonstration anschließen. Wir fordern auf, an diesen Demonstrationen teilzunehmen.

Wir Lehrer sind zum Kriegsdienst nicht mehr bereit!

Als Wehrpflichtige und ehemalige Soldaten der Bundeswehr protestieren wir gegen eine Politik, die die Zerstörung Mitteleuropas und die Vernichtung seiner Bevölkerung in einem III. Weltkrieg einkalkuliert, und erklären:

Wir verweigern heute gemeinsam den Kriegsdienst!

Mit dieser Entscheidung protestieren wir dagegen,
- daß die Bundesrepublik zusammen mit den USA verschärfte Aufrüstungspläne verfolgt, um eine militärische Überlegenheit zu erringen;
- daß dadurch der Krieg wieder in zunehmendem Maße ein Mittel der Politik wird;
- daß durch die veröffentlichte politische Meinung der Eindruck vermittelt wird, als diente die Produktion immer perfekterer Tötungswerkzeuge, wie der Neutronenbombe und der neuen Mittelstreckenraketen, nur dem Frieden. Dabei ist das Gegenteil der Fall.
- daß zur Sicherung „unserer" wirtschaftlichen Interessen in der Dritten Welt militärische Eingreiftruppen aufgebaut werden;
- daß mit dem scheinheiligen Argument der Gleichberechtigung der Dienst von Frauen in der Bundeswehr vorbereitet wird und man die Einberufung der in unserem Land lebenden Ausländer erwägt.

Als Gewerkschafter erklären wir, daß es nicht im Interesse der abhängig Beschäftigten liegt, wenn mit dem Argument der Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen die Ausweitung der westdeutschen Waffenexporte betrieben wird.

Ebensowenig liegt es in unserem Interesse, daß der durch Arbeit geschaffene gesellschaftliche Reichtum für Rüstungsinvestitionen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen, vergeudet wird, während gleichzeitig soziale Leistungen gekürzt und massive Verschlechterungen im Bildungs- und Gesundheitswesen durchgesetzt werden.

Als Lehrer werden wir uns nicht dafür hergeben, durch eine „Friedenserziehung", wie sie von Verteidigungsminister Apel gefordert wird, Aufrüstung im Klassenzimmer zu betreiben.

Wir erklären, daß wir uns nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligen und gegen jegliche Art von Kriegsvorbereitung aktiv eintreten werden.

Wir stehen der Bundeswehr ab sofort nicht mehr zur Verfügung!

Die Unterzeichner dieser Erklärung treffen sich heute nachmittag um 16.00 Uhr auf dem Bremer Marktplatz, um gemeinsam ihre Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu stellen. Daran können sich alle Lehrer beteiligen.
Wir danken den vielen Lehrerinnen und Lehrern, die durch ihre Spende diese Anzeige ermöglicht haben.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Reimund Albers, Dr. Volker Arnold, Rainer Baltschun, Peter Balzer, Rainer Barth, Volkmar Baumann, Prof. Dr. Johannes Beck, Rainer Benda, Baldur v. Berlepsch, Johann Bernd, Dr. Klaus Berger, Günther Bodermann, Wolfram Böck, Ulrich Böttcher, Axel Boldt, Hartwig Bornholdt, Helmut Brandt, Helge Brinkmann, Heiner Cramer, Peter Dax, Harald Denker, Walter Dörgeloh, Werner Dressel, Uwe Ebeling, Henning Eick, Peter Eisele, Horst Endl

Joachim Franke, Ulrich Fuchs, Fritz Gebler, Dieter Gehrig, Hartwig Gerecke, Dirk Gerlach, Narciss Göbbel, Hans-Jürgen Goltz, Rolf Gutte, Fred Hartmann, Egbert Heiß, Rolf Herbst, Karl-Heinz Heppner, Klaus Hildebrandt, Jürgen Hirsch, Bernd Huffmann, Lothar Jander, Ulrich Juchheim, Dr. Dieter Hückel, Heinz Kleinow, Reinhard Koch, Rudi Koch, Peter Köster, Eike Koschorreck, Oskar Kröger, Axel Langer, Detlef Marzi

Dieter Mazur, Joachim Meyer, Günter Moje, Klaus Moritz, Bernd Müller, Helmut Müller, Dieter Neßmann, Peter Nicolai, Peter Nitzschke, Karl-Heinz Pitz, Michael Plehnert, Eberhard Plümpe, Manfred Polzin, Hartmut Pophanken, Stephan Poprawka, Günther Post, R. Prahm (ehem. Wehrmacht), Harald Reichel, Dankwart Reichelt, Gottfried Reymann, Wolfgang Ries, Hartmut Riggers, Horst Ristau, Jürgen Rodeck, Dieter Roder, Günther Rohdenburg, Walter Ruffler

Peter Sauer, Dr. Kurt Schabacher, Helmut Schaarschmidt, Dr. Steffen Schemmann, Detlef Schildknecht, Till Schelz, Uwe Schirmer, Arthur Schmidt, Helmut Schönfeld, Ulrich Schröder, Frank Sieck, Eugen Sinner, Ernst Steinhoff, Bernhard Stenzel, Eckart Strate, Wolfgang Strothoff, Gert Suchodolski, Michael Treziak, Rainer Uebers, Gerhard Vinnai, Uwe Völcker, W. Vogt, Jörg Willerich, Anton-Günther Willers, Helmut Zachau, Helmut Zimmermann

Ansprechpersonen: Dieter Mazur, Schubertstraße 39, 2800 Bremen; Anton-Günther Willers, Charlottenstraße 27, 2800 Bremen

Aus Protest gegen die Aufrüstungspolitik haben Bremer Lehrer am 22.5. eine spektakuläre Aktion durchgeführt: 178 ehemalige Soldaten und Wehrpflichtige erklärten in einer Anzeige im Weserkurier, daß sie „der Bundeswehr ab sofort nicht mehr zur Verfügung stehen". Ihre nachträgliche gemeinsame Kriegsdienstverweigerung fand öffentlich auf dem Bremer Marktplatz statt: Unter dem Beifall von ca. 400 Zuschauern gaben alle 178 einer nach dem anderen ihre Unterschrift und ihren Wehrpaß ab, die dann anschließend zum Kreiswehrersatzamt geschickt wurden. Mit Transparenten und Sandwitches gegen die Kriegsgefahr und durch das Verteilen ihrer Erklärung (s. oben) machten die Lehrer zusätzlich auf ihre Aktion aufmerksam.
Die Verweigerung war von der GEW-Betriebsgruppe eines Gymnasiums initiiert worden. Die Stadtdelegiertenversammlung der GEW Bremen erklärte ihre Unterstützung, indem die den Landesverband aufforderte, „sich für die Verbreitung dieser Initiative in anderen Landesverbänden einzusetzen". Auf einer Gesamtpersonalversammlung von 3000 Bremer Lehrern am 15.5. wurde die Verweigerung als erster Tagesordnungspunkt diskutiert und bekam starken Beifall. Hier wurden auch faßt 5000 DM für die Anzeige im Weserkurier gespendet! Die Resonanz unter den Kollegen für die Protestaktion war insgesamt sehr groß, aber auch die öffentliche: Es waren zahlreiche Pressevertreter auf dem Marktplatz anwesend, die Frankfurter Rundschau hatte schon zwei Tage vorher sehr positiv berichtet usw.
Eine nachahmenswerte Aktion!

Eine Genossin der AG Frauen Bremen

Die Demonstration zum NATO-Headquarter am 13.6. gewinnt an Breite

Am 16. 5. fand auf Einladung eines Initiativkreises für die Headquarterdemonstration das überregionale Aktionseinheitsgespräch für die Headquarterdemo am 13. 6. statt. Anwesend waren fast sämtliche Heidelberger Gruppen, die in der Friedensbewegung aktiv sind mit Ausnahme von DKP und Jusos. (Grüne, SB, DFG/VK, Ohne Rüstung leben, Frauen gegen Krieg und Militarismus, Totalverweigerer, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Antikriegskomitee HD, Ak Gewerkschaftspolitik, KBW, Volksfront, KDS, Irlandgruppe, WISK, Mosquito Zeitungsinitiative, KB, Antiimperialistisches Komitee HD, 3.-Welt-Laden Mannheim, MSB Spartakus HD, 2 Vertreter türkischer Organisationen)

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

1. Die folgenden drei Parolen bilden die Grundlage der Aktionseinheit:
   – Keine Stationierung der Mittelstreckenraketen;
   – Atomwaffenfreie Zone in Europa;
   – Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen.

   Es gibt keinen gemeinsamen Aufruf aller Gruppen. Jede Gruppe und Organisation, die hinter diesen drei Forderungen steht, kann mit einem Aufruf mobilisieren.
2. Die Demonstration führt von der Heidelberger Innenstadt zum Headquarter. Dort wird eine Kundgebung abgehalten. Von dort geht es zurück zur Innenstadt, wo die Abschlußkundgebung stattfindet sowie eine Kulturveranstaltung organisiert werden soll.
3. Es wurde ein gemeinsamer Plakatentwurf beschlossen, der die Aktionseinheitsforderungen enthält.
4. Es wird eine vorläufige Demoleitung gebildet, bestehend aus je einem Vertreter der Grünen, der DFG/VK, dem Antikriegskomitee HD, der Initiative für eine Headquarterdemo sowie einem Vertreter der AG SPAK. Bis auf den Vertreter der AG SPAK, der nicht anwesend war, sagten die Vertreter der anderen Gruppen zu.
5. Die Aktionseinheit trifft sich jeden Sonnabend um 14 Uhr im Löwenkeller, wo die inhaltlichen Entscheidungen gefällt werden.

Über die Redner auf der Demo und der Abschlußkundgebung wurde noch kein Beschluß gefaßt. Es bestehen folgende Vorschläge: Ein Redner der Unterzeichner des Krefelder Appells, ein Heidelberger Gewerkschaftler, ein türkischer Genosse, ein Redner der Aktionseinheit.

Autonome Frauenbewegung und Leitstelle

„Autonome Frauenbewegung und Leitstelle“ hieß eine Veranstaltung der Hamburger Frauenwoche, die von uns unterstützt wurde. Im folgenden Bericht soll versucht werden, ausführlicher, als es auf der Veranstaltung möglich war, über die „Leitstelle zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau“ (so ist der offizielle Name dieser Einrichtung) in Hamburg zu informieren.

Die Leitstelle in Hamburg wurde am 1.1.79 eingerichtet; zu einem Zeitpunkt, als der Erfolg von Wahlkampf und Kandidatur der Bunten Liste (mit ihrer recht großen – inhaltlich wie personellen – Beteiligung von Frauen und Frauengruppen) zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen gerade seinen Höhepunkt erreicht hatte: Zwei Frauen waren ins Bezirksparlament Eimsbüttel gewählt worden. Die Parteienverdrossenheit – insbesondere die SPD-Verdrossenheit, die sich seit der Enttäuschung über die abgewürgte Reform des § 218 in der Frauenbewegung abgezeichnet hatte, nahm für die SPD immer bedrohlichere Züge an. Gleichzeitig war auch die Unzufriedenheit derjenigen Frauen in der SPD immer größer geworden, die diese Partei für jene Zielgruppe attraktiv machen sollten. Nachdem die ASF während der „Reformphase“ der SPD 1973 zu einer „eigenständigen“ Arbeitsgemeinschaft aufgewertet worden war (wodurch sie gleichzeitig auf eine „beratende“ Funktion reduziert wurde), konnten sich die linken Frauen im weiteren in der Partei mit ihren – z.T. recht radikalen – politischen Forderungen nicht durchsetzen. Das in der ASF gemeinsam erarbeitete

derungen nicht durchsetzen. Das in der ASF gemeinsam erarbeitete

Grundsatzprogramm für die zukünftige sozialdemokratische Frauenpolitik, auf das der linke ASF-Flügel seine Hoffnungen gesetzt hatte, wurde 1975 mit 129 zu 115 Stimmen abgelehnt. Der Orientierungsrahmen der SPD-Politik bis 1985 widmete den Frauen magere neun (!) Zeilen, und auch im Bundestags-Wahlkampf 1976 spielte die Frauenpolitik kaum eine Rolle. Selbst die Quotenforderung (Beteiligung eines festen Anteils von Frauen in den Parteigremien), die 1977 wieder aufgetaucht war, wurde 1979 (vorläufig?) wieder fallengelassen.

Ausdruck der eigenen Sprachlosigkeit war dann im April 1978 der Versuch der ASF, Kontakt zu den Feministinnen zu bekommen. *„Die Parteifrauen mußten wie ihre SPD-Oberen in den letzten Jahren mitansehen, wie sich mehr und mehr Frauen resigniert von den etablierten Parteien abwandten, weil sie sich von diesen nicht mehr vertreten fühlen. Tausende vornehmlich junger Frauen strömten in die feministischen Gruppen...“*, so kennzeichnete die SPD-Zeitung „Vorwärts“ (27.4.78) den politischen Hintergrund einer Einladung der ASF-Frauen zu einem Gespräch zwischen SPD-Frauen und Feministinnen.

Die SPD-Frauen sprachen sich für eine „Doppelstrategie“ und „Arbeitsteilung“ beider Gruppen aus: *„Die Feministinnen werden dabei immer den radikaleren Part haben, können Speerspitze sein“*, zitierte der „Vorwärts“ die Frauenreferentin beim SPD-Bundesvorstand, Anni Jansen; *„die Parteifrauen dagegen sollen die Forderungen der Basis parlamentarisch umsetzen helfen“*. Diese Position unterstützte auch Alice Schwarzer, wandte sich allerdings gegen die Auffassung, daß Frauen am besten Veränderungen hervorrufen könnten, wenn sie einer Partei angehören. Sie forderte offene Solidarität zwischen Politikerinnen in den Parteien und Feministinnen in autonomen Frauengruppen; verkappte Feindschaft bringe nichts ein („Tagesspiegel“, 7.5.78). *„Unser kleinster gemeinsamer Nenner – das sind die Männer“*, faßte eine ASF-Frau die Diskussion zusammen.

Es wurden allerdings auch skeptischere Stimmen laut; Vertreterinnen einiger großer Frauenzentren mit einer kritischeren Haltung gegenüber den etablierten Parteien waren gar nicht erst erschienen; sie befürchteten, daß ihre radikalen Forderungen auf systemimmanente beschnitten werden sollten.

Eine Befürchtung, die sich angesichts der Erfahrungen mit den Gleichstellungsstellen als durchaus berechtigt erwies.

Die Einrichtung von sogenannten „Gleichstellungsstellen“ war ein Versuch der SPD, den Erfolgen der autonomen Frauenbewegung etwas entgegenzusetzen und ihre Reintegration vorzubereiten. Mit ihnen war ein Mittel gefunden, die verschütteten Kontakte zur Frauenbewegung und ihren Projekten vorsichtig wiederherzustellen und auch gerade auf diejenigen Frauen einzuwirken, die die ersten Ansätze in diese Richtung machten und noch nicht radikalisiert waren. Daneben war es auch als Beschäftigungs- und Befriedungsmöglichkeit für engagierte ASF-Frauen geeignet. Nicht zuletzt sind die „Gleichstellungsstellen“ auch Institutionen, mit deren Hilfe der Bevölkerung wieder und wieder unter die Nase gerieben werden soll, welch ungeheure Aktivitäten die SPD in Sachen Gleichberechtigung entfaltet.

Entwickelt haben sich die „Gleichstellungsstellen“ aus Vorschlägen von ASF und DGB auf der Bundes-Frauenkonferenz 1977. Die erste dieser Stellen wurde in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Die Leiterin dieses Amtes gab ihre „Alibi-Rolle“ allerdings schon nach wenigen Monaten wieder ab – „mangels Kompetenzen“.

Inzwischen gibt es neben der Stabstelle Frauenpolitik im Bundesfamilienministerium Frauenbeauftragte in fünf Bundesländern (NRW, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bremen).

Dabei ist die christ-demokratische Variante, das „Referat für Frauen- und Familienangelegenheiten“ in Niedersachsen, allerdings weniger als Integrationsinstrument für die Frauenbewegung tätig, sondern mehr zur Propagierung und Durchsetzung reaktionärer Familienpolitik. Als „wichtigste Maßnahme“ führt das Referat den „Modellversuch Erziehungsgeld“ an; dem Amt unterliegt die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“, und es organisiert Untersuchungen wie die über eine „methodisch angesetzte Familienbildung“.



„Leitstelle zur Gleichstellung, Gleichschaltung, Ausschaltung? ...“

Formal in etwa vergleichbar mit der Leitstelle in Hamburg ist die „Zentralstelle für Frauenangelegenheiten“ in Hessen, die ebenfalls Anfang 1979 eingerichtet wurde. Beiden Stellen gemeinsam ist, daß die Überprüfung von Gesetzesinitiativen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Frauen einen relativ großen Stellenwert in ihrer Arbeit einnimmt und daß sie in der Staats- bzw. Senatskanzlei angesiedelt sind und entsprechend mit der Autorität des Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeisters winken.

Mehr Schein als Sein

Die Aufgabenstellung der Hamburger Leitstelle ist allgemein und undeutlich: *„Überwiegend Frauen sollen darüber wachen, daß das verfassungsrechtliche Gleichberechtigungsgebot in Arbeit, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird“* („Welt“, 30.12.80).

„Das Amt kann Vorlagen des Senats, der Fachressorts der Behörden und Referenten sowie Regierungsdrucksachen und Bundesratsangelegenheiten schon im Vorbereitungsstadium prüfen“ („wir hamburger“, 1980).

In den Aufgabenbereich der Leitstelle fällt es auch, Frauenprobleme zu untersuchen, Kontakt zu Frauenorganisationen zu halten und Frauen zu beraten: sie will *„Frauen aus ihrer Sprachlosigkeit führen und sich um Frauen kümmern, die sich nicht artikulieren und organisieren können“* („Zeit“, 15.12.79).

Dabei hat die Leitstelle allerdings weder effektive Befugnisse noch finanzielle Möglichkeiten; sie ist nicht einmal berechtigt, Frauen, die an sie herantreten, Rechtsauskunft zu geben. Die Leiterin des Amtes, Eva Rühmkorf, gibt zu: *„Wir haben zwar keine juristischen, keine exekutiven Kompetenzen und außerhalb der Behörde schon gar keine Möglichkeit der Einflußnahme, wenn Frauen diskriminiert werden“* („SZ“, 28.4.79). *„Wir haben formales Vetorecht nur was den Ablauf* (von Senatsentscheidungen, Anm. der Verf.) *angeht, wenn wir z.B. nicht beteiligt werden“* („taz“, 18.2.81).

Diese faktische Machtlosigkeit hindert die Leitstellenfrauen allerdings nicht daran, in der Öffentlichkeit mit ihren angeblichen Einflußmöglichkeiten hochzustapeln, wie z.B. mit der direkten Unterstellung unter den Bürgermeister; das heißt dann *„Mitwirkung in den Zentren staatlicher Macht im Interesse benachteiligter Frauen“* („FR“, 30.1.79), oder, wie Eva Rühmkorf es ausdrückt: *„Daß ich als Beamtin jeden Senator direkt ansprechen kann auf Mißstände in seinem Dezernat, verdanke ich nur diesem Status, weil der Bürgermeister direkt mich unterstützt“* („Emma“, „Gegen Kochlöffelstrategie“). Daß es sich mit der Unterstützung im allgemeinen eher andersherum verhält, daß die Leitstelle sich der SPD-Politik unterordnen muß, machte Bürgermeister Klose deutlich, als er von ihr nicht feministische Programmatik, sondern verwaltungsmäßige Durchschlagkraft forderte („Welt“, 27.9.78). Kritik der „Emma“: *„Es wurde eine Institution geschaffen ohne eigenes Klagerecht, die nach außen so tun soll, als sei sie eine Art Frauenverfassungsgericht“*.

Die Leitstelle verfügt lediglich über einen Etat von 440.000 DM für Personal- und Sachkosten (z.B. 7.000 DM Monatsgehalt für Frau Rühmkorf), davon bleiben ca. 100.000 DM für Untersuchungsarbeiten. Zum Vergleich: Die Stiftung „Familie in Not“ der CDU-Niedersachsen verfügt über 1 Mio DM plus Spielbankabgaben.

Die schlechte finanzielle Ausstattung der Hamburger Leitstelle macht deutlich, welche Art von frauenpolitischen Aktivitäten sie entfalten soll: möglichst solche, die nichts kosten, dafür aber propagandistisch zu nutzen sind.

Die Folgerung, die die „Süddeutsche Zeitung“ (28.4.79) daraus zieht: *„Gerade wegen der fehlenden rechtlichen Instrumente wird für die Wirksamkeit dieser Dienststelle der Kontakt zu anderen Frauenorganisationen, Gruppen, Initiativen, Gewerkschaften und Berufsverbänden eine entscheidende Rolle spielen. (...) Letztendlich kann sie doch nur ermitteln, vermitteln und anregen, notfalls auch blockieren. Sie wird sich deshalb trotz des guten Beginns nicht auf die Kooperationsbereitschaft der Behörde verlassen können“*.

Erfahrungen der Frauenprojekte mit der Leitstelle

Inzwischen liegen gut zwei Jahre Erfahrungen der autonomen Frauenprojekte in der Zusammenarbeit mit der Hamburger Leitstelle vor. Die Veranstaltung auf der Hamburger Frauenwoche war ein erster Ansatz zur Auswertung dieser Erfahrungen. Die Zusammenstellung ist sicher noch lückenhaft; auch, weil viele Projekte noch keine Berührungspunkte mit der Leitstelle hatten.

Nachdem die Frauenbewegung der Einrichtung der Leitstelle zunächst skeptisch gegenüberstand, schlich sich ihr gegenüber allmählich doch ein teilweise unkritisches Verhalten ein. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, daß sich die Leitstellenfrauen betont um „feministische Umgangsformen“ bemühen und damit sowie mit ihrer „privat“ z.T. recht frauenbewegten Einstellung das Vertrauen von autonomen Frauen gewinnen.

Die Diskussionen in der Organisationsgruppe der Frauenwoche haben auch deutlich gemacht, wie notwendig es ist, daß die Frauenprojekte außerhalb von staatlichen Institutionen zusammenarbeiten. Im Vorwort des Veranstaltungskalenders schreiben sie:

„(...) *Was Behörden und deren Umgang mit Frauenprojekten angeht, haben wir eine Menge (dazu) gelernt. Trotzdem waren wir schockiert und wütend, als wir hören mußten, daß die BIFF (Beratung und Information für Frauen) ihre Hoffnung auf seit langem von der Kulturbehörde beantragte Gelder begraben solle, 'weil jetzt die Frauenwoche soviel gekriegt hat.' So versuchen sie, uns gegenseitig auszuspielen, aber dieses miese Spiel wollen wir nicht mitmachen“*.

Frauenhaus

Neben der Überprüfung von Gesetzesinitiativen und der Bekämpfung von frauendiskriminierenden Stellenausschreibungen ist „Gewalt gegen Frauen“ der dritte Arbeitsschwerpunkt der Leitstelle. Die „Unterstützung“ des Hamburger Frauenhauses sah konkret so aus, daß, seit die Leitstelle im Hamburger Haushalt einen Posten aufgetan hat, mit dessen Hilfe das Frauenhaus die ihm zustehenden finanziellen Mittel zu einem früheren Zeitpunkt erhalten hat, als es (eventuell) sonst der Fall gewesen wäre, dafür aber das Frauenhaus in der Öffentlichkeit quasi als „ihr Projekt“ ausgegeben und die Initiative und Selbstverwaltung der Frauenhaus-Frauen geleugnet wird. Die Frauenhaus-Frauen kritisieren die Berichterstattung der bürgerlichen Presse: *„Dem Frauenhaus wurde ein Etatposten im Haushalt genehmigt, nachdem die Leitstelle, Rühmkorf, dem anfangs recht bockigen Sozialsenator Ehlers klargemacht hatte, daß der § 72 des Bundessozialhilfegesetzes für die betroffenen Frauen diskriminierend sei“*. Nicht erwähnt wird, daß Frauengruppen in der ganzen BRD mit Aktionen und Verweigerung der diskriminierenden Finanzierungsart gegen den § 72 (der Frauen als „Randgruppe“ unter anderen aufführt) Druck gemacht haben.

In der Diskussion auf der Frauenwoche lehnten die Leitstellenfrauen die Verantwortung für solche Berichterstattung ab und behaupteten, sie selbst würden nur sehr differenziert berichten. Die anderen Frauen nahmen diese Entschuldigung aber nicht an, sondern meinten, sie könnten sich nicht so aus der Verantwortung ziehen, sondern müßten sich, auch bei subjektiv gutem Willen, über ihre Alibi-Stellung bewußt sein. Es ist schließlich eine der wesentlichen Funktionen der Leitstelle, daß sie es ermöglicht, daß in der Öffentlichkeit statt über die Aktivitäten der autonomen Frauenprojekte jetzt über die der Leitstelle, statt über Aktionen und Druck von der Basis jetzt über den behördlichen Entscheidungsweg berichtet werden kann.

Eine andere Betätigung in diesem Bereich war eine von der Leitstelle angeleitete Untersuchung zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ im Raum Wilhelmsburg. Auch hier gab es Kritik aus den Reihen der autonomen Frauen. Die Leitstelle hatte sich in ihrer Fragebogen-Aktion nämlich nicht an betroffene Frauen (bzw. überhaupt an Frauen) gewandt, sondern an *„eine Zufallsauswahl von Ärzten, Juristen, Polizisten, Sozialarbeitern, d.h. Menschen, die von mißhandelten Frauen unter Umständen als Ratgeber und Helfer in Anspruch genommen werden“*.

Altonaer Fraueninitiative (AFI)

Auch in der AFI gibt es einige Erfahrungen mit der Leitstelle.

Während sich Eva Rühmkorf Anfang 1979 zu dem Vorschlag der Altonaer Frauen zur Gründung eines Frauenzentrums in Altona recht skeptisch geäußert hatte, wurde den AFI-Frauen später, als sie sich über die mangelhafte Unterstützung beklagten, von der Leitstelle „Undankbarkeit“ vorgeworfen. Offensichtlich hatte die Leitstelle später gegenüber der Behörde die Finanzierungswürdigkeit der AFI bescheinigt. Die AFI-Frauen erfuhren allerdings nichts von dieser Unterstützung.

Auf eine Unterschriftensammlung der Altonaer Fraueninitiative, in der eine Untersuchung über Versuche mit

Auf eine Unterschriftensammlung der Altonaer Fraueninitiative, in der eine Untersuchung über Versuche mit

Prostaglandinen gefordert wurde, reagierte die Leitstelle mit lückenhaften und (wie sich später herausstellte) falschen Angaben.

Als sich herausgestellt hatte, daß die AFI in Altona eine recht erfolgreiche Politik machte, versuchte die Leitstelle ihrerseits, wieder Kontakte zu knüpfen, scheiterte allerdings an der Ablehnung der AFI-Frauen. Eine ASF-Frau aus der Leitstelle schlug z.B. vor, gemeinsam eine Veranstaltung gegen einen Chefarzt vom AK Altona, der durch seine selbstherrliche Haltung gegenüber Abtreibungen bekannt geworden war, durchzuführen. Hätte die Veranstaltung stattgefunden, so hätte es wohl so ausgesehen, daß die Altonaer Frauen ihre Kenntnisse und Aktivität zur Verfügung gestellt hätten, die Mobilisierung geleistet hätten, und die Leitstelle die Veranstaltung dann in der Öffentlichkeit als i h r e n Erfolg gebucht hätte.

Welche Art von Aktivitäten die Leitstelle bevorzugt (weil sie Aufsehen erregen und nichts kosten), zeigte sich an einem anderen „Altonaer Fall“, dem Rausschmiß einer Frau aus der Sauna im Bismarck-Bad, weil sie einen Tampon trug. Hier setzte die Leitstelle Himmel und Hölle in Bewegung, nannte dies „die größte Frauenfeindlichkeit seit zwei Jahren“ und arrangierte ein Gespräch zwischen der Betroffenen und einem halben Dutzend Wasserwerkern, vom Aufsichtsrat bis zum Betriebsrat, um die Situation zu bereinigen.

Umschulungsfrauen

Dies Beispiel zeigt, wie die Leitstelle verfährt, wenn sie es mit Frauen zu tun bekommt, die ihre Forderungen konsequent vertreten.

Die Frauen vom Umschulungsmodell Maschinenbau/Dreherinnen fordern 1.200 DM und 100 DM Erziehungsgeld für jedes Kind. Bis jetzt bekamen sie nicht einmal die vom Senat schon bewilligten 1.100 DM. Da ihnen die Leitstelle als Ansprechpartnerin für ihren Protest genannt worden war, luden sie alle Verantwortlichen zu einem Gespräch in die Leitstelle ein. Als diese nicht kamen, beschlossen die Frauen, solange zu warten, bis sie kämen, und erklärten die Leitstelle für besetzt.

Am Abend erklärte Frau Rühmkorf ihnen, sie habe eine Senatsanweisung erhalten, daß die Leitstelle von der Polizei geräumt werden würde. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die Presse nicht mehr anwesend war; den Frauen wurde auch nicht gestattet, sie zu informieren. Das Telefon war bereits abgestellt worden. Die Frauen sahen deshalb auch keine andere Möglichkeit, ihre Kinder, die sie mitgebracht hatten, in Sicherheit zu bringen, als dem Druck nachzugeben und die Leitstelle zu räumen.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Auf der Veranstaltung der Frauenwoche dazu befragt, erklärte Frau Rühmkorf, daß die Rathaus-Verwaltung zwar gesagt habe, daß geräumt würde, aber daß ja nicht geräumt worden sei. Sie selbst habe das auch gewußt, da sie sich in ihrem Gespräch mit der Rathaus-Verwaltung auf ihr Versprechen den Frauen gegenüber berufen hätte. Den Frauen gegenüber hatte sie allerdings nichts davon gesagt, sondern weiter mit der bevorstehenden Räumung durch die Polizei gedroht. Von Solidarität mit den Frauen konnte also keine Rede sein.

Sie schämte sich nicht einmal, in diesem Zusammenhang noch um Verständnis für ihre ,,schwierige Situation" zu werben: ,,Es ist richtig, daß die Polizei ins Haus stand. Und da sieht man die Schwierigkeiten, über die wir sprechen können, ich bin weisungsabhängig in solcher Funktion ...".

Ihre Solidarität mit den Frauen reicht also nur so weit, wie diese nicht mit der Rathaus-Politik in Konflikt gerät. Auch zu den Forderungen der Umschülerinnen kam von ihr keine Unterstützung. Sie schob einen großen Teil des Konflikts auf die schlechte Organisation der Hamburger Verwaltung ab und behauptete zu guter Letzt, den Frauen sei das versprochene Geld ausgezahlt worden; sie bezichtigte damit eine vor ihr sitzende Umschülerin, die gerade kritisiert hatte, daß keine einzige die vollständige Summe erhalten habe, der Lüge. An dieser Stelle erübrigte sich dann eine weitere Diskussion mit den Behörden-Frauen.

In der Diskussion wurde deutlich, daß die Leitstelle sich nur dann einsetzt, wenn sie sich politischen Erfolg (im Sinn der SPD-Politik) davon verspricht; wenn also die Forderungen schon von vornherein ins SPD-Konzept passen oder wenn der Druck der Frauen schon so groß ist, daß die Initiative sowieso nicht mehr zu umgehen ist. Durch das Eingreifen der Leitstelle kann sich diese dann als Verfechterin von Fraueninteressen profilieren und gleichzeitig versuchen, die Initiative auf die Ebene von Anträgen und Behördeninstanzen hinunterzuziehen.

Eine Initiative, von der sich die SPD keine politische Publizität verspricht, hat dagegen keine Chancen. Ein Beispiel dafür ist die Arche, ein Frauenhaus für ehemalige Prostituierte. Ihren Kampf um einen Haushaltstitel unterstützte die Leitstelle nicht, da so eine Initiative keine Lobby hat.

„Leitstelle zur Gleichstellung, Gleichschaltung, Ausschaltung? ... Hat sie uns genützt oder hat sie uns mehr geschadet?"

So hieß es in dem Einladungsschreiben zur Veranstaltung auf der Hamburger Frauenwoche. Diese Fragestellung zielte darauf ab, daß die Leitstelle nicht nur — wie bei der Arche — Projekte boykottiert, sondern insgesamt versucht, eine auf die Behörden orientierte Politik durchzusetzen. Solche Integrationsversuche wurden auch in der Diskussion deutlich. Zunächst bemühten sich die anwesenden SPD-Frauen, die Leitstelle für schlichtweg notwendig zu erklären, weil sie sich — im Gegensatz zur Frauenbewegung — an die Männer herantraue. Als dies auf Protest stieß, versuchte Frau Rühmkorf es andersherum: Sie glaube nicht, daß e i n z e l n e Frauen Interessen von Frauen voranbringen könnten. Insofern habe sie gedacht, daß die Frauenbewegung, sehr breit verstanden, ihre Arbeit m i t t r a g e.

Eine Behörde als Teil der autonomen Frauenbewegung?

Was sie unter ,,mittragen" versteht, erläuterte sie später, als sie die Unterstützung der Frauenbewegung für ihre Verwaltungsarbeit forderte. Also Reduzierung von Frauenarbeit auf das Verschieben von Geldern von einem Topf in den anderen oder die Suche von billigen Verwaltungslösungen, wie bei dem Berechtigungsschein für eine Sozialwohnung (§ 5-Schein), den jetzt auch mehrere Frauen gemeinsam bekommen können (nur die Wohnungen gibt es nicht!).

Gestand die Leitstelle den autonomen Frauen anfangs zwar verbal zu, entscheidende Sachen ins Rollen gebracht zu haben, so kehrte sie dies dann in ihrer Politik doch rasch wieder um. Z.B. indem sie den ,,raschen" Erfolg der Förderung des Frauenhauses auf ihre haushaltstechnische Lösung zurückführte. Empört hielten ihr die Frauen entgegen, daß sie schon jahrelang dafür gekämpft hätten, und daß in der Regel nur dann etwas erreicht worden sei, wenn alle gemeinsam den Zuständigen auf die Bude gerückt waren. Ihr Ziel sei es im übrigen, daß viele Frauen es lernten, ihre Interessen selber zu vertreten, ohne eine Vermittlerin, die ihre Mißerfolge dann auch noch mit ihren Schwierigkeiten in der Behörde zu entschuldigen versucht.

Gerade auf ihre Vermittlerrolle hält sich die Leitstelle aber viel zugute. Sie sei es, die den Beamten das Anliegen der Frauen verständlich mache (und umgekehrt). Auf diese Weise versucht sie, sich in Konflikte von Frauenprojekten und Staat zwischenzuschalten, sich als Sprachrohr der Frauen zu betätigen und den Kämpfen die Spitze zu nehmen. Die Absage der autonomen Frauen an so eine Stellvertreterpolitik können wir nur unterstützen. Wesentliches Ziel der Frauenbewegung ist es, daß die Frauen sich s e l b s t wehren.

Die Antwort der selbsternannten Fürsprecherinnen der Fraueninteressen auf diese Kritik fiel wohl deshalb auch besonders demagogisch aus, weil hier eine Hauptfunktion der Leitstelle berührt wurde: Frauenprojekte seien doch kein Selbstzweck. Das Interesse der Leitstelle sei es, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, dazu würden auch die staatlichen Institutionen gehören. Die Frauenprojekte aber würden nur schreien, daß sie vereinnahmt würden, wenn sich etwas verändere.



Die Frauen der Leitstelle auf der Hamburger Frauenwoche

Hier wird die Realität auf den Kopf gestellt, wenn die Kämpfe der Betroffenen als Selbstzweck und Verwaltungsarbeit im Sinne der SPD als Gesellschaftsveränderung dargestellt werden. Der Frauenbefreiung kommen wir hier und heute sicher nicht über staatliche Institutionen näher.

Etwas wäre noch zum taktischen Vorgehen der SPD-Frauen zu sagen, die (jedenfalls im Kontakt zur Frauenbewegung) versuchten, die Arbeit der Leitstelle als etwas von der Politik der SPD-Regierung verschiedenes darzustellen, und auf die politische Kritik der Frauen sehr persönlich reagierten. Die SPD-Frauen warfen den Anwesenden vor, ein ,,Männerklima" zu schaffen und beschwerten sich, nicht genug zu Wort zu kommen. Dabei war frühzeitig abzusehen, daß es in dieser Veranstaltung nicht bei einem Erfahrungsaustausch bleiben, sondern sich durch die Beteiligung der Leitstelle ein Streitgespräch entwickeln würde.

Sicher ist es für diese Frauen subjektiv nicht einfach, von der Frauenbewegung als Vertreterin der SPD-Regierung angegriffen zu werden und in der Behörde als ,,Emanzen" verschrien zu sein, und das möglicherweise in der Überzeugung, sich in der Behörde für die Fraueninteressen aufzureiben.

Als direkt der Senatskanzlei (und damit dem höchsten Gremium in Hamburg) unterstelltes Amt müssen sich die Frauen allerdings gefallen lassen, auch als solches kritisiert zu werden, und können dann nicht plötzlich auf Frauensolidarität pochen.

Offen blieb die Frage, ob es Bedingungen gibt, unter denen die Frauenbewegung aus dieser Leitstelle einen Nutzen ziehen kann. Die Erfahrungen sprechen dagegen. Eine Teilnehmerin der Diskussion forderte denn auch am Schluß der Veranstaltung, den Etat der Leitstelle lieber einem Frauenhaus zur Verfügung zu stellen.

Eine Genossin aus Altona in Zusammenarbeit mit einer Genossin der AG Frauen, Hamburg

Bundeskongreß der »Fraueninitiative 6. Oktober«

oder — Der Versuch, eine Frauen-APO im Saal zu gründen

Der Kongreß fand am 9./10. Mai in der Stadthalle Bonn/Bad Godesberg statt. Die „Initiative 6. Oktober" hatte sich einen Tag nach den Bundestagswahlen 1980 gegründet; daher rührt auch ihr Name. Die 30 Gründungsfrauen kommen von SPD, FDP, Gewerkschaften, den Grünen und aus der autonomen Frauenbewegung. Ursprünglich definierten sie sich als *„Pressuregroup von Parteifrauen gegen die männerdominierten Parteien"*. In der Entwicklung erweiterte sich der Anspruch dahingehend, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem *„die Frauen in der Bundesrepublik von jetzt an starten, um als Hälfte der Menschheit die Hälfte von Macht und Einfluß und Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen"* („Emma" 4/81). Dieser Anspruch soll über eine Frauen-APO *„ohne Mechanismen herkömmlicher Vereine und Parteien, wie Hierarchie, Funktionärstum usw."* durchgesetzt werden. Zielgruppe soll die „Frau von der Straße" sein. Unabhängig von ihrer eigenen politischen Meinung, nur unzufrieden und Frau soll sie sein, so soll sie aktiv werden gegen die frauenfeindlichen Verhältnisse (nach Vorankündigung im Kölner „Volksblatt", Mai 81). Von „Emma", „Courage", Alternativpresse bis hin zu „Brigitte" und „Stern" wurde für den Kongreß geworben.

Gleichzeitig wurden 3000 Einladungen in der gesamten BRD verschickt. An der „Initiative" beteiligt sich die Creme der SPD-„Feministinnen": Marieluise Jansen-Jurreit, Ursula Linnhoff, Ingrid Kolb, Susanne von Paczensky, Eva Kühmkorf, Renate Schmidt (Bundestagsabgeordnete aus Nürnberg) sowie Hannelore Fuchs und Karin Glaser.

Zum Kongreß erschienen knapp 300 Frauen. Wenig bekannte Gesichter aus der autonomen Frauenbewegung waren zu sehen, dafür aber viele „mittelalterliche" Frauen aus gehobenen Berufen.

In der Begrüßungsrede wurden die schlechten Erfahrungen mit d e n Parteien der positiven Erfahrung und Entwicklung der autonomen Frauenbewegung gegenübergestellt. Nur der autonomen Frauenbewegung sei es zu verdanken, daß frau sich heute treffe, um Zorn und Wut zu aktivieren. „Vor 10 Jahren hätten wir uns das nicht einmal träumen lassen!" Das Patriarchat habe die Welt an einen Abgrund gebracht. Trotz 30 Jahren Grundgesetz und der darin verankerten Gleichberechtigung seien Frauen kein Machtfaktor in dieser Gesellschaft. Damit Frauen ein Machtfaktor werden können, bräuchten sie ein Programm oder Manifest als Grundlage, um mit einer Stimme sprechen zu können. Dieses Manifest soll über alle Grenzen hinweg Partei- und Institutionsfrauen, die zersplitterte Frauenbewegung und die „Frau von der Straße" auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner vereinigen. Für diesen Zweck haben Bonner Frauen ein „Werkstattpapier" erarbeitet, das als Entwurf ein Jahr lang diskutiert werden soll, um dann 1982 auf einem 2. Kongreß verabschiedet zu werden. Von der Diskussion auf dem 1. Kongreß blieb dieser Entwurf allerdings ausgespart. Er enthalte sowieso nichts anderes, als die Frauenbewegung schon seit zehn Jahren fordere. Vielmehr solle der Kongreß dazu dienen, daß die Strategie- und Selbstverständnisdiskussion geführt werden könne.

Im Anschluß an die Begrüßungsrede wurden Grußtelegramme von Ingeborg Drewitz und Peggy Parnaß verlesen. Beide gaben darin ihrer Hoffnung Ausdruck, daß es Frauen gelingen werde, doch noch eine lebenswerte Zukunft zu erkämpfen.

Um die auf dem Kongreß frauschende Stimmung ein bißchen besser zu vermitteln, stellen wir die folgende Diskussion ausführlich dar. Die „Strategiediskussion" begann mit mehreren Beiträgen, in denen angezweifelt wurde, ob es überhaupt richtig sei, wenn Frauen die Macht erobern wollen. Schließlich hätten die Männer ja zur Genüge vorgeführt, daß Machtausübung patriarchalische Strukturen erzeuge. Der Begriff Macht solle doch lieber durch Kraft oder Stärke ersetzt werden. Wozu Frauen Macht, Kraft und Stärke brauchen, spielte in dieser Auseinandersetzung keine Rolle. Eine besonders forsche Jungunternehmerin „gestand" (kicher), sie spüre in der letzten Zeit zunehmend Lustgefühle bei ihrer beruflichen Machtausübung; daß andere Frauen diese Lustgefühle noch nicht haben, liege bloß daran, daß Macht für sie etwas zu ungewohntes sei. Lebhafter Beifall belohnte sie für diese Selbstdarstellung. Der kritische Hinweis von Ursula Linnhoff, daß Macht auch immer etwas mit Kapitalverteilung und dem Besitz von Produktionsmitteln zu tun habe, und daß Frauen nur Macht gewinnen können, indem sie gegen die Besitzer der Produktionsmittel kämpfen, „besonders als Hinweis für die Dame, die meinte, sich hier als Unternehmerin einführen zu müssen" (Hektik bei der Diskussionsleitung, *„liiebe Frauen, Begriffe wie Dame wollen wir doch nicht mehr untereinander verwenden")*, wurde einfach übergangen. Als nächste Rednerin trat M. Jansen-Jurreit auf. Sie fand es unbeschreiblich weiblich, daß Frauen zuerst überlegen, ob Macht nicht zum Machtmißbrauch führt, bevor sie überhaupt überlegt haben, wie sie Macht erringen und nutzen können. Leider blieb sie genauso allgemein wie alle anderen Rednerinnen, was die Zielsetzung für Frauen sein soll. Aber auf jeden Fall war für sie klar, daß die Frauenbewegung ein Info-Netz braucht, über das *„zentrale, anarchistische, spontane und unkontrollierbare Aktionen ohne Hierarchie"* durchgeführt werden sollen. Es folgten noch einige Beiträge von Frauen, die immer wieder betonten, wie sehr sie sich freuten, auf diesem Kongreß sein zu dürfen und wie schön es sei, daß frau sich sooo einig ist und der Umgang miteinander ach so schwesterlich tolerant ... Diese „Toleranz" wurde von einer Frau, die sich ausdrücklich als Freundin von Monika Jäckel (M. Jäckel ist eine der Ur-Mütter des BRD-„Radikalfeminismus") vorstellte, weidlich ausgenutzt. Mit Hinweis auf ihren Wohnort — München — beschwor sie die Versammlung, auf keinen Fall CDU/CSU-Frauen von der geplanten Machtergreifung auszuschließen; die müßten im Gegenteil gezielt angesprochen und einbezogen werden! Unser Vorschlag, dann doch gleich mit Marianne Strauß zu beginnen, wurde als Klimastörung empfunden, während der Freundin aus Bayern mit besonders herzlichem Beifall für ihren wichtigen Beitrag zur allgemeinen Verschwesterung gedankt wurde. Auf diesem Niveau schleppte sich der 1. Kongreßtag seinem Ende entgegen. Trotzdem blieb uns ein Beitrag über die Bedeutung des Vollmonds und unserer spiritistischen Kräfte für den Erfolg von Aktionen nicht erspart (seufz! Anm. Re+Bi).

Die umsichgreifende Verschwesterung ermutigte auch die Chefin der Hamburger Leitstelle zur Gleichstellung der Frau, E. Rühmkorf, sich (fernabvon all der bösen Kritik an ihrer Person) endlich mal ganz als Frau einzubringen. Sie lobte die Vorbereitung der Bonner Frauen, und sie sei so froh und ermutigt (Beifall) und hoffe, daß diese Initiative noch ganz viel erreichen wird (tosender Beifall). Sichtlich ergriffen zog sich E. Rühmkorf auf ihren Platz zurück. Mit diesem Glanzlicht war der erste Teil der umfassenden Strategiediskussion beendet.

Das Hauptmerkmal dieses Kongresses war die sehr allgemeine bis unpolitische Diskussion; einig war frau sich darin, daß d i e M ä n n e r an allem Schuld haben und die Frauen a l l e z u s a m m e n aktiv werden müssen.

Besonders kraß wird diese Ausrichtung in dem 'Werkstattpapier' der Bonner Frauen betrieben. Wohlgemerkt soll dieses Papier die Grundlage für die inhaltlichen Forderungen der Initiative bilden. Neben Elternurlaub, Wohnen, Rentenreform, Kindererziehung, Lesben, Diskriminierung in der Sprache etc. taucht der § 218 nur unter ferner liefen beim Punkt „Frauen, Medizin und Gesundheitswesen" auf. Kein Wort über die Angriffe von Reaktion und Kirche auf alle §218-Gegner/innen wird verloren. Noch schlimmer wird es bei dem Punkt „Frauen für Frieden", der im wesentlichen männliche Aggression aus psychologischer und philosophischer Sicht behandelt. Eine Kostprobe: *„Kriege, und damit das Töten, wurden von Männern beschlossen, zum Leid der Frauen und Kinder. Für Männer bot der Kampf im Krieg die Möglichkeit, eine gewisse Befriedigung, Ruhm und Heldentum zu erringen ..."* Klar, d i e M ä n n e r sind durch ihre eigene Machtausübung (durch patriarchalische Strukturen versaut?) so neurotisch geworden, daß sie allein um eine „gewisse Befriedigung" zu erhalten menschenvernichtende Kriege anzetteln! Wirklich eine der gelungensten Analysen der Kriegsgefahr der letzten Zeit. Der besondere Beitrag der Frauen zur Sicherung des Friedens soll darin bestehen, daß wir unsere Kinder lehren, *„natürliche Aggressivität in positive Aktionen umzusetzen"*; wir sollen *„gewaltfreie Konfliktlösungsformen entwickeln und vermitteln"* und zusätzlich *„im alltäglichen Miteinander von Mann und Frau eine produktive Konfliktaustragung vorleben."*

Für den Kampf gegen die NATO-'Nachrüstungsbeschlüsse' etc. bleibt bei soviel anti-patriarchalischem Engagement selbstverständlich wenig Raum: **„Darum fordern wir — nicht die allgemeine Abrüstung der Staaten, die sich bis ins tiefste Mißtrauen und gegenseitig in ihrer Existenz bedroht sehen, denn das wäre Illusion — sondern noch utopischeres, weil einzig realistisch, wenn die Zerstörung der Welt durch Krieg irgendwann überhaupt gebändigt werden soll: Männer, Frauen, Politiker, Bürger ... laßt Euch etwas einfallen, fordert auf zu denken, beginnt selbst zu denken: was kann Frieden sein? Wo könnt ihr zu Frieden und Ausgleich beitragen?"** (Alle Zitate aus dem „Werkstattpapier" der „Initiative 6. Oktober").

Irgendwo ist es sicherlich eine süße Vorstellung, daß Reagan, Schmidt, Apel etc. mal ganz doll über den „Frieden an sich" nachdenken, aber mit der Entwicklung einer politischen Fraueninitiative hat das nun wirklich allzu wenig zu tun. Solche Art „Friedenstheorien" dienen nur der Desorientierung und führen bestimmt nicht dazu, die umworbene „Frau von der Straße" in den Kampf gegen Militarisierung und Kriegsgefahr einzubeziehen.

Als Ergebnis des Kongresses wurde der Vorschlag verabschiedet, die ganze BRD mit einem „Spinnwebnetz" zu überziehen. Die Fäden des Netzes sollen zwischen den bestehenden Frauengruppen und Organisationen gesponnen werden. Zentrale des Netzes soll Bonn werden; dort sollen Frauen sich über Aktionen informieren können. Darüber soll sich dann eine bundesweite, jederzeit erreichbare und mobilisierbare Frauenopposition aufbauen. Außerdem wird ein Boykott von Produkten, für die sexistisch geworben wird, angestrebt.

Der anfänglich noch stark vertretene Wahlboykott, speziell gegen SPD und FDP, wurde schon wieder in Richtung „mehr Frauen ins Parlament" oder der Entwicklung von „Wahlprüfsteinen" abgeschwächt. Schade, es wäre doch tatsächlich mal was anderes gewesen, wenn sich die SPD-„Femis" konsequent gegen Schmidt & Co. gestellt hätten. So brauchen aber die bürgerlichen Parteien keine Angst vor dieser neuen „Frauen-APO" zu haben. Weder die bisherige programmatische Grundlage noch die soziale und politische Zusammensetzung der „Initiative 6. Oktober" lassen die Umsetzung ihrer weitgesponnenen Pläne erwarten. Und so, wie sich die Initiative derzeit darstellt, finden wir das nicht einmal schade.

Zwei Genossinnen aus Wattenscheid

Das „Werkstattpapier" und Informationen gibt es bei:
„Initiative 6. Oktober"
Postfach 120401
5300 Bonn 1



Italien: Ein klares Nein zur Verschärfung des Abtreibungsgesetzes

Aber auch die Abschaffung der Anti-Terror-Gesetze wird eindeutig abgelehnt

Am Abend des 17. Mai wurde von Frauen in Rom auf den Straßen der Sieg der „zwei Nein" gefeiert. Zwei „Nein", die die Mehrheit der Italiener/innen zu zwei Volksentscheiden abgegeben hatten, die beide von verschiedenen Seiten einen Angriff auf den italienischen „§ 218" (Gesetz 194) starten sollten.

Das italienische Abtreibungsgesetz ist relativ liberal und sieht eine Art „Fristenlösung" von 90 Tagen vor. Es ist in seiner jetzigen Form erst seit zwei Jahren in Kraft und einerseits Produkt der Kämpfe einer recht starken Frauenbewegung, andererseits aber in vielen wichtigen Fragen ein Kompromiß zwischen PCI und Christdemokraten.

Von Anfang an wurde es von Klerikalen, Christdemokraten und Neofaschisten bekämpft (näheres siehe AK 198, S. 26). In der „Bewegung für das Leben" fanden diese reaktionären Kräfte ihren organisatorischen Zusammenschluß. Diesen Leuten ist das Leben immerhin so „heilig", daß einige von ihnen auch den faschistischen Referendumsvorschlag zur Wiedereinführung der Todesstrafe unterzeichneten. Ihr Kommentar zum Tod von Bobby Sands: „Es war eine freiwillige Entscheidung".

Interressant wurde ihr Referendumsvorschlag nicht nur dadurch, daß er eine konkrete Gefahr für die Frauen darstellte, sondern auch dadurch, daß sich die gesamte katholische Kirche inklusive Papst Woityla hinter das Referendum stellte.

Umso bemerkenswerter ist, daß 67,8 % dagegen stimmten, fast 9 1/2 Millionen Italiener/innen. Auch im von der Kirche noch stark beeinflußten Süden sahen die Ergebnisse nicht viel schlechter aus: Für „Ja" stimmten im Süden fast nirgends mehr als 35 %. Die drei einzigen von 95 Provinzen mit umgekehrten Ergebnissen lagen alle im hohen Norden Italiens.

So wurde diese Abstimmung nicht nur ein Sieg für die Frauen, sondern auch eine klare Absage an den Klerikalismus. Das Ergebnis lag sogar noch um einiges höher als das Referendum zum Scheidungsgesetz 1974 (ca. 60 %), gegen das die Kirche damals massiv polemisiert hatte.

Das zweite Referendum hatte die Partito Radicale durchgesetzt; es sollte viele Artikel des 194 streichen und wurde von der PR als Liberalisierung dargestellt. Die Partei hatte den Dialog mit der Frauenbewegung dabei leider weitestgehend unterlassen und ihre männlichen Stars an die Front geschickt, z.B. Tausendsassa Panella in Fernsehdiskussionen. Nicht nur deshalb wurde diese Initiative vom allergrößten Teil der vielschichtigen italienischen Frauenbewegung von vornherein abgelehnt: Viele Frauen sahen in der geforderten Abschaffung der Artikel 8 und 10 des Gesetzes, die besagen, daß der Eingriff in einem öffentlichen Krankenhaus kostenlos vorgenommen werden muß, die Gefahr, daß sich Privatkliniken und -Ärzte wieder eine goldene Nase an der Not der Frauen verdienen. Auch z.B. der eigentlich sehr positive Ansatz, den Artikel 12 zu streichen, der für minderjährige Frauen eine Zustimmung der Eltern bei einem Schwangerschaftsabbruch vorschreibt, ist nicht recht durchdacht. So gibt es jetzt immerhin noch die Möglichkeit, daß in einem dringenden Fall ein Arzt unabhängig von den Erziehungsberechtigten eine Bescheinigung ausstellen kann, die zum unmittelbaren Schwangerschaftsabbruch berechtigt.

„Wird dieser Artikel abgeschafft, fallen diese zusätzlichen Möglichkeiten weg; aber die Minderjährigen sind trotzdem von der Einwilligung der Eltern abhängig, weil sie auf jeden Fall für jeden chirurgischen Eingriff die Zustimmung der Eltern brauchen" (aus einem Leserbrief im „tandem"). Ein Scheitern des „Radikalen"-Entwurfs war also schon vorauszusehen; das fiel auch ziemlich verheerend aus: 88,8 % lehnten den PR-Volksentscheid ab.

Die rechtliche „Besitzstandwahrung" war für die italienischen Frauen zwar allemal ein Grund zu feiern. Die Chance, die Situation zu verbessern, ist allerdings nicht unbedingt größer geworden. Das wäre aber dringend notwendig, wenn man/frau sich die Realität ansieht: Nach Zahlen der WHO und des italienischen Gesundheitsministeriums ist es auch heute noch so, daß von 800 000 in Italien jährlich vorgenommenen Abtreibungen nur 200 000 legal durchgeführt werden.

Für die italienische Frauenbewegung hat dieser erfolgreiche Abwehrkampf einiges an Erneuerung und Reaktivierung gebracht. Z.B. haben sich am 9. Mai über 400 Gewerkschafterinnen in Rom zusammengesetzt, die mit der „vorsichtigen und schüchternen" Haltung der Gewerkschaftsführungen zur Referendumsfrage nicht zufrieden sind. Zu hoffen, daß diese Zusammenarbeit von Frauen aus ganz Italien auch über den konkreten Anlaß hinaus weitergeführt wird.

Niederlage der Partito Radicale auf der ganzen Linie

Neben ihrem Desaster in der Abtreibungsfrage mußte die PR auch in den übrigen drei von ihr initiierten Referenden empfindliche Niederlagen einstecken.

Gegen die Abschaffung der lebenslänglichen Haft stimmten 77,4 %, aber immerhin waren noch 22,6 % dafür, was das beste Ergebnis darstellt. Das bestehende Waffengesetz unterstützen 86,5 % gegen die PR, und für das Legge Cossiga ('Anti-Terror-Gesetze") waren 85,4 %. Dabei muß man auch noch sehen, daß die Beteiligung an den Referenden mit über 80 % recht hoch war. Es ist sicherlich nicht gerade erleichternd für die Arbeit der italienischen Linken, solche Zahlen schwarz auf weiß zu haben. In der Vergangenheit hat die PR zwar recht gute Erfahrungen mit dem Mittel der Volksabstimmung gemacht. So war sie eine treibende Kraft sowohl beim Scheidungsreferendum als auch beim Referendum zur Abtreibung vor zwei Jahren. Aber heute haben sie diese Karte offensichtlich überreizt.

(Informationen nach „noidonne", „tandem", „Corriere della Sera", „Frankfurter Rundschau")

Italienkommission

Gelder für Frauenprojekte im »Tornadowirbel«

Wohl im Rahmen der allgemeinen Umverteilung der Haushaltsgelder der Bundesregierung, um das Loch in Apels Militärkasse zu stopfen, wurde auch der Etat für das Jahr 1981 des Arbeitsstab Frauenpolitik im Bundesfamilienministerium um rund ein Drittel gekürzt. Haushalts„experten" des Bundestages kürzten den Etat von ursprünglich vier auf 2,8 Millionen Mark.

1980 hatte der Arbeitsstab noch 3,2 Millionen Mark zur Verfügung. Von der Kürzung sind beispielsweise ein Modellvorhaben für ein Frauenhaus im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein (vor kurzem noch in „Emma" groß rausgeputzt) und eine Untersuchung über die berufliche Perspektive von Verkäuferinnen betroffen. Zusätzlich fehlt jetzt auch noch das Geld für eine Dokumentation über Lohngleichheit und die Darstellung der Schwierigkeiten behinderter Frauen in der Gesellschaft.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Lepsius meint, die Streichung der Gelder zeige die Geringschätzung der Frauenarbeit und der Arbeitsstab habe somit politisch nur noch eine Alibifunktion. (Nach „FR" vom 20.5.81.)

WALPURGISNACHTRAG

Göttingen:

Die Berichterstattung über die Ereignisse während der Walpurgisnacht-Demo in Göttingen (AK201) entsprach in einigen wesentlichen Punkten nicht den Tatsachen. Dadurch erhielt die Einschätzung der Aktion eine Richtung, mit der wir nicht einverstanden sein können. Im folgenden wollen wir die ganze Aktion darstellen, wie sie im Vorbereitungsausschuß diskutiert und durchgeführt worden ist.

Ausgegangen war die Idee einer Walpurgisnachtdemo von einigen Frauen, die aktiv im Häuserkampf engagiert sind. Zur Mobilisierung von anderen Frauen bzw. Frauengruppen, wurden Plakate im Roten Buchladen und Frauenbuchladen aufgehängt und es wurde zum ersten Vorbereitungstreffen eingeladen. Das Frauenzentrum wurde persönlich angesprochen. An dem Vorbereitungstreffen nahmen 15 - 20 Frauen aus verschiedenen Gruppen teil: Frauen gegen AKW, Rapunzel Gesundheitsladen, Frauen gegen Gewalt, Frauen aus dem Häuserkampf, Frauen aus einer Kinderinitiative, Frauenzentrum und KB.

Diskutiert wurde über ein vorgelegtes Flugblatt der „Frauen gegen Gewalt-Gruppe", das Fakten über Vergewaltigungen enthielt. Dieses Flugblatt wurde von den anwesenden Frauen voll unterstützt. Problematisiert wurde ausschließlich der Punkt, jede Vergewaltigung zur Anzeige zu bringen. Darüber konnten wir uns nicht einigen.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen von Bullenterror in Göttingen gerade an uns Frauen, beschlossen wir, unsere persönliche Betroffenheit in der Walpurgisnacht zum Ausdruck zu bringen. Für uns bedeutet Walpurgisnacht, gemeinsam mit anderen Frauen Stärke zu zeigen, auch gerade an Orten, an denen uns dies normalerweise versagt ist, zumal in der Nacht. Wir wollten nicht schweigen (deshalb wurde auch der Vorschlag des Frauenzentrums abgelehnt, einen Schweigemarsch zu machen), sondern unsere Wut und Betroffenheit offensiv zum Ausdruck bringen. Wie gesagt so getan. Im Frauenzentrum trafen sich ca. 80 - 100 Frauen, um sich an der Demo zu beteiligen. Zum großen Teil ausgestattet mit Sprühdosen, Fackeln, Hüten, Masken etc. Kurz vor Beginn der Demonstration wurde besprochen, wie frau sich bei Bulleneinsätzen zu verhalten hat. Einige Frauen wiesen auf die Gefährlichkeit vor allem der Sprühaktion hin, aber nach solidarischer Diskussion wurde die Aktion wie geplant akzeptiert. Auf los ging's los.

Mit viel Gejohle und einer bombastischen Stimmung wurde die Innenstadt mit Sprühdosen flächendeckend abgesprüht. Flugblätter gegen Vergewaltigung wurden verteilt und ein Transparent gleichen Inhalts wurde mitgeführt. Männer, die es sich trotz unserer Übermacht immer noch nicht verkneifen konnten, Frauen anzupöbeln und tätlich anzugreifen, wurden geschlossen in die Flucht getrieben. Gesprüht wurden Anti-Kriegs-Parolen, Freiheit für politische Gefangene und Häuserkämpfer, Frauenzeichen, Krieg den Schwänzen etc.

Aufgrund von Kritiken an der Aktion wurde in der anschließenden Woche eine Auswertungsdiskussion im Frauenzentrum angesetzt. Etwa 70 - 80 Frauen erschienen. Kritisiert wurden die mangelnde inhaltliche Ausrichtung der Parolen sowie die Kürze der Vorbereitungszeit. Kontroversen gab es um die politische Konzeption der Aktion: Während auf der einen Seite es für sinnvoll gehalten wurde, die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen an die Wand zu sprühen, wurde dies vom Frauenzentrum abgelehnt mit der Begründung, daß die RAF durch ihre Form der Politik selbst Gewalt produziere. Kritisiert wurde aber auch, daß spezifische Forderungen der Frauenbewegung wie § 218, Leichtlohngruppen etc. zu kurz gekommen sind.

Die Diskussion wurde teilweise sehr hart geführt, war aber ein Anfang, vorhandene Widersprüche nicht zuzuschütten, sondern auszudiskutieren. Ein Hoffnungsschimmer vielleicht auch, zu versuchen, trotz der unterschiedlichen Einschätzungen und politischen Erfahrungen der Frauen, im Vorfeld solcher Aktionen sich gezielt um Stoßrichtung und Inhalte auseinanderzusetzen.

4 Hexen und Ul (AGF Göttingen)

Düsseldorf:

Rund 100 Frauen beteiligten sich in Düsseldorf an der Walpurgisnacht-Demonstration. Als die Frauen durch die Altstadt, einem von der Stadt „sauber" gehaltenen Vergnügungsviertel (keine Sex-Shops, Bordelle etc.) zogen, wurden sie von etlichen Männern angepöbelt, aber auch körperlich angegriffen.

Als sich die Demonstration auflöste, starteten die Bullizisten einen brutalen Überfall, bei dem auch Hunde eingesetzt wurden. Sechs Frauen wurden vorläufig festgenommen, gegen eine läuft eine Anzeige wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und Körperverletzung. (Nach einem Flugblatt der „Frauenliga".)

Detlef/Düsseldorf

Lüneburg:

In Lüneburg gab es dieses Jahr erstmalig eine Aktion zur Walpurgisnacht. Dabei kam es gleich zu einem massiven Polizeieinsatz, bei dem zwei Frauen willkürlich festgenommen wurden; beiden droht jetzt Strafanzeige wegen Sachbeschädigung.

In der Vorbereitung der Aktion lag der Schwerpunkt weniger auf der nächtlichen Aktion, als in der Erstellung eines Flugblattes zu Vergewaltigung, Stelltafeln und Büchertisch zu Gewalt gegen Frauen für den Nachmittag des 30.4. Zum nächtlichen Umzug kamen ca. 60 Frauen. Das ist sehr viel für Lüneburg. Flugblätter verteilend, singend und krachmachend zogen wir verkleidet durch die Stadt und durch Kneipen. Dabei wurde die Stadt etwas bunter. Nach ca. einer Stunde kamen die ersten Polizeiwagen und „begleiteten" uns unter unserem lautstarken Protest. In der menschenleersten Ecke der Altstadt wurden wir dann gezielt von den Polizisten überfallen. Sie griffen zwei Frauen heraus und brachten sie zum Polizeirevier. Entschlossen zogen alle unverzüglich hinterher und harrten mehrere Stunden vor dem Revier aus, bis die beiden Frauen wieder frei waren.

In den nächsten Tagen entstand unter den Walpurgisnacht-Frauen eine lebhafte Diskussion über die Berechtigung von Sprühaktionen, die das erste Mal in Lüneburg bei einer Demo passierten. Trotz verschiedener Standpunkte wurden bei einem Auswertungstreffen, bei dem ca. 30 Frauen anwesend waren, sofort ein Solidaritätsflugblatt verabschiedet.

In der örtlichen Zeitung, die nichts Inhaltliches über unsere Aktion schrieb, sondern uns als Besoffene, die Häuser mit Pornographischem beschmierten, hinstellte, wurde eine Leserbriefdebatte über Gewalt gegen Frauen entfacht.

Zwei Genossinnen aus Lüneburg

Aachen:

Auf Initiative der Frauenhausgruppe trafen sich schon seit Anfang März Vertreterinnen der unterschiedlichen Frauengruppen, um gemeinsam die diesjährige Walpurgisnacht-Demo vorzubereiten (übrigens die erste seit '77).

Mit Plakaten und Flugblättern (beides in ansehnlichen Auflagen!) sollte nicht nur auf die gestiegenen Vergewaltigungen im Aachener Raum, sondern darüber hinaus auch auf allgemeinere Aspekte der Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht und die „Notrufinitiative in Gründung" gestärkt werden; entsprechende Artikel erschienen in der örtlichen Alternativpresse („Klenkes", Frauenzeitung) sowie in den „Aachener Nachrichten".

In Kleingruppen wurde ein Infostand für den 30.4. sowie die Abschlußkundgebung vorbereitet; außerdem sollte jede Frauengruppe mindestens ein Transparent mitbringen.

Trotz starken Regens versammelten sich dann ca. 500 Frauen zum abendlichen Fackelzug (was für Aachener Verhältnisse eine sehr stattliche Anzahl ist). In fröhlich-kämpferischer Stimmung zogen wir gut eine Stunde durch die Innenstadt; neben den üblichen Parolen und Liedern (*„Frauen, hört ihr Frauen schrein, laßt die anderen nicht allein", „Wehrt euch, leistet Widerstand, gegen Vergewaltigung im Land..." u.ä.*)trafen auch andere Slogans auf Zuspruch, so *z.B.„Trauschein ist kein Hauschein", „Männer aus dem Rathaus raus, das wird unser Frauenhaus", „Kinder, Küche, Heim und Herd, sind kein ganzes Leben wert", „Ob Kinder oder keine - entscheiden wir alleine".* Den einzigen Zwischenfall provozierte ein Macker, indem er mit seinem PKW in die Demo hineinfuhr. Zum Glück wurde keine Frau verletzt – doch Beulen und Farbspritzer werden den Typen noch länger daran erinnern, daß wir uns so was nicht gefallen lassen!

Bei der Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz ging eine Frau zunächst auf die alltägliche Gewalt gegen Frauen und deren gesellschaftliche Ursachen ein. Anschließend wurde – mittels eines Rollenspiels – über Vergewaltigung, über die Frauenfeindlichkeit der HERRschenden Rechtssprechung und die Gesetzesinitiative der Notruf-Frauen informiert. Zum Schluß erhielt eine der in Koblenz (wegen Verdachts auf Parolen-Sprühens) verhafteten Frauen (vgl. AK 201) Gelegenheit, über ihre Kriminalisierung zu berichten...

Alles in allem: eine Walpurgisnacht-Aktion, die sicher nicht weniger Spaß gemacht, aber mehr gebracht hat als in anderen Städten!

KB-Frauengruppe Aachen

Frauen erneut im Visier der Terroristenhatz

Es ist wieder einmal soweit. 1976 war es der Ausbruch von Juliane Plambeck, Inge Viett und zwei weiteren Frauen aus dem Westberliner Frauengefängnis, der zum Anlaß genommen wurde, faschistoide Theorien über politische Frauen im Allgemeinen und Terroristinnen im Besonderen zu verbreiten. Nicht politische Motive seien für die Frauen der RAF der Anlaß zum „bewaffneten Kampf", sondern es sei das besonders „verrückte" Geschlecht Frau, das aus „Penisneid" die Kriminalität in sich trage. Springers Blätter standen an der Spitze der Hetzkampagne und suggerierten damals *„Ausgebrochen, weil sie lesbisch sind?"* („Bild"); Politiker und sogenannte liberale Zeitungen wie der „Stern" und der „Spiegel" stürzten sich auf *„Die Rebellion der gestörten Kinder"* („Stern"). Sogenannte Wissenschaftler gaben ihre Theorien zum besten, um Merkmale und Verhaltensmuster des Terrorismus „psychologisch" zu analysieren: *„Sie stammen aus guter Familie, sie sind unter dem Einfluß dominierender Mütter aufgewachsen... Ihr Körper ist meist leptosom, also schlank und schmalgliedrig, sie waren in ihrer Kindheit auffallend zart oder verhätschelt und extrem sensibel. Sie neigten zu Eigenbrötelei, stellten sich und anderen früh Problemfragen und lasen später Bücher, aus denen Weltschmerz oder Weltverneinung sprach"* („Stern", zitiert nach der Broschüre „Wer sich als Frau politisch engagiert"). In diesem Zusammenhang wurde die Frauenbewegung und insbesondere die lesbischen Frauen zum ersten Mal in das „potentielle Sympatisantenumfeld der Terroristinnen" eingereiht. Insgesamt ging es damals darum, den Emanzipationskampf der Frauen zu verunglimpfen und eine Verbindung zum Terrorismus herzustellen. Der damalige VS-Chef Nollau sah *„irgendetwas Irrationales in dieser Sache, vielleicht einen Exzess der Befreiung der Frau?"* Die „Bild" gruselte: *„Sie sind brutaler als Männer. Ihr Anteil an der Kriminalstatistik steigt unaufhörlich. Sie sind die Schrecken der Welt: Die Gangster - Ladys mit ihrer Lust am Töten"* („Bild", 14.9.75).

unaufhörlich. Sie sind die Schrecken der Welt: Die Gangster - Ladys mit ihrer Lust am Töten" („Bild", 14.9.75).

Und jetzt greift der „Spiegel" das Thema „Frauen in der Terrorszene" wieder auf. Der Anlaß ist diesmal der letzte Hungerstreik, der „zum wiederholtenmale" von Frauen angezettelt worden sei (Lübeck) und in dem es einen Toten gab, Sigurd Debus. Eine willkürliche Welle von Verhaftungen und Verfahren nach § 129 a von Menschen, die sich für bessere Haftbedingungen einsetzten, wurde vom Staat angezettelt. Diese Repressalien zeigen, wieweit inzwischen die Kriminalisierung derjenigen, die es wagen, solidarisch zu sein, fortgeschritten ist.

Mit dem Spiegel-Artikel „Wir fühlen uns einfach stärker" (zitiert nach Beate Sturm), wird dieser Kriminalisierung propagandistischer Flankenschutz gegeben. Peinlicherweise ist dieser Artikel von einer Frau Marion Schreiber verfaßt („Spiegel", 20/81). Weil die Polizei vermutet, daß der RAF - Nachwuchs „vornehmlich weiblich ist", und das Bonner Innenministerium recherchierte, daß der Anteil der Frauen in der RAF „inzwischen 60 Prozent" betrage, ist die Sache klar: *„Frauen im Alter zwischen 26 und 37 Jahren prägen heute das Bild des Terrorismus"*. Die Beweisführung durch Frau Schreiber ist dabei äußerst dubios. Wie schnell Frauen für den „Spiegel" „Sympathisantinnen des Terrorismus" sind, zeigt folgendes Beispiel: *„Ihre Sympathie für die RAF-Häftlinge bekundeten in der Nacht zum Karfreitag fünf junge Damen, die wegen ihrer Sprühaktion 'Reißt die Mauern ein' sogar verhaftet werden sollten"*. Damit wird zum zweitenmal im gleichen Fall im „Spiegel" eine angebliche Straftat als gegeben hingestellt und die Frauen als Sympatisantinnen der RAF abgestempelt. (Es geht um die Koblenzer Polizei-Aktion, über die u.a. ausführlich in AK 201 berichtet wurde).

Frau Schreiber behauptet weiter: *„Nirgendwo sonst gehören Frauen von Anfang an zum Führungskader von Befreiungsbewegungen, Guerillagruppen, oder Terroristen. Nirgendwo sonst erheben sie so radikal Anspruch auf politischen Umsturz"*. Dieses neue *„deutsche Fräuleinwunder"* kann sich die Verfasserin des Artikels nur aus der *„unbestrittenen intellektuellen Autorität"* von Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof erklären; diese hätten auch Brigitte Monhaupt nach ihrer Freilassung zur „Anführerin der Terroristen" gemacht. Die „Merkmale" des Verhaltens einer „aufsteigenden" RAF-Frau werden zynisch kommentiert: *„Die 'Umstellung vom Knast zur Freiheit', schildert der ehemalige RAF-Anhänger Volker Speitel die Amtsübernahme der neuen Chefin, 'wirkte auf die sowieso schon nicht gerade phlegmatische Mohnhaupt wie ein Aufputschmittel. Sie konnte zwei Tage überhaupt nicht pennen, quasselte ununterbrochen' "*. Den ganz reaktionären Theorien, warum und weshalb die Frauen in der FAF die „Vorherrschaft" haben, will Frau Schreiber sich allerdings nicht gleich anschließen: *„Das hängt, natürlich, mit den Männern dieser Gruppe zusammen, die bereit sind, die Frauen als gleichberechtigt zu akzeptieren oder sogar ihre Dominanz zuzulassen"*. Allerdings hält dies die Verfas-

mit den Männern dieser Gruppe zusammen, die bereit sind, die Frauen als gleichberechtigt zu akzeptieren oder sogar ihre Dominanz zuzulassen". Allerdings hält dies die Verfas-

serin nicht davon ab, lang und breit die Kriminologen und Psychologen zu kommentieren, die schon '76 ihre reaktionären Theorien zum besten gaben. So zum Beispiel Gustav Nass, der bei den Frauen ein stärkeres *„emotionales Verhältnis zur Idee"* vermutet, oder Wolf Middendorff, der bei seinen albernen Spekulationen über die *„Persönlichkeit des Terroristen"* zu Goethe und Schiller greift: *„Da werden Weiber zu Hyänen und treiben mit Entsetzen Scherz, noch zuckend, mit des Panthers Zähnen zerreißen sie des Feindes Herz"*. *„Mal wird, wie vom Stuttgarter Psychotherapeuten Rudolf Affemann, eine 'starke Störung in der Selbstfindung des eigenen Geschlechts' bei den RAF-Damen vermutet. Mal wird, wie vom Soziologen Erwin K. Scheuch ein ‚Bruch mit der abgelehnten Weiblichkeit unterstellt"*. Wer glaubt, die Verfasserin des „Spiegel"-Artikels fängt sich noch, der sollte sich schwer getäuscht haben: nicht die gesellschaftlichen Ursachen werden im weiteren behandelt, warum und weshalb sich so viele Frauen zum Terrorismus entschlossen haben, sondern sie flippt völlig ab auf angebliche psychologische und pathologische Verhaltensweisen des Geschlechts Frau. Weil angeblich die meisten bekannten RAF-Frauen Abitur und studiert haben und aus wohlhabenden Familien kamen, sind *„die deutschen Terroristinnen weder besonders unterdrückt noch besonders diskriminiert. Sie sind die unzufriedenen Kinder einer Wohlstandsgesellschaft"*. Sicher sind diese Theorien nicht neu, genauso wie die These, daß die RAF-Männer alle einen „Mutter-Tick" hätten: Der *„Heidelberger Sozialwissenschaftler Ronald Grossarth-Maticek, der nach tiefenpsychologischen Motiven im deutschen Terrorismus forschte, entdeckte bei seinen Interviews mit 84 links- und 84 rechtsradikalen Studenten eine gemeinsame Eigenheit: eine 'überstarke Bindung an die Mutter'. Ursache vielleicht für die frauenfreundliche Neigung der deutschen Terroristen, die sich insgeheim auf der Suche nach der 'Mutter' befänden"*. Die Bestätigung dieser biologistischen Sicht durch Frau Schreiber soll den „Spiegel" Leser/innen wohl suggerieren, daß die Terroristen eher aus psychologischen Motiven handeln als aus politischen Gründen. Dazu wird flugs eine ebenfalls nicht neue Theorie von Frau Schreiber bemüht: *„Kommune – Erfahrung haben fast alle"*, allerdings z.t. in „absolut unpolitischen" WG's: *Es gab nicht die geringste Zwangsläufigkeit, daß aus dieser WG, mit dem typisch verquasten Überbau aus der Philosophie des Sex-Propheten Wilhelm Reich und des LSD-Propagandisten Timothy Leary, drei RAF-Terroristen hervorgingen. Sie bildeten allenfalls, wenn sie '(von der Matraze aus mit dem Joint in der Hand' (Speitel) auf dem Bildschirm die Aktionen der RAF verfolgten, jenes subkulturelle Sympi -Millieu, das fasziniert aus der Ferne verfolgt, wie die RAFis es dem ungeliebtem Staat mal zeigen"*. Die Wohngemeinschaften werden nicht nur als „Familienersatz" für die RAF-Mitglieder dargestellt, sondern auch als Rekrutierungsfeld der sogenannten „labilen Typen", die sich wenig von politischen Bekenntnissen beeinflussen las-

milienersatz" für die RAF-Mitglieder dargestellt, sondern auch als Rekrutierungsfeld der sogenannten „labilen Typen", die sich wenig von politischen Bekenntnissen beeinflussen las-

sen. Hieraus ist nach Meinung der Verfasserin *„die zweite RAF-Generation" entstanden; die „denkt weniger politisch"*. Dazu gehört u.a. Susanne Albrecht, wie Frau Schreiber zu wissen meint: Sie *„tauschte ihr Appartment gegen eine höchst unkomfortable Drei-Zimmer-Wohnung ohne Innentoilette. Dort hauste sie mit Silke Maier-Witt und Sigrid Sternebeck"*. Die Schlußfolgerung ist denkbar einfach für Frau Schreiber, die sich nicht scheut, die Kronzeugen der Justiz gegen die RAF als die ihrigen zu zitieren: *„Über ‚die rein politische-analytische Schiene', die Mahler, Ensslin und Meinhoff in die Illegalität brachte, sagte der Ex-Terrorist Speitel, gerät schon seit langem keiner mehr in die RAF"*.

Irgendetwas wird schon hängenbleiben von den „grausamen Terroristinnen"...

„Nicht aus politschen Motiven, sondern weil sie persönliche Probleme hatten oder weil sie anderen helfen wollten, schlossen sich junge Frauen dem SPK (Sozialistischen Patientenkollektiv) an". Ausgehend von dieser These der Verfasserin wird wieder die alte Geschichte aufgetischt, daß Frauen durch ihre Liebhaber in die Terroristenszene hineingeraten. Frau Schreiber räumt immerhin ein, daß die meisten RAF-Frauen *„nicht der Karriere wegen"* in sozialen Berufen mit Kindern, Jugendlichen und Kranken arbeiteten, sondern um anderen zu helfen. Sie gibt sogar zu: *„Mit ihrem vorwiegend sozialen Engagement für andere geraten viele automatisch in eine von den Computern des BKA registrierte Halbillegalität, in eine Grauzone, wo die Helferinnen noch zwischen den Outcasts* (Ausgestoßene - Anm. der Verf.) *und den Bürgerlichen zu vermitteln trachten"*. Wie dies für einzelne Frauen konkret ausgesehen hat, die plötzlich steckbrieflich gesucht wurden und aus Angst in die Illegalität gegangen sind, erfährt die Leserschaft freilich nicht. Stattdessen wird beschrieben, wie „brutal" und „rücksichtslos" die RAF-Frauen sein sollen: *„Und sind sie erstmal so weit, dann lassen sich diese Frauen auch durch ihre Familie nicht davon abhalten. Frei von allen familiären Bindungen können sie sich ihrer neuen Karriere widmen. Wann immer Frauen in die Terrorszene tauchten, ihre Kinder ließen sie zurück"*. Hätten sie die Kinder in die ‚Terrorszene' mitnehmen können und sollen?... Erschreckende Gruselgeschichten werden über Gudrun Ensslin - die ihren Sohn „geopfert" haben soll und und Ulrike Meinhof - die die Briefe ihrer Töchter nicht mehr geöffnet haben soll - berichtet.

Das Bild von den „grausamen Terroristinnen" soll noch durch die Rechtsanwältin und Psychologin Margarete Fabricius-Brand vervollständigt werden, *„daß die Terroristinnen Selbstbeschränkung, Selbstverleugnung und Selbstaufgabe in radikalster Form betreiben, daß sie sich wenn auch übertrieben, konsequent fraulich verhalten"*. Die Trennung von der Familie und von den Kindern wird nicht aus der Situation hergeleitet, sondern einzig und allein als Anspruch der RAF-Politik deklariert, ohne den die Frauen die Führung in der RAF nicht innehaben könnten.

Um das Bild der „brutalen Terroristin" zu vervollständigen, erzählt Frau Schreiber Legenden aus dem Innenleben der RAF: *„Zweifel und Kritiken an Entscheidungen"* werden abgewürgt. *„Aus der vorher als ‚unheimlich sensibler Typ' bekannten Brigitte Kuhlmann - als Studentin hatte sie sich um spastisch Gelähmte gekümmert - wird eine geifernde Kommandeuse"*. *„Wie eine KZ-Aufseherin' habe sie sich, so der Terroristen-Boß Carlos später zu Hans-Joachim Klein, bei der Flugzeugentführung nach Entebbe den Geiseln gegenüber benommen"*. Daß die Frauen wesentlich *„Aggressiver"* seien und sich *„rational nicht unter Kontrolle haben"* sollen Fotos belegen, auf denen die Frauen *„mit geschlossenen Augen und verzerrten Gesichtern"* sich dem Polizeiphotographen entziehen wollen; demgegenüber hätten die RAF-Männer offen und lächelnd in die Kamera geschaut, wie es bekanntlich Männerart ist. Darüber hinaus waren es RAF-Frauen, die Beamtinnen bissen (typisch Frau!), als diese sie durchsuchen wollten. Und es war eine RAF-Frau (Gudrun Ensslin), die den ersten Hungerstreik vorschlug; wie Frau Schreiber behauptet, wollte Gudrun Ensslin einen „tödlichen Ausgang", d.h. sie wollte angeblich jede Woche einen Toten im Hungerstreik. All diese Märchen werden aufgetischt, um in einer erneuten Hetzkampagne, insbesondere gegen den angeblichen „Nachwuchs" der RAF, die Frauen zu diskreditieren, sie als verrückte Gruppenideologinnen ins gesellschaftliche Abseits zu drängen. Bei allen Differenzen, die frau zur RAF haben mag, können diese Tritte unter die Gürtellinie nicht einmal ansatzweise als Versuch einer politischen Auseinandersetzung gesehen werden.

Fortsetzung nächste Seite

Wer sich als Frau politisch engagiert ...



... wird flugs als Terroristin diffamiert.

Broschüre erhältlich über Verlagsadresse Arbeiterkampf. Preis: 1 DM

... wird flugs als Terroristin diffamiert.

Broschüre erhältlich über Verlagsadresse Arbeiterkampf. Preis: 1 DM



Polizeiphotos im „Spiegel": Die Frauen „mit geschlossenen Augen und verzerrten Gesichtern", der Mann dagegen ....

Fortsetzung von der vorherigen Seite

§ 218 - Gegnerinnen als potentielle Terroranhängerinnen diffamiert

Wie 1976 soll die Frauenbewegung - damals vor allem die Lesben, heute vor allem die § 218 - Gegnerinnen ins Sympathisantinnen-Umfeld der Terroristen – eingeordnet werden. So erfährt frau ganz nebenbei aus dem „Spiegel": *„Beim Bundeskriminalamt dienen die vorgeblich wissenschaftlichen Erkenntnisse als Fahndungsanleitung. Als potentielle Terroranhängerinnen nehmen die Kriminalbeamten sogenannte Paragraph - 218 - Emanzen verschärft ins Visier".*

Schon einmal sind Frauenzentren unter diesem Vorwand durchsucht und Karteikarten beschlagnahmt worden, und schon einmal wurde mit der Terroristenhysterie der Versuch unternommen, den Emanzipationskampf der Frauen anzugreifen. Der damalige Verfassungsschutzpräsident Nollau sprach von einem *„Exzeß der Befreiung der Frau"*; heute meldet sich Joseph Höffner, Erzbischof, zum Terrorismus in der Welt zu Wort: *„Terrorismus sei ‚keine rätselhafte, plötzlich auftretende Erscheinung', meint der Kardinal. Seit Jahren würden sittliche Normen zynisch lächerlich gemacht, das Lebensrecht Ungeborener sei gemindert, 'Theorien der Verweigerung und der Gewalt' hätten Eingang in die Erziehung gefunden..."* („FR", 19.5.81). Wer abtreibt, begehe „Kindesmord" und wie einfach ist es da, diese Frauen als potenzielle Terroristinnen abzustempeln. Dieser Versuch, die Frauenbewegung zu kriminalisieren und einzuschüchtern, ist ebenfalls nicht neu. Über die sogenannte Gefährlichkeit der § 218-Gegnerinnen schrieb der sogenannte Wissenschaftler Dr. Clemens Ameluxen bereits 1958 in einer seiner vielverwendeten „Analysen": *„Bei den Abtreiberinnen wird man drei Typen unterscheiden müssen. Es sind einmal die abgebrühten Routiniers im fortgeschrittenen Alter, die häufig in ihrer eigenen Ehe oder im sonstigen Privatleben Schiffbruch erlitten haben. Der Geschlechtsverkehr und seine Folgen sind für sie eine Handelsware, die fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit beurteilt wird. Sie erfordern eine ständige Überwachung – nicht so sehr wegen ihrer Taten am eigenen Körper, als vielmehr wegen ihrer Aktivitäten bei der Fremdabtreibung. Sie sind mit größtem Vergnügen bereit, die Erfahrungspraktiken ihres verpfuschten Frauenlebens weiterzugeben"* („Wer sich als Frau politisch engagiert..").

Wie frau sehen kann, bedienen sich die Herrschenden wieder dieser faschistoiden Theorien; und es fehlen auch nicht die Sprüche um die *„sexuelle Hörigkeit"* als *„Schlüssel für den hohen Anteil an weiblichen Terroristen"*, wie es die „FR" (4.11.77) formulierte, oder, wie die „Bild" (8.5.76) zu berichten wußte, *„Frauenkriminalität steigt weltweit"* und *„Warum immer mehr Frauen mit der Pistole einkaufen"*. Verstehen kann man die Frauen angesichts von so massiver Hetze!...

Ul., Hamburg



Karitative Tätigkeit in 218-Gruppen der direkte Weg zum Terrorismus?!

Unter der Überschrift „Wir fühlten uns einfach stärker" will der „Spiegel" in seiner Ausgabe Nr. 20 vom 11.5.81 Erklärungen geben, warum der Anteil von Frauen in der RAF und ihrem „Umfeld" angeblich so hoch ist. In dem Artikel werden verschiedene Kriminologen, Psychologen und Politiker zitiert, die sich alle mit keinem Wort mit dem politischen Handeln und Denken von Frauen auseinandersetzen, sondern in üblicher frauenfeindlicher Manier die Gründe in den Frauen selbst suchen.

Laut Artikel observiert das BKA vor allem „218-Emanzen" als potentielle Terroranhängerinnen. Diese Information war für uns Anlaß für folgenden Leserinnenbrief an den „Spiegel":

Unter dem Vorwand der Unterstützung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung werden seit Monaten verstärkt Menschen, die für bessere Haftbedingungen kämpfen und Öffentlichkeit über den letzten Hungerstreik der politischen Gefangenen herzustellen versuchten, wurden und werden Hausbesetzer in Freiburg, Nürnberg und Westberlin, wurden AKW-Gegner, die sich das Recht, in Brokdorf zu demonstrieren, nicht nehmen ließen, verfolgt, observiert und verhaftet.

Jetzt landen auch wir „218-Emanzen" im BKA-Speicher! Mit Angst und Erschrecken stellen wir fest, daß offensichtlich jede Art von Widerstand gegen Mißstände in dieser Gesellschaft als kriminelle Handlung gewertet und somit ins Licht der Illegalität gerückt wird.

Werden demnächst unter dem Vorwand, „Sympathisantinnen" zu suchen, wieder Frauenzentren durchsucht, werden unsere § 218-Beratungen und Demonstrationen gegen den § 218 verboten – wie unlängst unsere Frankfurter Frauendemonstration gegen Gewalt und Krieg zum Internationalen Frauentag?

Anläßlich der gespannten politischen Lage nach dem Tod von Sigurd Debus werden wieder Überlegungen angestellt, wieso angeblich so viele Frauen in sogenannten terroristischen Kreisen aktiv sind, wie es auch den Frauen aus Kaiserslautern und Koblenz unterstellt wird. Als Erklärung müssen mal wieder frauenfeindliche Theorien herhalten:

Frauen könen sich besser verkleiden (!), Frauen sind dümmer als Männer, sie sind autoritätsabhängiger und haben nicht gelernt, „mit ihren Konflikten rational umzugehen". Oder auch: Frauen treiben es mit ihrem Emanzipationsbestreben zu weit.

Ähnliche Diffamierungen haben wir schon 1977 erleben müssen. Wie damals wehren wir uns auch heute ganz entschieden gegen eine Neuauflage der Hetzkampagne und gegen den Versuch, jegliche Emanzipationsbestrebungen von Frauen zu verteufeln und schon im Keim zu ersticken.

Diese Absicht verfolgen auch klerikale und rechte Kreise, wenn sie uns zu „Mörderinnen ungeborenen Lebens" machen wollen.

Wir lassen uns aber weder heute noch in Zukunft als Mörderinnen oder Terroristinnen diffamieren und kriminalisieren!!!

218-Beratungsgruppen der Frauenzentren Frankfurt, Offenbach und Neu-Isenburg

Linke Verteidiger und Vergewaltigungsprozesse

Eine Diskussion auf dem Strafverteidigertag 1981

Im Rahmen des Strafverteidigertages 1981 fand am 2.5.81 auch eine Diskussion zum Thema „Problematische Verteidigung" statt, wobei die verschiedenen Standpunkte zu diesem Thema auf dem „Podium" durch zwei in ihrer Position exponierte Verfechter vertreten waren. Zum einen durch **Sebastian Cobler**, Publizist und Jurist, der sich schon in seinem Beitrag im „Kursbuch 60" (Juni 1980) („So einen verteidigt man nicht") darüber entsetzt hat, daß Frauen von linken Anwälten forderten, keine Vergewaltiger zu verteidigen; zum anderen durch **Alexandra Goy**, Rechtsanwältin aus Westberlin, die sich maßgeblich innerhalb der Frauenbewegung engagiert (z.B. hat sie zusammen mit Ingrid Lohstöter, mit der sie gemeinsam ein Büro hat, die Frauen im Prostaglandine-Prozeß vertreten) und die als offensive Verfechterin eines „kategorischen·Nein" zur Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte bekannt ist.

Cobler bezog sich in seinem Einleitungsreferat noch einmal auf seinen „Kursbuch"-Beitrag, wobei er vor allem seine prinzipielle Gegnerschaft zur Kriminaljustiz betonte und darauf hinwies, daß gerade diese Gegnerschaft von vielen Linken nicht aufrechterhalten werde, wenn bestimmte Fälle gegeben sind (z.B. die Anwendung des § 88a auf Neonazis). Dies bezeichnete er als Funktionalisierung der Justiz und sprach von der „Justiz als Selbstbedienungsladen". Es gebe für ihn kein Rechtsgebiet, wo er nicht verteidigen würde (vorausgesetzt, er sei Rechtsanwalt), ausgenommen Fälle, zu denen er keine Lust habe (z.B. Auffahrunfälle). Es käme bei ihm auf den Fall an. Er schließe auch eine Verteidigung von Nazis nicht grundsätzlich aus. Oder wenn z.B. die US-GIs, die das Massaker von My-Lai (Vietnam) verbrochen haben, einen Verteidiger bräuchten, auch da würde er u.U. das Mandat übernehmen. Schließlich hätten diese Leute schon öffentlich ein Tribunal gegen sich selbst gemacht und darauf hingewiesen, daß sie nur kleine Befehlsempfänger gewesen seien.

Ebenso sehe er die Sache bei der Verteidigung von Vergewaltigern. Wenn einer zu ihm käme, die Tat zugebe und dazu stehe, würde er ihn wohl rausschmeißen. Wenn aber Zweifel an seiner Schuld beständen, würde er u.U. seine Verteidigung übernehmen. Er stehe zwar auch voll hinter (??) der Argumentation, die von „Emma" und „Courage" komme; es sei für ihn aber eine offene Frage, warum ein Unterdrückter nicht verteidigt werden solle.

Ein Strafprozeß eigne sich nicht für Öffentlichkeitsarbeit – insofern sei auch das Anliegen der Frauen falsch, die die Vergewaltigungsprozesse aus ihrer Verschwiegenheit herausholen wollen. Die Justiz sei insgesamt nicht in der Lage, die sozialen Bezüge der Angeklagten aufzuzeigen. Es gebe keinen Grund, Opfer des Systems (= Männer) der Justiz auszuliefern.

Demgegenüber vertrat A. Goy, es gebe auch keinen Grund, daß Frauen vergewaltigt werden. Für sie sei es gar keine Frage, daß sie niemals Nazis verteidigen würde, auch keine sog. „kleinen Lichter". Ebensowenig würde sie „Mitläufer" wie die My-Lai-Soldaten verteidigen. Sie wies auf den Widerspruch zwischen Mann und Frau, auf das herrschende Patriarchat hin; es gebe eben nicht nur den Klassenwiderspruch. Cobler habe immer nur von den Männern geredet, aber was geschehe mit den Frauen?! Den Männern fehle grundsätzlich die Betroffenheit bei der Frage der Vergewaltigung, sie hätten eben keine Angst, abends alleine nach Hause zu gehen usw. Sie wies darauf hin, daß auch sie nicht dafür ist, daß Menschen in den Knast gesteckt werden, sie wisse auch, daß damit Vergewaltigungen nicht abgeschafft werden. Dafür sei sie aber nicht verantwortlich. Wenn es nichts anderes gebe als den Knast, könne sie auch nicht sagen, wie Männer dazu erzogen werden sollten, den Körper der Frau zu akzeptieren und zu achten. Männer hätten die Möglichkeit, sich über den Willen der Frau hinwegzusetzen. Es sei Aufgabe der Männer, für ihre Geschlechtsgenossen eine Institution zu schaffen, die ihnen den Respekt vor den Frauen beibringt. Die Frauen hätten schließlich auch Frauenhäuser für geschlagene Frauen eingerichtet – es sei an den Männern, sich entsprechend um die Vergewaltiger zu kümmern, die ja auch Opfer der Gesellschaft seien. Die Frauen hätten bei den Frauenhäusern auch nicht darauf gewartet, daß der Staat für sie das Problem löst.

Warum schalten die Frauen die Justiz ein? Es müßten die Prozesse umfunktioniert werden gegen das Machtmonopol der Männer. Sie klage auch bei Hausbesetzerprozessen die Hintergründe an, ebenso tue sie es auch bei Vergewaltigungen. Wenn sie dabei die Möglichkeit habe, die Verfaultheit des Staatsapparates aufzuzeigen, nutze sie doch die Situation.

Es gebe genügend Verteidiger, die Vergewaltiger vertreten, warum müßten es dann gerade linke sein? Das laufe nur darauf hinaus, die Frau zu diskriminieren und den männlich-patriarchalischen Machtapparat zu unterstützen.

Ein Grund für sie, eine Nebenklägerschaft zu übernehmen, sei auch, die Richter zu Gutachten zu zwingen. Bislang habe dies kaum Eingang in die juristischen Kommentare gefunden. Auch das wolle sie erreichen. Die Frau könne sich im Prozeß gar nicht wehren. Ihr erstes Anliegen dabei sei, daß die Frau nicht mehr als willenloses Objekt betrachtet wird. Nach dem Motto: sie hat sich ja nicht gewehrt, also war sie einverstanden.

Von der Unmöglichkeit einer frauenfreundlichen Verteidigung

In den darauffolgenden Diskussionsbeiträgen zeigten verschiedene Anwältinnen und Anwälte auf, daß es in Vergewaltigungsprozessen nicht möglich ist, eine frauenfreundliche Linie zu fahren. Z.B. berichtete ein Anwalt aus Göttingen, er habe vor drei Jahren einmal eine Pflichtverteidigung bei einem Vergewaltiger übernommen und sei erst aufgrund der Diskussion vor gut 1 1/2 Jahren zu einem anderen Standpunkt bzw. überhaupt zum Überlegen gekommen. Er würde solche Fälle heute nicht mehr übernehmen. Seine Position komme natürlich nicht aus direkter Betroffenheit, sondern über Literatur und Gespräche. Er habe außerdem eigene Erfahrungen mit Frauen, die selbst Gewalt gespürt haben, und die Erfahrungen der eigenen Sozialisation. Man müsse sich fragen, welcher Anwalt denn dem Vergewaltiger mehr nütze, der linke, der rechte oder vielleicht gar keiner? Man müsse sich damit auseinandersetzen, daß der Prozeß objektiv dem Schutze des Mannes diene und nicht dem der Frau.

Ein anderer Anwalt berichtete, er habe mehrmals vor der Frage gestanden, ein Vergewaltiger-Mandat zu übernehmen. Das erste Mal habe er als Pflichtverteidiger die Sache ohne viel Nachdenken übernommen. Beim nächsten Verfahren sei innerhalb seiner Sozietät eine Diskussion geführt worden, ausgelöst durch die Freundschaft eines Referendars zu einer Frau aus der Frauenbewegung. Im Laufe dieser Diskussion seien sie bereit gewesen, den Mann auf der sog. „Linie der Wahrheit" zu verteidigen, d.h. der Mann gibt die Tat zu, der Anwalt braucht die Frau als Zeugin nicht und hält sie damit auch aus dem Prozeß heraus; sie braucht also auch keine diskriminierenden und erniedrigenden Fragen zu beantworten. Mit dieser Argumentation seien sie ziemlich baden gegangen, da diese „Linie der Wahrheit" so gar nicht eingehalten werden könne. Der Richter würde dann eben selbst die Frau als Zeugin laden und sie zur Sache befragen, da könne sich dann der Verteidiger des Mannes gar nicht heraushalten. Eine Anwältin wies darauf hin, daß in solchen Fällen die Zurückhaltung des Verteidigers als Parteienverrat ausgelegt werden könne – und schon allein dadurch sich die Verteidiger des Mannes unglaubwürdig machen würden. Eine Verteidigung unter Schonung der Frau sei gar nicht möglich, weil dann die Interessen des Mandanten nicht genügend wahrgenommen würden.

Christian Ströbele vertrat, man müsse sich doch einmal überlegen, warum diese Mandate übernommen würden – das seien doch rein materielle Interessen der Anwälte. Sie müßten eben auch Geld verdienen. Er selbst gehöre zu denen, die einen Mann nicht sofort rausschmeißen. Für ihn sei das wichtigste, daß der Frau die Demütigung und Diskriminierung erspart blieben. Wenn er sich darauf mit seinem Mandanten einigen könne, sehe er keinen Hinderungsgrund, das Mandat zu übernehmen. In jedem Fall würde er immer die Angaben des Mannes überprüfen, Wenn er die Tat abstreitet, er würde sich auch mit Frauen darüber auseinandersetzen. Es sei auch eine Aufgabe von Männern, den Prozeß so zu gestalten, daß es menschlicher zugehe. Die Männer müßten den Frauen helfen, daß sie sich physisch und psychisch wehren können.

Cobler wies in einem weiteren Beitrag noch einmal darauf hin, daß man mit den Mitteln der Justiz nichts ausrichten könne. Alles, was von den Frauen gesagt worden sei, könne nicht dazu führen, die Frauen auch noch einem solchen Prozeß auszusetzen. Es sei ja nur sein Anliegen, wegzukommen von dieser Justiz, die ja auch frauenfeindlich sei. Er würde sich in etwa wie Ströbele verhalten. Nur weil man nichts Besseres wisse, könne man doch nicht sagen, man nähme das Schlechte in Kauf. Ob die Frauen denn geschützt seien, wenn die Männer in den Knast kommen, oder durch die Tatsache, daß der Prozeß geführt wird?

Ein Anwalt vertrat, daß Strafe und Strafvollstreckung dem Täter selbst natürlich nichts nützen. Eine Einzelfallüberprüfung führe zu unlösbaren Widersprüchen. Solange die Schuld des Mannes durch die Zeugenaussage der Frau bewiesen werden müsse, möchte er *den* Rechtsanwalt sehen, der die Unschuldsentscheidung beim Rechtsanwaltsgespräch treffen könne (er bezieht sich dabei i.w. auf Ströbeles Beitrag). Der Anwalt *müsse* die Frau in der Hauptverhandlung in die Zange nehmen, erst dann stelle sich heraus, ob der Mann „Dreck am Stecken" hat. Dann *kann* er gar kein guter Anwalt sein, ohne die Frau zu belasten.

Ein Anwalt sagte, für viele Anwälte stelle sich nur die Frage (und er kritisiere das), ob sie gegen den Staatsapparat gute Anwälte seien. So pauschal könne man an die Funktion als Verteidiger nicht herangehen. Beim Vergewaltigungsprozeß sei der Mann für die Frau der Klassengegner.

Eine Anwältin empörte sich darüber, daß laut Ströbele plötzlich das Geld ein Argument für die Übernahme eines Mandats eine Rolle spielen darf. In keinem anderen vergleichbaren Fall würde diese Position eingenommen, z.B. verteidigen linke Anwälte auch nicht Wirtschaftsverbrecher - des lieben Geldes wegen. Vergewaltigung sei ein politisches Delikt. Die Tatsache der Vergewaltigung bedrohe die Frauen tagtäglich. Auch im Strafprozeß müsse die politische Dimension in den Vordergrund gestellt werden.

Alles in allem zeigen all diese Beiträge, daß die Position des „kategorischen Nein" zur Verteidigung eines Vergewaltigers durch linke Anwälte die richtige Position gewesen ist. Genossinnen des KB und auch große Teile der autonomen Frauenbewegung haben diese Forderungen schon lange Zeit massiv vertreten. Wie fruchtbar diese Radikalität gewesen ist, zeigt diese Diskussion: ohne sie wäre ein solches Ergebnis, wo zahlreiche Anwälte von sich erzählen, wie sie mit Kompromißpositionen auf den Bauch gefallen sind, nicht denkbar gewesen. In diesem Sinne kann die Diskussion auf dem Strafverteidigertag als erfreuliche Zwischenbilanz einer noch längst nicht ausdiskutierten Frage gesehen werden – auch wenn ein Großteil der linken Anwälte sich nicht zu Wort gemeldet hat oder gar nicht erst anwesend war. Immerhin hat die Lebhaftigkeit und das sehr starke Interesse an der Veranstaltung (der Saal war für die ca. 400 Anwesenden viel zu klein) gezeigt, daß das Thema in der „Szene" diskutiert wird - und zwar sehr praktisch und sehr inhaltlich.

a., AG Frauen Hamburg

Frauenfest in Marburg

Am 29. Mai veranstalten Frauen aus dem Marburger Zentrum ein großes Frauenfest. Es wird in den Räumen des Geisteswissenschaftlichen Instituts (Phil Fak), Am Krummbogen 28 um 16 Uhr seine Tore öffnen. Es spielen „Strapaze" aus Frankfurt, „Lilalawine" und „Östro 430" aus Düsseldorf, sowie die „Bitch Band" aus Hamburg. Marburger Frauengruppen werden über ihre Arbeit informieren und verschiedene Workshops sind angeboten. Männer sind als „Kinderjungen" für die Betreuung engagiert.

Schlafplätze und weitere Infos sind unter 06421/23597 oder 06421/24742 zu erfragen.

Mehr Mut, Genossinnen!

„Willst du den Geschmack einer Birne kennenlernen, mußt du sie verändern, das heißt, sie in deinem Mund zerkauen" (Mao, Über die Praxis) (1).

Ich möchte versuchen, in die Auseinandersetzung einzugreifen, weil ich die Befürchtung habe, daß sie abnippelt, ehe sie richtig begonnen hat. Und das ist auch meine erste Kritik an den bisherigen Beiträgen zur KB-Frauenpolitik: Sie stochern zuviel in Einzelheiten von Vergangenem herum und leisten zu wenig zur Entwicklung von Standpunkten.

Der Anspruch, die Feminismusfrage theoretisch vollkommen zu erfassen, ist sicherlich für den jetzigen Zeitpunkt zu hoch, weil sonst die aktuelle Auseinandersetzung auf Eis gelegt werden müßte; andererseits ist der Versuch, Standpunkte im Ansatz zu entwickeln, notwendig, weil ein Verständnis davon verantwortlich für praktische Herangehensweisen ist.

Übereinstimmung herrscht in dem Punkt, daß wir als kommunistische Organisation eine Gesellschaft anstreben, in der die Herrschaft des Menschen über den Menschen abgeschafft ist, was einschließt, daß auch die Frauen befreit sind. In der Übergangphase des Sozialismus besteht der Kampf der Klassen fort und auch der Kampf der Geschlechter. Warum soll ich dies dann nicht „feministischen Sozialismus" nennen? Die Antwort richtet sich danach, welchen Stellenwert ich dem Kampf der Frauen gegen ihre Unterdrückung durch die Männer einräume. Aber die Stellenwertdiskussion bleibt unbefriedigend; und dies aus mehreren Gründen:

— Mit der Forderung nach Verbindung von Marxismus und Feminismus ist es nicht getan, denn dem steht entgegen, daß Feminismus mit den Kategorien des wissenschaftlichen Sozialismus nicht faßbar ist. Marxismus sieht den Hauptwiderspruch im Kapitalismus, Feminismus in Ausschließlichkeit im Patriarchat.

— Der Feminismus ist im Gegensatz zum Marxismus (noch) keine Wissenschaft. Mir fiel der Vergleich zu den Frühsozialisten ein, die später von Marx und Engels als Utopisten kritisiert wurden, dennoch zu ihrer Zeit einen wichtigen geschichtlichen Stellenwert hatten.

„Feminismus ist ein neues Wort, obschon es im letzten Jahrhundert entstanden ist, denn es entspricht einer neuen Bewegung, die das Bewußtsein dieser Frauengeneration verwandelt hat: einer Bewegung, die unter dem Zeichen der Absonderung sich gebildet hat, eifersüchtig über sich wachend, mit einem schmerzvollen Werdegang und immer noch im Umbruch begriffen."(2)

Zumindest kann Feminismus heute nicht mehr nur mit bürgerlicher Frauenbewegung gleichgesetzt werden.

— In der Geschichte können wir auf eine stattliche Anzahl von Klassenkämpfen zurückblicken, die uns Auftrieb für unsere Kämpfe geben; mit Geschlechterkämpfen sieht's da weniger ermutigend aus, was natürlich nicht nur an den unterentwickelten Frauenkämpfen liegt, sondern an der männlichen Geschichtsschreibung und den tatsächlichen patriarchalischen Kräfteverhältnissen.

Feminismus, eine kleinbürgerliche Bewegung?

Die Tatsache aber, daß es dem Feminismus an einer revolutionären Tradition fehlt, die Frauenbewegung in Sackgassen gelandet, von reaktionären Kräften vereinnahmt worden, dementsprechend zersplittert und unorganisiert ist, ist für mich kein Grund, diesen Zustand geschichtlich festzuschreiben. a. und Ul. schreiben im AK 197: *„Kann es denn überhaupt eine 'Verbindung' oder 'Verschmelzung' von zwei derartig unterschiedlichen Weltanschauungen geben, eine Synthese von Marxismus und Feminismus? Ist doch die Ideologie des Feminismus eher systemimmanent, zumindest als kleinbürgerliche Ideologie, die den Hauptwiderspruch im Patriarchat und nicht im Kapitalismus sieht".*

Dies ist für mein Verständnis von der dialektischen Weiterentwicklung von Theorie und Praxis platter Empirismus (= rein auf bisheriger Erfahrung beruhende Feststellungen und Vorgehensweisen im Sinne von: Was nicht da war, wird's auch nicht geben). Dazu möchte ich Euch einen Satz von Rosa Luxemburg entgegenhalten, den sie noch zwei Tage vor ihrer Liquidierung schrieb: *„Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen Bürgschaft auf Bürgschaft des künftigen Endsieges".*(3)

Genossinnen, wenn Ihr solche Feststellungen einfach weitergebt, so erschwert allein das die Vorstellung davon, daß wir in geschichtlichen Prozessen drin sind — und das nicht nur in der Frauenbewegung —, neue Widersprüche da sind, die wir entfalten und weiterentwickeln müssen. *„Emanzipation, das hieß für uns Teilhabe an den Mühen und Freuden der Gleichgesinnten. Es gibt ein außerordentliches Band zwischen denen, die auf dasselbe setzen [vor allem, wenn man dafür kämpfen muß und der Kampf hart ist]; es ist nicht aus Liebe oder aus Freundschaft geknüpft, sondern aus den Augenblicken des Erkennens und Wiedererkennens."*(4)

Sind Frauenfragen Menschheitsfragen?

Unsere bisherige Auseinandersetzng ist nach meiner Sichtweise von folgendem Streitpunkt durchzogen: Einerseits Ansätze, die sich im traditionellen Sinn unter Klassenkampf unterordnen lassen, wobei „Feminisierung" mehr auf der Bewußtseinsebene und nicht massenwirksam erscheint, andererseits die „Feminisierungs"position, die in Bezug auf die Frauenbewegung bündniswirksamer erscheint und „K-Gruppen"-Politik wiederum für sektiererisch hält. Die eine Seite ist, daß es im Feminismus (wobei man/frau überhaupt nicht von d e m Feminismus reden kann) problematische Strömungen gibt, worunter ich erstmal alle jene rechne, die annehmen, sich innerhalb dieses Systems „befreien" zu können, unter Verzicht auf die gesamtgesellschaftliche Revolution (Stichwort: Entpolitisierung). Solche Ansätze sind leider in der Alternativbewegung weit verbreitet und werden von der Bourgeoisie meist sehr schnell funktionalisiert. Die andere Seite ist: Für mich ist es kein unvereinbarer Widerspruch, gegen den Kapitalismus und gegen Erscheinungsformen des Patriarchats zu kämpfen. Wenn wir beschlossen haben, daß die Frauenpolitik ein eigenständiges Bein der KB-Politik sein soll, wenn wir die doppelte Unterdrückung erkannt haben — und davon gehe ich erst ab, wenn das Frauenstatut vom Tisch gestimmt werden sollte —, dann heißt das eben auch, daß sich nicht alle Frauenfragen einfach mit den marxistischen Kategorien fassen lassen. Doch zum Frauenstatut noch später!

Warum sind denn alle realen Revolutionen so ausgegangen? Klar, weil sie immer wieder von reaktionären und bourgeoisen Kräften überwuchert worden sind. Aber doch wohl auch, weil die Frauen schlicht vergessen worden sind, bzw. sich allein über Lohnangleichungen und Haushaltsentlastungen eben nicht befreien konnten.

Wieviel Mist ist schon gemacht worden mit der Nebenwiderspruchstheorie, und die SPD ist mit der Parole *„Frauenfragen sind Menschheitsfragen"* in den Faschismus geschlittert, ohne damit das geringste Gerüst gegen die faschistische Frauenpolitik gehabt zu haben. Die Vokabeln „Haupt- und Nebenwiderspruch" nehmt Ihr, a. und Ul., nicht in den Mund, aber wohl mehr deshalb nicht, weil frau/man sowas heute nicht mehr sagt, ist dies doch schon genügend von den SDS-Genossinnen 1968 gegeißelt worden.

Denn wie soll ich es verstehen, wenn Ihr im AK 200, im Zusammenhang mit Arbeit zu Vergewaltigungen, schreibt: *„Aber wir müssen uns über den Stellenwert dieser Arbeit im klaren sein, darüber, daß es auch hier Prioritäten oder, anders gesagt, Haupt- und Nebenseiten gibt."*

Die Befreiung von uns Frauen wird sich schon deshalb nicht nur innerhalb der Klassenkampfebenen abspielen können, weil sie 'ne Menge kulturrevolutionärer Aspekte beinhaltet. (Umgekehrt kommt die Klassenkampftheorie natürlich hin: Frauenbefreiung steht den Interessen unserer Bourgeoisie in jedem Fall entgegen.)

Dazu will ich mir noch einmal Rossana Rossanda zu Hilfe holen: *„Es handelt sich um die Umwälzung jener Macht, die nicht im Despotismus des Tyrannen oder in den Gesetzen des Staates oder in der Willkür eines Herrn begründet ist, sondern in der Herrschaft, die der Mann seit Jahrtausenden über die Frau ausübt und die nicht nur das Wesen der Frauen geprägt, ihre Subalternität* (= untergeordnete Stellung, d. Verf.) *ihnen geradezu eingefleischt hat, sondern die auch die Ideologie bestimmt, die der traditionellen politischen Theorie und Praxis zugrunde liegt. Es ist eine Herrschaft, die errichtet ist auf dem Unterschied der Körperkraft, auf einem jahrhundertelang betriebenen Zwangsprogramm, das die Frau in eine ihr zudiktierte Rolle preßte, auf ihrer Reduzierung zu einem Subjekt mit minderen oder gar keinen Rechten. Die Frauen wissen, daß diese Macht fortbesteht und sie nach wie vor, wiewohl durch minder offensichtliche, subtilere* (= fein, verwickelt, d. Verf.) *Zugriffe diskriminiert, selbst dort, wo es proletarische und sozialistische Revolutionen gegeben hat, die sich der Herstellung von Gleichheitsverhältnissen unter den Menschen verschrieben hatten. Doch nicht nur das. Die Frauen wissen auch, daß diese spezifische Herrschaft sie nicht lediglich unterdrückt, sondern sie in gewissem Maße auch ihren Unterdrückern ähnlich gemacht hat, sie nach deren Bild geformt, genauer: deformiert hat. Also müssen sie, um sich wirklich zu befreien, sich von dem Stempelabdruck befreien, den das Denken und Handeln des Mannes auf ihnen und in ihnen hinterlassen hat. Kurz, sie müssen anfangen, auch sich selbst, die Diskurse* (= Auseinandersetzungen, d. Verf.), *die Sitten, das alltägliche Leben zu revolutionieren, vorgeschiente emotionale Beziehungen aufzusprenngen, überkommene Erziehungsmuster zu zerbrechen, den Blick auf sich selbst und auf die Wirklichkeit zu lenken."*

„Jeder Mensch schöpft aus dem Imaginären, dem Unbewußten, aus dem, was in ihm unterdrückt wurde. Und die Frauen haben, gerade weil sie Unterdrückte sind, einen riesigen Vorrat an Werten und Kulturformen gespeichert, die heute an den Riegeln der 'anderen Kultur' rütteln".(5)

Frauenbewegung und Kulturrevolution

Bei dem Stichwort Kulturrevolution wird auch die Sache mit der Massenmobilisierung klarer: Mit was wollen wir denn die Frauen gewinnen? Mit Lohnkämpfen allein sicherlich nicht. Die meisten Frauen arbeiten nicht (— bist du sicher?!, Anm. eines Red.; hoho!, anm. d. säzzerin). Frauen sind immer nur die Reservearmee. Auch das wird am Faschismus besonders deutlich: Die Frauenpolitik der Nazis war ganz stark durch ideologische Propaganda geprägt (Natur und Bestimmung der Frau usw. ...), dem nichts entgegengesetzt werden konnte, weil von den linken Parteien vorher nichts qualitativ entscheidend anderes entwickelt worden war. Die Nazis haben sich gerade die Schwächen der Linken auf diesem kulturrevolutionären, ideologischen, bewußtseinsmäßigen Gebiet massiv zunutze gemacht. Und solche Schwächen gehen eben wieder zumeist zu Lasten der Frauen. Deswegen müssen diesbezügliche Veränderungen auch von den Frauen ausgehen. Es liegen tatsächlich noch keine geschichtlichen Erfahrungen vor, was geschieht, wenn die Frauen auf breiterer Ebene aufstehen. Es kann nur geahnt werden, daß dann nur wenige Steine aufeinander stehen bleiben. Die Frauen waren in den letzten paar tausend Jahren so unterdrückt, daß uns heute tatsächlich kaum was Greifbares vorliegt, auf das wir aufbauen könnten. Das äußert sich z.B. auch so, daß wir mit jedem politischen und persönlichen Entwicklungsschritt in ein echtes Vakuum und ein Identitätsloch vorstoßen. Deswegen sind wir auch so leicht zu verunsichern.

Aber aus diesen Tatsachen kann man/frau doch nicht den Schluß ziehen, daß, weil die Frauenfrage in der Geschichte für Marxisten eben schon immer ein Nebenwiderspruch war, dies auch weiterhin so zu sein hat. Und: Frauenbefreiung ist doch auch kein Selbstzweck (doch! auch! logo!, die säzzerin): Selbstbewußte Frauen, die ihre ganzen Lähmungen überwunden haben, bedeuten ganz starke freigesetzte Energien und Arbeitskapazitäten. Frauen tragen ihr ganzes vergangenes Leiden in ungeheurer Radikalität in die Revolution. *„Diejenigen, die am meisten unter dem Alten leiden, werden auch am energischsten für das Neue kämpfen".*(6)

Eine solche Kulturrevolution kann und wird nicht ohne die Männer gehen. Auch deshalb ist für mich Klassen- und Geschlechterkampf kein Widerspruch, auch wenn sich sicherlich die Widersprüche zwischen Frauen und Männern im Laufe konsequenter Frauenkämpfe wesentlich verschärfen werden. Doch dies darf nicht gescheut werden.

Schließlich habe ich den Eindruck, daß einige Genoss(inn)en zur Frauenbewegung ein skeptischeres Verhältnis haben als zu den übrigen sozialen Bewegungen und unterdrückten Gruppen. Ob Anti-AKW-, Häuserkampf- oder Behindertenbewegung, verfahren wir nach der Parole „Rebellion ist gerechtfertigt", und Kritik an Strategien ist immer der solidarischen Mitarbeit und Unterstützung immanent. Hier geht es also nicht darum, ob Aktionen sinnvoll sind, sondern, wie sie angepackt werden, wobei hier eher zu wenig mit Kritik angesetzt wird, z.B. am Häuserkampf, der teilweise politisch ziemlich begrenzt ist, wo er nur auf Sozialarbeit hinausläuft. Dieses inzwischen vieldiskutierte „Abwiegeln" (von Aktionen und auch Stoßrichtungen, z.B. Walpurgisnacht früher/heute; die feministische Komponente in der sozialistsichen Frauenkonferenz) ist tatsächlich nur eine Praxis von uns gegenüber der Frauenbewegung, und ich frage mich, warum. Ich habe bisher noch keinen KBler gesehen, der heute der Alternativbewegung die Legitimität abspräche. Auch bezüglich der Frauenbewegung sollten wir über unsere Rolle als Kommunist(inn)en nachdenken und überlegen, wo wir überall die revolutionären Momente herausarbeiten und hervorheben können. Dann wird es vielleicht auch möglich, mit Kritik aus den eigenen Reihen anders zu verfahren als durch Nichteingehen oder gar durch Infragestellung des Verhältnisses zum KB (so geschehen in der Antwort von Co. auf Bx. im AK 200). Einem erklärten Antimilitaristen z.B. würde sowas nicht passieren, dem würde mit Sicherheit nicht entgegengehalten: Du bist uns zu pazifistisch, wir sind aber Klassenkämpfer(innen)! Und das in 'ner platten Frage zusammenzufassen: Schadet eine größere Agitation in Richtung Frauenbewegung dem Klassenkampf?

KB-Frauenstatut und allgemeine Frauenbewegung

Die Diskussion wurde begonnen mit einem Artikel, der die Frauenpolitik vor der sogenannten Feminisierungsphase kritisch unter die Lupe nahm. Die Annahme von zwei Linien in der KB-Frauenpolitik war in diesem Artikel aber wohl noch auf der Grundlage, daß das Frauenstatut allgemeine Übereinstimmung sei und auch die Kämpfe, die dahin geführt hatten, von der Mehrheit unserer Genossinnen für sinnvoll und wichtig gehalten würden. Nun hat sich während dieser Auseinandersetzung in den letzten AKs was sehr Interessantes vollzogen. Nicht nur, daß a. und Ul. sich nicht zu einer Kritik der früheren KB-Frauenpolitik hinreißen ließen (kann ich andererseits auch verstehen, daß man/frau für vergangene Praxis nicht Asche auf sein/ihr Haupt streuen will, die man immer in konkrete geschichtliche Bedingungen eingebettet sehen muß), nein, sie benutzen die Situation sogar, um den damaligen Status Quo, wie er vor der großen Krisendebatte bestand, wieder zu etablieren, zumindest ideologisch und propagandistisch dafür Weichen zu stellen. (die Sache mit dem „ZL"-Vorwurf in diesem Zusammenhang ist wirklich etwas kühn, weil er leicht zurückkommen könnte.) Ich finde das deswegen so schlimm, weil so hinter Positionen zurückgefallen wird, die nicht umsonst mühsam erkämpft worden sind.

Im Gegensatz dazu vertraten a. und Ul. auf der letzten Frauen-VV die Auffassung, das Frauenstatut stelle lediglich eine Formalie dar, und die dort formulierten Ansprüche der Genossinnen seien seit 1975 bereits allgemeine Praxis im KB und durchgesetzt. Das ist schon deshalb ein Witz, weil im Statut formuliert ist: *„Der KB sieht es als seine Aufgabe an, unermüdlich für die Befreiung der Frau zu kämpfen. Dies bedeutet Kampf gegen die doppelte Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen, also auch in der Organisation. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung haben uns gezeigt, daß der Kampf für unsere Befreiung unverzichtbarer Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sein muß."*(7)

Zu einer wie oben geschilderten Auffassung im Zusammenhang des Statuts gibt es zweierlei zu sagen: Erstens heißt das, deutlicher ausgedrückt: unsere Emanzipation als Genossinnen war ein Klacks, hat 2 - 3 Jahre gedauert, davon redet heute niemand mehr. Da frag ich mich, wo da noch der Unterschied zu bürgerlichen Emanzipationvorstellungen und -ideologien ist. Dieses System ist ein Zwangszusammenhang; und innerhalb dieses Systems werden wir nie befreit sein. Für einzelne Bereiche das Gegenteil anzunehmen (bzw. irgendwelche Insel-Hoffnungen), ist gefährlich undialektisch und unmarxistisch (dies bitte ich nicht als Hohn, sondern als bitteren Ernst entgegenzunehmen), zudem ist sowas sehr demobilisierend. Es geht doch auch nicht darum, ob ein paar KB-Genossinnen glauben, die entscheidenden Emanzipationsschritte hinter sich gebracht zu haben. Dies gipfelt im AK 197, wo ihr berichtet, Eure Typen inzwischen völlig unterm Pantoffel zu haben. Auch auf die Gefahr hin, jetzt als humorlos und kleinlich zu erscheinen: Die Pantoffelheld-Theorie ist ein kleinbürgerliches Klischee, und bestimmt nicht zur Bekämpfung des Chauvinismus in den Beziehungen ausgedacht, sondern als frauenfeindliche Strategie: nämlich die spalterische Unterteilung der Frauen in unterwürfig/lieb und böse Hyänen/Schreckschrauben, genau wie die bürgerliche Ideologie die Frauen in Huren und Heilige einteilt. Von einem kommunistischen Umgang mit bürgerlicher Ideologie verlange ich, sowas in unserer Zeitung nicht lesen zu müssen, und das würde ich, auch auf die Gefahr eines in letzter Zeit inflationären Wortgebrauchs hin, als „schädlich" bezeichnen.

Davon ausgehend, daß das ganze System ein Zwangszusammenhang ist, heißt also, daß es nur Frauen und Männer zusammen bekämpfen und im Endeffekt beseitigen können. Wenn Bx. im AK 199 über den Entwicklungsstand der „linken Kerle" besorgt ist, so trifft das den Punkt, daß wir Frauen auch bezüglich unserer Emanzipationsbemühungen darauf angewiesen sind, daß die Genossen ihren Bewußtseinsstand auch in punkto Frauenfrage erhöhen, bzw. bedeutet das, daß wir auch in den eigenen Reihen agitieren, daß wir natürlich die Kräfteverhältnisse zugunsten von uns Frauen verändern müssen. Wenn das wiederum von Co. in ihrer Antwort als völlig passive Abhängigkeit von den Entwicklungen der Männer und als Weigerung der Frauen, an sich selbst zu arbeiten, lächerlich gemacht wird, so möchte ich Co. fragen, wie ernst sie selbst die zwingend notwendige gemeinsame Entwicklung und Schulung von uns KB-Genoss(inn)en nimmt. Denn auch in Co.'s Polarisierung: notwendige „Selbsterfahrungsphase" und dann „Klassenkampf", kommt die „Ich bin emanzipiert"-Haltung durch und führt dazu, daß unsere eigenen Widersprüche und unsere Widersprüche zur Frauenbewegung gänzlich undialektisch auseinanderklaffen. In dem Zusammenhang widerspreche ich auch Bx., die im AK 199 die Vermutung äußert, die Unorganisierten seien „patriarchalisch noch nicht so verdorben" wie wir. Davon ausgehend, daß eine Revolution, die wir mit den Männern zusammen — durch zeitweise scharfe Konfrontation mit ihnen — gemeistert haben, für uns Frauen die weitestgehende Befreiung ist (Stichwort: Zwangszusammenhang), hoffe ich, daß auch der Kampf dahin, d.h. unser

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Kampf für und im KB uns weniger verdirbt als belebt.

Zweitens: Die Einschätzung des Statuts als inhaltlich wenig relevante Formalie untergräbt einerseits die Kämpfe, die dahin überhaupt erst führen konnten, und die Erfahrungen der Genossinnen, die sich darin ausdrükken; andererseits ist doch die Tatsache, daß es ein Statut gibt, das den Frauen eine bestimmte Unterstützung gewährt, schlicht ein Ausdruck davon, welche Gewichtung tatsächlich die realen Kräfteverhältnisse zwischen Männern und Frauen, auch im KB (noch) haben. Das kann frau doch nicht abtun und mit dem Einwand verwischen, daß Regelungen des Statuts im KB praktiziert werden, auch ohne daß frau ständig damit winken muß! (Wäre ja auch schlimm, wenn nicht ein paar Prozesse gelaufen wären). Die Kräfteverhältnisse, wie sie gegenwärtig im KB bestehen, werden z.B. an den zahllosen Genossinnen deutlich, die nach gescheiterten Zweierbeziehungen ihre Zellen verlassen und sich teilweise neue Arbeitsfelder suchen müssen, während ihre ehemaligen Macker da ungerührt weiter mitarbeiten, was 'ne unhaltbare Praxis ist. Nicht das Statut ist formal, sondern ihr, weil ihr auf 'ner formalistischen, oberflächlichen Ebene reale Bedingungen wegdiskutiert und hinter errungene und ausdiskutierte Positionen zurückfallt.

Das Statut ist Ausdruck und Würdigung des besonderen und doppelten Kampfes der Frauen.

Eine große Debatte entfalten!

Erlaubt mir noch eine subjektive Anmerkung: Entschuldigt, Genossinnen, ich finden den abgeklärten, souveränen und trockenen Stil, in dem die Artikel größtenteils gehalten sind, wenig mobilisierend. Gerade durch ständige Unruhe, Unzufriedenheit und eine kämpferische Haltung sollten wir uns von den bürgerlichen Politikern(innen) unterscheiden. Denn wie wollen wir jemals in diesem System Ruhe und Ausgeglichenheit finden? Wir müssen gegen den Muff und Mief von 1.000 Jahren anstinken. Dann kommen wir und andere auch nicht auf die Idee, daß wir „emannzipiert" sind. Wie sollen weniger politisierte Frauen, die diese Artikel lesen, auf die Idee kommen, daß da noch ein paar Kämpfe vor uns liegen?

Schon Mao hat propagiert, daß sich die Widersprüche im Volke nur durch die große Debatte klären lassen. Der Vorwurf, daß sich einige Leute eigentlich nur noch in den KB verirrt hätten, ist ein hilfloses Argument und im Grunde nur eine andere Seite von Resignationserscheinungen.

Um das deutlicher zu sagen: Es ist zur Zeit nicht unüblich im KB, mehr feministische Positionen grundsätzlich unter allgemeine Krisen-, Abschwung- und Abfallsymptome einzuordnen. Dagegen möchte ich mich hiermit wenden. Denn solche Einschätzungen unterschlagen die besonderen Probleme des Kampfes für die Befreiung der Frauen vollkommen und blockieren eine offensive Debatte. Frauen, die ihre Politik und ihre Befreiung tatsächlich in die Hand nehmen wollen, dürfen nicht zur hemmenden „Krisenerscheinung" erklärt werden.

Andererseits ist die Gefahr des „Abdriftens" tatsächlich möglicherweise akut. Aber dabei sollten wir uns klarmachen, daß es kein Zufall ist, daß ein neuer Linienkampf an der Frauenfrage entbrennt, weil diese insgesamt eben noch in einer schwachen Position ist, was historisch logisch ist. Dies darf aber kein Grund sein, zu resignieren und sich zurückzuziehen. Denn diese Debatte im KB zu Ende zu führen, wird im Endeffekt den Herrschenden mehr schaden als jede autonome Organisierung außerhalb des KB.

Laßt also die große Debatte sich entfalten! Ich habe sie selbst sehr nötig, denn mein Kopf ist bei einer ganz klaren, gefestigten kommunistischen Position; und mein Herz ist bei Euch 'Femis'.

Ch., Hamburg, in Diskussion mit einer Hamburger Genossin.

Anmerkungen:

1. Mao-Zedong, Ausgewählte Werke, Band 1, S. 353
2. Rossana Rossanda, Einmischung, EVA 1980, S. 215
3. ebenda, S. 213
4. ebenda, S. 16
5. ebenda, S. 200/201 und 226
6. Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau – Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus, GIM-Broschüre 78, S. 60
7. KB-Broschüre, Hurra, Wir sind jetzt autonom! Erstes Kommunistisches Frauenstatut verabschiedet, S. 4

Für die ersatzlose Streichung der §§ 174 und 176?

Für die „ersatzlose" Streichung der §§ 174 und 176 wurde in letzter Zeit auf den Schwulenseiten des AK plädiert, u.a. AK 198 (S. 32), AK 200 (S. 30) und AK 201 (S. 31). Dem AK 200 konnte mensch zudem ein (indirektes?) Plädoyer auch für die ersatzlose Streichung des § 180 entnehmen.

Verwunderlich ist, daß diese Plädoyers nicht mit Erklärungen verbunden werden, was genau eigentlich der Inhalt dieser Paragraphen ist und was für ihre ersatzlose Streichung spricht – bzw. vielleicht auch, was diese Forderungen möglicherweise etwas problematisch macht. Daß so kein Problembewußtsein und auch keine inhaltliche Solidarisierung mit dem hinter den Forderungen stehenden Anliegen aufzubauen ist, liegt wohl auf der Hand. Dem AK war an den angegebenen Stellen nur zu entnehmen, die betreffenden Paragraphen kriminalisierten *„einvernehmliche Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen"* oder sogar von Kindern/Jugendlichen untereinander. Ganz so einfach liegen die Dinge aber in Wirklichkeit doch nicht.

Alle betreffenden Paragraphen gehören einem „reformierten" Abschnitt des StGB an, den sozialliberaler „Reform"eifer mit dem Oberbegriff „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung" überschrieben hat. In diesem Abschnitt stehen auch Vergewaltigung, Nötigung u.ä. – Neben Fällen, wo *„sexuelle Handlungen"* durch Drohungen oder Gewalt erzwungen werden, geht das StGB davon aus, daß eine „sexuelle Handlung" auch bei „Einvernehmlichkeit" bzw. Nicht-Widerstand eine Verletzung der „sexuellen Selbstbestimmung" darstellen kann. Im Grunde geht es darum, daß einem bestimmten Personenkreis im Verhältnis zu einem anderen Personenkreis (z.B. Kinder gegenüber Erwachsenen) generell die Fähigkeit (und das Recht) abgesprochen wird, ihre „sexuelle Selbstbestimmung" auszuüben, so daß der Staat sich ein „schützendes" Eingreifen vorbehält. Insofern stellen diese Gesetze, die ihrem Anspruch nach die „sexuelle Selbstbestimmung" schützen sollen, real gerade diese in Frage und schränken sie erheblich ein.

Andererseits enthält der Begriff der „sexuellen Selbstbestimmung" aber m.E. auch einen positiven Aspekt, insofern er von bestimmten verletzbaren Rechten ausgeht und Abhängigkeitsverhältnisse problematisiert, die sich nicht nur in Gewalt, Körperverletzung oder rabiaten Drohungen auszudrücken brauchen. Daß dies im Prinzip tatsächlich notwendig ist, scheint mir einleuchtend und nur mit dem Argument einer absoluten Ablehnung des bürgerlichen Strafgesetzes zu bestreiten – d.h., wenn mensch in der Konsequenz z.B. auch die ersatzlose Streichung des § 177 (Vergewaltigung) fordert. – Der § 179 beispielsweise kriminalisiert den „sexuellen Mißbrauch Widerstandsunfähiger". Das kann der Fall sein, wenn ein Arzt oder Pfleger sich an einer erheblich psychisch Kranken „vergehen", die zu einer Entscheidung gegen diese „sexuellen Handlungen" oder gar zur Artikulation von Widerstand/Ablehnung nicht fähig ist. Daß „sexuelle Handlungen" unter derartigen Umständen mit Vergewaltigung etwa auf eine Stufe gestellt werden, scheint mir berechtigt. Ähnlich steht es mit dem § 174a, bei dem es um „sexuellen Mißbrauch von Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken in Anstalten" geht. (Unklar ist mir, ob die Forderungen im AK nach ersatzloser Streichung der §§ 174 und 176 auch den § 174a und 174b – „sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung einer Amtsstellung" – einschließen sollen?)

Hier liegt ein Problem, das sich in etwas anderer Form auch bei der Sexualität mit Kindern oder Jugendlichen stellt: Das StGB geht (begründet, wie mir scheint) davon aus, daß die sexuelle Freiheit einer Frau im Knast oder einer psychisch Kranken in einer Anstalt so weitgehend reduziert ist, daß beispielsweise „sexuelle Handlungen" eines Knastbullen mit einer gefangenen Frau auch dann zu bestrafen sind, wenn die Frau – aus welchen Gründen auch immer – der äußeren Form nach „zugestimmt" hat oder die „Handlungen" jedenfalls widerstandslos hingenommen hat. Andererseits kriminalisieren die Paragraphen aber auch z.B. einen Pfleger, der einer psychisch Kranken in menschlicher Zuwendung Zärtlichkeit gibt, die sie möglicherweise dringend braucht und gern annimmt. Konkret heißt das, daß psychisch Kranke zu Ausnahmewesen erklärt werden, die höchstens mit „ihresgleichen" Sexualität haben dürfen, da jeder „Gesunde" befürchten müßte, durch die §§ 179 und 174a kriminalisiert zu werden. Nun haben zwar die Befürworter der ersatzlosen Streichung der §§ 174 - 176 meines Wissens bisher nirgendwo auch die Streichung des § 179 gefordert (obwohl dieser mit dem § 174a gewissermaßen eine Einheit bildet), aber das braucht ja nicht an Einverständnis mit dem § 179, sondern kann auch an Oberflächlichkeit liegen. – Jedenfalls würde mir die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 179 als Antwort auf die skizzierte Problematik weder ausreichend noch angemessen scheinen. Nötig wären stattdessen konkrete Forderungen zur Reform des Paragraphen und der Justizpraxis.

Nach dieser Einleitung komme ich nun zu den Paragraphen, deren ersatzlose Streichung gefordert wird, also 174 (174a und 174b wurden schon kurz vorgestellt), 176 und 180.

– Der § 176 kriminalisiert den „sexuellen Mißbrauch von Kindern", wobei „Kind" eine „Person unter 14 Jahren" meint und „sexueller Mißbrauch" jede „sexuelle Handlung" zwischen dem „Kind" und einem Erwachsenen (oder auch Jugendlichen) ist. Die Justiz hat also „Einvernehmlichkeit", Initiativen des „Kindes" selbst usw. nur unter dem Aspekt der „Schwere der Tat" zu untersuchen; prinzipiell ist dies aber für das Vorliegen einer Tat nach § 176 unerheblich.

– Der § 174 („Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen") kriminalisiert zum einen „sexuelle Handlungen" mit Personen unter 16 Jahren, sofern diese zum „Partner" in einem Abhängigkeitsverhältnis wie Erziehung, Ausbildung o.ä. stehen, und zwar ebenfalls unabhängig von der „Einvernehmlichkeit". Er kriminalisiert darüber hinaus auch „sexuelle Handlungen" mit Personen, die zwar schon über 16, aber noch unter 18 Jahren alt sind, sofern ein Abhängigkeitsverhältnis der erwähnten Art „mißbraucht" worden ist, um die „sexuelle Handlung" zu erreichen, d.h. wenn eine Art von Nötigung vorliegt.

– Der § 180 (Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger) kriminalisiert ein buntes Sammelsurium ganz und gar unterschiedlicher „Tatbestände". So bedroht er z.B. Eltern, Erzieher etc., die Jugendlichen („Personen unter 16 Jahren") eine Gelegenheit/ungestörtes Plätzchen zum Schmusen und Bumsen („sexuelle Handlungen") zur Verfügung stellen; andererseits betrifft er aber auch Leute, die Minderjährige z.B. unter Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses auf den Strich schicken.

In der vorliegenden Form repräsentieren alle diese Paragraphen bürgerliches Rechtsdenken und bürgerliche Moral. Wie ist darauf von Seiten der Linken, Demokraten etc. zu antworten? Die eine mögliche Antwort kann etwa so aussehen: Wir lehnen das bürgerliche Recht ab, wir lehnen die Justiz ab und wir lehnen den Knast ab – darum „ersatzlose Streichung" des StGB insgesamt.

Dieser Ansatz hat viele Argumente für sich, ist aber in der Praxis wahrscheinlich wenig tauglich für die Gewinnung von Mehrheiten und damit für reale Veränderungen.

Der andere mögliche Ansatz wäre: Konkrete Kritik an den einzelnen Paragraphen; Entwicklung von „Verbesserungsvorschlägen" entlang dem bürgerlichen StGB, was u.U. auch begründete Forderungen nach ersatzloser Streichung von Paragraphen beinhaltet. Auch dieser Ansatz ist eingestandenermaßen fragwürdig, weil die Rechtswirklichkeit nicht von Gesetzestexten, sondern vom Denken der bürgerlichen Juristen und vom gesellschaftlichen Klima bestimmt wird. Die Problematik der polizeilich/juristischen Ahndung von Vergewaltigung ist das beste Beispiel für dieses Dilemma: Zwar wissen wir, daß das Gesetz den Frauen wenig nutzt, daß vor allem Vergewaltiger aus der „Unterschicht" vor Gericht kommen, und daß der Knast die Probleme nicht löst. Trotzdem wird aber der Weg gegangen, sich mit dem konkreten Paragraphen und der konkreten Praxis auseinanderzusetzen, statt einfach die ersatzlose Streichung des Paragraphen zu fordern.

Betrachten wir unter diesem Aspekt jene Paragraphen, deren ersatzlose Streichung in letzter Zeit so unproblematisch und eindimensional auf den AK-Seiten gefordert worden ist: Diese Paragraphen kriminalisieren eben nicht nur, wie behauptet worden ist, die „einvernehmliche" Sexualität:

– Der § 174 (*„Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen"*) setzt in seinem zweiten Teil ausdrücklich den „Mißbrauch" eines Abhängigkeitsverhältnisses voraus. Der § 174 stellt insofern eine notwendige Ergänzung des § 178 (Nötigung) dar, der nämlich nur die „Drohung mit Gefahr für Leib oder Leben" kriminalisiert, nicht aber Drohmittel „gewaltloser"Art, wie sie z.B. ein Vorgesetzter gegenüber einem Lehrling zur Verfügung hat.

– Die §§ 174a und 174b (*„Sexueller Mißbrauch von Gefangenen, behördlich Verwahrter oder Kranken in Anstalten"* und *„Sexueller Mißbrauch unter Ausnutzung einer Amtsstellung"*) lassen sich gleichfalls nicht einfach über den Leisten der Kriminalisierung „einvernehmlicher" Sexualität schlagen.

– Der § 180 kriminalisiert u.a. auch den Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen zur Prostitution (180 II), und dies zusätzlich mit dem erschwerenden Umstand eines Abhängigkeitsverhältnisses (§ 180III).

Gemessen an diesen Sachverhalten ist die Forderung nach ersatzloser Streichung dieser Paragraphen m.E. unbegreiflich und nur damit zu erklären, daß die Fordernden die Paragraphen entweder selbst nicht genau gelesen haben oder eine Unkenntnis bei anderen voraussetzen. In Anbetracht der Problematik wurde beispielsweise im Programm der Grünen Partei (Saarbrücken 1980) formuliert: „Die §§ 174 und 176 StGB sind so zu fassen, daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind." Diese Formulierung wurde in diesem Jahr nach heftigen Debatten auch ins Programm der AL Westberlin aufgenommen, nachdem der AL-Schwulenbereich zunächst die ersatzlose Streichung der §§ 174 und 176 gefordert hatte.

Die Formulierung aus dem grünen Programm trägt der Tatsache Rechnung, daß *„Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses"* tatsächlich auf ähnlicher Stufe wie andere Formen von sexueller Nötigung zu sehen ist, deren „ersatzlose" Entkriminalisierung bisher ja auch noch niemand offen gefordert hat. Nicht ganz verständlich ist in dieser Formulierung hingegen die Aussage betr. „Anwendung oder Androhung" von Gewalt, da diese ohnehin durch andere Paragraphen des StGB (Vergewaltigung bzw. Nötigung) vollkommen abgedeckt ist, es hierzu also keiner Umformulierungen an den §§ 174 und 176 bedarf.

Möglicherweise verbirgt sich hinter der Aufnahme dieses Passus in die Formulierung aber auch ein unausgesprochenes Problembewußtsein: Der gern gebrauchte Hinweis, daß der notwendige Schutz von Kindern durch die bestehenden Paragraphen gegen Nötigung und Vergewaltigung schon hinreichend gewährleistet sei und besonderer Paragraphen gar nicht bedürfe, wird in der Realität leicht zum billigen Zynismus: Die Schwierigkeiten und seelischen Nöte von Frauen, also von Erwachsenen, vor Gericht eine Vergewaltigung bzw. erst recht eine Nötigung nachzuweisen, sind inzwischen weithin bekannt. Daß diese Prozedur ausreichend sei, um Kinder zu schützen, ist ein makaberer Gedanke. Wenn nicht mehr die „sexuelle Handlung" an sich strafbar ist, sondern das Kind zusätzlich vor Polizei und Richtern nachweisen muß, daß auch Gewalt oder Drohung mit im Spiel waren, läuft die Sache in der Praxis mit Sicherheit auf eine weitgehende Entkriminalisierung von sexueller Gewalt gegen Kinder hinaus – sofern Kind nicht bei der „sexuellen Handlung" ärztlich attestierbare Verletzungen davongetragen hat.

Das Dilemma ergibt sich m.E. aus der Widersprüchlichkeit, die in dem § 176 (*„Sexueller Mißbrauch von Kindern"*) liegt, der nämlich die „sexuelle Selbstbestimmung" der Kinder dadurch „schützt", daß er sie tendenziell aufhebt, d.h. den „Geschützten" Sexualität mit einem erheblichen Personenkreis („Erwachsene", Jugendliche) generell verbietet. Aus diesem Grund scheint mir in der Tat – trotz des skizzierten Dilemmas – eine weitgehende Aufhebung des § 176 notwendig, was aber unbedingt mit einer ernsthaften Problematisierung der Beziehung Kinder-Erwachsene verbunden sein müßte. Von einer solchen Problematisierung ist bei den Befürwortern der ersatzlosen Streichung der §§ 174 und 176 bisher leider nichts zu hören. Stattdessen finden sich eher dreiste Sprüche, in denen das Kind als total autonomes und auf Erwachsene geiles Wesen erscheint, das hinsichtlich seines eigenen Willens und seiner eigenen Initiative dem Erwachsenen womöglich sogar überlegen ist. Zudem: Wenn mensch schon die ersatzlose Streichung des § 176 (*„Sexueller Mißbrauch von Kindern"*) fordert, so müßte doch zumindest einmal darüber nachgedacht werden, daß es beim Kind irgendwo eine untere Altersgrenze gibt, an der es nur noch ein Witz wäre, von „einvernehmlicher" Sexualität zu sprechen, d.h. wo das Kind nicht viel mehr sein kann als ein widerstandsloses und allenfalls neugieriges Objekt.

Ein interessantes und bedenkenswertes Phänomen ist es, daß sich gerade die Schwulenbewegung (und in deren Nachtrab auch Teile der Lesbenbewegung) mit besonderem Nachdruck und Engagement für die ersatzlose Streichung des § 176 einsetzen, was sich ja auch darin ausdrückt, daß dies im AK ein exklusives Thema auf den Schwulen- und Lesben-Seiten ist, als würde es Hetero-Männer gar nichts angehen.

Nun zeigt die Statistik (Hier: Polizeiliche Kriminalstatistik der BRD 1974 bis 1976) aber ein Bild, das dazu überhaupt nicht passen will: Nur etwa 20 bis 22 % der „Opfer" sind Jungen, 78 bis 80 % hingegen sind Mädchen. Schwule sind als „Täter" also zwar deutlich überrepräsentiert, aber die Mehrheit der „Täter" sind eindeutig Hetero-Männer. Übrigens: Nur 1,5 % der „Täter" sind Frauen. An diesem Punkt ist zu schlußfolgern, daß die Lesbenbewegung, soweit sie die ersatzlose Streichung des § 176 fordert, in allererster Linie die Interessen von Hetero-Männern wahrnimmt – und zwar Männer-Interessen, von denen mensch wohl vielfach annehmen muß, daß sie in Widerspruch zu den Interessen der beteiligten Mädchen stehen oder jedenfalls mit diesen nicht deckungsgleich sind.

Daß solche Beziehungen – und sei es selbst unter der Oberfläche von „Einvernehmlichkeit" – gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern reproduzieren, wird mensch wohl annehmen müssen. Ein Grund zur Kriminalisierung kann das freilich nicht sein, wohl aber unsererseits zu einer kritischeren Reflexion des Sachverhalts, als es in den bisherigen eindimensionalen Forderungen zum Ausdruck kommt. Ich sehe ansonsten nicht recht ein, welchen Grund wir eigentlich als Kommunisten haben sollten, uns in besonderer Weise für den freieren Zugang heterosexueller Männer zu einem ihnen noch vorenthaltenen Sektor des weiblichen Geschlechts einzusetzen.

Der Begriff der Pädophilie, also der Liebe zu und mit Kindern, deckt hier vieles wohlwollend mit dem Mantel der Nächstenliebe zu, was soviel Wohlwollen bei näheren Hinsehen denn wohl doch nicht verdient. Es wäre einer näheren Untersuchung wert, welcher Prozentsatz der beteiligten Männer durchaus keine Pädophilen (also Leute mit einem speziellen Faible für Kinder) sind, sondern reichlich normale Heteros, deren Sexualtrieb bloß nicht an den gesetzlich vorgeschriebenen Altersgrenzen Halt macht. In diesem Sinne sind wir Hetero-Männer vermutlich mehrheitlich tendenzielle „Pädophile". Daß dem tatsächlich so ist, beweist übrigens auch das reichhaltige Angebot an einschlägiger Unterhaltung („Schulmädchen-Report" und Deftigeres).

Mein Eindruck ist, daß die undifferenzierte Anwendung des Begriffs „Pädophilie" in Zusammenhang mit dem § 176 den Blick für die Tatsache verstellt, daß es sich in einer Vielzahl der betreffenden Fälle nicht um einen Ausbruch aus der „Diktatur der Normalität" handelt, sondern um eine spezifische Form eben dieser „Normalität". Hinzu kommt, daß der § 174 („Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen") die Sexualität mit bis zu 16jährigen, teilweise sogar bis zu 18jährigen kriminalisiert – also Sexualität, die wirklich im Höchstmaß „normal" ist und mit Pädophilie nichts zu tun hat.

Die Statistik läßt keine Zweifel daran, daß die Hetero-Männer die Hauptnutznießer einer Beseitigung oder Reform der §§ 174 und 176 wären. Daß sie dafür noch nicht einmal eine eigene Lobby mobilisieren, sondern dies der Schwulenbewegung oder sogar Teilen der Lesbenbewegung überlassen, ist eine spezielle Ironie.

Kt., Hamburg

Am 21. – 25.4. fand in Amsterdam der Dritte Internationale Kongreß gegen Kindesmißhandlung statt, von dem hier berichtet werden soll. Ebenfalls mit einem Interview, das anläßlich dieses Kongresses mit Dr. Arend Koers (Kinderschutzvertrauensarzt in Amsterdam und einer der bedeutendsten Persönlichkeiten in diesem Bereich) gemacht wurde, wollen wir die in AK 190 begonnene Diskussion fortsetzen. (AK 190: Interview mit Reinhard Wolff; AK 196: Interview mit dem Antipädagogen Ekkehard von Braunmühl). In weiterer Folge wollen wir uns mit den verschiedenen Positionen in Sachen Kinderschutz auseinandersetzen, und würden uns freuen, wenn durch eine (durchaus kontrovers zu führende) Diskussion Standpunkte herausgearbeitet werden könnten. Bedauerlicherweise haben wir – obwohl uns zu Ohren kam, daß es z.B. sowohl zu dem Interview mit R. Wolff als auch jenem vom E.v. Braunmühl kritische oder zustimmende Meinungen gibt, bisher nichts konkretes erfahren können. Wir würden es sehr begrüßen, wenn diese Meinungen in veröffentlichbarer Form, oder z.B. auch eigene Erfahrungsberichte mit dem Problem der Kindesmißhandlung, uns erreichen würden.

Besonders möchten wir uns bei der Niederlande-Kommission bedanken, die es uns ermöglichte, einen so schnellen und ausführlichen Bericht zu erhalten.

Kinderkommission/KB Hamburg

Internationaler Kongreß gegen Kindesmißhandlung

Kindesmißhandlung wird noch viel zu sehr als isoliertes Problem der Familie gesehen. Die ganze Gesellschaft jedoch ist gewalttätig. Menschen, die in Schwierigkeiten geraten, suchen in aggressivem Verhalten nur zu schnell einen Ausweg. Sie sehen das Vorbild der Gewalt täglich um sich. Kindesmißhandlung werden wir erst dann erfolgreich bekämpfen können, wenn wir zugleich die gesellschaftliche Gewalt bekämpfen.

Dies sagte Reinhard Wolff (Soziologe an der FU Westberlin und Mitbegründer des Kinderschutzzentrums in Westberlin), in seinem Einführungsbeitrag auf dem Dritten Internationalen Kongreß gegen Kindesmißhandlung, der am 21. – 25.4. in Amsterdam stattfand. Träger des Kongresses war die Mitte der 70er Jahre gegründete ,,Internationale Vereinigung gegen Kindesmißhandlung und -verwahrlosung".

Die vier Themen des Kongresses waren die körperliche, die geistige (emotionale) und die sexuelle Mißhandlung von Kindern und Kindesmißhandlung in der Dritten Welt. Erstmals waren auf einem solchen Kongreß auch Vertreter aus der Dritten Welt zugegen. Der Schwerpunkt der Arbeit sollte ursprünglich bei der Diskussion der Probleme in der Familie liegen.

Reinhard Wolff weitete schon in seinem Einführungsbeitrag diese Problemstellung auf die Verantwortung der Gesellschaft insgesamt aus und brachte dann – unter starkem Beifall – eine Resolution ein, in der die westlichen Länder aufgefordert wurden, ihr Wettrüsten zu beenden. Wir brauchen kein Geld für Waffen, sagte Wolff, um Krieg zu führen gegen Hunger, Armut und Gewalt.

Mehrere hundert Sozialarbeiter und Wissenschaftler aus Europa, den USA und der Dritten Welt berichteten in rund 300 Vorträgen von ihren Erfahrungen und Kenntnissen und setzten die Diskussion in zahlreichen Arbeitsgruppen fort.

Am letzten Sitzungstag trugen die Arbeitsgruppen ihre Empfehlungen im Plenum vor.

Die Gruppe ,,Behandlung" empfahl, Kinder, die von ihren Eltern ernstlich mißhandelt worden sind, zeitweise von ihren Eltern zu trennen – eine Empfehlung, die weithin nicht als Lösung angesehen wurde.

Die Gruppe, deren Thema die sexuelle Mißhandlung war, befand alle sexuellen Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern/Jungendlichen unter sechzehn Jahren für schädlich und strafwürdig.

Einig waren sich die Kongreßteilnehmer in der Auffassung, daß zukünftig viel mehr zur Verhütung von Kindesmißhandlung getan werden müsse; schon Schulkinder sollten auf ihre Elternschaft vorbereitet werden. Ebenfalls, stellte der Kongreß fest, besteht noch ein erheblicher Mangel an Untersuchungen darüber, wie den betroffenen Kindern und ihren Eltern am besten zu helfen sei.

Die Kongreßteilnehmer aus der Dritten Welt äußerten sich enttäuscht: ,,Wir wurden als Forschungsmaterial gebraucht", sagte ein südamerikanischer Teilnehmer. ,,Aber was wissen die westlichen Forscher eigentlich davon, was wir tun, um unseren mißhandelten Kindern zu helfen?!". (Das ,,Verständigungsproblem" hatte schon damit begonnen, daß zu wenige Spanisch-Übersetzer vorhanden waren.)

In den Ländern der Dritten Welt werden die Kinder nicht so sehr zu Hause mißhandelt, da die Familien im allgemeinen so groß sind und sich gegenseitig korrigieren. Die Mißhandlung von Kindern ist vielmehr eine Folge des ökonomischen und sozialen Systems. Kinder sind billige Arbeitskräfte, die Eltern selbst verdienen zu wenig, so daß schon viele Kinder von sechs Jahren an für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen. Nach offiziellen Angaben arbeiten in der Dritten Welt 56 Millionen Kinder. Nach Darstellung eines Vertreters der International Labour Organisation (ILO) sind es jedoch in Wirklichkeit zwei- bis dreimal soviele.

„Kinder sind meine kleinen Kunden"

„Kinder sind meine kleinen Kunden"

Das folgende Interview mit Arend J. Koers, Kinderarzt in einem Amsterdamer Krankenhaus und – wie es dort genannt wird – „Vertrauensarzt in Sachen Kindesmißhandlung", erschien im „Welzijnsweekblad" vom 17.4.81. Wir danken A. J. Koers und Tieneke Koning, die das Gespräch mit ihm führte, für die freundliche Genehmigung, das Interview für den „ARBEITERKAMPF" übernehmen zu dürfen.

Arend Koers: Als ich 1972 aufgefordert wurde, Vertrauensarzt zu werden, war ich seit sieben Jahren Kinderarzt-Direktor der ärztlich betreuten Kindertagesstätte Het Kabouterhuis in Amsterdam. Dort beschäftigte ich mich mit den Problemen von (Klein)-kindern, die zuwenig Aufmerksamkeit bekommen hatten. Es gab dort auch eine Anzahl körperlich mißhandelter Kinder. In dieser Zeit habe ich einen Stab zusammengesucht, der aus einem Sozialarbeiter, einem Psychologen, einem Psychiater und einem Orthopädagogen bestand. Zusammen haben wir allmählich entdeckt, was die Hintergründe der Probleme sind, mit denen wir zu tun bekamen und was wir daran tun konnten.

Daneben war ich acht Jahre Berater des ärztlichen Ausbildungszentrums in Amsterdam. In all diesen Jahren habe ich sehr viele Kinder gesehen und sehr viel gelernt.

Ich bin in den Bann der Kinder geraten, die emotional zu kurz gekommen sind: wie sie sich verhalten, wie sie sich entwickeln, wie die Beziehung zwischen diesen Kindern und ihren Eltern ist. Daran wollte ich etwas tun, wollte zu verstehen versuchen, wie Familiensysteme zusammenhängen.

Jedes Familiensystem ist für sich einmalig. Ich sage auch oft zu den Sozialarbeitern: Seht hin und hört zu, schwatzt nicht. Hört und seht zu und versucht danach vorsichtig, zu begreifen, warum es so geht, wie es geht, und versucht, euch erst in zweiter Linie zu fragen, wie ihr den Menschen behilflich sein könnt.

Ich bin von Herkunft Kinderarzt, ich bin verliebt in Kinder. Kinder sind meine kleinen Kunden, aber darum bin ich noch nicht gegen Eltern. Ich versuche nur, mit den Augen der Eltern zu sehen und ihnen zu sagen: das kleine Volk ist so lieb, versucht doch, euren Spaß an ihnen zu haben. Versucht zu begreifen, wenn sie lästig und schwierig sind, was sie damit eigentlich ausdrücken wollen. Daß sie eigentlich auf euren Ärger reagieren, daß sie Angst bekommen davon und ihre Angst in gewaltige Beweglichkeit umsetzen. Daß sie ängstlich sind, wenn ihr so ärgerlich guckt, weil sie denken, daß ihr böse seid auf sie. So übersetzen Kinder sich das, sie suchen in erster Linie die Schuld immer bei sich selbst.

Das versuche ich den Eltern zu erklären, und nach all den Jahren denke ich: Kindesmißhandlung, nun ja, darum geht es mir bei den Eltern nicht. Es ist wohl ein deutliches Signal, das man sehr ernst nehmen muß, aber nicht losgelöst von dem Familienleben. Ich versuche, beides (die Interessen der Kinder und der Eltern – Anm. d. Übers.) miteinander in Übereinstimmung zu bringen und dabei auch mit den Augen der Eltern zu sehen. Nah dran zu sein, und nicht zu sehr in die Suche nach körperlichen Symptomen zu flüchten. Die Eltern haben oft solche negativen Erfahrungen mitgemacht und soviel Ärger. Was soll man dazu sagen? Ich weiß es nicht. Oft sage ich: Laßt mich mal zu euch kommen, still bei euch sitzen und euch ein wenig entspannt zuhören. Jedes Wort, das ich jetzt sagen würde wäre Unsinn. Laßt uns zusammen, nebeneinander sitzend, versuchen zu entdecken, was ihr nun in eurer Lage tun könnt. Wie ihr Schritt für Schritt ein bißchen aus eurer tiefen Resignation herauskommen könnt. Erstmal entdecken, was ihr doch könnt.

Langsam anfangen und aufbauen, das ist ein sehr aufregendes Stück Arbeit.

Ich halte etwas von Menschen, die überall weggeschickt werden, von denen jeder sagt, daß man mit ihnen nichts anfangen kann.

Man kann mit jedem Menschen etwas anfangen und ich weigere mich, Schablonen zu akzeptieren. Menschen können von mir erfahren, daß auch positive Dinge möglich sind. Das dauert wohl sehr lange. Manchmal laufen sie mir weg, lassen mich im Stich, und wenn sie sich später dann doch wieder anzurufen trauen und denken, daß ich dann keine Zeit mehr für sie habe, sage ich: Wann verabreden wir uns? Wenn ich mit Eltern etwas anfange, weiß ich, daß sie mir weglaufen können, aber ich habe einen Kontrakt abgeschlossen, bei dem ich davon ausgehe, daß ich niemals weglaufen werde. Dadurch habe ich entdeckt, daß man zusammen mit Menschen Sachen tun kann, Dinge bei denen entdecken, die für Hilfe abgeschrieben schienen.

Ich habe Verrückte gefunden, die genauso darüber dachten, und wir haben in der Abteilung des Krankenhauses begonnen, sehr vorsichtig Pionierarbeit zu leisten (im April, kurz vor dem Kongreß, erschien A.J. Koers' Buch ,,Kindermishandeling". Verlag Ad. Donker, Rotterdam, 191 S., hfl 29.50 – Anm. d. Übers.).

Dieses Buch schließt für mich eine Periode ab. Eine Periode des Ausprobierens, des Experimentierens. Ich habe erzählt, was ich in den vergangenen Jahren gesehen und getan habe und was viele Eltern und Sozialarbeiter (im Niederländischen: hulpverleners, wörtlich: Hilfeleistende – Anm. d. Übersetzers) erzählt und gesehen haben. Das Buch enthält viele Handreichungen und Schemata, so daß Menschen gegenüber der Verwirrung über die ganzen Symptome die Sachen für sich selbst etwas ordnen können. Außerdem können die Sozialarbeiter jederzeit wegen der Betreuung ihrer Arbeit bei den Büros der Vertrauensärzte anklopfen. Meistens reden wir dort mit allen Betroffenen: Sozialarbeitern und Eltern. Zu den Eltern sagen wir dann, daß sie jemand mitnehmen sollen, um auch nachher drüber reden zu können, denn es ist sehr beeindruckend, wenn das alles recht sachlich in die Reihe gebracht wird. Das wirkt prima und die Eltern beraten auch meist intensiv mit. Wenn Sozialarbeiter die Eltern nicht dabeihaben wollen, dann liegen sie falsch. Eltern müssen genau wissen, womit man beschäftigt ist und sie schätzen das stets sehr.

Sie äußern sich in Ihrem Buch recht bösartig über die Sozialarbeit und ihre Intentionen.

Koers: Ja ... ? Bösartig nicht, wohl kritisch, vielleicht auch ein bißchen zynisch. Eine Menge Sozialarbeiter ist so entsetzlich mit sich selbst beschäftigt. Das Klientelsystem muß in ihre Theorie passen, ihr Modell, ihre Sichtweise, und wenn sie da nicht reinpassen, dann sind die Klienten unzureichend motiviert. Während ich finde, daß man versuchen muß, mit allem dienstbar zu sein, wo man nur kann. Ich kann also nicht mit solchen Sozialarbeitern arbeiten. Der zweite Punkt meiner Kritik ist, daß sie sich so entsetzlich mit ihrer Autonomie haben. Als ob ihre Methode und ihre Sichtweise die einzig seligmachende wäre. Das ist so eine Art Allmachtsdenken: als ob sie alles können müßten. In bestimmten Fällen gönnen sie es sogar anderen Einrichtungen nicht, daß ihre Klienten dort anklopfen, und sie verweigern Informationen und Beratung. Ich habe zwar Verständnis für ihre Hintergründe, aber darum finde ich es noch nicht gut. Es geht auf Kosten der Klienten.

Ich hätte auch eine kritische Betrachtung über die Hausärzte erwartet, aber die entschuldigen Sie mehr oder weniger mit dem Argument, daß sie nicht dafür ausgebildet sind. Währenddessen meine ich, daß die Ärzte zuerst zuständig sind, um Fälle von Kindesmißhandlung anzuzeigen und eventuell auch zu betreuen.

Koers: Ja, das meine ich auch, aber die Schwierigkeit ist, daß, wenn man mit der Betreuung beginnt, das viele Konsequenzen hat. Sie ist sehr intensiv. Man kann sich dann nicht auf das Anzeigen beschränken. Es ist auch falsch, jemandem einen Brief für die eine oder andere Institution mitzugeben, dann bekommt der Klient einen enormen Schlag.

Wenn Ärzte und Sozialarbeiter behaupten, keine Zeit zu haben, dann steckt immer etwas doppeltes dahinter. Auf der einen Seite ist es ein reales Argument, auf der anderen Seite habe ich das Gefühl, daß es auch eine Flucht ist.

Sie sind ausführlich eingegangen auf die Behandlungsaspekte in Familiensystemen, in denen Kindesmißhandlung stattfinden. Jedoch kaum auf die gesellschaftlicnen Ursachen der Kindesmißhandlung.

Koers: Ich will mich als Arzt nicht den politischen Aspekten entziehen. Aber ich konnte nicht alles gleichzeitig. Dieses Buch ist in erster Linie für Sozialarbeiter und in der Krankenpflege Tätige geschrieben, die unmittelbare Hilfe in ihrer täglichen Arbeit brauchen.

Ich erzähle Koers, daß ich mit dem Kapitel über sexuelle Mißhandlung viel Probleme gehabt habe. Es ist hypothetisch, vor allem dort, wo Koers davon ausgeht, daß sexuelle Beziehungen zwischen Müttern und Töchtern, Müttern und Söhnen und Vätern und Söhnen auch vorkommen, aber nicht gemeldet werden, weil sie nicht so stark tabuisiert seien. In den meisten Fällen handelt es sich um eine Vater-Tochter-Inzestbeziehung, die gewaltsam ist, und wir wissen allmählich aus der Literatur, daß Frauen mit ihrer Sexualität oft sehr anders umgehen als Männer. –

Ich finde es recht gefährlich, zu behaupten, daß andere Formen des Inzests zwar bestehen, aber nicht bekannt werden, weil Sie nicht damit zu tun bekommen.



Arend J. Koers, Amsterdamer „Vertrauensarzt in Sachen Kindesmißhandlung"

Koers: Erstens ist dieses Kapitel ein Anfang und ich werde mich in der Zukunft intensiv darein vertiefen. Zweitens gibt es viel epidemologische Forschung bezüglich des Vater-Tochter-Inzests, wobei man den Begriff ,,Täter" gebraucht. Ich bin von dem Begriff abgekommen, weil Mißhandlung eine Reaktion auf ein Geschehen ist, womit das ganze System zu tun hat.

Drittens habe ich beschrieben, was ich gesehen habe, und das betrifft vornehmlich den Vater-Tochter-Inzest. Ich denke, daß auch sexuelle Beziehungen zwischen Mutter-Sohn und Mutter-Tochter bestehen, aber ich weiß nicht, ob man das Vergewaltigung nennen soll. Ich möchte sehr gerne, daß Töchter, die eine intensive sexuelle Beziehung mit ihren Müttern gehabt haben, mir das erzählen würden. Vielleicht sind darin bestimmte Trends zu entdecken. Vielleicht haben Sie, was die andere Art des Umgehens mit Sexualität durch Frauen angeht, völlig recht. Ab und zu werden Mutter-Sohn-Beziehungen gemeldet, aber die sind viel weniger gewaltsam als Vater-Tochter-Beziehungen und da kommt man auch viel schwerer hinter. Ich weiß nicht, ob die Söhne unter einer solchen Beziehung leiden. Ich hoffe in jedem Fall, daß die Leute in den nächsten Jahren auf meine Gedanken reagieren werden.

Einer der wichtigsten Vorläufer derer, die mit Kindesmißhandlung zu tun haben, ist der amerikanische Psychiater Henry Kempe. Ich traf ihn zum ersten Mal 1974 und später noch einmal 1975, als er im Zusammenhang eines Kurses in den Niederlanden war. Damals lud er mich ein, in Bellagio einen Vortrag vor einer Gruppe von Leuten aus diversen Ländern zu halten, die er zusammengerufen hatte und die alle in der Praxis mit Kindesmißhandlung zu tun hatten. Diese zwanzig Leute mußten alle zwei Vorträge halten und durften keine Literatur zitieren, sondern nur über ihre Arbeit berichten. Das ging bis ins Rückenmark. Über diese Berichte diskutierend habe ich fließend englisch sprechen gelernt. Mit diesen Leuten haben wir eine Internationale Vereinigung gegen Kindesmißhandlung und -verwahrlosung gegründet, einen ersten Kongreß in Genf geplant. Und ein ,,Journal" gegründet.

Der zweite Kongreß wurde in London durchgeführt. Beide Kongresse waren für alle, die in der Arbeit mit Kindesmißhandlung konfrontiert wurden.

Im Herbst 1980 sollte der dritte Kongreß sein, aber das klappte nicht, weil wir per se in die Vrije Universiteit wollten und die feierte damals ihr Jahrhundertfest. Daher die Verschiebung in dies Frühjahr.

Wir haben in diesen Kongreß etwas neues eingebracht, nämlich die Aufmerksamkeit für Kindesmißhandlung und Verwahrlosung in den Entwicklungsländern. Es wurden Geldquellen aufgetan, um die Leute aus diesen Ländern herkommen zu lassen, denn sie haben wenig Geld. Wir haben nicht vor, diesen Ländern zu erzählen, wie sie es tun müssen, im Gegenteil. Wir wollen einander den Spiegel vorhalten und voneinander lernen, weil jedes Land etwas zu bieten und zu lernen hat.

Der vierte Kongreß wird in Paris durchgeführt werden und es ist schon bekannt, daß er die institutionelle Mißhandlung und Verwahrlosung von Kindern zum Thema haben wird. Ein politischer Kongreß also.

Kongreßbericht nach ,,de Volkskrant", 22., 25. und 27.4.81; Interview mit A.J. Koers aus dem ,,Welzijnsweekblad", 17.4.81).

Niederlande-Kommission

Wie weiter in der Solidarität mit Hermann Gaßmann ?

Seit nunmehr sieben Wochen wird der Hamburger IG-Metall-Sekretär Hermann Gaßmann unter Spionage-Verdacht im Bonner Untersuchungsgefängnis gefangengehalten. Seit ebenso langer Zeit warten seine Freunde und Kollegen vergeblich darauf, daß die IG Metall ihre Stimme gegen den politischen Rufmord erhebt, dem Kollege Gaßmann ausgesetzt ist (siehe auch AK 199 u. 200).

Am 14. Mai trafen sich knapp 200 Kolleginnen und Kollegen in Hamburg, um zu beraten, was zur Unterstützung des Inhaftierten getan werden kann. Die meisten der Anwesenden gehörten zu den Unterzeichnern einer Zeitungsannonce, mit der die üble Pressehetze direkt nach Gaßmanns Verhaftung gegeißelt werden sollte. Anwesend waren aber auch zwei Beauftragte der Hamburger IGM-Ortsverwaltung. Ihre Statements wurden von der Versammlung mit Spannung erwartet, denn die Ortsverwaltung hatte erheblichen Druck auf die Initiatoren der Zeitungsanzeige ausgeübt und damit zunächst erreicht, daß sie bislang nicht veröffentlicht worden ist.

Zunächst aber berichtete ein Kollege von einem Besuch bei Hermann im Knast. Der Besucher mußte außer seinem Ausweis alles am Eingang abgeben. Selbst eine rote Mai-Nelke mußte er zurücklassen, mit der vielsagenden Begründung: „Sie kennen doch die Hasch-Brüder...!"

Während der ganzen Besuchszeit war der vernehmende BKA-Bulle anwesend und fixierte Hermann mit Blicken. Der Gefangene hatte stark abgenommen, sprach sehr leise, und der auf ihm lastende Druck war ihm stark anzumerken. Inzwischen kann er zwar viermal im Monat Besuch empfangen, hat aber nach wie vor keinerlei Kontakt zu Mitgefangenen. In den ersten Wochen war auch nachts das Licht nicht ausgeschaltet worden, und er hatte unter Schlaf- und Konzentrationsschwierigkeiten zu leiden gehabt. Maximal zehn Bücher darf er in der Zelle haben und muß für alles und jedes einen schriftlichen Antrag stellen.

Nach diesem bedrückenden Bericht kamen aus der Versammlung eine Reihe engagierter Beiträge, in denen immer wieder die Ortsverwaltung aufgefordert wurde, auf die Verhaftung Gaßmanns in der Öffentlichkeit parteiisch Stellung zu nehmen und dabei die politischen Zusammenhänge aufzuzeigen. Kollegen berichteten von ähnlichen Fällen in der Vergangenheit; vor allem der „Spionagefall" Victor Agartz wurde ausführlich geschildert und dabei erstaunliche Parallelen aufgezeigt. Victor Agartz hatte in den fünfziger Jahren großen Einfluß als Theoretiker der Gewerkschaftsbewegung und war führend an der Bewegung gegen die Wiederaufrüstung beteiligt. Obwohl schließlich freigesprochen, war er politisch tot.

Scharf angegriffen wurde das von der Ortsverwaltung zur Schau getragene Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens gegen Gaßmann. Immerhin seien die entsprechenden Paragrafen des Strafgesetzbuches so schwammig, daß damit fast jeder linke Gewerkschafter hinter Gitter gebracht werden könnte. An Beispielen belegten Kollegen, daß politische Häftlinge nur durch Solidarität und Öffentlichkeit freizubekommen waren. Ein älterer Kollege: „Selbst unter den Nazis haben wir Leute rausholen können, wenn es eine Öffentlichkeit und Druck aus dem Ausland gab!"

Mehrfach wurde ein vorhandenes Mißtrauen gegen die von der Ortsverwaltung besorgten Anwälte vorgebracht, die sich wiederholt – auch mit Drohungen gegen die für die Zeitungsanzeige verantwortlichen Kollegen – für ein Stillhalten in der Öffentlichkeit starkgemacht hatten; eine Solidaritätskampagne würde nicht in ihr Verteidigerkonzept passen. Einer Kollegin, die Hermann ein Telegramm schicken wollte, war von den Anwälten sogar die Adresse vorenthalten worden. Einige Kollegen brachten sogar den Vorschlag ins Gespräch, einen weiteren unabhängigen Anwalt einzuschalten, wobei der Name Heinrich Hannover fiel.

IGM-Kassierer Otto Mohr brachte für die Ortsverwaltung kein einziges neues Argument vor. Er verlangte Respekt für die Entscheidung Gaßmanns, den Fall nicht in die Öffentlichkeit zu tragen und verschanzte sich hinter dem Schreiben, das die Anwälte vor nunmehr sechs Wochen formuliert und von Gaßmann hatten unterschreiben lassen.

Als Neuigkeit wußte er nur anzugeben, daß die Anwälte auf Vorschlag der IGM eine Verlegung Gaßmanns nach Hamburg anstreben sollten, und daß die IGM bereit sei, eine Kaution für ihren Sekretär zu stellen.

Dieser schwache Beitrag brachte ihm die Mutmaßung eines Kollegen ein, daß die Ortsverwaltung scheinbar ganz froh über die Erklärung mit Gaßmanns Unterschrift sei...

Die Versammlung verabschiedete am Schluß einen Brief an die Ortsverwaltung, in dem ein Einwirken auf die Verteidiger gefordert wird, endlich einen Haftprüfungstermin zu beantragen. Weiter wurde eine Veranstaltung im Gewerkschaftshaus und eine Berichterstattung vor allem in der IG Metall-Presse erwartet.

Außer den beiden Ortsverwaltungsvertretern stimmten alle Anwesenden dem Brief zu. Immerhin erklärte sich Otto Mohr bereit, zu einem weiteren Treffen dieses Kreises zu erscheinen. Ein Hinweis darauf, daß in der Ortsverwaltung die Erkenntnis reifen könnte, daß der zum Ausdruck gekommene Unmut der Kollegen in Zukunft nicht mehr einfach wegverwaltet werden kann. Das kann für Hermann Gaßmann nur nützlich sein.

Ein Teilnehmer

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland



Verwaltungsstelle Hamburg

Herrn
Gerd Kahle c/o
HAMBURGER MORGENPOST
Bleichenbrücke 10

2000 Hamburg 36

Mül/As 521 8. April 1981

Betr.: Artikel in der Hamburger Morgenpost am 31.03.81
" IG Metall-Sekretär Spion für die DDR "

Sehr geehrter Herr Kahle,

die Hamburger Metaller können für sich in Anspruch nehmen, alle ihre Kraft für die Erhaltung der Morgenpost eingesetzt zu haben, weil sie zutiefst davon überzeugt waren, daß nur d i e s e Zeitung für Hamburg die Chance bietet, gewerkschaftliche Gedanken und Informationen den Bürgern näher zu bringen.

Wir haben auch immer in all unseren Veranstaltungen betont, daß diese unsere Einschätzung durch die Berichterstattung in der Morgenpost bestätigt worden ist. Doch der o.g. Artikel des Herrn Bredenberg ist das genaue Gegenteil. Der Verfasser dokumentiert, daß er seine Erzeugnisse an Sensationsmache und Wecken von Instinkten orientiert. In keiner Weise scheint Herr Bredenberg sich über die Auswirkungen seiner Zeilen auf den Betroffenen und seine Familie im klaren gewesen zu sein oder hat sie bewußt mißachtet.

Doch trifft uns als Hamburger Metaller dieser Artikel auch selbst. Wer in dieser Art und Weise unter Verwendung zusammengesuchter Pseudo-Informationen die Arbeit der IG Metall fragwürdig erscheinen läßt, wendet sich gegen die Gewerkschaftsarbeit schlechthin. In einer Zeit harter Tarifauseinandersetzungen, gesellschaftspolitischer Konfrontationen und der Abwehr von Verunglimpfungen, die IG Metall sei kommunistisch unterwandert, schließt sich Herr Bredenberg mit seinem Artikel dieser Unterstellungskampagne an.

Als 1. Bevollmächtigter der Hamburger IG Metall, in der Hermann Gaßmann seit Jahren pflichtgemäß seine ihm übertragenen Aufgaben engagiert erfüllt, muß ich mit aller Schärfe den Darstellungen von Herrn Bredenberg widersprechen:

Über den Einsatz von Referenten in der Bildungsarbeit entscheidet die Ortsverwaltung. Sie trägt allein die Verantwortung.

Die Kompetenzen unserer Sekretäre bewegen sich ausschließlich im Rahmen der Beschlüsse der Organisation. Die Einzelaufgaben werden von der Geschäftsführung festgelegt und gesteuert.

Seit dem Erscheinen Ihres Artikels und den Veröffentlichungen anderer Zeitungen werden wir von vielen Metallern in Hamburg aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen gegen die unfairen, antigewerkschaftlichen und die Menschenwürde mißachtenden journalistischen Darstellungen anzugehen.

Diese Empörung ist gerechtfertigt. Für uns gilt nach wie vor der rechtsstaatliche Grundsatz, wonach jeder Verdächtigte als unschuldig zu gelten hat, solange ihm eine Schuld nicht rechtskräftig nachgewiesen ist.

Wir werden unsere 4.200 Vertrauensleute über unsere Haltung zu den journalistischen Entstellungen und Angriffen unterrichten.

Sie haben mit Ihrem Artikel eine Grenze überschritten. Dies war bisher in dieser Form nur Stil anderer Presseerzeugnisse. Damit haben Sie der Hamburger Morgenpost, die sich ihrer Stammleserschaft verpflichtet fühlen müßte, einen sehr schlechten Dienst erwiesen.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d. Bundesrepubl. Deutschland
-Verwaltungsstelle Hamburg -

J. Möllner

Der in der „Hamburger Morgenpost" nicht veröffentlichte Leserbrief der Hamburger IG Metall.

IG Bergbau verstärkt Hetze

Angriffe im DGB gegen »Krefelder Appell«

Die Richtlinie im DGB, daß Gewerkschaftsfunktionäre keine Unterschriftensammlungen mit ihrer Funktion unterzeichnen sollen, ist aktuell insbesondere gegen die Unterzeichnung

ger des kommunistisch gesteuerten 'Krefelder Appells''', geliefert (Motto: schlimme „Volksfront" von SPD-lern und DKP), die auf Seite 2 kommentiert wird. Fazit der „einheit":

„Nachrüstung" erklärt und gleiches vom gesamten DGB gefordert. Norbert Römer erklärt dies zu einem Essential, da die Existenz „freier Gewerkschaften" in der BRD *„ursäch-*

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d. Bundesrepubl. Deutschland
-Verwaltungsstelle Hamburg -

J. Möllner

Der in der „Hamburger Morgenpost" nicht veröffentlichte Leserbrief der Hamburger IG Metall.

IG Bergbau verstärkt Hetze

Angriffe im DGB gegen »Krefelder Appell«

Die Richtlinie im DGB, daß Gewerkschaftsfunktionäre keine Unterschriftensammlungen mit ihrer Funktion unterzeichnen sollen, ist aktuell insbesondere gegen die Unterzeichnung
des „Krefelder Appells" gerichtet. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil (GTB), Keller, hat diesen Maulkorb offen mit der Ablehnung der Friedensbewegung in Verbindung gebracht, als er für das Verbot solcher Unterschriften formulierte: *„Insbesondere bei diesem Krefelder Kreis versucht die DKP offensichtlich mit vordergründiger Argumentation die Friedensliebe der Arbeitnehmer für die sowjetische Machtpolitik zu mißbrauchen und die Bundesrepublik im westlichen Lager zu isolieren".*

In einer Linie zu der von Helmut Schmidt angeführten SPD-Kampagne für die Nato-„Nachrüstungsbeschlüsse" wird auch in den Gewerkschaften das Feuer gegen Gegner der Aufrüstung und Kriegspolitik verschärft. Vorneweg mal wieder die IG Bergbau (siehe auch ausführlich in AK 201). Jede Ausgabe ihrer Zeitung „einheit" ist voll von antikommunistischer Hetze gegen die Friedensbewegung. Jüngstes Produkt ist die Zeitung vom 15.5., deren Hetztiraden die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 16.5. begeistert nacherzählte.

Da wird die neue Richtlinie des DGB-Bundesvorstands auf Seite 1 lobend hervorgehoben. Da wird auf Seite 3 eine sogenannte „Analyse" der Unterzeichner des „Hamburger Forums", laut „einheit" ein *„Able-*
ger des kommunistisch gesteuerten 'Krefelder Appells''', geliefert (Motto: schlimme „Volksfront" von SPD-lern und DKP), die auf Seite 2 kommentiert wird. Fazit der „einheit":
der weit überwiegende Teil der Unterzeichner seien Akademiker oder Studenten. Angeblich nur 4,3 % Arbeiter. *„Die äußerst geringe Beteiligung der zumeist hochgradig gewerkschaftlich organisierten gewerblichen Arbeitnehmer an dieser prokommunistischen 'Friedensbewegung' beweist einmal mehr deren zumeist immer noch vorhandene große Immunität gegenüber kommunistischer Bündnispolitik"* („einheit", 15.5.). Insbesondere die Unterzeichnung des Hamburger Aufrufs durch führende GEW-Vorstandsmitglieder wird hierzu in Gegensatz gesetzt. Faschistoider Kommentar von Norbert Römer: **„An diesen im sicheren Schutz des staatlich finanzierten öffentlichen Dienstes gebetteten Lehrern sind die Warnungen des im Umgang mit kommunistischer Praxis erfahrenen ehemaligen Bergmanns Heinz Oskar Vetter vor politisch einseitigen Abrüstungsforderungen offenbar spurlos vorübergegangen"**, wobei sich die Drohung anschließt: **„Das wird auf Dauer nicht ohne Spuren im DGB bleiben"** (ebenda).

IG Bergbau für Aufrüstung

Bereits in der „einheit" vom 1.5.81 hat ihr Chefredakteur Niggemeier ein eindeutiges Ja der IG Bergbau für die Linie Helmut Schmidts zur
„Nachrüstung" erklärt und gleiches vom gesamten DGB gefordert. Norbert Römer erklärt dies zu einem Essential, da die Existenz „freier Gewerkschaften" in der BRD „ursäch-
lich .. mit der Sicherung des Friedens in Freiheit" verknüpft sei. *„Die in dieser politisch einseitigen 'Friedensbewegung' auch durchschimmernde Scheuklappenparole 'lieber rot als tot' kann deshalb von auf ihre Freiheit und Unabhängigkeit bedachten Gewerkschaften nicht akzeptiert werden, weil die daraus resultierende Konsequenz letztendlich ihre Lebensgrundlage zerstören würden"* („einheit", 15.5.). So wird also jeder Unterzeichner des „Krefelder Appells" oder anderer Friedensaufrufe zum Gewerkschaftsfeind erklärt.

Die gleiche Ausgabe der Bergbau-Zeitung enthält eine Stellungnahme der amerikanischen (Gangster-)Gewerkschaft AFL/CIO: *„Die Landesverteidigung und die öffentliche Wohlfahrt"*, mit deren Inhalten sich die „einheit" solidarisiert. Danach verweigert AFL/CIO *„energisch sogenannte Transfermanöver ..., die prozentuale Kürzungen im Verteidigungshaushalt zum Zweck der anderweitigen Verwendung dieser Gelder für Sozialprogramme anstreben"*. Bedingungslos unterstützt diese „Gewerkschaft" die Aufrüstung und massive Aufblähung des Rüstungs- und Kriegsetats: *„Die AFL/CIO bleibt jedoch weiterhin bei ihrer Unterstützung für eine starke nationale Verteidigung ... als eine notwendige Vorbedingung für das Überleben ... der Gewerkschaften, die vom totalitären Expansionsstreben bedroht sind"*. Das „Gewerkschaftliche" an dieser Stellungnahme ist wohl, daß AFL ausgewogen von Reagan fordert, er solle *„sowohl für die gemeinsame Verteidigung Vorsorge treffen, als auch die allgemeine Wohlfahrt fördern"*. Da lacht das Herz der Niggemeier & Co., die als einzige Aussage von AFL zu El Salvador positiv die Forderung nach *„Einstellung der Gewalttätigkeiten von 'kommunistischen und rechtsreaktionären Terroristen' in El Salvador"* zitieren.

Damit kein Irrtum aufkommt: Die IG Bergbau ist keine CSU-Gewerkschaft. Niggemeier, Römer und der IG Bergbau-Vorsitzende Adolf Schmidt sind SPD-Funktionäre!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft





IG Bergbau-Boss Schmidt: Antikommunistischer Vorreiter im DGB

An die Ortsverwaltung der IG-Metall Hamburg

Liebe Kollegen!

In Eurer Stellungnahme vom 7.4.1981 und in der Metall vom 23.4.1981 habt Ihr Eure Haltung deutlich gemacht, durch Verzicht auf öffentlich wirksame Aktionen eine schnelle und umfassende Aufklärung der Vorwürfe gegen Hermann zu ermöglichen. Das läßt auf Vertrauen in die Arbeit der Ermittlungsbehörden schließen. Dieses Vertrauen ist unbegründet. Erfahrungen mit ähnlich gelagerten Fällen zeigen, daß Ermittlungen sich über Jahre hinzogen, ohne daß es zu einer Verhandlung kam, bei der die Vorwürfe bewiesen wurden.

Eure Feststellung, das Ziel sei eine gründliche Klärung, "... damit unser Kollege Hermann Gaßmann so schnell wie möglich frei kommt und seine Unschuld sich erweisen kann", geht in die falsche Richtung. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ist ein Angeklagter unschuldig bis zum Beweis seiner Schuld. Die Erfahrungen mit solchen Fällen zeigen, daß obwohl die Ermittlungen wegen der schwachen Beweislage sich über Jahre hinziehen können, eine Haftentlassung nach wenigen Wochen möglich ist. Daraus ergibt sich eine andere Zielrichtung:

-Hermann's Freilassung ist vorrangig-

Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, daß seine weitere Inhaftierung Voraussetzung für eine schnelle und gründliche Klärung ist.

Wir fordern Euch deshalb auf:
Euch öffentlich für die sofortige Freilassung Hermann's einzusetzen und dem mit folgenden Schritten Nachdruck zu verleihen:

- Einwirken auf die Anwälte, ihre Verteidigungsstrategie auf die sofortige Freilassung Hermann's zu konzentrieren und sofort einen Haftprüfungstermin zu fordern, bei dem die Stellung einer Kaution durch die IG-Metall angeboten wird.
- Laufendes Informieren der Mitglieder über die von der Ortsverwaltung in ihrer Erklärung zugesagten Maßnahmen.
- Dafür zu sorgen, daß in den Publikationen der IG-Metall über die vergleichbaren Fälle und das Vorgehen der staatlichen Instanzen berichtet wird.
- Die Stellungnahme von Johannes Möllner an die Hamburger Morgenpost den Mitgliedern bekannt geben.

Hamburg, den 14. Mai 1981

Der von Hamburger Gewerkschaftern an die Ortsverwaltung der IG Metall verabschiedete Brief. Zusätzlich wurde eine öffentliche Veranstaltung im Gewerkschaftshaus gefordert.

Herbert Mies zum »Marsch der DKP durch die Institutionen«

Bei der Wiederbelebung des Kalten Krieges im DGB, bei der auch von Teilen der DGB-Führung angeheizten Diskussion um die ‚kommunistische Unterwanderung' der Gewerkschaften, hat das Flechtheim/Rudzio/Vilmar/Wilke-Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen" eine wohlkalkulierte Funktion. Zentrale Thesen dieses Buches sind die von der „schleichenden Machtergreifung" der DKP im DGB und die Behauptung, daß DKP-Mtglieder „primär die Politik der Sowjetunion" vertreten, also quasi als Agenten einer fremden Macht im DGB tätig seien. Zur Abwehr wird dem DGB empfohlen, *„eine ganz klare Abgrenzung der DGB-Position zu der der DKP und ihrer Freunde"* vorzunehmen und die Unvereinbarkeit kommunistischer Tradition und Ideologie im Grundsatzprogramm festzuschreiben.

Mit der Verabschiedung des neuen DGB-Grundsatzprogramms ist dies inzwischen geschehen. Zwar wird das Buch in den DGB-Gewerkschaften durchaus kontrovers diskutiert (so stehen sehr kritischen Rezensionen im „Gewerkschafter" 1/81 und in der „Welt der Arbeit" vom 16.4. der Förderung dieses Buches durch die IG-Bergbau und durch den GEW-Vorsitzenden Frister gegenüber), doch ist gerade anhand der Diskussionen und Ergebnisse des DGB-Programmkongresses festzustellen, daß die Autoren mit der Durchsetzung der auch von ihnen propagierten antikommunistischen Ziele zufrieden sein können.

Genau dies will dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies, der jetzt unter dem Titel *„DKP und Gewerkschaften, Klarstellungen zum Buch ‚Der Marsch der DKP durch die Institutionen'"* eine Broschüre verfentlicht hat, nicht in den Kopf – oder zumindest nicht in die Feder fließen.

Urheber des Geredes von der kommunistischen Unterwanderung des DGB sind für Mies nach wie vor die CSU und die Rechtspresse („Bayernkurier", „FAZ" etc.), was dann von „einigen Gewerkschaftsführern" aufgegriffen worden sei.

Der Versuch von Herbert Mies, die Autoren des Anti-DKP-Buches hart und schonungslos zu kritisieren und gleichzeitig auf jegliche Kritik an der Politik der DGB-Führung zu verzichten, treibt einige recht bemerkenswerte Blüten.

– Mies beginnt in seiner Broschüre mit einer Würdigung der „besonderen Bedeutung" des 4. a.o. Bundeskongresses des DGB, und er stellt fest: *„Wir sind sicher, daß die Gewerkschafter, die Mitglied unserer Partei sind, gemeinsam mit anderen Kollegen für die Verwirklichung des neuen Grundsatzprogramms alles in ihren Kräften stehende unternehmen werden"* (S. 3). Die auf dem Kongreß verabschiedete antikommunistische Kampfansage *(„Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar")* wird von Mies schlicht verschwiegen. Ebenso verfährt er mit der auf dem Kongreß beschlossenen Ausgrenzung der Kommunisten aus der Traditionslinie der Gewerkschaften. Hier spricht Mies lediglich davon, daß es einen solchen „Versuch" (S. 5) gegeben habe, über die Ergebnisse dieses „Versuchs" erfährt der Leser der Broschüre nichts.

– Geradezu peinlich mutet es an, wenn Mies aus der Rede des DGB-Vorsitzenden Vetter auf dem DGB-Kongreß einen Satz zitiert, in dem Vetter auf die gemeinsame Unterdrückung von Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten durch den Faschismus hinwies und dann fortfährt: *„Solche Worte ehren die Wahrheit"* (S. 31). Verschwiegen wird dabei von Mies, daß sich Vetter in dieser Rede eine ganze Reihe antikommunistischer Ausfälle erlaubte: *„Kommunisten bestreiten den Gewerkschaften seit jeher die Autonomie. Sie dulden die Gewerkschaften letzlich nur am Gängelband – neuerdings vielleicht sogar an der langen Leine – der Partei"* (Vetter, zit. nach „Gewerkschaftliche Monatshefte" 5/81, S. 264). Genau diesen Vorwurf erheben auch die Autoren des Anti-DKP-Buches. Bei ihnen weist Mies dies als *„glatte Verfälschung des DKP-Standpunktes"* (S. 14) zurück; warum schweigt er gegenüber gleichlautenden Äußerungen Vetters?

– Auch bei der Darstellung der historischen Rolle der Kommunisten in den Gewerkschaften lassen sich zahlreiche Parallelen zwischen Vilmar/Wilke und Vetter feststellen. So heißt es in der schon erwähnten Vetter-Rede: *„Die Kommunisten blieben abseits, als am Ende der Weimarer Republik die Gespräche über die Vereinigung der Gewerkschaften begannen. Sie erfanden den Popanz der ‚sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie', um die freien Gewerkschaften zu bekämpfen (...) Ich meine, Geschichte und Erfahrung verbieten es uns, eine Richtung zu den Grundlagen der Einheitsgewerkschaft zu zählen, die ein so gebrochenes Verhältnis zur freien Gewerkschaftsbewegung hat"* („Gew. Monatshefte" 5/81, S. 264 f.). Mit derartigen Auffassungen setzt sich Mies in seiner Broschüre ausführlich auseinander – ohne zu erwähnen, daß diese Geschichtsauffassung quasi gewerkschaftsoffiziell legitimiert ist.

– Auf Antrag der IG-Bergbau wurde auf dem DGB-Kongreß eine Passage in das Grundsatzprogramm aufgenommen, in der der DGB seine Bereitschaft erklärt, *„aufgeschlossen die Fragen unserer Zeit mit den Vertretern aller Gruppen unseres Volkes zu behandeln"*. Otto Graf Lambsdorff hatte sich bei der IG-Bergbau dafür bedankt, daß von ihr *„auf die gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen hingewiesen wird"* („Einheit", 15.3.) In einer ersten Stellungnahme hatten die DKP-nahen „Nachrichten" diese Passage völlig richtig als *„sozialpartnerschaftlich interpretierbar"* („Nachrichten" 4/81) bezeichnet. In seiner Broschüre tut Herbert Mies jetzt so, als könne man diesen Satz als Gesprächsangebot auch an die DKP interpretieren. Noch deutlicher wurde Mies in einem Interview mit den ‚Nachrichten': *„In der Präambel des neuen Grundsatzprogramms sind im Absatz 32 auch die Parteien aufgerufen, ‚die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen zu unterstützen'. Im gleichen Absatz wird zum Ausdruck gebracht, daß der DGB und seine Gewerkschaften bereit wären, die Fragen unserer Zeit mit den Vertretern aller Gruppen unseres Volkes aufgeschlossen zu behandeln. (...) Zum Dialog sind wir jederzeit bereit (...) Was die Themen von Gesprächen betrifft, sollte es von uns aus keinerlei Einschränkungen geben"* („Nachrichten", 5/81).

Angesichts der verstärkten antikommunistischen Ausrichtung des DGB ist dieses Gesprächsangebot ziemlich lächerlich. Da kann die DKP noch so oft betonen, *„daß unter den Parteien nur die DKP in allen Lebensfragen die Forderungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften voll unterstützt"* (Mies, S. 3), da kann sie noch so oft beteuern, daß für die DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften *„allein die Satzung und die Gewerkschaftsbeschlüsse in ihrer Gesamtheit maßgebend"* (Mies, S. 18) seien; der von Teilen der DGB-Führung betriebenen Ausgrenzung der DKP wird so kein erfolgreicher Widerstand entgegenzusetzen sein.

Die Kritik an den Positionen von Vilmar/Wilke ist sicherlich ein richtiger Schritt, nur darf eine derartige Kritik nicht verstummen, wenn die antikommunistischen Positionen von maßgeblichen Gewerkschaftsführern vorgetragen werden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



»FAZ«/Wilke kontra Abendroth

Am 16. April berichtete die „Welt der Arbeit" über eine DGB-Veranstaltung in Frankfurt mit dem linken Marburger Professor Abendroth. Diskutiert wurde dort über die Vorbereitung zum 1. Mai. Zitiert wird auch eine Stimme, die angesichts der Tarifrunde *„eine deutliche Sprache"* am 1. Mai erwartet und fortfährt: *„Aber nichts von Polen, ich kann das nicht mehr hören. Dort gibt's politische Streiks, bei uns ist das verpönt"*.

Am 28.4. erscheint die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" mit einem Artikel ihres Gewerkschafts- und Antikommunismus–Spezialisten Ernst Günter Vetter, in dem dieser mal wieder zu berichten weiß: *„In Kreisen des DGB wächst die Befürchtung, daß Kundgebungen zum 1. Mai an manchen Stellen von Kommunisten oder Kommunisten nahestehenden Gewerkschaftsmitgliedern zu Antikriegsdemonstrationen umfunktioniert werden könnten"*. Abendroth und die Frankfurter Veranstaltung werden als Beweis angeführt, so auch das Polen-Zitat und die Tatsache, daß Abendroth herzlich als *„Kollege"* begrüßt wurde.

Da durfte auch der „linke" Kritiker der DKP in den Gewerkschaften, Manfred Wilke, nicht fehlen. In einem Leserbrief an die „Welt der Arbeit" (vom 14.5.) mißfällt auch ihm, daß Abendroth als *„der große alte Mann der Arbeiterbewegung"* bezeichnet wurde und auch Wilke springt auf das Polen-Zitat an, wobei er den Verdacht äußert, dieses Zitat stamme von Abendroth (was die „WdA" dementiert, es sei von einem Diskussionsredner gebracht worden). Für Wilke ist klar, daß dieses Zitat die Verweigerung „internationaler Solidarität" sei. Schon spinnt er in dem Leserbrief an der Legende, daß jegliche Solidarität mit den polnischen Arbeitern verweigert worden sei (was aus dem Artikel gar nicht herauszulesen ist) und – wenn auch unausgesprochen – es bleibt der Eindruck, daß auch hier wieder die „kommunistische Unterwanderung" zugeschlagen habe, kein Wunder bei einem Mann wie Abendroth. Wilke: *„Als ich dies gelesen habe, habe ich mich geschämt, ein deutscher Gewerkschaftsfunktionär zu sein"* („WdA", 14.5.81) ...

Die „FAZ", das Wilke-Vilmar-Buch und jetzt auch Schwalbach

„In Kreisen des DGB", weiß Vetter in der „FAZ", wird auch Kritik an dem Buch von Wilke, Vilmar u.a. (Der Marsch der DKP durch die Institutionen) als böses Zeichen fortschreitenden kommunistischen Einflusses gewertet. Während dieses Buch von der IG Bergbau, der NGG und der Gewerkschaft Textil sowie dem GEW-Vorsitzenden Frister eifrig propagiert und als Schulungsmaterial empfohlen wird, während die Bundeszentrale für politische Bildung dieses Buch in ihr (kostenlos zu erhaltendes) Repertoire aufgenommen hat, sind kritische Stimmen dazu also bereits „kommunistisch". Besondere Angriffspunkte: Ein Verriß des Buchs in der IG Metall-Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschafter" vom Januar 1971 und in der „Welt der Arbeit" vom 16.4.81. Dort kommt der Rezensent zu dem Fazit: *„Es fehlt dem Taschenbuch an wissenschaftlicher Redlichkeit. Der Text ist nicht frei von Eiferertum"*, eine wahrlich „kommunistische" Kritik, wo doch so viele Rechte innerhalb wie außerhalb des DGB es so hochloben.

Auch hier blieb die Reaktion von rechts nicht aus. Der berüchtigte ÖTV-Bezirksvorsitzende aus Kiel, Hans Schwalbach (Experte für Pro-AKW-Aktionen) beklagt sich in der „WdA" vom 14.5. bitterlich über die Rezension. Das Buch habe einige Schwächen, aber es entlarve alte wie neue Unterwandertaktiken der Kommunisten. Wer diese nicht sehen wolle, *„muß sich den Vorwurf gefallen lassen, bewußt oder unbewußt Helfershelfer jener Kräfte zu sein"*.

Hilfe erhalten Wilke und Vilmar auch vom neuen Verfassungsschutz-Chef Horchem, der gesagt haben soll, ihr Buch lese sich in Teilen *„wie ein Kriminalroman..."* (nach „WdA", 16.4.). Na, und wenn das keine Empfehlung ist! ...

Schwierigkeiten CSU/DGB

Kurzfristig abgesagt hat der bayerische DGB ein für den 18.5. anberaumtes Treffen mit der CSU. Grund: Wiederholt hatte CSU-General Stoiber im „Bayernkurier" die „kommunistische Unterwanderung" im DGB angegriffen; u.a. hatte Stoiber als Beleg hierfür die Duldung von DKP-Mitgliedern auf gewerkschaftlichen Listen zu den Betriebsrätewahlen genannt und den Ausschluß von DKPlern gefordert. Eine zweimalige Aufforderung des DGB an Stoiber, sich hiervon zu distanzieren, blieb unbeantwortet, so daß die Gespräche platzten. Der DGB-Vorsitzende Deffner hatte an Stoiber geschrieben, *„daß der DGB für einen Ausschluß von Mitgliedern der DKP keinen Anlaß hat, weil diese Partei Satzung und Programm des DGB anerkennt und vom Bundesverfassungsgericht nicht verboten ist"* („Neue", 15.4.81).

Die scharfen Attacken der rechten CSU auf den DGB machen es diesem trotz aller Gesprächsbereitschaft immer wieder schwer, Kontakte öffentlich aufrecht zu erhalten. So wurde Stoiber auch als Gastredner vom Medienkongreß der IG Druck und der RFFU ausgeladen. CSU-Oberbürgermeister Kiesl aus München durfte zwar, anders als im letzten Jahr, auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB reden, erntete allerdings für sein provokatorisches Grußwort ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert.

Der „Bayernkurier" seinerseits „rächte" sich in seiner Berichterstattung zum 1. Mai. *„Organisierte Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet nicht nur DGB"* (16.5.), sondern auch „Christlicher Gewerkschaftsbund", der habe seine Mitgliedschaft im letzten Jahr sogar um 20.000 erhöht. Daß allerdings der DGB 30mal so viele Mitglieder wie der CGB hat, „vergessen" die Anhänger der Gewerkschaftsspaltung aus der CSU zu erwähnen.

Gegen Unterschriftenverbot der DGB-Führung

Die neue Richtlinie des DGB zum Verbot von Unterschriften mit Funktionsbezeichnungen unter Resolutionen für Gewerkschafter (siehe AK 201) ist auf dem Bezirkstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Rheinland-Pfalz zurückgewiesen worden. In der Entschließung dazu heißt es:

„Die GHK erklärt, daß sie keinerlei Verständnis für den in der Presse bekanntgewordenen Versuch des DGB-Bundesvorstandes hat, die Unterschriftensammlung unter politische Initiativen durch eine 'Richtlinie' zu reglementieren. Vor allem die Ausdehnung der 'Richtlinie' auf ehrenamtliche Funktionäre muß als Versuch gewertet werden, der Gewerkschaftsbasis einen 'Maulkorb' zu verpassen. Die genannte Richtlinie offenbart unseres Erachtens ein gestörtes Verständnis der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit und dient nicht der Förderung einer freien innergewerkschaftlichen Diskussion" (zitiert nach „UZ", 16.5.81).

GTB: Verbot der Unterschrift

Die „Welt" vom 19.5.81 weiß Interessantes aus dem Innenleben der rechten Führung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu berichten. So soll der Vorsitzende Keller bereits vor der DGB-„Richtlinie" am 21. April die Anweisung ausgegeben haben, daß GTB-Mitgliedern die *„Unterschrift mit Funktionsbezeichnung" „verboten"* sei. Neben besonderer Nennung des alternativen Wirtschaftsmemorandums richte sich dieses Verbot insbesondere gegen den „Krefelder Appell".

Gesamtmetall: »Ein Waterloo der Lohnpolitik«?

Der höchste Reallohnabbau in der Geschichte der Bundesrepublik, erstmals ein Lohnabschluß (4,9 % und weniger), der unterhalb der Inflationsrate liegt (5,6 % in den ersten vier Monaten 1981), eine Bilanz, die sich aus Sicht der Kapitalisten sehen lassen kann. Aber, kaum war die Tarifrunde vorbei, trugen Teile des Unternehmerverbands Gesamtmetall den schwelenden internen Knatsch an die Öffentlichkeit. Woher diese Unzufriedenheit mit dem Lohnabschluß?



Aufstand der ‚harten Linie' bei Gesamtmetall: NRW-Präsident Pleiger (rechts, mit Sozialpartner Breuer, IGM)

Den spektakulären Auftakt machte der nordrhein-westfälische Metallpräsident Paul Pleiger mit der Ankündigung, sein Amt als Mitglied des Vorstandes von Gesamtmetall zur Verfügung zu stellen. „Bis auf weiteres" will er seine Funktionen in Vorstand, tarifpolitischem Ausschuß und Verhandlungskreis nicht mehr wahrnehmen. Zeitgleich beschloß der Vorstand der Metallkapitalisten von NRW, dem Spitzenverband Gesamtmetall die tarifpolitische Verhandlungsvollmacht zu entziehen. Wenig später schlossen sich die Metallindustriellen aus Rheinland-Pfalz und Hessen dieser Kündigung an, bis *„sichergestellt ist, daß sich Alleingänge wie in diesem Jahr in Stuttgart"* (gemeint ist der Pilotabschluß von Sindelfingen) *nicht wiederholen können"* (zitiert nach „Welt", 16.5.).

Im Mittelpunkt der Kritik steht der Verhandlungsführer der baden-württembergischen Metallkapitalisten, Peter Stihl. Dieser habe sich – so die Kritiker – *„per Alleingang"* von der IG Metall *„einen zu teuren Tarifvertrag aufdrängen lassen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 16.5.). Gesamtmetallchef Wolfram Thiele schloß sich sogleich der Kritikergruppe an, für deren Vorgehen er „Verständnis" habe.

Wie hier in aller Öffentlichkeit – und das nicht gerade zimperlich – mit „Abweichlern" in den eigenen Reihen umgesprungen wird, zeigt, daß es sich hier nicht nur um ein Show-Gefecht handelt.

"Harte Kämpfer gegen hohe Löhne"

Nicht nur die Unterstützung der Kritikergruppe durch den Gesamtmetallchef, sondern auch die rechte Presse signalisiert, wer hier als Favorit in die Auseinandersetzung geht. Offen wird Partei ergriffen für die Verfechter der *„offensiven Strategie"*, für die *„harten Kämpfer gegen hohe Löhne"* („Welt" und „Faz"). Folgen wir der „Faz" bei ihrer Auswertung der Metalltarifrunde:

Ihrer Auffassung nach hat die IGM *„einen großen Erfolg erzielt"*. Der Abschluß sei eine *„Blamage gegenüber der Gewerkschaft"*. Ihren „Triumph" habe die IG Metall nicht etwa nach einem *„bitteren Arbeitskampf"* erstritten, *„er ist ihr von den Kontrahenten zu Füßen gelegt worden"*. Zudem seien die Arbeitgeber *„über ihre eigene Strategie gestolpert und gefallen"*.

Von Kapitalistenseite sei man davon ausgegangen, daß ein Abschluß *„wenigstens unter vier Prozent"* bleiben würde. Durch uneinheitliches Vorgehen sei es nicht gelungen, *„ein wegweisend niedriges Datum zu setzen."* Dies habe nicht nur zum besagten „Hauskrach", sondern auch zum *„Autoritätsschwund der Metallverbände gegenüber den Arbeitgeberkollegen in anderen Wirtschaftsbereichen geführt"*.

Unterm Strich bleibt an dieser Kritik, daß ein Verhandlungskreis von Gesamtmetall seinen Abschluß machte, obwohl zwei Verbände (Hessen und NRW) zuvor einen ähnlich lautenden Einigungsvorschlag aus Gründen der „Verbandsraison" abgelehnt hatten.

Im Grundsatz sind sich die Metallkapitalisten einig über ihren Erfolg, daß die IG Metall – erstmals nach dem Kriege – einem Tarifabschluß weit unter der Teuerungsrate zugestimmt hat.

Die Mehrheitsmeinung von Gesamtmetall – vorgetragen von Pleiger und Co. – ist jedoch, daß bei stärkerer „Verbandssolidarität" der Abschluß einige Zehntel Prozent tiefer hätte ausfallen können. Dies soll in Zukunft anders laufen. Gesamtmetallchef Thiele sieht in der jetzigen Kampagne der Kritiker eine *„hilfreiche Pression, organisatorische Änderungen durchzusetzen, die in Zukunft tarifpolitische Alleingänge eines regionalen Mitgliederverbandes verhindern könnten"* („Faz", 9.5.).

In diesem Sinne dient die jetzige öffentliche Diskussion einer stärkeren Straffung und Zentralisierung der Tarifpolitik von Gesamtmetall. Gesamtmetall rüstet sich, um im kommenden Jahr dem Ziel der „produktivitätsorientierten Lohnpolitik" einen weiteren Schritt entgegenzugehen. Nach den Erfahrungen der Lohnrunde '81 steht zu befürchten, daß die IGM-Führung hier nicht allzuviel entgegenzusetzen gedenkt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Tarif-Nachrichten

Lufthansa
Ungeklärt ist der genaue Tarifabschluß für die 20.000 Beschäftigten des Bodenpersonals. In den Schlichtungsverhandlungen lag ein Angebot von Lohnerhöhungen zwischen 3,9 % und 5,2 % (Schnitt: 4,3 %) vor. Bis 1983 soll der Jahresurlaub stufenweise auf sechs Wochen ausgedehnt werden. Die Tarifkommission der ÖTV hat der Schlichtung zugestimmt; die ebenfalls verhandelnde DAG will sich offenbar als konsequenter profilieren und hat abgelehnt. Der Lufthansa-Vorstand würde zustimmen, will aber nicht eher abschließen, bis eine Klärung mit b e i d e n Gewerkschaften erreicht ist. Er hat der DAG eine Fristverlängerung zur Annahme des Schlichtungsspruchs vorgeschlagen.

Textilindustrie
Das Unternehmerangebot von 4,2 % ist von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Bayern abgelehnt worden. Offiziell gilt noch die Forderung von 7 %, allerdings muß man kein Prophet sein, um festzustellen, daß hier nur noch um einige Zehntel-Prozente geschachert wird. Die Verhandlungen am 14.5. waren von zweistündigen Warnstreiks von 9000 bayrischen Textilarbeitern begleitet.

Metallindustrie
Nach der Tarifrunde will Gesamtmetall juristisch prüfen lassen, ob die Warnstreiks im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" der IG Metall rechtmäßig sind. Bereits während der Streiks hatte Gesamtmetall mit Klagen gedroht.

Eine Cola pro Überstunde — Kriegsrecht für Streikende

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) führte vom 5. bis zum 9. Mai eine weltweite Aktionswoche gegen Billig-Flaggen-Schiffe durch. Ziel war, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute auf solchen Schiffen durch mit der ITF abgeschlossene Kollektivverträge zu verbessern und für die Einhaltung der internationalen Schiffssicherheitsnormen einzutreten.

Immer mehr Reeder lassen ihre Schiffe in sogenannte „Offene Register" vorwiegend in Liberia, Panama, Singapur, Zypern und – mit gewissen Einschränkungen – Griechenland eintragen. Damit sind die Schiffe ausgeflaggt und der BRD-Rechtsordnung entzogen. Praktisch unterliegen sie dann keiner Rechtsordnung mehr und die Reeder entscheiden allein, welche internationale Übereinkommen sie noch akzeptieren.

Rechte für die Seeleute gibt es nicht. Teilweise existieren auf solchen Schiffen Straflisten für „Verfehlungen" der Kollegen, die an Bord aushängen. Wenn ein philippinischer Seemann für bessere Arbeitsbedingungen streikt, erwartet ihn zu Hause eine Strafe nach dem Kriegsrecht. An Bord des ausgeflaggten BRD-Schiffes „Bellatrix" verdiente z.B. ein Decksmann aus Bangla Desh 140 Dollar im Monat und je Überstunde 55 Cents (soviel kostet an Bord die Cola); in Extremfällen müssen die Matrosen nur für Kost und Logis arbeiten.

Daneben ist der Sicherheitsstandard auf Billig-Flaggen-Schiffen extrem niedrig. Die Unfallhäufigkeit mit solchen Schiffen ist überproportional hoch und gerade diese Schiffe sind es, die wesentlichen Anteil haben an der Meeresverschmutzung durch verbotenes Abpumpen von Restöl usw.

Erfolge der Aktionswoche

In der Aktionswoche kontrollierten ITF-Vertreter die Billig-Flaggen-Schiffe. Wenn die Mindestheuern der ITF nicht bezahlt wurden, sind die Schiffe bestreikt worden. Die Hafenarbeiter legten die Arbeit nieder und Hafenbetriebsräte standen Streikposten. Die bestreikten Schiffe wurden weder entladen noch konnten sie wieder auslaufen. Die Reeder hatten sich auf die Aktionswoche mit gefälschten Heuerlisten und massiven Einschüchterungen der Seeleute vorbereitet. In Einzelfällen sind sie rechtzeitig vor Beginn der Aktionswoche ausgelaufen. Trotzdem blieben einige Erfolge nicht aus:

- Die 70 Seeleute der „Blumenthal" und der „Bremerhaven" bekommen jeweils 2.000 DM Abfindung und die jetzige Heuer wird für bis zu sechs Monaten garantiert. Beide Schiffe werden verkauft und sollen dann unter Panama-Flagge mit philippinischer Besatzung fahren. Auch für die zukünftige philippinische Besatzung verlangt die ITF einen Heuertarifvertrag nach den Mindestsätzen der ITF.
- Für die Besatzung der „Rhine Ore" konnte die ITF 75.000 Dollar Heuernachzahlungen und den Abschluß eines ITF-Standardvertrages vereinbaren. Die 75.000 Dollar beziehen sich allein auf zwei Monate Fahrzeit für die 36köpfige Besatzung.
- Die Besatzung der „Roxana" bekam eine Nachzahlung von 200.000 DM.
- Über eine Woche lag die „Moselstein" (Panama-Flagge) im Hamburger Hafen fest. Offiziell bekamen die philippinischen Seeleute ITF-Heuern. Sie mußten dafür Quittungen unterschreiben, erhielten in Wirklichkeit statt 700 nur 200 Dollar. Erst nach einigen Tagen erklärte sich die Reederei zur Heuernachzahlung von 158.278 Dollar bereit. Das Schiff wird aber solange bestreikt, bis alle Arbeitsverträge geändert und bei der Seeleutebehörde in Manila registriert sind. Außerdem muß die Reederei auf sämtliche gerichtlichen Maßnahmen verzichten. Gerade die philippinischen Seeleute sind bis zuletzt massiv unter Druck gesetzt worden. U.a. riefen Angehörige von den Philippinen an und flehten, keine Vereinbarungen zu unterschreiben.
- Wegen erheblicher Heuernachzahlungen ist ebenfalls in Hamburg die „Khoobchand" bestreikt worden.

In dieser einen Aktionswoche ist schon einiges erreicht worden, vor allem ist noch einmal krass deutlich geworden, wie die Lebensbedingungen auf solchen Schiffen heute noch sind.

Die „Offenen Register" müssen geschlossen werden!





Streik im Hamburger Hafen auf der „Moselstein" u. auf der „Santa Fe"

Delmenhorst:

Erste Ergebnisse der 60 Kündigungsschutzklagen

Die Vereinigte Kammgarnspinnerei (VKS) in Delmenhorst hatte zum 31. März alle 837 Beschäftigte entlassen. Der Betrieb lief aber unter einem anderen Kapitalisten (Rehers) am nächsten Tag nahtlos weiter. Von Rehers waren aber nur 400 Beschäftigte wieder eingestellt worden und die auch nur dann, wenn sie bereit waren, ihre erhaltene Abfindung für 10 Jahre zinslos dem Kapitalisten zur Verfügung zu stellen (wir berichteten darüber im letzten AK).

Über 60 Türkinnen und Türken (in der Produktion waren fast ausschließlich Türken beschäftigt) klagten nun vor dem Arbeitsgericht gegen die Kündigungen und für Weiterbeschäftigung, da der Betrieb nicht stillgelegt, sondern nur von einem anderen Kapitalisten übernommen worden ist. Die ersten zehn Kündigungsschutzklagen sind am 15. Mai in der ersten Instanz verhandelt worden. In allen zehn Fällen entschied das Arbeitsgericht Bremen, daß die Firma Rehers die VKS teilweise übernommen habe. Aus dieser Betriebsübernahme folge, daß die Kündigungen unwirksam seien und die Arbeitnehmer hätten weiterbeschäftigt werden müssen. Das klingt eindeutig, aber trotzdem lehnte das Arbeitsgericht den Zweitantrag ab: Rehers ist nicht verpflichtet worden, die „ungekündigten" Arbeitnehmer weiterzubeschäftigen. Dagegen werden die „ungekündigten" Kolleginnen und Kollegen wohl weiter prozessieren. Außerdem gilt das Urteil nicht für die 400 Beschäftigten, die in der „neuen" Firma bereits weiterarbeiten, denn die hätten formaljuristisch ihr Arbeitsverhältnis zur VKS abgebrochen.

Dieses Urteil ist zunächst mal ein Erfolg (Kündigungen unwirksam), aber durch die Haken und Ösen der Bremer Arbeitsrichter wird sich für die Betroffenen erstmal nichts ändern.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hatte übrigens die gerichtliche Vertretung mit der Begründung „Keine Aussicht auf Erfolg" kategorisch abgelehnt.

Unabhängig von diesen Kündigungsschutzklagen hatte ein türkisches Betriebsratsmitglied der VKS den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gestellt. Der Antrag lautete auf Weiterbeschäftigung und Weiterausübung des Betriebsratsmandats. Zunächst diskutierten Richter und Verteidiger, ob der Antrag überhaupt statthaft sei, da gar kein VKS-Betriebsrat mehr existiere. Der Antrag wurde zugelassen. Inzwischen hatte auch eine Mitarbeiterin des Rechtsanwalts die VKS-Nummer in Delmenhorst angerufen. Dort hatte sich die Firma Rehers gemeldet. Als sie sich mit Betriebsrat verbinden ließ, hatte sie den früheren VSK-Betriebsratsvorsitzenden Horst Gebel an der Strippe. Gebel hatte sich ständig gegen Aktionen der Kollegen zur Erhaltung der Arbeitsplätze ausgesprochen. Gebel soll auch schriftlich versichert haben, daß es keinen Betriebsrat mehr gebe.

Trotzdem lehnte das Arbeitsgericht Bremen den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung ab. Auch in diesem Verfahren wird der türkische Betriebsrat weiter klagen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Entscheidung bei Krupp über Massenentlassungen nur vertagt

Auf den 10. Juni '81 hat der Aufsichtsrat der Krupp Stahl AG seine weitere Befassung des „Strukturkonzepts" vertagt. Die Entscheidung des Aufsichtsrats am 13.5., dem Abbau von ca. 5000 Arbeitsplätzen im Konzern nicht sofort zuzustimmen, fiel äußerst knapp mit 11 gegen 10 Stimmen aus, weil der Vertreter der iranischen Regierung (der Iran hält ca. 29 % der Krupp Aktien) mit den Arbeitnehmervertretern gestimmt hatte. Der 21. „neutrale" Mann, der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Prof. Krelle, stimmte für das „Sanierungs"-Konzept des Vorstands. Ca. 8000 Beschäftigte des Krupp-Konzerns demonstrierten vor dem Verwaltungsgebäude gegen die Stillegungen und Entlassungen in Bochum, Rheinhausen, Hagen und Siegen.

Der Krupp-Vorstand machte in einer Erklärung zur Vertagung des Aufsichtsrats deutlich, daß für ihn alle künftigen Entscheidungen von der Regierung in Bonn gefällt werden müssen und letztendlich nur die Neustrukturierung der gesamten europäischen Stahlindustrie in Brüssel entschieden werden muß. *„Aufsichtsrat und Vorstand erwarten, daß alsbald die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen hergestellt werden, die allen Stahlanbietern in der Europäischen Gemeinschaft gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen geben"* („Waz", 14.5.81). Gleichzeitig wird vom Vorstand wohlwollend anerkannt, daß *„der Aufsichtsrat ... die Realisierung der Stillsetzungsmaßnahmen für unumgänglich hält"* („Waz", s.o.).

Nachdem somit die europäische Subventionspolitik als Ursache und Begründung den Beschäftigten als notwendiges Übel vorgelegt wird, insgeheim der Aufsichtsrat schon mit einer deutlichen Einverständniserklärung eingesackt wird, hat der Krupp-Vorstand mit seiner Formulierung zusätzlich „einen Zahn zugelegt". Denn nicht mehr von Stillegung, sondern von Stillsetzen der entsprechenden Walzstraßen, Gießereien, Putzereien etc. ist jetzt die Rede. Das hat für die Krupp-Beschäftigten folgenschwere Konsequenzen. Abgesehen vom Verlust des Arbeitsplatzes hat eine Stillsetzung einer Abteilung den Makel, daß es nicht eine müde Mark Abfindung etc. geben wird. Bei Stillegung ist die Aufstellung eines Sozialplanes erforderlich, da gibt es Bundesbeihilfen etc., die Hauptlast müßte aber von Krupp getragen werden. Großzügigerweise soll der Krupp-Vorstand erklärt haben, die Aufstellung eines Sozialplanes wäre durchaus durchführbar – dafür wären aber vom Land und Bund mindestens 100 Mio DM als Unterstützung erforderlich.

Da liegt es ja wohl auf der Hand, wie dieses „Spielchen" ausgehen wird.

Die von SPD-Politikern aus Bochum vorgetragene Forderung nach Bildung einer Ruhrstahl AG (nach dem Vorbild der Ruhrkohle AG), ist inzwischen von der Bundesregierung einfach abgelehnt worden. *„Ein solcher Zusammenschluß würde die Probleme der Stahlindustrie nicht lösen"* (Staatssekretär Grüner aus dem Wirtschaftsministerium – „Waz", 14.5.81).

Im Düsseldorfer Landtag schlugen sich SPD und CDU am 13.5. gegenseitig auf die Köppe. Während die SPD-Regierung – in Übereinstimmung mit der Argumentation der Stahlunternehmer – alle Verantwortung für die derzeitige Lage der Subventionspolitik in anderen Stahlerzeugerländern der EG und der Schwäche der EG-Kommission, dagegen etwas zu unternehmen, anlastete, warfen CDU-Sprecher der Landesregierung vor, Worte, nichts als Worte produziert zu haben, sich nicht stark genug für einen wirksamen Schutz gegen Subventionen der Konkurrenz zu wehren und ein *„gerüttelt Maß Anteil an der Stahlkrise* (zu haben), *weil sie es versäumten, der Stahlindustrie preiswerten Strom aus Kernkraftwerken anzubieten"* („Frankfurter Rundschau", 14.5.81).

Für die Beschäftigten bei Krupp in Bochum, Hagen und Rheinhausen scheint die Lage düster. Denn außer dem Ruf nach staatlichen Finanzierungsbeihilfen, dem Ruf nach einer schnellen Entscheidung der EG-Kommission (was angesichts konkurrierender nationaler Interessen äußerst unwahrscheinlich ist) wird nicht ernsthaft um den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gekämpft.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft/ NRW



11000 Krupp-Arbeiter in Hagen (im Bild), Rheinhausen, Bochum und Krefeld beteiligten sich an den Demonstrationen gegen die geplanten Entlassungen.

Großes »Aufräumen« bei der Thyssen-Gießerei

Neben den seit langem bekannten umfassenden Umstrukturierungsplänen bei Estel-Dortmund (Hoesch) und dem damit verbundenen starken Verlust von Arbeitsplätzen und den unlängst veröffentlichten Sparmaßnahmen der Krupp-Stahl AG in Bochum und Hagen geht es jetzt auch für viele Kollegen der Thyssen Gießerei AG ans „Eingemachte". Die Thyssen Gießerei AG – das dritte Bein von Thyssen im Bereich der Stahlindustrie neben Thyssen Stahl in Duisburg (vorm. August Thyssen Hütte) und der Thyssen-Industrie – umfaßt 10 Werke mit einer Produktenpalette von schwerem Stahlguß bis hin zur Fertigung von Schaufeln für Flugzeugturbinen, Verkehrstechnik für schienengebundene Fahrzeuge (z.B. Bundesbahn) etc.

Als wohl einschneidenste Maßnahme können die Pläne angesehen werden, die in Gelsenkirchen dazu führen sollen, den „Schaler Verein" mit dem Gußstahlwerk Gelsenkirchen so durchzurationalisieren, daß dabei zwischen 1500 bis 2500 Arbeitsplätze dran glauben müssen (die schwankenden Zahlen ergeben sich aus der unterschiedlichen Interpretation der Rationalisierungsmaßnahmen durch IG Metall und Unternehmensvorstand).

Was die geplante Entlassung für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bedeutet angesichts der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in NRW und speziell im Ruhrgebiet (fast 2 % über dem Bundesdurchschnitt), liegt auf der Hand: mittel- bis langfristige Arbeitslosigkeit, da Ersatzarbeitsplätze derzeit nicht vorhanden und auch nicht vorgesehen sind. Konkret für Gelsenkirchen würde die Entlassung bedeuten, die „unangefochtene Spitzenposition" der Arbeitslosigkeit zu besetzen. Schon jetzt (Stand Ende April '81) beträgt die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen 8,1 %, *„obwohl mehr als 1000 kurzfristig über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte ehemalige Arbeitslose die Statistik aufpolieren"* („Waz", 15.5.81).

Die Werksleitung des „Schalker Vereins" spricht von „Strukturbereinigung, um aus den roten Zahlen der letzten Jahre herauszukommen" („Waz", s.o.). Dabei muß als Begründung dienen, daß ihr „feines" Konzept gescheitert ist. Mit Städtebauförderungsmitteln (Steuergeldern also) sollte eine Betriebsverlagerung in einen anderen Stadtteil finanziert werden. Thyssen versprach, dafür beim „Schalker Verein" eine neue Fertigung und die Produkte der Gelsenguß z.T. von der Henrichshütte in Hattingen zu übernehmen.

Doch für diese Betriebsverlagerung sind die Mittel der öffentlichen Hand nicht mehr da: die Werksleitung und Thyssen waschen ihre Hände in Unschuld – der „schwarze Peter" wird somit Politikern, der Landesregierung und der allgemeinen Finanzschwäche von Bund und Land zugeschoben. Erschwerend kommt hinzu, daß Gelsenkirchen trotz höchster Arbeitslosigkeit nicht in die 20 %ige Förderung von Gemeinschaftsaufgaben des Bundes aufgenommen wurde.

Nichtsdestrotrotz sieht es so aus, daß derzeit anderes angestrebt wird, als eine finanzielle Förderung über ein Sonderprogramm von Bund und Ländern. Dazu ist eine „ständige Thyssen-Konferenz der Stadt Gelsenkirchen" eingerichtet worden. Daß die Politiker den betroffenen Beschäftigten hier Sand in die Augen streuen, liegt auf der Hand: Helmut Schmidt hat unmißverständlich erklärt, daß *„wer Geld für die Stahlindustrie fordere, sagen müsse, wo man es an anderer Stelle im öffentlichen Haushalt einsparen wolle"* („Faz", 18.5.81). Beim Bund ist somit offensichtlich nichts zu holen. Stattdessen schlägt Helmut Schmidt vor, im Ruhrgebiet *„nun endlich neue Kohle- und Kernkraftwerke zu bauen"* („Faz", s.o.).

Und so soll in den anderen Werken der Thyssen Gießerei AG „durchgezogen" werden:
– Werk Oberkassel/Düsseldorf: Stillegung beschlossen, 300 Beschäftigte werden entlassen;
– Bergische Stahlindustrie/Remscheid: Schließung der Gießbereiche und Putzerei bis Ende '81, betroffen zwischen 60 bis 100 Kollegen;
– Werk Meiderich/Duisburg: Produzent von Kokillen, Eisen- und Stahlgußwalzen: Bedingt durch das Vordringen des Stranggußverfahrens werden die Absatzschwierigkeiten zum Herunterfahren der Monatstonnage und zu Entlassungen führen;
– Friedrich Wilhelm Hütte Mühlheim: Runterfahren der Monatstonnage von 1100 auf 800 Monatstonnen, entsprechende Reduzierung der Belegschaft. Ca. 200 sind geplant. Da aber gleichzeitig die BSI/Remscheid auf dem Gebiet der Fahrzeugtechnik zu Einstellungen gezwungen ist, sollen aus Mühlheim ca. 50 Beschäftigte dorthin ausgeliehen werden.

Die übrigen Werke des Gießereibereichs, Bochum, Moers, Verneis und Hattingen sind bisjetzt von Rationalisierungen und Entlassung nicht betroffen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft/ NRW

Krach bei Stahlkapitalisten

Mit großer Mehrheit hat der Vorstand der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl die Klöckner Werke Duisburg aus dem Verband ausgeschlossen. Hintergrund dieses Rausschmisses ist die ganz auf das eigene Unternehmen konzentrierte Produktionspolitik der Klöckner-Werke.

Deshalb kam dieser Schritt auch nicht überraschend. Schon im Herbst 1980 hatten die Klöckner-Werke auf eigenes Betreiben ihre Mitgliedschaft suspendieren lassen, um damit gegenüber der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl um die monatlich fälligen Meldungen der Produktionsziffern herumzukommen.

Den Ausschluß letztendlich ausgelöst hat die konstante Weigerung der Klöckner-Werke, sich an die von der EG-Kommission erlassene Quotenregelung zu halten. Hier forderte Klöckner eine um 100.000 Jahrestonnen höhere Quote und begründete dies mit der notwendigen Lebensfähigkeit der Bremer Hütte an der Unterweser. Dementsprechend hat sich Klöckner in den vergangenen Monaten nie an die von Brüssel vorgelegte Quotenregelung gehalten.

Gerade auf dem Gebiet der Warmbreitbandproduktion gibt es auf dem europäischen Markt zwar große Konkurrenz, die westdeutschen Stahlhersteller hatten sich aber nur zähneknirschend der EG-Quotenregelung unterworfen und hofften, daß der Geltungszeitraum nicht über den 30.6.81 hinaus verlängert werden würde.

Klöckners Alleingang soll nun als Begründung dafür herhalten, *„daß für diese Produktgruppe die unerwünschte amtliche Quotenregelung über den 30. Juni hinaus erhalten bleibe"* („Waz", 15.5.81).

Abzuwarten bleibt, ob nach dem Rausschmiß aus dem Verband die geballte Konkurrenz den Klöckner-Werken das „Leben schwer machen" wird.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft/ NRW

Betriebsrenten bei AEG um zwei Drittel gekürzt!

Über 10.000 Beschäftigte im AEG-Telefunken-Konzern mußten 1980 ihren Arbeitsplatz einbüßen. Erfolgreicher AEG-Sanierer war der neue Vorstandschef Dürr. Er hat sich jetzt eine neue Sanierungsvariante für den Weltkonzern einfallen lassen: dafür, daß künftig „nur" noch 5000 weitere Beschäftigte entlassen werden, müssen *„die Mitarbeiter, die im Konzern bleiben wollen, ... einen Beitrag zum Überleben des Konzerns leisten"* **(Dürr in „Die Zeit", 15.5.). 4,3 Milliarden DM sollen in den nächsten 10 Jahren bei den Betriebsrenten eingespart werden. Die Betriebsrenten, die zukünftig erworben werden, sollen um z w e i D r i t t e l gekürzt werden. Es ist makaber, daß über Rentenkürzung von den Arbeitern und Angestellten die Verringerung des Arbeitsplatzabbaus finanziert werden soll (ohne daß es hierfür allerdings Garantien gibt!). AEG liefert damit quasi ein Muster für den Staat, wie der zukünftig mit der Rentengestaltung umzugehen habe. Wie aus der Presse verlautet, soll der Gesamtbetriebsrat der Maßnahme zugestimmt haben, ohne daß überhaupt die Einigungsstelle angerufen wurde.**

Weitere 5000 Beschäftigte sollen ihre Arbeitsplätze verlieren. Vornehmlich betroffen sind die Werke:
– AEG Telefunken West-Berlin und Hannover (im Berliner Werk soll die Hi-Fi-Tunerproduktion und die Verstärkerproduktion eingestellt werden);
– die geplante Gefriertruhenfabrik in Mainz-Kostheim;
– in den Draloric Werken in Pfor und West-Berlin die Serienproduktion.

Des weiteren soll das Werk Leer (AEG-Büromaschinentochter Olympia) auf 450 reduziert werden, das Wilhelmshavener Werk steht „zur Diskussion". In diesem Fall hat das Land Niedersachsen – vertreten



Leer (Ostfriesland) : 1500 Beschäftigte von Olympia protestierten am 12.5. gegen die Entlassungspläne des AEG-Konzerns. Dabei besetzten sie demonstrativ eine Straßenkreuzung und belagerten das Rathaus.

durch Wirtschaftsministerin Breuel – finanzielle Mittel für die Sanierung zugesagt. Beim Neubau des West-Berliner Videowerks wird der Senat Millionenbeträge zuschießen („Die Zeit" 8.5.81).

Durch Investitionen, die wie im Vorjahr mit rund 500 Mio DM angesetzt sind, will Dürr auch in diesem Jahr *„eine im Vergleich zur Branche überdurchschnittliche Produktivität erreichen."*

Der Vernichtung von über 10.000 Arbeitsplätzen im letzten Jahr ist es zuzuschreiben, daß das *„AEG Management für 1980 auf eine Produktivitätssteigerung pro Beschäftigten von 10 % im Inland verweisen kann"* („FR", 12.5.81).

Doch damit nicht genug! Für weitere Rationalisierungen und Umstrukturierungen wird neues Kapital benötigt. Im Gespräch ist eine Kooperation mit einem kapitalkräftigen Partner.

Den Eintrittspreis für diesen Zusammenschluß sollen – wie auch bei anderen Zusammenschlüssen – die Beschäftigten von AEG durch die Rentenkürzung zahlen. Sie gilt für 67.500 Beschäftigte bei AEG, 7000 bei Telefunken und 2000 bei Kanis.

Wird das Vorgehen bei AEG zu einer neuen „Mode"?

Auch der Zusammenschluß Grundig/Phillips zog eine geringfügige Senkung der Betriebsrente der Grundig-Beschäftigten nach sich.

KB-Gruppe Nürnberg

Betriebsrätewahlen 1981

Bayer Leverkusen: Starke Verluste für die Opposition

Im neunundvierzigköpfigen Bayer-Betriebsrat wird die von einer Minderheit weitergeführte oppositionelle Liste nur noch mit vier Sitzen (bisher 10) vertreten sein. Mit 33 Sitzen erhielten die Kandidaten der offziellen IG-Chemie-Liste erneut die Mehrheit (1978: 31). Die 49 Betriebsratssitze teilen sich insgesamt 14 Listen. 60 Prozent der Beschäftigten beteiligten sich an der Wahl.

Die starken Stimmenverluste der Opposition waren vorprogrammiert. Unmittelbar vor der BR-Wahl hatte sich die Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat", die bei der Wahl 1978 auf Anhieb 10 von 49 Sitzen erreichte, gespalten. Die Mehrheit beschloß zur IG Chemie zurückzukehren, um hier eine konstruktive Politik zu versuchen. Die Minderheit gründete eine neue Oppositionsliste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit".

Ausschlaggebend für den Wechsel der Mehrheit war wohl, daß der umstrittene BR-Vorsitzende Weber auf den Posten des Chefs der Betriebskrankenkasse gewechselt war.

Allerdings gibt es bisher keine Anzeichen dafür, daß mit dem Ausscheiden von Weber auch eine Klimaverbesserung verbunden ist. Nach wie vor wird die Opposition vollkommen ausgeschaltet, woran sich zukünftig kaum etwas ändern dürfte.

Schlecht weggekommen sind die ehemaligen Oppositionellen außerdem bei der Listenaufstellung. Lediglich ein Übergetretener erhielt einen aussichtsreichen Listenplatz.

Zu befürchten ist jetzt zusätzlich noch, daß der 1978 am IG Chemie Beschwerdeausschuß gescheiterte Gewerkschaftsausschluß gegen die geschwächte Liste erneut versucht wird.

Bayer/Leverkusen/Gesamtergebnis

Liste	Stimmen
IG Chemie	11.848 (10.237)
DAG	2.264 (1.429)
Durchschaubarer BR	1.482 (3.548)
Christl. Gew.	1.137 (313)
Sonstige Splitterlisten (5)	2.163 (1.132)

Sitze	Sitze Arbeiter	Angestellte
33 (31)	18	15
6 (4)	-	6
4 (10)	2	2
2 (1)	1	1
4 (3)	3	1

4 (10) 2 2
2 (1) 1 1
4 (3) 3 1

in ( ) die Ergebnisse 1978

14 Ausschlußverfahren gegen Kollegen von Adler/Ffm

Auf Antrag des Betriebsratsvorsitzenden und des Sprechers der Vertrauenskörperleitung von Adler/Triumph hat die Frankfurter Ortsverwaltung ein Ausschlußverfahren gegen 14 überwiegend ausländische Kollegen eingeleitet. Den Kollegen wird gewerkschaftsschädigendes Verhalten bei der BR-Wahl vorgeworfen, weil sie auf einer eigenen Liste „Gewerkschafter für saubere und kämpferische Interessenvertretung" kandidierten.

Fünf ausländische Kollegen der oppositionellen Liste waren schon 1978 mit insgesamt 6 Sitzen in den Betriebsrat eingezogen. Mit Zustimmung der IGM-Betriebsratsmehrheit war danach der Listenführer Franco Valdes gekündigt worden. Er konnte jedoch 15 Monate später aufgrund eines erfolgreichen Gerichtsurteils in den Betrieb zurückkehren.

Beeinflußt durch lange Phasen von Kurzarbeit und Abfindungsaktionen in den Bereichen, wo die Liste den stärksten Einfluß hat, sank der Anteil der Liste auf vier Sitze.

Das Ausschlußverfahren war schon während der Wahl eingeleitet und dementsprechend ausgeschlachtet worden. Alle erhielten ein sofortiges Funktionsverbot.

Hiervon betroffen ist sogar eine Kollegin, die als Betriebsrätin mit einer Gruppe von IG Metallerinnen aus der Lohngruppe 2 einen Prozeß für gleichen Lohn führt.

Der erste Bevollmächtigte der IGM hat weiter angekündigt, daß gegen alle Kandidaten auf oppositionellen Listen Untersuchungsverfahren eingeleitet werden. Bei gleichzeitiger Schonung sozialpartnerschaftlich eingestellter Gewerkschaftsmitglieder versteht sich.

So weigert sich die Ortsverwaltung, etwas gegen acht IG Metaller, davon drei Mitglieder der Vertreterversammlung, zu unternehmen, die mit einem üblen Hetzflugblatt bei der Firma Teves gegen elf mit ihnen gemeinsam auf der IGM-Liste kandidierende Kollegen Wahlkampf gemacht haben.

Nach der Wahl haben es diese Leute sogar fertig gebracht, in Absprache mit der DAG einen Kandidaten dieser Gewerkschaft zum Betriebsratsvorsitzenden zu wählen, um einen fortschrittlichen, der DKP nahestehenden Metaller abzublocken.

Schering Westberlin: Funktionsverbot gegen rechte Spalterliste beantragt

Bei den Angestellten mußte die DAG Stimmenverluste hinnehmen und von bisher sieben Sitzen vier abgeben. Von diesem Stimmenrückgang haben offensichtlich eine neuangetretene Liste der Akademischen Angestellten und eine rechte Chemie-Liste um den langjährigen BR-Fürsten Pattusch profitiert. Ebenso wie die offizielle Chemie-Liste konnte die Spalterliste sechs BR-Mandate erringen. Bisher hatte die IG Chemie insgesamt neun Sitze.

Eine aus ehemaligen IG Chemie Mitgliedern bestehende Liste „Kontra" erhielt sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten jeweils einen Platz. Alle übrigen Sitze im Arbeiterbereich gingen an die IG Chemie.

Vom gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper ist mittlerweile ein Ordnungsverfahren mit dem Ziel eines Funktionsverbots gegen die rechte IG Chemie-Liste „Gemeinsam" beantragt worden.

Der Verwaltungsstellenvorstand, der sich bisher um eine klare Stellungnahme gedrückt hat, will sich im Juni mit dem Antrag befassen. Dadurch, daß die rechten Gewerkschafter den engeren Kontakt zur Verwaltungsstelle als die Vertreter der offiziellen Liste haben, bahnt sich eine Auseinandersetzung an, die noch spannend werden kann.

Protest gegen Gewerkschaftsausschlüsse bei Daimler/Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Mai 1981

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte, Euch dafür einzusetzen, daß völlig ungerechtfertigte Ausschlußverfahren aus der IG Metall gegen 6 Kollegen bei Daimler Benz, Bremen eingestellt werden.

Gegen die Kollegen läuft ein Ausschlußverfahren und von der Bremer Ortsverwaltung wurde gar das Ruhen ihrer Rechte und Pflichten als IG Metall-Mitglieder beschlossen. Und das, nachdem die Kollegen in der Persönlichkeitswahl bei Daimler Benz, wo ca. 96 % der Belegschaft IG Metall-Mitglieder sind, fast ein Viertel der Stimmen erhielten. (Im einzelnen erhielten die Kollegen F. 1.119, W. 1.068, H. 1.032, D. 1.025 Stimmen und wurden in den neuen Betriebsrat gewählt. Die Kollegen G. und A. erhielten 975 und 817 Stimmen.)

Bei der Betriebsratswahl '81 haben die Kollegen ihre Vorstellungen über die zukünftige Betriebsratspolitik der Belegschaft in einem Arbeitsprogramm schriftlich vorgestellt und ihre Listenplätze bekannt gegeben. Vor allem haben sie sich verpflichtet, die Belegschaft besser und schriftlich zu informieren, als es der alte Betriebsrat getan hatte. Und sie haben sich verpflichtet, keiner Maßnahme des Unternehmers und keiner Betriebsvereinbarung ohne Zustimmung der betroffenen Kollegen zuzustimmen.

Ihre Vorstellungen konnten die Kollegen der Belegschaft im Werk erst bekannt machen, nachdem sie sich gegen ein Verteilverbot ihres Arbeitsprogramms durch den Unternehmer mit Hilfe des Arbeitsgerichts durchgesetzt hatten.

Das Ruhen der Rechte und Pflichten als IG Metall Mitglieder ist eine Vorverurteilung der 6 Gewerkschafter und macht deutlich, daß man gewillt ist, gegen sie mit aller Härte vorzugehen.

Dabei ist ihnen in keiner Weise ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorzuwerfen oder gar nachzuweisen. Daß die Kollegen ihre Vorstellungen der Belegschaft schriftlich mitgeteilt haben und so für sich geworben haben, ist ein durchaus legitimes und auch in anderen Bremer Betrieben übliches Mittel der Wahlwerbung eines jeden Kandidaten zu den Betriebsratswahlen.

Ebenfalls vorgeworfen wird den Kollegen, daß sie sich nicht nur zur Betriebsratswahl schriftlich an die Kollegen ihres Werkes gewandt haben, sondern in einem Kollegenkreis im Werk mitarbeiten, der seit 1978 die Belegschaft mit einem Info unter der Bezeichnung: „IGM-Kollegen von Daimler informieren" informiert und versucht, aktiv zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im Werk beizusteuern.

Auch dies kann nicht verurteilt werden. Es ist doch zu begrüßen, wenn

sondern in einem Kollegenkreis im Werk mitarbeiten, der seit 1978 die Belegschaft mit einem Info unter der Bezeichnung: „IGM-Kollegen von Daimler informieren" informiert und versucht, aktiv zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im Werk beizusteuern.
Auch dies kann nicht verurteilt werden. Es ist doch zu begrüßen, wenn

sich Gewerkschafter in ihrer Freizeit treffen, ihre Probleme diskutieren und mit einem Info ihre Kollegen informieren und versuchen, das gewerkschaftliche Leben in ihrem Betrieb zu beleben.

Von der Bremer Ortsverwaltung wurde kein Beweis für das angeblich gewerkschaftsschädigende Verhalten der Kollegen vorgelegt. Außerdem muß sich die Ortsverwaltung fragen lassen: Warum sie nicht früher eingegriffen hat. Warum sie jetzt eingreift, nachdem die Kollegen wegen ihrer Arbeit von den Kollegen ihres Werkes gewählt wurden?

Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Euch auf:
Durch Eure Unterschrift, durch Resolutionen und durch Eingaben bei der Bremer Ortsverwaltung darauf einzuwirken, daß die Verfahren gegen die 6 Kollegen eingestellt werden.

Name	Gewerkschaft/Funktion	Unterschrift

Solidaritätserklärungen, Stellungnahmen usw. senden an:
Willi Elmers, Schreberstr. 8, 2800 Bremen
ferner an: IG Metall Ortsverwaltung, Vertrauenskörperleitungen Bremer Großbetriebe, die Presse

Opel Rüsselsheim: Stimmengewinne für die IG Metall

Erhebliche Stimmengewinne erreichte bei den BR Neuwahlen bei Opel Rüsselsheim die IG Metall. Die IGM steigerte ihren Stimmenanteil von 69,3 Prozent vor drei Jahren auf nunmehr 78,8 und wird damit zukünftig 42 der insgesamt 49 Betriebsratssitze einnehmen.

Die DAG verlor von ihren drei Sitzen einen. Die Besonderheit bei Opel liegt für die DAG darin, daß sie zwar keinen Angestelltenvertreter im BR hat, dafür aber zwei Vertreter im Arbeiterbereich.

Aufmerksamkeit erregte auch die Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Opel-Aufsichtsrat. Mit Hilfe von Abweichlern aus der IG Metall brachte die DAG einen Vertreter durch.

Wie bisher erhielt der CMV vier Sitze im neuen Betreibsrat. Von den übrigen Listen konnte nur eine Türken-Liste mit einem Bewerber in den BR einziehen.

Nicht mehr vertreten ist im Opel-Betreibsrat die „RGO", Auf dieser Liste, die von dem bisherigen „RGO" – Betriebsrat Atlila Özgüz angeführt wurde, hatten vier Kollegen kandidiert.

Daimler-Benz, Sindelfingen: BR-Wahl angefochten

Vor dem Arbeitsgericht in Stuttgart haben vier Arbeiter von Daimler Benz Klage gegen den Wahlvorstand erhoben. Dem Wahlvorstand wird vorgeworfen, die Kandidatur des jugoslawischen Bandarbeiters Kostadin Getov rechtswidrig verhindert zu haben.

Der Wahlvorstand hatte zwei von Getov eingereichte Listen wegen angeblich unleserlicher Stützunterschriften und unauffindbarer Unterstützer nicht anerkannt. In beiden Fällen wurde zudem die zur Korrektur von Mängeln vorgesehene Nachfrist nicht eingeräumt. Hinzu kommt, daß die vorgeschriebene unverzügliche Prüfung bis zum letzten Tag der Annahmefrist hinausgezögert wurde.

Stattdessen versuchten Mitglieder des Wahlvorstands mit massiven Beeinflussungen und offenen Drohungen die beabsichtigte Kandidatur zu verhindern. Zu diesem Zweck suchten zwei Vertreter des Wahlvorstandes und gleichzeitig IGM-Kandidaten das Ausländer-Wohnheim Niederwasen auf, um in Einzelgesprächen die Arbeiter zur Rücknahme ihrer Unterschrift zu bewegen.

Der von den vier Arbeitern beauftragte Rechtsanwalt Schlauch ist jedenfalls recht zuversichtlich: *"Die Beweisaufnahme wird ergeben, daß Unlauterkeit allein dem Wahlvorstand vorzuwerfen ist."* Der erste Gerichtstermin wurde auf den 7. Juli

jedenfalls recht zuversichtlich: "Die Beweisaufnahme wird ergeben, daß Unlauterkeit allein dem Wahlvorstand vorzuwerfen ist." Der erste Gerichtstermin wurde auf den 7. Juli

festgesetzt.

ÖTV-Pleite in einem Essener Krankenhaus

64% der Stimmen erhielt eine „Freie Liste" bei der Betriebsratswahl der Krankenschwestern der DRK-Schwesternschaft – 36 % die Liste der ÖTV. Von den 500 Schwestern beteiligten sich allerdings nur 24 % an der Wahl.

Die bisherige Betriebsratsvorsitzende Margret Preuß hatte aktiv an der Entwicklung einer Gewerkschaftsarbeit unter den Schwestern und vor zwei Jahren erstmalig an der Bildung eines Betriebsrates mitgewirkt. Als am 12. Februar auf einer Mitgliederversammlung der ÖTV die Liste für die Betriebsratswahl aufgestellt wurde, erhielt Margret Preuß den Listenplatz 1 unter 12 Kandidatinnen.

Am 24. Februar wurde sie beim ÖTV-Geschäftsführer Urbanski (SPD-Oberbürgermeister von Herne) vorgeladen. Grund: Die Kandidatur von Margret für die "Volksfront" zu den Bundestagswahlen 1980.

Am 13.März stellte der ÖTV-Kreisvorstand einen Ausschlußantrag aus der ÖTV. Prompt wurde sie von der ÖTV-Liste gestrichen, obwohl bereits Unterschriften für die Liste gesammelt wurden. Auf einer anschließenden Versammlung der Kandidatinnen solidarisierte sich die Mehrheit mit Margret, vier Kolleginnen verblieben auf der ÖTV-Liste, die übrigen acht bildeten die "Freie Liste". Eine aktive Kollegin der "Freien" wurde neue Betriebsratsvorsitzende, Margret verzichtete aus persönlichen Gründen auf diesen Posten und wurde ihre Stellvertreterin (Nach: Roter Morgen, 22.5.81).

ÖTV: Ausschluß wegen „Volksfront"-Mitgliedschaft

Bereits im November 1980 hat offensichtlich der DGB-Bundesvorstand die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die "Volksfront" ausgedehnt. Am 28./29. Januar 1981 übernahm der ÖTV-Hauptvorstand diesen Beschluß und wandte ihn erstmals gegen die VK-Vorsitzende in einem Duisburger Krankenhaus an (AK 196).

Am 5. Mai beantragte die ÖTV-Kreisverwaltung Karlsruhe gegen das Tarifkommissionsmitglied Harald L. ein Ausschlußverfahren wegen "Volksfront"- Kandidatur für die Bundestagswahlen.

Am 13. März wurde aus dem gleichen Grund gegen die Betriebsratsvorsitzende der DRK-Schwesternschaft in Essen von der ÖTV-Kreisverwaltung ein Ausschlußantrag gestellt (siehe dazu den Artikel zur BR-Wahl).

Kurios ist nun, wie die ÖTV-Kreisverwaltung Essen in ihrem Mitgliederrundbrief das Ausschlußverfahren gegen eine Kandidatin der – "Volksfront gegen Reaktion und Faschismus" erläutert: *"Aufgrund der Unvereinbarkeit beider Mitgliedschaften und der fehlenden Bereitschaft der Kollegin Preuß, sich von der 'Volksfront' zu distanzieren....*

... Warum die 'Volksfront' unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fällt, werden wir in einer späteren Mitgliederversammlung darlegen. Damit nicht der Eindruck entsteht, die Gewerkschaft ÖTV sei für Faschismus und Krieg, gegen Freiheit, Frieden und Abrüstung: Die Gewerkschaften des DGB und ihre Vorgänger waren immer Kämpfer für Frieden und Freiheit. Unabhängige Gewerkschaften sind Garanten für Demokratie".

So mutig mit vielen Worten rumgeschwafelt, ohne eine einzige ernsthafte Begründung für einen Gewerkschaftsausschluß darzulegen, heißt es weiter: *"... und Gewerkschafter haben als Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Faschismus und seiner Entstehung die wohl größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung geschaffen: die Einheitsgewerkschaft".*

Dieser ÖTV-Bürokrat hat seine Schwafel–Lektion gelernt.Warum allerdings ein Mitglied einer antifa-

gung geschaffen: die Einheitsgewerkschaft".
Dieser ÖTV-Bürokrat hat seine Schwafel–Lektion gelernt.Warum allerdings ein Mitglied einer antifa-

schistischen Organisation deshalb aus der ÖTV ausgeschlossen werden soll, weiß immer noch keiner!

Es ist höchste Zeit, die Ausschlußpraxis offen in den Gewerkschaften zu diskutieren, wenn jetzt die ÖTV offensichtlich allein aufgrund der Bundestagswahlkandidatur wieder zu solchen Unterdrücker-Methoden greift.(Zitate aus: Roter Morgen, 22.5.81).

Berichtigung zu AK 201

Auf den Betriebs- und Gewerkschaftsseiten in AK 201 sind uns zwei Versäumnisse unterlaufen:

1. Im Artikel "Reallohn-Abbau ohne Probleme" (Seite 32) ist eine Lohntabelle abgedruckt: es handelt sich um die Löhne im Tarifgebiet Nordbaden/Nordwürttemberg, die Tabelle haben wir der "KVZ" entnommen. Der Hinweis ist wichtig, weil sowohl die Lohnhöhe, als auch die Zahl der Lohngruppen in den einzelnen Tarifgebieten unterschiedlich sind.

2. Beim Artikel "Tauziehen um Patschkowski-Nachfolger" (Seite 35) ist die Quelle vergessen worden.Der Artikel stammt aus dem "Göttinger Stadtblatt" vom Mai 1981. Außerdem ist in diesem Komplex einiges verrutscht. Der kleine Artikel "Neues aus der IG-Chemie" sollte der Vorspann zum vorgenannten Artikel sein, die abgedruckte „Entschliessung" ist von den Delegierten der Verwaltungsstelle der IG-Chemie Hannoversch-Münden einstimmig angenommen worden.

Wir bitten um Entschuldigung.

B & G – Kommission

Trinkt Nicaragua-Kaffee

Keine Bohne aus El Salvador und Guatemala

Spätestens ab 1.6., mit Beginn der Kaffee-Boykott-Kampagne, ist Schluß mit Eduscho- und Tschibo-Sonderangeboten in linken Küchen. Von jetzt ab nur noch Nica-Kaffee! (Übrigens auch nicht teurer oder höchstens eine DM).

Darüberhinaus kann sich jeder aktiv an der bundesweiten Boykott-Aktion vom 1.- 3.6. beteiligen. Tschibo, Eduscho und andere Kaffee-Filialen gibt es genug. Überall soll Informationsmaterial verteilt und Nicaragua-Kaffee verkauft werden. Genauere Information gibt es über die örtlichen Mittelamerikakomitees.

In Hamburg findet ein weiteres Vorbereitungstreffen (für alle Interessierten) am 28.5.81 im Bolivianischen Konsulat im Widerstand statt. Morgens 9.00 Uhr (der 28. ist ein Feiertag).

Die Kaffee-Lobby scheint jedenfalls schon etwas beunruhigt angesichts der eingeworfenen Fensterscheiben in verschiedenen Kaffeeläden und angesichts der zunehmenden Boykott-Bewegung. Im einschlägigen Branchenblatt „Kaffee und Tee Markt" wird dazu aufgefordert, Artikel und Leserbriefe in die Presse zu lancieren, um die segensreichen Auswirkungen des westdeutschen Kaffeeimports für die Völker Mittelamerikas bekannt zu machen (siehe nebenstehender Abdruck). Zu der Frage, wer tatsächlich am Geschäft mit dem Kaffee verdient, hier noch einige Informationen und Zahlen:

Das Geschäft mit dem Kaffee

El Salvador, Guatemala und Nicaragua sind in hohem Maße von der Kaffeeausfuhr abhängig.

Diese Abhängigkeit hat sich in den letzten Jahren wesentlich vergrößert. Betrug der Kaffeeanteil an den Gesamtexporten El Salvadors 1974 noch 42,1%, so wurden 1979 bereits 61,3% der Exporterlöse durch den Export von Kaffee erreicht.

Ähnlich verlief die Entwicklung in Guatemala, das einen Anstieg von 30% auf knapp 50% zu verzeichnen hatte, während in Nicaragua etwa 1/3 der Exporterlöse aus dem Verkauf von Kaffee stammen. Für diese Länder ist die BRD nach den USA der zweitwichtigste Kaffeeimporteur. Ca. 20% des salvadorianischen Kaffee-Exports gehen in die BRD.

Sowohl in der BRD als auch in den USA beherrschen große Konzerne den Kaffeemarkt. So wickeln in den USA General Foods und Procter & Gamble zusammen über 50% des Einzelverkaufs ab. In der BRD verfügen Tschibo und Jacobs über einen Marktanteil von ebenfalls mehr als 50%. Die dritte und vierte Position nehmen Eduscho und Albrecht mit jeweils 12% ein. An fünfter Stelle steht der US-Multi General Foods (Onko/Haag). Für diese Firmen wirft der Kaffeehandel ungewöhnlich hohe Gewinne ab. So betrug der Nettogewinn vom Umsatz bei Tschibo 1979 4,8% und lag damit etwa doppelt so hoch wie in anderen Branchen.

Kaufkraftverluste

Die Entwicklung der Preise für die Einfuhren aus den Industrieländern und für die Exporte aus den kaffeeproduzierenden Ländern ist durch eine ständige Verschlechterung der Austauschverhältnisse für die Entwicklungsländer gekennzeichnet.

Gegenwert von 350 Sack Kaffee

1953	🚜🚜🚜🚜🚜
1962	🚜🚜🚜🚜
1967	🚜

Diese Verschlechterung der Austauschverhältnisse konnte zwar nach 1970 etwas gestoppt werden, doch schon wenige Jahre später verfielen die Rohstoffpreise im Verhältnis zu den Industriegüterpreisen wieder so schnell wie in den früheren Jahren.

Die Preiskurven des Kaffees, wie aller Tropenprodukte, haben immer schon den Fieberkurven eines Kranken geähnelt. Nie können die Herstellerländer feste Erlöse einplanen, über Nacht können alle Erwartungen ungültig werden.... Nicaragua zum Beispiel wird 1981 etwa 1,3 Mio Quintal Kaffee verkaufen. 1980 hätte das Land für diese Menge 180 Mio Dollar Devisen erhalten. Nach dem neuesten Preisstand wird das Land aber nur 115-120 Mio Dollar bekommen, es ergibt sich also ein Devisendefizit von ca. 60 Mio Dollar.

Ein Kilogramm Kaffee kostet in der BRD heute etwa 18 DM. Der Weltmarktpreis für Rohkaffee beträgt rund 5,65 DM pro Kilo. Nur 18% des Endverkaufpreises geht an den Produzenten. Ca. 30% des Preises für Rohkaffee fließen in Form von Steuern dem Staat El Salvador zu (in Guatemala über 40%, vergl. Guatemala-Artikel in diesem AK).

Bessere Preise könnten die kaffeeproduzierenden Länder erzielen, wenn sie verarbeiteten Kaffee anstelle von Rohkaffee ausführen könnten. Dies wird aber gezielt verhindert. Für die Einfuhr von Rohkaffee wird in der BRD entweder gar kein Zoll oder höchstens 5% Einfuhrzoll erhoben. Für verarbeiteten Kaffee beträgt der Zoll 12%.

Kaffee aus Nicaragua

Der Kaffee aus Nicaragua, der durch die Gesellschaft für Partnerschaft und Handel mit der dritten Welt (GEPA, Langobardenstr.65, 56 Wuppertal 2) importiert und nebst Informationen vertrieben wird, wird überwiegend von Kleinbauern produziert. Er wird über die von der Regierung geschaffene Encafe vermarktet, die faire Preise bezahlt, Gewinne von Zwischenhändlern ausschaltet sowie die Bauern nicht durch falsche Gewichte usw. betrügt. Die GEPA zahlt Encafe überdurchschnittliche Preise, die es Encafe ermöglichen, verschiedene soziale Projekte und Kooperativen zu fördern. Unterstützt durch den Kauf von Nicaraguakaffee den Aufbau des freien Nicaragua!

Informationen aus der Broschüre „Boykottiert die Kaffeekonzerne" El Salvador Komitee Münster



erhältlich bei allen Mittelamerikakomitees, linken Buchläden, oder: Informationsstelle El Salvador, Maisstr. 29, 8000 München

Für ein freies Mittelamerika





Nicaragua-Solidaritäts-Tage in Hamburg

Eine Ausstellung mit Bildern von Dieter Masuhr.
Ort: Bolivianisches Konsulat im Widerstand
Zeit: 10.6. - 16.6. und 20.6. - 2.7.81
Während der Ausstellung werden im bolivianischen Konsulat Abendveranstaltungen zu verschiedenen Themen angeboten – Programm:

10.6. 19.00 Uhr
Eröffnung der Ausstellung mit Dieter Masuhr, Bericht über seine subjektiven Erlebnisse im Krieg in Nicaragua, wo die Bilder entstanden.

12.6. 19.00 Uhr
Filmabend: „Nicaragua August 1979"

16.6. 19.00 Uhr
„Die Alphabetisierungskampagne in Nicaragua", Dias und Informationen

20.6. 19.00 Uhr
Lateinamerikanischer Literaturabend

23.6. 19.00 Uhr
Philip Agee – eine Diskussionsveranstaltung mit dem ehemaligen CIA-Agenten über LA

24.6. 19.00 Uhr
Das Chile-Solidaritätskomitee zeigt den Film: „Ricardo de Chile" und gibt Informationen.

25.6. 19.00 Uhr
Nicaragua Film „Victoria de un pueblo en armas"

30.6. 19.00 Uhr
Der Aufbau der Massenorganisationen in Nicaragua und ihre Bedeutung für den revolutionären Prozeß

1.7. 19.00 Uhr
Die Cubanische Freundschaftsgesellschaft zeigt Filme über die kulturelle Entwicklung in Cuba

2.7. 19.00 Uhr
Die LA-Solidaritätskomitees in Hamburg diskutieren über die Perspektiven ihrer Arbeit

USA- und BRD-Imperialismus in Guatemala

Anläßlich der Kaffee-Boykott-Kampagne, die nicht nur der Solidarität mit El Salvador dienen sondern ebenso Guatemala einbeziehen soll, bringen wir ein paar detallierte Aspekte zum „Wirken" des Imperialismus in diesem Land.

Die Vorgeschichte

1523 begannen die Spanier das Gebiet des heutigen Guatemala zu erobern und machten es in der folgenden Zeit zum Zentrum ihrer Kolonialverwaltung in Zentralamerika. 1821 wurden die zu einer Föderation zusammengeschlossenen Länder dieser Region von Spanien unabhängig. England, das Spanien als beherrschende Macht ablöste, hatte wenig Interesse an einem geeinten Mittelamerika. Vordringliches Ziel war es, ein wirtschaftliches Zusammenwirken der verschiedenen Staaten zu verhindern.

Stattdessen wurden ihnen von den Imperialisten spezielle Aufgaben zugewiesen und aufgezwungen. Guatemala erhielt seinen Platz auf dem kapitalistischen Weltmarkt als Rohstoffproduzent, hier sind besonders Kaffee und Bananen zu nennen (nach „ila-info"37). Es waren insbesondere die Deutschen, die nach 1828 begannen, die Plantagen für die Kaffeewirtschaft aufzubauen (nach „LAN" Nr. 91 März 1981).

Seit Anfang dieses Jahrhunderts traten die US-Konzerne an die erste Stelle der ausländischen Investoren. Hierbei sticht insbesondere die berühmt-berüchtigte „United Fruit Company"(UFC) hervor.

Sie erwarb große Ländereien an der Pazifikküste und kaufte 1915 den konkurrierenden Bananenkonzern ‚Cuyamel' auf. Immer wenn es in der folgenden Zeit Versuche von Regierungen gab, den Einfluß der UFC in Guatemala zurückzudrängen, wurden diese Regierungen unter Anstiftung und Mithilfe der USA weggeputscht. So geschah es 1921, als die Regierung versuchte, Verträge über Infrastruktur- und Elektrizitätsprojekte rückgängig zu machen; das wiederholte sich im Jahr 1954, als die Regierung Arbenz gestürzt wurde, weil sie von den 120 000 ha der UFC die 84 000 brachliegenden Hektar im Zuge einer überaus vorsichtigen Agrarreform, gegen Entschädigung (!), enteignete. An diesem eindeutig von den USA gesteuerten Putsch (die CIA trainierte in Nicaragua die Söldnertruppe, während der US-Botschafter in Guatemala die Militärs zum Putsch überredete) beteiligte sich auch die Hamburger Waffenfirma Cordes GmbH durch Waffenlieferungen.

BRD und Guatemala

Nach dem 2. Weltkrieg hatte es eine Phase geringeren deutschen Einflusses in Guatemala gegeben. Die dort lebenden Deutschen waren nach dem Kriegseintritt von Guatemala auf Seiten der USA und enteignet und zum Teil in die USA deportiert worden. Dies sollte aber keinesfalls über den ultrarechten, repressiven Charakter des damaligen Ubico-Regimes (1931-1944) hinwegtäuschen. Wie zu allen anderen lateinamerikanischen Regimes entwickelte die BRD auch zu Guatemala bald ausgezeichnete Beziehungen.

Sie blieb bis 1980 Waffenlieferant für das guatemaltekische Mörderregime. Aus einem Briefwechsel zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und amnesty (ai) von 1979 geht hervor, daß die BRD *„lediglich leichte Handfeuerwaffen (z.B. Pistolen) und Munition"* geliefert habe. ai wies damals zu Recht darauf hin, daß die Menschenrechtsverletzungen in Guatemala nicht mit Panzern sondern mit eben diesen Handfeuerwaffen begangen werden, die im militärischen Sprachgebrauch bis hin zur Panzerfaust reichen. Genauere Angaben über Art und Umfang der Lieferungen wurden verweigert („El Parcial", Nov.80). Inzwischen existiert eine Zusage der Bundesregierung, keine Waffen mehr zu liefern. Was diese Zusage Wert ist, muß sich noch zeigen. Mißtrauen ist allemal angebracht.

Nach der Tötung des bundesdeutschen Botschafters, Graf Spreti, verkündete Guatemala, daß gute Verbindungen zwischen dem BND und dem guatemaltekischen Geheimdienst bestünden („LAN" Nr.91, März '81). Heute ist alles, was an deutschen Firmen Rang und Namen hat, wieder in Guatemala vertreten: Beiersdorf, Bayer, Hoechst, Schering, Merck, Siemens, Hoch und Tiefbau AG, Lahmeyer usw.

Die deutsch-guatemaltekischen Wirtschaftsbeziehungen werden von der „Camara Oficial de Comercio e Industria Guatemalteco-Alemana" (Deutsch-Guatemaltekische Industrie und Handelskammer, Sitz: Guatemala-Stadt) koordiniert, einem Interessenverband von Geschäftsleuten. Eng mit dieser Organisation verbunden ist ein wichtiger Interessenverband der gualtematekischen Bourgeoisie, die „Associación de Amigos del Pais", ein Haufen der rechten Geschäftsleute und Großgrundbesitzer. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, der Deutsche Hans Horn, und sein erster Sprecher, Edmundo Nanne, sitzen auch im siebenköpfigen Direktorium der „Amigo del Pais" (Freunde des Landes, „LAN" Nr. 91). Dieser saubere Verein wird uns gleich noch einmal bei der Betrachtung des Verhältnisses USA-Guatemala beschäftigen.

Carter, Reagan und Guatemala

Ronald Reagans Wahl zum US-Präsidenten ist wie in allen lateinamerikanischen Diktaturen auch in Guatemala lebhaft begrüßt worden. Hatte doch den herrschenden Kreisen die sogenannte Menschenrechtspolitik Carters (z. B. zeitweiliger Stopp von Waffenlieferungen) gar nicht ins Konzept gepaßt. Während der Diktator Lucas García den US-Präsidenten Carter auf einer reaktionären Massenversammlung öffentlich als Kommunisten bezeichnete, wurden auch unter der Hand Verbindungen gegen

Fortsetzung nächste Seite

Die Kaffee-Kampagne beginnt zu wirken. Die Kaffee-Konzerne halten es offenbar bereits für geboten, eine „Gegenöffentlichkeit" zu schaffen. In der Branchenzeitung „Kaffee und Tee Markt" Heft 8, April 1981, fand sich folgende Empfehlung:

Kampagne gegen Kaffee aus El Salvador

In der letzten Zeit vermehren sich gewaltsame Aktionen gegen Kaffeegeschäfte und unsachliche Argumente gegen Kaffeefirmen im Zusammenhang mit El Salvador.

Nachstehend finden Sie einen kurzen Artikel mit der Bitte, diesen Ihren Lokalzeitungen zu übermitteln, sofern Sie dafür eine Möglichkeit sehen. Dies könnte auch in Form eines Leserbriefes geschehen.

Steine gegen die armen Leute von El Salvador

Eine wahrhaft bizarre Logik ist das, die Steine in die Schaufenster von Kaffeegeschäften fliegen läßt und die Türschlösser dieser Kaffeegeschäfte verschmiert, um auf diese Weise dem armen Volk von El Salvador zu helfen. Sollen nun die deutschen Kaffeeröster keinen Salvador-Kaffee mehr kaufen und so das kaffeeabhängige kleine Land aushungern?

El Salvador ist wirklich sehr klein. Mit ca. 21.000 qkm das kleinste Land in Zentralamerika und zugleich eines der ärmsten. Die rund 4,4 Millionen Einwohner leben überwiegend vom Kaffee-Export. Rund zwei Drittel der Exporteinkünfte stammen aus der Kaffee-Ausfuhr.

In El Salvador werden jährlich rund 3 Millionen Sack Kaffee geerntet und exportiert. Das ist viel für ein so kleines Land – ungefähr 5 % der Welt-Kaffeeausfuhr – aber doch bei weitem nicht genug, um alle richtig satt zu machen.

Die Bundesrepublik Deutschland importiert fast 900.000 Sack Kaffee aus El Salvador. Die Arbeiter dieses Landes geben sich die größte Mühe, den Kaffee besonders gut aufzubereiten, um dadurch zu versuchen, den Export in die Bundesrepublik zu vergrößern. Durch diese Kaffee-Exporte können sie die dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen und ihre bisher bescheidene Wirtschaft ausbauen.

Steine gegen Kaffeegeschäfte, wenn sie überhaupt etwas bewirken, können dieses schwierige und geduldige, aber einzig wirksame Bemühen nur behindern. Sie treffen den salvadorenischen Kaffeearbeiter direkt vor den Kopf.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Carter geknüpft und für Reagans Wahl zum Präsidenten gearbeitet.

Die ersten Kontakte zwischen Guatemala und dem Reagan-Clan waren indirekter Natur. Die „Amigos del País" engagierten die US-Beraterfirma Deaver & Hannaford für die Schaffung einer Guatemala-freundlichen Stimmung in den USA und im Reagan-Team. (Die Firma hat Erfahrungen mit ähnlichen Aufträgen aus Taiwan und Argentinien). Die Wahl dieser Firma hat aber noch einen wichtigeren Grund: Michael Deaver und Peter Hannaford waren Inhaber hoher Posten in Reagans Wahlkampfmannschaft. Sie schrieben seine Abhandlungen, Erklärungen, seine Radioprogramme und journalistischen Kolumnen. Die Firma dementierte natürlich energisch, daß der guatemaltekische Auftrag etwas mit ihrer Funktion im Reagan-Wahlkampf zu tun habe. Deaver: „ ... *obwohl die Ansichten Reagans mit den Interessen der guatemaltekischen Geschäftsleute übereinstimmen, ist dies nicht auf eine Anstrengung unsererseits zurückzuführen ... Reagan hatte bereits eine sehr solide und positive Meinung diesem Land gegenüber, lange bevor unsere Firma kontaktiert wurde.*"

Zu den Führungs-Mitgliedern der „Amigos del País" gehört auch Roberto Alejos Arzu, dessen Finca 1961 als Trainingslager für die Invasionstruppen der CIA auf Kuba diente.

Auch die „Guatemalan Freedom Foundation" gehört zu den Organisationen, die sich um ein gutes Verhältnis zwischen Guatemala und Reagan bemühen. In ihrem Vorstand befindet sich John Trotter. Er ist der ehemalige Lizenzträger von Coca-Cola in Guatemala, der für die Morde an den Aktivisten der Coca-Cola-Arbeitergewerkschaft verantwortlich ist (vgl. AK 192).

Weiterhin sind folgende US-Organisationen von Guatemala unterstützt worden: „Young Americans for Freedom", „Heritage Foundation", „Moral Majority" und „American Conservative Union". Weiterhin wurde vor einem Jahr eine neunköpfige US-Senatorendelegation in Guatemala empfangen.

Mitglieder von Reagans Beraterstab reisten nach Guatemala, darunter Roger Fountaine, General Daniel Grahm Belden Bell und Richard Allen.

Direkte Kontakte liefen über einen engen Vertrauten der Herren Horn und Nanne, nämlich über ihren Mitdirektor der „Amigos del País" Eduardo Carette. Reagan traf ihn im Sommer '80 zum Meinungsaustausch.

Vier Punkte wurden im wesentlichen zwischen der Reagan-Admini-

Mitdirektor der „Amigos del País" Eduardo Carette. Reagan traf ihn im Sommer '80 zum Meinungsaustausch.
Vier Punkte wurden im wesentlichen zwischen der Reagan-Admini-

stration und den herrschenden Kreisen Guatemalas ausgehandelt:

1. Waffen- und Munitionsverkäufe werden wieder aufgenommen.
2. Das Pentagon-Training für die Armee und Polizei wird wieder aufgenommen, insbesondere in Techniken für Geländetraining, Logistik und Verhöre (also Folter!).
3. Die US-Kritik an den Todesschwadronen wird zurückgenommen.
4. Es wurde die Hoffnung geweckt, daß militärisch interveniert würde, wenn der Volksaufstand sich weiterentwickelt und das Regime bedroht (nach „Guatemala Nachrichten", 1/81, und „LAN", 91, März 81).

Nach Wiederherstellung ausgezeichneter Beziehungen zur US-Regierung wird jetzt zugleich für das Land und sein Image geworben. Nicht nur aus Gründen der demokratischen Fassade, sondern vor allem um den Tourismus (zweitwichtigster Wirtschaftsfaktor Guatemalas) wiederzubeleben. Dazu wurde eine weltweite Werbekampagne bei dem US-Konzern Needham & Grohmann in Auftrag gegeben. Insbesondere in den USA, in Canada und in Europa soll für das „Land des ewigen Frühlings" geworben werden. In der BRD startete Guatemala schon 1979 eine Werbekampagne ganz besonderer Art: Da in bundesdeutschen Blättern immer noch zuviel über die wahren Verhältnisse in Guatemala zu finden war, wurden vom guatemaltekischen Tourismusinstitut gemeinsam mit den „Amigos del País" und der „Handelskammer" ausgesuchte Journalisten eingeladen. (u.a. Horst Bieber: „Die Zeit"; Hans-Jürgen Mahnke: „Die Welt"; Joseph Gabor: Iberoamerika-Verein Hamburg; Wilhelm Allgeier: dpa; Ewald Stein: „Handelsblatt"). Empfangen wurden die Gäste u. a. vom Arbeitsminister, vom stellvertretenden Verteidigungsminister und von Präsident Lucas Garcia. Mit den nach der Reise von den Journalisten produzierten Artikeln können die Gastgeber zufrieden sein. Da war dann wieder zu lesen vom Terror der Rechten und Linken, dem sich die Regierung verzweifelt zu erwehren sucht („LAN", Nr. 91).

Das wichtigste Standbein der guatemaltekischen Wirtschaft, der Kaffee, ist Gegenstand der Boykottkampagne, die die BRD-Solidaritätsbewegung vom 1. - 3. Juni durchführt.

Wer weiß schon, daß die BRD nach den USA der zweitgrößte Importeur guatemaltekischen Kaffees ist, daß auf Kaffee in Guatemala eine 30%ige Exportsteuer erhoben wird, aus der die Faschisten über 40 % ihres Haushaltes finanzieren.

Wer weiß schon, daß Tchibo, Aldi und Eduscho Kaffee aus El Salvador und Guatemala einführen, daß 85 % des guatemaltekischen Kaffeebaus von ausländischen Konzernen kontrolliert werden, wie z. B. der Hamburger Importfirma Rothfos, daß die Fedcocagua, eine Organisation, die auf genossenschaftlicher Basis einen

von ausländischen Konzernen kontrolliert werden, wie z. B. der Hamburger Importfirma Rothfos, daß die Fedcocagua, eine Organisation, die auf genossenschaftlicher Basis einen

alternativen Kaffeebau betreibt, 5 Jahre auf ihre Exportgenehmigung warten mußte, und daß die Mitglieder dieser Organisation oftmals auf den Abschußlisten der Militärs zu finden sind („FR", 11.3.81).

Lateinamerika-Kommission

SOHYO auf dem Weg zur Regierungsgewerkschaft

Die alljährliche Lohnrunde, in Japan Frühjahrsoffensive genannt, wurde zumindest bis Mitte der 70er Jahre immer von der SOHYO angeführt. Die SOHYO ist mit über 4,5 Mio. Mitgliedern (37 % aller organisierten Arbeitnehmer) die größte Dachorganisation der Einzelgewerkschaften und steht der Sozialistischen Partei JSP nahe. Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beherrschen die SOHYO zu etwa 80 %. Die SOHYO zeichnete sich bisher durch ihre klassenkämpferischen Positionen und ihr z.T. auch militantes Auftreten aus. Spätestens in diesem Jahr wurde deutlich, daß die Frühjahrsoffensive von den maßhaltenden, partnerschaftlichen Positionen der rechtsstehenden Gewerkschaftsverbände DOMEI bestimmt wird, die der DSP („Demokratische Sozialisten", die sich wenig von der regierenden LDP unterscheiden) nahesteht, und der JC (überwiegend Metallarbeiter). Dies schlug sich vor allem in den Lohnforderungen nieder. Vorausgegangen war die Bildung einer „Einheitsfront" durch die Führung der vier großen Gewerkschaftsdachverbände SOHYO, DOMEI, JC und CHURITSU ROREN.

Die gemeinsame Lohnforderung der Einheitsfront in diesem Jahr lautete 10 % mehr, die bisher vorliegenden Abschlüsse deuten dagegen auf durchschnittlich nicht mehr als 7,5 % hin (Stahl: 7 %, Automobil, Elektro: 8 %, Öffentlicher Dienst: 7,6 %). Diese Tarifabschlüsse haben jedoch so gut wie keine Leitlinienfunktion für die 80 % der in Klein- und Mittelbetrieben arbeitenden Bevölkerung. Hier liegen sowohl die Erhöhungen als auch das Lohnniveau erheblich niedriger als in den Großbetrieben, für die der o.g. Abschluß gilt. Demgegenüber lag die Inflationsrate im vergangenen Jahr bei 8 %. Da auch kein Inflationsausgleich für die Tarifvertragsdauer erzielt worden ist, wird die reale Verschlechterung der Löhne 1981/82 sehr hoch ausfallen.

Schon im Kalenderjahr 1980 waren die Reallöhne um 1,5 % gesunken. Ferner stehen Steuererhöhungen an, die im Durchschnitt 15 000 Yen (rund 150 DM) pro Kopf der Bevölkerung ausmachen werden. Das ist genau der Betrag der diesjährigen Lohnerhöhungen! Schließlich muß festgestellt werden, daß die starke Erhöhung der Arbeitsproduktivität um etwa 10% eine nominale Lohnerhö-

genau der Betrag der diesjährigen Lohnerhöhungen! Schließlich muß festgestellt werden, daß die starke Erhöhung der Arbeitsproduktivität um etwa 10% eine nominale Lohnerhö-

hung um knapp 20% (unter Berücksichtigung der Inflationsrate) ermöglicht hätte, ohne die Unternehmensgewinne anzukratzen. Stattdessen konnten die Unternehmer 20% höhere Gewinne im vergangenen Jahr verbuchen.

An der gemeinsamen 10 %igen Lohnforderung machte sich an der Gewerkschaftsbasis vor allem in der SOHYO eine spürbare Unzufriedenheit bemerkbar. So wurde beispielsweise auf dem 62. außerordentlichen Gewerkschaftskongreß der SOHYO im Februar dieses Jahres von mehreren Rednern starke Kritik geübt. Die Antwort des Generalsekretärs der SOHYO Tomizuka war mehr als eine Verarschung: „*10 % bzw. 20 000 Yen (rund 200 DM, Anm. AK) ist nur die Minimalforderung, und wir werden hartnäckig auf der Durchsetzung des vollen Betrages beharren*" („Rodo Joho", Nr. 88). Was daraus wurde, ist, daß der Höhepunkt der Frühjahrsoffensive, nämlich der Streik der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft KOKURO , diesmal ausblieb. Überdies ging der Lohn„kampf" der KOROKYO (Dachverband der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und bisher kampfstärkster Flügel und Hauptkraft in der SOHYO) zum ersten Mal in 17 Jahren ohne Streik zu Ende.

Arbeiter der DORO-Chiba im Streik zur Unterbindung des Treibstofftransports zum Flughafen Narita (am 6.3.1981)

Somit hat sich der Wunsch der japanischen Regierung, der Unternehmer und der gelben Gewerkschaftsfürsten nach einer „Frühjahrsoffensive ohne Streik" praktisch erfüllt. Der einzig bedeutsame Streik wurde von rund 300 Arbeitern/innen der privaten Eisenbahnergewerkschaft der Keisei-Linie (SOHYO zugehörig) am 22./23. April durchgeführt, nachdem die Kapitalisten eine Lohnerhöhung abgelehnt hatten.

Gewerkschaftsführung ermöglicht Krisenmanagement der Bourgeoisie

Gewerkschaftsführung ermöglicht Krisenmanagement der Bourgeoisie

Der Erfolg dieser „verwalteten Frühjahrsoffensive", wie sie von der japanischen Linken genannt wird, ist von unermeßlicher Bedeutung für die Politik des Kapitals angesichts der wachsenden Krisen nicht nur an der Lohnfront. Im Zuge der staatlichen Verwaltungs„reform" und der Staatssanierung stehen Massenentlassungen im öffentlichen Dienst bevor wie noch nie zuvor: 74 000 bei der nationalen Eisenbahn, 60 000 beim Fernmeldewesen, 50 000 bei der Post, 400 000 bei den Gebietskörperschaften und den lokalen Verwaltungen. Betroffen sind vor allem ältere Kollegen und Frauen. Ferner sind der forcierte Ausbau des Atomstaates, die verstärkte militärische Aufrüstung, umfangreiche Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen, die Einführung neuer Technologien in allen Bereichen und die wirtschaftliche Expansion im Ausland (vor allem in Entwicklungsländern) in vollem Gange.

Auf Regierungsebene konnte die LDP bei den letzten Ober- und Unterhauswahlen 1980 wieder eine stabile Mehrheit für ihre reaktionäre Politik gewinnen. In vielen Bereichen konnte sie sogar „Oppositionspolitiker" (insbesondere aus der DSP) als Bündnispartner gewinnen. Dieses Terrain wurde nicht unwesentlich auch von den Gewerkschaftsdachverbänden DOMEI und JC in den Rezessionsjahren seit 1975 verstärkt vorbereitet. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß diese Verbände aus Betriebsgewerkschaften der privaten Unternehmen bestehen, die sich durch sozialpartnerschaftliches Verhalten und Zurückhaltung bei Tarif- und sonstigen Verhandlungen auszeichnen, was dann zuweilen auch von Unternehmerseite „belohnt" wird. Die Funktionäre der Betriebsgewerkschaften erhalten in der Regel diverse Vergünstigungen vom Arbeitgeber und können ihre Funktion als Baustein für eine steile Karriere in

wird. Die Funktionäre der Betriebsgewerkschaften erhalten in der Regel diverse Vergünstigungen vom Arbeitgeber und können ihre Funktion als Baustein für eine steile Karriere in

der Unternehmensführung nutzen. Angesichts der Tatsache, daß alle Beschäftigten eines Unternehmens der Betriebsgewerkschaft beitreten müssen, obliegt den Gewerkschaftsfunktionären eine wichtige unternehmerische Führungsverantwortung.

In dieser Lohnrunde war es beispielsweise beim Nissan-Betrieb (Automobilhersteller) in Kawaguchi vorgekommen, daß eine Gruppe in der Betriebsgewerkschaft gegen zwei Kollegen, die auf einer betrieblichen Gewerkschaftversammlung gegen die gemeinsame Lohnforderung von 10% protestiert hatten, eine regelrechte Lynchjustiz ausübten. Seit dem 6. März werden diese zwei Kollegen fast täglich von Nissan-Gewerkschaftern bedroht, körperlich traktiert; ihnen werden Kündigungsgesuche zur Unterschrift vorgelegt, und seit neuestem werden auch ihre Familienangehörigen belästigt. Dies ist auch eine Erscheinung der immer wieder bewunderten japanische Betriebsharmonie! („Rodo Joho", Nr. 92).

Auf den ersten Blick erscheint es unverständlich, warum mit solcher Härte gegen nur zwei Oppositionelle vorgegangen wird (bei insgesamt 50 000 Nissan-Arbeitern/innen und 1200 im Kawaguchi-Betrieb). Doch soll hier anscheinend ein Exempel statuiert werden, um die unzufriedenen Arbeiter/innen einzuschüchtern. Die Gewerkschaftfunktionäre geben offen zu, „*es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die euch (die zwei betroffenen Nissan-Kollegen, Anm. AK) heimlich unterstützen*" („Rodo Joho", Nr. 91).

Obwohl noch kaum eine Öffentlichkeit geschaffen ist, sind solche gewerkschaftlichen Repressionen an der Tagesordnung. Von Arbeitern des Elektrokonzerns Toshiba wurde uns berichtet, wie schwer es ist, eine oppositionelle Betriebsarbeit zu organisieren, daß diese einer konspirativen Untergrundarbeit gleichkommt. Die großen Säuberungsaktionen in den Gewerkschaften Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre sind auch jetzt immer noch im Gang. Damals waren es in

Hochlohnländer – Niedriglohnländer

Arbeitskosten in der Industrie je Stunde 1980 in DM*

Land	insgesamt (einschließlich Nebenkosten)	Stundenlohn
Belgien	24,41	13,99
Schweden	23,96	14,40
Bundesrepublik Deutschland	23,40	13,36
Niederlande	23,16	13,05
Schweiz	21,76	14,80
USA	18,23	13,16
Italien	17,51	8,42
Frankreich	17,35	9,56
Österreich	15,10	8,03
England	13,30	10,19
Japan	12,35	9,82
Spanien	11,64	7,30

*umgerechnet zu Wechselkursen — Quelle: IW

Grundlage des „japanischen Wirtschaftswunders": Die Großbourgeoisie Japans und ihre Regierung haben es geschafft, die Stundenlöhne und sozialen Leistungen für die Klasse der Lohnarbeiter niedrig zu halten. Die Wirtschaftsgroßmacht Japan kann so zu den „Niedriglohnländern" gezählt werden. (aus: Welt, 15.5.81)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

erster Linie Kommunisten, jetzt sind es Gewerkschaftsoppositionelle, Flughafengegner, AKW-Gegner ...

Zwar sind die Bedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit in der Privatindustrie bedeutend schwieriger als im öffentlichen Dienst, doch die Rechtswende und die Repressionen sind auch hier in vielen Einzelgewerkschaften zu spüren: Über den Kongreß der ZENTEI (Postgewerkschaft) im September 1980 berichteten alle großen Tageszeitungen unter dem Motto von „der Wende zur flexiblen Linie". Dort wurde beispielsweise programmatisch die Verbesserung der Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehung und die Aufhebung der Bezirksautonomie beschlossen. Bei der KOKURO-Führung drückt sich die weiche Linie hauptsächlich in ihrer Unentschlossenheit aus, obwohl die bevorstehenden Massenentlassungen, Streckenstill-



Bullen schützen den Gewerkschaftskongreß der ZENDENTSU (am 26.8. 1980). Linke Gewerkschafter protestieren gegen die Rechtsentwicklung im öffentlichen Sektor.

legungen und 20,2 Mrd. Yen (0,2 Mrd. DM) Schadensersatzforderungen der nationalen Eisenbahngesellschaft wegen eines neuntägigen Streiks Ende 1975 um das Streikrecht im öffentlichen Dienst Anlaß genug sind, um die kampferfahrenen Arbeiter/innen der nationalen Eisenbahn zu mobilisieren und dem Staat und den Wirtschaftsbossen einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Auf dem 33. Gewerkschaftskongreß der ZENDENTSU (Fernmeldewesen) im Juni letzten Jahres zeigte sich schließlich, daß man nicht nur auf der Ebene der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem staatlichen Arbeitgeber bereit ist, sondern auch die reaktionäre und imperialistische Regierungspolitik der LDP von der Gewerkschaftsseite voll unterstützt. Wen wundert's, daß der fünftägige Kongreß nur unter starkem Polizeischutz durchgeführt werden konnte! („Rodo Joho", Nr. 77).

Trotz Protestdemonstrationen während des ZENDENTSU-Kongresses muß aber leider festgestellt werden, daß die innergewerkschaftliche Opposition im öffentlichen Dienst insgesamt – wenn auch bedeutend stärker als in den von DOMEI und JC beherrschten Betriebsgewerkschaften des privaten Sektors – immer noch unterentwickelt ist. In den SOHYO-Gewerkschaften dürfte die Hauptkraft der innergewerkschaftliche Opposition bei den Eisenbahn- und Postarbeitern/innen liegen. Allerdings können gerade hier die Repressionen noch drastischer werden, wie im Falle der zweiten nationalen Eisenbahnergewerkschaft DORO. Hiervon hatte sich die Sektion DORO-Chiba Ende 1978 abgespalten, da ihre aktive Unterstützung des Flughafenkampfes in Sanrizuka nicht toleriert wurde. Sogar nach dieser organisatorischen Trennung wurden Anfang 1979 mehrere Gewerkschafter der DORO-Chiba wegen ihrer Solidarität mit dem Sanrizuka-Kampf von ihren ehemaligen Kollegen der DORO in einem Stationsgebäude stundenlang belagert und bedroht.

Die Rechtsentwicklung in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes dürfte sich vor allem durch die offene Wende in der SOHYO-Führung verstärken. Auf dem 61. Kongreß der SOHYO im Juli 1980 wurde das Aktionsprogramm für die 80er Jahre verkündet. Es propagiert im wesentlichen die Bildung und Stärkung der Einheitsfront der Arbeiter/innen unter der Führung der vier großen Gewerkschaftsdachverbände. Dieser Block soll der Koalition aus den Parteien JSP, Komeito und DSP zum Wahlsieg verhelfen. Bis Mitte der 70er Jahre galt die SOHYO immer noch als Hauptkraft der kämpferischen japanischen Arbeiterbewegung. Sie vertrat den Standpunkt des Klassenkampfes und die Ziele des Sozialismus. Anfang der 60er Jahre trug sie sogar wesentlich zu den zum Teil militanten Massendemonstrationen gegen den AMPO-Vertrag (US-japanischer Sicherheitspakt) bei. Auf dem Gewerkschaftskongreß erklärte nunmehr der SOHYO-Generalsekretär Tomizuka, daß die Zeiten der AMPO-Kämpfe und Miike-Kämpfe (militanter Bergarbeiterkampf 1959/60 gegen Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen) längst „Phantombilder der Vergangenheit" seien. Man müsse sich an die veränderten Bedingungen anpassen, die Zeit des „Widerstandes und Protestes" müsse nun einer Zeit der „flexiblen Anpassung" weichen („Rodo Joho", Nr. 74, 75).

Die Veränderungen innerhalb der SOHYO werden in der bürgerlichen Presse als eine „Öffnung" gefeiert, nachdem sie sie lange Jahre teilweise als dogmatische, marxistisch-leninistische Organisation abgestempelt hatte. Ein Kongreßteilnehmer der KAMIPAROREN (Gewerkschaftsverband der Papier- und Zellstoffindustrie)



„Zerschlagt die ‚verwaltete Frühjahrsoffensive'! Tretet in den Streik!" Demo in Tokyo nach einer Versammlung linker Gewerkschafter (am 7..4.81)

berichtigte: *„Die 'offene SOHYO' hat nun die rechte Tür geöffnet, die andere Seite aber fest vernagelt"* („Rodo Joho", Nr. 74, 75). Auch die Formierung einer Einheitsfront der vier großen Gewerkschaftverbände bedeutet unweigerlich die Aufgabe einer Reihe von Klassenkampfzielen. Vor allem wird *„eine Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben und unorganisierten Arbeitern/innen links liegengelassen"*, so einer von ZENKO-KUIPPAN (sonstige öffentlich Bedienstete) (ebenda).

Es muß festgestellt werden, daß der Stabilisierungsprozeß des Rechtstrends in Staat und Gesellschaft (Wahlerfolg der LDP, Aufrüstung, Rationalisierungen, Abbau demokratischer Rechte, etc.) auch dem Wohlverhalten der rechten Gewerkschaftsverbände DOMEI, JC, CHURITSU-ROREN zuzuschreiben ist. In den Rezessionsjahren nach 1974 tat sich die SOHYO nur noch durch den Streik der KOKURO um das Streikrecht 1975 hervor. Nach dem erfolglosen Ausgang dieses Kampfes verhielt sich dann auch die SOHYO still. In diesen Jahren entstand das Vorbild vom fleißigen, selbstaufopfernden japanischen Arbeiter, das jetzt weltweit propagiert wird. Die Einbeziehung des einst schärfsten und gefährlichsten Systemgegners SOHYO in die Reihe der angepaßten, „vernünftigen" und partnerschaftlichen Kollaborateure des Kapitals dürfte, egal wie der nächste Wahlausgang sein wird, die derzeitige Entwicklung der imperialistischen Politik Japans nur festigen.

Asien-Australien-Kommission

Südkorea – Ein Jahr nach dem Aufstand von Kwangdschu

Als am 26. Oktober 1979 der verhaßte südkoreanische Diktator Park Dschung Hi von seinem Geheimdienstchef erschossen wurde, hatten viele Südkoreaner die Hoffnung, daß damit auch die jahrzehntelange Diktatur ihren Todesstoß erhalten hatte. Obwohl bereits im Dezember 1979 nach einer blutigen Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Militärs eine „harte" Fraktion die Macht übernahm, gab es doch in den folgenden Monaten eine gewisse Liberalisierung – zumindest im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren unter Park.

Nachdem es zu zahlreichen militanten Streiks und Demonstrationen gekommen war, machte das Militär allerdings deutlich, daß die Demokratisierung in Südkorea nur in engsten Grenzen stattfinden durfte. Am 18. Mai 1980 wurde das seit Parks Tod über einige Provinzen verhängte Kriegsrecht auf ganz Südkorea ausgedehnt. Das führte zu Massendemonstrationen in der Hauptstadt Seoul und der Hauptstadt der Provinz Cholla Namdo, Kwangdschu. Hier entwickelte sich die Protestbewegung innerhalb weniger Tage zum bewaffneten Aufstand, der dazu führte, daß die Bewohner ihre Stadt 9 Tage lang kontrollierten. Durch brutalsten Militäreinsatz, der über 2.000 Menschen das Leben kostete, wurde Kwangdschu schließlich am 27. Mai vom Regime zurückerobert.

Seitdem wurde mit brutaler Unterdrückung gegen jede Regung von Widerstand in Südkorea vorgegangen. In sogenannten „Umerziehungslagern" wurden zehntausende von Regimegegnern interniert. Hunderte von Aufständischen wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, zahlreiche sogar zum Tode.

Alle politischen Parteien wurden verboten, ihre Führer ins Gefängnis geworfen oder unter Hausarrest gestellt. Das sogenannte „Parlament" wurde aufgelöst, das Militär bekam fast uneingeschränkte Vollmachten.

Das rigorose Vorgehen gegen jede oppositionelle Regung hatte im Ausland zu zahlreichen Protesten gegen das südkoreanische Regime geführt. Insbesondere das Todesurteil gegen den prominenten ehemaligen Vorsitzenden der Neuen Demokratischen Partei, Kim Dae Dschung, hatte zu einer außenpolitischen Isolierung des Regimes beigetragen. Allerdings hatten insbesondere die Regierungen der USA, Japans und der BRD, die die Park-Diktatur stets vorbehaltlos unterstützt hatten, erkennen lassen, daß eine Aufhebung des Todesurteils und gewisse Schritte auf dem Weg zu einer formalen „Demokratisierung" genügen würden, um die Militärs wieder offen zu unterstützen.

Nachdem der oberste Gerichtshof das Todesurteil gegen Kim – ohne den Schatten eines Schuld-Beweises – noch einmal ausdrücklich bestätigt hatte, machte der Führer der Militärs, General Tschon Du Hwan, dann von seinem Recht der Begnadigung Gebrauch, und die Todesstrafe wurde in lebenslänglich Gefängnis umgewandelt. Damit war der Oppositionsführer zwar weiterhin politisch ausgeschaltet, aber die außenpolitische Isolierung konnte gelockert werden. Die japanische Regierung sagte umgehend einen bis dahin stornierten Kredit von umgerechnet 190 Millionen DM zu.

Im Februar dieses Jahres reiste Tschon Du Hwan dann als Präsident zu seinem Amtskollegen Reagan – übrigens der erste, der den frischgebackenen US-Präsidenten besuchen durfte. Dort wurde ihm versichert, daß das *„was in Südkorea vorgeht, eine innere Angelegenheit der Republik Korea ist"* („SZ", 4.2.81). Von der Carterschen „Menschenrechtspolitik" und einem eventuellen Abzug der US-Truppen aus Südkorea war natürlich keine Rede mehr, stattdessen hieß es in einem gemeinsamen Communique, Südkorea werde *„angemessene Waffen und Rüstungstechnik aus den USA erhalten"* (ebenda). Inzwischen gibt es hierzu auch konkretere Angaben. So sollen *„36 Kampfflugzeuge des Typs F-16 für rund 900 Millionen Dollar"* („FR", 29.4.81) geliefert werden.



Jugendliche rufen: „Laßt uns lieber zusammen aufstehen, als untätig dasitzen und sterben."

Trotz „Wahlen" keine Spur von Demokratie

Nach der Ausschaltung sämtlicher oppositioneller Politiker konnte das Militär dann im März '81 sogenannte Parlamentswahlen abhalten lassen. Es gab zwar eine Reihe von Parteien, die zugelassen waren, als regimekritisch kann man davon sicher keine bezeichnen. Die „Demokratische Gerechtigkeitspartei" von General Tschon erhielt von 184 zu wählenden Sitzen 90. Nach dem südkoreanischen Wahlmodus bekam sie als stärkste Fraktion noch einmal 61 „proportionale Vertreter" hinzu und stellt damit 151 der 276 „Parlaments"sitze („The Korea Herald", 27.3.81).

Im Vorfeld der Wahlen war schon deutlich geworden, daß hiermit nicht etwa eine ansatzweise Liberalisierung, wie es nach Parks Tod der Fall war, verbunden sein würde. Die Gewerkschaften wurden gewaltsam aufgelöst. Gegen Textilarbeiterinenn, die auf ihre elende Lage durch ein Sit-in aufmerksam machen wollten, wurde mit Polizeieinsatz und Verhaftungen vorgegagen.

Als ca. 300 Studenten am 19. März in Seoul gegen das Militärregime demonstrierten, wurde der Campus von 1.200 Bullen gestürmt und 70 Demonstranten festgenommen. Ihnen drohen Haftstrafen von drei bis sieben Jahren („FAZ", 20. 3.81). Erst jetzt wurde bekannt, daß nach den „Wahlen" mindestens vier Massendemonstrationen stattgefunden haben:

Neben der am 19. März kritisierten am 31. März rund dreihundert Studenten der Songyungwan-Universität die Wahlen als „hohlen Zauber". Am 19. April gab es eine ähnliche Demo an der National-Universität. Insgesamt sollen bei den Aktionen 356 Studenten vorübergehend festgenommen worden sein.

Anlaß waren Manipulationen bei den ohnehin vorprogrammierten Wahlen, bei denen *„die Wahlorganisatoren den Wählern bereits fertig angekreuzte Wahlzettel ausgehändigt hatten, und viele Wähler den Wahlvorgang mehrfach wiederholen ließen"* („FR", 14.5.81).

Die Wirtschaftskrise verschärft sich

Eine Stabilisierung des Regimes hängt vor allem auch von der Sarnierung der südkoreanischen Wirtschaft ab. Die Lage der in den letzten zehn Jahren als „asiatisches Wirtschaftswunder" bestaunten Exportindustrie des Landes ist allerdings alles andere als rosig. Waren die Exporte zwischen 1961 und 1977 noch um 40 - 50 % pro Jahr gestiegen (von 40 Millionen auf 10 Milliarden Dollar!), so ist hier seit 1979 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen:

Im ersten Jahresdrittel 1979 stieg das Bruttonationalprodukt noch um 13,1 %, im zweiten um 10,3 % und im letzten um 5 %. Im ersten Drittel 1980 gab es – zum ersten Mal seit 16 Jahren! – ein Ansinken um 1,7 %. Gleichzeitig steigen die Auslandsschulden rapide an. Betrugen sie 1978 noch 14,8 Milliarden Dollar, waren es im März 1980 bereits 21,8 Milliarden! Für Jahresende 1980 wurden 30 Milliarden Dollar an Auslandsschulden geschätzt, bei einem Handelsbilanzdefizit von 6 Milliarden. Gleichzeitig steigt die Inflationsrate, die derzeit bei 50 % liegt. Die Arbeitslosenrate liegt bei 5,6 % der „aktiven Bevölkerung", wobei aber nur die Familienoberhäupter gezählt werden. In der Automobilindustrie, einem Lieblingskind der südkoreanischen Industrialisierung, besteht nur eine Auslastung der Kapazitäten von 32 %; 62 % der Arbeitskräfte wurden bereits entlassen.

Gleichzeitig strömen die Opfer der „Landreform" in die Städte, da die staatlich festgesetzten Reispreise nicht einmal die Erzeugerkosten decken. Allein 1978 verließen 9000.000 Bauern die Dörfer und wanderten in die Slums der Städte ab, wo sie das Heer der Arbeitslosen noch vergrößern.

Die Arbeitsbedingungen, besonders in der Textilindustrie spotten nach wie vor jeder Beschreibung. Die Löhne sind so niedrig, daß sie selbst an die japanischen bei weitem nicht heranreichen (Angaben zur wirtschaftlichen Situation nach „sudestasie" 6/81 und 8-9/81).

Da angesichts der derzeitigen Lage in der Weltwirtschaft keine baldige Verbesserung der Situation in Südkorea zu sehen ist, sind weitere soziale Konflikte vorprogrammiert. Studentenunruhen waren dafür schon oft die ersten Vorboten.

Asien/Australien-Kommission

Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution (II) —

Das große Roll-back

Die Schüler und Studenten, Arbeiter und Bauern, die in der Kulturrevolution zu Millionen auf die Straßen gingen und das politische Bild Chinas beherrschten, rebellierten nicht gegen einen abstrakten, nur auf die ideologische Ebene beschränkten Revisionismus, der irgendwo ganz oben in der Staats- und Parteiführung um sich zu greifen drohte. Sie rebellierten vor allem gegen die Restauration bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken, die sie selbst tagtäglich am Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfahren hatten. Viele von ihnen hatten schon in den Jahren zuvor gegen diese Verhältnisse protestiert und waren von massiven Repressionen betroffen gewesen.

Nach dem angeblichen „Scheitern" der maoistischen Politik der „Drei Roten Banner" um 1960 (Generallinie des sozialistischen Aufbaus, „Großer Sprung" nach vorn in der Industrie und Einrichtung den Volkskommunen) waren die Rechten in Partei- und Staatsapparat auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen (1) dazu übergegangen, emanzipatorische Ansätze des „Großen Sprungs" zurückzudrangen und der „Steigerung der Produktion" unterzuordnen. Dabei griffen sie auf „bewährte" kapitalistische Methoden zurück und entwikkelten sich selbst zu einer „Neuen Bourgeoisie", die mehr und mehr Machtpositionen an sich brachte.

Auf dem Lande ...

... waren die Volkskommunen die wesentliche Neuerung des „Großen Sprunges" gewesen. Wichtige Bestandteile der Volkskommunen wie die Volkskantinen und andere Gemeinschaftseinrichtungen mußten nun aufgegeben oder reduziert wer-
die Volkskantinen und andere Gemeinschaftseinrichtungen mußten nun aufgegeben oder reduziert wer-
den. Die Produktionsbrigade (die nächstkleinere Einheit) übernahm alle wesentlichen politischen und ökonomischen Funktionen der Volkskommune. Andererseits wurden Privatland und private Viehzucht ebenso wie privater Handel und private Kleinbetriebe wieder zugelassen. Viele Bauern arbeiteten praktisch nicht mehr für die Kommune, sondern stürzten sich in alle möglichen Privatgeschäfte. Die Folge war eine rasche **Klassendifferenzierung**, denn diejenigen Familien, die ihre Produktion steigern konnten, waren auch bei der Kreditvergabe und den staatlichen Lieferungen bevorzugt und konnten sich verstärkt im Handel betätigen. Unter der Hand bildete sich eine Schicht reicher Bauern und Händler heraus, die sich zunehmend mit den neu aufs Land geschickten Technikern und Agrarfachleuten zu einer neuen ländlichen Bourgeoisie verband.

Zugleich verloren die armen Bauern an Einfluß in Parteikomitees und Verwaltung. Die zumeist von ihnen getragenen Volksmilizen verkümmerten. Oftmals gerieten sie in erneute Abhängigkeit (bis hin zu faktischen Pachtverhältnissen!) von der sich herausbildenden Kulakenklasse. Andere mußten sich als Wanderarbeiter verdingen oder in den Städten Arbeit suchen.

Begleitet und angeheizt wurde die Restauration durch Aussagen von Parteirechten wie dem Finanzminister und stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, Li Xiannian: *„Wenn wir die Bauern selber machen lassen, dann wird sich die Mehrheit dafür entscheiden, zu privatwirtschaftlichen Verhältnissen überzugehen"* (2). Offen wurde propagiert: *„Es gibt nun einmal Kommunemitglieder, die über viel Arbeitskraft und finanzielle Mittel verfügen und die zudem Erfahrung in privater Geschäftsführung besitzen. Laßt sie ihre eigene Wirtschaft betreiben und so schnell wie möglich Resultate erzielen"* (3).



Die Erschließung der Erdölfelder von Datjing spielte Anfang der 60er Jahre eine wichtige Rolle bei der Verselbständigung Chinas gegenüber der Sowjetunion.

Die Erschließung der Erdölfelder von Datjing spielte Anfang der 60er Jahre eine wichtige Rolle bei der Verselbständigung Chinas gegenüber der Sowjetunion.

Getreu der von Deng Xiaoping ausgegebenen Devise: **„Wir sollten alles mitmachen, was die Produktion hebt. Ob schwarz oder weiß, alle Katzen sind gute Katzen, wenn sie nur Mäuse fangen!"**, wurde auf der Ende Februar '62 stattgefundenen „Westgebäude-Konferenz" des erweiterten Politbürovorstandes (an der Mao nicht teilnahm) die Bearbeitung der Felder wieder an Einzelfamilien zurückgegeben.

Das Ausmaß der Reprivatisierung war erheblich: Zwar betrug der Anteil des Privatlandes an der gesamten Nutzfläche 1962 nur 5 - 10 %. Jedoch wurden 30 % des Getreides auf diesem Land erzeugt (4). 80 % aller Schweine, 90 % des Geflügels und der überwiegende Teil der Gemüselieferungen wurden auf Privatland produziert (5). Im Durchschnitt lagen die Anteile des privaten Einkommens am bäuerlichen Gesamteinkommen zwischen 30 und 42,5 % (6). Dabei gab es regionale „Spitzen"; in Guizhou und Sichuan soll beispielsweise der Anteil des privaten Ackerlandes größer als der der Kollektive gewesen sein (7).



Die Produktion kleiner Maschinen gehört zu den Aufgaben der Volkskommunen. Hier werden Dieselmotoren für die Dörfer hergestellt.

Dieser nunmehr geradezu galoppierenden Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse auf dem Lande stellte ab Sommer '62 Mao den Aufruf entgegen: **„Nie den Klassenkampf vergessen! ...** *Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. ... Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, täglich darüber sprechen ..."* (8). Das sollte Aufgabe der **„Sozialistischen Erziehungsbewegung"** sein.

Gemäß den „Ersten Zehn Punkten", die Mao im Mai '63 durchsetzte, sollten die armen und unteren Mittelbauern zum Kampf gegen die „neuen bourgeoisen Elemente" mobilisiert werden, *„um eine vollständige und sorfältige Überprüfung des Rechnungswesens, der Lagerhäuser, des Eigentums und der Arbeitspunkte"* (das waren die konkreten Ansatzpunkte für die Klassenprivilegien der „neuen Bourgeoisie") vorzunehmen. *„Entscheidungen und Verfügungen bei allen wichtigen Problemen müssen durch volle Diskussionen unter den Massen gemacht werden. Während des Ablaufs der Bewegung muß den Massen Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten voll zur Geltung zu bringen, Kritik an Fehlern und Mängeln zu üben, schlechte Leute und Handlungen offenzulegen"*. Träger der Massenbewegung sollten eigenständige Organisationen armer und unterer Mittelbauern sein.

Quasi als Ausführungsbestimmungen für die „Ersten Zehn Punkte" wurden im September '63 unter Leitung von Deng Xiaoping und Peng Zhen die „Zweiten Zehn Punkte" erstellt. Die Fraktion um Liu Shaoqi exerzierte dabei klassisch vor, wie bei verbaler Anerkennung der Direktiven Maos die Zielsetzung der Sozialistischen Erziehungsbewegung in ihr direktes Gegenteil verkehrt wurde.

Nach den „Zweiten Zehn Punkten" mußte die Führung der SEB fest in den Händen der Kreisparteikomitees liegen. *„Ob Organisationen armer und unterer Mittelbauern ihre normale Arbeit ausführen können und ob sie immer sinnvoll fungieren können, wird durch die Parteiführung entschieden"*. Die zur Umsetzung der Kampagne auf die Dörfer geschickten Arbeitsgruppen der Partei mußten sich in erster Linie auf die örtlichen Partei-Einheiten beziehen. Damit war aber oftmals der Bock zum Gärtner gemacht. Die lokalen Parteikader, denen die Kontrolle über die Bewegung übertragen wurde, waren nämlich selbst in vielen Fällen schon Bestandteil der ländlichen Bourgeoisie geworden. *„Während der ganzen Bewegung sollte die Aufmerksamkeit darauf verwandt werden, die politische Begeisterung und die Arbeitsfreudigkeit der Massen zu kanalisieren, um die Kollektivwirtschaft und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion (einschließlich der kollektiven Nebenproduktion) zu konsolidieren"* (9). Die Steigerung der Produktion wurde von den Parteirechten zum einzigen Kriterium über den Erfolg oder Mißerfolg der SEB erhoben.

In der Praxis konnten sich die Arbeitsgruppen oft nicht einmal ein einigermaßen realistisches Bild von den Klassenverhältnissen im jeweiligen Dorf machen, da ihnen gefälschte „Statuslisten" vorgelegt wurden, in denen die neuen Kulaken als arme Bauern firmierten. Die Organisationen armer und unterer Mittelbauern blieben unter strenger Kontrolle der lokalen Parteileitung, nicht selten wurden auch reiche Bauern mit der Führung dieser Verbände betraut.

Keineswegs angesagt waren kritische Diskussionen: *„Wenn die Massen die Funktionäre kritisieren, können diese die Massen nicht mehr erfolgreich führen. Es ist in Ordnung, wenn die höheren Gremien die Funktionäre kritisieren. Wenn dies aber die Massen tun, wird alles chaotisch werden"* (10). Präziser kann das direkte Gegenteil von Massenlinie überhaupt nicht formuliert werden.

Weitere Versuche der Parteilinken, mit Kampagnen „Lernt von der Volksbefreiungsarmee" und dem „23 Punkte-Beschluß" (der sich erstmals gegen „Machthaber, die den kapitalistischen Weg einschlagen" richtete), revolutionäre Massenkämpfe zu initiieren, wurden letztlich in ähnlicher Weise unterlaufen.

Mehr als alles andere beweist das Verhalten der Rechten in Partei und Regierung in diesen konkreten Kämpfen, daß sie keineswegs die Politik seit 1961 als (durch die Verhältnisse erzwungenen) befristeten Rückzug sahen. Ein Vergleich mit der von Lenin konzipierten „Neuen Ökonomischen Politik" in der Sowjetunion, die mit wirtschaftlichen Zugeständnissen an die rückständigen Bauernmassen die Grundlage für das Klassenbündnis Arbeiter — Bauern für den Aufbau des Sozialismus sichern sollte, ist so nicht möglich.

In der Industrie ...

... wurde versucht, eine Steigerung der Produktion mit materiellen Anreizen und kapitalistischem Management durchzusetzen. Der Ausbau der materiellen Anreize ging Hand in Hand mit dem Abbau politischer Schulung und Diskussion in den Betrieben. Das wurde auch ganz klar formuliert als politische Linie ausgegeben: *„Die Kader, die politische Arbeit betreiben, sollen sich auch um die Probleme der Wirtschaft bekümmern, besonders über die wirtschaftlichen Pläne der Partei. Sie müssen sich ganz klar darüber sein, daß die Wirtschaft den Vorrang vor politischen Fragen besitzt"* (11). Und der stellvertretende Minister für das Bauwesen, Liu Yü-ming, erklärte: *„Wir müssen die Gehaltsstufen ausweiten. Wir brauchen eine Politik, die die politische Arbeit mit materiellen Anreizen verbindet"* (12).

In den Betrieben entwickelte sich eine schärfere Differenzierung. Ein ausgeklügeltes Bonus-, Prämien- und Akkordsystem wurde eingeführt. Besonders ausgezeichnete Arbeiter, Angestellte und Kader erhielten auch andere Sondervergünstigungen, etwa bessere Wohnungen. Die Lohnskala verbreiterte sich.

Ein breiter Angestelltensektor wuchs heran, der Überwachungs- und Leitungsfunktionen wahrnahm. In der Pharmazeutischen Industrie etwa verdoppelte sich die Zahl der Angestellten innerhalb von weniger als fünf Jahren (13). Während der Kulturrevolution stellte ein Arbeiterrebell dazu fest: *„Alle Betriebsleiter und Chefs, alle Direktoren und Werkmeister sollen zum Teufel gehen! All diese Überwacher haben an der produktiven Arbeit sowieso nicht teilgenommen. Für jeden Arbeitsgang gab es z[illegible] Meister und einen Sekretär,*
duktiven Arbeit sowieso nicht teilgenommen. Für jeden Arbeitsgang gab es z Meister und einen Sekretär,
die [illegible] Sache nur zuschauten" (14).

Daneben bildete sich eine „Arbeiteraristokratie" der festangestellten Facharbeiter heraus, die relativ hohe Löhne erzielte und eine gute soziale Versorgung (Sozialversicherung, Krankenversorgung, Wohngelder, Kinderzuschüsse etc.) genoß.

Die Kosten der ganzen Entwicklung trugen zwei Gruppen in der Arbeiterklasse, die Vertragsarbeiter und die Jungarbeiter bzw. Lehrlinge.

Mit der Ausweitung des „zweistufigen Arbeitssystems" wurden neben den festangestellten (Fach-) Arbeitern auch Vertragsarbeiter eingestellt, die meist vom Land kamen, jederzeit wieder entlassen werden konnten und weder Kündigungsschutz noch die sonst üblichen sozialen Absicherungen besaßen.

Damit konnten die Betriebsdirektoren Einstellungen und Entlassungen ganz nach kapitalistischen Prinzipien regeln. Im Plandokument für den 3. Fünfjahresplan wurde gefordert, die Einzelbetriebe sollten bemüht sein, die „regulären Arbeiter" um ca. 30 % zu verringern und durch die weit weniger kostspieligen Vertragsarbeiter zu ersetzen (15). 1964 und 1965 erreichte der Anteil der Saisonarbeiter in manchen Industriezweigen, so in der Wasser- und Energiewirtschaft, ca. 50 %, und bei Arbeiten, die keine Qualifikation erforderten, sogar 80 - 100 %. (16). Die Zahl der festangestellten Stammarbeiter betrug damals 11 - 12 Millionen.

Auch Lehrlinge und Jungarbeiter hatten unter der Differenzierung in den Betrieben zu leiden. Da die Zahl der Jugendlichen in China sehr hoch ist (die Bevölkerung wächst jährlich um 16 Millionen Menschen!), andererseits aber nur eine begrenzte Zahl von (qualifizierten) Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, mußten die Jugendlichen oftmals, anstatt eine solide Ausbildung zu erhalten, Handlangerdienste leisten und gaben häufig noch lange nach Beendigung der Ausbildungszeit billigste Arbeitskräfte ab.

Fortsetzung nächste Seite

"Realer Sozialismus"

Für den industriellen Aufbau insgesamt propagierte Liu Shaoqi das Prinzip: *„Ihr müßt von den Kapitalisten lernen, Banken im westlichen Stil eröffnen, den Komprador spielen. Sie haben Erfahrung, ihr müßt von ihnen lernen"* (17).

Den Betrieben müßte mehr Spielraum für ein eigenständiges Management eingeräumt werden. Zugleich wurde durch die Bildung von großen Trusts eine Zentralisierung auf mittlerer Ebene gefördert (1965/66 gab es in China 12 nationale und 27 örtliche – den Provinzbehörden unterstellte – Trusts). Als einziger Maßstab der industriellen Entwicklung galt die Produktionsleistung eines Betriebs; ja, noch weitergehend hieß es: *„Ungeachtet der Tatsache, daß das Gewinnprinzip seine Mängel hat, ist es schließlich der Qualitätsmaßstab für die gesamte Arbeit des Unternehmens"* (18).



Wandzeitungen und Diskussionen im Betrieb – während der Kulturrevolution eine Selbstverständlichkeit

Das System der strikten Ein-Mann-Leitung (d.h. ein einziger Kader ist für die Leitung eines Betriebs, einer Abteilung etc. nach oben verantwortlich) wurde wiedereingeführt, nachdem es 1954/55 abgeschwächt und in der Periode des „Großen Sprungs" völlig abgeschafft und durch das Prinzip der kollektiven Leitung ersetzt worden war. Im Verlauf eines oder mehrerer Jahre fanden in immerhin 40 % der in einer Studie untersuchten Betriebe Wahlen zur Betriebsleitung statt, vor allem in den relativ kampfstarken Eisen- und Stahl-Großbetrieben. Dabei stand allerdings in der Regel nur ein Kandidat für einen Posten zur Wahl (19).

Die Leitung der Betriebe lag immer ausschließlicher bei den Betriebsdirektoren, während der Ein-

(19).

Die Leitung der Betriebe lag immer ausschließlicher bei den Betriebsdirektoren, während der Ein-

fluß der Betriebsparteikomitees immer mehr zurückging. Das von Deng Xiaoping gelenkte Parteisekretariat sprach an die betrieblichen Basisorganisationen der Partei ausdrücklich die Empfehlung aus, in Produktionsangelegenheiten äußerste Zurückhaltung zu üben. Auch innerhalb der Parteikomitees vollzog sich ein Wandel; die schon erwähnte Studie spricht davon, daß in der Mehrheit der untersuchten Betriebe kein einziger Arbeiter im Parteikomitee war, in den übrigen nicht mehr als etwa 10 % (20).

Die neue Politik in der Industrie zeitigte noch ein weiteres Ergebnis: Die während des „Großen Sprungs" entstandenen kleineren Industrie- und Infrastrukturprojekte, vor allem auf dem Lande, ließ man allmählich absterben. So waren bis 1961 von einzelnen Volkskommunen Lokalbahnen mit einem Schienennetz von etwa 4000 Kilometern gebaut worden. Damit sollte die ländliche Infrastruktur von der Basis her entwickelt werden. Nach der revisionistischen Wende wurden die Mittel schrittweise gekürzt und schließlich ganz gestoppt, die Bahnen wurden eingestellt oder langsam verfallen gelassen.

Damit wurde auch eines der Hauptziele der Politik des „Großen Sprung" liquidiert: der Versuch nämlich, die „Ausbeutung" des Landes zugunsten einer raschen Akkumulation für den Aufbau der industriellen Zentren zumindest teilweise durch die Entwicklung von Industrien zu ersetzen, von denen die Bauern auch unmittelbar selbst profitierten.

Verwaltung

Die natürliche Hauptbasis für die Herausbildung der „neuen Bourgeoisie" in China waren die staatlichen Apparate. Begünstigt wurde das durch die konkrete Entwicklung der chinesischen Revolution. Als die KPCh in den letzten Jahren vor ihrem endgültigen Sieg 1949 von ihren Ausgangsbasen auf dem Lande her in die Städte einrückte, sah sie sich vor enorme Anforderungen gestellt, was qualifizierte Kader für die Übernahme von technischen- und Verwaltungsfunktionen anging. Beispielsweise gab es in Kanton, einer Stadt mit 1,5 Mill. Einwohnern, zur Zeit der Befreiung nur etwa 100 Parteimitglieder. Aus dieser Mangelsituation heraus mußte eine große Zahl alter bürgerlicher Bürokraten auch in leitende Positionen einfach übernommen werden. Dadurch gab es starke Einflüsse bürgerlicher Praktiken und Verhältnisse in den Verwaltungsapparaten.

Auch später waren diese „Spezialisten" wohlgelitten. Chen Pixian, einer der Sekretäre des Pekinger Stadtkomitees, versicherte ihnen: *„Ihr braucht an der sozialistischen Revolution gar nicht teilzunehmen, wenn ihr nur keine Opposition betreibt. ... Es gibt Leute, die ein anderes Temperament haben und ihr Denken nicht ändern wollen; wenn sie keinen aktiven Widerstand leisten und mit der Partei gehen, ist alles in Ordnung"* (21).

Die forcierte Herausbildung neuer Kader konnte an der bestehenden Situation nur wenig ändern (zum System der Ausbildung siehe unten). Durch die Vorherrschaft bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken konnten oftmals „an sich" antibürokratische oder „Anti-Rechtsabweichler"-Kampagnen zu Kampagnen zur Säuberung der Bürokratie von unbequemen Kritikern umgedreht werden. Arbeiter-

oder „Anti-Rechtsabweichler"-Kampagnen zu Kampagnen zur Säuberung der Bürokratie von unbequemen Kritikern umgedreht werden. Arbeiter-

und Bauernkader, die noch in der Tradition des revolutionären Guerillakrieges standen, wurden als „Rechtsabweichler" etc. bezeichnet und zur Umerziehung aufs Land oder in die Fabrik geschickt. „Säuberungslisten" stellten sicher, daß diese Kader nicht anderswo wieder eingestellt wurden.

Ein besonders krasses Beispiel für diese Ausrichtung war der Bereich der Sicherheitsbehörden und der Justiz, der unter der Leitung von Luo Ruiqing (zugleich Generalstabschef der VBA) stand. Während der Kulturrevolution ging der „Fall der beiden Chen" breit durch die rotgardistische Presse. Chen Po und sein Stellvertreter Chen Kun übernahmen nach der Befreiung die Leitung der Sicherheitsbehörde in Kwangtung. Im Gegensatz zur Zentrale in Peking verfolgte die Kantoner Behörde in ihrer Politik die Massenlinie. Ende 1949 ernannte daher der am sowjetischen Vorbild orientierte Luo Ruiqing seinen Vertrauten Tan Chengwen zum Behördenchef, Chen Po wurde zum Stellvertreter degradiert. Tan zog eine ganze Reihe von Beamten aus Peking nach sich und setzte sie in wichtige Positionen ein. Als das nicht ausreichte, um die Politik der Behörde grundlegend zu ändern, setzte Luo eine geheime Fünfer-Kommission (unter Vorsitz von Tan) ein, die Chen Po eine Agententätigkeit nachweisen sollte. Das zusammengestoppelte Material war aber derart fadenscheinig, daß zahlreiche Kader an diesen Methoden Kritik übten. Sie wurden nun ihrerseits auf die schwarzen Listen gesetzt und im Laufe der folgenden Jahre aus ihren Ämtern verdrängt, manche auch aus der Partei ausgestoßen.

Die Kampagne wurde weitergeführt, das ganze zu einem „schweren Fall von internationalen Spionage- und Agentencliquen" aufgebaut. Als der Fall schließlich vor Gericht gebracht wurde, war das Beweismaterial so miserabel, daß Luo selbst in Kanton erscheinen mußte, um doch noch die Terrorurteile gegen die beiden Chen durchzudrücken: Chen Po erhielt 10 Jahre Einzelhaft, Chen Kun 8 Jahre.

Das in den Behörden verbreitete Klima bezeichneten die Rotgardisten später als „Sklavenmoral": *„Die bürokratische Elite hat nichts anderes im Sinn, als daß die Kader blindlings und absolut den Befehlen von oben gehorchen ... Sie will die Parteimitglieder und Revolutionäre in zahme Ja-Sager verwandeln, die jeden Befehl entgegennehmen"* (22). Einer der mittleren Kader stellte später selbst fest: *„Wir waren darauf abgerichtet, nur ja und Amen zu sagen. Alles kam darauf an, als ein gutes Parteimitglied und ein guter Kader zu gelten"* (23). Kritik oder gar revolutionäre Rebellion waren nicht gelitten, es galt die absolute Autorität des jeweiligen Vorgesetzten.

Die Provinzparteichefs hatten sich oftmals die gesamte Partei und Verwaltung untergeordnet und regierten sie wie „unabhängige Königreiche". Um „ihre" Bürokratie zu säubern, mußten sich die Verwaltungschefs auf allen Ebenen willfährige „Helfershelfer" schaffen, die die Schmutzarbeit für sie erledigten und dafür in die entsprechenden Positionen gehievt wurden; brachten sie die geforderten Leistungen, konnten sie sich einer raschen Beförderung sicher sein.

Hoffmann spricht von einem „ausgedehnten Patronagesystem", das z.T. sogar *„ganz an den Praktiken der alten Patrimonalbürokratie anknüpft, der Familienversorgung eine wichtige Amtspflicht bedeutet"* (24). Gerade die Besetzung von Posten nach dem Verwandschaftprinzip wurde von den Roten Garden immer wieder angegriffen.

Als Instrument der realen Machtausübung innerhalb der staatlichen Apparate fungierten oft an den Parteikomitees vorbei sogenannte „Bürokonferenzen", in denen die Parteispitze zusammen mit ausgewählten bürgerlichen Fachleuten im kleinen Kreis die anstehenden Entscheidungen fällte. Dabei konnten die bürgerlichen „Spezialisten" ihre „Fachkompetenz" voll zur Geltung bringen.

Gesteigerten Ausdruck fand die Korrumpierung der Führungskader in den „Klubs für höhere Kader". Wichtige Themen wurden dort außerhalb der eigentlichen Strukturen der Partei und der Kontrolle der Basis völlig entzogen von führenden Parteikadern und bürgerlichen Spezialisten

halb der eigentlichen Strukturen der Partei und der Kontrolle der Basis völlig entzogen von führenden Parteikadern und bürgerlichen Spezialisten

erörtert. Im Club des Pekinger Stadtkomitees z.B. verkehrten regelmäßig Deng Xiaoping, Peng Zehn, Luo Ruiqing und Wan Li (einer der stellvertretenden Bürgermeister) sowie weitere Mitglieder des Stadtkomitees und die Chefs der Kommunistischen Jugendliga. Die neue Elite, die im Club ein und aus ging, verstand – den Schilderungen der Rotgardisten zufolge – durchaus zu leben. Man ließ sich das Mittagessen oder die Abendtafel aus den ersten Hotels kommen, lud Künstler etwa der Peking-Oper zu Privatvorstellungen etc. Von einer Reihe von führenden Funktionären wurde bekannt, daß sie ein ausgesprochenes Luxusleben mit Sportwagen, Villen, Jagdpartien oder Festgelagen führten. Von der Yenan-Zeit, in der auch die höchsten Kader die Lebensbedingungen und die Not des Volkes teilten, war nicht viel übrig geblieben.

Das Erziehungswesen ...

... war der zentrale Ansatzpunkt für die Kulturrevolution. Hier waren die völlig gegensätzlichen Positionen schon seit Anfang der 50er Jahre offen formuliert und ausgetragen worden, so daß die Rotgardisten 1967 von einem „17jährigen Kampf zwischen den beiden politischen Richtungen an der pädagogischen Front" sprachen. Die Kämpfe im Vorfeld der Kulturrevolution hatten hier die größte Schärfe erreicht. Auch sind diese Auseinandersetzungen erheblich besser dokumentiert als die in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Ein erstes Schulsystem war in China bereits während des Bürgerkrieges in den befreiten Gebieten, besonders in Yenan, aufgebaut worden. Es war eng an den Notwendigkeiten des Guerilla-Krieges ausgerichtet, verband theoretisches Studium mit praktischer Arbeit zur Erwirtschaftung des Lebensunterhalts und einer intensiven politischen Schulung und Diskussion.

Nach der Befreiung mußte ein landesweites Erziehungssystem aus dem Boden gestampft werden, das möglichst rasch und zahlreich die Kader für den Aufbau Chinas (vor allem auf wirtschaftlichen Gebiet) ausbilden sollte. Dafür wurde das sowjetische Erziehungssystem direkt übernommen, sowjetische Fachleute waren als Berater beim Aufbau der Schulen und als Lehrer tätig, das Lehrmaterial wurde einfach aus dem Russischen übersetzt usw. In der Anwendung brachte das Sowjet-Modell einen extremen Wettbewerb unter den Schülern, massiven Leistungsdruck und eine zunehmende Entpolitisierung des Unterrichts. Zugleich wuchs die Entfremdung der Schüler und Studenten von den realen Lebensbedingungen der Massen, das Studium wurde reine Fachbüffelei.

Schon 1950 griff Mao die „Verbürgerlichung" der Schulen und Hochschulen an und kritisierte die Massenferne, zu der diese Art von Ausbildung führte. Zunächst konnte er sich damit jedoch nicht durchsetzen. Erst 1957-60 wurden die Verhältnisse an den Schulen von Grund auf umgestaltet. Die Schüler sollten direkt an der Produktion teilnehmen, die Schulen sollten eigene Betriebe haben, auf dem Lande ihre Lebensmittel selbst produzieren. Jede Fabrik sollte einer Schule werden, jede Schule eine Fabrik.

1961/62 setzten sich dann erneut die Rechten durch. Schon 1959 war auf einer Konferenz zur Erziehungsarbeit gefordert worden: „Das Studium muß an erster Stelle stehen" (25). Die Hochschullehrer und die Ministerialbürokratie jammerten über angeblichen Verfall der Lernmoral und niedriges Niveau der Ausbildung.

Am 7.2.61 konnten sie auf einer Sondersitzung des ZK zu Erziehungsfragen die „Sechzig Punkte zur höheren Erziehung" durchsetzen. Darin wurde das ganze höhere Erziehungswesen auf das Ziel der Qualifizierung von Spezialisten festgelegt.

Zur inhaltlichen Ausrichtung bemerkte der stellvertretende Ministerpräsident und Kulturminister: *„In unserem Land besitzt das Bürgertum mehr Bildung und Wissen als irgendeine andere Klasse. Wenn wir nicht vom Bürgertum lernen, wird es nicht möglich sein, das Bildungsniveau der*

eine andere Klasse. Wenn wir nicht vom Bürgertum lernen, wird es nicht möglich sein, das Bildungsniveau der

proletarischen und ländlichen Massen zu heben" (26). Die alten bürgerlichen Pauker wurden geradezu gehätschelt: *„Wer sein Leben lang als Erzieher tätig war, sei es als Lehrer, sei es als Schulleiter, der wird bei uns hoch geehrt werden. Es ist in der Tat nur der Fachmann, der eine Schule kompetent verwalten kann und gute Schüler hervorbringt"* (27). Außer den Ehren wurden für diese Leute auch Prämien und Sondervergünstigungen bei „guter Leistung" eingeführt.

Den „Fachmännern" wurde auch wieder die inhaltliche Gestaltung der Lehrmaterialien übertragen; diese liefen hinaus auf die *„einseitige Betonung von Wissen und Können sowie eine hochgradige Schwächung der politischen Bewußtseinsbildung ... Die Frische, unkonventionelle Unterrichtsweise aus der Zeit der Erziehungsrevolution wurde nun vollständig beseitigt"* (28).

Schulangelegenheiten wurden vielerorts wieder von den Schulleitern allein entschieden, während die Parteizellen an den Schulen an Einfluß verloren, oder aber der Schulleiter selbst wurde zum Sekretär der Parteizelle bestellt und verwandelte diese allmählich von einer politisch-ideologischen Kontrollinstanz zu einem rein administrativen Ausführungsorgan.

Das maoistische Erziehungsprinzip „halb arbeiten, halb studieren" wurde ebenfalls abgebaut. Zhou Yang, stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung des ZK und hoher Kulturfunktionär, kritisierte: *„Es wird zuviel Politik betrieben. Die Studenten sind zu sehr mit der Produktion beschäftigt"* (29). Die von Schülern und Studenten betriebenen Unternehmen wurden praktisch vollständig eingestellt.

Im Bericht der 41. Konferenz der Parteifraktion im Erziehungsministerium (vom Juni 62) wurde schließlich das neue Prinzip verkündet: *„Die Prüfungsergebnisse sind nicht nur der Maßstab für den akademischen Standart (des Schülers), sie zeigen auch den Grad der politischen und moralischen Reife an"* (30).

Dazu die betroffenen Schüler: *„Unter diesem System beherrscht und bestimmt die Note alles. Schüler und Lehrer stürzen sich in die Sackgasse der Notenjagd. Der Schüler kämpft um Noten, der Lehrer unterdrückt durch Noten. Man kann sagen: ‚Noten und immer wieder Noten, das ist das Schicksal der Schüler. Prüfungen und immer wieder Prüfungen, das ist die Bibel der Lehrer.' Die Noten sind Mittelpunkt aller schulischen Arbeit geworden"* (31).

Zusammen mit dem wachsenden Leistungsdruck wurden immer mehr verfeinerte Ausleseverfahren eingeführt. In den Oberschulen wurde unterschieden zwischen Schülern, die nach dem Schulabschluß eine Stufe vorrücken durften, und solchen, die bestimmt waren, in die Produktion zu gehen. Diese Unterscheidung wurde später bereits am Ende der Unterstufe getroffen, so daß viele Schüler von jeder weiteren Ausbildung ausgeschlossen waren. Je höher ein Student aufstieg, desto mehr wuchs die Konkurrenz: nur einer von zehn Bewerbern wurde für die Oberschule akzeptiert, und auf der Stufe der Universität wurden die Chancen, die gegen eine Aufnahme sprachen, mit 30 zu eins eingeschätzt (32).

Von den ausgesiebten Jugendlichen wurden viele zwangsweise aufs Land geschickt, um den Bauern zu helfen. Sie fanden dort oft sehr harte Bedingungen vor, wurden von den lokalen Kadern unter Druck gehalten und z.T. gegen die alteingesessenen Bauern ausgespielt. Während der Kulturrevolution strömten diese Jugendlichen in die Städte zurück und standen bei den dortigen Kämpfen oft in vorderster Front (33).

Über diese "Regelung" des Schulabgangs hinaus wurde auch der Zugang zu den Oberschulen (zu den Unis sowieso) auf eine kleine Elite eingeschränkt. Das Instrument dazu war das ab Frühjahr 1964 von Liu Schaoqi propagierte "System der doppelten Erziehung". Die Schüler wurden in "Ganztagsschüler" und "Arbeitsschüler" aufgespalten; letzte sollten gleichzeitig lernen und in der Produktion tätig sein. In der Praxis dieser "Arbeitsschulen" allerdings wurde der ursprüngliche Ansatz Maos in sein Gegenteil verkehrt: statt Instrument für die Bildung von politischem Bewußtsein bei den zukünftigen Führungskadern wurden die

in sein Gegenteil verkehrt: statt Instrument für die Bildung von politischem Bewußtsein bei den zukünftigen Führungskadern wurden die

meist fern von den städtischen Zentren liegenden "Arbeitsschulen" Abstellgleise für die ausgesiebten Arbeiter- und Bauernkinder, wo zudem oft auch kaum noch studiert, dafür aber um so mehr billige Arbeit geleistet wurde.

Widerstand gegen die Verschickungen wurde mit administrativen Maßnahmen scharf unterdrückt. Als sich 600 Schüler aus Arbeitsschulen aus der Umgebung Kantons weigerten, in die Produktion zu gehen und auf der Fortsetzung ihrer Ausbildung bestanden, wurde eine Kampagne gegen "Anti-Partei-Elemente" angesetzt. Die sechshundert fast durchweg Kinder von Arbeitern oder Bauern, die sich schon in der Vergangenheit als "Aktivisten im Studium der Werke des Vorsitzenden Mao Zedong" bei den Behörden unbeliebt gemacht hatten, wurden als "Anti-Partei-Elemente" gebrandmarkt und zwangsweise aufs Land verfrachtet. Erst Ende 1967 wurde ihr Fall öffentlich bekannt und sie selbst rehabilitiert.

Überhaupt war die logische Folge des Leistungs- und Auslesedrucks in den Schulen, daß gerade Arbeiter- und Bauernkinder rasch ausgesiebt wurden, während Kinder aus dem Bürgertum und der mittleren und oberen Kaderebene, die die entsprechende Unterstützung und Förderung aus dem Elternhaus erfuhren, die Oberschulen und Universitäten bevölkerten.

Verstärkt wurde der elitäre Charakter des Erziehungssystems dadurch, daß auch innerhalb der einzelnen Schularten eine bestimmte Zahl von "Schlüsselschulen" ausgewählt wurde, auf die menschliche Arbeitskräfte und materielle Mittel konzentriert werden sollten (34).

Ihren extremsten Ausdruck fand die Elitebildung in den besonderen Schulen für Kaderkinder.

Diese Schulen waren in den 40er Jahren in den befreiten Gebieten entstanden als Internate für Kinder, deren Eltern im Bürgerkrieg kämpften. Nach der Befreiung forderte Mao 1952 folgerichtig die Abschaffung bzw. Umwandlung dieser Sonderschulen. 1955 wurde ein entsprechender Erlaß des Staatsrats verabschiedet. In der Praxis hatte dieser Beschluß jedoch kaum Auswirkungen, es gab lediglich organisatorische Umstellungen oder Umbenennungen an diesen Schulen, die speziellen Aufnahmebeschränkungen aber blieben. Die Untätigkeit der Schulleitungen wurde vom Ausschuß für Kultur und Erziehung beim Staatsrat gedeckt; in der Folge wurden sogar neue Schulen eingerichtet. Erst recht nach dem Abbruch des "Großen Sprungs": allein im Jahre 1961 errichtete man eine Reihe von Sprachschulen, in denen Kaderkinder mehr als 85 % der Schüler stellten (35).

Die Schüler in diesen Sonderschulen waren in jeder Hinsicht privilegiert: materiell waren die Schulen weit überdurchschnittlich ausgestattet, intensive Betreuung durch das Lehrpersonal (das Schüler-Lehrer-Verhältnis betrug 6 :1 gegenüber 28-35 : 1 in normalen Schulen) war gewährleistet; Versorgung durch zahlreiche Bedienstete, auserlesene Verpflegung (auch während der Notzeit 59-61), zusätzliches Taschengeld von 18 - 25 yüan pro Monat – während z.B. ein Arbeiter auf einer Staatsfarm 12 yüan zur Verfügung hatte. Die vorgeschriebenen Einsätze zur körperlichen Arbeit auf dem Lande hatten für diese Schüler den Charakter eines gemütlichen Ausflugs.

Als Absolventen der Schulen wurden sie ohne weitere Prüfungen an den Universitäten aufgenommen und konnten in aller Regel mit einem höheren Funktionärsposten rechnen.

Die Gesinnung, die an diesen Schulen gezüchtet wurde, faßten die Rotgardisten später folgendermaßen zusammen: *„Die Kinder der Funktionäre sind der Gesellschaft und den arbeitenden Menschen entfremdet. Sie vergleichen das Essen, die Kleidung, die Autos, sie achten auf die Stellung des Vaters... sie entwickeln ein intensives Gespür für Privilegien, ein Gefühl der eigenen Überlegenheit. Sie betrachten sich als 'wohlgeboren'"*(36).

In den Sonderschulen für Kaderkinder hatte sich die ,,neue Bourgeoisie" in China dergestalt ein Medium zur Vererbung ihrer Privilegien an ihre leiblichen Nachkommen geschaffen.

Die Parteilinke und Mao selbst haben immer versucht, der Verbürgerlichung des gesamten Erziehungswesens entgegenzusteuern. Sie maßen diesem Bereich zentrale Bedeutung bei: ,,*Um zu gewährleisten, daß unsere Partei und unser Land nicht die Farbe wechseln, müssen wir nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik haben, sondern auch Millionen von Nachfolgern der revolutionären Sache des Proletariats erziehen und ausbilden ... Kurz, das ist eine äußerst wichtge Frage, eine Schicksalsfrage unserer Partei und unseres Landes, eine Frage auf Leben und Tod. Für die revolutionäre Sache des Proletariats ist das eine Frage von fundamentaler Bedeutung für Jahrhunderte, Jahrtausende, für Zehntausende Jahre. Auf Grund der in der Sowjetunion vor sich gegangenen Veränderungen hegen die Imperialistischen Propheten die Hoffnung auf eine ‚friedliche Evolution' der chinesischen Partei in der dritten oder vierten Generation. Wir werden die Prophezeiung der Imperialisten zuschanden machen. Wir werden von oben nach unten, überall und ständig unsere Aufmerksamkeit auf die Erziehung und Ausbildung der Nachfolger der revolutionären Sache lenken*" (37).

Die Art und Weise, wie diese politische Linie (bei verbaler Anerkennung) in der Praxis sabotiert und der Widerstand an der Basis von der Schul- und Hochschulbürokratie zu ersticken versucht wurde, sagt viel über die Klassenverhältnisse in China vor der Kulturrevolution aus.

Anregungen und Direktiven Maos wurden oft zwar scheinbar angenommen, aber nicht in die Praxis umgesetzt: Die Vorschläge würden beraten ... aber man dürfe nichts überstürzen ... man müsse vorsichtig zu Werke gehen, um nichts kaputt zu machen ... Die Vorschläge Maos wurden den Schulleitern von der Hochschulbürokratie dann ,,*nicht als bindende Direktiven, sonder als Diskussionsbeiträge zugeleitet, die zu interpretieren ins Belieben der jeweiligen Behörde gestellt ist*" (38). Und die wußte schon selbst, was sie zu tun hatte.



Wandzeitungen waren während der Kulturrevolution ständig Punkte, an denen sich Menschenmengen sammelten. Seit 1980 sind Wandzeitungen in China verboten.

Darüberhinaus wurden auch wichtige Dokumente wie Maos ,,Dezember-Erklärung" (1963) oder seine ,,Frühlingsfest-Rede" (1964), in denen er den Revisionismus im Erziehungswesen scharf angriff, von den Rechten im Politbüro stillschweigend kassiert und unter Verschluß gehalten. Auch in umgekehrter Richtung wurde der Informationsfluß eingeschränkt: Als eine Führerin der Linken an der Pekinger Universität, die Philosophiedozentin Nie Yuanzi, sich bei Mao über die Repression durch das Uni-Rektorat und das Pekinger Sadtkomitee beschwerte, wurde der Brief von Liu Shaoqi abgefangen und an den Chef des Stadtkomitees Peng Zhen weitergeleitet (der ihn unterschlug).

Ein Beispiel: Repression und Widerstand an der Pekinger Universität

In den Schulen und Universitäten selber war die Studentenbewegung vielfältigen Repressionen bis hin zu Schulausschlüssen und Strafversetzungen der führenden Aktivisten unterworfen. Am besten dokumentiert (39) sind die Auseinandersetzungen an der Uni Peking (Beida).

Diese Elite-Universität wurde von Lu Ping nach der Devise ,,Wir müssen die Universität Moskau einholen und überholen; die Universität Moskau muß unser Ziel sein" geleitet; sie war völlig auf die Ausbildung von ,,Spezialisten" ausgerichtet. Im Zuge der strengen Auslese war die Einschrei-
zialisten" ausgerichtet. Im Zuge der strengen Auslese war die Einschrei-
bung von Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien von 66,8 % im Jahre 1960 auf 37,7 % im Jahre 1962 reduziert worden.

1964 formierte sich an der Beida eine Linke, die mit ihren Forderungen nach politischen Diskussionen im Unterricht und mit ihren Aktionen den normalen Studienablauf störte.

Im Juli 1964 setzte das Stadtkomitee deshalb eine Untersuchungskommission ein. Eine Reihe von Spitzenfunktionären wurde zur ,,Befriedung" der Uni entsandt, darunter Deng Tuo, einer der Sekretäre des Pekinger Stadtkomitees und Vertrauter Peng Zhens. Als Mao seine ,,23 Punkte" zur Sozialistischen Erziehungsbewegung veröffentlichte, eskalierten die Auseinandersetzungen erneut: die Studenten forderten eine Erziehungsrevolution.

Das Stadtkomitee dreht den Spieß um: Lu Ping, der Leiter der Hochschule, erschien absprachegemäß auf einer Sitzung des Stadtkomitees und beschuldigte die Linke, die ,,23 Punkte" zu verletzen. Auf seine Aufforderung hin wurden Arbeitsgruppen an die Beida geschickt, ,,um die Fehler zu korrigieren". Aber auf den Diskussionsforen, die einberufen wurden, konnten zahlreiche Kader von der Linken überzeugt werden, so daß Peng Zhen den Arbeitsgruppen die Anweisung erteilen mußte, ,,die Debatten zu stoppen". Am 2. April 1965 beriefen er und Lu Dingyi die sogenannte ,,Konferenz im Nationenhotel" ein, auf der vor allem diskutiert wurde, wie die Sozialistische Erziehungsbewegung an der Beida wieder unter Kontrolle gebracht werden könnte. Die Linken wurden als ,,Anti-Partei-Elemente" diffamiert, während sich Peng Zhen und Lu Ping als die wahren Vertreter der Parteilinie darstellten. Die alte Arbeitsgruppe wurde aufgelöst und eine Neunergruppe eingesetzt, der auch Lu und andere leitende Uni-Bürokraten angehörten. Im Juli wurde eine zweite Konferenz im Nationenhotel zusammengerufen, zu der 80 der kritischen Parteimitglieder zitiert wurden sowie 200 andere, die die revisionistische Linie stützen sollten. Sieben Monate lang (bis Januar 66) wurden die Parteilinken auf dieser Konferenz traktiert, sie sollten zugeben, daß sie ,,Karrieristen" und Mitglieder einer ,,Anti-Partei-Clique" seien. Die Führerin der Linken, Nie Yuanzi, wurde häufig verhört und auf verschiedene Weise mit administrativen Maßnahmen schikaniert. Zusätzlich wurden im Oktober 65 nahezu 6000 Studenten aufs Land geschickt, von wo sie z.T. erst mit dem Aufflammen der revolutionären Kämpfe im Mai 66 zurückkehren konnten.

Obwohl sich die Bürokratie mit dieser Repressionswelle zunächst durchsetzen konnte, blieb ein linker Kern erhalten, der im Sommer 66 den Sturm der Kulturrevolution wieder entfachen konnte.

Die Klassenverhältnisse in China vor der Kulturrevolution

Sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich dominierten 1965 bürgerliche Verhältnisse und Praktiken. Eine ,,neue Bourgeoisie" (mit der Hauptbasis in den staatlichen Apparaten selbst) hatte sich etabliert und übte scharfe Repressionen gegen die sich herausbildenden Potentiale des Widerstands aus.

Die bürgerlichen Verhältnisse sprangen zwar im Bereich von Kultur und Erziehung am schärfsten ins Auge; sie waren jedoch keineswegs auf diese Bereiche beschränkt, sondern hatten ihre Grundlage in den bestehenden Produktionsverhältnissen. Auf dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus blieben auch in China in der sozialistischen Gesellschaft unter der Diktatur des Proletariats die Formen der kapitalistischen Arbeitstei-
ter der Diktatur des Proletariats die Formen der kapitalistischen Arbeitstei-
lung weitgehend intakt.

Die scharfe Trennung in den Betrieben zwischen leitenden und ausführenden Funktionen – auf der einen Seite die allein für die Verwaltung der Betriebe und des öffentlichen Lebens verantwortlichen Spezialisten, auf der anderen Seite die Arbeiter, die zu arbeiten und möglichst wenig zu diskutieren hatten – die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, schließlich die wachsenden Unterschiede zwischen den industriellen Metropolen und dem Land, das (ohne entsprechende Gegenleistungen) die Lebensmittel und Rohprodukte für die Versorgung der Städte zu liefern hatte – das war die objektive Basis für die Weiterexistenz bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken und damit auch die objektive Basis für die Weiterexistenz einer Bourgeoisie. Diese wurde gebildet durch ,,*alle diejenigen, die im System der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion eine Stellung einnehmen, die der der Bourgeoisie entspricht, und die dort trotz des Bestehens der Diktatur des Proletariats eine bürgerlich gesellschaftliche Praxis entwickeln*" (40).

Daher existierten auch 17 Jahre nach der Befreiung in China noch Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, wie Mao immer wieder betonte. Der ,,Große Sprung" war eine Offensive des Proletariats und der einfachen Bauern unter der Führung der KPCh gewesen, über die bloße Verstaatlichung der Betriebe und Neuaufteilung des Landes hinaus die tatsächliche Vergesellschaftung der Produktion voranzutreiben. Mit dem ,,System der doppelten Beteiligung" sollten die Arbeiter an der Betriebsführung und die leitenden Kader an der Produktionsarbeit teilnehmen. Mit der ländlichen Industrialisierung von der Basis her sollte der Trennung von Stadt und Land entgegengearbeitet und das Klassenbündnis von Arbeitern und Bauern gefestigt werden.

Das roll-back der bürgerlichen Kräfte in der gesamten Gesellschaft und insbesondere in den staatlichen Apparaten (wo sich bürgerliche Verhältnisse und Praktiken naturgemäß am ehesten halten und entwickeln konnten) spiegelte sich in der KPCh wieder, wo die revisionistische Linie in den Jahren nach 1959 beherrschenden Einfluß gewann.

Materielle Basis dieses Prozesse war die tendenzielle Verschmelzung des Parteiapparates mit den staatlichen Apparaten. Einzelne Formen dieser Verschmelzung wurden oben beschrieben: die Behörden-, Betriebs- und Schulleiter, die in Personalunion den Posten des Leiters der jeweiligen Parteiorganisation einnahmen, womit die Kontrollfunktion der Parteiorganisation illusorisch wurde; die ,,Bürokonferenzen" und ,,Klubs für höhere Kader", in denen die bürgerlichen Spezialisten Einfluß auf die führenden Parteimitglieder und deren praktische Politik nahmen.

Zugleich wurde das demokratische Leben innerhalb der Parteiorganisationen eingeschränkt oder kam ganz zum Erliegen. ,,*In unserer Parteizelle konnten wir andauernd die Belehrung vernehmen: ‚Der Partei muß gehorcht werden. Die Führung des Parteikomitees steht für die Führung der Gesamtpartei, denn die Parteiführung ist niemals abstrakt. Ihr müßt Instrumente sein, die auf Parteiweisung handeln. Was die Partei auch befiehlt, müßt ihr ausführen. Auch wenn eine bestimmte Entscheidung falsch sein sollte, sollt ihr sie durchführen. Das erfordert die organisatorische Disziplin der Partei, dies entspricht dem Wesen der Partei'.*", so beschrieb später ein Parteimitglied in Peking das herrschende Klima (41).

Innerhalb der Partei gewann deren Verwaltungsapparat zunehmend an Bedeutung. Die Sekretäre der Parteikomitees waren nur mehr nach ,,oben' verantwortlich und brauchten immer
Bedeutung. Die Sekretäre der Parteikomitees waren nur mehr nach ,,oben' verantwortlich und brauchten immer
weniger vor ihrer Basis Rechenschaft abzulegen. Gegen die Kritiker wurde mit Verleumdungen (wobei sich die umfangreichen Personaldossiers bezahlt machten, über die die Partei-Sekretäre verfügten) und mit administrativen Maßnahmen vorgegangen.

Auf zentraler Ebene fand die tendenzielle ,,Überlagerung" der Partei durch ihren Verwaltungsapparat Ausdruck im wachsenden Einfluß des ZK-Sekretariats. Während vom 8. Parteitag 1956 bis 1962 zehn ZK-Plenen stattfanden, folgte das 11. Plenum erst 1966 nach dem Ausbruch der Kulturrevolution. Anstelle des ZK als höchstem politischen Gremium der Partei zwischen den Parteitagen wurden zu einer Reihe von Themen ,,zentrale Arbeitskonferenzen" einberufen – ausgerichtet vom ZK-Sekretariat, das unter der Leitung von Deng Xiaoping stand . . .

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der Führung sowohl des Staates als auch der Partei am Vorabend der Kulturrevolution Vertreter der ,,neuen Bourgeoisie" beherrschenden Einfluß erlangt hatten. Sie arbeiteten am Ausbau der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse und Praktiken und unterdrückten jeden Versuch zu deren revolutionärer Veränderung (nebenbei verschafften sie sich auch allmählich die ihrer Klassenstellung entsprechenden Privilegien). Die KPCh war damit als Gesamtpartei weder objektiv in der Lage noch willens, den revolutionären Prozeß voranzutreiben. Der Kampf der Massen zur revolutionären Umwälzung der noch bestehenden oder wieder hergestellten Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse mußte sich vielmehr gegen das ,,bürgerliche Hauptquartier" an der Spitze von Staat und Partei selber richten.

In den bis dahin gelaufenen Auseinandersetzungen hatte sich eine organisatorische Kraft, die die (völlig zersplitterten) Kämpfe hätte führen und zusammenfassen können, nicht einmal in Ansätzen herausgebildet. Aus einer relativ isolierten Position heraus mußte Mao, gestützt nur auf seine persönliche Autorität und eine kleine Zahl Linker in der Parteiführung, versuchen, diese Funktion zumindest teilweise zu übernehmen und den Sturm der Kulturrevolution anzufachen.

Ein Genosse aus Freiburg

Anmerkungen

1 Bis auf die Armee, die nach der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Lin Biao eine gewisse Sonderentwicklung durchmachte, die an dieser Stelle noch nicht behandelt werden soll.

2 Die Pekinger Kommune, 21.4.67; zit. nach: Rainer Hoffmann/Entmaoisierung in China. Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution. München (1972). S. 43

3 Handbuch zum Zeitgeschehen (chin.), Nr. 3-4, S. 12; zit. nach: Rainer Hoffmann/Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution. Hamburg 1977. S. 62

4 Domes S. 129

5 Hoffmann/Rebellen. S. 185, Anm. 125

6 Jiri Kosta, Jan Meyer/Volksrepublik China. Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung. Frankfurt 1976. S. 188

7 Far Eastern Economic Review, 1.2.68

8 Mao Tse-tung/,,Band V". Hamburg 1977 S. 183

9 Beide Dokumente ausführlich zitiert bei: Rüdiger Machetzki/Chronologie des innerparteilichen Linienkampfes in der Kommunistischen Partei Chinas 1949 - 1965. Hamburg 1973. S. 135-144

10 Hubei Ribao, 20.12.64; zit. nach: Adrian Hsia/Die chinesische Kulturrevolution. Zur Entwicklung der Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft. Neuwied, Berlin 1971. S. 135

11 Li Xiannian, lt. Die Pekinger Kommune, 27.5.67; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 118

12 Gewitterflut (Peking), 24.2.67; zit. nach: ebd. S. 117

13 ebd. S. 123

14 Die Rote Fahne (Pekinger Luftfahrtakademie), 10.2.67; zit. nach: Hoffmann/Kampf zweier Linien. S. 45

15 Arbeiterkampfblatt (Kanton), 2.2.68; zit. nach: Hoffmann/Rebellen. S. 179

16 Neueste Geschichte Chinas. Von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin (DDR) 1979, S. 299

17 lt. Die Pekinger Kommune, 21.4.67; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 120

18 Pekinger Volkszeitung, 19.7.62; zit. nach: Kosta, Meyer S. 182

19 Barry M. Richman/Industrial Society in Communist China. New York 1969. S. 255 f.

19 Barry M. Richman/Industrial Society in Communist China. New York 1969. S. 255 f.

20 ebd. S. 256

21 lt. Rotgardisten Kampfblatt (Shanghai) 25.1.67; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 40

22 Die Pekinger Kommune, 12.4.67; zit. nach: ebd. S. 111

23 t'i-yü chan-hsien, 18.3.67; zit. nach: Hoffmann/Rebellen. S. 34

24 Hoffmann/Entmaoisierung. S. 109

25 chiao-hsüeh p'i-p'an, 20.4.67; zit. nach: ebd. S. 145

26 Die Erziehungsrevolution (Peking), 6.5.67; zit. nach: ebd. S. 149

27 Lu Dingyi, ebd.

28 ebd.

29 chiao-hsüeh p'i-p'an, 20.4.67; zit. nach: ebd. S. 151

30 ebd.

31 Sturmblatt des 1. August (Kanton), März 68; zit. nach: ebd. S. 59

32 Yomurai (Jap.), 25.6.66; zit. nach: Victor Nee, Don Layman/Das Problem der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der chinesischen Kulturrevolution. Frankfurt 1969. S. 30

33 Dieser Verschickungspraxis lag allerdings ein reales Problem zugrunde: die chinesischen Städte wuchsen wegen der gegenüber dem Lande besseren Lebensbedingungen in geradezu atemberaubendem Tempo. Die Arbeits- und Ausbildungsplätze waren demgegenüber beschränkt. Dieses Problem war aber politisch nicht durch bloßes Abschieben des ,,Überschusses" an Jugendlichen zu lösen, sondern durch politische Überzeugungsarbeit für einen sinnvollen Einsatz bei der forcierten Entwicklung des Hinterlandes.

34 Pekinger Volkszeitung, 17.12.67; zit. nach: Layman, Nee S. 31

35 Sturmblatt des 1. August (Kanton), Januar 68; zit. nach: Hoffmann/Entmaoisierung. S. 155. Lediglich die Volksbefreiungsarmee kam der Aufforderung zur Auflösung der Schulen 1963 weitgehend nach.

36 Die Erziehungsrevolution, 10.4.67; zit. nach: ebd. S. 159

37 Mao Tse-tung, zit. nach: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Westberlin 1970. S. 532 f.

38 Hoffmann/Entmaoisierung. S. 50

39 ebd. S. 52 - 55 sowie Nee, Layman S. 33 - 40

40 Charles Bettelheim/Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Band I. 1917 - 1923. Westberlin 1975. S. 120

41 t'i-yü chan-hsien, 11.3.67; zit. nach: Hoffmann/Kampf zweier Linien. S. 77

(Teil I)

Es gibt viel zu tun — Packen wir's an?

Der folgende Artikel soll ein Diskussionsbeitrag zur Einschätzung der Lage und zur Bestimmung unserer Aufgaben sein. Wir versuchen damit an die ‚Krisendebatte' wieder anzuknüpfen, allerdings nicht im Sinne einer vertiefenden Nabelschau. Der Artikel befaßt sich (im Teil II) u.a. auch mit politisch-‚strategischen' Fragen, wie sie in letzter Zeit in der Terrorismus-Diskussion angesprochen worden sind.

Aus Platzgründen wurde der Artikel geteilt; der hier abgedruckte Teil I beschränkt sich auf eine zusammenfassende Darstellung/Einschätzung der Gesamtsituation.

Zwei Hamburger Genossen

Kann die BRD das Jahr 1990 überleben?

Außen- wie innenpolitisch kommen in den nächsten Monaten und Jahren „existenzielle" Entwicklungen auf uns zu. „Existenziell" in dem Sinn, daß zum einen unsere politische Existenz als Linke, darüber hinaus aber auch die Existenz der Bevölkerung dieses Landes tödlich bedroht ist.

Der Hauptfaktor dabei sind die zunehmenden Tendenzen zum Krieg. Zwei Stränge lassen sich dabei unterscheiden, die aber engstens zusammenhängen:

a) Die Tendenz zu neuen Kolonialkriegen. Die erste große koloniale Phase des Imperialismus begann im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts und endete im wesentlichen um 1960, teilweise auch schon früher. Auf diese Phase folgte das Experiment des N e o k o l o n i a l i s m u s, also der Versuch, die Rohstoffvorkommen der Dritten Welt bei formaler nationaler Unabhängigkeit dieser Staaten mit Hilfe von loyalen Regimes zu kontrollieren und auszubeuten. Diese Strategie des Imperialismus hat mit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran ihre bisher deutlichste, weithin ausstrahlende Niederlage erlitten.

Bereits seit der manipulierten „Ölkrise" von 1973 werden in den imperialistischen Zentralen Möglichkeiten durchgespielt, direkt, mit eigenem Militär, die Kontrolle über wichtige Rohstoffvorkommen (und Transportwege) zu übernehmen – wobei bisher die Ölregionen der arabischen Halbinsel und am Persischen Golf im Mittelpunkt der Erörterungen stehen. Nach dem Umsturz im Iran, und propagandistisch legitimiert durch die Geisel-Affäre, haben die USA praktisch mit dem Aufbau einer kolonialen Eingreiftruppe begonnen, deren künftige Internationalisierung schon diskutiert wird. In kleinerem Maßstab, aber in ähnlicher Weise, sind auch Frankreich und Großbritannien um den Auf- und Ausbau von Spezialeinheiten für den „Einsatz in Übersee", also zu kolonialistischen Zwekken, bemüht. Das französische „Engagement" in der rohstoffreichen Provinz Shaba (Zaire), im Tschad und nebenbei auch in der Westsahara zeigt, daß diese Phase eines neuen direkten Militärkolonialismus nicht auf den US-Imperialismus und auch nicht auf den Mittleren Osten beschränkt ist.

Der BRD-Imperialismus unterstützt diese Tendenz zu neuen Kolonialkriegen, weil sie mit seinen eigenen ökonomischen Interessen zusammengeht. Sein direkter militärischer Beitrag ist aber bisher nahezu Null. Das hat zwei Gründe. Der eine liegt in der Tatsache, daß es innen- und außenpolitisch immer noch problematisch wäre, deutsche Soldaten zu offen aggressiven Zwecken einzusetzen. Der andere Grund liegt in den innerimperialistischen Widersprüchen: Eigenes Militär zu kolonialen Zwecken einsetzen zu können, bedeutet in der imperialistischen Logik immer noch einen Vorteil gegenüber den Konkurrenten – und diesen Vorteil wollen die anderen imperialistischen Großmächte dem deutschen Imperialismus ohne weiteres noch nicht zugestehen. Diese Konstellation könnte sich aber rasch ändern, wenn die Zuspitzung der Konflikte mit Staaten und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt es erfordert. So oder so wäre die BRD ein zentraler Teil des militärischen Hinterlandes für jeden neuen Kolonialkrieg.

b) Die Tendenz zur „Endlösung" der mit der Oktoberrevolution 1917 eingeleiteten Entwicklung eines „realsozialistischen" Staatenblocks und Machtfaktors, insbesondere zur Liquidierung der Sowjetunion.

Mit dem von der Sowjetunion geführten und von ihr halbwegs kolonialisierten „sozialistischen Staatensystem" ist eine Realität entstanden, die sich zwar recht weit vom gesellschaftlichen Entwurf von Marx/Engels oder auch Lenin entfernt befindet, die aber nichtsdestotrotz das mit Abstand größte Hindernis auf dem Weg zur Weltherrschaft des Imperialismus darstellt. Der sich daraus ergebende antagonistische Konflikt wurde mehrmals von anderen Interessen überlagert, zuerst vom übergeordneten Bündnis gegen den deutschen Imperialismus (1941-45) und den Nachwirkungen einer generellen Schwächung der imperialistischen Staaten durch den Krieg, später durch die um 1960 schrittweise eingeleitete Zwischenphase der „Entspannung". Über die Ursachen und Motive dieser Zwischenphase seitens des Imperialismus mag man spekulieren (der Wunsch nach Ablenkung von der Eskalation in Vietnam/Indochina spielte dabei gewiß eine hervorragende Rolle) – **aber so oder so steht als Tatsache fest, daß im Schatten der „Entspannung" eine Aufrüstung – vor allem atomar – stattgefunden hat, die alles bisher in der Menschheitsgeschichte Erlebte weit überschreitet.**

Faktisch endete diese Zwischenphase bereits 1974/75, also bald nach dem Ende des Vietnam-Krieges und der ersten „Ölkrise". Zu dieser Zeit begann die imperialistische Propaganda mit Horrorgeschichten über die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion, über „sowjetische Stützpunkte" in aller Welt (zu 95% Produkte freier Erfindung) usw. Zweck dieser Propaganda war es, eine Legitimation für eigene forcierte Aufrüstung der imperialistischen Staaten, Jagd nach neuen und Ausbau vorhandener Stützpunkte usw. zu schaffen.

Es gibt im Detail sehr viele Konfliktpunkte zwischen dem imperialistischen Block einerseits und dem „realsozialistischen" Block andererseits. Beispiele dafür sind aktuell Afghanistan und Polen. Übergeordnet ist aber eine viel schwerwiegendere Problematik: Zwar vergrößert sich einerseits mit jedem Tag der „westliche" Aufrüstungsvorsprung vor dem „Osten". Aber trotzdem w ä c h s t andererseits mit jedem Tag auch der materielle Schaden, den der Warschauer Pakt dem „Westen" im Fall eines atomaren Schlagabtausches zufügen könnte.

Daraus ergibt sich die latente, bis zur Irrationalität aggressive Tendenz von Teilen des Imperialismus, den für u n v e r m e i d l i c h gehaltenen Schlagabtausch baldmöglichst zu p r o v o z i e r e n. Für diese Tendenz setzen die „Nachrüstungsbeschlüsse" der NATO und der Wahlsieg Reagans bezeichnende Signale. Der Hauptzweck der „Nachrüstungsbeschlüsse" besteht darin, einen entscheidenden atomaren Schlagabtausch zu ermöglichen, bei dem nicht die USA selbst, sondern Mitteleuropa der „Einsatz" im „Spiel" sind. Daß dabei nicht bloß die Sowjetunion, sondern zugleich der wichtigste imperialistische Konkurrent vernichtend getroffen würde, kann den US-Imperialisten letztenendes nur recht sein.

Die unter a) und b) skizzierten Kriegstendenzen wirken engstens zusammen, weil die Sowjetunion als entscheidender Rückhalt nationaler Souveränitäts- und Emanzipations-Kämpfe wirkt. Konkret heißt das, daß an relativ beliebigen Punkten des antiimperialistischen Kampfes in der Dritten Welt (Afghanistan, Nahost, El Salvador usw.) die Eskalation zum atomaren Schlagabtausch provoziert werden könnte – unter dem Vorwand, man müsse einer angeblichen „sowjetischen Expansion" Einhalt gebieten.

Umgekehrt wird von den sowjetischen Machthabern diese Tendenz selbstverständlich wahrgenommen. Für die muß sich daraus die Schlußfolgerung ergeben, daß in einem u n v e r m e i d l i c h werdenden atomaren Schlagabtausch ihr relativer Vorteil bzw. das kleinere Übel immer noch im „Erstschlag" liegt, also in einem „vorbeugenden" Schlag gegen die Atomwaffen des Feindes. Das wäre nach Lage der „Nachrüstungsbeschlüsse" in erster Linie Mitteleuropa.

Man kann streiten, ob die Datierungen dieser Kriegstendenz schon auf das begonnene Jahrzehnt verweisen oder erst auf das nächste, übernächste oder sonstwohin. Fakt scheint aber zu sein, daß auf der skizzierten Grundlage b e i d e Seiten zur Schlußfolgerung kommen könnten, daß für sie durch Zuwarten nichts zu gewinnen ist, ihr „Heil" vielmehr in einer relativ r a s c h e n Konfrontation liegt. So oder so steht ja fest, daß die relevanten Entscheidungen (Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD, Stationierung von Neutronenwaffen usw.) in der allernächsten Zeit anstehen, also auch J E T Z T verhindert werden müßten.

Die SPD am Ende ihrer Regierungsfähigkeit

Die zweite „existenzielle" Bedrohung, neben der Kriegsgefahr, geht von der innenpolitischen Entwicklung aus. Die Antriebe dieser Entwicklung liegen selbstverständlich zu einem erheblichen Teil in den eben skizzierten Kriegstendenzen. Wer unser Land in einen atomaren Schlagabtausch, oder auch bloß dessen Risikozone hineinführen will, muß mit heftigem Widerstand rechnen und muß die Unterdrükkung dieses Widerstandes planen und vorbereiten. Alle statistischen Untersuchungen zeigen, daß die BRD-Bevölkerung kaum jemals so kriegsunwillig und so zum sozialen Protest bereit war wie heute. Zwar bedarf der moderne, weitgehend auf Technologie gestellte Krieg weniger als in früheren Zeiten einer Massenzustimmung, aber er kann darauf auch nicht ganz verzichten.

Ein ganz knapper Rückblick ist hier nötig: Die SPD kam zur Regierungsbeteiligung in einer Situation, wo innenpolitisch durch den „Spiegel"-Skandal (1962) und die erste Wirtschaftskrise (1965/66) die bisherige Form des Regierens („Adenauer-Ära") erheblich angeschlagen war. Hinzu trat außenpolitisch die Wende zur „Entspannungspolitik", die von der SPD besser zu vertreten war als von der CDU/CSU.

Die dadurch nötig gewordene Regierungsbeteiligung der SPD ereignete sich zunächst in Form der Großen Koalition mit der CDU/CSU (1966 - 1969) als Versuch der Rettung bisheriger Regierungsmethoden, dann (seit 1969) in Form der Sozialliberalen Koalition. Man wird sich vielleicht daran erinnern, daß diese spezielle Form anfangs ein recht starkes Element verheissener Fortschrittlichkeit (Reformen, „mehr Demokratie wagen") enthielt, das einen letzten Höhepunkt in der Zeit zwischen dem Mißtrauensvotum der CDU/CSU und den vorzeitigen Neuwahlen 1972 hatte. Danach folgten die „kalten Duschen" in Form der Berufsverbote, der Gewerkschaftsausschlüsse und der durchschlagenden Repression gegen unbotmäßige Teile der Jusos, die RAF-Hysterie und die dadurch legitimierten „Anti-Terror-Programme". Symbolisch wurde diese „Klimaveränderung" in der Ablösung von Willy Brandt durch Helmut Schmidt ausgedrückt.

In dem so geschaffenen System regiert die SPD nicht mehr aufgrund irgendwelcher Reformhoffnungen, sondern nur noch als das „kleinere Übel" im Vergleich zur CDU/CSU, deren Repräsentant FJ. Strauß ganz zu recht in weiten Teilen der Bevölkerung mit der Nazi-Diktatur in Zusammenhang gebracht wird.

Grundlage dieser Form des Regierens durch SPD/FDP ist das Fehlen einer progressiven parlamentarischen oder zumindest parlamentsfähigen Opposition. Diese Phase nähert sich seit dem Auftreten grün/bunter Alternativlisten 1977/78 ihrem Ende. Mit dem Erstarken der Alternativlisten müßte sich die SPD nicht mehr bloß als „kleineres Übel" relativ zur CDU/CSU, sondern auch als besser im Vergleich mit den konkurrierenden Alternativen erweisen. An diesem Punkt ist die SPD zum Scheitern verurteilt.

Westberlin ist aktuell der sichtbarste Ort dieses Scheiterns. Hier hat die SPD mit einem „Modell" experimentiert, das trotz aller realen Polizeirepression doch relativ viel Freiraum für autonome – im Wesen antikapitalistische – Entwicklungen bietet. Dies „Modell" hat, aus der Sicht der Herrschenden, total versagt. Insbesondere hat es die Welle von Hausbesetzungen nicht beendet, sondern deren Vervielfachung begünstigt.

D a ß dieses „Modell" zerschlagen werden muß, ist innerhalb der Herrschenden schon weitestgehend geklärt. Die Westberliner SPD hätte im Falle eines Wahlsieges diese Aufgabe durchführen und damit sämtliche vielleicht noch an das „Berliner Modell" geknüpften Illusionen zerstören müssen. Die ohnehin stark angeschlagene Glaubwürdigkeit und Integrationskraft der SPD nach links hätten noch mehr Schaden genommen. Die SPD war darum in Westberlin sehr schnell bereit, noch in der Wahlnacht das Staffelholz an die CDU zu übergeben. Die aber braucht zum Regieren die Unterstützung der FDP. Der anstehende Koalitionswechsel in Westberlin begünstigt aber auch einen Wechsel in Bonn.

In dieselbe Richtung weisen noch eine Vielzahl anderer Faktoren, beispielsweise die innerparteilichen Probleme der SPD bei der praktischen Durchsetzung der „Nachrüstungsbeschlüsse". Helmut Schmidts „Drohung" unmittelbar vor seiner USA-Reise hat das nachdrücklich deutlich gemacht.

Insgesamt deuten die genannten (und viele nichtgenannte) Tendenzen darauf hin, daß in naher Zukunft eine erheblich schärfere, repressivere Form des Regierens „notwendig" wird, bei der der SPD wieder die Funktion zufällt, als stärkste Oppositionspartei Teile der Protestpotentiale zu integrieren. Die BGS-Einsätze in Gorleben und Brokdorf, die Repression gegen Hausbesetzer, die Flut von Verfahren nach § 129 (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung), die Massenverhaftung von Nürnberg und in deren Folge eine Zahl weiterer von der Öffentlichkeit schon gar nicht mehr registrierter Verhaftungen – das mag hier als Skizze und Andeutung künftiger Entwicklungen ausreichen.

Die „neue Protestwelle"

Die „neue Protestwelle"

Auf der anderen Seite erleben wir eine „neue Protestwelle", die in Breite und Vielfalt an die APO der späten 60er Jahre nicht nur anknüpft, sondern diese sogar weit übertrifft. Die Anfänge dieser Protestwelle zeigten sich 1980, zunächst im Ausland – Amsterdam, Zürich.

Es war von Anfang an falsch, eine Bewegung wie die der Hausbesetzungen im platt-ökonomistischen Sinn als Resultat der Wohnungsknappheit erklären zu wollen. Dieser Erklärungsversuch ist ebenso verkürzt wie seinerzeit die Interpretation der APO als Antwort auf die miserablen Studienbedingungen. Das „Hausbesetzen" und die damit verbundene Sympathie in sehr großen Teilen der Jugend und sogar in der Bevölkerung insgesamt geht auf eine Unzufriedenheit zurück, die sich nicht bloß auf die Wohnraum-Knappheit und den Mietwucher, sondern auf v i e l e frustrierende Aspekte des Lebens im Kapitalismus bezieht. Das „Hausbesetzen" ist Ausdruck einer tiefgehenden Erschütterung der sozialen Verhältnisse; solche Gegen-Bewegungen treten offenbar wellenartig und international auf – mensch erinnere sich des engen Zusammenhangs zwischen dem Französischen Mai 1968, der APO 1967-69, den Arbeiterkämpfen in Italien und der BRD 1969.

Der KB hat frühzeitig – bereits nach den ersten Auseinandersetzungen in Amsterdam und Zürich – von einer ‚neuen Jugendrevolte' gesprochen. Das ist sicher nicht so zu verstehen, als wäre a u s s c h l i e ß l i c h die Jugend in Bewegung geraten oder als würde es sich gar um einen relativ klassenunspezifischen „Generationenkonflikt" handeln, wie die bürgerlichen Experten jetzt schlaumeiern. Auch die Auseinandersetzungen der internationalen „Welle" von 1967-69 waren nicht auf die Jugend beschränkt, aber doch in sehr starkem Maße gerade von Kämpfen, Bewegungen, Forderungen und alternativen Lebensformen der Jugend bestimmt. So scheint es auch heute zu sein.

Wir hatten seit 1977 einen Rückgang der politischen Bewegungen konstatiert. Als Ursachen sind uns u.a. die „Ermüdung" nach den Großdemonstrationen von Brokdorf u. d Grohnde, der Frust nach dem „Kalkar-Schock" und die breit wirkende Einschüchterung durch den Deutschen Herbst nach Schleyer-Entführung, Mogadischu und Stammheim-„Selbstmorden" eingefallen.

Seit dem letzten Jahr scheint dieser Rückgang der politischen Bewegungen überwunden. Mehr noch, der Wiederaufschwung der Kämpfe hat zu einem erheblich über dem Stand von 1977 liegenden Niveau der Mobilisierung geführt. Zudem ist als ein enorm wichtiger Faktor die Verbindung der anderen Fronten und Bewegungen mit dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, für Frieden und Abrüstung, hinzugekommen. Man mag sich erinnern, daß die APO den Friedenskampf noch sehr geringschätzig den „Ostermarsch-Opas" von der KPD und der DFU überliess – abgesehen von der Solidaritätsbewegung für Vietnam. Noch 1976/77 wirkte der Gedanke ziemlich sensationell und fast schon exotisch, den Kampf gegen Atomkraftwerke mit einem Kampf gegen Atom r a k e t e n zu verbinden. Hier einen Bewußtseinswandel auf breitester Front geschaffen zu haben, ist nicht zuletzt den „Nachrüstungsbeschlüssen" der SPD und der Aufregung um die Atomlandkarte des „Stern" zu verdanken.

Vor allem in der Friedensbewegung, aber auch in praktisch allen anderen politischen und sozialen Bewegungen und Kämpfen sind in den letzten Monaten alte Abgrenzungs-Dogmen und Berührungsängste zusammengebrochen, so daß sich Bündnisse in einer Breite zusammenfinden konnten, wie es jedenfalls seit dem Niedergang der APO nicht mehr der Fall gewesen war.

Hier existiert eine breite außerparlamentarische Opposition, die durch die etablierten Parlamentsparteien nicht mehr vertreten wird. **Diese ‚neue APO' ist erheblich stärker, als es in den bisherigen Wahlergebnissen alternativer Listen und der Grünen Partei zum Ausdruck kommt.** Nimmt man die Hauptpunkte aus den Kämpfen der ‚neuen APO' (z.B. gegen das Bonner AKW-Programm, gegen die Nachrüstungsbeschlüsse, gegen Wohnraumknappheit und profitorientierte Wohnungspolitik, gegen Tendenzen zum Polizeistaat), so dürften schätzungsweise 30-40% der Bevölkerung mit den Hauptforderungen übereinstimmen. Diese 30-40% finden sich in den Debatten und Beschlüssen des Bundestags aber nicht wieder. Sie werden im Parlament auch nicht durch die SPD-Linke vertreten, die – durch mancherlei taktisches Kalkül und eigene Engstirnigkeit gebunden – inkonsequent und schwankend auftritt, und die zudem im Bundestag zahlenmäßig sehr schwach ist.

Diese Situation ist für das auf dem Parlamentarismus aufbauende bürgerliche Herrschaftssystem problematisch, weil dieses mit der Illusion arbeitet, alle relevanten Strömungen innerhalb des Wahlvolkes könnten sich im Parlament zur Geltung bringen, und nur bedeutungslose „Splittergruppen" würden unter den Tisch fallen. Es liegt demnach nicht nur in der Logik der ‚neuen APO', sondern auch des bürgerlichen Herrschaftssystems, die hier entstandene Lücke von 30-40% im etablierten Parteiensystem zu füllen. Geschehen könnte dies, indem zum einen die SPD als Oppositionspartei wieder Gelegenheit bekommt, große Teile dieses Potentials an sich zu binden, und zugleich eine linkssozialdemokratische Partei (mit einem Wählerstamm von vielleicht 6-10%?) entsteht.

Eine solche Entwicklung haben wir auch schon auf dem KB-‚Vorkongreß' im Dezember 1978 vorausgesehen. In dem betreffenden Kongreß-Papier heißt es dazu: „... *Es liegt nahe, daß sich in einer derartigen Situation verschiedenste Versuche ereignen, das L o c h innerhalb des bürgerlichen Parteienspektrums zu füllen – sei es durch eine vorwiegend ökologistische Partei, sei es durch eine linke sozialdemokratische Partei (USPD u.ä.).*

Falsch und verhängnisvoll wäre es, solche Versuche n u r unter dem Aspekt von Manövern der Bourgeoisie zu sehen und dementsprechend zu bekämpfen. Die Illusion, als könnten sich die Massen mit einem plötzlichen, jähen Bruch u n v e r m i t t e l t von der SPD weg zu den Kommunisten bewegen, gehört zu den Kinderkrankheiten der westdeutschen Linken. In der Realität hat sie keinen Platz. Vielmehr wird sich dieser Bruch auf der M a s s e n ebene zunächst über Zwischenstationen vollziehen, wozu eine neue sozialdemokratische Partei, ‚grüne' und ‚bunte' Listen oder neue, zukünftige Formen gehören könnten.

Wir können es daher nur begrüßen, wenn linke Sozialdemokraten und/oder ‚Euros' sich als neue Partei formieren. Wir möchten, daß sie dies r e c h t b a l d tun, und nicht erst dann, wenn das Anwachsen spontanen radikalisierten Protests es auch für Helmut Schmidt & Co. geraten erscheinen läßt, grünes Licht für die Bildung einer pseudo-‚linken' Auffangstation zu signalisieren" (zit.nach „Unser Weg" Nr. 25, S. 20-21).

Teil II folgt.

Rundreise des Unabhängigen Studentenverbandes Polens

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem NZS und den Basisgruppen im VDS bereiste im Mai eine Delegation des NZS die BRD. In dem Flugblatt der Basisgruppen zu den Solidaritätsveranstaltungen heißt es: „*Die Ereignisse in Polen waren ein schwerer Schlag – sowohl für diejenigen, die hier den 'Abschied vom Proletariat' theoretisch zu begründen suchen, als auch für diejenigen, die hier den 'real existierenden Sozialismus' propagieren.*" Den Basisgruppen geht es dabei „*nicht um bruchlose Identifikation mit den gesellschaftlichen Bewegungen in Polen ...,sondern um kritische Solidarität..., (die) unterschiedliche Meinungen und gegenseitige Kritik nicht ausschließt*".

Die NZS-Veranstaltung in Hamburg wurde von Fachschaftsräten, der Grünen Hochschulgruppe, einem Polen-Komitee, dem SSB und einigen trotzkistischen Gruppen organisiert. Erfreulicherweise rief daneben auch der bolivianische Widerstands-Konsul Emilio Sanchez zu der Veranstaltung auf. Die Kommilitonen vom NZS hielten als Einleitung ein sehr anschauliches Referat über die Entstehung von NZS, das ein deutliches Bild auf die Unis in Polen warf.

Bis zur Gründung von NZS gab es in Polen nur einen einzigen Studentenverband, der bis 1973 als Polnischer Studentenverband relativ unabhängig war. 1973 wurde er in Sozialistischer Studentenverband (SZ SB) umbenannt und auf die „führende Rolle" der PVAP festgelegt. Diesem Verband oblag die Verwaltung der sozialen Einrichtungen (Studentenheime, Mensen, Auslandsreisen usw.). Er war ein Tummelplatz für Karrieristen, die als Funktionsträger die Einrichtungen für sich selbst ausnutzten, so daß beispielsweise nur die Funktionäre Auslandsreisen machten usw.usf. Eine oppositionelle Studentenbewegung entstand dagegen erst 1976; damals beteiligten sich viele Studenten an der von Intellektuellen initiierten Kampagne gegen die Verfassungsänderung, die einen Treueschwur auf die SU vorsah (siehe AK Nr.192, „Zur Politik des KOR"). Nach den Arbeiterstreiks 1976 und der kurz darauf erfolgten Gründung des KOR zur Verteidigung der angeklagten Arbeiter begannen die Studenten aktiv zu werden. Als im Mai 1977 ein mit dem KOR zusammenarbeitender Studenten in Krakau tot aufgefunden wurde, gründeten Krakauer Studenten das erste (illegale) aufgefunden wurde, gründeten Krakauer Studenten das erste (illegale) NZS-Komitee. In der Folge entstanden solche Komitees in mehreren Universitätsstädten. Diese Komitees kümmerten sich um soziale Belange der Studenten und um politische Fragen. Sie organisierten zusammen mit oppositionellen Intellektuellen die „Fliegenden Universitäten", die vom Staat scharf verfolgt wurden. So sprengte die Miliz eine Versammlung mit Gasgranaten.

Als in der CSSR die Prozesse gegen die 'Charta '77' begannen, organisierten Studenten in Warschau eine Solidaritätsdemonstration. Die Demo wurde unter Einsatz von Gasgranaten aufgelöst, sämtliche Teilnehmer verhaftet. Es kam zu Prozessen, in denen oppositionelle Studenten wegen angeblicher Diebstähle und ähnlichem Unsinn belangt werden sollten. Als im Juni 1980 die Arbeiterstreiks in Polen begannen, unterstützten die Studenten diese u.a. durch Flugblätter und als Kuriere. Nach dem vorläufigen Abflauen der Streiks waren die Studenten mehr oder weniger die Einzigen, die in ganz Polen Streikagitation betrieben. Im August wurden einige Aktivisten verhaftet, jedoch kam es nicht zu Verurteilungen, u.a. weil die Arbeiter von Gdansk sich mit ihnen solidarisierten. Im Oktober, als die Semesterferien zu Ende waren, wurde mit dem Aufbau des NZS begonnen, an allen Hochschulen des Landes wurden Komitees gegründet.

Da die Herrschenden Polens die Anerkennung des NZS verweigerten, traten die Studenten in den Streik. Im Januar begann die Uni in Lodz, nach kurzer Zeit waren rund 15 Hochschulen im Streik. Anders als hierzulande wurde der Streik erst abgebrochen, als die wichtigste Forderung erfüllt wurde: Am 27.2. unterzeichnete Minister Gorski die Registrierung des NZS. Dieser 27-Tage-Streik sei wohl ein neuer Rekord, meinte der NZS-Vertreter: sie hätten länger gestreikt „als 68 in Frankreich". Die Forderungen des NZS gehen über die Hochschulen hinaus, sie fordern die Demokratisierung der „ganzen Gesellschaft", u.a. die Abschaffung der Zensur. In bezug auf die Universitäten fordert der NZS:

* Selbstverwaltung der Hochschulen
* Freie Wahlen zu allen Uni-Gremien, die bislang vom Ministerium und den Rektoren ernannt werden.
* Mitbestimmung bei den Lehrprogrammen, die bislang das Ministerium liefert.
* Neue Geschichtsbücher, die die „wirkliche Geschichte" Polens darstellen.
* Abschaffung des Zwangs für den Unterricht in „Marxismus- Leninismus"

Zu diesem Punkt führte in der Diskussion ein polnischer Vertreter aus, es gehe nicht gegen einen kritischen Marxismus-Leninismus, sondern darum, daß es sich erstens gar nicht um Marxismus-Leninismus handle, sondern um Dogmatismus der PVAP, und daß sie zweitens gegen den Z w a n g zur Teilnahme an solchen Veranstaltungen seien.

Der NZS hat momentan etwa 90 000 Mitglieder, das sind etwa ein Drittel bis die Hälfte aller Studenten. Auf seinem ersten Kongreß waren 80 Hochschulen durch 250 Delegierte vertreten. Die Struktur ist strikt basisdemokratisch, die Landeskoordination (KKK) hat lediglich Koordinationsaufgaben, sie kann den einzelnen Komitees nur Empfehlungen geben. Es gehe ihnen darum, sagte ein NZS-Vertreter, den Bürokratismus des alten Verbandes von Anfang an zu vermeiden. Mitglied im NZS kann jeder Student werden, unabhängig von seiner politischen oder religiösen Überzeugung. Der NZS bereitet zusammen mit in der 'Solidarnosc' organisierten Wissenschaftlern ein neues Hochschulgesetz vor.

Zur Frage nach der außenpolitischen Stellung des NZS wurde geantwortet, der NZS habe keine offiziellen Standpunkte zur Außenpolitik. Es sei versucht worden, ihn auf die SU zu verpflichten, was er ablehnte. Sie hätten in einem Brief an die Studentenverbände in den RGW-Staaten geschrieben, daß sie kein Interesse am Kontakt mit ihnen hätten; es reiche, sich die jeweiligen Parteitage anzusehen. Mehr Wert legen sie auf Kontakte zu Studenten und deren Organisationen im Westen, weil sie sich davon mehr Diskussion und Auseinandersetzung versprächen. Als endlich aus der MSB-Ecke, der mit mehreren Mitgliedern präsent war, die allerdings aus Zeitgründen nicht zum Zug kamen, das Stichwort „Konterrevolution" fiel, kam die Antowort eines NZS-Vertreters: **„Wir wollen keine Konterrevolution, das wäre unmöglich, weil in diesem Land noch keine Revolution stattgefunden hat."**

Anwesend war bei der Veranstaltung der bolivianische Widerstands-Konsul Emilio Sanchez. Er erklärte, die bolivianischen Studenten und Arbeiter seien seiner Überzeugung nach mit den polnischen Arbeitern und Studenten solidarisch, „*weil auch wir gegen eine Diktatur kämpfen*". Die bolivianische Gewerkschaftszentrale habe eine Grußadresse an 'Solidarnosc' gesandt.

Sehr wichtig war die Antwort der NZS-Vertreter: Sie bedauerten, aus Zeitgründen nicht das Widerstandskonsulat besuchen zu können, würden jedoch in Polen für Information über den „gerechten Widerstand in Bolivien" sorgen. Die polnischen Medien würden Meldungen über den Widerstand in solchen Ländern zensieren, zu denen Polen „gute Beziehungen" hat.

Aus dem Kontakt mit dem NZS kann sich für die Linke im Westen durchaus eine gegenseitige Solidarität entwickeln. Jedenfalls, wenn NZS seine „Deklaration zu internationalen Kontakten" ernst nimmt: „*Besonders nahe stehen uns alle Bewegungen und Bestrebungen für die Abschaffung aller Formen von politischer, ideologischer , ökonomischer und militärischer Vorherrschaft, die die Freiheit der Völker, gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Personen beschränkt.*" (Dokumentation des „Solidaritätskomitees für NZS").

RGW- Kommission

Nervereien am Rande — die »Sozialistische Liga« (SL)

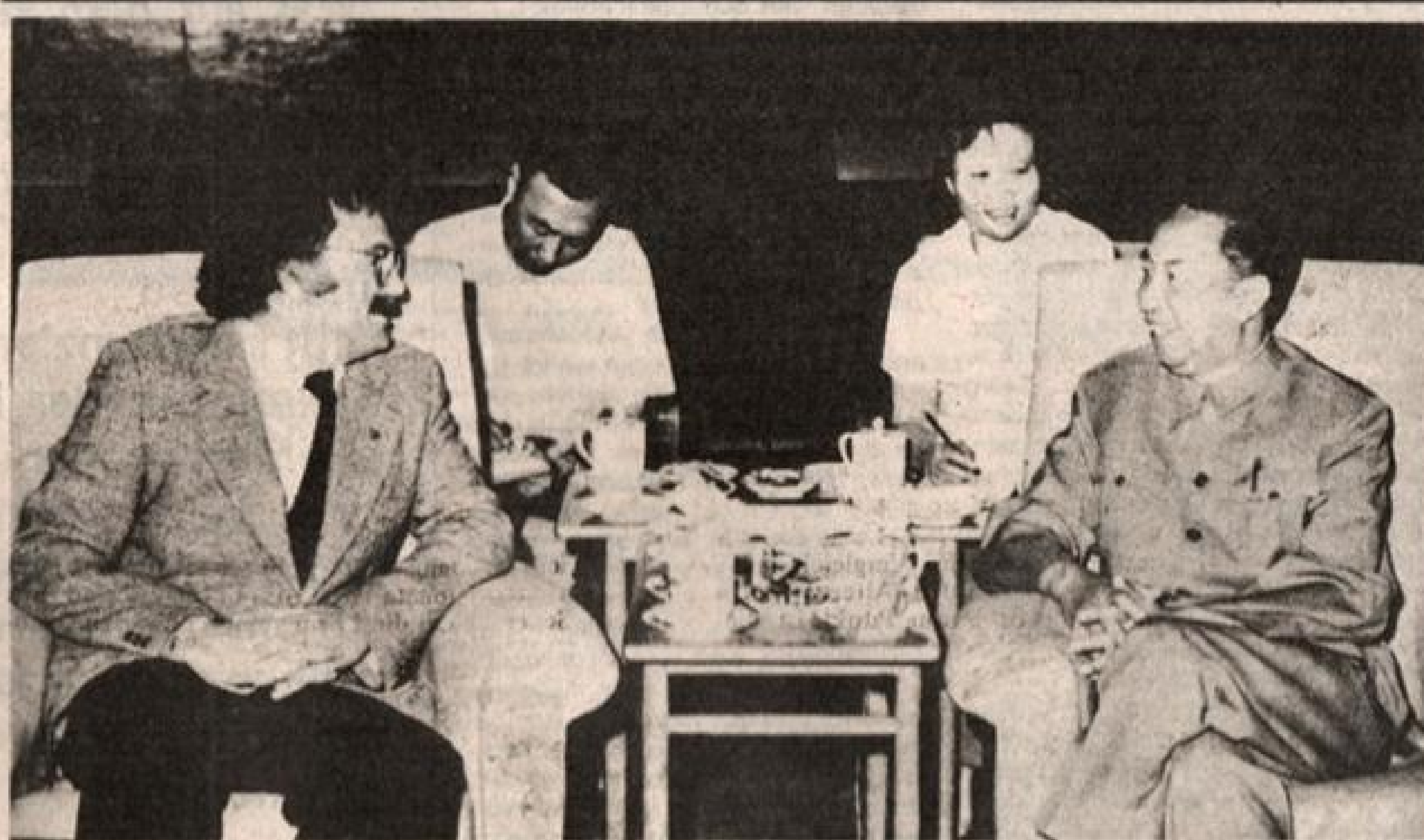
Die SL ist eine der vielen kleinen trotzkistischen Gruppen. Sie ist in den Komitees „Solidarität mit Solidarnosc und NZS" sehr aktiv. Ihr Anliegen in der NZS-Solidarität ist einigermaßen erstaunlich, da es doch sehr an alte KPD/ML-Ideen erinnert: „*Wir wollen die Erfahrungen der Massen in Polen zu Erfahrungen der Massen in Deutschland machen. Die ISA (Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation - Anm.AK) kämpft mit den Gruppen Revolutionärer Studenten für den Aufbau der Studentengewerkschaft in Deutschland. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären Studentenorganisation GRS in ganz Deutschland, um die Revolution in Polen, den 'polnischen Bazillus', in die DDR und nach Westdeutschland zu tragen.*" ('Int.Arbeiterkorrespondenz', Nr.72). Das (von der ISA entdeckte) „Interesse am Trotzkismus" in Polen sei „*ein zusätzlicher Beweis dafür, daß nun die Stunde gekommen (sei), um überall trotzkistische Parteien mit Masseneinfluß aufzubauen*"(ebd.). Nur zu! Ebenso wie weiland die ML die „Polnische KP" (mit Sitz in Tirana bzw. Peking) feierte, hat die ISA seit letztem Jahr ein „Provisorisches Komitee für die Polnische Sozialistische Arbeiterpartei".

Die SL und ihre „Gewerkschaftlichen Gruppen" propagieren ernsthaft den Aufbau einer Studentengewerkschaft, die allen Studenten unabhängig von politischen und religiösen Überzeugungen offenstehen soll. Das gilt nebenbei auch für die von ihr dominierten Komitees „Solidarität mit Solidarnosc und NZS". Auf der Hamburger Polen-Veranstaltung mokierte sich einer dieser Vertreter der „trotzkistischen Weltbewegung" darüber, daß die GO-Mehrheit im VDS die Bafög-Demo im Juni nicht auf das Bafög-Thema beschränkt, sondern das Thema Aufrüstung in den Zusammenhang mit dem Bafögskandal bringt (Motto der Demo ist: „Bildung statt Pershing II"). Eine Studentengewerkschaft unabhängig von weltanschaulichen Fragen – diese Schrulle liegt gefährlich nahe bei der Kampagne der Rechten gegen das politische Mandat studentischer Vertretungen.

»Rote Garde« erfolgreich umbenannt

Nachdem die KPD/ML sich in den letzten Jahren systematisch aller alten Klamotten entledigt hat, die noch an ihre "maoistische" Vergangenheit gemahnten, hat sie nun endlich auch das allerletzte Relikt, den Namen ihrer Jugendorganisation "Rote Garde", beseitigt. Die KPD/ML hatte diesen Namen 1968/69 gewählt, als die chinesische Kulturrevolution unter der bundesdeutschen bewegten Jugend ziemlich populär war. Wie der KPD/ML-Zeitung "Roter Morgen" (15.5.81) zu entnehmen ist, hat kürzlich ein Kongreß stattgefunden, auf dem der alte Name verändert wurde in "Kommunistische Jugend Deutschlands". Offiziell wird dieser Kongreß bereits als der Z w e i t e bezeichnet, d. h. ein früherer Kongreß der "Roten Garde" wird einfach mitgezählt. Laut "Rotem Morgen" war der Umbenennungskongreß *"erfolgreich"*, was auch kaum jemand anders erwartet hatte: *"Die Stimmung der Delegierten, die an der Abschlußfeier teilnahmen, zeigte dies in aller Deutlichkeit". "So sind gute Grundlagen dafür gelegt, die kommunistische Jugendarbeit in der kommenden Zeit zu verbessern".*

Übrigens: Die KPD/ML hat sich schon vor ein paar Monaten den durch die Selbstauflösung des früheren Trägers freigewordenen Namen "KPD" genommen und tritt seitdem meist unter diesem Titel auf.



Veteranenheim »Himmlischer Friede« eröffnet

Ein bereits vom 8. Parteitag der KP Chinas (1958) beschlossenes, aber von der Viererbande jahrelang boykottiertes Projekt wurde in den letzten Jahren zügig realisiert. Am 1. April dieses Jahres öffnete das mit allem Komfort eingerichtete Senioren- und Veteranenheim "Himmlischer Friede" in Peking seine Tore. Unser Bild zeigt zwei der Bewohner, Christian Simmel (ehem. Vorsitzender der "KPD") und Hua Guo-weg, (ehem. Vorsitzender der KP Chinas). Im Hintergrund zwei Betreuer.

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 007429B
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46



Reto Hänny

Reto Hänny
Zürich, Anfang September

„... selber Augenschein nehmen, wie der Beton neue Risse abkriegt, das Gehör spitzend für's Knacken im Eis ...“

Reto Hänny, Schweizer Schriftsteller, beschreibt in seinem Buch „Zürich, Anfang September“ die Auseinandersetzungen nach der Schließung des „Autonomen Jugendzentrums“ (AJZ) am 4. September 1980. „Zürich, Anfang September“ ist ein detaillierter Bericht über diese Auseinandersetzungen und gleichzeitig die literarische Aufarbeitung der politischen Erfahrungen dieser Tage.

Außer dem Bericht „Zürich, Anfang September“, in dem Reto Hänny seine Festnahme durch die Polizei und die „Behandlung“ in der Untersuchungshaft schildert, enthält das Buch den Text „Vorspiel oder Wut hat eine lange Geschichte“ und die Tirade „Freiheit für Grönland — schmelzt das Packeis“. Reportage und subjektiver Erfahrungsbericht zugleich, überraschen die Texte durch die Vielfalt der sprachlichen Formen und Möglichkeiten der Mitteilung. Zudem sind sie Dokumente der Bewegung, Dokumente des Widerstands und der Kultur des Widerstands, der sich durch Phantasie und Humor auszeichnet und es versteht, „mit dem Entsetzen Scherz treiben“. Hierzu ein Beispiel aus der Textmontage „Vorspiel oder Wut hat eine lange Geschichte“:

„vorn an der Limmat, auf der Walche-Brücke, Zuschauer, viele Fremdarbeiter. Vom Central her flogen Granaten, klatschten aufs Wasser, tauchten im Fluß unter, stiegen wieder aus der Tiefe, glucksend blubbernd, pfluppf, an der Oberfläche Dampf ablassend, um wiederum abzusaufen, langsam flußab treibend; blaugraue Nebelschlieren schwärten knapp über dem Wasser, dichter über den Auftauchstellen der Granaten, echter als in jedem Dracula-Film das verdampfende Trockeneis; die Limmat wird für Momente zur Themse: Jack the Ripper läßt grüßen, uaouh, ruft einer über den Fluß hin; Gelächter“ (41).

„Vorspiel oder Wut hat eine lange Geschichte“

... gibt einen kurzen Rückblick auf die Kämpfe der Züricher Jugendlichen, Bunker und Schindlergut, den UNVERGESSLICHEN OPERNABEND und den Zug der KULTURLEICHEN DIESER STADT: *„,... ein kleiner bunter Zug, keine 200 Leute, zog in den Abendstunden des 31. Mai vom Bellevue Richtung Opernhaus, Seifenblasen blaternd, singend lärmend — man konnte dies alles sehen, in einem vom Erziehungsdirektor dann kurzerhand verbotenen Film des Ethnologischen Seminars; um Stämme, bedrohte Minderheiten zu filmen, um mit Randgruppen zu arbeiten, braucht man nicht mehr nach Neu Guinea, in den tiefsten Urwald, im Dschungel der Städte sind sie leichter zu finden —; auf den Transparenten die Wut auf eine verkehrte Kulturpolitik: so begann, Ende Mai, was vielen zum UNVERGESSLICHEN OPERNABEND werden sollte, was im Laufe des Sommers dann aber immer weitere Kreise zog: es brach auf, wurde sichtbar, was über Jahre hin sich angestaut hatte. Die Wut hat eine lange Geschichte“* (17).

Die „Vorgeschichte der Wut“ reicht in Reto Hännys Montage noch weiter zurück. In die Darstellung der Straßenschlachten nach der Schliessung des AJZ werden auch die „Vorläufer“ und „Sympathisanten“ aus dem 19. und 20. Jahrhundert einbezogen, Vorläufer, die unter der Inhumanität des Züricher Bürgertums gelitten und gegen sie gekämpft haben. So z.B. James Joyce, dem monatelang von den Schweizer Behörden die Einreise verweigert wurde, *„von den Erfindern des Judenpasses — auch dies gehört ins Buch Schweizerischen Erfindungsgeistes — als Jude bezichtigt, um leichter zurückgewiesen werden zu können ...“* (27). Oder Georg Büchner, der in Zürich starb, in dessen Leben und Werk Hänny viele Gemeinsamkeiten mit den eigenen politischen und ästhetischen Vorstellungen sieht. In Büchners Haß auf die Herrschenden und deren Kultur findet sich viel wieder von der Wut der Bewegung auf die Beton- und Asphaltstadt Zürich. Der Traum von Selbstverwaltung und der Versuch, sie im Kampf zu verwirklichen, ähnelt Büchners kompromißloser Lebensweise, seiner Forderung: *„Ich verlange in allem Leben, Möglichkeit des Daseins, und dann ist's gut“* (Büchner, Lenz).

In den Dadaisten Tzara, Hülsenbeck, Arp und Cendrars, die im Frühjahr 1916 in Zürich den Dadaismus aus der Taufe hoben, sieht Hänny Vorkämpfer für die „Verarschung“ des Bürgertums und ihrer Kultur, Vorkämpfer der kleinen Schockexperimente der „Bewegig“, wenn sie z.B. auf der Bahnhofsstraße „müllern“ geht oder — wie im Film „Züri brennt“ gezeigt — brav und bieder gekleidet in Fernsehinterviews für die Einführung „wirksamerer“ Waffen gegen die Jugend plädiert. *„Und auf der andern Seite des Hügels bereits, gegen das Niederdorf runter, foppen die Dadaisten die Polizei, treiben ihre Späße, geben den verfolgt an ihnen vorbeiflüchtenden farbig vermummten Jungen Ratschläge, wie es noch besser zu machen wäre ...“* (42f).

„Das Gedächtnis sich nicht aus dem Hirn schlagen lassen ... Eindrücke niederschreiben...“

Am 6. September wird Reto Hänny festgenommen. Mit einer Reihe anderer Demonstranten wird er in einen Ford Transit geprügelt — *„Schweine zum Schlachthof führt man weit zarter — und überschüttet mit Flüchen, die keinem Schlachtvieh zuteil werden“* (88). Über die im Auto Zusammengepferchten sprüht ein Bulle ätzendes Spray. *„Ist es nur Tränengas? Dann die Türe verrammelt. Kann man sich die Panik vorstellen? Nein, man kann es nicht, nicht in Wörtern, Wörter vermögen da nichts mehr ... das Ereignis schlug ein Loch in eine wenn an manchen Stellen auch bereits sehr dünn geglaubte, so bislang doch noch irgendwie intakte Decke ...“* (89).

R. Hänny wird u.a. beschuldigt, den Supermarkt „Migros“ geplündert zu haben. Sein Einwand, daß er den Migros Fluntern wohl kaum geplündert haben könnte, da es im Stadtteil Fluntern keine Filiale dieses Supermarkts gäbe, wird zuerst als „Frechheit“ bezeichnet. Nach einer anschließenden Debatte entschließen sich die Beamten dann — auf Hinweis von Hänny — im Telefonbuch die Adressen sämtlicher Züricher Migrosfilialen durchzugehen und daraufhin, vorerst etwas ratlos, diese Anklagekonstruktion fallen zu lassen. Aber da
schließenden Debatte entschließen sich die Beamten dann — auf Hinweis von Hänny — im Telefonbuch die Adressen sämtlicher Züricher Migrosfilialen durchzugehen und daraufhin, vorerst etwas ratlos, diese Anklagekonstruktion fallen zu lassen. Aber da
nun mal, wie Hänny ironisch anmerkt *„eine zum Schutze des Rechtsstaats — unseres Standpunktes des Rechts, hieß es in der NZZ — erforderliche Maßnahme“* vonnöten ist, wird er einen Tag später *„nun der Mithilfe am Barrikadenbau schuldig, als nicht geständig, und da Kollusionsgefahr bestehe, in Untersuchungshaft versetzt ... Einsprache bei der Staatsanwaltschaft innert 48 Stunden möglich, basta“* (119).

Obwohl Hänny fortlaufend darauf besteht, daß seine bei der Festnahme erhaltenen Verletzungen ärztlich untersucht werden, wird er erst 3 Stunden nach der Festnahme mit einigen anderen Demonstranten ins Spital gefahren. Nach der ärztlichen Untersuchung ergibt sich die paradoxe Situation, daß die Polizei ihn und die anderen Demonstranten vergessen hat. Die Krankenschwester, die in der Kaserne anruft, erhält zur Antwort, sie solle *„uns auf den Weg schicken; zu Fuß mitten in den Wahnsinn hinein, ohne einen Rappen und ohne Ausweis, nur um spätestens am Central ein weiteres Mal eins drübergezogen zu kriegen und eingesteckt zu werden ... nein, danke, da weigerte ich mich mitzutun, da würde ich einfach hier bleiben“* (109).

Schließlich gelangt er mit einer Polizeistreife, die einen verletzten „Kameraden“ aus dem Spital abholt (*„,... im Verlauf der Fahrt drohte der verletzte Polizist ... das nächste Mal mit seinem Mowag in diese verreckte Saubande hineinzublochen und alle an einer Mauer zu zermanschen ...“*) zurück in die Kaserne, in der stillen Hoffnung, den Ausweis und die Sachen abholen und anschließend gehen zu können. Doch der „Zermürbungszirkus“ geht weiter.

Wie ihm selbst, so werden auch anderen Festgenommenen wahre Ungeheuerlichkeiten in die Schuhe geschoben. Ein Lehrling erzählt, *„dem Heulen nahe, er stehe in der ersten Stifti, dem ersten Lehrjahr, ihm sei gesagt worden, er werde jetzt zehn Jahre eingesperrt, ab sofort, seinen Lehrmeister benachrichtige man am Montag“* (120). R. Hännys Bemühen, alles aufmerksam zu verfolgen, zu protokollieren, wird zum Widerstand. *„Nie nachlassen in seiner Aufmerksamkeit, solange man hier ist, nie vergessen, daß man lebt, wie bei Peter Weiss in der ‚Ästhetik des Widerstands' steht, erinnere ich mich. Wach bleiben auch, um nicht mit zusätzlich verdusseltem Kopf zum nächsten Verhör geführt zu werden“* (114).

Während der Verhöre nimmt er jede Gelegenheit wahr, Ungereimtheiten aufzuspüren, durch Umkehrung zu entlarven. Als er z.B. auf seinem Recht auf Aussageverweigerung besteht, erwidert der Bezirksanwalt, dies wäre „ja lächerlich“, er hätte von Recht ja keine Ahnung. Hänny bestätigt dies und fügt hinzu, *„,... es sei auch der Grund, warum ich, dies dürfe wiederum festgehalten werden, einen Anwalt beiziehen möchte, innert der mir gesetzlich zustehenden Frist“* (115).

Die Aufmerksamkeit für scheinbar Banales, etwa die Einrichtung des Büros, in dem er verhört wird, ermöglicht ihm, Distanz zu bewahren und den Sinn für's Komische und Absurde der ganzen Situation zu entwickeln. *„Das Auffallendste im Raum, Büro B 15 steht dann unter dem Protokoll, also muß es wohl stimmen, ist ein Ölbild an der linken Wand hinter dem Anwalt: ein in lasziver Pose in drapierten Stoffen hingeräkelter Frauenakt, in schlechtestem Realismus in fetten Ölfarben hingeklatscht, besonders liebevoll die nackte Brust, Anatomie hin oder her zwar; Kunst am Bau nennt sich so was wohl ...“* (114). Durch die Gegenüberstellung der Beschreibung des Raumes und der ihm zur Last gelegten „Verbrechen“ gelingt Hänny die „Umkehrung der Situation“ (Dario Fo). Er entlarvt so nicht nur die Praktiken des Polizeiapparates, er macht sie zugleich „lachbar“ und bereitet sich selbst in dieser für ihn prekären Situation eine Freude, beweist sich selbst, daß er noch lebt. Was Hänny hier gelingt und was die Bewegung im Alltag demonstriert, wenn sie z.B. den Abriß der Stadt Zürich fordert, weil das Experiment mißglückt ist, ähnelt den Aussagen Dario Fos über seine Theaterpraxis: *„Man muß die Auffälligkeiten von Gegenüberstellungen, von Umkehrungen erreichen. Das Verständnis der Paraphrase, des surrealistischen Moments, des Umsturzes, der Umkehrung der Situation. Es ist also ein Akt von Intelligenz, eine Intelligenzübung, eine Freude zu erhalten. Eine Freude nicht des Bauches, sondern vor allen Dingen des Gehirns“* (Linkskurve 1/81).

„Freiheit für Grönland — schmelzt das Packeis“

... ist eine Tirade gegen die Eiszeitstadt Zürich, die Berichterstattung in den Medien und *„die Sprache der Behörden der friedlichen Bürger ... Chlorazetophenon (CN) o-(Chlorbenzyliden)-malodinitril (CS)“* (140). Kurze, die Stadt Zürich charakterisierende Passagen wechseln mit Zitaten aus der „Orestie“, aus dem Werk Georg Büchners, Hölderlins Gedichten und Inschriften der Zürcher Unruhe „auf Transparenten und Mauern ... Gedichten in einer kalten Zeit“. Eine Montage, die in der assoziativen Verknüpfung der Bilder an das wichtigste kulturelle Dokument der Zürcher Bewegung erinnert, den Videofilm „Züri brennt“.

„Wir haben grund genug
zum Weinen
auch ohne euer Tränengas;
wir haben nichts zu verlieren,
außer unsere Angst,
und daß eine dauernd zurechtgestutzte Pflanze, ein zum Krüppel zurechtgeschnitztes Bäumchen, abgewürgtes Leben als das, zu dem es gemacht wurde, zurückschlägt, sollte niemanden erstaunen“ (144).

Ohne die Zürcher Bewegung und ihre Kultur ist Reto Hännys Buch nicht denkbar, es ist ein Dokument der Bewegung. Zugleich wird in diesen Texten aber auch deutlich, welche schöpferischen Möglichkeiten sich für Schriftsteller eröffnen, wenn sie aktiv an politischen Bewegungen teilnehmen und ihre schriftstellerische Praxis an diesen Bewegungen orientieren.

Ein Genosse der Kulturkommission

listischen Moments, des Umsturzes, der Umkehrung der Situation. Es ist also ein Akt von Intelligenz, eine Intelligenzübung, eine Freude zu erhalten. Eine Freude nicht des Bauches, son-

an politischen Bewegungen teilnehmen und ihre schriftstellerische Praxis an diesen Bewegungen orientieren.

Ein Genosse der Kulturkommission

Heiliger Unterleib

1.
„Auf den Papst
ist geschossen worden.
Eine Kugel
traf in den
Unterleib.“

„Ach, –
hat der einen?“

2.
„Was auf dem Petersplatz geschehen
war,
das war ein Anschlag
auf die ganze Menschheit“,
schreibt Springer's Abendblatt
und in Bild
fühlt sich Kanzler Schmidt
wie selbst in den Bauch getroffen.
Die Morgenpost
zählt die Papst-Attentate seit Petrus
und die Anschläge der Heiligen Väter
auf unseren Unterleib
bleiben wie immer
zwischen Blut und Druckerschwärze
ungenannt.

Svende Merian

Bob Marley, 5.2.45 — 12.5.81



Robert Nesta Marley wurde am 5. Febr. 1945 in St. Ann im Norden Jamaica's geboren. Die Mutter ist Jamaicanerin, der Vater ist britischer Kapitän. Bob ging in der Hauptstadt Kingston zur Schule. Lehre als Schweißer. Während der späten 50er erstes Interesse für Musik, die in der Umgebung von Gewalt (durch Strassenbanden wie Polizei gleichermassen), Armut und Arbeitslosigkeit fast einzige Erholung ist (heute noch); für viele Jugendliche auch Hoffnung auf eine Karriere. Der Film *„The harder they come"* mit J. Cliff stellt diese Mißverhältnisse eindringlich dar.

Als 16-jähriger versucht auch Bob eine Plattenaufnahme, ohne Erfolg (*„Judge Not"*, 1961). Er trifft mit Cliff zusammen; auch die zweite Platte wird kein Hit.

Rückkehr zum Job als Schweißer. 1964 trifft er mit Peter Tosh und Bunny „Wailer" Livingstone zusammen, deren Musikkarriere von den gleichen Mißerfolgen geprägt war. Bunny später: *„Bob platzte fast vor Einfällen."* Mit *„Simmer Down"* war dem Trio 1964 ein Hit gelungen, der auch für die Entwicklung des Ska entscheidend ist (Ska ist jener musikalische Vorläufer des Reggae, der heute von unfähigen New Wave Bands verfälscht wiedergegeben und vermarktet wird).

Die *„Wailing Wailers"*, wie das Trio sich nannte, machten bis '66 viele Hits, die jedoch nur den Geldbeutel des Produzenten füllten: in Jamaica kauften damals die Produzenten den Musikern das Recht auf Veröffentlichung ab, was den Musikern pro Single ca. 20 DM einbrachte. Das veranlaßte Bob, seiner Mutter in die Staaten zu folgen. Dort machte er von seiner Schweißerlehre Gebrauch, verlor aber seinen Job, beantragte Arbeitslosenhilfe – und bekam den Einberufungsbefehl zugeschickt. Verständlicherweise hatte Bob nichts mit Vietnam im Sinn und verließ die Staaten schleunigst. Wieder in Kingston starteten die Wailers ein eigenes Label, welches durch Schwarzpressungen der Konkurrenz Pleite ging.

Die Zusammenarbeit mit dem US-Star Jonny Nash war nur für diesen von Nutzen: zwischen den Aufnahmen mit Bob und denen ohne Bob's Mitarbeit ist ein deutliches Gefälle zu erkennen.

Wieder ein Anlauf mit den Wailers: *„Soul Rebel"* (1969) wird ein großer Hit. 1970 erfolgte die Gründung des eigenen Labels „Tuff Gong", das bis heute alle Platten Bob's und vieler anderer Musiker in Jamaica vertreibt. Noch im gleichen Jahr kommen die Spitzenmusiker Carlton und Aston Barrett (drums & bass) dazu. 1973 Vertrag mit einer britischen Plattenfirma und erste LP *„Catch a Fire"*.

Seine Tourneen sind oft als Kommerzorgien kritisiert worden, was

Seine Tourneen sind oft als Kommerzorgien kritisiert worden, was

nur teilweise stimmt, denn seine erste (nach England, 1975) dürfte die dort lebenden Jamaicaner in ihren Musikbestrebungen bestärkt haben, was sich später in *„Rock against Racism"* widerspiegelt (RaR – Gründung 1976). Auch seine letzte Tournee *„Uprising '80"* hat politische Funken sprühen lassen, wie der Züricher Autor Reto Hänny mitteilt: *„Die anfänglich kleine Zahl der Manifestanten erhielt bald Zuzug und schwoll mit den aus dem Hallenstadion von einem Bob Marley - Konzert (‚Get up, stand up for your rights') ins Zentrum Zurückkehrenden auf 2000 – 3000 an. Harte Auseinandersetzungen mit der Polizei dauerten dann die ganze Nacht an..."* (nach: Reto Hänny, Zürich, Anfang September).

Bob Marley's Konzert fiel zusammen mit der Eröffnung der Züricher Oper, die viel zu viel Geld abzog von den Projekten für die Jugend, vornehmlich „AJZ".

Seine letzten Monate verbrachte der unheilbar an Krebs Erkrankte in einer Klinik am Tegernsee; als er den Tod kommen fühlte, ließ er sich nach Jamaica bringen.

Eine Frankfurter Zeitung glaubte, dies mit den Worten *„Zum Sterben raus aus Babylon"* kommentieren zu müssen. Nichts könnte mehr Unkenntnis verraten: Bob erklärte auf die Frage nach Babylon, dieses sei überall. *„Die Frage ist nicht, wo du bist, sondern ob du ehrlich und konsequent gegen Unterdrückung und Ausbeutung ankämpfst, wo immer du bist, und daß du diese Mission nicht aufgibst."*

Hier muß in wenigen Worten über die Rastafari-Bewegung geschrieben werden. Bob: *„Rasta ist nicht Kultur (Bewegung, Religion, Philosophie), das ist Wirklichkeit!"*

Der Bürgerrechtler Marcus Garvey, im Jamaica seiner Zeit verfolgt, hatte den Vergleich zwischen den Afrikanern und der alttestamentarischen Verschleppung der Juden („babylonische Gefangenschaft") gezogen und erklärte, die Afrikaner müßten ihre Kultur wiederentdecken. Die Begründung einer unverfälschten „schwarzen Theologie", die den Menschen nicht auf's jenseitige Leben vertröstet, müsse erfolgen, außerdem müsse jeder Afrikaner bemüht sein, entweder nach Afrika zurückzukehren oder in seiner fremden Umgebung soviel von seiner Kultur zu leben (und: das Recht darauf durchsetzen) wie irgend möglich. Nach den USA verbannt verkündete er, daß in Afrika ein Schwarzer zum König gekrönt werde, der diese Bemühungen unterstützen werde. Das war in den späten 20ern...

Als 1930 der Äthiopier Ras Tafari Makonnen (Haile Selassie) zum Kaiser gekrönt wurde, war für die unter sklavereiähnlichen Bedingungen schuftenden Jamaicaner kein Zweifel, daß dies „ihr Mann" sei. Wie heute sichtbar, ist dieses Zusammentreffen (Zufall?) nicht ganz folgenlos geblieben. Der äthiopische Kaiser wurde als wiedergeborener Gott verehrt, was heute leicht angreifbar ist, aber es muß festgestellt werden, daß in Jamaica immerhin der Regierung die Untertanen (schon vorher nicht gerade willfährig) in Scharen weggliefen. Sie erkennen die Gesellschaft ebensowenig an wie ihre Gesetze, sie wählen nicht, sie betreiben ihre eigene Politik, schulen ihre Kinder selbst, damit sie nicht vom „Babylon System" verschult werden, sie wollen sich teilweise auch äußerlich von den Normalbürgern unterscheiden und kämmen und schneiden ihre Haare nicht, worauf diese sich zu langen Locken verfilzen. Von den Bürgern werden sie voller Abscheu „Natty Dreadlocks" genannt, was soviel wie „ungezogene, böse (Natty = Naughty) Leute mit schrecklichen Locken" bedeuten mag. Die Rastas

Naughty) Leute mit schrecklichen Locken" bedeuten mag. Die Rastas

verstehen das (darin den Punks ähnlich) als Auszeichnung.

Die Rastas wurden von Anfang an verfolgt, was häufig unter dem Vorwand „Anbau von Ganja" (= Marihuana) von der Polizei besorgt wurde, die den Rastas regelmäßig die Locken abschnitt (neben den noch heute auch in der BRD üblichen Mißhandlungen). Heute noch ist der Anteil der Arbeitslosen unter den Rastas wesentlich höher als unter den Normalbürgern: Berufsverbot auf jamaicanisch. Dabei ist durch die Entstehung des Reggae vieles besser geworden: etwa 15% der jamaicanischen Bevölkerung gehören heute zum „harten Kern", d.h. sie zeigen sich auch äußerlich als Rasta. Knappe 30% sind es, die Sympathie mit den Rastas haben. Unter anderem dem Reggae (und damit wieder: der Überzeugungskraft Bob's) ist es zu verdanken, daß, nachdem die Prophezeihung der Rückkehr nach Afrika sich nicht erfüllt hat, die (zu 85% rein afrikanischer Abstammung) Jamaicaner sich, Garvey's Forderung entsprechend, auf die Afrikanisierung dieser Westindischen Insel konzentrieren.

Wie sich die jamaicanische Geschichte nach dem Wahlsieg der Konservativen und nach Bob's Tod entwickelt, dürfte von großem Interesse sein.

Die Gedanken zu Bob's Tod können nicht abgeschlossen sein, ohne einen Hinweis darauf zu geben, wie sich an seinen Texten ablesen läßt, welchen Einfluß die „Realität Rasta" auf ihn nahm: 1973 zeigt sich ein unruhiger, in den sozialen Mißverhältnissen höchst bewußt lebender Jugendlicher: *(„Catch a Fire")*

„Sklaventreiber, der Tisch ist umgekehrt,
fang Feuer, jetzt wirst Du verbrannt!"

1979 dann der selbstbewußte Rasta (der er '73 noch nicht war), der genau weiß, was er will und was er ablehnt: *(„Survival")*

„wir werden überleben
in diesem Zeitalter technischer Unmenschlichkeit
wir werden überleben
Schwarzes Überleben
wissenschaftliche Grausamkeit
wir sind die Überlebenden
Atomare Mißphilosophie
wir überleben
Das ist eine Welt die lebenslang
Unsicherheit über uns zwingt
ALLE ZUSAMMEN JETZT:
WIR ÜBERLEBEN! ..."

Sein besonderes Engagement galt dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker gegen Kolonia-

galt dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker gegen Kolonia-

lismus und Apartheid (siehe u.a. sein „Zimbabwe" - Lied). Da sich der Kampf der Rastas direkt gegen wirtschaftliche und politische Machtmonopole vor allem unter kapitalistischem Vorzeichen wendet, kann dieser nicht länger unter dem Blickwinkel exotischer Utopie mißachtet werden. Der Tod Bob Marley's ist nicht nur der eines großen Musikers, sondern der eines Mitstreiters für eine Welt ohne Unterdrückung. So werden wir immer in Erinnerung behalten:

„DON'T GIVE UP THE FIGHT !!!"
„If you think it's the end –
it is just the beginning."

W., Rock gegen rechts/Frankfurt

Günter Zint, Pressefotograf

Fotografen »zwischen den Fronten«?

Unser Berufsstand hat in den letzten Wochen viel Publicity gehabt. Leider keine gute.

Staatsanwälte laufen durch Redaktionen, Fotolabors und Fotografenwohnungen, um sich mit Negativen und Vergrößerungen zu versorgen. Sie haben nicht etwa ihren Kunstsinn entdeckt, sondern nehmen diese erbeuteten Fotos in ihre Ermittlungsakten auf und lassen sie über Fernsehen und Zeitungen als Fahndungsplakate verbreiten. Die Beachtung, die unser Berufsstand durch diese Aktivitäten erfährt, hat sich leider sehr negativ auf unsere Arbeit ausgewirkt.

Verschiedentlich sind Pressefotografen von Demonstranten angegriffen worden und tätlich an ihrer Arbeit gehindert worden. Am 25.4.81, bei der S. Debus - Demonstration, wurde der Kollege Tobias Heldt (er ist der Urheber des Fahndungsfotos aus Brokdorf) von einer Gruppe Demonstranten mit Fausthieben traktiert und davongejagt. Die Staatsanwaltschaft hatte seinerzeit die Negative der Fotos durch die Androhung einer 6monatigen Beugehaft bei Heldts Anwalt erbeuten können.

Viele Kollegen sind schon dazu übergegangen, die Negative ihrer Demonstrations- oder Hausbesetzungsfilme bei Freunden oder Verwandten zu verstecken. Dies sind Verhältnisse, die in einem Staat mit einer grundgesetzlich verankerten Pressefreiheit untragbar sind.

Mit ihren Aktionen gegen die Pressefotografen hat unsere Staatsgewalt jedenfalls einen Effekt erzielt, der ihr nur gelegen sein kann. Was sie durch Prozesse über die §§ 22/23 (Recht am eigenen Bild) bisher nur teilweise erreicht hat, nämlich das Fotografieren von Polizeiaktionen grundsätzlich zu unterbinden, das stellt sich nun als Nebeneffekt ganz von selber ein. Das freie Fotografieren wurde bisher durch Aktionen von Seiten der Polizei schon häufig erschwert oder unmöglich gemacht. Nun aber müssen wir auch mit Angriffen von Demonstrationsteilnehmern rechnen, die um ihre Sicherheit besorgt sind.

Wenn ich mir überlege, was sich „Ordnungshüter" alles unter den Augen der Öffentlichkeit geleistet haben, dann mag ich den Gedanken gar nicht zuende denken, was sich die Beamten künftig ohne objektive Zeugen alles erlauben können. Ich möchte daher dringend an alle Bürger, die von ihrem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch machen, appellieren: Im Interesse der Pressefreiheit und der Sicherheit aller Demonstrationsteilnehmer, behindern Sie bitte nicht die Arbeit der Pressefotografen.

Uns ist klar, daß sich auch Polizeifotografen und Reporter von unverantwortlich gemachten Boulevardzeitungen in unseren Reihen befinden.

Dies können wir leider nicht verhindern und mit diesem Risiko müssen wir leben. Im Falle Brokdorf konnten wir einen in unsere Reihen eingeschleusten Pressefotografen sehr schnell als solchen erkennen und somit isolieren. Dieser angebliche Kollege hatte keinen Presseausweis. Es geht immer wieder das Gerücht, daß es Polizeifotografen mit Presseausweisen gebe. Dies ist jedoch durch keinen einzigen Fall belegt. Die Ausweise werden ja durch unsere eigenen Berufsverbände (dju und djv) nach einer Vereinbarung mit den Innenministerien herausgegeben. Von daher sehe ich aus dieser Richtung auch keine Gefährdung unserer Arbeit. Die Gefährdung unserer Arbeit sehe ich vielmehr in einer nun wohlmöglich aufkommenden Fotografenfeindlichkeit, die niemandem nutzen wird.

Die IHP (Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen) hat am 10.4.81 aus diesem Grunde eine Aktion in der Hamburger Innenstadt veranstaltet. Mit Stelltafeln und Flugblättern wurden die Mitbürger auf die Probleme der Pressefotografen aufmerksam gemacht. Die Resonanz war sehr groß und es gab zahlreiche angeregt diskutierende und teilweise auch streitende Gruppen von Passanten. Leider haben die einflußreichen, großen Medien sich nicht interessiert gezeigt. Wir werden in nächster Zeit, soweit dies die knappe Zeit der Pressefotografen überhaupt zuläßt, mit solchen Aktionen fortfahren.

Eine Demokratie ist nur lebensfähig, wenn sie „durchsichtig", also kontrollierbar durch die Öffentlichkeit ist. Einen wichtigen Teil dieser „Durchsichtigkeit" stellen die Pressefotografen und Kameraleute her. Daher möchte ich abschließend nochmals betonen: Es kann keine Gründe geben, die so gewichtig sind, daß wir das Funktionieren der Pressefreiheit durch ein Fotografierverbot außer Kraft setzen! Wir fordern die Politiker auf, sich für eine neue Gesetzesvorlage einzusetzen, die den Fotografen das gleiche Zeugnisverweigerungsrecht zugesteht, wie dies bei den Wort-Kollegen bereits existiert.



Protestaktion der Pressefotografen in Hamburg

Erklärung des VLB

Die Buchhandlung Heinrich Heine in der Grindelallee erklärt in einer Broschüre, in Kürze einen zweiten Laden mit Veranstaltungsraum im Uni-Bereich aufmachen zu wollen. Der Broschüre ist zu entnehmen, daß unter anderem der Bereich Frauenbücher ausgeweitet werden soll. Diese Ladenausweitung zielt direkt auf die weiteren in Hamburg seit vielen Jahren ansässigen linken bzw. alternativen Buchläden.

Obwohl die Buchhandlung Heinrich Heine mit Vertretern im Hamburger VLB sitzt, wurde die Ausweitung in keinen einzigen Phase den betroffenen Läden und dem VLB mitgeteilt.

Zur Rede gestellt, erklärte ein Heine-Sprecher, der Buchladen sei schließlich autonom. Und eine für die anderen Projekte schädliche Sortimentsausweitung sei gar nicht geplant. Womit allerdings die Regale in den zwei Läden gefüllt werden sollen, bleibt dann der Phantasie des Buchkäufers vorbehalten?!... Alternative und linke Projekte haben kein großes Eigenkapital; oft sind einzelne durch Kredite hoch verschuldet. Deren Konzeption läßt es darüberhinaus auch nicht zu, daß große Profite erwirtschaftet werden. Zuviele konkrete Projekte innerhalb und außerhalb der Läden werden gestützt und initiert.

In solch einer Situation als VLB-Mitglied alle anderen VLB-Projekte regelrecht zu hintergehen und auf ihre ökonomische Grundlage zu zielen, ist mit solidarischen Grundprinzipien kaum noch vereinbar.

Wir fordern alle interessierten Käuferinnen und Käufer auf, sich in den Läden des VLB-Hamburg weitergehend zu informieren und auch die Buchhandlung Heinrich Heine nicht mit Nachfragen zu verschonen.

Verband Linker Buchläden und Verlage – VLB-Hamburg, den 11.5.81

Hans Georg Behr

FIXER FÜR WICHSER

Wäre die Sache nur cineastisches l'art pour l'art, könnte ich mich darüber freuen, wie hier berühmte Szenen lokker aus zweiter Hand geschüttelt werden: über die ratternden U-Bahnfahrten aus *City of Night*, die urplötzlich vor einer Wohnungstür enden (hinter der natürlich eine Leiche wartet); über die Käfigvögelchen zur Masochistengeißelung aus *Deep Throat*; über Polanskis Vampir, der diesmal in ein Klo springt; über die zahllosen Anleihen aus dem *Exorcist*, die dem Menschen Edel (Regisseur von *Christiane F.*, Anm.d.R.) hilfreich waren zu seinem gut gemixten Allesverschnitt. Ich würde die Minimal art bewundern, die mit nur etwas Haut und einer Kanüle einen Orgasmus suggeriert, und ich würde mich über die Primitivität ärgern, die für andere Orgasmen ein technisches Gekeuche vom *Schulmädchenreport* geborgt hat. Schlußendlich könnte ich meinen Hut ziehen vor der Chuzpe, mit der dieser Coctail in einer öffentlichen Klomuschel serviert wird. Nur müßte ich dann vielleicht so alt sein wie der aufgeschlossene Herr vom SPIEGEL, dem der Lolita-Charme der Hauptdarstellerin die Syntax verdrehte und pötisch *"harnsaurer Hades"* alliterieren ließ. Oder ein spiessiger Spanner, der mit der Brutalität eines sich gesund Glaubenden ein bißchen in die Hölle glotzen will. Oder so verklemmt-rotzig-hilflos wie die munteren Schüler, die bei den elendsten Szenen Glissandos von Gelächter ablassen. Oder so dumm wie die BRD-Gesundheitsministerin Huber, die erklärte, sie hätte sich durch den Film nicht zum Fixen animiert gefühlt. Oder so asozial profitgeil wie die Macher dieses Films.

Über das Buch, mit dem der ganze Rummel anfing, wurde schon bis zum Gehtnichtmehr gelabert. Sein Verdienst wurde gerühmt, auf ein Problem hingewiesen zu haben, das bis dahin nur Sozialarbeitern und Linken auf den Nägeln brannte, und mittlerweile haben alle, wirklich alle Zeitungen ihre Nachfolgeserien kupfern lassen. Hochgelobt blieb beim Pionierprodukt die *"authentische Formulierung"*, der O-Ton jugendlichen Unbehagens, und nur ganz selten wurde ganz leise angedeutet, daß auch der ein journalistisches Volapüktier sei. Dabei zeigte Kai Hermann selbst, als er mit *Andi* einen bestsellerischen Nachschlag holen wollte, wie weit es mit diesem O-Ton her ist. Da spricht der Tote: *"Aber laß uns nun mal ein bißchen ordnen, was Sache war. Also, der Reihe nach: Geboren bin ich am 15. August 1963 im Krankenhaus Barmbek, gestorben bin ich am ..."*. Zweifellos würde Hermann auch für ein Buch namens *Waldi* den O-Ton finden, und alle journalistischen Haarmänner sollten bei ihm in die Lehre gehen.

Die wirkliche Christiane lebt in Hamburg, durch viele Verträge mit ihren Verwertern ebenso abgesichert wie geknebelt, als Person öffentlichen Interesses gelegentlich um ihre Meinung gebeten. Natürlich hat sie mit der Buch-Christiane nicht viel gemein, aber bei fortschreitendem Ruhm identifizierte sie sich teilweise mit der ihr angeschriebenen Rolle, glaubt gelegentlich selbst daran, und in ihrer Freizeit taucht sie ab. Vielleicht ist es gut, daß sie nicht ganz begreift, was mit ihr geschehen ist, daß sie Heldin wurde und nicht etwa ein Sozialisierungsfall war, daß sie durch den Glücksfall, begabte Verwerter zu finden, direkt vom Straßenstrich in die allerhöchste Steuerklasse schnellte – Christiane in Wirtschaftswunderland.

Ein Vereinstreffen aller, die Christiane zu danken haben, gäbe einen schön bunten Anblick. Die Berliner Reiseführer wären dabei, die nun auch "Christiane-Touren" anbieten; der Kreuzberger Tabakladenbesitzer, der an Kinder Plastikfixen mit Traubenzucker verkauft, auf daß die lieben Kleinen auch schon Christiane spielen können; das Management der Discothek "Sound", die schon wieder vergrößert wurde, um den Touri-



Courths - Mahler, Schulmädchenreport, oder ein Fixerleben ?

stenstrom zu fassen; nicht fehlen dürfte eine seriös gekleidete Abordnung der Großdealer, deren Umsätze durch den Rummel entscheidend angekurbelt wurden, Hand in Hand mit Delegationen aller Polizeipräsidien, die durch das Christiane-Fieber mit Computern und Spitzeln verschwenderisch gegen die Heroin-Abhängigen aufgerüstet wurden. Eher widerwillig müßten auch einige Therapeuten teilnehmen – ihre Vollbeschäftigung wird nicht zuletzt durch eine neue Welle Christiane-Fans gesichert. Den Vorsitz führen müßten neben den Autoren des Buches natürlich die Verantwortlichen für den Film, und dann sollten sie sich alle den Goldenen Schuß setzen.

Von Macchiavelli hat unsere Gesellschaft als Dogma geerbt, daß unmöglich schlecht sein kann, was so Vielen so viel bringt. Auch wäre schon längst eine ernsthafte Arbeit zum Thema *"Der Heroinabhängige als Faktor der Volkswirtschaft"* nötig, denn tatsächlich ist er einer. Die von ihm in Umlauf gesetzten Geldmassen versickern ja nicht so einfach wie das Heroin in seinen Venen, und das ist der Grund, warum es trotz immer größerer Repression immer mehr Heroinabhängige geben wird. Psychologen mögen sich über die Motive der

der Grund, warum es trotz immer größerer Repression immer mehr Heroinabhängige geben wird. Psychologen mögen sich über die Motive der

Kunden auslassen – der Drogenmarkt ist eine Angelegenheit der Wirtschaft wie auch die Vermarktung der Drogenopfer, die auch schon längst in die Millionenumsätze geht.

Wie dieser Film vermarktet, zeigt schon die Werbung, die sowohl auf Spanner wie auf den gelangweilten Alltagsbürger zielt: *"Mit vierzehn hatte sie schon mehr erlebt als die meisten Erwachsenen"*. Hat Christiane tatsächlich mehr oder nur etwas anderes erlebt, und von welcher Qualität war das? Mich wundert, warum der Spruch fehlt: *"Hier sehen Sie echte Junkies!"* Denn für ihr Publikum war den Machern des Films nicht einmal dieser Aufwand zu pervers. Das wurde zwar als Betriebsgeheimnis gehandelt, sprach sich aber in der Scene schnell herum, und nach den Dreharbeiten fing die Polizei etliche der Kleindarsteller wieder ein. Eine 25-jährige traf ein Reporter im Frauengefängnis Lehrter Straße. *"Ich hab' mir für die Kohle 'nen Druck gesetzt"*, erzählte sie. *"Die waren dabei, als ich auf'm Klo verschwand. Die haben auch Junkies zu den Dealern gebracht"*. Die Filmemacher bestreiten sowas natürlich, obwohl viele Kleindarsteller offensichtlich heroinabhängig sind. Und was die Begleiterscheinungen der Dreharbeiten betrifft – wer will schon solchen Typen glauben, die doch so sichtbar der Bodensatz unserer Gesellschaft sind? Für den Film brauchte man sie kurzfristig, für den Horror-Kolorit, und dann ließ man sie wieder ins Elend plumpsen.

Nirgendwo sonst klaffen Markt und Kundschaft soweit auseinander wie bei Heroin. Ich habe in den letzten Jahren Heroinhersteller in Asien und Großhändler in Europa kennengelernt – allesamt honorige Geschäftsleute und in den Städten ihres Wirkens gräßlich geachtet. Ihnen kann nichts geschehen, und im Unterschied zu den künstlerischen Heroinproduzenten widmen sie fallweise sogar einen Teil ihrer Gewinne wohltätigen Zwecken. Mit den Machern dieses Films könnten sie jederzeit einen saufen gehen, und kein Außenstehender wüßte, wer dabei wer ist. Und gemeinsam wäre allen: sie leben von einem Elend, das sie mitverursachen.

Für die Filmemacher ist das natürlich ein herber Vorwurf, zumal ihnen doch alle auf Künstlerisches erpichten Kritiker bescheingten, daß der Film spannend sei. Wer sich allerdings darüber hinaus mit Jugendpolitik und Drogenproblematik befaßt, kann ihnen auch attestieren, geistiges Heroin allerteuflischter Qualität hergestellt zu haben. Vielleicht war das anders beabsichtigt, gar noch auf den bürgerlich-heilen Abschreckungsbegriff spekulierend und deshalb so gefährlich.

Zunächst einmal ist er rassistisch – als Filmfreier wurden auf den Strich

griff spekulierend und deshalb so gefährlich.

Zunächst einmal ist er rassistisch – als Filmfreier wurden auf den Strich

türkische Arbeitslose engagiert, zwei Tage unrasiert, dafür mit Fettschminke eingeglänzt und bösartig abgelichtet. Da macht es schon nichts, daß auch die deutschen Freier dunkel und südländisch aussehen – Blonde tun sowas wohl nicht. Aus welcher Ecke hier geschielt wurde, zeigt auch der Wandschmuck in der Fixerwohnung – natürlich ein Bild von Ulrike Meinhof.

Er ist jugendfeindlich – was hier an Jugendlichen auftritt, ist ausnahmslos geiles Pack, gewalttätig, entwurzelt, drogenabhängig und kriminell, überwiegend von einem Satan namens Heroin besessen – das hat schon beim *Exorcist* Kasse gemacht, und daß damit Drogenabhängige noch mehr diskriminiert werden, gehört dazu.

Er ist extrem jugendgefährdend – wer bisher zwar mit der Droge kokketierte, aber davor mangels Information oder infolge zu großer Befremdung zurückschreckte, kann hier lernen, wie man und wo man die Nadel ansetzen kann und wie einfach es geht. En gros, en detail und in Mikroaufnahme. Und wer dann noch immer zurückschreckt, erfährt im Nachspann von einem mit Weichzeichner abgelichteten Winterdorf, daß Aufhören auch ganz einfach geht.

Nur wer ohnedies nicht von Drogen gefährdet ist, könnte sich vielleicht durch die pentrant ausgespielte Entzugsszene verschreckt fühlen. Mit dem Kitzel des Ekels haben schon andere Filme Kasse gemacht, und daß hier schön symbolisch die heile Kinderzimmer-Tapete entblättert wird, rührt höchstens Omis. Wer in der Gefahr lebt, der Droge zu verfallen, schaltet an solchen Stellen einfach ab.

Drogenberater haben vor diesem Film gewarnt, Therapeuten lehnen ihn heftig ab. Das hilft nicht – die an diesem Schinken verdienen, haben Geld genug, andere Psychologen zu engagieren, die ihr Lob singen. Keinem Drogenabhängigen wird durch diesen Film geholfen, viele neue wird er schaffen helfen – schon das Buch erzeugte einen bösen Nachahmeeffekt, aus dem Film können nun auch die Nichtleser lernen. Aber keine Warnung hilft dort, wo Kasse gemacht wird. Das gilt für diesen Film ebenso wie für Heroin.

Nachdem ich viele Jahre für die Freiheit von Kunst gesprochen habe, muß ich das erste Mal bitten: Dieser Film gehört verboten, Gründe dafür gibt es in Überfülle. Wer Heroinabhängige verfolgt, sollte nicht vor Profit-Junkies zurückschrecken.

Anmerkungen:
Glissando, Musiksprache – bezeichnet das Herunterklimpern der Klaviertastatur mit dem Daumen.
Volapük – Lockvogel, hier im Sinne von "Kunstente".

Herunterklimpern der Klaviertastatur mit dem Daumen.
Volapük – Lockvogel, hier im Sinne von "Kunstente".

Damit ihr nichts

Hanseatisches Landrecht

Ein Richter am Amtsgericht (RIAG) namens Soltmann sprach Recht: im Verfahren gegen den Autor Hans-Georg Behr stellte er fest, der Angeklagte habe gewußt, daß sein Mitbewohner hin und wieder Haschisch geraucht habe, folglich sei er des *"Mitbesitzes"* schuldig. Großzügig verzichtete der RIAG auf eine Haftstrafe und begnügte sich mit einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen a 130 DM gleich 15.600 DM. Ein Pionierurteil, das in Wohngemeinschaften mit kiffenden Mitgliedern gewürdigt werden sollte: wir wollen sein ein einig Volk von Saubermännern und Schubladenschnüfflern, denn Wissen heißt Mitbesitzen und das kann teuer werden.

Die Beschuldigungen des Angeklagten, Zivilfahnder arbeiteten im Hamburger Bahnhofsviertel auch als Zuhälter und Heroindealer wurden im staatsanwaltlichen Blödojeh schlicht als *"infantil"* gewürdigt und vom RIAG als *"unbewiesen"* vom Tisch gewischt. Ebenso polizeifreundlich wurden die gehäuften Widersprüche der Polizeizeugen und ihres Spitzels behandelt, im Gegenzug wird dafür gegen einen Zeugen der Verteidigung ermittelt.

Merke: zur Dienstkleidung hanseatischer Polizeibeamter gehört die knöchellange weiße Weste, Schmutzflecken beruhen auf optischen Täuschungen. Vor Recherchen wird gewarnt.

Drogenkommission

Die Spritze zum Christiane-F.-Spiel

Ein paar fixe Geldverdiener haben bislang schon von Christiane F. profitiert. Nach Reiseunternehmen,



Spielzeug-Spritze

die in Berlin „Christiane-Touren" anbieten, und Schallplattenproduzenten — gegen den frisch gepreßten „Soundtrack zum Film" prozessiert die echte Christiane — tritt nun auch die Süßwarenbranche auf den Plan. Von der Firma Th. Rensenbrink aus dem niederländischen Muiden hergestellt und in Berliner Zeitungsläden verdealt, sind Injektionsspritzen samt Inhalt zum volkstümlichen Preis von 25 Pfennig erhältlich. Der Inhalt ist zwar nur Traubenzucker, doch können damit die lieben Kleinen bereits üben und eventuelle Hemmschwellen vor anderem Stoff frühzeitig abbauen. Potentielle Großdealer bekommen das niedliche Spielzeug bei der Handelskette Metro. Demnächst wohl zu erwarten: die Spielzeug-Neutronenbombe.

"Spiegel",21/81